L 70000
37
1916-17
2./VI - 12./VI.
Oppr. K.
Kohlen
3

Neues Wiener Tagblatt 2./VI. 1916

Die Kohlenversorgung des Balkans durch Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Konstituierung einer Balkan-Kohlen-A. G.

Aus Budapest, 1. d., wird uns telegraphiert: Auf Anregung der Ungarischen allgemeinen Kre..tbank in Budapest haben in letzter Zeit zwischen dem Generaldirektor Magnatenhausmitglied Adolf v. Ullmann, in dessen Begleitung sich der Leiter der Kohlenabteilung dieser Bank Direktorstellvertreter Eduard Stern befand, einerseits und unter Vorsitz des Geheimrates Arnhold, Chef der Firma Cäsar Wollheim, dem Bergwerksdirektor a. D. Tröge in Firma Cäsar Wollheim, Doktor Oppenheimer, Mitinhaber der Firma Emanuel Friedländer u. Co., Oberberghauptmann Exzellenz v. Felsen, Geheimem Oberbergrat Polenski, die zwei letztgenannten vom preußischen Handelsm..nisterium, Direktor Dr. Säger, Generalbevollmächtigtem der Bergwerksgesellschaft Georg v. Giesches Erben, Direktor Pistorius der fürstlich Pleßschen Bergwerke und Direktor Bie der Oberschlesischen Kokswerke und chemischen Fabriken-A. G. anderseits, in Berlin wiederholt Verhandlungen stattgefunden die das Ergebnis gezeitigt hatten, daß die genannten Firmen, die die gesamte 440 Millionen Meterzentner betragende Kohlen- und Koksproduktion Oberschlesiens umfassen und sich schon aus dem Ostrau-Dombrau-Karwiner Revier die Oesterreichische Berg- und Hüttenwerksgesellschaft und die Kaiser Ferdinands-Nordbahn angeschlossen haben, gemeinsam eine Aktiengesellschaft mit dem Titel „Balkan-Kohlenhandels-A. G." mit dem Sitz in Berlin und der Geschäftsleitung in Budapest gründen. Das Aktienkapital soll vorerst vier Millionen Mark betragen.

Der Zweck der neuen Gründung ist, die Balkanländer mit Kohlen und Koks zu versehen. Mit Rücksicht darauf, daß Ungarn in Kohle importbedürftig ist, wird es den ungarischen Kohlenwerken freigestellt, sofern dies zeitweilig ohne Schädigung des inländischen Kohlenverbrauches möglich und rätlich erscheinen wird, sich an den Lieferungen zu beteiligen. Die Beförderung der Kohle nach den Balkanstaaten soll in der Hauptsache auf dem Wasserweg erfolgen. Auf dem Balkan werden Depotstellen ausgestaltet werden, wofür insbesondere die an der unteren Donau gelegenen Stationen der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft und der Königlich ungarischen Fluß- und Seeschiffahrt-A. G. in Betracht kommen.

Die Konstituierung der neuen Gesellschaft ist heute erfolgt. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: Magnatenhausmitglied Adolf von Ullmann, der den Vorsitz übernimmt, Vizepräsident Adolf Tröge und Dr. Oppenheimer, ferner Exzellenz v. Felsen, Geheimer Rat Polenski, die Direktoren Bie, Pistorius und Dr. Jäger, Generaldirektor Georg Günther von den Berg- und Hüttenwerken, Generaldirektor Hugo Herrmann von der Nordbahn, Dr. Moritz von Domonyi und Baron Paul Kornfeld. Zum leitenden Direktor der Gesellschaft ist Herr Eduard Stern bestellt worden.

Bisher haben die in Frage kommenden Gebiete jährlich mehr als 30 Millionen Meterzentner englische Kohle eingeführt. In dieses Quantum ist der Verbrauch von Kleinasien nicht einbezogen. Mit Rücksicht auf die auf dem Balkan und in Kleinasien bereits ausgebauten und in der nächsten Zukunft noch weiter auszubauenden Eisenbahnen wird dieser Kohlenbedarf jedenfalls noch eine beträchtlich steigende Zunahme erfahren. Es ist anzunehmen, daß mittels der sofort in Angriff zu nehmenden Einrichtungen dieses Gebiet dauernd für die Zentralmächte gesichert bleibt und die englische Kohle verdrängt wird.

Hamburger Fremdenblatt
6./11. 1916

3

Vom Rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt.

Bei der außerordentlich lebhaften Beschäftigung der gesamten Industrie ergibt sich als natürliche Folgeerscheinung eine starke Inanspruchnahme des Kohlenbergbaues, insbesondere des ausgedehnten Ruhrkohlenreviers. Obgleich durch die fortgesetzte Einziehung von Arbeitern die Fördermöglichkeit sehr stark eingeschränkt worden ist, war es bisher immer noch möglich, ausreichende Kohlenmengen zur Deckung des inländischen Bedarfes zur Verfügung zu halten und darüber hinaus noch erhebliche Mengen an das neutrale und verbündete Ausland abgeben zu können. Eine ausreichende Versorgung der sämtlichen Bedarfsstellen ist indessen nur möglich gewesen durch die stärkere Mitverwendung von Koks, auch an solchen Stellen, die früher ausschließlich reine Kohle verfeuert haben. Die Koksproduktion wurde weiter gesteigert, und außerdem sind weitere Schritte eingeleitet worden, um die Koksproduktion erneut zu vermehren. Eine Verordnung des stellvertretenden Kommandos des 7. Armeekorps, in dessen Geltungsbereich die Ruhrzechen in der Hauptsache fallen, bestimmt, daß die Zechen verpflichtet sind, ihre gesamte Produktion an Kokskohlen entweder selbst zu verkoken, oder sie an solche Verbraucher abzugeben, die über eigene Kokereianlagen verfügen. Vorher schon hatte eine Anzahl von Zechen mit Koksöfen diese stillgelegt, wenn sie nicht gleichzeitig mit der Gewinnung von Nebenprodukten verbunden waren und die entsprechenden Kokskohlenmengen solchen Zechen überwiesen, die über derartige Nebenanlagen verfügten. Nachdem schon im Monat April trotz der beschränkten Anzahl der Versandtage insgesamt rund 70 Prozent der Beteiligung abgesetzt werden konnte, ist diese Zahl im Monat Mai auf 80 Prozent gestiegen, womit in der Zeit des Krieges ein neuer Rekord für den Koksmarkt aufgestellt werden konnte.

Der Koksmarkt wird auch weiterhin für die Kriegszeit das Rückgrat unserer ganzen industriellen Kohlenversorgung bleiben, da es nicht möglich ist, Nußkohlen und andere Sorten für die reine Kohlenverfeuerung in auch nur annähernd ausreichender Zahl zu erhalten. Die Technik kommt hierbei zur Hilfe. Es sind neue erfolgreiche Versuche zur Verwendung von Koks für die Kesselverfeuerung angestellt worden, so daß das Fehlen von Nußkohlen nach der Umänderung der Verfeuerungsanlagen für die völlige oder verstärkte Koksverfeuerung nicht mehr so störend in die Erscheinung treten dürfte. Das Syndikat hat in seinen Verträgen etwa 60 Prozent der normalen Mengen in Nußkohlen unverbindlich in Aussicht gestellt; es konnten in Nuß I und II aber nicht einmal 50 Prozent geliefert werden, und in Nuß III und IV haben die Verbraucher sogar nur etwa 35 bis 40 Prozent erhalten. Im Mai ist diese Verhältniszahl noch weiter gesunken und für den laufenden Monat besteht die Aussicht, daß die Verbraucher im Durchschnitt auf nicht mehr als etwa 50 Prozent der eingeschränkten Zahl erhalten werden.

Der Wagenmangel, der im April besonders störend aufgetreten war, ist fast ganz beseitigt worden. Die Nachfrage nach Hausbrandkohlen war trotz des verhältnismäßig milden Winters sehr rege, der Handel beansprucht auch zurzeit noch beträchtliche Mengen, da damit gerechnet wird, daß eine Erhöhung der Preise mit Wirkung vom 1. August ab eintreten wird.

Die Frage der neuen Verkaufspreise ist indessen noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Kohlensyndikat und der Regierung. Die Zechen verweisen darauf, daß die Steigerung der Gewinne keineswegs in dem gleichen Umfange überall zu verzeichnen ist; so seien die Gruben ohne Kokereien und Nebenproduktegewinnung viel ungünstiger gestellt als die Koks produzierenden Zechen, wogegen die Steigerung der Selbstkosten, namentlich der Löhne, sich bei allen Zechen geltend macht. Voraussichtlich wird man in der Bestimmung der neuen Preise zu einem Kompromiß kommen derart, daß ein Aufschlag von etwa 50 bis 100 Pf. für die Tonne für Industriekohle vorgenommen werden wird, Hausbrand wird mit größter Wahrscheinlichkeit außerhalb der Erhöhung gelassen werden. Innerhalb der Regierung kann man sich anscheinend zunächst noch schwer von der Notwendigkeit überzeugen, die Preise hinaufzusetzen. Der günstige Wasserstand des Rheins bei einer durchschnittlichen Pegelhöhe von 2,80 Metern im Mai gestattete rege Versendungen auf der Wasserstraße. Die Beschickung der oberrheinischen Syndikatslager hat aber trotz des verstärkten Versandes eine nennenswerte Besserung nicht erfahren, namentlich fehlt es an ausreichenden Mengen von Stück- und Förderkohlen.

In der Frage der Erneuerung des Kohlensyndikats sind neue Momente nicht eingetreten; nachdem die fiskalischen Handelsgründungen und die hierfür gestellten Sonderforderungen bei den übrigen Zechen etwas verschnupft haben, werden die weiteren Verhandlungen nur langsam betrieben. Es läßt sich deshalb auch noch gar nicht übersehen, ob innerhalb der laufenden Syndikatsperiode es zur Gründung eines Dauersyndikats kommen oder ob man sich nicht vielleicht zu einer einjährigen Verlängerung des Uebergangssyndikats verstehen wird.

Der Markt für die Nebenprodukte bleibt weiterhin fest; indessen ist bezüglich Benzol festzustellen, daß die verfügbaren Mengen jetzt vollständig ausreichen, um den starken Bedarf auch der Heeresverwaltung decken zu können. In schwefelsaurem Ammoniak ist die Erzeugung entsprechend der verstärkten Koksproduktion etwas gesteigert worden, die Vermehrung reicht aber nicht aus, um die Anforderungen der Landwirtschaft auch nur annähernd befriedigen zu können. Die Neuregelung der Preise ist zurzeit noch Gegenstand von Verhandlungen mit der Militärverwaltung.

Neue Freie Presse
11./VI. 1916

4

[Eine Konferenz über die Kohlenapprovisionierung Wiens.] In den nächsten Tagen findet voraussichtlich bei der Nordbahndirektion eine Konferenz statt, die sich mit der Frage der Approvisionierung Wiens mit Kohle beschäftigen wird. Es soll darüber beratschlagt werden, welche Maßnahmen getroffen werden sollen, damit in den nächsten Monaten genügend Kohle aus den oberschlesischen Revieren nach Wien gelange. Wie verlautet, wird die Nordbahndirektion an die Kohlenfirmen die Aufforderung richten, ihre Rutschen mit Kohle zu füllen, da sie sonst mit Zwangsmaßregeln, eventuell auch mit einer Kündigung der den betreffenden Firmen zugewiesenen Lagerräume vorgehen müßte. Da gegenwärtig ausreichende Mengen von Kohle in Wien vorhanden sind, soll auch an das Publikum die Aufforderung gerichtet werden, seinen späteren Bedarf nach und nach schon in der nächsten Zeit zu decken. Die Kohlenfirmen beabsichtigen, zur Erleichterung der Zufuhren in die einzelnen Bezirke eine größere Anzahl von Lastautomobilen anzuschaffen.

Neues Wiener Tagblatt
14/VI. 1916

5

(Kohlenverkauf im Mai.) Der Absatz auf den städtischen Kohlenlagerplätzen im Mai dieses Jahres stellte sich wie folgt: Auf den fünf Lagerplätzen Westbahnhof, Matzleinsdorf, Engerthstraße, Nordwestbahnhof und Ottakring wurden im kleinen 32,307 Zentner Braunkohle, in Fuhren 10,650 Meterzentner und an Grieß 5247 Meterzentner abgesetzt. Die Gesamtmenge beträgt 39,204 Meterzentner im ganzen Monat. Die Anzahl der Parteien betrug 114,200 pro Monat und 4229 pro Tag. Auch im Monat Mai ist der Rückgang des Absatzes gegenüber dem Vormonat geringer, als dies im Vorjahre der Fall war. Er betrug beim Gesamtverkauf nur 30 Prozent gegenüber 47 Prozent im Vorjahre und bei der Anzahl der erschienenen Parteien nur 19 Prozent gegenüber 30 Prozent im Vorjahre. — Der Absatz von Dombrowaer Steinkohle beschränkte sich auch im Berichtsmonat auf den Verkauf auf den Nordbahnrutschen, wo 1705 Meterzentner abgesetzt wurden. Die Steinkohlenvorräte auf den Kohlenlagerplätzen Westbahnhof und Matzleinsdorf haben sich im Laufe des Monats Mai wesentlich gebessert, mit dem Verkauf der Steinkohle konnte jedoch auf diesen Lagerplätzen noch nicht begonnen werden.

Fremdenblatt
16./IV. 1916.

6

Die Erhöhung der Fuhrlöhne in Wien und der Kohlenpreis.

Im Hinblicke auf die Verteuerung des Fuhrwerksbetriebes durch die Steigerung der Futtermittel und anderer Bedarfsartikel ist eine neuerliche Erhöhung der Löhne für Kohlenfuhren — die letzte Erhöhung fand am 15. September v. J. statt — bewilligt worden. Diese am 19. d. M. in Kraft tretende Steigerung der Kosten der Kohlenzufuhr in Wien muß selbstverständlich auch auf den Kohlenpreis zurückwirken. Für die Zustellung und Abgabe der Kohle und Koks in Säcken (a 50 Kg. ergibt sich aus dieser Fuhrlohn-Erhöhung eine Preissteigerung von 7 Heller per Sack. In der weiter unten folgenden Tabelle verzeichnen wir die Aenderungen, die der Kohlenfuhrlohn in den verschiedenen Relationen des Lokoverkehrs für die übrigen Kohlen- und Kokstransporte erfahren hat.

Daß der Fuhrlohntarif nicht noch höher gesteigert werden mußte, ist dem Eingreifen des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner zu danken, der für die möglichste Ueberleitung der Kohlentransporte auf die Wiener städtischen Straßenbahnen bemüht war. Dank dem Entgegenkommen des Eisenbahnministers Dr. Freiherrn von Forster gelang es, zu diesem Verkehr die Straßenbahnen heranzuziehen — eine leistungsfähige Zentralanlage beim Nordwestbahnhof erleichtert dies ganz wesentlich. Diese teilweise Ablenkung der Kohlenverfrachtung auf die Straßenbahnen hat eine Entlastung des Pferdefuhrwerks gebracht und hat damit auch ermöglicht, die Erhöhung der Fuhrlöhne in bescheidenerem Maße zu halten.

Im Nachstehenden geben wir eine Vergleichung der neuen und der bisherigen Fuhrlöhne:

		Bisher	Ab 19. d.
		Heller	
I.	Bezirk	(48)	67
II.	„	(43)	55
II.	„ Kaisermühlen	(48)	67
II.	„ Handelskai-Stadlauerbrücke	(48)	67
II.	„ Freudenau, Winterhafen	(61)	77
III.	„	(48)	67
IV.	„	(51)	69
V.	„	(51)	69
VI.	„	(51)	69
VII.	„	(51)	69
VIII.	„	(51)	69
IX.	„	(48)	67
X.	„	(69)	83
X.	„ Inzersdorf	(79)	92
X.	„ Ober- und Unterlaa	(85)	96
XI.	„ bis letztes Staatsbahnviadukt	(69)	83
XI.	„ vom letzten Staatsbahnviadukt-Zentralfriedhof	(72)	85
XI.	„ Kaiser-Ebersdorf und Schwechat	(85)	96
XII.	„	(69)	83
XII.	„ Altmannsdorf	(79)	92
XII.	„ Hetzendorf	(79)	92
XIII.	„ Penzing, Hietzing und Schönbrunn	(74)	87
XIII.	„ Unter- und Ober-St. Veit	(79)	92
XIII.	„ Breitensee	(74)	87
XIII.	„ Baumgarten	(79)	92
XIII.	„ Hütteldorf	(85)	96
XIII.	„ Hacking und Speising	(85)	96
XIII.	„ Lainz	(82)	94
XIII.	„ Steinhof	(92)	102
XIV.	„	(69)	83
XV.	„	(69)	83
XVI.	„	(69)	83
XVII.	„	(69)	83
XVII.	„ Neuwaldegg	(85)	96
XVII.	„ Dornbach	(79)	92
XVIII.	„	(69)	83
XVIII.	„ Neu-Gersthof	(74)	87
XVIII.	„ Alt-Gersthof	(79)	92
XVIII.	„ Pötzleinsdorf	(85)	96
XVIII.	„ Neustift und Salmannsdorf	(98)	106
XIX.	„ mit Ausschluß der Türkenschanze	(69)	83
XIX.	„ Türkenschanze	(74)	87
XIX.	„ Grinzing und Sievring	(82)	94
XIX.	„ Nußdorf und Heiligenstadt	(74)	87
XIX.	„ Kahlenbergerdorf	(85)	96
XIX.	„ Kobenzl	(124)	127
XX.	„	(43)	55
XXI.	„ Floridsdorf	(65)	80
XXI.	„ Kagran	(72)	85
XXI.	„ Hirschstetten und Stadlau	(74)	87
XXI.	„ Leopoldau und Groß-Jedlersdorf	(79)	97
XXI.	„ Jedlesee, Strebersdorf	(74)	87
Kohle und Koks in Säcken als Hausierfuhr per 100 Kilogramm		(78)	92

Das Mindestgewicht einer kompletten Wagenladung beträgt 3500 Kilogramm und es wird, wenn der Empfänger der Kohle ein geringeres Gewicht vorschreiben sollte, der Preis für 35 Meterzentner verrechnet. Vorspannkosten in den Bezirken X bis XXI sind vom Empfänger der Kohle separat zu bezahlen. Alle Fuhrlohnpreise verstehen sich per 100 Kilogramm.

Fremdenblatt
16./VI. 1916

7

Das Kohlenzechenprojekt der Stadt Berlin.

Berlin, 18. Juni. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die Kommune Berlin hat sich bekanntlich in der letzten Zeit sehr eingehend mit dem Plane des Erwerbes von Kohlenzechen zwecks Kohlenversorgung der hiesigen Gasanstalten beschäftigt. Es waren ihr deshalb zwei westfälische Kohlengruben, und zwar die Gewerkschaft Westfalen und die Kohlenbohrgesellschaft Anneliese angestellt worden. Mit dem gestrigen Tage ist nun die Option auf die Gewerkschaft Westfalen abgelaufen, ohne daß das Stadtparlament in die Erörterung dieser Angelegenheit eingetreten wäre. Wie verlautet, ist ein Ersuchen des Magistrats an den Grubenvorstand von Westfalen, die heute ablaufende Option zu verlängern, von diesem ablehnend beschieden worden. Es sind nämlich inzwischen neue Reflektanten auf das Bergwerkseigentum von Westfalen aufgetreten, von denen einer, nämlich eine große Kohlengesellschaft, ein ernsthaftes Gebot auf die Gewerkschaft Westfalen abgegeben hat. Damit scheidet diese aus den Kaufprojekten der Stadt Berlin aus. Etwas anders, wenn auch nicht wesentlich verschieden, liegen die Verhältnisse bei der Kohlenbohrgesellschaft Anneliese. Auch über dieses Projekt hat sich die Stadt Berlin, ohne daß hier eine Optionsfrist vereinbart wurde, noch nicht schlüssig machen können. Auch hier haben sich neuerdings mehrere Kauflustige und anscheinend darunter ebenfalls die für die Gewerkschaft Westfalen seriös in Betracht kommende Stelle gemeldet. Sofern die Stadt Berlin zu einem baldigen Entschlusse nicht gelangen sollte, würde sie somit auch dieses Objekt aus den Händen verlieren. Die Frage der Kohlenversorgung ist für die hiesige Kommune deshalb dringender geworden, weil ihr der Kohlenbezug aus England vollkommen gesperrt ist und die Wiedereinfuhr von englischer Steinkohle nach Deutschland in sehr weiter Ferne liegt. In der Hauptsache wird die Stadt Berlin Wert darauf legen müssen, sich betreffs ihres Kohlenbezuges vor etwaigen Konjunkturschwankungen zu sichern, um so den Gasverbrauchern stabile Preise gewährleisten zu können. Langfristige Kohlenbezugsverträge dürften nicht leicht abzuschließen sein und sind weniger rentabel, als wenn die Stadt die Kohlenförderung in eigene Regie nimmt.

In der gestrigen Generalversammlung der Bohrgesellschaft Anneliese ermächtigte die Versammlung den Vorstand zu einem Angebot des Felderbesitzes an die Stadt Berlin zum Preise von 8 Millionen Mark. Die Harpener Bergbau-A.-G. als Besitzer von einem Viertel der Anteile und die Internationale Bohrgesellschaft als Erlösberechtigte hatten jenem Preise als angemessen zugestimmt. Wird der Verkauf perfekt, so empfängt die Internationale Bohrgesellschaft 30 Prozent vom Bruttokaufpreis, gleich 2,40 Millionen Mark, ferner eine Vermittlergruppe 5 Prozent, gleich 400.000 Mark, und der Vorstand von Anneliese zugleich als Entschädigung für seine nachherigen Liquidationsgeschäfte 10 Prozent des Reingewinnes, gleich etwa 300.000 Mark. Es würden also auf jeden Anneliese-Anteil 5000 Mark bis 5200 Mark Reinerlös entfallen.

Fremdenblatt Abendbl
21./VI. 1916

8

Die Erneuerung des Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikates.

München, 21. Juni. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Wie die „M. N. N." melden, ist die Regierung gegen die Verlängerung des Uebergangssyndikates und sie hat den mit der Leitung der Erneuerungsverhandlungen betrauten Persönlichkeiten klar zu verstehen gegeben, daß sie nach wie vor es als notwendig ansieht, die Syndikatsbildung in der Ruhrkohlenindustrie zu unterstützen und daß sie deshalb den Eintritt eines freien Marktes, der im Falle eines Scheiterns der Einigung nach dem 1. Jänner kommenden Jahres bevorstehen würde, nicht dulden könne. Komme die Einigung auf der vorgeschlagenen Grundlage nicht zustande, dann werde eben die Bundesratsverordnung vom 30. August 1915 betreffend die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau (Zwangssyndikatsvorlage) Platz greifen müssen.

Hiezu bemerken die „M. N. N.": Die wenig angenehme Aussicht, in ein Zwangssyndikat, das natürlich der schärfsten Kontrolle der Regierung unterstehen würde, hineinzukommen, wird manche Zeche wohl anhalten, eine Reihe von Wünschen, die man für das Dauersyndikat geltend machen will, zurückzustellen oder doch derart zu mildern, daß die Wünsche nicht direkt unannehmbare Forderungen darstellen können. Die besonderen Schwierigkeiten in der ganzen Erneuerungsfrage liegen zurzeit noch in der künftigen Gestaltung der Handelsorganisationen, vornehmlich soweit die vom Ruhrfiskus geforderten Reservatrechte für seine neubegründeten Kohlenhandelsgesellschaften in Betracht kommen. Ueber die Dauer des Syndikats bestehen zwischen den beiden Zechengruppen noch starke Meinungsverschiedenheiten: die Hüttenzechen wünschen ein Syndikat von zehnjähriger Dauer, wogegen die reinen Zechen eine Vereinigung mit fünfjähriger Geltungsfrist befürworten; da dieser Vorschlag auch von der Regierung unterstützt wird, darf man wohl annehmen, daß diese Form demnächst das Uebergangssyndikat ablösen wird.

Neue Freie Presse
25./VI. 1916

9

[Die Lage des böhmischen Braunkohlenmarktes.] Aus dem nordwestböhmischen Braunkohlenrevier wird uns berichtet: So weit eine Uebersicht über die verflossenen fünf Monate des Jahres, also bis Ende Mai, möglich ist, zeigen die Versandziffern für Braunkohle das ähnliche Bild wie bisher. Das Brüxer Revier ist gegenüber dem Vorjahre weiter im Rückgange geblieben, während das Falkenauer Kohlenbecken infolge der leichteren Gewinnungsart daselbst und in der Regel besserer Wagenbeistellung ein Plus aufweist. Die Verladeziffern der einzelnen Jahre im Abschnitte Januar-Mai sind folgende: Brüxer Revier 1913 669.000, 1914 621.000, 1915 496.800 und 1916 479.000 Waggons à 10 Tonnen und im gleichen Zeitraum für das Falkenauer Revier 130.200, 128.400, 106.200, respektive 112.000 Waggons à 10 Tonnen. Hieraus ergibt sich im Vergleich der Jahre 1916 und 1915 für das Brüxer Revier ein Fehlquantum von 17.800 Waggons, für das Falkenauer Revier ein Plus von 5800 Waggons. Setzt man aber, um ein Urteil über den derzeitigen Versand und den eines Normaljahres zu gewinnen, den Ziffern der Zeitperiode Januar-Mai 1916 jene vom Jahre 1913 entgegen, dann bleibt der Kohlenversand im Brüxer Reviere um 190.000 Waggons = 30 Prozent, im Falkenauer Reviere um 18.000 Waggons = 15 Prozent zurück. Dieser Rückgang, insbesondere des Brüxer Reviers, trifft indes den Kohlenkonsum keineswegs gleichmäßig, weil die Verladung vorerst nach den verschiedenen Gebieten nicht auf einheitlichen Grundlagen beruht. Denn beispielsweise für den Verkehr nach dem deutschen Auslande entscheidet die mehr oder weniger reichliche Beistellung von Waggons seitens der deutschen Bahnen selbst. Noch wesentlicher aber fällt der Umstand ins Gewicht, daß die Kohlenwerke, beziehungsweise -firmen die Einteilung der Kohle nicht wie in Friedenszeiten nach Maßgabe ihrer Schlüsse oder freien geschäftlichen Erwägungen, sondern nach ministeriellen Verfügungen zu treffen haben. Letztere setzen für einzelne Unternehmungen, hauptsächlich die Bahnen, auch über 100 Prozent fest und verpflichten zudem das Revier verschiedentlich auch zu Lieferungen an solche Stellen, für die eine normale Verpflichtung überhaupt fehlt. Die Wasserabladungen in Aussig und Bodenbach betrugen in der Zeit Januar-Mai 1916 45.943, 1915 41.283, 1914 66.985 und 1913 55.747 Waggons à 10 Tonnen, wobei allerdings nicht außeracht gelassen werden darf, daß für die Elbeverladung der jeweilige Wasserstand und der disponible Kahnraum mit maßgebend ist. Die bei den Schächten vorliegenden Aufträge sind nach wie vor sehr umfangreich. Die Preise für den inländischen Kohlenmarkt haben auch weiterhin seit Beginn 1915 keine Erhöhung erfahren. — Aus Prag wird uns telegraphiert: Die Wagenbeistellungen in den böhmischen Braunkohlenrevieren betrugen in der ersten Junihälfte 42.207 Wagen, das ist um 6005 Wagen mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres, in welchem sich allerdings gegenüber dem Jahre 1914 ein Ausfall von 13.625 Wagen ergeben hatte.

Neues Pester Journal
25. IV. 1916
10

* **Die Kohlenversorgung.** Der Magistrat empfiehlt dem Publikum neuerdings, seinen Kohlenbedarf schon jetzt zu decken, weil später bei der Zufuhr große Schwierigkeiten entstehen werden. Es kam vor, daß bei der Lieferung ganzer Fuhren von Kohle die Arbeiter für das Abladen separate Bezahlung verlangten, trotzdem die Ablagegebühr im Kohlenpreise enthalten ist. Arbeiter, die solche Forderungen stellen, sind dem nächsten Polizisten zu übergeben. Die Preise sind folgende: Kohle auf der Rutsche oder am Lager übernommen ohne Zufuhr 5 K. 50 H., in offenen Fuhren zu 30 Meterzentner in den Keller gelagert 6 K. 25 H., in Säcken zu 50 Klgr. 6 K. 85 H. Für Zufuhr nach dem Ofner flachen Gebiet 10 H., nach gebirgigem Gebiet 28 H. Zuschlag per Meterzentner. Für erforderlichen Vorspann ist Vereinbarung am Platze. Die Preise der ungarische Kohle ab Rutsche sind folgende: Boglhasaljaer Stückkohle per 100 Klgr. 370 H., Csibaer 290, Salgótarjáner 360, Csolnoker 410, Tataer 410, Tataer Kokskohle 380, Vörösvárer Würfelkohle 290 Heller. Koks der Gaswerke kostet bei den Großhändlern per 100 Klgr. Nußkoks höchstens 470 H., Stückkoks 470 H., Haselnußkoks 370 H. Preußischer Koks kann ab Rutsche höchstens 520 H. per Meterzentner kosten. Für Zufuhr jeder Art von Koks inklusive Einlagerung im Keller können auf der Pester Seite und in Ofen von der Margarethenbrücke nördlich per 100 Klgr. 70 H., von der Margarethenbrücke südlich 74 H., im Extravillan und der Ofner Gebirgsgegend 98 H. berechnet werden. Für das Füllen in Säcke können per 100 Klgr. weitere 60 H. berechnet werden. Für von Kleinhändlern in Säcken in die Wohnung zugestellte Kohle dürfen höchstens 730 Heller per 100 Klgr. berechnet werden. Höhere Preisforderungen sind zur Anmeldung zu bringen.

Hamburger Fremdenblatt
29./III. 1916

M

Kohlensyndikat.

Im Monatsbericht des Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats wird ausgeführt: Die Absatzverhältnisse weisen im Mai gegen den Vormonat keine wesentlichen Aenderungen auf. Die Gesamtmengen des Absatzes sind entsprechend der größeren Zahl der Arbeitstage (27 gegen 23) gegenüber dem Vormonat durchweg verschieden. Der beim rechnungsmäßigen Absatz zu verzeichnende geringe Rückgang des arbeitstäglichen Durchschnittsergebnisses von 1616 Tonnen ist darauf zurückzuführen, daß der arbeitstägliche Kohlenbedarf für den abgesetzten Koks infolge der ungleichen Zahl der Arbeitstage der Vergleichsmonate verhältnismäßig geringer war. Der ferner beim Gesamtabsatz in Kohlen vorliegende Rückgang des arbeitstäglichen Durchschnittsergebnisses ist durch Verringerung der Kohlenlieferungen auf die Verkaufsbeteiligung veranlaßt. Der Kohlen-, Koks- und Brikett-Absatz für Rechnung des Syndikats, zuzüglich des Absatzes auf Vorverkäufe, hat im arbeitstäglichen Durchschnitt denjenigen des Vormonats überschritten. Der auf die Verkaufsbeteiligung der Mitglieder anzurechnende Absatzbetrug im Mai im Vergleich zum Vormonat beim rechnungsmäßigen Absatz an Kohlen 68,66 Prozent gegen 69,10 Prozent im Vormonat, in Koks 78,01 Prozent (einschließlich 1,32 Prozent Koksgrus) gegen 69,63 Prozent, bezw. 1,15 Prozent, und in Briketts 67,40 Prozent gegen 66,88 Prozent. Die Förderung belief sich auf 8 435 478 Tonnen. Sie reichte zur vollen Deckung des Absatzes, der einschließlich des Kohlenbedarfs für abgesetzte Koks und Briketts sowie des Bedarfs für Betriebszwecke der Zechen rechnungsmäßig 8 548 787 Tonnen, tatsächlich 8 543 117 Tonnen betrug, nicht aus. Die mehr abgesetzte und verbrauchte Kohlenmenge von 107 639 Tonnen entfällt auf den Versand aus den Lagerbeständen. Die Kokserzeugung ist insgesamt auf 2 267 241 Tonnen gestiegen und hat gegen den Vormonat um 169 203 Tonnen zugenommen. Der Eisenbahnversand hat sich bei reichlicherer Wagenstellung im allgemeinen befriedigend abgewickelt. Der Umschlagverkehr in den Rheinhäfen blieb ohne Störungen. Der Versand über den Rhein-Weser- und Dortmund-Ems-Kanal war lebhafter.

Verglichen mit dem Vormonat ergibt sich folgendes Bild:

	Mai 1916	April 1916
Insgesamt:		
Arbeitstage	27	23
Rechnungsm. Kohlenabsatz	6 700 816 t	5 745 259 t
Arbeitstägl. Kohlenabsatz	248 178 t	249 794 t
Beteiligung	9 759 835 t	8 313 933 t
Abs. in Proz. d. Beteiligung	68,66	69,10
Förderung	8 435 478 t	7 235 857 t
Arbeitstägliche Förderung	312 425 t	314 602 t
Kohle:		
Arbeitstage	27	23
Versand	4 700 648 t	4 034 571 t
Arbeitstäglicher Versand	174 098 t	175 416 t
Vers. f. Rechn. d. Syndikats	3 756 833 t	3 185 876 t
Arbeitstägl. Vers. f. Rechn. des Syndikats	139 142 t	138 516 t
Koks:		
Arbeitstage	27	23
Versand	2 276 700 t	2 074 762 t
Arbeitstägl. Versand	73 442 t	69 159 t
Vers. f. Rechn. d. Syndikats	1 514 353 t	1 276 546 t
Arbeitstägl. Vers. f. Rechn. des Syndikats	48 850 t	42 552 t
Briketts:		
Arbeitstage	27	23
Versand	350 568 t	301 590 t
Arbeitstägl. Versand	12 984 t	13 113 t
Vers. f. Rechn. d. Syndikats	303 210 t	254 857 t
Arbeitstägl. Vers. f. Rechn. des Syndikats	11 230 t	11 081 t

Fremdenblatt
2./VII. 1916

12

Vom Kohlenmarkte.

Wie wir hören, dürfte die oberschlesische Kohlenkonvention noch im Laufe dieses Monats zusammentreten, um über den üblichen Winterzuschlag zu beraten. Dieser Zuschlag würde 50 bis 70 Pfennig per Tonne betragen. Es besteht aber noch keine Gewißheit, ob diese Erhöhung der Preise, die von Gruben und Händlern gewünscht wird, wirklich eintreten wird, da die Regierung bisher noch keine Geneigtheit gezeigt hat, die Zustimmung zu dieser Preiserhöhung zu erteilen.

Bemerkenswert ist, daß die Förderung in den oberschlesischen Kohlenrevieren sich gegenwärtig auf 70 bis 80 Prozent der Friedensproduktion beläuft, während sie in Oesterreich in manchen Revieren 105 Prozent der Friedenserzeugung beträgt. Die oberschlesische Kohlenproduktion leidet auch unter den Mängeln der Wagengestellung, die sich teilweise auf nicht einmal 40 Prozent des angeforderten Wagenraumes stellt.

In den Kreisen des heimischen Kohlenhandels wird mit lebhafter Befriedigung von der Tätigkeit der Devisenzentrale Kenntnis genommen. Man begrüßt es, daß durch die dadurch geschaffene Stabilisierung der Devisenpreise der Kohlenhandel nicht mehr unter den früheren heftigen Schwankungen bei der Anschaffung der Markvaluta leidet und nicht mehr gezwungen ist, diese Schwankungen in seinen Preis einzukalkulieren.

Die Zeit.
4./VII.1916

Die österreichische Kohlenproduktion im Kriege.

Wie die Kohlenförderung aller kriegführenden Staaten, hat auch jene Oesterreichs im ersten Kriegsjahr einen Rückgang erfahren. Der Ausfall war indes bei der Steinkohlenförderung nicht sehr bedeutend und konnte im zweiten Kriegsjahr zum Teil bereits wieder eingebracht werden. Im laufenden Jahre zeigt jedoch die Steinkohlen- und auch die Koksproduktion eine kontinuierliche Zunahme, so daß die Jahreserzeugung 1916 die vorjährige jedenfalls bedeutend übertreffen wird. Auch die Braunkohlenförderung zeigt im laufenden Jahre günstige Ziffern. Die nachstehenden Daten geben ein Bild von der Entwicklung der österreichischen Kohlenproduktion in der Kriegszeit.

In Steinkohle stellte sich die Gewinnung im Jahre 1914 auf 154·1 Millionen Meterzentner gegen 164·6 Millionen Meterzentner pro 1913. Der Rückgang belief sich also auf 10·5 Millionen Meterzentner. In Steinkohlenbriketts war von 1913 auf 1914 überhaupt keine nennenswerte Abnahme zu verzeichnen, indem die Erzeugung 1,942.211 Meterzentner betragen hatte gegen 1,961.409 Meterzentner. Die Kokserzeugung hat dagegen eine bedeutende Abnahme erfahren: während 1913 25·6 Millionen Meterzentner erzeugt wurden, belief sich die Produktion pro 1915 auf nur 21·9 Millionen Meterzentner. Im Jahre 1915 haben sich die Produktionsverhältnisse im Steinkohlenbergbau bereits günstiger gestellt, so daß in der Rohkohlenförderung eine erhebliche Steigerung erzielt werden konnte und auch die Brikett-erzeugung eine mäßige Zunahme erfuhr. Nur die Kokserzeugung hat weiter abgenommen, doch war der Ausfall bedeutend geringer als im Jahre 1914 gegenüber 1913. Die Produktionsdaten für das Jahr 1915 sind die folgenden: An Steinkohle wurden gefördert 160·8 Millionen Meterzentner gegen 154·1 Millionen pro 1914; an Briketts betrug die Erzeugung 2,050.405 Meterzenner gegen 1,942.211 Meterzentner im Jahre 1914; an Koks wurden 19·1 Millionen Meterzentner erzeugt gegen 21·9 Millionen Meterzentner im Jahre 1914. Im laufenden Jahre hat sich die Situation weiter erheblich gebessert. In den Monaten Januar bis Mai 1916 hat die Steinkohlenförderung bereits die Menge von 73·3 Millionen Meterzentner erreicht gegen 66·5 Millionen Meterzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres ergibt sich also bereits eine Zunahme um 6·8 Millionen Meterzentner. Bemerkenswert ist, daß die Steinkohlenförderung in den ersten fünf Monaten des Jahres 1916 mit der genannten Menge von 73·3 Millionen Meterzentner auch die Produktion in der gleichen Zeit des Jahres 1914 (68·9 Millionen Meterzentner), die noch in die Friedenszeit fällt, wesentlich übertrifft und — da die Produktion Januar bis Mai in den früheren Jahren geringer war als für 1914 — überhaupt einen Rekord bedeutet. In Briketts ergab die Erzeugung in den ersten fünf Monaten 1916 eine Menge von 853.402 Meterzentner gegen 893.400 in der gleichen Zeit 1915. In Koks ist dagegen eine gewaltige Produktionserhöhung zu verzeichnen: in der Zeit Januar bis Mai 1916 wurden nämlich 10·4 Millionen Meterzentner erzeugt, gegen 7·3 Millionen Meterzentner in der gleichen Zeitperiode von 1915. Die Zunahme beträgt also bereits 3 Millionen Meterzentner.

Nicht so günstig liegen die Verhältnisse beim Braunkohlenbergbau, indem die Braunkohlenförderung, die von 1913 auf 1914 einen Rückgang um rund 36 Millionen Meterzentner erfahren hatte, auch im Jahre 1915 weiter gesunken ist. Im laufenden Jahre zeigt jedoch auch die Braunkohlenerzeugung eine andauernde Steigerung, so daß die Hoffnung besteht, daß die Jahresproduktion 1916 wenigstens den Ausfall gegen 1915 (rund 17 Millionen Meterzentner) wettmachen dürfte. Nachstehend die Produktionsdaten: Im Jahre 1914 stellte sich die Braunkohlenförderung auf 237·8 Millionen Meterzentner gegen 273·8 Millionen Meterzentner pro 1913. Die Brikett-erzeugung betrug 2,306.421 Meterzentner, und hat gegen 1913 um rund 190.000 Meterzentner abgenommen. Im Jahre 1915 erreichte die Braunkohlenproduktion 220·3 Millionen Meterzentner gegen 237·8 Millionen Meterzentner pro 1914. Die Brikettererzeugung ist gegen 1914 gestiegen; sie betrug 1915 2,522.857 Meterzentner gegen 2,306.421 Meterzentner für 1914. — Im laufenden Jahre betrug die Braunkohlenförderung in der Zeit von Januar bis Mai 99·5 Millionen Meterzentner gegen 93·4 Millionen Meterzentner in der gleichen Zeit von 1915. Die Zunahme beträgt also 6·1 Millionen Meterzentner. Gegen die Produktion in den ersten fünf Monaten des Jahres 1914 (110·1 Millionen Meterzentner) bleibt die Förderung im laufenden Jahre allerdings noch erheblich zurück. Die Brikettererzeugung weist für die Monate Januar bis Mai 1916 eine Menge von 1,017.649 Meterzentner aus, gegen 1,082.823 Meterzentner im Vorjahre. — Die gesamte Kohlenförderung Oesterreichs (Stein- und Braunkohle) betrug in dem Zeitraum von Januar bis Mai 1916 172·8 Millionen Meterzentner gegen 159·9 Millionen Meterzentner in der gleichen Zeit des Jahres 1915. Die Zunahme stellt sich also auf 12·9 Millionen Meterzentner. Von der Produktionssteigerung in Steinkohle entfällt der weitaus größte Anteil auf das Ostrau-Karwiner Revier; auch Galizien konnte seine Förderung nennenswert erhöhen. Bei der Braunkohlengewinnung ist die Förderungszunahme des Brüxer und des Falkenau-Elbogener Reviers maßgebend.

Fremdenblatt Abend
7. Juli 1916

14

Das Kohlengeschäft in Oberschlesien.

Nach heute vorliegenden Berichten hat der Monat Juni für das Kohlengeschäft im oberschlesischen Industriebezirk unzweifelhaft eine Verschärfung der Lage insofern herbeigeführt, als die Nachfrage namentlich nach Hausbrandkohlen einen für diesen Monat sonst ungewöhnlich großen Umfang angenommen hat. Die Anregung, nicht zu lange mit der Eindeckung des Winterbedarfes an Kohlen zu warten, scheint vielfach mißverstanden worden zu sein, was daraus geschlossen werden darf, daß die Bestellungen der einzelnen Verbraucher sich im Berichtsmonat in einer Weise überstürzen, als ob bereits die Sommermonate vorüber wären und der Winter vor der Türe stünde. Für die Kohlengruben kann ein solcher Zustand gerade nicht als erquicklich bezeichnet werden, schon in regelrechten Zeiten nicht, geschweige denn in Kriegszeiten, wie gegenwärtig, in denen nach wie vor mit einer verhältnismäßig immer noch beträchtlichen Einschränkung der Förderung gerechnet werden muß, weil eben die nötigen Arbeitskräfte fehlen und der herangezogene Ersatz nicht die Leistungen vollbringt wie der Bergmann von Beruf. Neben dem flotten Abruf von Hausbrandkohlen erhielt sich nach allen übrigen Kohlensorten ebenfalls unausgesetzt so starke Nachfrage, daß die Kohlengruben fortgesetzt alle nur möglichen Anstrengungen machen mußten, um einigermaßen den Anforderungen gerecht zu werden. Es spielt hierbei keine Rolle, ob es sich um Grobkohlen oder um Kleinkohlen und sonstige kleine separierte Kohlen handelt, denn in allen Sorten waren die Bestellungen laufend mindestens dreimal so groß wie die tägliche Förderung, und da der Juni ganz besonders viel Feiertage hatte, sind die rückständigen unerledigten Aufträge weiter nicht unwesentlich gestiegen. Es ist eine alte Erfahrung, daß nach Feiertagen die Förderleistungen auf fast allen Gruben zurückgehen, und wenn in einen Monat viele Feiertage fallen, so macht sich dies in dem Gesamtergebnis ganz besonders fühlbar, zumal, wenn, wie gegenwärtig, noch andere Umstände hinzutreten, die nachteilig auf die Förderleistungen wirken. Was Gas- und Kokskohlen betrifft, so machten sich die Feiertage durch die größeren Anforderungen der Koksanstalten ganz besonders bemerkbar, so daß die Abgaben an die Gasanstalten verringert werden mußten, was wiederum Reklamationen und Beschwerden der dadurch Betroffenen zur Folge hatte. Im übrigen kann aber trotzdem festgestellt werden, daß bei dem augenblicklichen, an und für sich geringeren Bedarf der Gasanstalten diese keineswegs in Verlegenheiten gekommen sind, vielmehr angesichts ihres geringeren Verbrauches sogar noch ihre Bestände vermehren und so für die spätere Zeit vorsorgen konnten. Die Förderkosten der Kohlengruben sind weiter gestiegen, sei es infolge von Aufbesserungen der Arbeitslöhne, sei es infolge weiterer beträchtlicher Preissteigerung aller Betriebsstoffe. Die Einstandswerte für Kohlen stellen sich jetzt so, daß die derzeitigen Kohlenverkaufspreise nicht mehr als den Verhältnissen entsprechend angemessen bezeichnet werden können und die Lage demzufolge zu weiteren Preisheraufsetzungen für Kohlen geradezu drängt. Auch auf dem Koksmarkte blieben die früheren außerordentlich günstigen Verhältnisse nicht nur bestehen, sondern seine Lage hat sich noch weiter befestigt; es ist auch weiterhin mit äußerst vorteilhaftem Absatz und guten Erlösen zu rechnen. Staatlicherseits legt man den größten Wert darauf, daß die Koksanstalten nicht nur ihre Erzeugung in bisheriger Höhe aufrechterhalten, sondern daß sie auch ihre Bestrebungen darauf richten, noch größere Erzeugungen zu erzielen, schon mit Rücksicht darauf, daß dadurch auch die Nebenerzeugnisse der Koksanstalten der Menge nach wachsen, wodurch den Staatsinteressen in vielfacher Weise gedient wird.

Die Zeit Abendbl
20./III. 1916

15

⊡ [Kohlenkarten in England.] Aus Frankfurt, 20. d., wird uns telegraphiert. Die Frankft. Ztg. meldet aus London: Infolge verhängnisvoller Knappheit der Kohlenvorräte plant England die Ausgabe von Kohlenkarten. Der Höchstpreis, der bisher vier Schilling (K. 4.80) pro 100 Kilo betrug, soll auf 2·6 Schilling (K. 3.12) herabgesetzt werden.

Tägliche Rundschau
20. VIII. 1916

20
16

Die Kohlensyndikats-Erneuerung.

Vorläufig keine Entscheidung.

Wir haben gestern noch darauf hingewiesen, daß eine Anzahl Ruhrbergwerke mit Sonderwünschen, namentlich mit erhöhten Beteiligungsansprüchen, an den Erneuerungsausschuß herangetreten ist. Es liegt auf der Hand, daß die Ordnung dieser Ansprüche mit Schwierigkeiten verbunden ist und daß demzufolge die gestrigen Verhandlungen über das neue, fünfjährige Dauersyndikat noch ohne Ergebnis blieben. Uns wird darüber gemeldet:

„In der Zechenbesitzerversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats am Mittwoch wurde über die Verhandlungen des Ausschusses F berichtet, daß nicht sämtliche Beteiligten, wohl aber ein ansehnlicher Teil davon sich bedingungslos bereit erklärt hat, einem zu bildenden fünfjährigen Syndikat beizutreten. Von einigen Seiten sind Wünsche gestellt worden, die sich nicht erfüllen ließen. Der Standpunkt des Ausschusses F bewegt sich unverändert in der Richtung, daß diejenigen Anträge, die von den in dem letzten Rundschreiben aufgestellten Grundsätzen abweichen, Berücksichtigung nicht finden können. Einige Anträge, die auf Abänderung von Bestimmungen des Syndikatsvertrages hinauslaufen, sollen zurückgestellt und den Beteiligten unterbreitet werden. Der Fortgang der Verhandlungen soll sich in der Weise abspielen, daß auf den 15. September eine entscheidende Versammlung der Zechenbesitzer eingeladen wird. Falls sich auch dann noch nicht die Zustimmung der Gesamtheit ergibt, soll eine weitere Versammlung vor dem 15. Oktober stattfinden."

*

Ueber die Monatssitzung des Kohlensyndikats wird berichtet, daß die Beteiligungsanteile in Kohlen, Koks und Briketts für August unverändert belassen wurden.

Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz betrug im Juni 1916 bei 22¾ (im Vormonat 27) Arbeitstagen 5 852 811 (Vormonat 6 700 816) To., oder arbeitstäglich 261 578 (248 178) To. Von der Beteiligung, die sich auf 8 088 858 (9 759 835) To. bezifferte, sind demnach 72,36 (68,66) % abgesetzt worden. Der Gesamtabsatz, ausschließlich Zechenselbstverbrauch, betrug an Kohlen bei 22¾ (27) Arbeitstagen 3 884 853 (4 700 648) To. oder arbeitstäglich 173 625 (174 098) To.; an Koks bei 30 (31) Arbeitstagen 2 249 839 (2 276 700) To., oder arbeitstäglich 74 995 (73 442) To.; an Briketts bei 22¾ (27) Arbeitstagen 294 357 (350 568) To., oder arbeitstäglich 13 156 (12 984) To. Die Förderung stellte sich insgesamt auf 7 347 464 (8 435 478) To. oder arbeitstäglich auf 328 378 (312 425) To.

In dem Berichte des Vorstandes heißt es: Das Absatzergebnis des Berichtsmonats ist hinter dem vormonatigen zurückgeblieben. Der eingetretene Rückgang ist, da die Nachfrage keine Abschwächung erfahren hat, ausschließlich auf die Verminderung der Förderleistung infolge des Umstandes zurückzuführen, daß der Berichtsmonat 4¾ Arbeitstage weniger als der Vormonat gehabt hat. Die verhältnismäßig stärkere Inanspruchnahme der Kohlenförderung für die Kokserzeugung hatte notwendig eine Verringerung der für den Absatz verfügbaren Kohlen zur Folge. Dementsprechend ist der Absatz in Kohlen sowohl insgesamt, als auch im arbeitstäglichen Durchschnittsergebnis gegen den Vormonat zurückgegangen. Der Absatz in Koks hielt sich, trotzdem der Berichtsmonat einen Arbeitstag weniger hatte, in der Gesamtmenge nahezu auf der vormonatigen Höhe, während im arbeitstäglichen Durchschnittsergebnis eine allerdings nicht erhebliche Zunahme zu verzeichnen ist. Der Absatz in Briketts bewegte sich im Rahmen des Vormonats. Der Eisenbahnversand ist ohne wesentliche Störungen verlaufen. Der Umschlagverkehr in den Rheinhäfen wurde auch im Berichtsmonat durch den Versand über den Rhein—Herne—Kanal wesentlich entlastet. Der Kanalversand betrug im Berichtsmonat 354 218 To.

Neues Wiener Tagblatt
22./VII. 1916

17

(Kohlenkarten in England.) Aus London kommt die auf den ersten Blick sehr merkwürdig anmutende Nachricht, daß die britische Regierung die Einführung von Kohlenkarten in Erwägung zieht. Durch die Einstellung von Bergarbeitern in die Armee und durch die geringere Zufuhr von Grubenholz aus dem Auslande hat die englische Kohlenförderung im Kriege außerordentlich stark gelitten. Im ersten Halbjahr 1915 ist die Kohlenproduktion um 12·6 gegenüber dem ersten Semester 1914 auf 127·8 Millionen Tonnen gesunken. Dazu kommt, daß Großbritannien auch in erhöhtem Maß für den Kohlenbedarf seiner Verbündeten zu sorgen hat. Insbesondere ist Frankreich, da die deutschen und belgischen Lieferungen in Wegfall gekommen sind und die Kohlengruben des Pal-de-Calais zum größten Teil (mit 70 Prozent der Gesamtausbeute) von Deutschland besetzt sind, von den englischen Zufuhren stärker abhängig, so daß die französische Kohleneinfuhr aus Großbritannien 1915 im Vergleiche zu 1913 um 38 Prozent der Menge und um 77 Prozent dem Werte nach gestiegen ist. Auch die Kohlenversorgung Italiens fällt seit Einstellung der deutschen Kohlenlieferungen nunmehr England zur Gänze zu. Unter diesen Umständen hatte England bald nach Kriegsausbruch gegen Kohlenknappheit und Preissteigerung zu kämpfen. Damit im Zusammenhange standen auch die schon zu Beginn des Jahres 1915 in England normierten Höchstpreise für Kohle, und im August 1915 mußte das Kohlenexportland England ein Kohlenausfuhrverbot erlassen, so daß Kohlen seither nur mehr mit besonderer Erlaubnis ausgeführt werden können. So scheint es auch verständlich, daß die englische Regierung nach Maßnahmen sucht, um eine Einschränkung des Kohlenverbrauches herbeizuführen.

Fremdenblatt
29. VIII. 1916

18

Versorgung der Industrie mit Kohle während der Sommermonate.

Die Wiener Handelskammer teilt mit:

Die Bedeutung, die einer rechtzeitigen Versorgung der Industrie mit Kohle aus Rücksichten auf die Kontinuität der wirtschaftlichen Produktion und im Interesse der tunlichsten Entlastung des Herbstverkehres zukommt, läßt es wünschenswert erscheinen, daß sich die industriellen Unternehmungen rechtzeitig für jenen Zeitraum mit Kohle versorgen, in dem erfahrungsgemäß die regelmäßige und volle Kohlenlieferung infolge gesteigerter Inanspruchnahme der Eisenbahnen Schwierigkeiten begegnet. Es erscheint daher ratsam, der Bevorrätigung mit Kohle während der Sommermonate besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Voraussetzung für eine solche Bevorrätigung ist allerdings der Bestand entsprechender Schlüsse auf Lieferung von Kohle, weil eine bevorzugte Wagenbeistellung nur im Rahmen bestehender Schlüsse veranlaßt werden kann, ferner die Fortdauer der gegenwärtig im allgemeinen zufriedenstellenden Wagenbeistellung und Verkehrsverhältnisse, sowie die Aufrechthaltung und womöglich [illegible] Steigerung der gegenwärtigen Kohlenförderung. In [illegible]en Belange hat die Regierung alle erforderlichen Ma[illegible]men in die Wege geleitet.

Neues Wiener Tagblatt
29./VII. 1916

19

(Die Kohlenpreise.) In der nächsten Zeit wird die oberschlesische Kohlenkonvention über die Winterpreise Beschluß fassen. Während nach einer Version die Preise der oberschlesischen Kohlen keine Veränderung erfahren sollen und auch der übliche Winterzuschlag von 50 Pfennig pro Tonne unterbleiben soll, wird in hiesigen informierten Kreisen ein Konventionsbeschluß erwartet, nach welchem ab 1. September eine Preiserhöhung der Hausbrandkohle um den erwähnten Winterzuschlag von 50 Pfennig pro Tonne eintreten wird, obgleich heuer wie auch schon im Vorjahre kein Sommerabschlag erfolgt ist. Abzuwarten bleibt, welche Entschließung die fiskalischen Gruben des oberschlesischen Kohlenreviers treffen werden.

Neues Wiener Tagblatt
2./VIII. 1916

20

(Erhöhte Kohlenproduktion im ersten Semester.) Die Kohlenförderziffern, die sich aus der vom Ministerium für öffentliche Arbeiten zusammengestellten Nachweisung ergeben, zeigen für das erste Semester dieses Jahres eine nicht unwesentliche Erhöhung im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum 1915. Die Steinkohlenproduktion, die im Juni dieses Jahres 14,261,321 Meterzentner (+ 1,328,734 Meterzentner gegen den gleichen Vorjahrsmonat) betrug, hat im ersten Semester 87,566,262 Meterzentner erreicht und die entsprechende Vorjahrsproduktion um 8,074,907 Meterzentner übertroffen. Die Braunkohlenförderung, die sich im Juni dieses Jahres auf 19,120,806 Meterzentner (+ 2,825,970 Meterzentner) stellte, hat im ersten Semester dieses Jahres 118,607,075 Meterzentner betragen und sich um 8,817,949 Meterzentner gegenüber der Produktion im ersten Halbjahr 1915 erhöht.

Tägliche Rundschau
3./VIII. 1916

2
23

Hohe Kohlenpreise. Zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs, die durch den Krieg eine Preissteigerung erfahren haben, gehören auch die Kohlen. Bis zu einem gewissen Grade ist diese Preissteigerung berechtigt, denn durch nicht unerhebliche Lohnsteigerungen sind die Förderungskosten für Kohlen gestiegen. Auch die Beförderung verursacht gegenwärtig höhere Unkosten, infolgedessen konnten die Kohlenpreise nicht auf der gleichen Höhe wie vor dem Kriege bleiben. Um eine unangemessene Preissteigerung für Kohlen zu verhindern, überwachen die Reichsregierung und die preußische Regierung andauernd die Preisbildung auf dem Kohlenmarkt. Für den Großhandel hat das Kohlensyndikat mit den Vereinigungen des Großhandels Preise vereinbart, die nicht überschritten werden dürfen. Trotzdem wird vielfach Klage darüber geführt, daß im Kleinhandel Preise gefordert werden, die zweifellos über das zulässige Maß hinausgehen. Eine in allen Bundesstaaten vorgenommene Ermittlung über die Preise im Kohlenhandel hat im allgemeinen zu dem Ergebnis geführt, daß die Preissteigerung der veränderten Lage der Kohlenförderung angemessen ist. Wenn aber einzelne Händler, besonders bei zeitweilig beschränkter Zufuhr, übertrieben hohe Preise fordern, dann ist es Sache der Verbraucher, die zuständigen Stellen, in erster Linie die Preisprüfungsstellen, davon in Kenntnis zu setzen. Denn die Kohlen gehören zu denjenigen Gegenständen des täglichen Bedarfs, auf die sich die Bundesratsverordnung zur Bekämpfung des Kriegswuchers bezieht. Die Preisprüfungsstellen sind infolgedessen berechtigt und verpflichtet, auch die Kleinhandelspreise für Kohlen zu überwachen und gegen Preistreibereien einzuschreiten. Die vielfach verbreitete Ansicht, daß durch den Krieg eine Kohlenknappheit in Deutschland eingetreten ist, ist durchaus unzutreffend. Im vergangenen Jahre hat beispielsweise der Braunkohlenbergbau eine nicht unerhebliche Steigerung seiner Erzeugung gegenüber den letzten Jahren vor dem Kriege aufzuweisen. Und wenn auch der Steinkohlenbergbau einen Rückgang in seiner Erzeugung gehabt hat, so ist dafür die Ausfuhr an Steinkohlen ganz bedeutend zurückgegangen. Für den heimischen Bedarf sind mithin unbedingt ausreichende Kohlenmengen vorhanden.

Tägliche Rundschau
5./VIII. 1916

24

270 Millionen Zentner Speisekartoffeln sichergestellt.

Durch die neue Verordnung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts über die Sicherstellung der Kartoffelversorgung werden die Kommunalverbände verpflichtet, die zur Ernährung der Bevölkerung vom 16. August 1916 bis zum 15. August 1917 erforderlichen Kartoffelmengen in denjenigen Kommunalverbänden und Bezirken sicherzustellen, die diesen Bedarf nicht aus den bei ihnen verfügbaren Vorräten decken können. Es handelt sich dabei um insgesamt 270 284 108 Ztr. Davon entfallen auf die preußischen Vermittlungsstellen, die Provinzialkartoffelstellen 241,5 Millionen, auf die Vermittlungsstellen in den übrigen Bundesstaaten 28,7 Mill. Ztr. Speisekartoffeln. Unter den preußischen Vermittlungsstellen haben die größten Mengen aufzubringen: die Provinzialkartoffelstelle Posen 43 378 982, Potsdam 37 959 111, Breslau 26 484 154, Stettin 26 219 626, Magdeburg 24 030 792, Danzig 23 596 315, Königsberg 20 928 966, Hannover 17 708 975, Koblenz 12 036 698 Ztr. und in weitem Abstand Kassel 6 757 461 und Münster 2 409 460 Ztr. Am geringsten ist die von der Provinzialkartoffelstelle Kiel aufzubringende Kartoffelmenge mit nur 407 225 Ztr. Mecklenburg-Schwerin hat durch die Landesbehörde für Volksernährung in Schwerin 9 275 132 Ztr. aufzubringen, die thüringischen Staaten durch die Thüringische Landeskartoffelstelle in Weimar 3 550 726, die Landeskartoffelstelle in Dresden 3 134 083, die Landeskartoffelstelle in Darmstadt 2 074 442, die Badische Kartoffelversorgung in Karlsruhe 1 836 326 und die Bayerische Landeskartoffelstelle in München 1 506 377 Ztr. Etwas größer sind die Lieferungen von Mecklenburg-Strelitz mit 1 775 506 und der Landeskartoffelstelle von Braunschweig mit 1 850 205 Ztr.

———

Vossische Zeitung
6. Juni 1916

b
25

Ungeahnte Schätze der Kohle.

Das erste Arbeitsjahr des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung.

Wenige Tage vor Beginn des Krieges wurde in Mülheim a. R. das Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung eröffnet. Dieser Tage versammelte sich dort das Kuratorium des Instituts, um den Tätigkeitsbericht des Direktors Prof. Dr. Franz Fischer entgegenzunehmen und eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten zu erledigen. An der Sitzung nahmen unter der Leitung des Vorsitzenden des Kuratoriums, Regierungspräsident Dr. Kruse, unter anderen teil die Mitglieder Geheimrat Kirdorf, Geheimrat von Boettinger, Geheimrat Arnold, Wirkl. Geheimer Rat Professor Dr. Emil Fischer-Berlin und außerdem Dr. Krupp von Bohlen und Halbach.

Einen großen Raum des Berichtes nahm die Darstellung der zahlreichen Arbeiten ein, die das Institut im Interesse der Landesverteidigung ausgeführt hat, jedoch erscheint es vorerst nicht angezeigt, hierüber zu berichten. Aber auch auf dem wissenschaftlichen Gebiete der Erforschung der Kohle ist trotz der schwierigen Verhältnisse und der wenigen Zeit, die dafür zur Verfügung stand, Wichtiges geleistet worden, das einst durch bessere Ausnutzung unserer Bodenschätze dem Vaterlande von Nutzen sein wird.

Zum ersten Male ist durch den Direktor und seine Mitarbeiter der Nachweis geliefert worden, daß es möglich ist, durch Auslaugen der Kohle mit flüssiger schwefliger Säure bei gewöhnlicher Temperatur Oele zu gewinnen und zwar aus den häufigsten Kohlensorten etwa ein halbes Prozent. Das erscheint zunächst wenig, aber wenn man bedenkt, daß dies für die Tonne Kohle immerhin 5 Kilo bedeutet, und wenn man die ungeheure Größe unserer Kohlenförderung berücksichtigt, so sind die Oelmengen, die die Natur uns in der Kohle seit Jahrtausenden bisher verborgen gehalten hat, doch sehr beträchtlich. Die gewonnenen Oele sind dickflüssige, goldgelbe Mineralöle von auffallendem Wohlgeruch und sind nicht mit den bekannten Teerölen zu verwechseln.

Auch ein zweiter Weg, Kohle mit Benzol unter Druck zu extrahieren, wurde gefunden, hierbei sind die Ausbeuten sogar noch erheblich größer. So konnten über 6 v. H. extrahiert werden, von denen aber nur der kleinere Teil aus Oelen besteht. Interessant war auch der Befund, daß durch das Extrahieren der Oele die Kohlenstücke zu Kohlenstaub zerfallen, woraus man sieht, daß die Oele in der Kohle die Rolle eines Verkittungsmittels spielen.

Ein weiterer Bericht des Direktors betraf die Destillation der Kohle mit überhitztem Wasserdampf, wobei ein Teer entsteht, der ganz andere Stoffe enthält als der gewöhnliche Gasanstaltsteer oder Kokereiteer, er enthält nämlich Oele, die dem Petroleum nahestehen, ferner Schmieröle und Paraffin. Während aber dies schon bekannt war, ist nunmehr der Nachweis gelungen, daß diese petroleumähnlichen Oele optisch aktiv sind, eine Entdeckung, die wissenschaftlich und praktisch für die Beziehungen zwischen Kohle und Petroleum von hohem Interesse ist. Diese neuen Oele können für die chemische Industrie ein ganz neues Ausgangsmaterial werden.

Der Vortragende wies darauf hin, daß aber alle alten und auch die neuen Prozesse sich schließlich doch nur eines geringen, wenige Prozente betragenden Bruchteiles der Kohlesubstanz bedienen, während die Hauptmasse der Kohle verbrannt oder in Koks übergeführt wird. Deshalb war es anzustreben, die Kohle im ganzen in eine Form überzuführen, die chemischer Weiterarbeit zugänglich ist. Auch auf diesem Gebiete ist es gelungen, weiter in die Geheimnisse der Kohle einzudringen, denn es wurde in dem Ozon das Mittel gefunden, Kohle in eine in Wasser lösliche Substanz zu verwandeln und zwar über 92 v. H. der Kohle. Die neue Substanz ist braun und riecht stark nach Karamel. Sie ist von saurem Charakter, ihre nähere Konstitution steht zwar noch nicht fest, aber es ist kein Zweifel, daß mit dieser Entdeckung eine Bresche geschlagen worden ist, die, um sich zeitgemäß auszudrücken, die Kohle sturmreif gemacht hat.

Auch auf dem Gebiete der Braunkohle hat das Institut Erfolge zu verzeichnen, es wurde ein Weg gefunden, aus Braunkohle statt 12 v. H. Montanwachs nahezu doppelt so viel herauszuholen, und es wurde für den bisher fast wertlosen Braunkohlengeneratorteer eine Verarbeitungsmethode gefunden, die der Lederindustrie erlauben wird, einen großen Teil ihres Fettbedarfs auf dem neuen Wege zu decken.

Der Eindruck, den die Kuratoriumsmitglieder von der Entwicklung des Kohlenforschungsinstitutes gewonnen haben, ging dahin, daß in kurzer Zeit Ergebnisse zutage gefördert sind, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigen. Mit klarem Blick und fester Hand wird von dem Direktor und seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern auf das große Ziel losgesteuert, die heimische Kohle in einem bisher ungeahnten Umfange dem Wohle des Vaterlandes dienstbar zu machen.

Fremdenblatt

6./VIII. 1916

26

Die Kohlenpreise in Oberschlesien.

Wie in den Kreisen der oberschlesischen Kohlenindustrie verlautet, ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der Fiskus seine Zustimmung zur Erhöhung der Kohlenpreise erteilen wird. Die Kohlenproduzenten haben ihre Eingabe ausführlich begründet. Ein Kohlenindustrieller äußert sich über die Frage wie folgt:

Die oberschlesische Kohlenindustrie verlangt gar nicht viel. Aber es muß der Erhöhung der Selbstkosten Rechnung getragen werden, und die Gruben haben doch auch private Interessen zu vertreten. Dabei darf man nicht vergessen, daß es Gruben von sehr verschiedener Qualität gibt. Ein Teil der Gruben kann noch bestehen bei Preis- und Selbstkostenverhältnissen, bei denen ein anderer Teil mit Schaden arbeitet. Man kann aber doch keiner Grube zumuten, mit Schaden zu arbeiten. Der Kohlenbedarf ist andererseits so groß, daß man unbedingt versuchen muß, alle Betriebe im Gange zu halten, und dazu muß man in den Arbeiter- wie in den Preisverhältnissen das seinige tun, um allen Gruben die Aufrechterhaltung eines nutzbringenden Betriebes zu ermöglichen. Schließlich darf man nicht übersehen, daß die Zechen den Kriegerfamilien Millionen an Unterstützungen haben zukommen lassen. Ich hoffe denn auch, daß noch eine Einigung mit dem Herrn Minister erreicht werden wird. Der zweite Vertreter der Industrie hob hervor, daß die Kohlenpreise der oberschlesischen Gruben schon seit längerer Zeit unverändert geblieben seien. Auf der andern Seite haben die steigenden Löhne und Materialpreise die Selbstkosten beständig höher getrieben; nicht zu vergessen die Einwirkungen der verringerten Förderung. Wenn also nicht manche Gruben ohne Gewinn arbeiten sollen, müssen die Grundpreise für Kohlen etwas heraufgesetzt werden. Die Preiserhöhung wird, zum Vorteil des Staates und der Verbraucher, die Förderung steigern, also eine Ware, die man dringend braucht, zu beschaffen helfen.

Vossische Zeitung 7./VIII.1916

Die neuen Ergebnisse der Kohlenforschung.

Eine Unterredung mit Wirkl. Geh. Rat Emil Fischer.

Trotz des Krieges hat das Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung in Mülheim, das wenige Tage vor Beginn des Weltbrandes seine Arbeitsstätten eröffnete, ganz Erstaunliches geleistet, und das bisher Erreichte, worüber wir im gestrigen Morgenblatt berichteten, berechtigt zu der Hoffnung, daß wir bald die heimische Kohle in einem bisher ungeahnten Umfange dem Wohle des Vaterlandes dienstbar machen können.

Wirklicher Geheimer Rat Professor Dr. Emil Fischer, der Direktor des Ersten Chemischen Instituts der Universität Berlin, der einen wesentlichen Anteil an dem Entstehen dieser Forschungsstätte mitten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat, war so liebenswürdig, mir auf meine Bitte einiges Nähere über die Ergebnisse der Arbeiten in Mülheim, die er aus eigener Anschauung kennt und mit größtem Interesse verfolgt, mitzuteilen. Draußen in seinem behaglichen Landsitz in Wannsee traf ich den berühmten Forscher, der seit Beginn des Krieges in den verschiedensten Kriegsausschüssen rastlos tätig ist und sich jetzt — nach mehr als zweijähriger ununterbrochener Arbeit — einige Wochen Erholung gönnen will. Vor allem — so meinte mein Gegenüber — darf man nicht Kohle und Kohlenstoff gleichsetzen. Unsere fossilen Brennmaterialien, an deren Spitze die Steinkohle steht, sind ursprünglich Erzeugnisse der Lebewelt, allerdings stark verwandelt durch die lange Lagerung, ferner durch Druck, Wärme, Wasser und wahrscheinlich auch durch verschiedene Gärprozesse. Bisher ist man bei der Gasfabrikation und Kokerei mit den komplizierten organischen Stoffen, die die Kohle birgt, gerade nicht allzu zart umgegangen. Man hat sie sogar sehr grob angefaßt, um ihr manch wichtigen Stoff zu entreißen. Es tritt bei dieser Art des Verfahrens mitunter geradezu eine Vergeudung kostbaren Materials ein. Der „innere Wert der Kohle" soll mehr zur Geltung kommen. Das war der Gedanke, der zur Gründung des schmucken Forschungsinstituts, das sich in reizvoller Lage am Eingang des Ruhrtales erhebt, führte, und der nicht nur bei den rheinisch-westfälischen Industriellen vollstes Verständnis und tatkräftige Unterstützung fand.

Der große Gelehrte wies dann darauf hin, wie verschiedene Forscher, so z. B. Pictet in Genf, Verfahren ersonnen hätten, um die hochwertigen organischen Verbindungen aus der Kohle entweder durch Destillation im Vakuum oder durch besondere Lösungsmittel zu erhalten. Man steht hier noch in ersten Anfängen. Hier hat die Arbeit des Kohlenforschungsinstituts einzusetzen gehabt; die Ergebnisse sind dann einer technischen Nutzanwendung zugänglich zu machen. Selbstverständlich ist der Direktor des Forschungsinstituts — im Rahmen dieser Aufgabe — ganz frei in der Wahl seiner Mittel. Der Direktor Prof. Dr. Franz Fischer, der übrigens nur ein Namensvetter Emil Fischers ist und bei ihm eine Zeitlang als Assistent tätig war, scheint der rechte Mann am rechten Platze. Er ist ein erfinderischer Kopf, hat originelle Ideen und denkt „technisch". Bald nach Ausbruch des Krieges befand er sich im Schützengraben. Doch im Interesse der Landesverteidigung holte man ihn bald dort heraus; er vermag auch im Laboratorium zu Mülheim weit mehr zum Schutz des Vaterlandes zu leisten. Aber davon wird man wie von so manch anderer Kriegsarbeit unserer hervorragendsten Chemiker und Physiker erst nach dem Kriege erfahren.

Aber auch beträchtliche Friedensarbeit haben Prof. Dr. Franz Fischer und seine wissenschaftlichen Mitarbeiter, vor allem Dr. Gluud, getan. Schon das Verfahren, das Benzol als Lösungsmittel unter hohem Druck anzuwenden, verrät viel experimentelles Geschick. Diese Behandlung gibt eine weit reichere Ausbeute, als das Auslaugen mit schwefliger Säure. Die Methoden des vor wenigen Jahren verstorbenen Dr. Ludwig Mond, des erfolgreichen Erfinders auf dem Gebiete der Kohleverwertung, insbesondere seine Verwendung von überhitztem Wasserdampf, sind weiter ausgebaut worden.

Wie der Direktor des Kohlenforschungsinstituts, so betonte auch Emil Fischer, daß der Verkokungsprozeß, mit dem die jetzt übliche chemische Verarbeitung der Steinkohle beginnt, trotz aller außerordentlichen Vervollkommnung nach der chemischen wie technischen Seite in den letzten Jahrzehnten noch seine großen Mängel hat. Wenn auch die flüchtigen Produkte ebenso wertvoll geworden sind wie der Rückstand, so wird doch niemand leugnen wollen, daß bei diesem rohen Zerstörungsvorgang der in der Kohle enthaltenen organischen Verbindungen noch zahlreiche Abänderungen und Verbesserungen möglich sind. In Mülheim beschritt man einen sehr aussichtsreichen Weg. Prof. Dr. Harries, der bis vor kurzem den Lehrstuhl für organische Chemie an der Kieler Universität inne gehabt und sich für einige Zeit ins Privatleben zurückgezogen hat, um sich ganz technisch-wissenschaftlichen Aufgaben widmen zu können, hat vielfältig gezeigt, wie man Ozon — den aktiven Sauerstoff — als Oxydationsmittel in der organischen Chemie verwenden kann. Unter sehr geschickt gewählten experimentellen Bedingungen — unter anderem wurde die Kohle fein gepulvert — ließ man das Ozon auf das fossile Brennmaterial einwirken und führte es so in ein Säuregemisch über. Da das Ozon sehr billig herzustellen ist, und wir auch die Kohle sehr billig zur Verfügung haben, so gewinnen wir hier auf dem billigsten Wege eine Pflanzensäure. Emil Fischer, dessen Forschungen wir den tiefsten Einblick in den molekularen Aufbau der Kohlehydrate verdanken, weist auf die Verwandtschaft dieser Säure mit den Kohlehydraten hin. Bisher war es nicht gelungen, die Kohle in diesem Umfange in eine wasserlösliche Verbindung überzuführen. Es ist bezeichnend, daß man wohl Kohle, aber nicht Koks durch Behandlung mit Ozon in eine solche wasserlösliche Verbindung überführen kann. Bisher hat man aus Kohle (durch Behandeln mit übermangansaurem Kali in alkalischer Lösung) eine aromatische Säure, die Mellitsäure (Honigsteinsäure) gewonnen. Vielleicht wird man neben dem Ozon noch andere Oxydationsmittel anwenden, um die Kohle in eine Form überzuführen, die eine bequeme chemische Weiterverarbeitung gestattet.

Aber nicht nur bei der Steinkohle, auch bei einem anderen, jüngeren fossilen Brennmaterial hat die neue Mülheimer Forschungsstätte einen Erfolg zu verzeichnen. Die Ausbeute von Montanwachs — einem Gemisch von Estern — aus der Braunkohle ist doppelt so groß als bisher. Nichts steht im Wege, bei Holz und Torf in ähnlicher Weise zu verfahren; hier sind ebenfalls hydroaromatische Kohlenwasserstoffe zu gewinnen, die geeignet sind, das Fett, das unsere Lederindustrie in großen Mengen braucht, zu ersetzen.

Dann streift der berühmte Forscher den heutigen Verbrennungsprozeß. Das direkte Verbrennen der Kohle stellt eine ungeheure Vergeudung der Energie dar, von der man etwa 10 v. H. wirklich ausnutzt. Das Ideal wäre die unmittelbare Erzeugung von Elektrizität aus der im Brennstoff enthaltenen Energie. Aber auch schon eine rationellere Verflüssigung u[nd] Vergasung der Kohle für Heizzwecke bedeutet einen ungeheuren wirtschaftlichen Vorteil.

Wenn Franz Fischer bei der Destillation von Kohle mit überhitztem Wasserdampf Stoffe erhielt, die dem Petroleum ähnlich sind und sich optisch aktiv verhalten, so ist das von höchstem wissenschaftlichen Interesse. Die optische Aktivität ist — worauf schon Pasteur hindeutete — ein Vorrecht der Lebewelt; sie hängt, wie sich später gezeigt hat, mit der Asymmetrie des Kohlenstoffs zusammen. Emil Fischer wies auf Grund zahlreicher Experimente darauf hin, daß diese optische Aktivität von Molekül zu Molekül vererbt. Zeigt ein mineralisches Produkt diese optische Aktivität, so muß es aus der Lebewelt schaffen. Das Auffinden dieser optisch-aktiven petroleumähnlichen Verbindungen in den Kohledistrikten weist auf den Zusammenhang zwischen Kohle und Petroleum hin. Aus der Kohle hat sich das Steinöl aller Wahrscheinlichkeit nach gebildet.

So dient die Erforschung anscheinend völlig technischer Dinge auch der reinen Wissenschaft. Mit den bisherigen Ergebnissen können wir vollauf zufrieden sein. Gar manches, was die Wissenschaft im Dienste des Krieges geleistet hat, wird — so meinte der große Forscher zum Schluß — dauerndes und geschätztes Friedensgut bleiben.

Kurt Joël.

Reichspost
12. VIII. 1916

Der Kohlenverkauf im Juli. Nach einem vom Magistrate dem Bürgermeister erstatteten Berichte wurden im Juli auf den fünf städtischen Kohlenlagerplätzen im Kleinen 25.466 Meterzentner, in Fuhren 15.172 Meterzentner Braunkohle verkauft. Ungeachtet der Schwankungen auf den einzelnen Lagerplätzen hat sowohl der Kleinverkauf wie auch der fuhrenweise Verkauf gegenüber dem Vorjahre zugenommen. Der Kleinverkauf stieg im Juli von 23.250 Meterzentner im Jahre 1915 auf 25.467 Meterzentner im Jahre 1916. Der tägliche Absatz hob sich im Durchschnitte von 1603 Meterzentner auf 1652 Meterzentner. Auffallend ist die Steigerung der Parteien; im Juni war sie gegenüber dem Vorjahre von 87.325 auf 106.022 gestiegen, im Juli ging sie von 98.640 auf 124.039 hinauf. Aus dieser Steigerung ist zu entnehmen, daß sich die Zahl der Parteien, die genötigt sind, Kohlen in kleinen Mengen zu kaufen, vermehrt hat. Günstig gestaltete sich auch der Verkauf von Steinkohle aus dem Dombrowaer Reviere. Bis Ende Juli wurden 30.142 Meterzentner abgesetzt, obwohl der Verkauf auf zwei Lagerplätzen erst am 17. Juli aufgenommen wurde.

Die Zeit 13. VIII. 1916.

(Der böhmische Kohlenverkehr im Kriege.) Von der Direktion der Aussig-Teplitzer Eisenbahngesellschaft wird soeben eine Statistik des böhmischen Kohlenverkehrs im Jahre 1915 herausgegeben. Die als bevorzugt bezeichneten Lieferungen für den Staat und die Industrie, die für den Staat oder für das Heer arbeitet, sowie an Industrien, die dem öffentlichen Wohle dienen, mußten bei den Kohlenlieferungen in erster Reihe berücksichtigt werden, so daß für den allgemeinen Verbrauch ein Mangel an Wagen eintrat. Die Kohlenförderung Oesterreichs hat im Jahre 1914 gegen 1913 einen Rückgang um 4·834 Millionen Tonnen (11 Prozent) und im Jahre 1915 gegen 1914 eine weitere Abschwächung um 893.000 Tonnen (2·3 Prozent) erfahren, die ausschließlich auf die Minderförderung der Braunkohle zurückzuführen ist. Die Steinkohlenförderung betrug im Jahre 1915 16·083 (i. V. 15·411) Millionen Tonnen, und die Braunkohlenförderung 22·027 (i. V. 23·592) Millionen Tonnen. Die Steigerung der Steinkohlenförderung ist durch die Lage auf dem Kohlenmarkt begründet. Nicht ohne Einfluß sind auch die Bestrebungen gewesen, maschinelle Einrichtungen in stärkerem Maße als früher in Anwendung zu bringen, wenngleich der Fertigstellung solcher Anlagen bei den Maschinenfabriken manche Schwierigkeiten gegenüberstanden. Eine beträchtliche Kohlenausfuhr hat aus dem Ostrau-Karwiner Becken nach Deutschland zum Ersatz englischer Kohle stattgefunden. Die Minderförderung an Braunkohle ist durch die Industrieverhältnisse, den geringeren Arbeiterstand sowie den Wagenmangel begründet. An diesen Ursachen litt insbesondere das nordwestböhmische Kohlengebiet, während zum Beispiel im Trifailer Gebiet infolge Wegfalles der englischen Kohlenzufuhr eine Mehrförderung von 94.000 Tonnen gegen 1914 zu verzeichnen ist. Von der Gesamtförderung wurden im nordwestböhmischen Kohlenbecken im Jahre 1915 rund 14·397 (i. V. 15·717) Millionen Tonnen (80·4 gegen 80 Prozent) den Eisenbahnen zur Beförderung übergeben. Es ergibt sich 1915 gegen 1914 eine Minderbeförderung von 1·320 Millionen Tonnen und 1915 gegen 1913 eine Minderbeförderung von 3·848 Millionen Tonnen oder 21 Prozent. An dieser Minderbeförderung sind beteiligt: die Aussig-Teplitzer Eisenbahn mit 2·449 Millionen, die Staatsbahnen mit 1·184 Millionen und die Buschtiehrader Eisenbahn mit 212.000 Tonnen. Hinsichtlich der Einwirkung des Krieges auf die Förderung der Stein- und Braunkohle ergibt sich, daß die Steinkohlengewinnung von den Wirkungen des Krieges weit weniger betroffen wurde als die Braunkohlenförderung. Die Gesamtförderung betrug vom Januar bis Juli 1915 an Steinkohle 9·208 (i. V. 9·58) Millionen, an Braunkohle 12·699 (15·003) Millionen Tonnen, von August bis Dezember an Steinkohle 6·775 (i. V. 5·831) Millionen, an Braunkohle 9·334 (8·589) Millionen Tonnen.

Fremdenblatt

16./VIII. 1916

30

Der Kohlenpreis in Oberschlesien.

Nach einer Breslauer Meldung soll heute oder morgen in einer Beratung der Oberschlesischen Kohlenkonvention über die mit Anfang September eintretenden Winterpreise entschieden werden.

Von einigen Grubenverwaltungen ist bekanntlich eine Preiserhöhung gefordert worden, welcher der preußische Handelsminister aber bisher ablehnend gegenübersteht.

Die Zeit
20. VIII. 1916

31

— (Von den österreichischen Kohlenmärkten.) Ueber die Lage auf den österreichischen Kohlenmärkten wird uns berichtet: Im Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier besteht gegenwärtig eine sehr starke Nachfrage in allen Kohlensorten. Insbesondere sind die Anforderungen für bevorzugte Zwecke sehr erheblich, die naturgemäß in erster Linie befriedigt werden müssen und den Großteil der Förderung in Anspruch nehmen. Auch die nicht bevorzugten Konsumentengruppen haben in der letzten Zeit ihre Ansprüche noch gesteigert, da sie bereits jetzt darangingen, größere Kohlenvorräte für den Winter anzulegen. Die Förderung des Reviers zeigt gegenüber dem Vorjahr eine erhebliche Zunahme: im ersten Halbjahr 1916 wurden gefördert an Rohkohle 54 Millionen Meterzentner gegen 46 Millionen in der gleichen Zeit von 1915; die Briketterzeugung betrug 161.664 Meterzentner gegen 154.054 Meterzentner. Die Kokserzeugung erreichte 12 Millionen Meterzentner und hat damit die vorjährige um 3·5 Millionen Meterzentner übertroffen. Die Wagenbeistellung hat sich in der letzten Zeit günstig gestaltet. Im Juli 1916 betrug der Versand des Ostrauer Reviers 45.492 Waggons, jener des Dombrau-Karwiner Reviers 14.841 Wagen. — Im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier steigen die staatlichen Anforderungen rapid an. Die verlangten Mengen konnten aber ziemlich prompt angeliefert werden. Zur Deckung des sonstigen Konsums reicht jedoch die derzeitige Förderung der Gruben bei weitem nicht mehr hin, obwohl sie gegenüber dem Vorjahre erheblich gestiegen ist. Im ersten Halbjahr 1916 wurden im Brüx-Teplitz-Komotauer Revier 76·6 Millionen Meterzentner gefördert, das sind um 5·6 Millionen Meterzentner mehr als in der gleichen Zeit von 1915. Die Produktion des Falkenauer Reviers stellte sich auf 20·2 Millionen, gegen 18·4 Millionen Meterzentner im Vorjahr. Auch in diesem Revier geht die Wagenbeistellung jetzt glatt vonstatten; im Juli 1916 betrug sie im Brüxer Revier 60.261 Wagen, im Falkenauer Revier 18.070 Waggons.

Die Zeit 27./VIII. 1916.

— (**Vom oberschlesischen Kohlenmarkt.**) Vom oberschlesischen Kohlenmarkt wird uns berichtet: Die Nachfrage auf dem oberschlesischen Steinkohlenmarkt ist nach wie vor sehr stark, so daß die Werke außerstande sind, allen Anforderungen zu entsprechen. Insbesondere die Lieferungen nach Oesterreich-Ungarn sind in letzter Zeit sehr zurückgegangen. Die deutschen Gasanstalten verlangen erhöhte Quantitäten, ebenso herrscht in Hausbrandkohlen das Bestreben vor, jetzt schon größere Wintervorräte anzusammeln. Auch die Zuckerfabriken rufen schon jetzt große Kohlenmengen ab. Obwohl die Produktionsverhältnisse im Revier sich derzeit nicht ungünstig stellen, ist doch — wie bereits erwähnt — Kohlenknappheit eingetreten. Dies ist zum Großteil auf den Umstand zurückzuführen, daß insbesondere der Bedarf der deutschen Bahnen sehr stark ist; diese nehmen sogar mehr als die geschlossenen Mengen in Anspruch. Die okkupierten Gebiete im Osten benötigen dagegen jetzt geringere Mengen, da die Förderung der polnischen Gruben andauernd zunimmt. Das gleiche gilt von Belgien, dessen Kohlenproduktion durch stete Zunahme der Fördertätigkeit der alten Schächte sowie durch Inbetriebnahme neuer Anlagen in immer größerem Maße den Bedarf der belgischen Metallhütten zu decken vermag. — Die Kohlenförderung im oberschlesischen Revier beträgt gegenwärtig 85 Prozent der normalen, die Koks erzeugung ist infolge Anordnung der Behörden wesentlich erhöht. Infolgedessen ist auch die Erzeugung an Nebenprodukten entsprechend höher. Die Nachfrage nach Nebenerzeugnissen der Koksgewinnung ist jedoch nicht mehr in allen Sorten so stürmisch wie vor Monaten. Schwefelsaures Ammoniak erfreut sich starker Nachfrage, da es als Ersatz der früher aus dem Ausland bezogenen künstlichen Düngemittel gegenwärtig naturgemäß erweiterte Absatzgebiete findet. In Benzol hat jedoch infolge Ueberproduktion die Geschäftslage eine erhebliche Verschlechterung erfahren. Daran konnte auch die Tatsache nichts ändern, daß es wegen der Benzinknappheit erhöhte Verwendung, insbesondere bei der Heeresverwaltung, findet. Ein Nachlassen der Abrufe für Benzol würde die Werke in eine unangenehme Situation bringen, da diese die Benzolgewinnung im Interesse einer größtmöglichen Toluolgewinnung aufs äußerste steigerten. Toluol und Solventnaphtha sind hauptsächlich seitens der Heeresverwaltung in steigendem Umfang gefragt. Teer und Teerprodukte erfreuen sich starker Nachfrage aus allen Gebieten und erzielen gute Preise. Nach den Abfallstoffen der Teerdestillation besteht in Kreisen der Farbenindustrie lebhafter Begehr.

Die Zeit
31./III. 1916

— (**Die Kohlenproduktion Oesterreichs.**) Die Kohlenförderung hat sich im Juli dieses Jahres sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegen Juli 1915 erheblich erhöht. An Steinkohle wurden gewonnen: 14,905.718 Meterzentner gegen 14,261.321 Meterzentner im Juni 1916 und 13,594.635 Meterzentner im Juli 1915. Die Briketterzeugung stellte sich auf 162.536 Meterzentner gegen 164.028 Meterzentner im Juni dieses Jahres und 168.517 Meterzentner im Juli 1915, ist also zurückgegangen. Hingegen hat die Kokserzeugung 2,237.077 Meterzentner betragen und damit die Erzeugung des Vormonats um rund 100.000 Meterzentner, jene von Juli 1915 um fast 700.000 Meterzentner übertroffen. In den ersten sieben Monaten 1916 belief sich die Steinkohlenförderung auf 102·5 Millionen Meterzentner gegen 93·1 Millionen Meterzentner in der gleichen Zeit von 1915; die Briketterzeugung stellte sich in diesem Zeitraum auf 1·2 Millionen Meterzentner (wie im Vorjahre), die Kokserzeugung auf 14·7 Millionen Meterzentner gegen 10·3 Millionen Meterzentner. — An Braunkohle wurden im Juli 1916 19,592.878 Meterzentner gefördert, das sind um 0·5 Millionen Meterzentner mehr gegen Juni dieses Jahres und 2·4 Millionen Meterzentner mehr gegen Juli 1915. An Briketts wurden 196.884 Meterzentner erzeugt, das sind um rund 10.000 Meterzentner mehr gegen den Vormonat. In der Zeit von Januar bis Juli 1916 stellte sich die Braunkohlenförderung auf 138·2 Millionen Meterzentner, das sind um 11·2 Millionen Meterzentner mehr gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres; die Briketterzeugung betrug 1·4 Millionen Meterzentner, um 80.000 Meterzentner weniger gegenüber 1915.

Neues Pester Journal 36

4/IX. 1916

§ (**Anmeldung der Kohlenvorräthe.**) Eine im heutigen Amtsblatt veröffentlichte Regierungsverordnung verfügt, daß alle Kohlen-, Briket- und Heizkoksvorräthe, ohne Rücksicht auf den Ursprung, Gattung und Qualität, anzumelden sind. Der Anmeldung unterliegen jene Vorräthe, a) die sich im Besitze der mit der Produktion und dem Verkauf von Kohle, Brikets und Heizkoks oder mit der Inverkehrsetzung der produzirten Kohle sich beschäftigenden Personen, Rechtspersonen und Firmen (in eigenen oder fremden Lokalitäten, Eisenbahn-, Schiffsstations-, städtischen oder sonstigen kommunalen Lagern oder auf den Produktionsstätten usw.) unverkauft befinden, ferner jene Vorräthe, die noch auf den Produktionsstätten verarbeitet oder gesammelt werden; b) die sich im Besitze der im Punkt a) erwähnten Personen, Rechtspersonen und Firmen befinden und bereits verkauft, aber dem Käufer noch nicht abgeliefert wurden; c) die von den im Punkt a) erwähnten Personen, Rechtspersonen und Firmen auf dem Gebiete der heiligen ungarischen Krone während der Wirksamkeit dieser Verordnung zu Zwecken der Inverkehrsetzung produzirt werden; d) die von ihnen während der Wirksamkeit dieser Verordnung zu Zwecken der Inverkehrsetzung eingeführt werden; e) die sich im Besitze der den früheren Punkten nicht unterliegenden sonstigen Industrieunternehmungen, Straßenbahnen oder öffentlichen Behörden und Institute befinden; f) die 100 Meterzentner übersteigen, ohne Rücksicht darauf, in wessen Besitz sie sich befinden. Die Anmeldung hat in den Punkten a), b), c) und f) unterliegenden Fällen Derjenige zu erstatten, in dessen Besitz (Verwaltung, Verwahrung) sich die Vorräthe befinden, in dem dem Punkt c) unterliegenden Falle der Produzent, in den dem Punkte d) unterliegenden Fällen aber der Käufer. Die Anmeldung hat spätestens bis inklusive 12. September 1916 nach dem Stande vom 5. September, darüber hinaus aber monatlich spätestens am achten Tage des Monats nach dem Stande des letzten Tages des Vormonats zu erfolgen. Unter Transport befindliche Vorräthe sind nach ihrem Anlangen an dem Bestimmungsort vom Adressaten anzumelden. Die Anmeldung hat beim Centralstatistischen Amte (Budapest, II., Hetlay Ferenczgasse 5/7), in Kroatien-Slavonien beim Banus auf vorgeschriebenen Blanketten zu erfolgen, die bei der Gemeindevorstehung, in Städten beim Bürgermeister, in Budapest bei den Bezirksvorstehungen erhältlich sind. Die Verwaltungsbehörden, beziehungsweise die Bergbehörden sind berechtigt, die Vorräthe, Lager und Geschäftsbücher des zur Anmeldung Verpflichteten zur Kontrolle der angemeldeten Daten zu prüfen. Die Uebertretung dieser Verordnung, die sich weder auf die Holzkohlenvorräthe noch auf jene Kohlenvorräthe bezieht, welche die dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen, mit Ausnahme der Straßenbahnen, für ihren eigenen Betrieb oder zur Versorgung ihres Personals benöthigen, wird mit Arrest bis zu sechs Monaten und einer Geldbuße bis 2000 Kronen bestraft. Ueberdies ist auch die Konfiskation der Vorräthe am Platze. Die Verordnung tritt sofort ins Leben und ihre Wirksamkeit erstreckt sich auf das ganze Gebiet der heiligen ungarischen Krone. In Kroatien-Slavonien verfügt der Banus.

Neues Pester Journal 37
8/IX. 1916

Die Kokslieferungen. In letzterer Zeit laufen die Koksbestellungen seitens des Publikums in solch großen Massen ein, daß es bei den gegenwärtig zur Verfügung stehenden Transportmitteln unmöglich ist, alle Bestellungen zu effektuiren. Mit Rücksicht hierauf sieht sich die Direktion der Gaswerke veranlaßt, die Annahme von Bestellungen auf Koks bis 20. d. einzustellen.

Die Zeit
15./IX. 1916

— (**Zur Kohlenversorgung Ungarns.**) Wie die „Zeit" bereits berichtete, hat die Einstellung des Siebenbürger Kohlenbergbaues keine erheblichen Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung Ungarns hervorgerufen. Immerhin hat die ungarische Regierung die Sicherstellung erhöhter Steinkohlenbezüge aus dem oberschlesischen Revier veranlaßt. Wie wir erfahren, handelt es sich bei den Bezügen aus Oberschlesien hauptsächlich um Lokomotivkohle, während der restliche Bedarf aus dem Ostrauer Revier beschafft werden soll. Der Anteil Siebenbürgens an der Kohlengewinnung Ungarns betrug im Jahre 1913 bei einer Gesamtgewinnung Ungarns an Braunkohle von 89 Millionen Meterzentner rund 22 Millionen Meterzentner, die im Zsiltal gefördert wurden. Im Jahre 1914 ist die Gewinnung auf rund 20 Millionen Meterzentner gesunken. An der Steinkohlenproduktion Ungarns (1913 rund 13 Millionen Meterzentner) ist Siebenbürgen (Kronstädter Becken) nur mit rund 78.000 Meterzentner beteiligt.

Die Zeit
21. IX. 1916

— (**Von den Braunkohlenmärkten.**) Ueber die Lage auf den Braunkohlenmärkten wird uns geschrieben: Der deutsche Braunkohlenmarkt hat von der auf dem Steinkohlenmarkt herrschenden Knappheit an Brennstoffen erheblich profitiert, denn je mehr es den einzelnen Industriezweigen unmöglich ist, ihren Brennstoff auf den deutschen Steinkohlenbezirken zu beziehen, desto mehr wendet sich die Industrie der Verfeuerung von Braunkohle zu. Die deutschen Braunkohlenbergbaue leiden zwar ebenso wie die Steinkohlengruben unter empfindlichem Arbeitermangel, doch befinden sie sich infolge der leichteren Gewinnungsmöglichkeit in einer weit besseren Situation, die auch in der gesteigerten Förderung zum Ausdruck kommt. So konnte das Rheinische Braunkohlenbrikettsyndikat im Geschäftsjahr 1915/16 eine Förderung von 5·7 Millionen Tonnen ausweisen, gegen 5·2 Millionen Tonnen im Vorjahre. Gegenwärtig ist die Nachfrage in Braunkohle in Deutschland sehr stark und steigt weiter. Die Gruben sind genötigt, mit Ueber- und Sonntagsschichten zu arbeiten, um die Förderung dem gesteigerten Bedarf möglichst anzupassen. Dies um so mehr, als weder an Rohkohle noch an Briketts nennenswerte Vorräte vorhanden sind. Der Bedarf an Naßpreßkohlen kann jetzt schon auch nicht annähernd gedeckt werden. Zum Export gelangen derzeit wegen des großen Inlandsbedarfes keine nennenswerten Quantitäten. — Ein neues Absatzgebiet für Braunkohlen dürfte entstehen, wenn die seitens der deutschen Erdölindustrie beabsichtigte Extrahierung bituminöser Braunkohle behufs Oelgewinnung, wie dies gemeldet wird, tatsächlich im großen Maßstab zur Durchführung gelangt. — Infolge der unverändert gebliebenen Preise für Steinkohle ist bei dem bekannten Widerstand der Regierung gegenüber Preiserhöhungen auch mit einer Hinaufsetzung der deutschen Braunkohlenpreise vorläufig nicht zu rechnen. Am nordwestböhmischen Braunkohlenmarkt hat sich die Lage in der letzten Zeit infolge Arbeiter- und Waggonmangels erheblich verschlechtert. Die Beistellung belief sich in der zweiten Augusthälfte auf 45.338 Wagen, das sind um mehr als 7200 Wagen weniger gegen 1915. Seither hat sich die Waggonbeistellung noch schwieriger gestaltet, es fehlen jetzt auch die früher zur Verfügung gestandenen deutschen Waggons. Das Revier befindet sich gegenüber den Steinkohlenrevieren in einer viel schlechteren Lage. So betrug der Ausfall bei der Wagenbeistellung in der zweiten Augusthälfte im Ostrauer Revier (22.348 Wagen) gegen 1915 nur 816 Wagen, beim Dombrauer Revier war sie überhaupt der vorjährigen gleich, im westgalizischen Revier hat sie die vorjährige Ziffer sogar übertroffen. — Infolge des Umstandes, daß auch die Leistungsfähigkeit der Belegschaft nicht gesteigert werden kann, konnten vom Revier in der letzten Zeit kaum die bevorzugten Abnehmer befriedigt werden.

Neues Wiener Tagblatt
21./IX. 1916

40

(Die Kohlenwerke von Petroseny.) Eine sehr erfreuliche Nachricht hat der letzte Bericht unsres Generalstabes gebracht. Petroseny ist wieder in unsern Händen, die Rumänen sind von dort über die Grenze vertrieben. Ueber die militärische Bedeutung dieses Erfolges unsrer Truppen sprechen wir an andrer Stelle. Hier sei nur von den dortigen Kohlenwerken die Rede, von denen es in den Budapester Berichten heißt, daß sie nur mit geringen Beschädigungen vorgefunden wurden. Die Petroseny er Kohlenwerke in dem wichtigen Zsiltaler Kohlenrevier sind ein Besitz der Salgo-Tarjaner Steinkohlenbergbaugesellschaft, die sie im Jahre 1894 vom Kronstädter Bergbauverein um den Preis von 7 Millionen Kronen erwarb, zu welchem Zwecke damals das Aktienkapital der Gesellschaft erhöht wurde. Die Petroseny er Kohlengruben sind nach diesem Besitzwechsel von der Salgo-Tarjaner Gesellschaft mit großem Kostenaufwand zu einem Kohlenwerke ersten Ranges ausgestaltet worden. Zur Bedeckung der Investitionen in Petroseny wurde im Jahre 1899 das Aktienkapital neuerlich erhöht. Im Petroseny er Revier wurde 1900 bei Farkasvölgy ein auf 300 Millionen Meterzentner geschätztes Kohlenvorkommen nachgewiesen, und daher auch dort ein Bergwerk in Betrieb gesetzt. Abermals wurden dort große Investitionen vorgenommen und ein weiterer Kohlenbergbau angelegt. In demselben Zsiltaler Revier, welches zum größten Teil Ungarn mit Kohlen versorgt, befinden sich auch ärarische Kohlenbergwerke, die seitens der Regierung an die Salgo-Tarjaner Bergbaugesellschaft verpachtet wurden, doch nahm später das Aerar die Gruben wieder selbst in Betrieb. Auch eine Reihe von Braunkohlengruben ist in demselben Revier im Besitze der Salgo-Tarjaner, wo auch die Urikany-Zsiltaler Kohlenwerksgesellschaft ausgedehnte Grubenschachte besitzt. Gemeinsam mit der Salgo-Tarjaner Gesellschaft hat sie sämtliche Kuxe der Ober-Zsiltaler Steinkohlenbergbaugesellschaft erworben. Man sieht hieraus, welche Bedeutung den Kohlenwerken von Petroseny innewohnt. Als die Kriegserklärung Rumäniens und der verräterische Einbruch in Siebenbürgen erfolgte, waren die Aktionäre der Salgo-Tarjaner und der Urikany-Zsiltaler Kohlenwerksgesellschaft in großer Sorge. Bald aber stellte sich bei ihnen volle Beruhigung ein, da sie nicht daran zweifelten, daß die Rumänen nicht lange die Petroseny er Gegend unsicher machen würden. Diese Zuversicht war, wie sich jetzt schon herausstellt, eine vollständig berechtigte.

Die Zeit
26./IX. 1916

41

— (Der Kohlenbergbau Ungarns.) Anläßlich der Rückeroberung von Petroseny und des ganzen Zsiltaler Kohlenreviers dürften die Produktionsdaten aus dem ungarischen Kohlenbergbau, woraus auch der Anteil Siebenbürgens ersichtlich ist, interessieren. Wir entnehmen der vor kurzem erschienenen ungarischen Montanstatistik für das Jahr 1914 folgendes: Die Braunkohlenförderung Ungarns hat im Jahre 1913 rund 89·5 Millionen Meterzentner betragen und ist im Jahre 1914 infolge des Krieges auf 80·6 Millionen Meterzentner gesunken. An der Gewinnung waren beteiligt die Reviere: Zsiltal mit 19·4 Millionen Meterzentner (im Werte von 24 Millionen Kronen), Totis mit 18 Millionen Meterzentner, Salgo-Tarjan mit 14·8, Sajotal mit 12·1, Gran mit 4·8, Budapest mit 3·5, Nyitrabanya mit 1·8 und die übrigen Becken mit 6·8 Millionen Meterzentner. Bei den Werken im Zsiltal waren insgesamt 11.432 Arbeiter beschäftigt. Fast alle Reviere haben gegen 1913 einen Rückgang der Produktion zu verzeichnen, und zwar das Zsiltaler Becken um fast 13 Prozent, das Salgo-Tarjaner Revier um 14 Prozent, das Tatabanyer Becken um 12·6 Prozent. Neben der Salgo-Tarjaner Kohlenbergbau-G.-G., die die größte Produktion im Petroseny Gebiet aufzuweisen hat, betreibt bekanntlich auch das ungarische Montanärar dort einen Braunkohlenbergbau, ebenso die Urikany-Zsiltaler A.-G. Die Produktion des Aerars betrug im Petroseny Becken im Jahre 1914 1·7 Millionen Meterzentner. Die Förderung der Salgo-Tarjaner Gesellschaft hat rund 11 Millionen Meterzentner betragen. Die Kohlenpreise sind gestiegen: im Zsiltaler Becken um 5 Heller, in Tatabanya um 3 Heller, im Sajobecken um 4 Heller, desgleichen in den anderen kleinen Becken. Im Nyitrabanyer Becken ist der Preis dagegen um 12 Heller pro Meterzentner zurückgegangen. Die Jahresleistung pro Arbeiter hat im Zsiltal 1669 Meterzentner betragen, im Tatabanyer Becken 2326 Meterzentner, in Salgo-Tarjan 2508, im Sajotal 2525, im Budapester Becken 1962 Meterzentner. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Petroseny Revier wegen der dortigen Gesteinsverhältnisse auch in normalen Zeiten eine verhältnismäßig kleine Arbeitsleistung pro Arbeiter aufzuweisen hat; hieraus erklärt sich auch die zahlreichere Belegschaft gegenüber den anderen Revieren. — Die Steinkohlenproduktion Ungarns ist nicht bedeutend, sie betrug im Jahre 1913 rund 13 Millionen Meterzentner, wovon auf das Fünfkirchener Becken 8·6 Millionen Meterzentner, auf Südungarn 4·5 Millionen Meterzentner entfielen, während das Kronstädter Becken zirka 78.500 Meterzentner lieferte. Im Jahre 1914 sind die Förderziffern um zirka 10 Prozent zurückgegangen. Wie aus vorstehenden Ziffern ersichtlich, ist der Wert der Braunkohlenförderung Siebenbürgens nicht zu unterschätzen, insbesondere aus dem Grunde, weil die dortige Braunkohle den Heizwert von guten Steinkohlen besitzt und im Falle eines länger andauernden Stillstandes der Kohlenwerke von Petroseny durch ausländische Kohle hätte ersetzt werden müssen. Der höhere Brennwert der Petroseny Kohle ist auch aus der ungarischen Montanstatistik insofern ersichtlich, als die Zsiltaler Kohle im Jahre 1914 am Erzeugungsort mit dem mittleren Einheitspreis von K. 1.24 pro Meterzentner angegeben ist, der den Wert aller übrigen ungarischen Braunkohlen erheblich übertrifft.

Fremdenblatt
27./IX. 1916

Produktionszwang in der Mineralöl-Industrie.

Die beiden, im gestrigen Amtsblatte veröffentlichten Verordnungen über die Regelung des Verkehrs mit Erdöl und Teer, sowie aus ihnen hergestellten Produkten sind nicht bloß für die Erdöl- und Teerindustrie wichtig, sondern auch im grundsätzlichen Sinne, denn hier wird wieder der Produktionszwang des Staates vorgesehen. Wir sagen mit Bewußtsein: „wieder". Denn wer behaupten wollte, diese Festsetzung des staatlichen Produktionszwanges bedeute etwas ganz oder auch nur etwas fast Neues, etwa ein erst vor einigen Wochen zum ersten Male Statuiertes, der befände sich damit in grobem Irrtum. Bei noch so geringer Sachkenntnis müßte es doch bekannt sein, daß schon unser Allgemeines Berggesetz vom 23. Mai 1854 den Produktionszwang vorgesehen hat. Dort, im siebenten Hauptstücke (Von der Bauhafthaltung der Bergbaue und von den Bergbau-Fristungen) ist im § 170 die Verpflichtung ausgesprochen, den unternommenen Tag- oder Grubenbau bauhaft zu halten, ihn also gegen jede Gefahr für Personen oder Eigentum zu sichern und den Vorschriften gemäß in stetem Betriebe zu erhalten. In anderen Bestimmungen des Allg. B. Gs. wird dieser Betriebszwang näher dargelegt und hiebei wird die Einstellung der nach Ortsbeschaffenheit und Betriebszweck erforderlichen Arbeiterzahl und die achtstündige Beschäftigung dieser Arbeiter gefordert.

So handelt es sich hier um einen Betriebszwang, der in seiner Wirkung dem auf bestimmte Erzeugnismengen gerichteten Zwang, wie er im § 6 der gestern verlautbarten Verordnung vorgesehen ist, völlig gleichkommt. Der Weltkrieg mit seiner kriegswirtschaftlichen Gesetzgebung hat nun auch auf diesem Gebiete innerhalb dieser sechsundzwanzig Kriegsmonate der gestern verlautbarten Verordnung schon eine Reihe von Vorläufern hinsichtlich des Produktionszwanges gebracht. So schon bald nach Kriegsausbruch beim Kohlenbergbau! Die Regierung hat sich weitestgehenden Einfluß auf die Kohlenproduktion gesichert und in geeigneter Weise für die Möglichkeit der Zwangsproduktion für den Fall gesorgt, daß der freiwillige Betrieb versagen sollte. Diese am 11. November 1914 erlassene Verordnung stützt sich denn auch auf die oben angeführte Bergrechts-Bestimmung betreffend die Bauhafthaltung der Bergbaue. Kraft des dort festgesetzten Anforderungsrechtes kann der Minister für öffentliche Arbeiten unter bestimmten Voraussetzungen die Grubenbesitzer zur Lieferung von Kohle in bestimmten Mengen und Sorten aus ihren Betrieben verpflichten!

Daß man nun gerade für das Erdöl neue Vorschriften erlassen hat, erklärt sich offenbar schon daraus, daß die Erdölunternehmungen nach dem Naphthagesetze behandelt werden. Sie unterliegen dem Berggesetze nicht und so galt auch nicht dessen Produktionszwang für sie. Die gestrige Verordnung schafft nun hierin Wandel.

Im übrigen hat unsere Kriegswirtschafts-Gesetzgebung, wie wir schon erwähnt haben, auch schon sonst eine Fülle von Beispielen des Produktionszwanges aufzuweisen. In der Verordnung vom 28. März 1915 über die Bauhafthaltung von Freischürfen und verliehenen Bergbauen ist der Minister für öffentliche Arbeiten zur Befriedigung des gesteigerten Metallbedarfes ermächtigt, noch besondere, vom Berggesetze abweichende, also über dieses hinausgehende Zwangsbestimmungen zu treffen, u. a. auch die sofortige Inbetriebsetzung gefristeter Bergbaue anzuordnen.

Einen ganz unverkennbaren Produktionszwang findet man aber auch schon in dem der Landwirtschaft seit dem vorigen Jahre auferlegten Anbau- und Ernte-Zwange. Ein kräftigerer Produktionszwang als dieser letztere ist der gestern der Erdöl-Industrie auferlegte Zwang gewiß nicht. Und in gewissem Sinne ist eigentlich auch in der Neuregelung des Viehverkehrs mit ihrem amtlichen Anforderungsrechte ein Produktionszwang wahrzunehmen. So vermöchte wirklich nur grobe Sachunkenntnis, in dem Produktionszwange, der jetzt der Erdöl- und Teerindustrie auferlegt worden ist, irgend etwas auch nur halbwegs Neues im Bereiche unserer Wirtschaftsgesetzgebung wahrzunehmen.

Der Klarstellung bedarf dagegen vielleicht immerhin eine Bestimmung in den Verfügungen über die Sperre (§ 2). Dort heißt es nämlich, daß die Sperre des Rohöls sich nur auf das nach den Bestimmungen (§ 2) der Rohölbeschlagnahme-Verordnung vom 10. August 1915 bereits freigegebene bezieht. Das besagt also mit anderen Worten: Nach dieser 1915er Verordnung ist alles Rohöl zunächst in Beschlag genommen. Ein Teil hievon kann eventuell freigegeben werden und ist auch tatsächlich freigegeben worden. Dieses freigegebene Rohöl wird nun gesperrt, während das in der Beschlagnahme verbliebene nicht gesperrt wird. Der Laie könnte nun glauben, gerade das nicht gesperrte Rohöl sei frei. Das trifft aber nicht zu. Das freie Rohöl ist von nun an gesperrt, und das übrige Rohöl verbleibt in der Beschlagnahme! Beschlagnahme und Sperre sind eben nicht ein und dasselbe!

Die „Beschlagnahme" bewirkt, daß das in Beschlag genommene Rohöl „weder verarbeitet, verbraucht, noch freiwillig oder zwangsweise veräußert oder verpfändet werden darf", sofern dies nicht amtlich bewilligt wird.

Die Sperre hat dagegen die Wirkung, daß die derselben unterliegenden Stoffe nur auf Grund einer besonderen Bewilligung und nur in derjenigen Menge und Qualität und innerhalb jenes Zeitraumes abgegeben werden dürfen, die in der Bewilligung bezeichnet sind. Der Handelsminister kann verfügen, daß auch die Verarbeitung gesperrter Stoffe einer besonderen Bewilligung bedarf. So ist die Beschlagnahme also eine weitergehende Maßregel als die bloße Sperre.

Neue Freie Presse
27. IX. 1916

43

[Die Einführung eines Produktionszwanges in der Petroleumindustrie.] Durch die heute veröffentlichten Ministerialverordnungen, welche eine Neuregelung des Verkehres mit Mineralöl- und Teerprodukten vorsehen, werden auch jene Erzeugnisse der Raffinerien, die noch nicht der Sperre unterlegen sind, von ihr betroffen. Während bisher nur Benzin, Gasöl, Schmieröl und Petrolkoks der freien Verfügung der Raffinerien entzogen waren, werden künftig auch Petroleum, Paraffin und gewisse Zwischenprodukte der Mineralölindustrie nur auf Grund besonderer Bewilligung des Handelsministeriums und nur in derjenigen Menge und Qualität und innerhalb des Zeitraumes abgegeben werden dürfen, der seitens der Staatsverwaltung vorgeschrieben wird. Auf diese Weise soll eine entsprechende Verteilung aller Produkte der Mineralölindustrie ermöglicht und der Konsum gleichmäßig berücksichtigt werden. Die Verordnung erwies sich, wie erklärt wird, aus dem Grunde als notwendig, weil der Ausbruch des Krieges mit Rumänien einen weiteren Nachschub von Mineralöl- und Teerprodukten aus diesem Lande vorläufig ausschließt, während anderseits die Gewißheit besteht, daß bei entsprechender Verteilung der Konsumbedarf der Monarchie und des verbündeten Deutschen Reiches aus dem Inlande sichergestellt werden kann. Die Verordnung gibt der Staatsverwaltung die Möglichkeit, in der Petroleumindustrie alle jene Anordnungen zu treffen, welche ihr im Interesse der Konsumversorgung geboten erscheinen. Durch Verfügung des Handelsministers können Raffinerien verhalten werden, ihren Betrieb fortzuführen, die Erzeugung bestimmter Produkte speziell zu pflegen und ihre Betriebspläne vorzulegen. Die Staatsverwaltung hat auch das Recht, Unternehmungen der Mineralölindustrie Rohstoffe und Zwischenprodukte anderer Unternehmungen zur Aufarbeitung zuzuweisen und sie zur Einlagerung von Rohstoffen und Enderzeugnissen anderer Fabriken zu verhalten. Alle diese Maßnahmen sollen nur dann in Anwendung gebracht werden, wenn im Verlaufe der Kampagne sich die Notwendigkeit erweisen sollte, einen Ausgleich unter den Raffinerien zum Zwecke der besseren Versorgung des Konsums herbeizuführen. Die heute erlassene Verordnung stellt einen Schritt in der Richtung der Zwangsorganisation dar, die bereits in der Zucker-, in der Spiritus-, in der Melasseerzeugung und in anderen Produktionszweigen durchgeführt worden ist und dort zur Schaffung von Zentralen geführt hat. In der letzten Zeit ist nach einer vorübergehenden Abschwächung der Rohölpreise, die sich bis 16 K. und etwas darunter ermäßigt hatten, wieder eine Steigerung der Notierungen eingetreten und heute wird Rohöl mit 20 K. 50 H. gehandelt.

Die Zeit
27./IX. 1916

44

— (Vom Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat.) Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: In Kreisen der deutschen Kohlenindustrie rechnet man heute bereits damit, daß in der Syndikatsversammlung vom 14. Oktober d. J. der neue Vertrag unterzeichnet werden wird, daß also ein staatliches Zwangssyndikat vermieden werden wird. Die Frage der Beteiligung bietet nur mehr geringe Schwierigkeiten, es steht nämlich nur noch die Einigung mit drei Zechen aus. Die Forderung der Zeche Arenberg geht noch um 300.000 Tonnen Kohle und um etwa 150.000 Tonnen Koks über die ihr zugebilligte Quote hinaus, die Zeche Westfalen, die sich jetzt im Besitz von Giesches Erben befindet, fordert 200.000 Tonnen Kohle und 150.000 Tonnen Koks mehr als die übrigen Syndikatsmitglieder ihr zubilligen wollen. Die dritte Zeche, Glückauf-Segen, wünscht eine um 75.000 Tonnen höhere Beteiligung. Alle diese Mehrforderungen stellen sich auf nur 575.000 Tonnen Kohle und zirka 300.000 Tonnen Koks, was bei einer Gesamtbeteiligung im Syndikat von 90 Millionen Tonnen Kohlen und 20 Millionen Tonnen Koks wohl als unwesentlich bezeichnet werden muß, so daß die Hoffnung auf Beseitigung der Differenzen allgemein ist. — Die Händlerfrage bereitet dagegen noch größere Schwierigkeiten, sie sind jedoch auch nicht derart, daß diesbezüglich ernste Bedenken gegen die Syndikatserneuerung auftauchen könnten. Man hofft vielmehr in Syndikatskreisen, daß sich mit der Händlerfirma Wulff & Ko. eine Einigung erzielen läßt, und daß auch die Vorbehalte, die der Fiskus in der Hibernia-Angelegenheit und bezüglich seiner Handelsgesellschaft machte, kein ernstliches Hindernis für die Verlängerung des Syndikats auf freiwilliger Grundlage bilden werden.

Die Zeit
28./IX. 1916

45

Die Kohlenwerke im Zsiltal.

Aufnahme der Betriebe im Oktober.

Aus Klausenburg erhalten wir von informierter Seite die folgenden Mitteilungen: Die Untersuchungen der Kohlenwerke im Zsiltal durch die entsendeten Experten ergab, daß infolge der Invasion der Rumänen wohl vielfache Schäden angerichtet wurden, die Wiederaufnahme der Betriebe aber in ungefähr vier Wochen stattfinden kann, so daß die Kohlenwerke bereits in der zweiten Hälfte des Oktober nicht nur wieder im vollen Betrieb sein, sondern auch die Lieferungen von Kohle nach allen ungarischen Industriegebieten aufnehmen werden. Jene Vereinbarungen mit deutschen Kohlenwerken, die bei Beginn der Feindseligkeiten mit Rumänien getroffen wurden und den Zweck hatten, die ungarische Industrie für alle Eventualitäten mit Kohle zu versorgen, können zum Teil storniert werden, was wohl auch schon in einzelnen Fällen geschehen ist.

Für Ungarn bedeutete der rumänische Einbruch in der reichsten Kohlengegend des Landes eine peinliche Ueberraschung, aber keine wirtschaftliche Schwierigkeit. Es gab große Vorräte im Lande, und überdies konnten durch rasche Vorkehrungen ansehnliche Quantitäten aus Preußisch-Schlesien für Ungarn gesichert werden, auf die nunmehr, wie erwähnt, nicht mehr reflektiert werden muß. Es handelt sich nun darum, das Wasser aus den Gruben zu pumpen, die Fabrikseisenbahnen instand zu setzen, und dann kann wieder die Produktion im reichsten Ausmaß beginnen. Drei große Anlagen befinden sich im Zsiltal: die ärarischen Werke, dann jene der Urikanyer A.-G. und schließlich die größten und reichsten Gruben in Petroseny, die das Eigentum der Salgo-Tarjaner A.-G. bilden. Man schätzt das investierte Kapital in den Zsiltaler Kohlenwerken auf rund 100 Millionen Kronen, welche Summe vielleicht ein wenig zu hoch gegriffen, aber doch annähernd zutreffend ist.

Der Wert des ganzen Territoriums ist außerordentlich, weil sich nach den Schätzungen der Experten hier unerschöpfliche Lager befinden und die Qualität der Kohle erstklassig ist, ja der preußischen und englischen nicht allzusehr nachsteht. Fast in allen Belangen bot die Kohlenerzeugung im Zsiltal vollen Ersatz für die importierte Kohle. Mehr als zwei Millionen Tonnen Kohle wurden in den letzten Friedensjahren hier produziert, und in den Kriegsjahren lieferte Petroseny an 500, Urikany an 300 und die ärarischen Werke an 100 Waggons täglich.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß bald nach Wiederaufnahme des Betriebes, also schon von Ende Oktober angefangen, das gleiche Quantum erzielt werden wird wie bisher, wobei zu bemerken ist, daß die maßgebenden Leiter der Zsiltaler Kohlenwerke die Absicht haben, durch neue Investitionen die Werke noch ertragfähiger zu gestalten. Bisher deckte das Zsiltal ungefähr ein Viertel des Kohlenbedarfes Ungarns, doch ist es keine schwierige Aufgabe, diese Produktion noch wesentlich zu erhöhen, was auch in Bälde geschehen wird.

Die Zeit
28./IX. 1916

— **(Aus der deutschen Kohlenindustrie.)** Aus Berlin wird uns berichtet: Auf den Anlagen des Bergwerksbesitzers Friedländer-Fuld in der Nähe des Bahnhofes Loslau in Schlesien sollen neue Kohlengruben entstehen und es wird dort mit den Abteufarbeiten begonnen werden. Die Gewerkschaft Braunkohlenbergwerk Düren errichtet in Düren (Rheinland) eine neue Brikettfabrik. Ueberhaupt hatte die überaus große Nachfrage nach Briketten in Deutschland zur Folge, daß viele Kohlenwerke Brikettfabriken neu errichten, beziehungsweise bestehende Anlagen bedeutend vergrößern. — Von den in letzter Zeit bekanntgewordenen Abschlüssen und Dividendenfestsetzungen verdienen erwähnt zu werden: Braunkohlenwerk Leonhard A.-G., Zipsendorf. Die Dividende wurde mit 6 Prozent festgesetzt, gegen 5 Prozent im vorhergehenden Geschäftsjahr. Niederlausitzer Kohlenwerke A.-G. Der Ueberschuß stellt sich pro 1915/16 auf 6·2 Millionen Mark (5·5 Millionen), der Bruttogewinn auf 5·2 Millionen Mark (4·2 Millionen); die Dividende wurde mit 14 Prozent (12 Prozent) bestimmt. Die Hedwighütte, Anthrazit-Kohlen- und Kokswerke A.-G. in Stettin, schlägt für 1915/16 als Dividende 9 Prozent (gegen 4 Prozent) vor, während die Braunkohlenindustrie A.-G. Zukunft, Weisweiler, für 1915/16 den Gewinnanteil mit 5 Prozent (gegen 4½ Prozent) festsetzte bei einem Reingewinn von 412.245 Mark (gegen 366.993 Mark). Erwähnung verdient auch, daß zwei niederrheinische Kohlenwerke das Jahr 1915 mit Verlust abschlossen. Es sind dies die Gewerkschaft Braunkohlenbergbau Neurath, deren Ausgaben 158.635 Mark betrugen, während sich die Einnahmen nur auf 125.164 Mark beliefen; der Verlustvortrag der Gesellschaft erhöhte sich dadurch auf 565.521 Mark. Die zweite Gewerkschaft, Braunkohlenbergbau Prinzessin Viktoria in Neurath, hat infolge Verringerung der Produktion gleichfalls mit Verlust abgeschlossen und trägt einen Verlustsaldo von 103.632 Mark vor (gegen 102.797 Mark). — Die Abschlüsse von zwei Aktiengesellschaften des deutschen Kohlenhandels lauten günstig: Die Kriegskohlen-A.-G., die den Kohlenhandel mit Ostpreußen und den westlichen Provinzen betreibt, schloß ihr mit Ende März endigendes Geschäftsjahr mit einem Reinerträgnis von 0·7 Millionen Mark und erzielte nach Abzug aller Kosten einen Reingewinn von 0·5 Millionen Mark. Die Vereinigte Berliner Kohlenhandels-A.-G. verteilt für das Geschäftsjahr 1915/16 eine Dividende von 7 Prozent, wie im Vorjahr.

Neues Wiener Tagblatt

29./IX. 1916

47

(Rückgang der englischen Kohlenproduktion und Kohlenausfuhr während des Krieges.) Aus London, 28. d., meldet das Reutersche Bureau: „Nach einem amtlichen Bericht über die englische Kohlenindustrie betrug die Kohlenerzeugung in den Perioden vom 1. August 1913 bis 31. Juli 1914 rund 281 Millionen Tonnen, von 1914 bis 1915 rund 250 Millionen und von 1915 bis 1916 rund 254 Millionen Tonnen. Die Kohlenausfuhr sank, wie der Bericht sagt, auf einen bedenklich niedrigen Stand. Im Jahre 1913 betrug sie 73 Millionen Tonnen, im Jahre 1914 59 Millionen und im Jahre 1915 nur 46½ Millionen Tonnen. Der Bericht sagt, daß die Mittel, durch die die Kohlenproduktion im letzten Jahre etwas erhöht wurde, nicht ausreichen könnten, um die Ausfuhr zu vermehren; daher müsse große Sparsamkeit in dem Verbrauch von Kohle herrschen. Der Preis für Grubenholz war zu Beginn des Jahres um 300 bis 500 Prozent höher als vor dem Kriege. Die Einfuhr aus Norwegen, Rußland und namentlich aus Schweden ist unsicher. Man hat sich daher entschlossen, den englischen Holzbestand auszubeuten. Das Kriegsamt hat zunächst 1000 Kriegsgefangene zu diesem Zweck angewiesen." — Der Mahnruf zur Sparsamkeit in Kohle in einem amtlichen englischen Bericht ist kennzeichnend für die wirtschaftliche Lage des Landes im allgemeinen. Denn England ist ein kohlenreicher Staat. Die englischen Kohlenlager zeichnen sich durch reichen Inhalt und äußerst günstige Gewinnungsverhältnisse aus. Die Flöze sind flach gelagert, mächtig und regelmäßig. Die geographische Lage der Becken ist äußerst günstig und ermöglicht eine bequeme Schiffsverladung, welche der englischen Kohlenausfuhr große Vorteile bietet. Die Kohlengebiete erstrecken sich längs des Meeres und werden überdies von tiefen Flüssen durchzogen, auf welchen die Schiffe bis in das Innere der Kohlendistrikte gelangen können. Eine sehr geschätzte Qualität ist die sogenannte Dampfschiffkohle, deren Ruf weltbekannt ist. Die Lagerungsverhältnisse der englischen Kohlen sind die denkbar günstigsten und gestatten in zahlreichen Fällen auch die maschinelle Gewinnung mittels sogenannter Schrämmaschinen, welche Gewinnungsmethode im Jahre 1909 bereits 23 Prozent der gesamten englischen Erzeugung ausgemacht hat. Aus diesem Grunde sind auch die Arbeitsleistungen des englischen Kohlenbergbaues sehr bedeutend, so daß im Jahre 1909, worüber die einschlägigen Daten vorliegen, die jährliche Förderung eines Bergmannes 260 Tonnen, während dieselbe mit Rücksicht auf die weit ungünstigeren Verhältnisse in Deutschland nur 246 Tonnen betragen hat. Im Jahre 1903 hat die englische Ausfuhr an Kohle, Koks und Briketts 47 Millionen Tonnen betragen und, wie dem amtlichen Bericht zu entnehmen ist, ist der Export im Jahre 1915 bereits unter der Menge des Jahres 1903 zurückgegangen. Im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg hatte der englische Außenhandel an Kohle einen geradezu erstaunlichen Aufschwung erfahren, welcher die verschiedenen Staaten Europas in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis von England gebracht hat und auch mit Folgewirkungen für die politischen Verhältnisse verbunden war. In Europa war im letzten Friedensjahre Frankreich der größte Konsument englischer Steinkohle mit 12 Millionen Tonnen, es folgen Italien mit 9¾ Millionen, Deutschland mit 9 Millionen, Rußland mit 6 Millionen, Schweden mit 4½ Millionen, Spanien mit 3¾ Millionen, Dänemark mit 3 Millionen, Norwegen mit 2¼ Millionen, Belgien mit 2 Millionen, Portugal mit 1¼ Millionen, Oesterreich-Ungarn mit 1 Million, die Türkei mit 376,000 Tonnen und andre Staaten mit geringeren Mengen. Oesterreich-Ungarn und Deutschland können englische Kohle vollkommen entbehren — für Oesterreich-Ungarn kam fast nur Schiffskohle in Betracht —, dagegen leiden gerade die Bundesgenossen Englands unter Kohlenmangel, und in England selbst erfolgt der Appell, mit der Kohle

zu sparen. Produktion und Export sind eben nicht aufrechtzuerhalten.

Die Zeit
30./IX. 1916

49

— (Oesterreichs Kohlenproduktion.) Im August dieses Jahres hatte sowohl die Steinkohlen- als auch die Braunkohlenförderung sowohl gegen den Juli dieses Jahres wie gegen den Vorjahrsmonat einen Fortschritt zu verzeichnen. Die Steinkohlenproduktion stellte sich in diesem Monat auf 15·2 Millionen Meterzentner gegen 13·9 Millionen Meterzenter im August 1915. Für die ersten acht Monate stellt sich die Förderung auf 117·7 Millionen Meterzentner, das ist 1916 um 10·7 Millionen Meterzentner höher gegen die gleiche Zeit von 1915. Die Koksgewinnung, die im August 2·2 Millionen Meterzentner betrug gegen 1·7 Millionen Meterzentner im August 1915, hat in der Zeit vom Januar bis August 1916 bereits rund 17 Millionen Meterzentner erreicht und damit die vorjährige Menge um rund 5 Millionen Meterzentner überschritten. Die Briketterzeugung stellt sich für die ersten acht Monate 1916 auf 1·4 Millionen Meterzentner wie im Vorjahre. — Die Förderung an Braunkohle belief sich im August auf 19·8 Millionen Meterzentner gegen 18·1 Millionen Meterzentner im August 1915, und stellt sich für die Zeit vom Januar bis August 1916 auf 153 Millionen Meterzentner gegen 145·1 Millionen Meterzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Braunkohlenbriketterzeugung betrug im August 1916 195.923 Meterzentner gegen 209.311 Meterzentner im Vorjahrsmonat und stellt sich für die ersten acht Monate des laufenden Jahres auf 1·6 Millionen Meterzentner gegen 1·7 Millionen Meterzentner im Jahre 1915. — Insgesamt betrug die Kohlengewinnung Oesterreichs (Stein- und Braunkohle) in dem Zeitraum vom Januar bis August 1916 275·7 Millionen Meterzentner, und hat damit die Förderung von 1915 um 23·6 Millionen Meterzentner und jene von 1914 um 4 Millionen Meterzentner übertroffen.

Neues Pester Journal
8/X. 1916

Die Kohlenversorgung der Hauptstadt.

Verlust von Kohle. — Der Waggonmangel. — Die boykottirten Waggons.

Nun der Winter vor der Thüre steht und die Kohle im vollsten Sinne des Wortes zur „brennenden Frage" geworden ist, nahmen wir Veranlassung, an maßgebenden Stellen über die Aussichten bezüglich des Winterheizmaterials Informationen einzuholen. Unser Berichterstatter wendete sich um Aufschluß an den Generaldirektor der Gaswerke Dr. Franz Ripka, der uns in entgegenkommendster Weise informirte, und wir können gleich hinzufügen, uns ziemlich beruhigende Erklärungen gab. Von ganz besonderem Interesse aber sind die Aufschlüsse, die wir von anderer Seite über den Waggonmangel und dessen Ursachen erhalten haben. Stammten diese Aufschlüsse nicht von absolut einwandfreier Seite, man wäre geneigt, es für unmöglich zu halten, daß mitten im Toben des Krieges solche Zustände möglich sind. Bezüglich der Kohlenversorgung theilte Generaldirektor Dr. Franz Ripka unserem Berichterstatter Folgendes mit:

Die Kohlen- und Koksvorräthe.

Ob ein Mangel an Heizmaterial eintreten wird, hängt wesentlich davon ab, ob der bevorstehende Winter milder oder strenger Natur sein wird und wie sich die Transportverhältnisse gestalten werden. Im Falle eines milden Winters dürften Kalamitäten kaum eintreten. Zu diesem Schlusse komme ich, weil ich Kenntniß davon habe, daß große Kohlenmengen bereits eingelagert sind. Wie erinnerlich, haben die Gaswerke noch im Frühling d. J. die Konsumenten mittels Cirkulars zweimal aufgefordert, wegen der Schwierigkeiten in der Zufuhr ihren Koksbedarf rechtzeitig, jedenfalls aber vor dem Herbst zu decken. Diese Aufforderung ist nicht erfolglos geblieben. Während wir unsere Koksprodukte im Sommer sonst anhäufen mußten, verfügen wir jetzt kaum über Vorräthe, weil die Produkte von den Konsumenten sofort gekauft, abgeführt und eingelagert wurden. Meines Wissens sind die Kellerräume der besser situirten Bevölkerung theils mit Koks, theils mit Kohle gefüllt, und wenn diese Vorräthe auch nicht für den ganzen Winter ausreichen, so bilden sie dennoch eine große Reserve. Wesentlich in Betracht kommt als mit Heizmaterial unversorgt, die arme Bevölkerung, die über solch große Geldsummen nicht verfügt, um ihren Bedarf auf einmal zu decken.

Es wird sich also darum handeln, dafür Sorge zu tragen, daß für die ärmere Bevölkerung Heizmaterial genügend vorhanden sei. Die Gaswerke werden auch hiebei mildernd einwirken, sowohl was das Quantum, als auch was den Preis betrifft. In der Wintersaison produziren die Gaswerke täglich circa 60 Waggons Koks. Hievon müssen zur Abwicklung der Schlüsse etwa 30 Waggons täglich verwendet werden. Es verbleiben aber immer noch 30 Waggons für den großen Konsum. Rechnet man für eine Arbeiterwohnung täglich 20 Kilogramm Koks, so vermögen die Gaswerke allein täglich 15.000 Haushaltungen mit Heizmaterial zu versehen. Nachdem ja auch ständig Kohle zugeführt werden wird, dürften also kaum katastrophale Zustände eintreten. Die Regierung darf freilich nicht zusehen, wie sich die Dinge von selbst entwickeln, vielmehr muß sie mit aller Energie für Kohlenanhäufung sorgen, nicht nur wegen der eventuellen Verkehrsschwierigkeiten, sondern auch darum, weil wir einem strengen Winter durchaus nicht gewappnet gegenüberstehen. Die Gaswerke werden sich nicht nur bemühen, möglichst viel zu produziren, sondern, was auch schwer in die Wagschale fällt, ihr preisregulirendes Bestreben fortsetzen und nach wie vor ihren Koks für 4 K. per Meterzentner abgeben, trotzdem im Auslande 6 bis 7 K. für Koks bezahlt wird.

Verlorene Kohle.

Ueber die Ursache dessen, daß nicht genügend Vorräthe an Kohle angeschafft werden können, theilt man uns von anderer Seite Folgendes mit:

Ein großer Theil verfügbarer Kohle geht wegen Mangels an Waggons verloren. Die Kohle des reichsten schlesischen Kohlenbeckens, Dombrau-Karwin, bleibt nicht im Lande, kommt weder nach Ungarn noch nach Oesterreich, sondern geht nach Deutschland. Die Ursache hievon ist im Mangel an Waggons zu suchen. Weder die ungarischen noch die österreichischen Bahnen stellen Waggons zur Verfügung, und da Deutschland dort stets Waggons zur Verfügung hat, geht die Kohle dorthin, um dann als preußische Kohle in die Monarchie zurückzugelangen. Die hiesigen Konsumenten haben bei dieser Kohle nicht nur den Preis, sondern auch die Kursdifferenz zwischen der Krone und Mark zu bezahlen, und doch wäre es bei einigem guten Willen möglich, die im Lande produzirte Kohle direkt und nicht über Deutschland zu beziehen.

Die boykottirten Waggons.

Die Macht der Kartelle hat auch in der schwersten Zeit, von welcher die Bevölkerung heimgesucht wird, nichts eingebüßt. Ein Beispiel, welches in den Rahmen dieser Erörterung genau paßt, mag dies beweisen. Die Kis-Tarcsaer Waggonfabrik war im Jahre 1913 nur schwach beschäftigt und übernahm daher einen Auftrag, den bulgarischen Bahnen zweihundert Stück Zwanzigtonnen-Lastenwaggons zu liefern. Als die Waggons ihrer Vollendung nahe waren, brach der Weltkrieg aus und in Folge des Krieges mit Serbien war es unmöglich geworden, die Waggons zu liefern. Die bulgarischen Bahnen stornirten demzufolge den Auftrag und die Waggons blieben im Besitz der Fabrik. Nun sollte man annehmen dürfen, daß die ungarischen Bahnen den günstigen Umstand, unverhofft zu zweihundert Waggons zu gelangen, rasch benützen werden, um ihren Wagenpark zu vergrößern und den Waggonmangel einigermaßen zu mildern. Doch weit gefehlt: die Kis-Tarcsaer Fabrik ist noch immer Eigenthümerin der für Bulgarien angefertigten Wagen, die sie auf ihren Vizinalbahnstationen zerstreut „auf Lager" hält.

Zum besseren Verständniß sei noch bemerkt, daß die Kis-Tarcsaer Fabrik außer Kartell stand und ihr Fabrikat daher der Kartellaichung entbehrt. Das Kartell der Waggonfabriken hat gegen den Ankauf dieser Waggons Protest erhoben, dem sich, wie es scheint, die ungarischen Bahnen unterworfen haben. Die Militärbehörde hat von dem Vorhandensein gewiß keine Kenntniß, denn sonst hätte sie dieselben sicherlich schon requirirt, wenn zu keinem anderen Zweck, so gewiß zu dem, die Hauptstadt leichter mit Kohle versorgen zu können.

Neues Pester Journal 50

10./X. 1916

‡ **(Vom Holzmarkt.)** Noch vor nicht allzulanger Zeit sprachen viele Anzeichen für eine Beruhigung auf dem Holzmarkte. Aber das Entgegengesetzte trat ein. Die Märkte sind fester, die Preise höher denn je. Der Bedarf hält an und seitens der Eisenbahnverwaltungen werden ganz bedeutende Anschaffungen, wenn auch auf längere Lieferung, gemacht. In der nächsten Woche erfolgt in Köln die Lieferungsvergebung von rund 46,000 Kubikmeter diverser Hölzer seitens der kön. preuß. Eisenbahndirektionen. Man rechnet schon heute mit mindestens 40 bis 50 Perzent höheren Preisen. In Händlerkreisen schätzt man aber die Steigerung weit höher schon in Folge der schwierigeren Holzausfuhr aus den Forsten, was auch zu einer schwächeren Betheiligung bei der Verdingung führen dürfte. — Das schwache Angebot wirkt allgemein befestigend und die Preise für alle Hölzer ziehen weiter lebhaft an. Selbst Ausschußwaare ist kaum zu haben. Weit lebhafter als bei uns gestalten sich die Märkte in Deutschland. Alle Sorten bleiben dort lebhoft gesucht und die Preise schießen in die Höhe, denn das Angebot genügt beiweitem nicht der starken und dringenden Nachfrage. Grubenhölzer werden besonders gesucht, denn der Kohlenabbau hat an Umfang riesig zugenommen. Nach englischen Berichten sind die Preise für Grubenhölzer dort um 300 bis 500 Perzent höher als vor dem Krieg. Die Einfuhr aus Norwegen und Schweden ist nahezu unterbunden wegen der Unsicherheit der Schiffahrt. Man entschloß sich daher, den englischen Holzbestand auszubeuten; das Kriegsamt hat zunächst 1000 deutsche Kriegsgefangene zu diesem Zweck angewiesen.

Neue Freie Presse 11./X. 1916

Der Kohlenmarkt Ungarns und das Petroseny-er Becken.

Von einem hervorragenden Fachmann.

Budapest, 9. Oktober.

In Ungarn, wo die landwirtschaftliche Industrie eine verhältnismäßig große Rolle spielt, erreicht der Kohlenverbrauch schon mit Eintritt der Herbstkampagne seinen Höhepunkt. In den Friedensjahren haben die Kohlenwerke Ungarns die im Sommer stets eingetretene Abschwächung der Nachfrage dazu benützt, um Vorräte zu sammeln und durch Forcierung der Vorbauarbeiten sich zur Herbstkampagne zu rüsten. Im Kriege herrscht während des ganzen Jahres ununterbrochen lebhafte Nachfrage um Kohle, so daß die Werke mit ihren verringerten Arbeiterständen auch während des Sommers nur durch volle Ausnützung der Arbeitskraft ihrer Mannschaften den Anforderungen des Konsums entsprechen konnten.

Die Frage der Beschaffung der zum Bergbau nötigen Materialien, deren Anschaffungskosten bedeutend gestiegen sind, sowie die sehr erheblichen Lasten, die die Werke dadurch bringen, daß sie die Familien ihrer eingerückten Arbeiter erhalten und ihre bei den Gruben gebliebenen Arbeiter und deren Familien mit Lebensmitteln versorgen, deren Anschaffungskosten in vielen Fällen um 200 Prozent höher sind als die Preise, die die Werke ihren Arbeitern anrechnen, verursachen eine Steigerung der Erzeugungskosten und das weitere Anziehen der Verkaufspreise.

Zur Steigerung der Nachfrage gesellte sich die merkliche Verringerung des Anbotes als natürliche Folge der zweimaligen feindlichen Besetzung der Zsiltaler Kohlenwerke. Das Zsiltaler (Petroseny-er) Kohlenbecken, wo außer der Salgo-Tarjaner Steinkohlenbergbau-Aktiengesellschaft und der Urkany-Zsiltaler ungarischen Kohlenbergbau-Aktiengesellschaft auch das ungarische Aerar Bergbau betreibt, bildet das größte Kohlenreservoir Ungarns, dessen Bedeutung um so höher anzuschlagen ist, als hier eine hochwertige, auch zur Verkokung geeignete Kohle erzeugt wird, und zwar in einer Menge, die dem Viertel der gesamten Produktion sämtlicher Kohlenwerke Ungarns gleichkommt. Der größere Teil der Förderung der Zsiltaler Werke dient zur Deckung des Kohlenbedarfes der königlich ungarischen Staatsbahnen.

Mit der Vertreibung des Feindes aus Siebenbürgen gelangte dieses wertvolle Kohlenbecken wieder in unseren festen Besitz. Es kann schon jetzt konstatiert werden, daß es dem Feinde nicht gelang, seine Absicht zu verwirklichen, diese Kohlenwerke zu vernichten. In richtiger Einschätzung der hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung, die der Kohlenindustrie besonders im Kriege zukommt, hat die ungarische Regierung bereits Anordnungen getroffen, daß die Instandsetzung der Zsiltaler Gruben je rascher durchgeführt werde, um das vorzügliche Produkt dieser Werke so bald als möglich dem Konsum zur Verfügung stellen zu können.

Daß es trotz der vorübergehenden feindlichen Besetzung des Zsiltales gelang, den Kohlenbedarf Ungarns, in erster Reihe jenen der königlich ungarischen Staatsbahnen, ohne größere Schwierigkeiten zu decken, ist der erhöhten Tätigkeit der übrigen Kohlenwerke Ungarns und jener Hilfe zu danken, die den königlich ungarischen Staatsbahnen von den österreichischen und preußischen Kohlenwerken zuteil wurde. Es gelang, die Produktion der übrigen Kohlenwerke Ungarns hauptsächlich dadurch zu erhöhen, daß jene Arbeiter der Zsiltaler Werke, auf welche die Armee keinen Anspruch erhob, an sämtliche Kohlenwerke Ungarns proportionell verteilt wurden. Die leitenden Kreise der königlich ungarischen Staatsbahnen haben den zu erwartenden Ausfall in der Kohlenlieferung sofort nach erfolgter Kriegserklärung Rumäniens mit großer Energie und vollem Erfolg gedeckt, so daß die Kontinuität des Eisenbahnbetriebes in keiner Weise auch nur für einen Moment gefährdet war.

Von den unvermeidlichen Schwierigkeiten des Ueberganges abgesehen, konnte auch der Bedarf der Privatindustrie Befriedigung finden, so daß keine einzige Fabrik gezwungen war, ihren Betrieb wegen Kohlenmangels einzustellen. Wegen Versorgung der Privathaushalte mit Hausbrandkohle für den Winter hat die Kommune Budapest bereits Vorkehrungen getroffen und im Einvernehmen mit den Gesellschaften die Preise festgesetzt, sowie auch für die Beschaffung der Fuhren gesorgt und deren Tarife fixiert, so daß diesbezüglich ruhig dem Winter entgegengesehen werden kann.

Die Zeit
17./X. 1916

53

Verstaatlichung der Hibernia.

Die Erneuerung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats.

Wie im Abendblatt gemeldet wurde, ist das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, das Ende des Jahres abläuft, auf weitere fünf Jahre bis 1922 verlängert worden. Die Bestimmungen des neuen Vertrages wurden kürzlich an dieser Stelle ausführlich mitgeteilt. Nebst der Regelung der Händlerfrage war die nunmehr erfolgte Ordnung der Hibernia-Frage die hauptsächlichste Voraussetzung für das Zustandekommen des neuen Syndikatsvertrages. Wie uns aus Frankfurt, 16. d., telegraphiert wird, wird der preußische Staat, der Frkft. Ztg. zufolge, durch den Erwerb der Hibernia-Bergwerksgesellschaft der größte Kohlenlieferant. Der Fiskus vergütet den außenstehenden Hibernia-Aktionären 266⅔ Prozent in 4½prozentigen preußischen Schatzanweisungen, zahlbar Ende 1934, sowie 3⅓ Prozent in barem. Die Herne G. m. b. H. wird ähnlich abgefunden.

Mit dieser Vereinbarung gelangt ein Kampf, den der preußische Fiskus mit den privaten Aktionären der Hibernia-Gesellschaft seit dem Jahre 1904 geführt hat und der wiederholt die Oeffentlichkeit und die preußischen Gerichte sowie das Reichsgericht intensiv beschäftigt hatte, zur endgültigen Beilegung.

Die preußische Staatsregierung hat bekanntlich im Sommer 1904 einen großen Teil der Hibernia-Aktien durch die Dresdner Bank an der Berliner Börse unter der Hand aufkaufen lassen, und der damalige Handelsminister machte unter dem 29. Juli 1904 der Verwaltung der Hibernia-Gesellschaft das Angebot, das Unternehmen vom 1. Januar 1905 ab käuflich an den Staat zu überlassen. Für die Abtretung ihres Eigentums sollten die Aktionäre für je Mark 3000 Aktienkapital bis zur damaligen Höhe von 53·5 Millionen Mark 3prozentige Konsols im Nennwert von Mark 8000 erhalten. Dieses Angebot kam einer 8prozentigen Verzinsung der Hibernia-Aktien gegen eine durchschnittliche 11prozentige Dividende in den vorangegangenen zehn Jahren gleich. Das staatliche Angebot wurde dem Antrag der Hibernia-Verwaltung gemäß in der Generalversammlung vom 27. August 1904 mit 92 Stimmen, die Mark 29,611.400 Aktienkapital vertreten haben, gegen 19 Stimmen mit Mark 2,651.200 Aktienkapital verworfen, wobei die Gruppe der Dresdner Bank mit rund 18 Millionen Mark Aktienkapital sich der Abstimmung enthalten hat. Der Beschluß wurde von der Dresdner Bank im Klagewege angefochten und kam laut richterlicher Entscheidung in der Generalversammlung vom 22. Oktober 1904 zu erneuter Beratung, wurde aber wieder mit 100 Stimmen mit Mark 31,265.200 Aktienkapital gegen 7 Stimmen mit Mark 27,430.800 Aktienkapital abgelehnt. Die Dresdner Bank erhob hiergegen Protest, indem sie gegen die Mitabstimmung der laut Generalversammlungsbeschluß vom 27. August 1904 ausgegebenen 6·5 Millionen Mark neuer Aktien Verwahrung einlegte und Klage erhob. Die zweite Instanz, das Oberlandesgericht in Hamm, entschied im Oktober 1905 zugunsten der Dresdner Bank, das Reichsgericht aber am 2. Juni, beziehungsweise 13. Juni 1906 in letzter Instanz zugunsten der Gesellschaft.

Im Jahre 1905 wurde vom preußischen Abgeordnetenhause der Gesetzentwurf der Regierung betreffend die Beteiligung des Staates an der Bergwerksgesellschaft Hibernia zu Herne, kraft dessen die Staatsregierung ermächtigt wurde, von der Dresdner Bank Hibernia-Aktien im Nominalbetrag von Mark 27,552.800 Mark zu erwerben und zu diesem Zweck bis 69½ Millionen Mark in Schuldverschreibungen, beziehungsweise Schatzanweisungen auszugeben, angenommen. Auf der anderen Seite haben sich die Gegner der Verstaatlichung zur dauernden Konservierung der Aktienmajorität zu der „Herne", Vereinigung von Hibernia-Aktionären G. m. b. H., zusammengeschlossen, mit einem Stammkapital von Mark 42,000.000 mit 25 Prozent Einzahlung und Mark 55,000.000 in 4prozentigen Obligationen. Die Herne-Gesellschaft besitzt Mark 23,530.000 Hibernia-Aktien und Mark 10,000.000 4½prozentiger Hibernia-Vorzugsaktien.

Das gesamte Aktienkapital der Bergwerksgesellschaft Hibernia beträgt derzeit 70 Millionen Mark, davon 60 Millionen in Stammaktien und 10 Millionen in Vorzugsaktien. Von den Stammaktien bestanden bis zur Generalversammlung vom 27. August 1904 53·5 Millionen Mark, während die Vermehrung um weitere 6½ Millionen Mark Stammaktien in dieser Generalversammlung beschlossen wurde, gegen welchen Beschluß die Dresdner Bank als Mandatarin des Fiskus, wie bereits erwähnt, ohne Erfolg Verwahrung eingelegt hat. Zur Deckung weiterer Geldbedürfnisse der Gesellschaft, speziell für Neuanlagen, beschloß die außerordentliche Generalversammlung vom 4. Dezember 1906 die Ausgabe von 10 Millionen Mark in Vorzugsaktien, die eine Vorzugsdividende von 4½ Prozent mit Nachzahlungsrecht erhalten haben und die im Falle der Liquidation bis zu 103 Prozent des Nennwertes vor den übrigen Aktien nebst etwaigen Dividendenrückständen befriedigt werden, darüber hinaus aber weder am Reingewinn noch am Liquidationserlös teinehmen. Die Ausgabe der Vorzugsaktien zu 103 Prozent hat unter Ausschluß des Bezugsrechtes der Aktionäre an die Herne, Vereinigung von Hibernia-Aktionären im Jahre 1908 stattgefunden. Gegen alle Beschlüsse der außerordentlichen Generalversammlung vom 4. Dezember 1906 haben die Vertreter des preußischen Staatsfiskus namens desselben Protest eingelegt, auch Anfechtungsklage erhoben, doch wurde diese am 25. Februar 1907 in erster Instanz und am 26. September 1907 in zweiter Instanz kostenpflichtig abgewiesen. Der Fiskus legte Berufung beim Reichsgericht ein, das jedoch das Urteil der Vorinstanz am 25. März 1903 bestätigte, beziehungsweise den Fiskus abwies. Der Beschluß der Generalversammlung vom 4. Dezember 1906, wonach das Aktienkapital um 10 Millionen Mark in Vorzugsaktien erhöht werden soll, wurde infolgedessen am 15. April 1908 durchgeführt und die durchgeführte Kapitalserhöhung am 4. November 1908 handelsgerichtlich eingetragen. Das gegenwärtige Aktienkapital verteilt sich demnach mit 27.552 Millionen Mark Stammaktien auf den Fiskus, 8918 Millionen Mark Stammaktien auf den freien Aktienbesitz und mit 2353 Millionen Mark Stammaktien sowie mit 10 Millionen Mark Vorzugsaktien auf den in der Herne-Gesellschaft gebundenen Besitz von Hibernia-Aktionären. Die Hibernia-Gesellschaft hat in den letzten fünf Jahren auf die Stammaktien eine Dividende von 9, 11½, 15, 8 und 11 Prozent und auf die Vorzugsaktien 4½ Prozent verteilt.

Fremdenblatt
24./X. 1916

Schaffung eines Kohlenabbau-Monopols in Sachsen.

Die zweite sächsische Kammer hat vor einigen Tagen die Regierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den dem Staat das ausschließliche Recht gegeben wird, Kohlen aufzusuchen und abzugeben, soweit der Abbau schon begonnen hat. Dieser wichtige Antrag soll dazu dienen, der Spekulation, die sich auf diesem Gebiet bemerkbar gemacht hat, entgegenzutreten. Der sächsische Staat hat in den letzten Jahren sehr beträchtliche Summen an Provision zahlen müssen bei diesen Kohlenfelderankäufen, die bekanntlich die Summe von 56 Millionen Mark erreicht haben. Außerdem soll damit auch die agentenmäßige Verteuerung der Kohlen verhütet werden.

Die sächsische Regierung wird diesem offenbar nicht ohne Einvernehmen mit ihr gestellten Antrag der zweiten Kammer nach einer Dresdener Meldung des „Berliner Börsenkurier" voraussichtlich zunächst mit einem Sperre-Gesetzentwurf entsprechen und erst im kommenden Jahre das eigentliche Monopolsgesetz vorlegen. Der Gesetzentwurf über die Sperre würde für den ganzen Privatkohlenbergbau eine zweijährige Sperre verfügen. Nach Annahme der geplanten Verfügungen wird dann auch in Sachsen jede Erweiterung eines bestehenden Privatbergbaues und jede Neuerrichtung eines Bergbaues nur nach Erzielung eines Uebereinkommens mit dem Staate möglich sein.

Sachsen wird damit denselben Weg betreten, den Preußen mit dem Muthungs-Sperrgesetze vom 5. Juli 1905 und dem Gesetze vom 18. Juni 1907 betreten hat, womit die noch nicht okkupierten, die „jungfräulichen" Gebiete für Salz und Steinkohle dem Staate vorbehalten wurden. Diese Verfügung setzte der Bergrechtsreform, die in Anlehnung an das französische Bergrecht schon in den fünfziger Jahren in Sachsen (1851 und 1868) und Oesterreich (1854) und dann in den sechziger Jahren in Preußen (1865) durchgegriffen hatte, ein Ende. Das sächsische Berggesetz behielt so wie das österreichische nur das Salz dem Staate vor, während es die Vorrechte des Staates, vor allem dessen Recht, sich jedes beliebige Feld zu reservieren, beseitigte. Abgesehen von Salz sind alle dem Grundeigentümer nicht vorbehaltenen Mineralien der Bergbaufreiheit unterworfen. Danach kann jeder das Recht erwerben, nach ihnen in einem bestimmten Felde Schürfen vorzunehmen und er darf verlangen, wenn er in einem bestimmten Schurffelde Mineralien gefunden hat, mit diesen beliehen zu werden. Kohle gehörte in Sachsen bisher dem Grundeigentümer. Wer also Kohle fördern wollte, mußte deshalb zunächst den Grund und Boden kaufen, unter dem diese Kohle liegt. Darauf baute sich nun ein ganzer Kettenhandel mit Kohlenterrains auf. Zahlreiche Agenten bemächtigten sich der kohlenhaltigen Gebiete, kauften Kohlenfelder und verkauften ihre Verträge wieder mit namhaftem Gewinn, sobald sie die Ergiebigkeit festgestellt hatten.

Wie nun Preußen im Jahre 1905 in seiner Bergrechtspolitik wieder zum Regalprinzip zurückgekehrt ist, in dem die Bergwerksmineralien als allein zur Verfügung des Staates erklärt wurden, dem es freistehe, darauf entweder eigenen Bergbau zu betreiben oder Bergwerkseigentum zu verleihen oder auch mit Unternehmern Verträge über die Mineralienausgewinnung zu schließen, so bereitet sich das jetzt auch in Sachsen vor. Daß die zweite sächsische Kammer den Wunsch nach dem staatlichen Abbaumonopol eben jetzt und so dringend geäußert hat, wird übrigens auch auf die Absicht zurückgeführt, dem weiteren Eindringen der Firmen J. Petschek und Ed. Weinmann in den Braunkohlenbergbau Deutschlands entgegenzutreten.

Fremdenblatt
27./X. 1916

55

Die Kohlenversorgung Wiens.

Wie wir hören, findet morgen Samstag bei der Nordbahndirektion eine Konferenz statt, die sich mit der Frage der Kohlenversorgung von Wien beschäftigen wird. Die für die Kohlenversorgung Wiens verantwortlichen Faktoren sind selbstverständlich bemüht, gleichwie im Vorjahre, trotz der vorhandenen Schwierigkeiten die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kohle unter allen Umständen sicherzustellen. Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß die Verhältnisse heuer etwas ungünstiger liegen als im Vorjahre. Wenige Ziffern werden das dartun. Im Vorjahre verfügte die Hauptstadt über ein Quantum von 12.000 Wagen, nach dem Stande vom 14. d. ist nur ein Vorrat von 8200 Wagen vorhanden. Verschiedene Ursachen wirken zusammen, um die Anhaufung weiterer Vorräte zu hemmen. Zunächst wird die Zufuhr nach Wien dadurch behindert, daß in Oberschlesien ein noch nicht dagewesener Waggonmangel herrscht. Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß an manchen Tagen den Gruben Verladeraum zur Verfügung gestellt wird, der nur 20 bis 30 Prozent des normalen Verladeraumes beträgt. Und die Disponibelwaggons werden in erster Reihe dazu verwendet, um den Verkehr auf den Eisenbahnen zu ermöglichen. Es sind insbesondere die Königlich ungarischen Staatsbahnen, die allerdings jetzt eine geradezu enorme Leistungsfähigkeit dokumentieren, und die gezwungen sind, den Ausfall an Feuerungsmaterial, der durch die Außerbetriebsetzung der Kohlengruben in Petroseny, die eine Förderung von täglich 600 Wagen hatten, entstanden ist, in erhöhtem Maße aus dem oberschlesischen Reviere zu decken. In der Sitzung am nächsten Samstag dürfte allerdings auch die Frage zur Diskussion gestellt werden, wieso es gekommen ist, daß die Kohlenvorräte in Wien auf den oben bezifferten Stand vom 14. d., der ja seither keine wesentliche Steigerung erfahren haben dürfte, herabgesunken sind. Es wird nämlich behauptet, daß im Verlauf der Sommermonate der Wiener Kohlenhandel die günstige Zeit nicht entsprechend ausgenützt hat, um hinreichende Vorräte aufzustapeln. Einzelne Firmen waren allerdings sehr eifrig darauf bedacht, vor allem ihren Teil zur Kohlenversorgung Wiens beizutragen und sie haben jede Offerte abgelehnt, soferne eine solche die Sicherstellung dieses Quantums gefährdet hätte. Das läßt sich aber nun von anderen Firmen allerdings nicht behaupten, diese haben auf Kosten der Sicherstellung des Wiener Bedarfes, wie behauptet wird, sogar neue Kunden aufgesucht, weil sich ihnen die Möglichkeit geboten hat, diese Quantitäten zu lukrativeren Preisen abzusetzen. Da aber, wie schon erwähnt, die Kohlenversorgung Wiens eine dringliche Angelegenheit ist, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Konferenz am nächsten Samstag sehr wichtige Beschlüsse fassen wird, um dieses Problem rechtzeitig und restlos zu lösen. Vorbildlich für die Organisation der Kohlenversorgung ist ja die Tätigkeit der Kohlenversorgungskommission im Ministerium für öffentliche Arbeiten. Bekanntlich hat diese Kommission die Verteilung der Ostrauer Kohle zum Gegenstande und es herrscht nur eine Stimme darüber, daß diese unter dem Vorsitze des Sektionschefs R. v. Homann stehende Kommission so tadellos funktioniert, daß sich an diese Kommission niemand vergeblich um Kohle wendet. Die Requisition notwendiger Quantitäten ermöglicht es eben, die Ansprüche der Kohleninteressenten in klagloser Weise zu befriedigen.

Wie wir hören, haben sich die Kohlengroßhändler an das Handelsministerium mit einer Eingabe um Erhöhung der Preise für Sackkohle gewendet. Dieses Ansuchen wird mit dem Hinweis darauf begründet, daß sie diese Sackkohle gegenwärtig schon mit einem Verluste von 30 Heller per Meterzentner verkaufen.

* *

Preiserhöhungen für Ruhrkohlen?

In der im Monat November stattfindenden Versammlung der Zechenbesitzer des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikates wird auch die Frage der Richtpreise für das erste Vierteljahr 1917 zur Beratung und zur Beschlußfassung gestellt werden. Unter den beteiligten Kreisen finden schon jetzt Besprechungen in dieser Angelegenheit statt. Die Bestrebungen der Zechen gehen, wie unser rheinischer Korrespondent schreibt, seit einiger Zeit unter Hinweis auf die seit dem Frühjahr eingetretene erhebliche Steigerung der Löhne und der übrigen Selbstkosten nachdrücklichst nach einer Hinaufsetzung der Kohlenpreise. Bei der Festsetzung der Preise wird, wie die „Münchner Neuesten Nachrichten" schreiben, ausschlaggebend sein die Haltung des Handelsministers, der sich bekanntlich ein Vetorecht vorbehalten hat. Wenn man den in den Kreisen der Zechenbesitzer auftretenden Auffassungen folgen darf, so scheint der Handelsminister nicht abgeneigt zu sein, den Zechen eine den höheren Selbstkosten in etwas Rechnung tragende Preissteigerung zubilligen zu wollen, wobei auch wohl der Umstand mitsprechen dürfte, daß die Eisenindustrie und andere kohlenverbrauchende Kreise sich in einer geradezu glänzenden Lage befinden. In der Hauptsache dürften von der Preiserhöhung demnach die Industriekohlenprodukte und der Koks betroffen werden, ob auch Hausbrand mit in die Preiserhöhung hineinbezogen werden wird, steht noch dahin; ein eventueller Aufschlag auf dieses Material würde aber aus Gründen allgemeiner wirtschaftlicher Art sehr niedrig bemessen werden und kaum den Betrag von 50 Pfg. für die Tonne übersteigen. Zuletzt erfolgte die Neufestsetzung der Verkaufspreise im Frühjahr 1916, und zwar betrug der Aufschlag Mk. 1.50 für Koks, 1 Mk. für Koksgrus und Kokskohle und 50 Pfg. für Brikets. Bei der Beschlußfassung über die Verkaufspreise für die restlichen sechs Monate im Mai d. J. ist gegen den Wunsch vieler Zechen eine Aenderung in den Notierungen nicht vorgenommen worden.

Fremdenblatt
29./X. 1916

Die Kohlenversorgung Wiens.

Unter dem Vorsitze des Generaldirektors Sektionschef Dr. Freiherrn v. Banhans und in Anwesenheit des Sektionschefs Ritter v. Homann hat gestern bei der k. k. Nordbahndirektion die angekündigte Beratung über die Kohlenversorgung Wiens stattgefunden. Wie wir hören, stimmten die Anwesenden darin überein, daß alles unternommen werden müsse, um den Großhandel zum Zwecke der Deckung des Wiener Bedarfes mit Kohle zu versehen. Zu diesem Zwecke müßten, der Verkehrsschwierigkeiten ungeachtet, alle Anstrengungen gemacht werden, die sicherlich auch von Erfolg begleitet sein würden.

Fremdenblatt
8./XI. 1916

8
57

Die Kohlenpreise in Deutschland.

In Deutschland macht sich eine Bewegung zugunsten der abermaligen Erhöhung der Kohlenpreise neuestens stärker geltend. Die Gewerke verweisen immer wieder auf die fortdauernde Steigerung der Selbstkosten und sie behaupten hiebei insbesonders, daß die Arbeiterlöhne heuer allmonatlich beträchtlich gestiegen sind. Da aber auch die Teuerung der Lebensmittel fortdauere, müsse man mit der Fortdauer der Mehransprüche auch der Arbeiter rechnen. Hiezu komme aber auch noch die starke Erhöhung der Materialkosten, vor allem Grubenholz, Schmiermaterialien ꝛc. Die Gewerke erklären nun, daß sie diese Steigerung der Förderungskosten nicht mehr aus eigenem tragen können, sondern auf den Verbraucher überwälzen müssen. Gegen den von den deutschen Gewerken eingenommenen Standpunkt ließe sich freilich anführen, daß die Erträgnisse der Kohlenwerke sich ganz befriedigend gestalten. In der vor kurzem abgehaltenen Generalversammlung der Laurahütte legte allerdings Generaldirektor Geheimrat Hilger dar, daß das finanzielle Erträgnis der Gruben mit den Kohlenpreisen nicht Schritt gehalten habe. Der Kohlenpreis in Oberschlesien schwanke zwischen 2 Mark und 40 Pfennige pro Tonne. Der Preisbeschränkung ständen höhere soziale Lasten gegenüber, die im verflossenen Jahre für die gesetzlich auferlegten und für die freiwillig übernommenen 10¾ Millionen Mark betragen haben. Dabei sei die Verteuerung aller Rohmaterialien zu berücksichtigen, insbesondere des Grubenholzes. In den Gewerkenkreisen verweist man aber auch auf das Ausland, auf England und Frankreich, wo die Kohlenpreise das Doppelte und Dreifache des Friedenspreises, ja in Italien sogar das Zehnfache des Friedenspreises erreicht haben, während in Deutschland nur geringe Erhöhungen verfügt worden sind.

Beim Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat ist eine Preiserhöhung, die mit 1. Jänner in Geltung treten soll, schon für die nächste Zeit zu erwarten. Dasselbe gilt von Oberschlesien. Mitte November wird die Oberschlesische Konvention zu ihrer regelmäßig Mitte des Monats zusammentretenden Monatsberatung zusammentreten und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Frage des Kohlenpreises schon in dieser Sitzung besprochen und auch entschieden werden wird. In unterrichteten Kreisen veranschlagt man diese Preiserhöhung auf 2 Mark pro Tonne, wobei auch diese Preiserhöhung erst zum Jahreswechsel Geltung erlangen soll. Der Preisänderung der Kohlenkonvention hat die Firma Georg v. Gißes Erben mit der Mitteilung präludiert, daß sie eine Preissteigerung von 1 Mark pro Tonne als angemessen erachte. Ob diese Firma nach dem Beschlusse der Kohlenkonvention ihre jetzige Preiserhöhung als damit erledigt bezeichnen oder überdies noch aufrechthalten wird, steht dahin. Für die alten Schlüsse werden die kommenden Preisbeschlüsse selbstverständlich ohne Wirkung bleiben.

Im sächsischen Kohlenrevier haben verschiedene Zwickauer und Oelsnitzer Kohlenwerke die Preise für Steinkohlenbriketts um 4 bis 4½ Mark pro Tonne erhöht.

Für die Kohlenversorgung Wiens kommt die Frage des Kohlenpreises ab Grube übrigens durchaus nicht so sehr in Betracht wie die Frage, ob in den kommenden Wintermonaten für die Kohlenzufuhr innerhalb Wiens die Beschaffung des Fuhrwerks und der Arbeitskräfte in genügendem Maße gesichert werden wird.

Die Zeit 8/XI. 1916

58

Die Kohlenversorgung Wiens.

Notwendigkeit der Vorratsschonung.

Der herannahende Winter läßt wieder die Frage der Kohlenversorgung dringlich erscheinen. Die schwierigere Versorgung, die der Krieg bei fast allen Bedarfsartikeln verursacht hat, läßt auch in der Kohlenfrage nicht hinwegleugnen. Da wie dort ist sparsames Haushalten mit den Vorräten geboten.

Schon im vorigen Jahre haben sich in der Kohlenversorgung gewisse Unregelmäßigkeiten gezeigt. So hat die Nordbahndirektion an die Besitzer der Rutschen, die seit jeher die Reservoirs für die Kohlenversorgung Wiens waren, die Aufforderung gerichtet, ihre Kohlenbestände zu ergänzen, da sonst die Rutschen anderweitig vergeben werden müßten. Die Interessenten waren in Anbetracht der schwierigen Beschaffungsverhältnisse jedoch zum großen Teil nicht in der Lage, dieser Aufforderung der Nordbahndirektion zur Gänze zu entsprechen, weshalb man auch an kompetenter Stelle diese Maßnahmen als mehr oder minder platonisch aufzufassen sich bemüssigt sah. Um einer etwaigen Krisis in der Kohlenversorgung jedoch nach Tunlichkeit zu steuern, ging man daran, Braunkohle nach Wien zu schaffen. Die Braunkohle sagt jedoch weder dem Wiener Geschmack zu, noch läßt sie sich zur Beheizung unserer Oefen mit Erfolg verwenden. Auch ist die Braunkohle nicht lagerfähig, da sie unter den Einflüssen von Regen und Sonne zu leicht brüchig wird. Viele Firmen, die Braunkohle eingelagert hatten, erlitten dadurch empfindlichen Schaden und waren froh, wenn sich ohne jede Zahlung Abnehmer fanden, die wenigstens die Kohlenlager von ihr frei machten. Ueberdies ist auch Braunkohle, für deren Förderung hauptsächlich das nordwestböhmische Revier in Betracht kommt, nicht in so großen Mengen zu haben, da diese Versorgungsstelle vertragsmäßig verpflichtet ist, ein bestimmtes Quantum an Deutschland zu liefern, und besonders von der Kriegsindustrie stark in Anspruch genommen wird. Ueberdies spielt in der Frage der Stein- wie Braunkohlenzufuhr der Waggonmangel eine bedeutende Rolle. So ist trotz der Bemühungen des Arbeits-, Handels- und Eisenbahnministeriums sowie der interessierten Firmen keine erhebliche Besserung in der Kohlenfrage erwirkt worden. Die für Hausbrand in Betracht kommende Kohlenzufuhr hat eine Verringerung von 5000 Waggons gegenüber dem Normaljahr 1913 erfahren. Es ist übrigens nicht zu übersehen, daß die Produktion des namentlich für Wien maßgebenden oberschlesischen Reviers nur 85 Prozent der Normalförderung gegenwärtig beträgt. Dabei hat dieses Revier jetzt auch größere Aufgaben zu erfüllen, indem es nicht nur Berlin und die Mark, sondern auch die okkupierten Gebiete, besonders den kohlenarmen Balkan zu versorgen hat. Es muß auch den Ausfall in Ungarn wettmachen, der durch die Besetzung des Reviers von Petroseny verursacht wurde. Für die Kohlenversorgung hinderlich ist aber auch, wie von interessierter Seite betont wird, die etwas zu niedrige Preisfestsetzung, die zuletzt im Januar dieses Jahres stattgefunden hat. Während in allen anderen Bedarfsartikeln die Preiserhöhung um ein Vielfaches erfolgte, stellt sich gegenwärtig der Preis für einen Meterzentner Hausbrandkohle auf K. 4.32 gegenüber der Preislage von K. 3.50 im September 1914. Es soll gewiß einer allzu großen Preissteigerung nicht das Wort gesprochen werden, dabei aber auch nicht außer acht gelassen werden, daß beispielsweise der Sackpreis, der bei der erwähnten Kalkulation mit K. 1.60 bemessen wurde, tatsächlich auf K. 6.10 zu stehen kommt. Ueberdies sind die Säcke aus so schlechtem Material, daß sie höchstens viermal benützt werden können, während dies früher leicht zwölfmal geschehen konnte. Die bei uns vorgeschriebenen niedrigen Preise haben einige mißliche Folgen gezeitigt: Die deutschen Kohlenproduzenten haben sich nicht zu vertragsmäßigen Lieferungen verstehen wollen und geben jetzt die Kohle an Gelegenheitskäufer ab, die in Kenntnis der knappen Kohlenvorräte in Oesterreich jeden Betrag zahlen, um dann im Wege des Kettenhandels die Kohle entsprechend verteuert an den Mann zu bringen. Ein anderer Mißstand, der zu verurteilen ist, besteht darin, daß einheimische Kohlenfirmen ihre Kohlenvorräte außerhalb Wiens veräußern, da ihnen dort ein lukrativeres Geschäft winkt. Wegen ihres sonderbaren Vorgehens zur Rede gestellt, suchen sie sich damit zu rechtfertigen, daß sie angeblich der Kohlenversorgung Wiens dieselbe Menge zuführen wie im Frieden und behaupten, es sei ihr gutes Recht, darüber hinaus die Kohle dorthin abzugeben, wo ihnen bessere Preise gezahlt würden.

Zur Behebung der Kohlenknappheit finden jetzt allwöchentlich Konferenzen zwischen der Regierung und den Interessenten statt. Die Gemeinde Wien, die zwar einen besonderen Referenten in der Kohlenfrage hat, nahm jedoch bisher an diesen Konferenzen nicht teil. Gerade von dieser Seite könnte jedoch durch eine entschiedene Vertretung der Wiener Interessen ein Erfolg erzielt werden. So hat jetzt das Kohlenrevier Ruhr-Westfalen sich erbötig gemacht, große Mengen Kohle unserer Versorgung zukommen zu lassen. Der Preis dieser Kohle dürfte sich nicht wesentlich höher stellen als der der einheimischen, es wäre aber wenigstens die Knappheit zum größten Teil behoben. Im allgemeinen kann jedoch von einer Kohlennot Wiens nicht die Rede sein. Die meisten Haushaltungen haben rechtzeitig Vorsorge getroffen, um den Unbilden des Winters standhalten zu können. Es ist zu hoffen, daß die Bevölkerung Wiens, die die Kohlenknappheit vorigen Winter überdauert hat, auch heuer ohne besondere Entbehrungen mit den vorhandenen Vorräten ihr Auskommen finden wird.

Neues Wiener Tagblatt
9./XI. 1916

59

Die Kohlenversorgung der Stadt Wien.

Von einem Kohlenindustriellen erhalten wir folgende Mitteilungen:

Die Versorgung Wiens mit Kohle steht im innigen Zusammenhang mit den Verhältnissen im oberschlesischen Kohlenrevier, wo, wie durch Zeitungsmeldungen schon bekannt ist, die Werke demnächst durch die oberschlesische Kohlenkonvention eine Preiserhöhung vornehmen werden. Diese Preiserhöhung erfolgt sicherlich mit Genehmigung des preußischen Fiskus, der selbst in Oberschlesien Werke besitzt, die der Konvention angegliedert sind und ohne die eine Preiserhöhung selbständig nicht durchzuführen wäre. Nach meinen Informationen wird diese Erhöhung zwei Mark für die Tonne Kohle betragen. Nebst dieser Preiserhöhung haben jedoch einzelne Gewerkschaften schon jetzt von ihren Abnehmern für die Monate November und Dezember eine Mark für Tonne mehr verlangt und erhalten. Andre Gewerkschaften, deren Abschlüsse mit 31. Dezember 1916 in Kraft treten, verlangen vom 1. Jänner 1917 an ungefähr die gleiche Erhöhung im Vergleich zu den Preisen vom Jahre 1915. Wenn nun also die Kohlenhändler in Oesterreich die aus Oberschlesien von ihnen zu beziehende Kohle um dreißig Mark für den Waggon teurer bekommen, so müssen sie diese Erhöhung auf die Kundschaft überwälzen, was bei dem heutigen Stand der Währung immerhin 45 Kronen pro Waggon beträgt. Daß die Gestehungskosten und die Mehrerfordernisse für die Werke und Gewerkschaften diese Hinaufsetzung der Preise rechtfertigen, ist wohl kaum anzunehmen, denn soweit die Bilanzen der Kohlengewerkschaften vorliegen, waren diese in der Lage, für das verflossene Jahr weitaus höhere Dividenden zu zahlen als in der Friedenszeit.

Was nun die Versorgung Wiens mit Kohle während des kommenden Winters betrifft, so habe ich zunächst hinsichtlich der möglichsten Verbilligung der Ware einen Vorschlag zu machen, den ich für beachtenswert halte. Oesterreichische Stein- und Braunkohle gehört zu den wenigen Artikeln, deren Ausfuhr in das Ausland nicht an eine besondere Ausfuhrbewilligung gebunden ist. Nun wird auch tatsächlich viel ausgeführt und wir konnten beobachten, daß hiedurch bedeutende Guthabungen in Marknoten entstanden, die der Devisenzentrale nicht zugeführt werden müssen. Auf diese Weise werden Ueberweisungen in Berlin vorgenommen, die unsrer Währung keineswegs zum Vorteil gereichen. Mit Rücksicht auf die große Inanspruchnahme von Zahlungsmitteln fremder Währung für den Bezug von Kohle aus Oberschlesien sollte seitens der Regierung eine Anordnung getroffen werden, der zufolge Markguthabungen für Ausfuhrkohle von jetzt an bei der Devisenzentrale oder einer andern Stelle, wie beispielsweise Postsparkasse, abzuliefern sind, um derart wieder für den Bezug von Einfuhrkohle Verwendung zu finden. Eine Schätzung ergibt, daß hiedurch ein Betrag von mehr als hundert Millionen Mark, der gegenwärtig der Besserung unsrer Währung verloren geht, zu ihrem Vorteil Verwendung finden würde, was im weiteren Zuge eine Verbilligung der Kohle für die Bevölkerung zur Folge hätte.

Bezüglich der Versorgung der Bevölkerung mit Kohle selbst möchte ich darauf verweisen, daß infolge der Bemühungen der in Betracht kommenden Behörden und Verkehrsanstalten und insbesondere dank der tatkräftigen Unterstützung, die der Direktor der Nordbahn Geheimer Rat Sektionschef Doktor Freiherr v. Banhans den Kohlenfirmen angedeihen läßt, es bisher wenigstens gelungen ist, Wien stets mit Kohle in genügender Menge zu versorgen. Es ist daher zu erwarten, daß auch während des heurigen Winters die immerhin günstigen Verhältnisse anhalten werden.

Neues Wiener Tagblatt
10./XI. 1916

60

(Kohlenversorgung und Kohlenpreise.) Die Wiener Kohlenfirmen werden in der nächste Woche im Handelsministerium vorsprechen, um ihre Absicht bezüglich einer Erhöhung der Kohlenpreise zu begründen und die Zustimmung des Handelsministeriums einzuholen. Bis dahin dürfte wohl auch ein Beschluß der Oberschlesischen Kohlenkonvention vorliegen, welche Preise sie vom 1. Jänner ab in Geltung setzen wird, was gleichfalls nicht ohne Genehmigung des preußischen Handelsministeriums erfolgen kann. Die Preiserhöhung in Oberschlesien soll 15 bis 20 Pfennig pro Meterzentner betragen, es heißt jedoch, daß die Wiener Kohlenfirmen über den rechnungsmäßiger Zuschlag hinausgehen werden, da sie nicht nur die erhöhten Bezugspreise, sondern auch andre Momente, wie die Verteuerung der Säcke, in Anschlag bringen wollen. Neben den Preisen handelt es sich auch um die Kohlenversorgung an und für sich. Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten weilten in den letzten Tagen in Berlin, um, entsprechend der jüngst bei der Nordbahn abgehaltenen Kohlenkonferenz, Fühlung mit den maßgebenden Berliner Faktoren zu nehmen und reichlichere Kohlenlieferungen aus Oberschlesien speziell nach Wien zu erwirken, wo in normalen Zeiten 90 Prozent der Hausbrandkohle von den oberschlesischen Kohlengruben beigestellt wird. In welchem Maße diesem Wunsche Rechnung getragen werden wird, ist noch nicht bekannt.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl.
11./XI. 1916

62

Die Approvisionierung im Kriege.

Die Versorgung mit Kohle.

Die Genossenschaft der nichtprotokollierten Händler mit Brennmaterialien in Wien versendet folgenden Aufruf: „In der Versorgung Wiens mit Hausbrandkohle ist seit kurzer Zeit wieder eine empfindliche Stockung eingetreten. Die Detailhändler erhalten von ihren Lieferanten nur einen kleinen Bruchteil des ihnen sonst zugestandenen Quantums und sind daher nicht in der Lage, ihre Kundschaft zu befriedigen. Um die zur Verfügung gestellten Kohlenmengen in erster Linie jenen Kreisen zukommen zu lassen, welche sich keinen Vorrat beschaffen konnten, werden alle jene, welche über einen solchen verfügen, dringendst ersucht, insolange keine Nachbestellungen vorzunehmen, bis wieder eine bessere Versorgung Wiens mit Kohle eintritt. Die Genossenschaft wird schon in den nächsten Tagen beim Bürgermeister vorsprechen und sein besonderes Augenmerk auf die Lage auf dem Wiener Kohlenmarkt lenken.

Der Vorsteher: Alois Blühmann."

Neue Freie Presse
12./XI.1916

63

[Ein Ansuchen der Kohlengroßhändler um Erhöhung der Preise.] Der Verein der österreichischen Kohlengroßhändler hat heute beim Handelsministerium in einer Eingabe um die Zustimmung zu einer Erhöhung der oberschlesischen Kohlenpreise vom 1. Dezember ab angesucht. Nach einer früher geschaffenen Vereinbarung muß ein solches Ansuchen mindestens 14 Tage vor dem beabsichtigten Inkrafttreten der geplanten Preiserhöhung gestellt werden. Die Wiener Kohlenfirmen haben, wie sie erklären, die vorläufig private Mitteilung erhalten, daß die Oberschlesische Kohlenkonvention vom gleichen Zeitpunkte an die Preise um durchschnittlich 2 Mark, in einzelnen Sortimenten auch um 2 Mark 50 Pfennige erhöhen wird. In der letzten Zeit wurden Erhebungen darüber gepflogen, wie groß der monatliche Bedarf der Wiener Kohlenfirmen an oberschlesischer Kohle ist, welchen Umfang die getätigten Abschlüsse haben und welche Quantitäten noch abzuliefern sind.

Österr. Volkszeitung
17./XI. 1916

6a

Die Kohlenpreise in Wien.

Eine neue Preiserhöhung von den Großhändlern angedroht.

Ein milder Herbst und Vorwinter hat es den breiten Volksschichten erspart, zu den anderen Lasten, die die Zeit bringt, noch die des starken Kohlenverbrauches zu tragen. Nun, da der Winter anscheinend rauh einbricht, kündigen die Wiener Kohlengroßhändler eine Preiserhöhung an, die sie ab 1. Dezember eintreten lassen wollen und deren Begründung sie dem Handelsministerium übermittelt haben, um die Zustimmung dieser Zentralstelle zu erlangen. Die Begründung läßt das Publikum gleichgültig; um Gründe sind bekanntlich diejenigen, die den Preis eines unentbehrlichen Artikels erhöhen wollen, noch niemals verlegen gewesen. Man hat allerdings auch nur sehr selten gehört, daß die Preise entsprechend gesunken wären, sobald die „Gründe" für die Preissteigerung entfielen. Es ist also mit Bestimmtheit zu erwarten, daß das Handelsministerium die Gründe des Memorandums der Kohlengroßhändler gründlich prüfen und die Interessen der Bevölkerung pflichtgemäß wahrnehmen wird.

Der Verein der Wiener Kohlengroßhändler weist, wie uns mitgeteilt wird, in der an das Handelsministerium gerichteten Eingabe darauf hin, daß „die Kohlengroßhändler bei den derzeitigen Kohlenpreisen nicht das Auslangen finden können. Die Firmen erklären, daß sie gegenwärtig einen Verlust erleiden, der sich für den Waggon auf 30 bis 40 Kronen stellt. Die Selbstauslagen der Wiener Kohlengroßhändler haben sich — so erklärt die Eingabe weiter — durch verschiedene Umstände wesentlich erhöht, darunter auch durch die Verteuerung des Einkaufspreises für die oberschlesische Hausbrandkohle, der um 2 Mark 50 Pfennig per Tonne, das ist, die Valutaverhältnisse zur Grundlage genommen, um 35 bis 37 Kronen per Waggon hinaufgesetzt wird. Die Wiener Kohlengroßhändler, die seinerzeit die Verpflichtung übernommen haben, vierzehn Tage vor einer beabsichtigten Preiserhöhung mit dem Handelsministerium das Einvernehmen zu pflegen, haben nunmehr dem Handelsministerium eröffnet, daß sie ab 1. Dezember eine Preiserhöhung eintreten lassen wollen."

Soweit die Darlegungen der Kohlengroßhändler, die sich, wie bekannt, weder im Frieden noch während der Kriegszeit über zu geringen Verdienst beklagen konnten und die, wie ebenso bekannt ist, jede kleine Erhöhung der Gestehungskosten stets pünktlich und gar nicht schüchtern auf die Konsumenten überwälzten. Man wird also, wie schon einleitend bemerkt, den Gründen, die sie für die neueste Preiserhöhung anführen, eine besonders gründliche Prüfung angedeihen lassen und dann unter Bedachtnahme auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung die nötigen Verfügungen treffen müssen!

Tägliche Rundschau
18/XI. 1916

Kohlenpreise.

Die Preiserhöhungen in der Industrie nehmen ihren Fortgang. Fast jede Woche bringt eine wichtige Heraufsetzung, und es wird schon als eine Ausnahme verbucht, wenn einmal ein Verband die Preise beibehält. Augenblicklich finden zwischen dem preußischen Handelsministerium und den Vertretern der Kohlenverbände in Berlin Besprechungen statt, die seitens der Kohlenindustrie auf eine Erhöhung der Kohlenpreise abzielen, und zwar wird, wie es heißt, für Oberschlesien ein Tonnen-Mehrpreis von 2 M. und von dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat ein Mehrpreis von 2 M. für Kohle und von 3 M. für Koks verlangt. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß eine Kokspreiserhöhung unbegründet erscheint, da immer wieder hervorgehoben wird, welch große Gewinne die Zechen aus der Koksbereitung und aus der Gewinnung von Nebenprodukten ziehen.

Insbesondere sollte man sich hüten, die Preise für Hausbrandkohlen heraufzusetzen. Denn sowohl die Mieter wie die Hausbesitzer sind heute nicht auf Rosen gebettet. Die Hausbesitzer, deren Häuser mit Zentralheizung ausgestattet sind, leiden schon ohne Preiserhöhung unter der Notwendigkeit, nennenswerte Summen für Kohlenanschaffung ausgeben zu müssen. Eine große Anzahl von Mietern in Häusern ohne Zentralheizung muß mit jedem Groschen rechnen. Das sollte man berücksichtigen. Man wird gewiß der Kohlenindustrie keine Opfer zumuten, die die Erzeugung schädigen könnten, denn darunter würde nicht nur diese Industrie, sondern die Allgemeinheit leiden. Aber gerade die Kohlenindustrie braucht insofern nicht über all zu hohe Gestehungskosten zu klagen als die Gewinne den deutlichsten Beweis bringen, daß die Gestehungskosten immer noch verhältnismäßig niedrig sind. Es gibt Industrien, die unter viel schwereren Bedingungen arbeiten müssen. So sehr man die Stetigkeit begrüßen wird, die die Verbände verbürgen, so zeigt sich doch, daß diese Körperschaften sehr gefahrvoll für die Volkswirtschaft werden können, wenn sie nicht mit Maß in der Preisstellung vorgehen. Daher will die Forderung nach Errichtung eines Kartellamtes mit wirksamen Befugnissen nicht verstummen. Es ist auch nicht einzusehen, weshalb in einer Zeit, in der sich die meisten Menschen starken Beschränkungen unterziehen müssen, die Verbände, die den größten Einfluß auf das Wohl und Wehe der Volkswirtschaft haben, in ihren Preisentschlüssen ungehindert sein sollen. Wenn einschränkende Maßnahmen verlangt werden, so bedeutet das keineswegs eine Lahmlegung der Unternehmungslust. Denn es sähe sonderbar mit der Unternehmungslust in Deutschland aus, wenn sie nur ihr Leben von übermäßigen Gewinnen erhielte. Das war im Frieden nicht der Fall und wird im Kriege erst recht nicht der Fall sein müssen. In den Kohlenverbänden hat ja der preußische Bergfiskus ein bedeutendes Wort mitzusprechen, und man darf hoffen, daß dieses Wort zugunsten der Verbraucher ausfällt.

Die Zeit
18./XI. 1916

(66)

Die Kohlenversorgung Wiens.

Vorläufig keine Erhöhung der Preise.

In den Kreisen der Wiener Kohlengroßhändler besteht seit geraumer Zeit bereits die Absicht, die Kohlenpreise in Wien noch im Laufe dieses Jahres zu erhöhen. Veranlassung zu diesem Bestreben gab, wie uns aus Händlerkreisen mitgeteilt wird, die Tatsache, daß sämtliche Regieausgaben, soweit sie mit der Abfuhr und der Zustellung der Kohle in irgendwelchem Zusammenhange stehen, fortgesetzten Verteuerungen unterworfen sind, so zwar, daß nach Versicherung der Kohlenhändler der Kohlenhandel in Wien angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse und der jetzt geltenden Preise kaum noch rentabel erscheint. Nicht nur die Löhne der Kutscher und Hilfsarbeiter mußten Aufbesserungen erfahren, nicht nur die Säcke sind derzeit sechsmal so teuer als vor Kriegsausbruch, auch alle Materialien sind teurer geworden und selbst die Mehrausgaben für Spagat und Plomben beginnen bereits, sich ganz empfindlich fühlbar zu machen. Dazu kommt noch, daß nach Ansicht der Wiener Kohlenhändler in allernächster Zeit bereits mit einer Erhöhung der oberschlesischen Kohlenpreise zu rechnen sein wird. Da nun aber, wie ja bekannt, die Wiener Kohlengroßhändler seinerzeit gegenüber dem Handelsministerium die Verpflichtung eingegangen sind, beabsichtigte Preiserhöhungen mindestens zwei Wochen vor Inkraftsetzung der neuen Tarife dem Handelsministerium zur Zustimmung bekanntzugeben, hat der Verein der Wiener Kohlengroßhändler in diesen Tagen das Handelsministerium in einer schriftlichen Eingabe davon in Kenntnis gesetzt, daß die Voraussetzung für eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise in Wien gegeben erscheint.

Wir haben über den Erfolg dieser Eingabe an amtlicher Stelle Erkundigungen eingezogen und sind in der Lage, auf Grund einer Information von zuständiger Seite heute festzustellen, daß es derzeit noch verfrüht wäre, von einer bevorstehenden Erhöhung der Wiener Kohlenpreise zu sprechen. Tatsache ist allerdings, daß sich die vereinigten Kohlenhändler mit einer Eingabe an das Handelsministerium wendeten. Dieser Eingabe kann aber ein positiver Erfolg schon deshalb nicht beschieden sein, da sie irgendwelche, auf eine Preiserhöhung abzielende konkrete Vorschläge nicht enthält. Was den Hinweis der Wiener Kohlenhändler auf eine angeblich unmittelbar bevorstehende Erhöhung der oberschlesischen Grubenpreise anlangt, so herrscht an zuständiger Stelle die Auffassung vor, daß zunächst doch abgewartet werden muß, ob diese Erhöhung auch wirklich eintritt. Tatsache ist zwar, daß die oberschlesische Kohlenkonvention am kommenden Dienstag in Kattowitz eine Konferenz abhalten wird, wobei die künftigen Kohlenpreise zur Beratung gelangen. Eine Preiserhöhung für oberschlesische Kohle macht aber die Zustimmung der preußischen Regierung notwendig, und vorläufig sprechen noch keine Anzeichen dafür, daß die preußische Regierung diese Zustimmung erteilen wird.

Sollte indes tatsächlich eine Verteuerung der oberschlesischen Kohle eintreten, dann wird die Absicht der Wiener Händler, gleichfalls die Kohlenpreise zu erhöhen, allerdings dem Handelsministerium Veranlassung geben, sich sehr eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen. Vor allem aber müssen in dieser Hinsicht ausreichende Voraussetzungen gegeben sein, und es müssen auch seitens der Wiener Kohlenhändler konkrete Vorschläge dem Ministerium unterbreitet werden. Da dies bis jetzt nicht der Fall ist, liegt derzeit auch kein Anlaß vor, von einer unmittelbar bevorstehenden Erhöhung der Wiener Kohlenpreise zu sprechen.

Fremdenblatt Abend
24./XI. 1916

Oesterreichs Kohlenproduktion.

Auch der in allen Revieren schon im Oktober laufenden Jahres stark fühlbare Waggonmangel hat die günstige Entwicklung der österreichischen Kohlenproduktion nicht aufzuhalten vermocht. An Steinkohle wurden im Oktober laufenden Jahres 14,6 Millionen Meterzentner gewonnen gegen 14 Millionen Meterzentner im Oktober 1915. Die Briketterzeugung stellte sich auf 149.852 Meterzentner (174.326), die Kokserzeugung auf 2,3 Millionen Meterzentner (1,8). In den ersten zehn Monaten 1916 belief sich die Steinkohlengewinnung auf 147 Millionen Meterzentner, das ist um 13,6 Millionen Meterzentner mehr gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Briketterzeugung blieb mit 1,7 Millionen Meterzentner um rund 60.000 Meterzentner hinter der Vorjahrsmenge zurück, während die Kokserzeugung mit 21,4 Millionen Meterzentner die Vorjahrserzeugung um 5,8 Millionen Meterzentner übertraf. Auch die Braunkohlenförderung hat trotz des besonders im nordböhmischen Revier empfindlich fühlbaren Wagenmangels in diesem Revier sowohl als auch insgesamt nicht nur gegen den Vorjahrsmonat, sondern auch gegen September d. J. erheblich zugenommen. Im Oktober 1916 wurden an Rohkohle 19,2 Millionen Meterzentner gefördert gegen 18,3 Millionen Meterzentner im Oktober 1915 und 18,6 Millionen Meterzentner im September 1916. Die nordwestböhmischen Reviere haben im Oktober mit 15,6 Millionen Meterzentner die Förderung den Vormonat um 400.000 Meterzentner, die Gewinnung vom Oktober 1915 jedoch um 800.000 Meterzentner übertroffen. In den ersten zehn Monaten 1916 stellte sich die Braunkohlenerzeugung auf 195,7 Millionen Meterzentner, das ist um 13,7 Millionen Meterzentner mehr gegenüber der gleichen Zeit von 1915. Die Briketterzeugung erreichte in diesem Zeitraum 1,939.775 Meterzentner (weniger rund 170.000 Meterzentner).

Tägliche Rundschau
26./XI. 1916

71

* **Der Deutsche Städtetag gegen die Erhöhung der Kohlenpreise.** Gegen die anscheinend sehr rührig betriebenen Versuche, die Kohlenpreise zu erhöhen, hat der Vorstand des Deutschen Städtetages zum Schutze der Verbraucher von Hausbrandkohle und der Bezieher von Gas und elektrischem Strom nachdrücklich Stellung genommen. In der an das preußische Handelsministerium und an das Reichsamt des Innern gerichteten Eingabe wird besonders darauf hingewiesen, daß die Notwendigkeit einer Erhöhung der Kohlenpreise so lange nicht besteht, als das Kohlensyndikat Vergütungen an die Zechen gewährt, während vor dem Kriege die Zechen umgekehrt eine Umlage an das Syndikat gezahlt haben. Wenn weiter von seiten des Kohlenbergbaues die glänzende Lage der Eisenindustrie betont worden ist, so antwortet der Deutsche Städtetag darauf, daß die glänzende Lage eines Kunden überhaupt keine wirtschaftliche Rechtfertigung für die Erhöhung der Preise sei, besonders aber nicht gegenüber solchen Kunden, die sich nicht in glänzender Lage befinden. Das letztere aber trifft für die weitaus größte Zahl der Verbraucher von Heizungskohle, der Abnehmer von Gas usw. zu.

Neue Freie Presse
26./XI. 1916

[Majoritätskampf böhmischer Großaktionäre in einer deutschen Braunkohlengesellschaft.] Zu unserer gestrigen Meldung über den Majoritätskampf böhmischer Großaktionäre in der Werschen-Weißenfelser Braunkohlengesellschaft wird uns von beteiligter Seite noch telegraphiert: Die am Freitag in Halle abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Werschen-Weißenfelser Braunkohlenaktiengesellschaft führte zu einer Klarstellung der scharfen Gegensätze zwischen einer ausschlaggebenden Aktionärgruppe und der bisherigen Verwaltung. Die Vorgeschichte dieser jüngsten Generalversammlung reicht bis in den Sommer dieses Jahres zurück, wo anläßlich der ordentlichen Generalversammlung, auf deren Programm auch der Abverkauf der der Werschen-Weißenfelser Braunkohlenaktiengesellschaft gehörigen Gewerkschaft Elise II stand, seitens einer Gruppe von Aktionären dagegen Stellung genommen wurde. Als sachlicher Grund gegen den Verkauf der Gewerkschaft Elise II wurde von der Opposition angeführt, daß das Grubenfeld dieser Gewerkschaft bedeutende Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft der Werschen-Weißenfelser Braunkohlenaktiengesellschaft beinhalte, weiter, daß die Nebenproduktegewinnung aus Kohle (Teer, Ammoniak), mit der sich die Werschen-Weißenfelser seit langem bereits befaßt und in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht habe, den Besitz von Elise II für die Zukunft der Gesellschaft besonders wertvoll erscheinen lasse. Diese Gruppe konnte damals ihren ganzen Einfluß noch nicht geltend machen, da das Stimmrecht eines Teiles ihrer Aktien zugunsten der bisherigen Verwaltung gebunden war. Trotzdem die Opposition, was der Verwaltung wohl bekannt war, mit ihrem damals hinsichtlich des Stimmrechtes noch gebundenen Besitze die Majorität hatte, wurde trotz der Hervorhebung aller dieser sachlichen Momente der Verkauf der Gewerkschaft Elise seitens der damaligen Verwaltung durchgeführt. Kaum hatte die Gesellschaft in einer Zeit, wo alle Kohlengesellschaften ihren Betrieb zu erweitern bestrebt sind, diese Schmälerung um ein Kohlenvermögen von ungefähr sechs Millionen Wagen erfahren, als die Verwaltung Verhandlungen wegen Abschlusses eines Kohlenlieferungsvertrages auf ewige Dauer einging, welcher dem anderen Kontrahenten das Recht gibt, jährlich ein bis drei Millionen Tonnen zu beziehen. Abgesehen davon, daß dieser Vertrag der Gesellschaft auch sonst schwerwiegende Verpflichtungen auferlegt, die in ihren Konsequenzen gar nicht zu übersehen sind, wird die Werschen-Weißenfelser darin verpflichtet, die Kohle zu einem den heutigen Marktpreis um die Hälfte unterschreitenden Preis für alle Zeiten fix hinzugeben. Trotzdem Herr Geheimrat Schott, der Vertreter der neuen Aktionärgruppe im Aufsichtsrate bei der Aufsichtsratssitzung gegen diesen Vertragsabschluß Protest einlegte, wurde derselbe dennoch bestätigt. Die Bedeutung dieser beiden Verträge geht am besten daraus hervor, daß die Gesellschaft vor Abverkauf der Gewerkschaft Elise über ein freies Kohlenvermögen von ungefähr 28 Millionen Wagen verfügte, während sie jetzt kaum mehr über 10 Millionen Wagen frei verfügen kann. Diese Gegensätze hatten zur Folge, daß der gesamte Aufsichtsrat seine Demission gab.

Die Zeit
28./XI. 1916

73

Zur Kohlennot in Frankreich.

Frankreich befindet sich in einer schweren Brennmaterialkrise, die schon lange vorauszusehen war. Sie hat ihren Grund darin, daß einerseits die eigene Kohlenproduktion des Landes in der Kriegszeit infolge Besetzung wichtiger Reviere durch deutsche Truppen in größerem Maße zurückgegangen ist als in anderen kriegführenden Staaten und andererseits Englands Kohlengewinnung selbst so knapp ist, daß es nicht in der Lage ist, genügende Kohlenmengen nach Frankreich zu expedieren, wobei selbstverständlich auch die Unsicherheit der Schiffahrt eine Rolle spielt. — Was die Kohlengewinnung Frankreichs anlangt, so ist dieselbe in der Kriegszeit von 40·8 Millionen Tonnen im letzten Friedensjahr auf 29·8 Millionen Tonnen pro 1914 und im zweiten Kriegsjahr 1915 weiter auf 19·7 Millionen Tonnen gesunken. Sie hat also im letztgenannten Jahr nicht einmal die Hälfte der normalen erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Frankreich auch schon im Frieden auf die Zufuhr fremder Kohle angewiesen war, denn der Kohlenverbrauch der Republik ist viel größer als die eigene Kohlengewinnung. Infolge der raschen Entwicklung der französischen Eisen- und Stahlproduktion hat der Kohlenverbrauch in den letzten Jahren gewaltig zugenommen. Er stellte sich 1905 auf 48 Millionen Tonnen, 1910 auf 55·5 und 1913 auf rund 63 Millionen Tonnen. Im letztgenannten Jahr war also der Verbrauch um 22 Millionen Tonnen größer als die Förderung.

Dementsprechend mußte auch die Kohleneinfuhr in den letzten Jahren gesteigert werden: sie betrug 1905 an Steinkohlen 11·8 Millionen Tonnen, an Koks 1·6 und an Briketts 0·4 Millionen Tonnen: 1913 war sie auf 18·7 Millionen Tonnen Steinkohle, 3·1 Millionen Tonnen Koks und 1·1 Millionen Tonnen Briketts angewachsen. Den weitaus größten Anteil an der französischen Kohleneinfuhr hatte auch schon in Friedenszeiten England, das im Jahre 1913 rund 13 Millionen Tonnen Kohlen nach Frankreich einführte, während Deutschland 3·2 Millionen Tonnen lieferte. Im Jahre 1915 hat, nach offiziellen Angaben, der Kohlenbedarf Frankreichs rund 40 Millionen Tonnen betragen, er hätte also um rund 32 Prozent abgenommen, was unwahrscheinlich ist, da die Produktion der französischen Roheisenindustrie, die doch einen wesentlichen Anteil am Kohlenverbrauch hat, gegen 1913 nicht bedeutend zurückgegangen ist. Diese Angabe scheint seitens der französischen Regierung vielmehr nur zu dem Zweck gemacht worden zu sein, um der Oeffentlichkeit gegenüber darzutun, daß die Kohlenversorgung durch England im Vorjahr eine ausreichende gewesen ist. England hat nämlich nach amtlichen Angaben im Vorjahr an Frankreich rund 19 Millionen Tonnen geliefert, wodurch der Kohlenbedarf Frankreichs — da die eigene Produktion 19·7 Millionen Tonnen betragen hatte — knapp gedeckt erscheint. Da nun die Roheisenproduktion Frankreichs nach amtlichen Angaben im Jahre 1915 mit 4·8 Millionen Tonnen nur um 0·2 Millionen gegen 1914 und um 0·5 Millionen Tonnen gegenüber dem letzten Friedensjahr zurückgeblieben ist, dürfte auch der Kohlenverbrauch der Eisenindustrie wenig zurückgegangen sein. Dazu kommt der mit rund 10 Millionen Tonnen zu veranschlagende Kohlenbedarf der Bahnen. Es scheint also nach dem Gesagten, daß auch schon im Vorjahr die Lieferung Englands an Frankreich bei weitem nicht den gesamten durch die eigene Förderung nicht gedeckten Kohlenbedarf zu bestreiten vermochten. Gegenwärtig ist nun der Kohlenmangel eben schon zur Kalamität geworden, so daß ein weiteres Schweigen über die Angelegenheit auch der französischen Regierung nicht mehr am Platz erschien, welche Erwägung wohl maßgebend gewesen sein dürfte, die Sache in der Kammer zur Sprache zu bringen. Aus der Debatte ist zu entnehmen, daß man den gegenwärtigen Kohlenbedarf Frankreichs um 35 Prozent höher einschätzt als den vorjährigen. Es würde sich also bei der Annahme, daß der vorjährige Verbrauch mit 40 Millionen Tonnen richtig angegeben wurde, für 1916 ein Gesamtkohlenverbrauch von rund 54 Millionen Tonnen ergeben. Da angenommen werden muß, daß die französische Kohlenförderung auch im laufenden Jahr kaum auf mehr als rund 20 Millionen Tonnen kommen wird, die englischen Kohlenlieferungen aber monatlich kaum 2 Millionen betragen, so ergibt sich ein unbedeckter Abgang von rund 10 Millionen Tonnen.

Nach dieser Sachlage erscheint es sicher, daß die Bevölkerung Frankreichs ebenso wie die gesamte Industrie, vor einer großen Kalamität steht, die angesichts des bevorstehenden Winters noch an Schärfe gewinnen wird, um so mehr, als auch bezweifelt werden muß, daß die englischen Lieferungen auch in Zukunft auf der angegebenen Höhe gehalten werden können. Dagegen spricht schon die stets zunehmende Unsicherheit der Schiffahrt sowie auch der Umstand, daß die Kohlenförderung Englands gegenwärtig nach englischen Angaben keine nennenswerte Steigerung aufzuweisen hat.

Hamburger Fremdenblatt
28/II. 1916

Zur Preiserhöhung für Brennstoffe.

Aus den Kreisen der Kohlenindustrie wird uns geschrieben:

„Zeitungsnachrichten entnehmen wir, daß auch der Vorstand des Deutschen Städtetages zum Schutze der Verbraucher von Hausbrandkohlen und der Bezieher von Gas und elektrischem Strom sich gegen Erhöhung der Kohlenpreise in Eingaben an das preußische Handelsministerium und an das Reichsamt des Innern gewandt hat. Aus der Tatsache, daß das Kohlensyndikat zurzeit den Zechen Vergütungen gewährt, während vor dem Kriege die Zechen umgekehrt eine Umlage an das Kohlensyndikat gezahlt haben, bestreitet die Eingabe die Notwendigkeit einer Erhöhung der Kohlenpreise.

Es ist erklärlich, daß Kohlenverbraucher sich gegen Preiserhöhungen von Brennstoffen, zumal in gegenwärtiger Zeit, wenden und daß dagegen alle möglichen Gründe ins Feld geführt werden. Verfehlt ist aber der in der erwähnten Eingabe eingenommene Standpunkt. Für die Preisbildung kann neben wirtschaftspolitischen Rücksichten ausschließlich die Selbstkostenfrage bestimmend sein. Die Verrechnung zwischen Kohlensyndikat und seinen Mitgliedern ist rein organisatorischer Art und hat mit den Selbstkosten nichts zu tun. In Ober- und Niederschlesien, an der Saar und im Aachener Bezirk werden besondere Vergütungen an die Zechen nicht geleistet, und aus welchem Grunde bestreitet der Vorstand des Deutschen Städtetages den Zechen in jenen Revieren ihre Forderung nach Preiserhöhungen?

Daß die Selbstkosten eine Steigerung der Brennstoffpreise rechtfertigen, ist unanfechtbar. Hierfür sind dem Minister für Handel und Gewerbe einwandfreie Unterlagen aus den verschiedenen Kohlenrevieren vorgelegt worden. Schon an Hand der Nachweisung der fiskalischen Kohlengruben wird der Minister die Ueberzeugung gewinnen, daß die gestiegenen Selbstkosten Preiserhöhungen gebieterisch erheischen.

Aber auch wirtschaftspolitische Rücksichten fordern Preiserhöhungen. Die Hauptfrage ist die ausreichende Versorgung der Bevölkerung und aller Gewerbe mit dem erforderlichen Brennmaterial. Denn die größten Schwierigkeiten für unser Volk würden aus dem Mangel an Brennstoffen erwachsen, nicht aus Kohlenpreisen, die den Einzelnen und auch Kommunen zwar belasten, sie aber nicht Mangel an Wärme, Licht und Kraft empfinden lassen.

Wir möchten vor dem Irrtum warnen, durch niedrigere Preise oder gar Höchstpreise die Bevölkerung zu schützen. Es ist eine alte Erfahrung, daß einheitliche Höchstpreisfestsetzungen für eine Ware mit wesentlichen Qualitätsunterschieden, wie bei mineralischen Brennstoffen, den Konsum nur schädigen und die Produktion erheblich benachteiligen. Wenn die Zechen nicht auskömmliche Preise erhalten — und das ist der Fall, wenn die Kohlenpreise nicht erheblich erhöht werden —, so können auch die Löhne der Bergarbeiter nicht erhöht werden. Dann ist aber eine Abwanderung der Leute in andere Gewerbe zu befürchten und hiermit ein Sinken der Förderung, was wiederum zur Folge hätte, daß der Bedarf an Brennstoffen nicht lückenlos gedeckt werden kann. Eine gesunde Produktionspolitik muß aber unter heutigen Verhältnissen in den Vordergrund gerückt werden.

Es würde zu weit führen, für diese Produktionspolitik noch weitere Gründe hier anzuführen. Sie gipfeln alle in der Notwendigkeit einer Preissteigerung. An entscheidender Stelle sind die Dinge so eingehend erörtert worden, daß wir vertrauen, diese Stelle werde für ihr richtiges Maß volles Verständnis finden."

* * *

Nachdem wir wiederholt den Standpunkt vertreten haben, daß eine Steigerung der Selbstkosten allein eine Kohlenpreiserhöhung nicht rechtfertigen würde, wenigstens nicht jetzt, nachdem die meisten Kohlenzechen so erhebliche Gewinne erzielt haben, daß sie ihre Dividenden prozentweise gegenüber dem Vorjahre erhöhen konnten, wird man abwarten müssen, ob der preußische Handelsminister aus dem ihm unterbreiteten Material tatsächlich die Ansicht gewonnen hat, daß eine Kohlenpreiserhöhung unbedingt notwendig ist. Bekommen die Zechen keine höheren Kohlenpreise, so heißt es in der vorstehenden Zuschrift, so erhalten die Arbeiter keine höheren Löhne. Danach sollen also die Kohlenverbraucher auch für die höheren Löhne aufkommen, und es soll der Glaube erweckt werden, als ob die Erhöhung der Kohlenpreise in erster Linie im Interesse der Arbeiter liege. Derartige Forderungen mit schiefer Beweisführung sollte man doch jetzt, wo das Volk unter der Preissteigerung aller Lebensmittel schwer zu leiden hat, lieber nicht stellen. Jedenfalls darf erwartet werden, daß der preußische Handelsminister wenigstens zu einer Erhöhung der Hausbrandkohlen seine Zustimmung nicht geben wird. D. Schriftl.

Neues Wiener Tagblatt
29./XI. 1916

(Die Erhöhung der Kohlenpreise.) Gestern wurden im Handelsministerium Besprechungen mit den Vertretern der Wiener Kohlenfirmen über die beabsichtigte Erhöhung der Kohlenpreise eingeleitet, jedoch noch nicht zum Abschluß gebracht. Die Kohlenfirmen verwiesen auf die Verteuerung der Grubenpreise in Oberschlesien um 20 Pfennig pro Meterzentner und auf andre Faktoren, so auf die Entrichtung von Gebühren, die eine weitere Verteuerung bedingen, und streben eine Erhöhung der Kohlenpreise im Ausmaße von 40 bis 45 Heller pro Meterzentner an. Die Entscheidung hierüber dürfte zu Beginn der nächsten Woche getroffen werden. Die erhöhten oberschlesischen Grubenpreise treten für den Export am 1. Dezember in Kraft, für den Inlandsabsatz ist der 1. Jänner als Geltungstermin in Aussicht genommen. Aus Berlin wird uns hiezu telegraphiert: Das Ergebnis der Unterhandlungen, die gestern im Handelsministerium über die Erhöhung der Kohlenpreise geführt, aber noch nicht zum endgültigen Abschluß gebracht wurden, wird am 1. Dezember bekanntgegeben werden. Am 30. November wird das Kohlensyndikat die neuen Richtpreise festsetzen.

Vossische Zeitung
29./XI. 1916

76

Die Verkehrseinschränkungen.

Minderung des Kohlenverbrauchs.

Jede Kohle, die unnütz verbrannt wird, ist auch unnütz gefördert und transportiert worden. Eine derartige Vergeudung geschieht auf Kosten der Heeresstärke und der Munitionsarbeit, denn dem Heere und der Munitionserzeugung müssen die Kräfte entzogen werden, die für die verstärkte Kohlengewinnung erforderlich sind. Einschränkung des Kohlenverbrauchs auf das unumgänglich notwendige Maß erweist sich als ein wichtiger Teil des Hindenburg-Programms zur Anspannung aller Kräfte im Dienste des Sieges und des Friedens.

Die schon mehrfach besprochene Einschränkung des Eisenbahnverkehrs erfolgt zum Teil gleichfalls aus Gründen der Ersparnis von Licht und Kohlen. Darüber hinaus ist auf vielen anderen Gebieten des öffentlichen Verkehrs eine Anpassung an die Bedürfnisse des Krieges notwendig und möglich. Vor allem kommt Sparsamkeit an elektrischer Kraft in Betracht. Dieses Ziel soll durch eine Einschränkung des Lichtverbrauchs, vor allem zu Luxusbedürfnissen, zu denen Lichtreklame, reiche Beleuchtung der Läden, der Schaufenster und Firmenschilder gehören, erreicht werden, damit hängt auch die Notwendigkeit eines früheren Ladenschlusses zusammen. Als selbstverständlich wird schon seit längerer Zeit die Herabsetzung der allgemeinen Polizeistunde betrachtet, die denn auch in Kürze eingeführt werden wird.

Für die Großstädte dürfte eine Polizeistunde von 10 Uhr, wie sie für weite Gebiete gelten soll, eine nicht unerhebliche Verlängerung erfahren, entsprechend wird die Einschränkung des Betriebes von Straßen und Kleinbahnen sich gestalten.

Vermutungen einer Einstellung der Theater- und Lichtspielbühnen, die hie und da geäußert wurden, sind unbegründet. Erfolgen wird, wie wir hören, lediglich ein früheren Beginn der Vorstellungen, diese Maßnahmen fügen sich dem neuen Gesamtbild einer früheren Beendigung des Verkehrs ein.

Deutschland muß jeder Vergeudung an Kraft- und Verkehrsmitteln vorbeugen, nicht weil wir an einer Kohlennot leiden, wie die meisten der uns feindlichen Länder, sondern weil die erhöhten Anforderungen an Kohle und Kraft uns zu verständiger Oekonomie nötigen.

In England geht seit 1. November nur die Hälfte der Personenzüge, weitere Einschränkungen stehen dort bevor. Frankreich leidet seit langem an schwerer Kohlennot, die eigene Förderung ist natürlich stark herabgegangen, die englischen Lieferungen sind beschränkt. Bereits seit einigen Wochen ist Frankreich zur Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses geschritten. Wir haben aus eigener Kraft nicht nur unseren Kohlenbedarf der Friedenszeit aufzubringen vermocht und sind in der Lage, der so überaus starken Ausdehnung des Verkehrs auf die besetzten Gebiete gewachsen zu sein. Aber mit der Größe der Aufgabe erwächst auch die Pflicht, entbehrliche Aufwendungen zu vermeiden und sie planmäßig auf das nötigste zu beschränken.

Tägliche Rundschau 29./XI.1916

77

Einschränkung im Kohlenverbrauch.

Die mit der Einführung der Zivildienstpflicht angestrebten Ziele machen auch auf anderen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens Ersparnisse und Einschränkungen zur Selbstverständlichkeit, wenn nicht das, was auf der einen Seite gewonnen wird, auf der anderen Seite wieder verloren gehen soll. In erster Linie ist es die Ersparnis an Kohle, die in weitestem Maße angestrebt werden soll. Gerade die Großstadt mit ihrer unerhörten Lichtverschwendung zu Reklame- und Prunkzwecken ist es, die sich hier große Einschränkungen wird auferlegen müssen.

Es sind daher Beratungen im Gange, die eine Ersparnis an Licht und dadurch eine Ersparnis an Kohle und weiter eine Ersparung an Arbeitskräften zur Kohlenförderung, zum Transport usw. im Auge haben. Jede Kohle, die unnütz verbrannt, daher unnütz gefördert und verfrachtet wird, geht auf Kosten der Heeresstärke und des Munitionsersatzes. Die Menschen zum Fördern des Materials, zum Verfrachten, zum Befördern, zur Wiederherstellung der abgenutzten Beförderungsmittel fehlen Hindenburg bei der Ausführung seiner Pläne.

Das Straßenbild wird in erster Linie durch die Ersparung beeinträchtigt werden, da nicht nur die Beleuchtung der Straßen selber und der öffentlichen Plätze stark vermindert werden, sondern auch ein früherer Ladenschluß und vor allem eine bedeutende Herabsetzung der Polizeistunde verfügt werden soll.

*

Mit der fortschreitenden Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes wird sich das Straßenbild der Städte ja sowieso ganz bedeutend verändern. Die geplanten Veränderungen werden uns daher in ihrer Wirkung nicht so schwer ankommen, als wir heute auf den ersten Blick annehmen möchten.

An erster Stelle wird die Einschränkung der Lichtreklame als selbstverständlichste und geringste Forderung stehen. Als Lichtreklame gilt auch die Beleuchtung von Firmenschildern vor Läden und Schankwirtschaften. Auch die Schaufenster selbst werden nicht mehr in der bisherigen verschwenderischen Weise beleuchtet werden dürfen. Die Innenräume sollen ihr Licht auf die Hälfte des bisherigen Verbrauchs herabsetzen. Auch ein früherer Geschäftsschluß wird verlangt werden. Dagegen ist an eine Einschränkung der Kino- und Theatervorführungen nicht gedacht, wenn auch diese Vorführungen der Polizeistunde wegen zu einem früheren Zeitpunkt werden beginnen müssen. In den Privathaushaltungen wird man aber die dringenden Mahnungen nicht unbeachtet lassen dürfen. Hier kann gewiß sehr viel noch gespart werden, besonders an elektrischem Licht, das in den größeren Wohnungen noch sehr verschwendet wird.

Im feindlichen Ausland sind diese Forderungen schon vor langer Zeit zur Tatsache geworden, sie mußten es werden wegen des herrschenden Kohlen- und Arbeitermangels. England läßt z. B. seit dem 1. November bei allen Eisenbahngesellschaften nur noch die Hälfte Personenzüge fahren, und weitere Einschränkungen sind in Aussicht genommen. Viel schlimmer noch ist die Lage in Frankreich. Dort ist seit November der 6-Uhr-Ladenschluß eingeführt. Im Gebiet der Somme ist der Mangel an Brennmaterial so groß, daß die „Liberté“ fragt, wie man dort die Speisen kochen soll. Von England sind bisher 24 Mill. To. Kohlen nach Frankreich eingeführt worden, die nicht genügen und die auch nicht mehr aufgebracht werden können. Der „Figaro“ vom 15. November stellt fest, daß es binnen kurzem unmöglich sein wird, den Kohlenbedarf für militärische und bürgerliche Zwecke zu befriedigen. Die Ursachen dieser Zustände in Frankreich sind nicht nur der Mangel an Transportmitteln, sondern es ist die Kohlennot selbst, die auch in ganz besonderer Weise in Italien hervorgetreten ist.

In Deutschland besteht an und für sich keine Kohlennot im engeren Sinne des Wortes. Die Förderung ist sogar größer als sie je zuvor war. Es kommt hinzu, daß die Kohlenförderung von Belgien jetzt mit herangezogen wird, und daß man sogar im Kriege dort neue Schächte angelegt hat, so daß die Kohlenerzeugung Belgiens uns in erheblichem Maße zugute kommt. Nur die Knappheit an Beförderungsmaterial erfordert die größtmögliche Sparsamkeit von unserer Seite. Unser Eisenbahnmaterial ist infolge der gewaltigen Ausdehnung der von uns eroberten Gebiete natürlich äußerst stark in Anspruch genommen, haben wir doch außer in Polen auf dem Balkan und neuerdings in Rumänien ungeheueres Material rollend.

Es ergeht also an das ganze Volk der Ruf, in dem Verbrauch von Kohlen auf jede Weise zu sparen zur Verwirklichung des Sieges.

Fremdenblatt
2/III. 1916

79

Erhöhung der Kohlen- und Eisenpreise in Deutschland.

Die zwischen den Vertretern der Montanverbände und der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums in Berlin geführten Verhandlungen sind bis jetzt zum Abschluß gekommen. Sie haben das Ergebnis gehabt, daß für Kohlen und Koks sowie Erze und Eisen eine Erhöhung der Preise zugebilligt worden ist. Dagegen bleibt es zweifelhaft, ob die verschiedentlich angeregte Erhöhung der Preise auch für die Fertig-Produkte vorgenommen werden wird. Die genannte Behörde hat sich einer derartigen Anregung gegenüber einstweilen ablehnend verhalten. Die Gründe, welche seitens der Kohlen-, der Schwer- und der weiterverarbeitenden Industrie angeführt worden sind, um höhere Preise für ihre Produkte festgesetzt zu sehen, sind die erheblich gestiegenen Gestehungskosten, die besonders bei der Kohlenproduktion schwer ins Gewicht fallen. Die Entschließung der zuständigen Instanz des Kriegsministeriums, den bestehenden Verhältnissen durch Zubilligung von Preisaufbesserungen Rechnung zu tragen, ist daher als erfreulich anzusehen. In der deutschen Presse wird besprochen, daß hiebei eine unterschiedliche Behandlung zwischen Rohstoffen und Halbfabrikaten einerseits sowie Fertig-Produkten anderseits Platz gegriffen hat, während doch infolge des natürlichen geschäftlichen Entwicklungsganges die Preise der letzteren Warenkategorie lediglich von denen der Rohstoffe und Halbfabrikate abhängig sind. Es dürfte daher nicht zweifelhaft sein, daß die ministerielle Behörde ihre Entschließung in Uebereinstimmung mit den bestehenden Verhältnissen noch einer Korrektur unterziehen und die Eisenindustrie in den Stand setzen wird, ihre bisherige Anpassungs- und Leistungsfähigkeit auch fernerhin aufrechterhalten zu können.

Fremdenblatt
2./XII. 1916

80

Die Kohlengruben von Südwales unter staatlicher Kontrolle.

Der Wunsch nach staatlicher Regelung des englischen Kohlenbergbaues ist nun seiner Erfüllung nahe gebracht. Der Präsident des englischen Handelsamtes hat in Angelegenheit der Kohlenbergwerke von Südwales eine Kommission ernannt, in der das Handelsamt, das Staatssekretariat des Innern und die Admiralität vertreten sein werden. In Uebereinstimmung mit dem Landesverteidigungsgesetz übernahm die Londoner Handelskammer diese Kontrolle und ernannte eine Kommission, in der auch die Admiralität vertreten ist, um die Lohnfrage zu regeln. Der Beschluß der Regierung soll, wie die „Times" berichten, für die Gewerken, wie für die Grubenarbeiter eine vollständige Ueberraschung bedeuten. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes von Süd-Wales erklärte nachdrücklich, daß sich die Bergarbeiter gegen derartige Zwangsmaßregeln für Süd-Wales entschieden zur Wehr setzen werden, wenn nicht dieselben Bestimmungen auch für die anderen Kohlengebiete eingeführt werden. Man würde das der Regierung deutlich zu verstehen geben.

Ein Neues bedeutet diese staatliche Kontrolle freilich wohl nur für England — in Oesterreich ist sie längst verwirklicht: sehr bald nach Kriegsausbruch sind hier die Kohlenbergbaue unter strenge Staatsaufsicht gestellt worden. Daß man sich jetzt auch in England zu diesem Schritt entschlossen, beruht unzweifelhaft schon auf dem Steigen des Kohlenbedarfs der Kriegsindustrie, ein Steigen, das wieder mit dem Wachsen der an die Munitionsindustrie gestellten Ansprüche zusammenhängt. Nicht weniger aber auch auf dem Bedarf der anderen Entente-Länder.

Schon im September d. J. äußerte Lord Milner, die englische Regierung beabsichtige, den ganzen heimischen und auswärtigen Kohlenhandel auf Kriegsdauer in ihre Hand zu nehmen, wobei aber alle Gewinne der Gewerken und die Löhne der Grubenarbeiter unberührt zu bleiben hätten.

Die Verhältnisse in der englischen Kohlenversorgung haben sich während des Krieges allerdings sehr unbefriedigend gestaltet, was zum Teil daran lag, daß die an sich sehr leistungsfähige Industrie einer straffen Organisation entbehrte. Sowohl in der Preispolitik, die nicht reguliert wurde, sondern in der Hauptsache börsenmäßig erfolgte, als auch in der Verteilung der vorhandenen Produktion auf die verschiedenen Gruppen des Bedarfs war lange Zeit Willkür und nicht Planmäßigkeit maßgebend. Produzenten, Händler und Verfrachter verfolgten strupellos ihren Vorteil, und die Arbeiter wurden zum Teil durch die hohen Preise der Kohlen und die hohen Gewinne der Unternehmer, zum Teil durch die Teuerung der Lebensmittelhaltung zu immer neuen Lohnforderungen veranlaßt. Kohlenarbeiterstreiks gehörten nicht zu den Seltenheiten und konnten nur durch Versprechungen und Drohungen der Regierung beendigt werden. Die Förderleistung der englischen Kohlenindustrie blieb unter diesen Umständen weit hinter der im Frieden gewohnten und wohl auch hinter der im Kriege erreichbaren zurück, die Ausfuhr an Neutrale, ja sogar an Bundesgenossen mußte beträchtlich eingeschränkt werden und erfolgte überhaupt nur zu Wucherpreisen.

Daß man nun gerade mit dem Süd-Waliser Kohlenbergbau den Anfang in der staatlichen Regelung macht, erklärt sich vielleicht noch aus Anderem als bloß aus der überragenden Bedeutung, die Süd-Wales für den Kohlenbergbau Englands besitzt. Vielleicht war auch die Konzentration bestimmend, die sich im Laufe der letzten Monate im dortigen Kohlenbergbau in steigendem Maße geltend gemacht hat. Diese Bewegung begann schon zum Beginn dieses Jahres, allmählich gingen eine Reihe der ältesten Betriebe an neue Besitzer über. Im Herbste nahm diese Konzentration dann noch mehr zu und vielfach wurde deshalb ein Einschreiten der Regierung dringendst gefordert, um einer vielleicht bedenklichen Verschmelzung der Bergbaue Süd-Wales wirksam entgegenzutreten. So mag die nunmehrige Anordnung der Staatsaufsicht über speziell den Süd-Waliser Kohlenbergbau vielleicht auch durch diese Verschmelzungs-Erscheinungen hervorgerufen sein.

Wenn die englische Regierung die Süd-Waliser Kohlengruben unter ihre Aufsicht nimmt, wird sie gewiß darauf bedacht sein, deren Produktion möglichst wieder zur früheren, während des Krieges verlorenen Höhe zurückzubringen. Hatte sie vorher, im Jahre 1913, noch 281 Millionen Tonnen betragen, so sank sie im ersten Kriegsjahre (1914/15) auf 250 Millionen und erreichte auch im Jahre 1915/16 nur 254 Millionen Tonnen. Die Ausfuhr betrug im Jahre 1913 73 Millionen Tonnen, 1914 bloß 59 Millionen und 1915 nur mehr 46,5 Millionen Tonnen. Ganz wesentlich dürfte an dieser Abnahme der Förderung freilich auch die Grubenholz-Frage, die Schwierigkeit seiner Beschaffung beteiligt sein, eine Schwierigkeit, die durch den U-Bootskrieg neuestens noch gesteigert worden sein muß. Der Preis des Grubenholzes soll in England neuestens auf mehr als das Sechsfache der Sätze der Friedenszeit angestiegen sein. Nicht weniger Hemmnisse erwachsen der Kohlenförderung aber auch aus dem Mangel an Häuern: die Arbeiterzahl dürfte in den Gruben um mehr als ein Achtel abgenommen haben. Die staatliche Kontrollierung der Gruben wird also wohl auch die Arbeiterbeschaffung zu regeln haben.

Vossische Zeitung
5./XII. 1916

81

Gegen staatliche Elektrizitätswirtschaft.

Kundgebung der Vereinigung der Elektrizitätswerke.

Die gestrige Hauptversammlung der „Vereinigung der Elektrizitätswerke" trug ein eigentümliches Gepräge. Der große Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses war dicht gefüllt; unter den Gästen bemerkte man eine stattliche Zahl Vertreter verschiedener Regierungsbehörden. Die Verhandlungen waren gewissermaßen ein Nachklang zu der Kriegstagung des Verbandes deutscher Elektrotechniker. Auf ihr hatte Prof. Dr. Klingenberg für die Großerzeugung der Elektrizität durch den Staat geworben; er will die Elektrizitätswerke in den Händen der bisherigen Besitzer mit der einzigen Einschränkung lassen, daß diese in Zukunft den Strom von den staatlichen Großkraftwerken beziehen sollen.

Der Hauptberichterstatter am gestrigen Abend Dr. Voigt-Kiel wendete sich zuerst gegen die staatliche Elektrizitätswirtschaft einschließlich der Kleinverteilung, da sie aus praktisch wirtschaftlichen Gründen unmöglich sei. Der Staat wäre zu diesem Zweck gezwungen, die gesamten vorhandenen Elektrizitätswerke aufzukaufen und etwa 3 Milliarden flüssig zu machen, lediglich um Vorhandenes in staatliche Verwaltung nehmen zu können. Dabei würde nur die Verzinsung 30 Millionen M. betragen. Der Redner beschäftigt sich dann eingehend mit den Plänen von Prof. Klingenberg, Direktor der A. E. G., der in Preußen 30 elektrische Großkraftwerke bauen und diese Kraftwerke durch 100 000 Volt-Leitungen, die in Form von Freileitungen über das ganze Land gehen, verbinden will. Der Staat soll die Elektrizität im großen erzeugen; der Kleinverkauf soll den bisherigen Elektrizitätswerkbesitzern belassen bleiben. Durch die elektrische Verkuppelung der Großkraftwerke soll ein gewisser Ausgleich zwischen den elektrischen Bedürfnissen der verschiedenen Landesteile herbeigeführt und große Ersparnisse an Maschinenmitteln und Kohlen gemacht werden. Redner erläutert an dem Vergleich mit Sachsen, das zur staatlichen Elektrizitätserzeugung zu schreiten im Begriff ist, wie schwierig die Elektrifizierungspläne in Preußen durchzuführen sein werden. Er kommt nach eingehender Behandlung technischer Einzelfragen zu folgenden Schlüssen:

Die volkswirtschaftliche Notwendigkeit für die Verstaatlichung der Elektrizitätserzeugung ist nicht zu erkennen. Es steht nach Ausführung solcher Pläne zu befürchten, daß der Staat infolge der geringen finanziellen Ergiebigkeit der Großerzeugung allein bei dieser nicht stehen bleiben wird, sondern zum Ankauf der elektrischen Kleinverteilungsnetze schreiten muß, um die Kleinverkaufspreise nach fiskalischen Gesichtspunkten zu regeln. In diesen Klingenbergschen Plänen kann man nur eine künstliche Beschleunigung einer überspannten Zentralisierung erblicken, die der privaten elektrischen Großindustrie zum Schaden der allgemeinen Volkswirtschaft erhebliche Baugewinne zufließen lassen würde.

Baurat Zell-München schildert darauf die Stromversorgungspolitik Bayerns, Direktor Monath-Ludwigsburg die Verhältnisse im Königreich Württemberg. — Darauf trat man in die Besprechung der Vorträge ein. Als erster erhielt Prof. Dr. Klingenberg das Wort. Er wies darauf hin, daß sich von Anfang an bei den elektrischen Kraftwerken die Neigung der starken Zentralisierung vorteilhaft geltend gemacht habe. Diese Vorteile überwogen die Kosten der weiten Fortleitung. Warum soll man bei den heutigen Ueberlandzentralen stehen bleiben und nicht weiter schreiten. Eine Reihe der späteren Redner sprach sich wieder gegen die Klingenbergschen Pläne aus.

Arbeiterzeitung 5./XII. 1916

82

Zur Kohlennot.*)

Zu der in unserer Sonntagsnummer enthaltenen Notiz mit dem Titel „Lebensmittelteuerung und Kohlennot" wird uns von fachmännischer Seite folgendes mitgeteilt:

*) Wiederholt aus der Nummer vom 28. November. Die Einholung der Genehmigung hat vom 28. November bis 4. Dezember gewährt!

Die Annahme, daß die Kohlennot eine beabsichtigte sei, trifft nicht zu, da sämtliche maßgebenden Wiener Kohlenfirmen seit Monaten auf eine verstärkte Einlieferung aus Oberschlesien drängen. Diese Forderung wurde wiederholt in Sitzungen im Ministerium für öffentliche Arbeiten und bei der Nordbahndirektion erhoben. Bis Ende August 1916 haben die Werke rund 70 Prozent ihrer Schlußmengen geliefert. Vom 1. September nahm die Einfuhr oberschlesischer Kohlen infolge Waggonmangels und dadurch, daß immer weitere Gebiete mit Kohlen zu versehen sind, bedeutend ab. Die Einlieferung betrug im September 61·7 Prozent, im Oktober 41·1 Prozent und im November ist sie schon bisher auf 25 Prozent der Schlußmengen herabgesunken. Daß unter diesen Verhältnissen eine Kohlenknappheit unabhängig von Dispositionen der Wiener Kohlenfirmen entstehen mußte, ist klar, und auch die wiederholten Bemühungen des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, die Einfuhr nach Oesterreich zu vermehren, vermochten bisher keinen Erfolg herbeizuführen. Die Preise selbst können nur im Einvernehmen mit dem Handelsministerium reguliert werden, weshalb eine „Aushungerung" der Bevölkerung, damit höhere Kohlenpreise erzielt werden, keine preisbildende Wirkung nach sich ziehen könnte.

Im engen Zusammenhang mit der Erhöhung der Kohlenpreise steht die Kursfrage. Ein Waggon oberschlesischer Kohlen, mit einem Werte von rund 175 Mark angenommen, hat früher — auf Grund des normalen Relationskurses von 117½ — 205·62 Kronen gekostet, wogegen er heute — bei einem Kurse von 145 — 253·75 Kronen kostet. Die Höhe des Markkurses wirkt selbstverständlich auf die Kohlenpreise erheblich ein. Wäre die Zentralisierung des Devisenverkehrs früher erfolgt, so würde der Devisenspekulation rechtzeitig Einhalt geboten worden sein. Hoffentlich gelingt es der Devisenzentrale, in nächster Zeit den Devisenverkehr derart zu regeln, daß sämtliche in Oesterreich-Ungarn bestehenden Markguthabungen eingezogen werden. Auf die Bemerkung: „Oder ist es wirklich die Waggonnot?" ist darauf zu verweisen, daß in Oberschlesien kaum zwanzig Prozent der angeforderten Fahrzeuge gestellt werden, so daß es selbstverständlich ist, daß nach Belieferung der naturgemäß in erster Reihe zu bedienenden Staatsbahnen, Elektrizitätswerke und Fabriken, die für den Heeresbedarf arbeiten, für die übrigen Verbraucher so gut wie nichts übrig bleibt. Deutschland selbst leidet unter Kohlenmangel und es ist klar, daß ein Kohlenmangel entstehen muß, wenn man berücksichtigt den Wegfall von rund 9 Millionen Tonnen englischer Kohlen, die Deutschland in normaler Zeit bezogen hat, ferner die Tatsache im Auge behält, daß die Kohlenproduktion im Deutschen Reiche um rund 17 Prozent geringer ist als in Friedenszeiten und außerdem entferntere Gebiete als früher mit Kohlen zu versorgen sind. Der Wagenmangel ist eine alljährlich im Herbst auftretende Erscheinung und im dritten Kriegswinter naturgemäß ein größerer als in den anderen Jahren. Die zum Teil sehr langsame Rückstellung der Waggons, insbesondere aus Ungarn, mit Rücksicht auf die militärischen Ereignisse, hat den auch in anderen Jahren fühlbaren Waggonmangel heuer erheblich verschärft, und zwar in einer Weise, daß die Verladungen heute nicht einmal 20 Prozent der normal nach Oesterreich-Ungarn rollenden Mengen betragen. Infolge der jetzt zu bewerkstelligenden Kartoffel- und Zuckerrübentransporte ist eine Besserung der Verhältnisse in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Wir haben dieser Zuschrift Raum gegeben, weil aus ihr hervorgeht, daß auch in der Kohlenversorgung der Waggonmangel eine recht verhängnisvolle Rolle spielt. Die Kohlenknappheit wird von der Bevölkerung sehr hart empfunden und es ist auch in dieser Hinsicht alle Energie aufzuwenden, um leidlichere Zufuhrverhältnisse zu schaffen. Die Versäumnisse früherer Zeiten machen sich fühlbar und es rächt sich bitter, daß dem Drängen der sozialdemokratischen Abgeordneten auf Ausgestaltung unseres Transportwesens keine Beachtung geschenkt wurde. Welche Bedeutung es hätte, wenn wir den Donau-Oder-Kanal schon besäßen, liegt auf der Hand.

Die Zeit

Abendbl 6./XII. 1916

83

Die Verluste der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke.

Eine angeregte Generalversammlung.

Der Kampf, der seit einer langen Reihe von Jahren gegen die Koksverträge der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke mit der Prager Eisenindustriegesellschaft seitens eines Aktionärs der Schlesischen Kokswerke geführt wird, kam in der heute vormittags unter Vorsitz des Präsidenten Wilhelm Kestranek abgehaltenen Generalversammlung der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke neuerlich zum Ausdruck. Auf der Tagesordnung der Generalversammlung, in der 1949 Prioritätsaktien und 3552 Stammaktien mit insgesamt 2678 Stimmen vertreten waren, standen folgende Verhandlungsgegenstände: 1. Bericht des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Revisoren sowie Beschlußfassung über den Vermögensabschluß und die Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 1915/16. 2. Beschlußfassung über Entlastung. 3. Mitteilung über den die Hälfte des 6,000.000 Mark betragenden Grundkapitals überschreitenden Verlust von 3,321.977 Mark und Besprechung des Gegenstandes. 4. Berufung von sachverständigen Revisoren zur Prüfung der Lage der Gesellschaft und ihrer Geschäftsführung, insbesondere der von ihr abgeschlossenen Verträge. 5. Widerruf der Bestellung eines Aufsichtsratsmitgliedes. 6. Wahl zweier Revisoren und eines Stellvertreters. Schon gegen die Reihenfolge dieser Tagesordnung erhob der Aktionär Bünnagel durch seinen gleichfalls erschienenen Rechtsanwalt Justizrat Schönfeld aus Breslau einen Widerspruch, der protokolliert wurde. Hierauf gelangte der Geschäftsbericht des Vorstandes zur Verlesung, der unter anderem folgendes ausführt:

„Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich ein Rohgewinn von 182.862 Mark ergeben, während der Rohgewinn im Vorjahre 18.053 Mark betrug. Die Folgen des Krieges haben unsere Gestehungskosten, wie zu erwarten war, weiter ungünstig beeinflußt. Immerhin ist es durch zweckmäßige Ausnützung der zur Verfügung stehenden maschinellen und menschlichen Arbeitskräfte möglich geworden, die Steigerung der Gestehungskosten in mäßigen Grenzen zu halten. Wenn nun auch die Erlöse gestiegen sind, so haben einerseits die geringe, gegen die Friedenszeit noch weit zurückstehende Kohlen- und Kokserzeugung und andererseits unsere infolge der ungünstigen Grubenverhältnisse an sich hohen Gestehungskosten es mit sich gebracht, daß keine besseren Betriebsergebnisse erzielt werden konnten. Im Vergleich mit den Verhältnissen vor dem Kriege ist nicht nur eine wesentliche Steigerung unserer Gestehungskosten eingetreten, sondern es fehlt uns auch der Gewinn, den die durch den Rückgang der Förderung ausgefallenen Verkaufsmengen ergeben haben würden, während die Zinsenbelastung annähernd die gleiche geblieben ist. Da es nicht möglich sein wird, einesteils den Mannschaftsstand trotz tunlichster Beschäftigung von Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern wesentlich zu erhöhen und anderenteils der Steigerung der Gestehungskosten Einhalt zu tun, so sind weitere Preiserhöhungen für Kohle und Koks erforderlich und um so mehr notwendig, als jetzt auch den Kosten, die für die bisher zurückgebliebenen Ausrichtungs- und Vorrichtungsarbeiten nun aufgewendet werden müssen, Gleichgewicht zu halten sein wird. Von unseren Außenständen im besetzten Gebiet Rußlands ist ein Teil eingegangen. Ueber unseren Betrieb ist noch folgendes zu berichten: Die Förderung stieg von 458.914 Tonnen auf 502.660 Tonnen, die Kokserzeugung von 147.641 Tonnen auf 175.359 Tonnen. Normalen Verhältnissen gegenüber blieb aber die Förderung noch immer um 19 Prozent und die Kokserzeugung um 24 Prozent zurück. An Nebenerzeugnissen wurden 1884 Tonnen Teer und 924 Tonnen Ammoniak gewonnen, im Vorjahre 1555 Tonnen Teer und 765 Tonnen Ammoniak. Für Wohlfahrtszwecke und Kriegsfürsorge haben wir in diesem Jahre neben Kohlen- und Holzdeputaten 618.171 Mark aufgewendet, gegen 422.030 Mark im Vorjahre. Nach Vornahme der Abschreibungen in der Höhe von 509.199 Mark ergibt sich ein Verlust von 326.337 Mark, wodurch der Verlust aus dem Vorjahre von 2,995.640 Mark sich auf 3,321.977 Mark erhöht. Der Verlust übersteigt somit die Hälfte des Aktienkapitals."

Die Debatte.

Justizrat Schönfeld stellte in der Debatte zum Geschäftsbericht eine lange Reihe von Anträgen, die nach den Erklärungen des Vorsitzenden Generaldirektor Kestranek nur bezwecken, zum Ausdruck zu bringen, daß zwischen den Schlesischen Kokswerken und der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft zum Schaden der Kokswerke langjährige ungünstige Lieferungsverträge bestehen. Generaldirektor Kestranek stellte demgegenüber fest, daß die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft nicht einen Zentner Kohle von den Schlesischen Kohlen- und Kokswerken beziehe und daß sich die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft den Koks auch anderweitig zu denselben Preisen hätte beschaffen können wie bei den Schlesischen Kokswerken. Zur Charakteristik des oppositionellen Aktionärs Bünnagel teilte Generaldirektor Kestranek mit, daß Bünnagel in einem Briefe an Kestranek von diesem ein Verkaufsanbot für die im Besitze der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft befindlichen Aktien der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke erbeten habe. Als dies mit dem Bemerken abgelehnt wurde, daß Bünnagel selbst eventuell einen Preis für die Aktien anbieten möge, habe Bünnagel seine eigenen Aktien der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft zum Verkauf angeboten.

Herabsetzung des Aktienkapitals.

Nach einer längeren Debatte zwischen Justizrat Schönfeld und Generaldirektor Kestranek erklärte dieser schließlich, daß der Aufsichtsrat der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke die Absicht habe, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, in der über die Herabsetzung des Kapitals der Stammaktien um 3½ Millionen, von 4 Millionen auf 500.000 Mark, Beschluß gefaßt werden soll. Die Anträge des Aufsichtsrates wurden sodann mit allen Stimmen gegen 229 Stimmen des Justizrates Schönfeld angenommen.

Der Vorsitzende brachte im Laufe der Debatte wiederholt zum Ausdruck, daß er sich bei der Behandlung der Anträge des Justizrates Schönfeld von dem Gesichtspunkt leiten ließ, daß die Opposition dadurch gezwungen werden soll, ihre Anwürfe dem ordentlichen Gericht vorzutragen, das ebenso wie im Jahre 1901 anläßlich der Anwürfe eines anderen Aktionärs feststellen möge, daß der Aufsichtsrat eine gerichtsmäßige Behandlung dieser Frage nicht zu scheuen habe.

Vossische Zeitung

6. / XII. 1916

8G

...rung. 6. Dezember

Unsere Elektrizitäts-Versorgung.

Unterredung mit Prof. Dr. Klingenberg.

Die Verhandlungen der Hauptversammlung der „Vereinigung der Elektrizitätswerke" waren, wie wir schon im gestrigen Morgenblatt betonten, ein Nachhall zur Frankfurter Junitagung der deutschen Elektrotechniker. Hier hatte Prof. Dr. Klingenberg, Direktor der A. E. G., über „elektrische Großwirtschaft unter staatlicher Mitwirkung" einen großzügigen Plan entwickelt. Gegen die Klingenbergschen Ausführungen wandte sich der Hauptredner, Direktor Dr. Voigt-Kiel, in fast zweistündigem Vortrage. Prof. Dr. Klingenberg, der in der Versammlung nur aus dem Stegreif und kurz erwidern konnte, hatte die Liebenswürdigkeit, sich zu einem unserer Mitarbeiter über die wichtigsten der am Montag abend erhobenen Bedenken zu äußern.

Auf die Frage: „Wie denken Sie sich die Weiterentwicklung unserer Elektrizitätsversorgung?" führte er aus:

„Sie muß in der Richtung der Schaffung der Großkraftwerke unbedingt erfolgen. Der Unterschied zwischen der Voigtschen Auffassung und meiner ist der, daß die jetzt bestehenden Werke nach Voigts Ansicht sich ganz von selbst zu Großkraftwerken entwickeln werden, während meiner Ansicht nach die jetzt bestehenden politischen Grenzen der einzelnen Versorgungsgebiete, die mit den Grenzen der jeweiligen Wegeinteressenten zusammenfallen, hierfür ein unüberwindliches Hindernis bilden. Nur unter staatlicher Mitwirkung, der allein die Macht hierfür besitzt, lassen sich die politischen Grenzen zwischen den einzelnen Wegeinteressenten und deren partikularistischen Eigeninteressen soweit überwinden, daß Großkraftwerke geschaffen werden können. Der Staat wird aber, wie auch der Vorgang in Sachsen zeigt, kaum genötigt sein, die einmal in seiner Hand befindliche Macht irgend jemand, sei es auch eine Vereinigung von Städten oder Gemeinden, zu übertragen. Das wesentliche meines Vorschlages liegt aber, das muß immer wieder betont werden, in der Herbeiführung günstiger Belastungsbedingungen und in der Möglichkeit der besseren Ausnutzung der Großkraftwerke.

Von den jetzt bestehenden Werken weisen nur ganz wenige befriedigende Ausnutzung auf, das gilt insbesondere auch für die städtischen Werke, die in ihrer bisherigen Entwicklung nur sehr langsam auf die industrielle Versorgung eingegangen sind. Die Werke sind viel zu klein, um größere Industrien wirtschaftlich versorgen zu können. Nur durch die Einbeziehung industriellen Anschlusses, nur durch die möglichst weit getriebene Vermischung eines verschiedenartigen Verbrauches lassen sich die wirtschaftlichen Vorteile erzielen, die in meinem Frankfurter Vortrage ziffernmäßig berechnet worden sind. Man sollte glauben, daß wenigstens in Großstädten, die doch über verhältnismäßig große Kraftwerke verfügen, hinsichtlich der Vermischung des Verbrauches der höchste Grad erreicht worden sei. Es existiert aber nur eine Stadt in der Welt, in der dies tatsächlich wenigstens annähernd der Fall ist, das ist Chicago.

Ich habe Ende 1913 eine eingehende Untersuchung darüber angestellt, wie groß die wirtschaftlichen Vorteile sein würden, wenn man in Großstädten die Durchmischung des Verbrauches bis zu der praktisch möglichen Grenze durchführen würde. Es hat sich dabei gezeigt, daß die Ausnutzung der Kraftwerke so gut werden würde, wie sie durch die beste der städtischen Belastungen, nämlich durch die Bahnen, erzielbar ist. Mit anderen Worten, die vollständige Durchmischung des Verbrauches ergibt eine Ausnutzung, die so gut wäre, als wenn die volle Leistung des Kraftwerkes lediglich für Bahnzwecke in Anspruch genommen würde. Die wirtschaftlichen Vorteile, die aber mit der höheren Ausnutzung der Kraftwerke verbunden sind, sind so außerordentlich groß, daß die Erzeugungskosten unter Umständen auf einen Bruchteil der bisherigen Erzeugungskosten heruntergehen. Das gleiche gilt auch bisherigen Erzeugungskosten. Auch in den Leitungsnetzen bewirkt

7./12. 1916.

852

Unsere Kohlenwirtschaft.

Die tiefste Ursache unseres Zusammenbruches, so leitete gestern Prof. Brabbée in der überfüllten Versammlung des Berliner Bezirksvereins Deutscher Ingenieure seinen Vortrag über „Deutschlands zukünftige Kohlenwirtschaft" ein, liegt in der Ueberschätzung der eigenen und in der Unterschätzung der gegnerischen Hilfsmittel. Dieser Fehler muß beim Wiederaufbau des Reiches unbedingt vermieden werden. Dazu gehört es auch, daß wir uns über den Wert, der uns verbliebenen Rohstoffe ein klares Bild machen und daran gehen, die deutschen Naturschätze in wirtschaftlich bester Weise auszunutzen.

Unter diesen steht die Kohle an erster Stelle. Es ist leider nicht von der Hand zu weisen, daß unsere Gegner bei den Friedensverhandlungen beabsichtigen werden, eine Schwächung unserer Kohlenbestände herbeizuführen. Während es nun einerseits unsere Pflicht ist, diese Gefahr so weit als möglich zu mildern, darf andererseits kein Mittel unversucht bleiben, Ersparnisse hinsichtlich des eigenen Kohlenverbrauches zu ermöglichen. Der jährliche Kohlenverbrauch auf den Kopf der deutschen Bevölkerung ist von 1, 5 Tonnen (1880) auf 4,5 Tonnen (1913) gestiegen. Nur die unbedingt notwendigen Kohlen dürfen verfeuert und müssen völlig ausgenutzt werden. Prof. Brabbée zeigt, wie bei dem Bau und Betrieb von Koch- und Waschherden, von Kachel- und eisernen Oefen, aber auch bei der Zentralheizung Ersparnisse an Brennstoff gemacht werden können. In der Abwärmeverwertung stehen wir noch in den ersten Anfängen, Millionen an Nationalvermögen können bei richtiger Organisation der Gesamtbetriebe jährlich erspart werden. Redner bemerkte beiläufig, daß bei unseren besten Eisenbahnen nur 6 v. H. der auf der Lokomotive verfeuerten Kohle ausgenutzt werden. Sehr wesentlich sind die Fragen der Brennstoffvergasung und der Gasverwertung.

Ein Kohlenwirtschaftsamt müsse geschaffen werden, das bei Mitarbeit der auf diesem Gebiete bereits bestehenden Versuchs- und Forschungsanstalten, die Neuorganisation unserer gesamten Brennstoffwirtschaft in großzügiger Weise ermöglicht. Der Kohlenbetrieb sei übrigens zur Vergesellschaftung sicherlich reif, aber vor einer überstürzten Behandlung dieser Riesenaufgabe müsse gewarnt werden. Sie lasse sich nicht ohne Mitwirkung sachverständiger Ingenieure ermöglichen. Die bisherige Unterstellung der Ingenieure unter andere Gewalten, denen Natur und Technik fremd sind, führe zur Zerstörung deutscher Kraft und Arbeit. (Lebhafter Beifall.) ec.

*

Im Reichswirtschaftsamt sind zwei neue Referate eingerichtet worden, die mit weitgehenden Machtvollkommenheiten zur Durchführung der ihnen gestellten Aufgaben ausgestattet wurden. Das eine ist das Kohlenamt, in dem alle Fragen und Errungenschaften der Kohlentechnik zusammengefaßt sind, das zweite ist das Energieamt, dem alle mit der elektrischen Kraftversorgung und ihrer zweckmäßigen Ausnützung zusammenhängenden Angelegenheiten zur Bearbeitung überwiesen worden sind.

Die Zeit

Z./XII. 1916

86

* [Kohlenmangel in Berlin.] In der deutschen Reichshauptstadt herrscht, wie das Berl. Tagebl. berichtet, Kohlenmangel, so groß und bedenklich, daß namentlich in den Arbeitervierteln ein tatsächlicher Notstand ausgebrochen ist und viele Familien in diesem Augenblick keinerlei Heizmaterial haben. Seit mehr als 40 Jahren ist nach Angabe von Sachverständigen ein derartiger anhaltender Kohlenmangel in Berlin nicht beobachtet worden, denn nicht nur seit einigen Tagen erst, sondern seit vollen acht Wochen müssen beispielsweise im Norden von Berlin, in Neukölln und anderen im wesentlichen von Arbeitern bewohnten Vororten die Leute nach Kohlen „anstehen" wie einst nach Butter. Auf den Moabiter Kohlenplätzen finden sich Tag für Tag Hunderte von Frauen mit Kinderwagen ein, um die Großhändler um Abgabe, wenn auch nur kleiner Mengen, zu bitten, und selbst gewisse, für die Lebensmittelversorgung unentbehrliche Betriebe, wie Bäckereien, erklären, aus Mangel an Kohle nicht mehr weiterarbeiten zu können. Seltsamerweise scheint gegen diese Zustände, die schleuniger und energischer Abhilfe bedürfen, bisher so gut wie nichts geschehen zu sein. Die Vorräte an Steinkohlen selbst sind nach den Feststellungen zwar knapp, reichen aber zur Not aus. Dagegen ist die Preßkohle (Brikett) fast vollständig vom Berliner Markt verschwunden, obwohl gerade diese Preßkohle das „Heizmaterial des kleinen Mannes" ist, der sich mit der gewöhnlichen Hausbrandkohle deshalb nicht behelfen kann, weil die Berliner Oefen fast ausnahmslos ohne Rost gebaut, für Steinkohlen also nicht geeignet sind. Das Seltsamste ist, daß tatsächlich ein Mangel an Kohle in den eigentlichen Kohlenrevieren absolut nicht besteht; die Steinkohlenförderung ist trotz der auch im Bergbau bestehenden Produktionsschwierigkeit gegenüber der vorjährigen noch hinaufgegangen. Die Kohlenlager der Gruben sind nach den Berichten des Syndikats durchaus reichliche, und an Preßkohlen liegen in den Fabriken, zum Beispiel in der Lausitz, die für die Versorgung Berlins in erster Linie in Frage kommen, ganz ungeheuere Vorräte. Die Krisis ist dadurch hervorgerufen, daß die Eisenbahnverwaltung nicht rechtzeitig und nicht ausreichend das erforderliche Wagenmaterial zur Verfügung gestellt hat, und daß andererseits auch den Berliner Großhändlern die Abfuhr von den Bahnhöfen infolge Arbeitermangels nicht möglich war und ist.

Österr. Volkszeitung
7./XII. 1946

87

Kohle für Wien.

Anforderung von 15.000 Zentnern täglich

Die „Rathhauskorrespondenz" meldet:

Ueber Ersuchen der Gemeinde Wien hat das Arbeitsministerium in böhmischen Stein- und Braunkohlenrevieren für die Stadt Wien täglich 15.000 Zentner Stein- und Braunkohle angefordert. Die Zentraltransportleitung hat die tunlichste Beistellung der erforderlichen Wagen zugesichert.

Die Kohle dürfte voraussichtlich im Laufe der kommenden Woche hier eintreffen. Hiedurch wird wenigstens der dringendste Bedarf an Kohle gedeckt werden können.

250.000 Kilogramm für Arme.

Der Wiener Stadtrat hat zur Beteilung von Armen durch Mitglieder des Gemeinderates für den heurigen Winter 250.000 Kilogramm Kohlen überlassen.

Neue Freie Presse Abendbl
7. / XII. 1916
7 u
88

Die Kohlenversorgung der Stadt Wien.

Wie wir von informierter Seite erfahren, hat die Bevölkerung bezüglich der ausreichenden Versorgung mit Kohle in Wien dermalen keinerlei Besorgnisse zu hegen. Nach Mitteilungen von informierter Seite steht allerdings der Gemeinde keine Ingerenz auf die Kohlenversorgung als solche zu, weil dies eine Angelegenheit ist, die der Staatsverwaltung anheimfällt. Doch sind im Rathause beruhigende Mitteilungen eingelangt, denen zufolge die Zufuhren an Kohle als derzeit ausreichend angesehen werden können. Dagegen lassen die Abfuhren der Kohle von den Bahnhöfen im Hinblick auf den nicht genügenden Pferdebestand und mit Rücksicht auf andere Transportschwierigkeiten zu wünschen übrig. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß auch diese Hemmungen überwunden werden können.

An die Bevölkerung tritt jedoch die Aufgabe heran, in den Haushaltungen beim Verbrauch von Kohle große Sparsamkeit walten zu lassen. Besonders wird es sich empfehlen, das Durchheizen einer Wohnung auch in der Weise zu beschränken, daß nicht sämtliche, oder doch nicht viele Zimmer geheizt werden. Wenn die Bevölkerung im Kohlenverbrauch nach dieser Richtung Sparsamkeit eintreten lassen wird, dann kann man gewärtigen, daß beim Eintritt der eigentlichen kalten Jahreszeit die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung vermieden werden können.

Es wird schließlich Sorge getragen werden, daß in den Zufuhren der Kohle keine Störungen eintreten.

Tägliche Rundschau
7./XII. 1916

8p

* **Zur drohenden Kohlenpreiserhöhung** wird uns aus Groß-Berliner Verwaltungskreisen geschrieben, daß eine Erhöhung des Kohlenpreises die unglücklichste Maßnahme sei, die die Staatsregierung gerade jetzt treffen könne. Nicht allein soweit es sich um den Satz von 5 M. für die Tonne handelt, der Gegenstand der Beratung zwischen der Staatsregierung und den Interessenten sein soll, sondern jede Preiserhöhung müsse heute, wo die Haushaltungen ohnehin schon hoch belastet seien, abgelehnt werden. Durchaus sachkundige Beurteiler der Angelegenheit stehen auf dem Standpunkte, daß die eigenen Interessen der Kohlenindustrie eine Preiserhöhung auch gar nicht einmal nötig machten. Es dürfe außerdem doch nicht übersehen werden, daß jeder Preisaufschlag zugunsten des Erzeugeres auch wieder eine weitere Preissteigerung durch den Handel im Gefolge haben werde. Es berühre recht eigentümlich, daß augenblicklich, wo bereits eine Kohlennot herrscht, weil augenscheinlich infolge unzureichender Fürsorge der beteiligten Behörden kein rollendes Material zur Verfügung steht, die Staatsregierung sich ausgesucht zu einer Preiserhöhung für Kohlen zu entschließen bereit ist, anstatt vor allem einmal den Transportschwierigkeiten ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Die maßgebenden Kreise würden darüber nicht im Zweifel sein dürfen, daß eine Preiserhöhung für Kohle in weitesten Kreisen einen lebhaften Unwillen hervorrufen wird.

Vossische Zeitung
8./XII. 1916

90

Die Einschränkung des Kohlenverbrauchs.

Lichtreklame — Polizeistunde — Ladenschluß.

Die Bundesratsverordnung über die Einschränkung des Kohlenverbrauches, deren Hauptbestimmungen wir bereits vor einiger Zeit mitzuteilen in der Lage waren, wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden und sofort in Kraft treten.

Wie gemeldet, sieht die Verordnung ein allgemeines Verbot der Lichtreklame vor, ferner erfolgt eine Herabsetzung der Polizeistunde auf 10 Uhr, wobei jedoch den Zentralbehörden die Verlängerung der Polizeistunde bis 11½ Uhr freisteht. Unterworfen werden der Polizeistunde nicht nur Gastwirtschaften, sondern auch Theater, Lichtspiele und andere Vergnügungsstätten. Die bereits angekündigte Herabsetzung der Ladenschlußstunde tritt gleichfalls ein, und zwar bringt die Verordnung den einheitlichen Ladenschluß um 7 Uhr, wobei Lebensmittelgeschäfte ausgenommen bleiben. Die Innenbeleuchtung muß nach Kräften reduziert werden, ebenso die öffentliche Beleuchtung. Auch der Straßen- und Kleinbahnverkehr wird eine Einschränkung erfahren, soweit es die Verhältnisse zulassen.

Vossische Zeitung
8./XII. 1916

8
91

Herabletzung der Fettrate.

Die Verhältnisse der Milchproduktion haben zu abermaligen Neuorientierung Veranlassun gegeben. Um eine starke Milchzufuhr nach Berlin zu bewirken, darf den Lieferanten nach Berlin ein Aufschlag von 2 Pfg. pro Liter gewährt werden, zugleich wird der Abgabepreis für Milch in Berlin um 4 Pfg. auf 36 Pfg. erhöht. Das Publikum leidet aber nun nicht nur unter den Erschwerungen der Milchzufuhr, sondern unter den peinlichen Zuständen, die sich in der Milchverteilung mehr und mehr herausgebildet haben. Durch den Wagenvertrieb sind allen Mißständen Tür und Tor geöffnet worden, die, wie die Dinge jetzt liegen, nur durch Selbstkontrolle des Publikums einzudämmen möglich wären.

Während die wöchentlichen Rettrate bisher 90 Gramm betrug, wird die wöchentliche Menge nunmehr eine Kürzung auf 80 Gramm erfahren.

Pester Lloyd
8./XII. 1916

92

(Die Höchstpreise der preußischen Kohle.) Der hauptstädtische Magistrat teilt mit: Infolge der Erhöhung der Kohlenpreise durch die preußischen Kohlengruben und des Steigens der Geschäftskosten mußten die Kohlenpreise von neuem festgesetzt werden. Die neuen Preise der preußischen Heizkohle sind: im Lagerraum des Kohlenhändlers übernommen, ohne Zustreifung, höchstens 5 k 90 h pro Meterzentner. Wird die Kohle in offener Fuhre zugestreift, können, wenn die Kohlenmenge 15 Meterzentner oder mehr beträgt, für die Beförderung und die Abladung 90 h, nach einer Kohlenmenge von unter 15 Meterzentnern aber höchstens 110 h pro Meterzentner dem Preise der Kohle zugeschlagen werden. Wird die Kohle in Säcken ins Haus gestellt, können noch weitere 100 h angerechnet werden; alle Nebenspesen mitinbegriffen, können auf der Pester Seite die Großhändler dem Preis der in Säcken ins Haus gelieferten preußischen Kohle mit höchstens 7 k 80 h pro Meterzentner berechnen. Beim Kleinhändler kostet die preußische Kohle, wenn das Publikum selbst sie nachhause bringen läßt, höchstens 8 k pro Meterzentner; wird sie aber vom Kleinhändler ins Haus gestellt, beträgt der Höchstpreis 8 k 30 h. Bei einer Menge unter fünf Kilogramm können auf der Pester Seite noch 10 h pro Kilogramm, in den flachen Teilen Budas ebenfalls 10 h und in der Budaer Gebirgsgegend 28 h dem Preise zugeschlagen werden. Der Magistrat ersucht das Publikum, die Uebertretung dieser Preise durch die Kohlenhändler, sowie überhaupt jeden Mißbrauch bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft anzuzeigen. Die Behörde wird auch gegen solche Kohlenhändler das Verfahren einleiten, die in ihrem Geschäfte die Preisliste nicht aushängen.

Der Magistrat ist ständig bestrebt, die Kohlenzufuhr zu erleichtern und zu beschleunigen; trotzdem aber sieht er sich angesichts der herrschenden Transportschwierigkeiten genötigt, dem Publikum jetzt wieder ans Herz zu legen, daß es möglichst haushälterisch mit der Heizkohle umgehe.

Neue Freie Presse
10./XII. 1916

93

[Die Kohlenzufuhr nach Wien.] In den letzten Tagen ist in der Zufuhr oberschlesischer Kohle nach Wien eine leichte Besserung eingetreten und man hofft, daß in den nächsten Wochen die Spannung auf dem Kohlenmarkte eine weitere Verminderung erfahren dürfte. Das nordwestböhmische, das westböhmische und das Kladnoer Revier, die schon früher verhalten worden waren, täglich 60 Waggons Braun-, respektive Steinkohle nach Wien zu schicken, haben jetzt noch 150 Waggons Kohle täglich nach Wien zuzuführen. Die Einschränkung der Beleuchtung dürfte den Kohlenkonsum etwas vermindern. Für die Zwecke der öffentlichen Beleuchtung sind bisher 6 Prozent der nach Wien gebrachten Kohle verarbeitet worden und der Bedarf für die private Beleuchtung dürfte fast ebensoviel Prozent der zur Verfügung stehenden Kohle beanspruchen. Wenn nunmehr die öffentliche und die private Beleuchtung eingeschränkt wird, so dürfte immerhin ein gewisses Kohlenquantum für Heizungszwecke frei werden.

Reichspost 14. XII. 1916

Braunkohlenverkauf der Gemeinde im November. Der Kohlenabsatz auf den städtischen Kohlenlagerplätzen litt sehr an dem Mangel an Zufuhr. Wiederholt mußte der Verkauf auf geringe Mengen eingeschränkt werden, der fuhrenweise Verkauf war fast gänzlich eingestellt. Insgesamt wurden auf den fünf städtischen Kohlenlagerplätzen (Westbahnhof, Matzleinsdorf, Engerthstraße, Nordwestbahn und Ottakring) 100.490 Zentner Braunkohle verkauft gegenüber 66.000 Meterzentner im Oktober d. J. und 54.000 Meterzentner im November des Vorjahres. Die Anzahl der Parteien betrug 261.812 gegenüber 167.000 im November des Vorjahres. Hiebei ist zu berücksichtigen, daß infolge der Knappheit an Kohle wiederholt Verkaufsbeschränkungen hinsichtlich der abzugebenden Höchstmenge eintreten mußten. Ungeachtet dieser Beschränkungen ist also der Absatz gegenüber den Vormonaten und gegenüber dem Vorjahre gewaltig gestiegen. Der Kleinverkauf hob sich von 395 Waggon auf 586 Waggon. Gesamtverkauf (Kleinverkauf und fuhrenweiser Absatz) von 508 Waggon auf 990 Waggon, also fast auf das Doppelte. Die Parteienanzahl erhöhte sich gegenüber demselben Monat des Vorjahres fast um 100.000. Diese Zahlen beleuchten die Wichtigkeit der von der Gemeinde eingeleiteten Kohlenversorgung. Es ist nur bedauerlich, daß es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen ist, die Zufuhr an Kohle mit dem Bedarf vollständig in Einklang zu bringen.

Reichspost

16./XII. 1916

Der Kohlenmangel in der Schweiz. Aus Bern wird gemeldet: Bei der Verhandlung des Budgets der Bundesbahnen teilte der Bundesrat im Nationalrat mit, daß die Lieferungen von Kohle an die Schweiz durchaus ungenügend seien und daß sich die Bundesbahnen, wenn keine baldige Besserung eintrete, genötigt sehen würden, vom Februar an den Betrieb ungefähr auf die Hälfte einzuschränken.

Die Zeit
16./XII. 1916

97

Mangel an Unterzündholz.

Der Mangel an Brennholz hat den Magistrat veranlaßt, der Brennholzversorgung seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Vorräte an Brennholz dürften in diesem Winter aufgebraucht werden und es müssen besondere Vorkehrungen getroffen werden, damit für den nächsten Winter genug Brennholz nach Wien geschafft und verkleinert wird. Die Frage findet hauptsächlich in dem Mangel an Holzschlägern und -Arbeitern sowie in dem Mangel an Gelegenheiten, das geschlagene Holz aus den Hochwäldern ins Tal und zur Bahn zu bringen, ihre Schwierigkeit. In Wien macht sich jetzt namentlich ein Mangel an Unterzündholz fühlbar, das denn auch zu einer erheblichen Preissteigerung des Unterzündholzes geführt hat. Ein „Radl" dieses geschnittenen Tannen- und Fichtenholzes zum Unterzünden kostete seinerzeit 50 Heller, während jetzt 1 Krone 40 Heller dafür verlangt und bezahlt wird.

Die Zeit
17./XII. 1916

Die Kohlenversorgung Wiens.

Wie wir bereits vor einiger Zeit berichteten, hat sich der Verein der Wiener Kohlengroßhändler mit einer Eingabe an das Handelsministerium gewendet, in der unter Hinweis auf die bevorstehende Erhöhung der oberschlesischen Kohlenpreise und die wesentliche Erhöhung aller Gestehungskosten ausgeführt wurde, daß die Wiener Kohlenhändler gezwungen seien, die Kohlenpreise entsprechend zu erhöhen. An diese Eingabe schlossen sich auch eingehende Verhandlungen an, doch ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, eine formelle Zustimmung des Handelsministeriums zu der geplant gewesenen Erhöhung der Wiener Kohlenpreise bis heute noch nicht erteilt worden. Ungeachtet dieses Umstandes haben gleichwohl drei Wiener Großfirmen die Preise für Kohle in offenen Fuhren vom heutigen Tage an um 63 Heller pro Meterzentner ab Nordbahnhof erhöht. Die Sackpreise wurden unverändert gelassen. Die mit der Preiserhöhung vorgehenden Firmen stellen sich, wie uns aus beteiligten Kreisen mitgeteilt wird, auf den Standpunkt, daß dem Handelsministerium die Zwangslage der Kohlenhändler und die durch die Verhältnisse gebotene Preiserhöhung rechtzeitig zur Kenntnis gebracht wurden. Die Wiener Kohlenhändler seien infolge der Verteuerung der oberschlesischen Kohle um 2 Mark pro Tonne, das ist um rund 30 Heller pro Zentner, und infolge der Erhöhung aller Regieauslagen nicht länger in der Lage, an den bisherigen Preisen festzuhalten. Wenn auch angesichts der noch ausstehenden Entscheidung des Handelsministeriums kein einheitliches Vorgehen aller Wiener Kohlenhändler zu erzielen war, so ist doch damit zu rechnen, daß schon in den nächsten Tagen sämtliche Kohlenfirmen der Preiserhöhung sich anschließen werden. Tatsache ist, daß gestern nachmittags mehrere Kohlengroßhandlungen sich mit einer neuerlichen Eingabe an das Handelsministerium wendeten, in der ausgeführt wird, daß angesichts des selbständigen Vorgehens der oben erwähnten Firmen die bisherigen Kohlenpreise nicht beibehalten werden können. Noch im Laufe des gestrigen Tages seien zahlreiche Kunden der mit der Preiserhöhung vorgehenden Firmen zu jenen Firmen übergegangen, die bisher an den alten Preisen festhielten. Schon um angesichts der herrschenden Kohlenknappheit in der gegenwärtigen Verteilung der Kundschaft keine Verschiebungen eintreten zu lassen, sei es notwendig, daß die Preise einheitlich erhöht werden. Auch die Unterzeichner der gestern abends dem Handelsministerium übermittelten Eingabe werden am Montag die Preiserhöhung durchführen.

Der Abend
19./XII. 1916

99

Die Kohle.

Wieder ein unentbehrliches Lebensmittel verteuert! Hausbrandkohle wird in Fuhren um 63 Heller, gleich 13²/₃ v. H., in Säcken zugeführt K 1.34 gleich 23¹/₃ v. H. mehr kosten. Eine amtliche Kundgebung teilt uns in liebevollstem Eingehen auf die Schwierigkeiten des Groß- und Kleinhandels mit, daß es nicht anders möglich war. Wir müssen es also wohl oder übel glauben; es wird schon so sein, weil es ja Recht und Gesetz ist, daß vor allem der Gewinn erhalten werden muß; steigen die Herstellungskosten einer Ware, und bestünde die Gefahr, daß der Profit der Erzeuger und Händler geringer werden könnte, so versteht es sich von selbst, daß dieses Unrecht von ihnen abgewandt werden muß. Es ist die Hauptsache, daß die Reichen reich bleiben; deshalb hat man ja auch die so sinn- und segensreiche Erfindung des Überwälzens gemacht. So wird also wieder einmal überwälzt. Hoffentlich und wahrscheinlich wird der erhöhte Preis aber wenigstens eine gute Folge haben: Kohle wird jetzt eine Zeitlang wieder in ausreichenden Mengen zu haben sein, denn das wissen wir ja schon: höhere Preise bewirken größere Vorräte, vorausgesetzt, daß man nicht hoffen kann, durch geringere Vorräte noch höhere Preise herauszuschlagen. Diesmal wird das aber nicht nötig sein, da sich ja die Regierung ohnehin vorbehalten hat, jeden Monat nachzuprüfen, ob nicht eine Änderung des Preises notwendig geworden sei. Soviel Selbstvertrauen werden die Herren Gutmann, Berl, Königer und wie sie sonst heißen mögen, die zu bestimmen haben, ob wir frieren müssen oder ein wenig heizen dürfen, schon haben, so kräftig fühlen sie sich schon, daß sie nicht besorgen müssen, die Prüfung am achten jeden Monats würde für sie ungünstig ausfallen.

Die Zeit 19./XII. 1916

100

Erhöhung der Kohlenpreise.

Um K. 1.34 pro Meterzentner für Sackkohle.

Das Handelsministerium hat gestern nach Prüfung des vorgelegten Kalkulationsmaterials den Großkohlenhändlern auf dem Wiener Platz die Zustimmung erteilt, die Preise für oberschlesische Hausbrandkohle um 63 Heller pro Meterzentner für offene Fuhren und um K. 1.34 pro Meterzentner = 2 Säcke zu erhöhen. Die Sackpreise für Kohle stellen sich nunmehr ab Nordbahn auf K. 5.90 für 100 Kilogramm, beziehungsweise für 2 Säcke; hierzu kommen 92 Heller für die Zustellung, so daß die Kohle, ins Haus gestellt, von nun ab K. 6.82 (bisher K. 5.48) pro Meterzentner kostet. Zum Trost für die Abnehmer verweisen die Kohlenhändler darauf, daß dieser Preis noch immer niedriger ist als jener, der in Brünn, Budapest, Berlin oder Breslau jetzt bezahlt werden muß. Im Jahre 1913 und im ersten Semester 1914 schwankten die an der Wiener Warenbörse notierten amtlichen Preise für oberschlesische Würfelkohle zwischen K. 3.23 und 3.37 und für prima Nußkohle zwischen K. 3.27 und 3.41.

Zugleich mit der gestern erfolgten Festsetzung der neuen Kohlenpreise wurde, wie wir erfahren, bestimmt, daß jeweilig der 8. eines jeden Monats als der Stichtag zu gelten habe, an dem die sich eventuell als nötig zu erweisende Regulierung der Kohlenpreise zu erfolgen habe. Jeglicher Aenderung der Selbstkostenpreise muß nach jeder Richtung hin an diesem Tage des Monats in den Verkaufspreisen Rechnung getragen werden.

Hierzu wird amtlich folgendes verlautbart:

Die amtliche Verlautbarung.

„Die Großhandlungsfirmen, die sich mit dem Verkauf von oberschlesischer Kohle am Wiener Platze befassen, haben sich durch eine im März 1915 der Regierung gegenüber abgegebene Erklärung verpflichtet, allfällige Erhöhungen der Kohlenpreise mindestens 14 Tage vorher unter Anführung der hiefür maßgebenden Gründe dem Handelsministerium anzuzeigen und das Einvernehmen mit diesem Ministerium zu suchen. Auf Grund dieser Vereinbarungen wurden zuletzt im Januar 1916 die Preise für oberschlesische Hausbrandkohle im Wiener Großhandel geregelt. Im November 1916 haben nun die Wiener Kohlengroßhändler unter Berufung auf die Steigerung ihrer Selbstkosten die Absicht einer Erhöhung der Preise für oberschlesische Hausbrandkohle am Wiener Platze angezeigt.

Durch eingehende Prüfung wurde festgestellt, daß diese Selbstkosten in der Tat seit der letzten Preisregulierung eine bedeutende Erhöhung erfahren haben. Die oberschlesischen Gruben haben den Preis der Kohle ab 1. April d. J. um durchschnittlich 2 Pfennig für 100 Kilogramm und seit 1. d. um durchschnittlich 23 Pfennig für 100 Kilogramm erhöht. Aus dieser Tatsache sowie aus der Steigerung des Markkurses, ferner infolge der Erhöhung der deutschen und österreichischen Frachtbriefgebühren, der Einführung einer deutschen Zollvorführungsgebühr und einer deutschen Warenumsatzsteuer, ergibt sich eine Erhöhung der Gestehungskosten für Kohle um 59·29 Heller für 100 Kilogramm. Aus der seit der letzten Preisregulierung eingetretenen Steigerung der Arbeitslöhne ergibt sich eine Erhöhung der Gestehungskosten der Kohle um ungefähr 3 Heller für 100 Kilogramm. Die ziffermäßig nachgewiesene Steigerung der Gestehungskosten beträgt sonach im ganzen rund 63 Heller für 100 Kilogramm, ohne Berücksichtigung jener Erhöhung der Regiekosten der Kohlenhändler, die mit der geringeren Zufuhr oberschlesischer Kohle und mit den erhöhten Preisen für das erforderliche Hilfsmaterial unvermeidlich verbunden ist.

Für den Preis der Kohle, die in Säcken abgegeben wird, ist bisher der durch die besonderen Spesen des Sackgeschäftes bedingte Zuschlag von 37 Heller für 100 Kilogramm zu dem Preise für Kohle in Fuhren unverändert beibehalten worden, obwohl seit dem Beginn des Krieges diese besonderen Regiekosten des Sackgeschäftes gestiegen sind. Die Kohlenhändler haben im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse die weitere Aufrechterhaltung dieses Zuschlages als unmöglich erklärt und eine Erhöhung desselben angestrebt.

Die eingehenden Untersuchungen haben ergeben, daß infolge der Steigerung der Sackpreise auf 4 Kronen und darüber und infolge des starken Rückganges der Verwendungsdauer der Säcke infolge ihrer schlechten Beschaffenheit die besonderen Regiekosten des Sackgeschäftes derzeit mit mindestens 1 Krone 8 Heller für 100 Kilogramm, also um 71 Heller höher als der bisherige Zuschlag von 37 Heller, zu dem Preise für Fuhrenkohle beziffert werden müssen. Die nachgewiesene Steigerung der Gestehungskosten für den Verkauf von Kohle in Säcken beträgt daher außer den angeführten 63 Heller, um die sich die Gestehungskosten für Kohle im allgemeinen erhöht haben, noch 71 Heller aus der Erhöhung der besonderen Regiekosten des Sackgeschäftes, sonach im ganzen 1 Krone 34 Heller für 100 Kilogramm.

Bei dieser Sachlage und auf Grund der vorgenommenen Feststellungen hat sich das Handelsministerium im Interesse der Aufrechterhaltung der Versorgung des Wiener Platzes mit Kohle veranlaßt gesehen, gegen eine Erhöhung der bisherigen Verkaufspreise für oberschlesische Kohle im Ausmaß von 63 Heller für 100 Kilogramm bei Abgabe in Fuhren und im Ausmaß von 1 Krone 34 Heller für 100 Kilogramm bei Abgabe in Säcken keine Einwendungen zu erheben."

Preiserhöhung für oberschlesische Kohle.

Aus Beuthen, 18. d., wird telegraphiert: Die oberschlesische Kohlenkonvention hat in ihrer heutigen Hauptversammlung den normalen Mindestpreis für Kohle um 2 Mark für die Tonne erhöht. Die erhöhten Preise treten am 1. Januar 1917 in Kraft. Gleichzeitig wurde beschlossen, die noch bestehenden Ausnahmspreise für Industriekohle zu beseitigen.

Verteuerung der rheinisch-westfälischen Kohle.

Aus Essen, 18. d., wird telegraphiert: Bei der heutigen Zechenbesitzerversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats sind, nachdem nach langen Verhandlungen der preußische Handelsminister zugestimmt hatte, die Kohlenpreise um 2 Mark, die Kokspreise um 3 Mark und die Briketpreise um 3 Mark 25 Pfennig pro Tonne für das erste Vierteljahr 1917 erhöht worden. Bei der Aufstellung der Satzungen wird künftighin der Warenumsatzstempel den Preisen der Brennstoffe zugeschlagen.

Tägliche Rundschau
19./10. 1916

Erhöhung der Kohlenpreise.

In der viel erörterten Frage der Erhöhung der Kohlenpreise ist nunmehr die Entscheidung gefallen. Wenn man nach halbamtlichen Aeußerungen erwarten mußte, daß die Regierung den Forderungen der Kohlenzechen gegenüber einen scharfen Druck ausüben werde, so hat diese Erwartung getrogen. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, in dem der Fiskus nach dem vollständigen Erwerb der Hibernia und den ihm gewährten Zugeständnissen eine entscheidende Rolle spielt, hat vielmehr die Preise in einem weit höheren Maße hinaufgesetzt, als es bisher als möglich galt. Die stark beanstandeten Vorschläge des Kohlensyndikats sind in vollem Umfange vom Handelsminister genehmigt worden, und die Verbraucher sind demnach in eine recht schwierige Lage gekommen. Ueber die Preiserhöhungen wurden gleichzeitig von dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat und von der oberschlesischen Kohlenkonvention im Laufe des gestrigen Nachmittags nach amtlicher Darstellung folgende Beschlüsse gefaßt:

Die in Essen abgehaltene Versammlung der Zechenbesitzer des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats setzte die Beteiligungsanteile in Kohlen, Koks und Briketts für den laufenden und nächsten Monat in der bisherigen Höhe fest. Sie beschloß sodann auf den Vorschlag des Ausschusses F, der nach langen Verhandlungen die Bewilligung des preußischen Handelsministers gefunden hat, die Preise für Kohlen um 2 M., für Koks um 3 M. und für Briketts um 3,25 M. für die Tonne zu erhöhen. Diese Preisfestsetzung, die einstimmig und ohne Erörterung erfolgte, gilt für das erste Viertel des nächsten Jahres. Es sei allgemein anerkannt worden, daß diese Preiserhöhung unter dem Zwang der Verhältnisse und wegen der weiter steigenden Selbstkosten notwendig geworden sei. — Ferner gab die Versammlung dem Antrag des Vorstandes ihre Zustimmung, bei der Aufstellung der Satzungen zu den Preisen der Brennstoffe, wie es bisher geschehen ist, den Warenumsatzstempel hinzuzufügen. Der Antrag des Vorstandes auf Aufhebung der für Kokslagerung bezahlten Entschädigung mit Wirkung vom 1. Oktober 1916 ab und auf Aufhebung der für die Zerkleinerung von Nüssen gezahlten Entschädigung mit Wirkung vom 1. Januar 1917 wurde genehmigt.

Die in Beuthen abgehaltene Hauptversammlung der oberschlesischen Kohlenkonvention hat den normalen Mindestpreis für Kohlen um 2 M. für die Tonne mit Wirkung vom 1. Januar 1917 ab erhöht. Dabei ist beschlossen worden, die noch bestehenden Ausnahmepreise für Industriekohlen zu beseitigen.

Die vorstehenden Mitteilungen beziehen sich auf die Steinkohlenpreise. Ferner soll auch eine für den Privatverbrauch des Publikums bedeutsame Verteuerung der Braunkohlenbriketts vorgenommen werden, welche von den Braunkohlenwerken sowohl im mitteldeutschen Revier wie in Oberschlesien mit 2 M. für die Tonne in Aussicht genommen ist.

Die Stellungnahme der Staatsregierung zu den Preiserhöhungen wird von zuständiger Seite damit begründet, daß die Regierung angesichts der Lebensverhältnisse im Inlande natürlich nicht die Bedenken übersehen hat, die der Brennstoffpreissteigerung an sich entgegenstehen müssen zu einer Zeit, wo es als die besondere Aufgabe gilt, jede Erschwerung der Lebenshaltung von der Bevölkerung fernzuhalten. Aber sie habe nach der bei eingehender Prüfung der Sachlage gewonnenen Ueberzeugung, daß ohne diese Preiserhöhung die Leistungsfähigkeit des heimischen Bergbaues nicht aufrechtzuerhalten ist, geschweige denn gesteigert werden kann, sich den Wünschen der Industrie nicht verschließen zu dürfen geglaubt. Die Produktionsverhältnisse im Kohlenbergbau seien unter dem Einfluß des Krieges schon von Anfang an sehr erschwert gewesen. Sie haben sich aber bis Mitte des laufenden Jahres immer noch so gestaltet, daß eine angemessene Wirtschaftlichkeit im Bergbau zu erzielen gewesen ist. Seit Mitte 1916 sei aber eine geradezu rapide Steigerung der Selbstkosten im Kohlenbergbau in allen preußischen Bergbaubezirken zu beobachten gewesen. Der Minister für Handel und Gewerbe, an den in erster Reihe die Wünsche der Kohlenindustrie um Aufbesserung der Preise herangetreten sind, habe die ihm von den Interessenten beigebrachten Unterlagen einer sehr umfangreichen Prüfung unterzogen. Von den hauptsächlichsten Kohlenbergbaubezirken, der Ruhr, Oberschlesien, der Saar, dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, in der Lausitz und am Rhein seien Unterlagen beigebracht worden, die die Selbstkostensteigerung in geradezu auffallender Weise nachgewiesen haben. Die Ergebnisse im privaten Bergbau seien durch die wirtschaftlichen Ergebnisse im staatlichen Kohlenbergbau nachkontrolliert worden. Die Staatsregierung hat sich daher der Auffassung nicht verschließen können, daß, wenn der Kohlenindustrie die Aufbesserung nicht zugebilligt wird, ihr es nicht möglich sein wird, in dem bisherigen Umfange der Belegschaft gegenüber entgegenzukommen. Bei den Verhandlungen wurde erwogen, ob die Hausbrandinteressen nicht bevorzugt werden können. Das habe sich aber als unmöglich erwiesen, wenigstens bei den Steinkohlen. Der Braunkohlenindustrie ist aber nahegelegt worden, sich anstatt mit 2 M. mit 1 M. Erhöhung zu begnügen, und zwar deshalb, weil die hauptsächlich im Tagebau arbeitende Braunkohlenindustrie mit weniger Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß das Publikum sich mehr als bisher dem Verbrauch von Koks zuwenden möge. Der Verbrauch von Koks statt Kohle ist allerdings dringend zu empfehlen, er liegt auch im geldlichen Interesse der Verbraucher. In den meisten Fällen stößt aber der Uebergang von der Kohle zum Koks auf große technische Schwierigkeiten, da die Heizungsvorrichtungen in den Privathäusern überwiegend auf Kohlenheizung eingerichtet sind und sich ohne eine zurzeit kaum durchführbare Aenderung für Koksheizung nicht benutzen lassen.

Kölnische Zeitung
19./XII. 1916

19

104

Die Erhöhung der Kohlenpreise.

Nach längerm Schwanken hat die preußische Staatsregierung der Erhöhung der Kohlenpreise, nach der die Bergwerksbesitzer verlangen, zugestimmt. Als Besitzerin von Kohlenzechen hat die Regierung an der Regelung der Kohlenpreise auch ein materielles Interesse; das tritt aber zurück hinter der Aufgabe des Staats, derentwegen er nicht in letzter Linie in das Kohlensyndikat eingetreten ist und neuerdings wieder seinen Besitz erheblich verstärkt hat, die Preispolitik der vereinigten Werke nachzuprüfen und mit den Interessen der Verbraucher, nicht zuletzt der Privatleute, in Einklang zu bringen. Es ist deshalb zu verstehen, daß die Staatsregierung ihrer Zustimmung zur Erhöhung der Kohlenpreise eine Begründung hinzufügt, die sich im wesentlichen mit dem deckt, was die Kölnische Zeitung in ihrem Handelsteil schon in Nr. 1264 zur Erklärung der Notwendigkeit einer Kohlenpreiserhöhung ausgeführt hat.

Seit Kriegsbeginn betrug die Preissteigerung

an der Ruhr pro Tonne für Kohlen 3 ℳ, Koks 2 ℳ, Steinkohlenbriketts 3,50 ℳ;

in Oberschlesien Kohle 2 ℳ;

in der Braunkohlenbrikettindustrie stiegen die Preise am Rhein und in der Lausitz um 2 ℳ, in Mitteldeutschland um 3 ℳ.

Diese Steigerung ist unvergleichlich viel niedriger als z. B. in England, überhaupt im feindlichen Auslande. Dort betrug in allen Gebieten und allen Sorten die Steigerung ein mehrfaches der unsrigen. Die letzte Preiserhöhung bei uns beträgt für Kohlen an der Ruhr 1 ℳ, in Oberschlesien 50 ₰, im September. In Braunkohlenbriketts erfolgte am Rhein und in der Lausitz im Frühjahr bzw. Sommer 1915 eine Steigerung um 2 ℳ, in Mitteldeutschland im Sommer 1916 eine Steigerung um 1 ℳ. Beabsichtigt ist von der Industrie eine Erhöhung für Kohlen an der Ruhr um 2 ℳ und für Koks um 3 ℳ, ferner im Braunkohlenrevier für Briketts um 2 ℳ und in Oberschlesien eine Erhöhung um 2 ℳ.

Die Regierung hat angesichts der ganzen Lebensmittelverhältnisse die Bedenken nicht verkannt, die einer Preissteigerung entgegenstehen müssen, wo es gilt, jede weitere Verteurung in der Lebenshaltung fernzuhalten. Aber angesichts der bei eingehender Prüfung gewonnenen Überzeugung, daß ohne die Erhöhung die Leistungsfähigkeit nicht aufrechtzuerhalten ist, geschweige denn gesteigert werden kann, hat sie sich den von der Industrie angeführten Gründen nicht verschließen zu dürfen geglaubt. Die Produktionsverhältnisse haben sich unter dem Einfluß des Kriegs von Anfang an sehr erschwert, waren aber bis Mitte laufenden Jahres doch so, daß eine angemessene Wirtschaftlichkeit erzielt war. Seit Mitte 1916 ist eine rapide Steigerung der Selbstkosten in allen preußischen Bergbaubezirken beobachtet. Der Minister ist in eine sehr eingehende Prüfung der umfangreichen, von den Interessenten beigebrachten Unterlagen eingetreten; so sind z. B. die Selbstkosten gestiegen an der Ruhr bei einer Bergwerksgesellschaft, die über sieben große Anlagen verfügt, von Kriegsbeginn bis Juni 1916 um 2,26 ℳ, von Juli bis Oktober 1916 um 2,08 ℳ, bei einer andern Gesellschaft, die 13 Schachtanlagen hat, betrug die Steigerung seit Kriegsanfang zunächst 2,21 ℳ, von Juli bis November 1916 aber 2,87; bei einer dritten Gesellschaft, die ein großes Werk mit mehrern Schachtanlagen hat, die zwar noch in der Entwicklung begriffen, aber doch schon erheblich an der Produktion beteiligt sind, stellte sich die Steigerung auf 2,77 ℳ bzw. von Juli bis Oktober auf 4,11 ℳ. In Oberschlesien betrug die Steigerung bei einer Gesellschaft mit drei großen modernen Bergwerken von Anfang des Kriegs bis Juni 1916 2,39 ℳ, von Juli bis Oktober 1916 2,22 ℳ; eine andere Gesellschaft verzeichnete bis Anfang 1916 eine Steigerung um 88 ₰, von Anfang 1916 bis Oktober 1916 von 2,47 ℳ. Im Braunkohlenbergbau betrug die Steigerung bei einer Gesellschaft, die über acht selbständige Bergwerke verfügt, zunächst 1,32 ℳ, dann aber von Juni bis November 1916 2,02 ℳ; bei einem andern ähnlichen Bergwerksunternehmen bis Anfang 1916 15 ₰, von Juni bis Oktober aber 2,41 ℳ. Entsprechend sind die Rohüberschüsse seit Mitte laufenden Jahres zurückgegangen.

Die Ergebnisse des privaten Bergbaus werden charakteristisch nachgeprüft durch die wirtschaftlichen Ergebnisse des staatlichen Bergbaus. Auf staatlichen Gruben sind von Oktober 1915 bis Mai 1916 die Lohnkosten gestiegen an der Saar um 1,92 ℳ, in Oberschlesien um 1,15 ℳ und in Westfalen um 2,49 ℳ. Die Kosten für Betriebsmaterialien stiegen an der Saar um 0,94 ℳ, in Oberschlesien um 0,88 ℳ und in Westfalen um 1,15 ℳ. Die Gesamtselbstkosten stiegen an der Saar um 3,04 ℳ, in Oberschlesien um 2,28 ℳ und in Westfalen um 4,93 ℳ. Zu diesen Ausgaben der ordentlichen Verwaltung kommen noch in Betracht außeretatsmäßig monatlich eine Million Mark und zwar Kriegsbeihilfenzuschüsse für Versorgung von Lebensmitteln usw. Nach der Entwicklung der ganzen Verhältnisse ist mit einer weitern Steigerung in beträchtlichem Umfang zu rechnen.

Der Handelsminister hat sich der Auffassung nicht verschlossen, daß, wenn keine Erhöhung eintritt, dann die Kohlenindustrie nicht mehr in der Lage ist, in der Frage der Lohnsteigerung und der Lebenshaltung dasselbe zu leisten wie bisher. Durch eine Bindung auf den jetzigen Zustand würde die Durchführung der großen Aufgaben des Reiches leiden. Der Minister hat nicht geglaubt, die Verantwortung dafür übernehmen zu können. Es ist eingehend erwogen worden, ob gewisse Bevölkerungskreise begünstigt oder ganz freigelassen werden sollen. Man hat z. B. an den Hausbrand gedacht; doch hält man das als praktisch undurchführbar, weil durch den Handel Verhältnisse geschaffen sind, die die Auseinanderhaltung von zweiter und dritter Hand unmöglich machen. Den Wünschen ist aber insofern Rechnung getragen, daß man zwar die Erhöhung für den Steinkohlenbergbau nicht für unangemessen gehalten hat, aber der Braunkohlenindustrie nahegelegt hat, an Stelle der gewünschten 2 ℳ sich mit einer Mark zu begnügen. Das sei berechtigt, weil die Selbstkostensteigerung bei der Braunkohle nicht so stark ist und die Verhältnisse auch sonst günstiger liegen. Die Braunkohlenindustrie hat durch Zuhilfenahme von Maschinenkräften, von Baggern usw. ihre Produktion steigern können. Sie ist auch nicht so an gelernte Arbeiter gebunden. Es handelt sich bei ihr mehr um Erdarbeiten, für die qualifizierte Arbeiter nicht nötig sind. Die Erhöhung des Preises für Hausbriketts um 1 ℳ mache übrigens, heißt es in der Begründung, für den Zentner nur 5 ₰ aus. Nehme man nochmals 5 ₰ für den Handel, so ergebe sich für den Kleinverbrauch eine Steigerung von 10 ₰ oder bei dem Jahresbedarf einer Familie von 45 bis 50 Zentnern eine Mehrausgabe von insgesamt 5 ℳ. Es ist ferner zu erwägen, ob gemeinnützige Betriebe, wie die kommunalen Gas- und Elektrizitätswerke, Hausbesitzer usw. eine Bevorzugung erfahren können. Das sei aber praktisch nicht durchführbar, dem würde entgegenstehen, daß dann die Preiserhöhung um so fühlbarer auf andere Schultern abzuwälzen wäre. Bei den Gasanstalten sei eine Erhöhung auch nicht geboten. Bei einer Erhöhung für die Tonne Gaskohlen um 2 ℳ mache das für den Kubikmeter Gas nur einen Viertelpfennig aus, wenn man berücksichtige, daß die Gasanstalten beim Ausbringen des Gases auch Koks gewinnen, der ebenfalls im Preis erhöht sei.

Die Regierung wird sich nicht darüber täuschen dürfen, daß jede Erhöhung der Kohlenpreise bei der fortwährenden Steigerung der Lebensmittelpreise sehr bitter empfunden werden wird. Wenn die Regierung die Gründe für die Erhöhung der Steinkohlenpreise anerkennt, so wird sie sich mit Recht dagegen stemmen, daß eine notwendige Erhöhung der Preise für Steinkohlen zum Anlaß genommen wird, auch für andere Kohlenbetriebe, für die sich die Produktionsbedingungen nicht in dem Maße verschlechtert haben und verschlechtern wie für die Steinkohlenbergwerke, eine Erhöhung durchzudrücken. Für uns im Westen besitzt das Braunkohlenbrikett als Heizstoff der kleinen Leute eine solche Bedeutung, daß wir es begrüßen würden, wenn die Verteurung entweder ganz vermieden oder auf das geringste Maß beschränkt werden könnte. Auch den andern Vorschlag, bei Steinkohlen den Hausbrand herauszunehmen und dafür einen geringern Preis festzusetzen oder den alten Preis beizubehalten, halten wir nicht für undurchführbar. Wenn man sich dazu entschließen wollte, durch eine gemeinsame Stelle, an der der Handel beteiligt werden könnte, die Kohlen an die Verbraucher abzusetzen, dann wäre auch eine besondere Preisfestsetzung für diese Hausbrandkohlen möglich. Man hat im Krieg schon schwierigere Preisfragen gelöst.

Frankfurter Zeitung

19./XII. 1916

103

Die Erhöhung der Kohlenpreise.

Mit Zustimmung des preußischen Staatsministeriums haben, wie gemeldet, die Preise sämtlicher Brennstoffe eine neue beträchtliche Erhöhung erfahren: um 2 Mark für die Tonne Kohle, um 3 Mark für die Tonne Koks und um 1 Mark für die Hausbrandbriketts. Daß das für die gesamte Produktion und damit auch für den gesamten Verbrauch eine neue schwere Belastung bedeutet, ist klar; wir werden voraussichtlich sehr bald mannigfaltigen Bestrebungen begegnen, weitere Preissteigerungen auf anderen Gebieten mit diesen Preissteigerungen der Brennstoffe zu begründen. Ein erheblicher Teil der Kohlenabnehmer ist allerdings durch die hohen Preise, die das Reich für Kriegslieferungen zahlt, in einer nichts weniger als bemitleidenswerten Lage, so daß hier etwaigen unberechtigten Bestrebungen hoffentlich mit Energie entgegengetreten wird, um so mehr, als gerade manche der Größten, vor allem die großen Eisen- und Stahlwerke, durch die Kohlenpreiserhöhung nicht unmittelbar betroffen werden, weil sie eigene Kohlen besitzen und dadurch vom Syndikat unabhängig sind. Andere Betriebe, die auf der Schattenseite der Kriegskonjunktur leben, werden dadurch um so schwerer belastet, wie natürlich auch der private Konsum von der Erhöhung mit starkem Bedauern Kenntnis nehmen wird; hier wird vor allem darauf zu achten sein, daß die tatsächlich eingetretene Erhöhung nicht durch Zwischenstellen noch über das berechtigte Maß hinaus gesteigert wird, bis die Kohle und das Brikett zum letzten Konsumenten kommt — eine wichtige Aufgabe für die städtischen Preisprüfungsstellen und die Konsumentenorganisationen.

Daß die Regierung, deren Einfluß ja jetzt in der Hauptsache auf der Möglichkeit einer Höchstpreisfestsetzung beruht, der neuen Kohlenpreiserhöhung nicht leichten Herzens zugestimmt hat, versteht sich von selbst. Es wird uns versichert, daß vor dieser Zustimmung eingehende Untersuchungen über die tatsächlichen Selbstkosten der Gruben vorgenommen worden sind. Das Resultat ist überall eine ganz außerordentliche Erhöhung der Produktionskosten gewesen, und zwar nicht nur durch die Steigerung der Arbeitslöhne, sondern auch durch die Erhöhung der Preise für alle Materialien, namentlich für Schmieröl, für Sprengstoffe, für Grubenbaumaterial usw.; besonders in den letzten Monaten ist diese Erhöhung der Unkosten ganz außerordentlich stark gewesen. stellenweise im letzten Quartal oder in den letzten 4 Monaten größer als in der ganzen Kriegszeit vorher. Das hat für die Entschließung der Regierung offenbar den Ausschlag gegeben, dazu die Erwägung, daß im dringendsten Interesse unserer Kriegswirtschaft alle Zechen jetzt soviel wie möglich fördern, also auch die schlechter rentierenden einen Anreiz zur Produktion behalten müßten. Ob dieser letztere Gesichtspunkt wirklich zutreffend ist, vermögen wir nicht zu sagen. Wir halten es sehr wohl für möglich, daß eine höhere Produktion gerade dadurch erreicht werden könnte, daß man die vorhandenen Arbeiter, von denen ja die Förderung jetzt in der Hauptsache abhängt, von den schlecht produzierenden Gruben auf den besser produzierenden zusammenzöge, wodurch auch die Selbstkosten der letzteren, die jetzt durch die Produktionseinschränkungen erhöht sind, wieder herabgedrückt werden könnten. Doch müssen darüber natürlich die Fachleute entscheiden. Im übrigen haben wir schon früher betont, daß die bisherigen Gewinnausweise der Zechen trotz der Steigerung der Selbstkosten sehr günstig lauten. Möglich, daß hierin noch Gewinne enthalten sind, die künftig fortfallen, aus der Abstoßung älterer Bestände, die niedrig zu Buche standen, und aus dem Ausfuhrgeschäft, das sehr hohe Gewinne bringt, aber jetzt, nicht zum Nutzen unserer Valuta, wegen der hohen Bedürfnisse unserer heimischen Kriegswirtschaft eingeschränkt werden mußte. Es bleibt abzuwarten, wie die Ergebnisse des letzten Quartals die Notwendigkeit der Preiserhöhung erweisen werden.

Jetzt sind jedenfalls die Preiserhöhungen festgesetzt, und sie müssen getragen werden. Die Ruhrkohle, die während des Krieges in verschiedenen Raten bereits um 3 Mark erhöht worden war, ist damit bereits um 5 Mark höher als der auch schon nicht billige Friedenspreis von 12 bis 15 Mark pro Tonne war. Alle diese Preiserhöhungen vollziehen sich ohne Mitwirkung, ja selbst ohne Anhörung der Abnehmer, sie werden diktiert, vom Syndikat oder von der Regierung, aber jedenfalls diktiert. Es wäre ein angemessener Zustand und zugleich eine wichtige Entlastung des Handelsministers von schwerer Verantwortung, wenn man sich endlich entschlösse, auch beim Kohlensyndikat einen Beirat zu schaffen, in dem neben den Produzenten auch die Konsumenten ihre Gesichtspunkte geltend machen könnten. Leider hat das Preußische Abgeordnetenhaus, auch hierin der würdige Ausdruck seiner Zusammensetzung, in dieser Frage vollkommen versagt, als es jetzt bei der Vorlage über den Erwerb der „Hibernia“ die Gelegeenheit zur Regelung dieser Frage hatte.

Der Abend
20./XII. 1916

VI 20
104

Die Preiserhöhung der Briketts.

Da der „Abend" zuerst die „Pflicht des Denunzierens" ausgesprochen hat, will er auch der erste sein, der sie erfüllt. Es wird heute mitgeteilt, daß im Zusammenhange mit der gestern gemeldeten Erhöhung der Kohlenpreise auch die der Briketts erhöht werden, und zwar im gleichen Maße und von heute angefangen. Das scheint uns nun ein Fall zu sein, der der Untersuchung durch das neue Amt dringend bedarf. Briketts sind ein fabriksmäßig hergestellter Gegenstand; die heute zum Verkauf kommenden sind ohne jeden Zweifel schon vor einiger Zeit erzeugt worden, also damals als noch die früheren niedrigeren Kohlenpreise gegolten haben. Mit welchem Rechte fordern nun Erzeuger und Händler unter Berufung auf die seit gestern erhöhten Kohlenpreise höhere Preise für Briketts, die noch aus Kohlen zum alten Preise erzeugt worden sind? Ist dies nicht ein offenbarer Vorstoß gegen die wiederholten Verordnungen und obersitzgerichtlichen Entscheidungen über den Zusammenhang zwischen Erzeugungskosten und Verkaufspreis? Da die Absicht zu bestehen scheint, sich nun endlich des Wohles der kleinen Leute anzunehmen, auch auf die Gefahr hin, daß dadurch der Gewinn der Großen geschmälert werden könnte, ja sogar hie und da einmal einer dieser Großen mit dem Strafgerichte zu tun bekäme, so empfehlen wir den Fall mit den Briketts der eingehenden Prüfung der Zentralstelle; sie wird sich ein Verdienst und das Vertrauen der Bevölkerung erwerben, wenn sie gleich hier zeigt, daß sie nicht nur zur Bekämpfung von Greislern und Milchverschleißerinnen errichtet wurde, sondern nicht davor zurückschreckt, wenn ein großer Griff in unsere Taschen verhindert werden kann.

Wir sehen mit Ungeduld der Mitteilung der Korrespondenz Wilhelm über das Einschreiten gegen die Verteuerung der Briketts, insoferne sie älterer Erzeugung sind, entgegen, und sind überzeugt, daß die ganze Bevölkerung darauf gespannt ist, wie sich dieser Prüfstein des Ernstes des neuen Amtes bewähren wird.

Neues Pester Journal

20/XII. 1916

P 20 105

Die Kohlennoth der Gaswerke.

— **Eingabe der Gasdirektion an den Magistrat.** —

In ihrer großen Bedrängniß wendet sich die Direktion der hauptstädtischen Gaswerke mit einer Eingabe an den Magistrat, in welcher sie gewissermaßen als Fortsetzung ihres Geschäftsberichtes vom vorigen Jahre die ergebnißlosen Kämpfe schildert, die sie um die zur Gasfabrikation unentbehrliche Kohle führen mußte. Wir geben in Folgendem einen Auszug aus der Eingabe, und zwar ohne Kommentar, da jeder Kommentar nur geeignet wäre, die Wirkung der Eingabe selbst abzuschwächen:

Der österreichische Arbeitsminister — heißt es in der Eingabe — hat noch im Monat März versprochen, den Budapester Gaswerken täglich 70 Waggons Kohle zur Verfügung zu stellen. Die Direktion entsendete Kontrollorgane in die Bergwerke, die alsbald feststellten, daß der österreichische Arbeitsminister nur 52 Waggons für die Budapester Gaswerke bestimmt hat, während die Wiener Gaswerke 174 Waggons, d. h. den ganzen täglichen Kohlenbedarf, erhalten. Die Leitung der Budapester Gaswerke urgirte ständig beim Bürgermeister und beim Magistrat, eine größere Wagenzustellung zu erwirken. Sie wendete sich direkt an den Ministerpräsidenten, an den Handelsminister, an den Minister des Innern, an den Kriegsminister, den sie bat, bei der Wagenbeistellung die Parität der beiden Städte zu beobachten, sie wendete sich an den österreichischen Arbeitsminister, an die kais. u. kön. Centraltransportleitung, jedoch vergebens, denn sie erhielt trotzdem in keinem einzigen Monat die versprochene Kohlenmenge.

Im Monat Mai stellten die Budapester Gaswerke 100 aus dem Auslande geliehene Waggons in Verkehr und auch inklusive dieser Wagen erhielten sie das versprochene Kohlenquantum nicht. In ihrer Noth bat die Direktion, es möge für sie Kohle requirirt oder aber die ungarischen Staatsbahnen angewiesen werden, ihr Kohle zu überlassen. Das Ergebniß dieses Ersuchens war, daß die ungarischen Staatsbahnen ein- für allemal 7000 Tonnen Kohle überließen. Als die Direktion auf die Wiener Verhältnisse hinwies, erhielt sie zur Antwort, daß der österreichische Eisenbahnminister beim deutschen Eisenbahnwaggonverband erwirkt hat, daß dessen Waggons zur Beförderung von Kohle benützt werden können. Der österreichische Arbeitsminister hat für die Budapester Gaswerke soviel gethan, daß auf seinen Wunsch hin mehrere Grubenunternehmungen zu höheren Preisen Kohle offerirten, trotzdem auf Drängen der Gaswerke die Grubenleitungen erklärten, daß sie Kohle genug haben, jedoch fehlt es an Wagen, so daß sie gezwungen sind, die Kohle, auf deutschen Wagen verladen, nach Deutschland zu befördern. Gleichzeitig hat der Arbeitsminister auch die Lieferungspflicht der einzelnen Bergwerke festgestellt und versprochen, daß er täglich 68 Waggons zur Verfügung stellen wird. Aber auch jetzt kam die Kohle nicht in entsprechenden Mengen. Im Monat Oktober beispielsweise, als die Gaswerke 26,000 Tonnen Kohle verbrauchten, erhielten sie nur 17,000, so daß sie 9000 aus ihren Reserven ersetzen mußten. Noch schlechter gestaltete sich der Monat November, in welchem der Bedarf 29,000 Tonnen betrug, denen gegenüber jedoch nur 12,000 Tonnen eingeführt wurden, so daß die Reserven nun schon um 17,000 Tonnen reduzirt werden mußten.

Daß die Gaswerke auch dieses Quantum erhalten konnten, verdankt sie ihren geliehenen Waggons, was aus folgenden Ziffern ersichtlich wird. In den Monaten Mai-November erhielten die Gaswerke insgesammt 99,000 Tonnen Kohle, von welchen 42,000 Tonnen auf ihren eigenen Wagen befördert wurden. Ohne diese Wagen wären um 42,000 Tonnen Kohle weniger eingelaufen und der Betrieb hätte eingestellt werden müssen.

Die Direktion erklärt nun nach alldem, daß sie unter solchen Verhältnissen für die Aufrechterhaltung des Betriebes keine Verantwortung mehr tragen könne, zumal zwei Verordnungen den Anschein erwecken, als ob die Versorgung der Gaswerke mit Kohle eine politische Frage geworden wäre. Es heißt nämlich in einer Verordnung, daß die Gasfabriken in Baden, Bielitz, Böhmisch-Leipa, Brünn, Iglau, Leitmeritz, Lemberg, Leopoldau, Mödling, Prag-Holesovitz, Prag-Lieben, Prag-Smichow, Prag-Ziskow, Rokytcan, Simmering, St.-Pölten und Wiener-Neustadt, wenn ihr Kohlenbedarf noch nicht gesichert ist, sie den österreichischen Arbeitsminister ersuchen können, ihnen Vorzugswaggons zur Verfügung zu stellen, da auch die dem Arbeitsminister unterstellte Kohlenversorgungskommission der Versorgung der Gaswerke besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des ungestörten Betriebes der Gaswerke vom militärischen Gesichtspunkte sollen — so heißt es in der Verordnung — alle auf die Sicherstellung des Betriebes bezüglichen Wünsche möglichst berücksichtigt und die gewünschte Unterstützung gewährt werden. In einer späteren Verordnung wird erklärt, nur die in der ersten Verordnung namentlich angeführten Gaswerke — unter denen sich das Budapester nicht befindet — hätten vom Gesichtspunkte der Kriegsleitung besondere Wichtigkeit, und deshalb können nur diese der in Aussicht gestellten Unterstützung theilhaftig werden.

Die Direktion wendet sich nun mit obiger Eingabe an den Magistrat und ersucht ihn, er möge beim ungarischen Ministerium interveniren, damit der Kohlenbedarf der Gaswerke sichergestellt werde, da ihre Reserven so minimal geworden sind, daß eine Katastrophe zu befürchten steht.

Tägliche Rundschau
20./XII. 1916

106

* **Kohlenpreiserhöhung und Gaspreise.** Die gestern früh von uns gemeldete Erhöhung der Kohlenpreise vom 1. Januar ab beträgt für die Tonne (20 Zentner) Steinkohle 2 M., Koks 3 M. und Steinkohlenbriketts 3,25 M. Ferner hat der Handelsminister jetzt eine Erhöhung der Braunkohlenpreise um 1 M. für die Tonne genehmigt. Dementsprechend können die Preise für einen Zentner Braunkohlenbriketts um 5 Pf. hinaufgesetzt werden. Eine noch stärkere Verteuerung ist unberechtigt, und etwaige Versuche, die Preissteigerung der Zechen im Kleinverkauf weiter auszubeuten, sollten vom Publikum mit aller Macht zurückgewiesen werden.

Die Erhöhung des Steinkohlenpreises um 2 M. zieht eine Steigerung des Gaspreises nach sich. Indessen ergibt sich bei Gegenrechnung des Gewinns, der den Gasanstalten aus den erhöhten Kokspreisen erwächst, nur eine Steigerung der Selbstkosten des Gases um weniger als ½ Pf. für den Raummeter. Es wird mithin darauf zu achten sein, daß auch die Gasanstalten nicht etwa die Gelegenheit zu einer übermäßigen Belastung der Verbraucher ausnutzen!

Die Zeit
20/XII. 1916

107

Einschränkung des Kohlenverbrauches in den Schulen.

Das Unterrichtsministerium hat an sämtliche Landesschulbehörden einen Erlaß gerichtet betreffend die Einschränkung des Kohlenverbrauches. In diesem Erlaß heißt es unter anderem: „Seit dem Ausbruch des Krieges ist der Kohlenverbrauch der militärischen Anstalten und Einrichtungen, der mit Heereslieferungen betrauten Industrien und Gewerbe, der Eisenbahnen und vieler anderer Unternehmungen in beständiger Steigerung begriffen, der bisher durch die planmäßig mit allen Mitteln durchgesetzte Erhöhung der Kohlengewinnung gefolgt werden konnte. Da eine weitere Steigerung der einheimischen Kohlenförderung in einem dem erhöhten Bedarf entsprechenden Maße trotz aller Bemühungen nicht möglich sein wird, insbesondere weil die erforderlichen Arbeitskräfte fehlen und auch mit einer Erhöhung der Kohleneinfuhr aus dem verbündeten Nachbarstaat kaum gerechnet werden kann, so ergibt sich für alle übrigen Verbraucher die Notwendigkeit, in der Verwendung von Kohle die äußerste Sparsamkeit eintreten zu lassen. Es dürfte sich daher empfehlen, die Zahl der benützten Räumlichkeiten auf das unumgängliche notwendige Maß einzuschränken, das übermäßige Heizen und das mitunter nur hierdurch bedingte oftmalige Lüften der Amtsräume abzustellen, auf ökonomische Verwertung des Brennstoffes zu achten und die Beleuchtung durchgehends herabzusetzen.

Frankfurter Zeitung
20./XII. 1916

108

Die Erhöhung der Kohlenpreise.

N Berlin, 19. Dezember. Der Vorstand des deutschen Städtetages ist mit einer Eingabe vom 20. November d. J. gegen die von der Kohlenindustrie beabsichtigte Preiserhöhung für Brennstoffe bei dem preußischen Minister für Handel und Gewerbe vorstellig geworden. Daraufhin hat er von diesem folgenden Bescheid vom 18. Dezember d. J. erhalten:

Die Gründe, die der Vorstand gegen die von den Beteiligten betriebene Preiserhöhung für Brennstoffe geltend macht, hat die königliche Staatsregierung eingehend erwogen. Sie verkennt nicht das Gewicht der Bedenken, die den Wünschen der Kohlenindustrie gerade jetzt entgegenstehen, wo es besonders wichtig ist, weitere Belastungen in der Lebenshaltung von der heimischen Bevölkerung nach Möglichkeit fern zu halten. Auf der anderen Seite ist es im vaterländischen Interesse unabweisbar geboten, dafür Sorge zu tragen, daß der infolge der Einberufung seiner leistungsfähigsten Arbeitskräfte unter sehr schwierigen Verhältnissen arbeitende heimische Kohlenbergbau den gesteigerten Anforderungen, die für die Zwecke der Kriegswirtschaft an die Förderung gestellt werden, voll zu entsprechen vermag. Um dies zu können, muß er in der Lage sein, vor allem seiner Belegschaft durch Lohnaufbesserungen die Lebenshaltung zu erleichtern, ihre Arbeitsfreudigkeit durch Hilfe bei der Beschaffung von Lebensmitteln, durch Fürsorge für die Knappschaftsmitglieder und sonstige freiwillige Leistungen zu heben und sie auch gegenüber dem starken Wettbewerb der Kriegsindustrie an sich zu fesseln. Hierzu bedarf der Kohlenbergbau gegenwärtig einer angemessenen Erhöhung seiner Brennstoffpreise. Die Annahme, er sei allgemein auch ohne eine solche zu diesen Aufwendungen imstande, trifft nicht zu. Dies ist durch eine sorgfältige Prüfung der von einer größeren Anzahl von Privatunternehmungen beigebrachten Unterlagen aus den Hauptgebieten des preußischen Kohlenbergbaus erwiesen und durch die im staatlichen Steinkohlenbergbau gemachten Erfahrungen bestätigt worden. Danach hat seit Kriegsbeginn hauptsächlich infolge der gebotenen Lohnaufbesserungen und des starken Anziehens der Preise der Betriebsmaterialien eine Steigerung der Selbstkosten der Werke stattgefunden, mit der die inzwischen erfolgte Erhöhung ihrer Brennstoffpreise bei weitem nicht gleichen Schritt gehalten hat. Das Anschwellen der Selbstkosten war im Steinkohlenbergbau noch stärker als in der Braunkohlen- und Brikettindustrie und machte sich in besonders auffallender Weise seit der Mitte des Jahres bemerkbar. Diese für den Durchschnitt der Gruben geltenden Feststellungen werden durch die günstigen Abschlüsse mehrerer besonders gut arbeitender Kohlenbergbauunternehmungen des Ruhrreviers für die Jahre 1915 und 1916 nicht erschüttert, die überdies zum Teil auf Umständen beruhen, welche im kommenden Jahre, wenn überhaupt, so doch nicht in diesem Maße zu erwarten sind (Ausschüttung der Erübrigungen des früheren Kohlensyndikats, Gewinne aus großen Verkäufen nach dem Auslande). Unter dem Einfluß der erörterten Gründe arbeitet zurzeit schon ein Teil sonst gut gehender Werke mit ganz knappem Ueberschuß, ein beträchtlicher Teil der Gruben ohne solchen oder mit Verlust. Da die Ursachen dieser Erscheinung auch im Jahre 1917 fortbestehen, so würde eine erhebliche Anzahl von Bergwerken bei Aufrechterhaltung der jetzigen Verkaufspreise nicht in der Lage sein, ihrer Belegschaft in der Frage der Löhne und der sonstigen Besserstellung der Arbeiter soweitgehendgegenzukommen, wie es durch die Verhältnisse geboten und insbesondere zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit des Kohlenbergbaus erforderlich ist. Die Verantwortung hierfür vermag die königliche Staatsregierung nicht zu übernehmen.

Die vom Steinkohlenbergbau beabsichtigte Preiserhöhung um 2 Mark für die Tonne Kohle an der Ruhr, ferner um 3 Mark für die Tonne Koks und um 3 Mark 25 Pfennig für die Tonne Steinkohlenbriketts kann unter Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse nicht als unangemessen angesehen werden. Für die Braunkohlen- und Brikett-Industrie wird anstelle der gewünschten Preisaufbesserungen um 2 Mark für die Tonne Briketts eine solche um 1 Mark für ausreichend erachtet, da bei ihr die Betriebsschwierigkeiten und die Selbstkosten nicht in dem Maße gewachsen sind, wie beim Steinkohlenbergbau, sie ferner ihren Absatz über den Stand zu Friedenszeiten hinaus hat steigern können und ein Teil in diesem Jahre schon eine allgemeine Preiserhöhung vorgenommen hat. Auf diese Weise wird der Hausbrand weiter Bevölkerungskreise, die sich vorzugsweise der Braunkohlenbriketts bedienen, nur wenig verteuert werden. Die Preiserhöhung der Werke um 1 Mark für die Tonne berechtigt an sich nur zu einer Verteuerung des Zentner Briketts um 5 Pfennig. Beim Steinkohlenbergbau hat sich eine Scheidung zwischen Hausbrand und anderem Verbrauch, wie schon früher, als nicht durchführbar erwiesen, da sich die Art der Verwertung der unter der Bezeichnung „Hausbrandkohlen" von den Zechen gelieferten Brennstoffe nicht bis zum Verbraucher würde verfolgen lassen. Auch hier nötigt die Preiserhöhung um 2 Mark für die Tonne nur zu einem Aufschlag von 10 Pfennig für den Zentner. Ebensowenig läßt sich dem Wunsch des Städtetages entsprechen den Brennstoffverbrauch städtischer gemeinwirtschaftlicher Betriebe (Gasanstalten, Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen) von der Preiserhöhung auszunehmen. Was der Gemeinden bewilligt würde, könnte den übrigen Kommunalverbänden, den Bundesstaaten, dem Reich nicht versagt werden. Um den Ausfall zu decken, müßten die übrigen Verbraucher um so viel höher belastet werden. Dies läßt sich wirtschaftlich nicht rechtfertigen. Was die Verteuerung des Gaspreises anlangt, hat die Erhöhung der Steinkohlenpreise um je 2 Mark für die Tonne bei Gegenrechnung des Gewinns, der den Gasanstalten aus den erhöhten Kokspreisen erwächst, nur eine Steigerung der Selbstkosten des Gases um weniger als ½ Pfennig für den Kubikmeter zur Folge. Endlich darf erwartet werden, daß die aus allgemeinen Rücksichten gebotene tunlichste Einschränkung des Verbrauchs von Heiz- und Brennstoffen die Wirkung der Kohlenpreiserhöhung auf die Verbraucher abschwächen wird.

Nach alledem ist die königliche Staatsregierung nicht in der Lage, den von den Vertretern des Stein- und Braunkohlenbergbaus beabsichtigten Preiserhöhungen, soweit sie sich in den obenbezeichneten Grenzen halten, durch Festsetzung von Höchstpreisen entgegenzutreten.

Neue Freie Presse
28/XII. 1916

110

Die höchste Kohlenförderung im Jahre 1916. Obwohl die genauen Daten über die Kohlenförderung im Dezember l. J. noch nicht bekannt sind, ist es heute schon sicher, daß die österreichische Steinkohlenproduktion im Jahre 1916 rund 176·5 Millionen Meterzentner erreichen wird. Mit dieser Menge wurde ein Rekord geschaffen, denn das erwähnte Quantum übertrifft alle früheren Jahresziffern ganz gewaltig. Die bisherige Höchstmenge war im letzten Friedensjahre 1913 erzielt worden und betrug 164·6 Millionen Meterzentner. Im ersten Kriegsjahr 1914 ist die Förderung zunächst auf 154·1 Millionen Meterzentner herabgegangen, konnte jedoch im Jahre 1915 bereits wieder auf 160·8 Millionen Meterzenter gebracht werden. Im Jahre 1916 wird die Steinkohlenförderung nun — wie erwähnt — 176·5 Millionen Meterzentner erreichen, womit jene des Vorjahres um 9·7 Prozent, die bisherige Höchstförderung von 1913 um 7·2 Prozent überschritten ist. Noch viel erheblicher ist die Steigerung der Koksproduktion gegenüber 1915, da die Kokserzeugung gegenüber dem Vorjahre um rund 35 Prozent zugenommen hat. Gegenüber der bisherigen Höchsterzeugung von 1913 ist die Zunahme allerdings nur unbedeutend, wie folgende Ziffern beweisen. Für das Jahr 1916 ist die Kokserzeugung mit rund 25·7 Millionen Meterzentner zu veranschlagen. In den Kriegsjahren 1914 und 1915 hatte sie sich auf 21·9, beziehungsweise 19·1 Millionen Meterzentner gestellt. Die bisherige Höchstproduktion des Jahres 1913 hatte 25·6 Millionen Meterzentner betragen. Die österreichische Braunkohlenförderung ist pro 1916 mit rund 232·5 Millionen Meterzentner anzunehmen. Mit dieser Produktion ist zwar gegenüber 1915 (220·3 Millionen Meterzentner) eine Zunahme von mehr als 12 Millionen Meterzentner erzielt, gegen das Jahr 1914 (237·7 Millionen Meterzentner) bleibt die Förderung dagegen noch um rund 5 Millionen Meterzentner zurück. Die bisherige Rekordproduktion des Jahres 1913 hatte 273·8 Millionen Meterzentner betragen.

Frankfurter Zeitung 28/XII. 1916

28

111

Zur Frage der Licht- und Kohlenersparung.

Von Professor Dr. J. Kollmann (Darmstadt).

Die soeben in Kraft getretene Verordnung des Bundesweiß, daß als Werbemittel für den Anschluß an elektrische Arbeit für Beleuchtungszwecke gibt Veranlassung zu dem Hinweis auf eine leicht erreichbare Licht- und Kohlenersparnis auch in Privathaushaltungen und Kleinbetrieben. Man weiß, daß als Werbemittel für den Anschluß an elektrische Kraftwerke vielfach der sogenannte Pauschaltarif in Anwendung gebracht wird, auf Grund dessen den kleinen Abnehmern mit einem höchsten Anschlußwert von meist 400 Volt die elektrische Arbeit zu Beleuchtungszwecken zu einem Pauschalsatz von z. B. 25 Mark jährlich für je 50 Watt des vereinbarten Anschlußwertes geliefert wird, und zwar unabhängig von der Zahl und der Benutzungsdauer der meist auf 25 Normalkerzen festgesetzten Glühlampen. Das Kraftwerk pflegt auf seine Kosten einen entsprechend eingestellten Strombegrenzer oder einen Spitzenzähler in die Leitung einzuschalten und behält sich das Recht der Kündigung vor, falls der Abnehmer mehr als 1500 Jahresbrennstunden für den Pauschalbetrag in Anspruch nehmen sollte.

Ueber die Bedeutung eines solchen Pauschaltarifs für den Kohlenverbrauch der Kraftwerke ist das Folgende bemerkenswert: Nach einer von Dettmar aufgestellten Statistik gab es am 1. April 1913 bei 4040 deutschen Elektrizitätswerken 1.65 Millionen Abnehmer nach Zählern und 147 000 Pauschalabnehmer. Seit diesem Zeitpunkt bis zum Schluß des Jahres 1916 ist die Zahl der nach den Angaben der Stromzähler zahlenden Abnehmer schätzungsweise um 2.3 Millionen gestiegen, sie beträgt also gegenwärtig etwa 3.95 Millionen, während gleichzeitig die Zahl der Pauschalabnehmer auf etwa 500 000 gewachsen ist. Diese letzteren Ziffern dürften für sämtliche deutsche Elektrizitätswerke zutreffend sein. Die Wirkung des Pauschaltarifs zeigt sich nun in zweifacher Hinsicht, einerseits nämlich bezahlt der Kleinabnehmer seinen wirklichen Lichtbedarf viel zu teuer gegenüber anderen Abnehmern, und andererseits führt der Pauschaltarif zu einer sehr erheblichen Stromvergeudung. Nach zahlreichen statistischen Erhebungen weisen die kleinen Anlagen nur eine jährliche Benutzungsdauer von 120 bis 400 Stunden, im Mittel also von 260 Stunden auf, da das Kraftwerk seinen Pauschaltarif aber auf einer Benutzungsdauer von 1500 Stunden aufbaut, so ergibt sich für den wirklichen Lichtbedarf des Kleinabnehmers ein ungewöhnlich hoher Strompreis. Will aber der Kleinabnehmer den Pauschaltarif ganz überflüssigerweise voll ausnützen, so tritt eine wirtschaftlich sehr bedenkliche Stromvergeudung ein, die gerade in der gegenwärtigen Zeit unbedingt unmöglich gemacht werden sollte. Nimmt man für die normale Installation eines Kleinabnehmers einen nutzbaren jährlichen Stromverbrauch für Lichtzwecke von 40 Kilowattstunden an, so würde der Gesamtbedarf bei 500 000 Pauschalabnehmern sich auf 20 Millionen Kilowattstunden stellen. Bei weitgehender, keineswegs nutzbarer Ausnutzung des Pauschaltarifs wird dagegen der vierfache Stromverbrauch erreicht, es werden also 60 Millionen Kilowattstunden an elektrischer Arbeit vergeudet. Diese Vergeudung stellt aber, wenn 1 Kilogramm Steinkohle auf die abgegebene Kilowattstunde gerechnet wird, einen unnützen Kohlenverbrauch von jährlich 60000 Tonnen dar. Eine solche Vergeudung ist nicht nur in Kriegszeiten, in denen die Kohlen wegen erhöhter Förderkosten und erschwerten Bahntransports besonders hoch im Preise stehen, äußerst bedenklich, sondern auch in Friedenszeiten werden wir auf Grund der im Weltkrieg gemachten Erfahrungen auf den höchsten Wirkungsgrad beim Kohlenverbrauch achten müssen. Man sollte also das System des Pauschaltarifs, das den wirtschaftlich denkenden Kleinabnehmer direkt übervorteilt, so schnell wie möglich beseitigen und an dessen Stelle einen niedrigen Gebührentarif unter Zugrundelegung des Stromzählers allgemein für die Kleinabnehmer einführen. Die Zählermiete könnte man bei dem niedrigen Anschaffungspreis der modernen, sehr zuverlässigen und überlastungsfähigen Stromzähler (in normalen Zeiten nicht mehr als 14 Mark) ganz fallen lassen und auch die Zahl der Ablesungen ohne Gefahr erheblich vermindern, unter Umständen auch eine gleichmäßige Vorauszahlung einführen. Auf diese Weise würde die wirklich nützliche Stromverwendung des Kleinabnehmers auch für andere hauswirtschaftliche Zwecke erheblich gefördert und eine weitere Popularisierung der elektrischen Arbeit erreicht werden.

Der Abend
28./XII. 1916

112

Der Kohlenmangel in den Unterrichtsanstalten.

Jüngst hat das Unterrichtsministerium in einem Erlaß den Leitern der Unterrichtsanstalten dringlich nahegelgt, mit den Heizstoffen zu sparen und das Öffnen der Fenster, welches — nach der Ansicht des Unterrichtsministeriums — ohne in vielfach erst durch das Überheizen notwendig gemacht werde, einzuschränken. Durch das Sparen mit den Heizstoffen wird der Möglichkeit, daß die Zimmer überheizt werden und infolgedessen über das sonst notwendige Maß hinaus die Fenster geöffnet werden müssen, genügend vorgebeugt, und da das Unterrichtsministerium dennoch vor übermäßigem Lüften der Schulzimmer warut, so kann man den Erlaß nicht anders auslegen, als daß das Unterrichtsministerium rücksichtsloses Sparen mit den Heizstoffen wünscht, auch auf Kosten der Lüftung der Schulzimmer. Da gegenwärtig viele Schulgebäude als militärische Unterkünfte dienen, werden die noch freistehenden abwechselnd, außer von den eigenen, auch noch von Schülern und Lehrern anderer Anstalten benützt. Dies ist selbst bei fleißigstem Lüften der Schulzimmer ein arger Übelstand in gesundheitlicher Hinsicht. Wie wird es erst werden, wenn die Schulleiter tun, wozu das Unterrichtsministerium sie aneifert? Den Ausweg, gut zu lüften und trotzdem wenig zu heizen, könnte man in der gegenwärtigen Jahreszeit auch nicht gutheißen. Wie immer man die Sache betrachtet, ergibt sich, daß der Erlaß des Unterrichtsministeriums schleunigst widerrufen werden sollte.

Die Zeit 31/X. 1916

— **(Kohlenproduktion und Kohlenmangel.)** Die derzeit herrschende Kohlenknappheit, die sich auch insbesondere in Wien stark fühlbar macht, ist ausschließlich auf den Mangel an Waggons zurückzuführen, der es unmöglich macht, die in den Revieren reichlich vorhandenen Kohlenvorräte rechtzeitig an Ort und Stelle zu bringen. Nicht nur die österreichischen Reviere leiden unter empfindlichem Wagenmangel, auch in Oberschlesien, dessen Kohlenförderung maßgebend ist für die Versorgung Wiens, tritt der Wagenmangel stark auf. Zum Teil beruht die Kohlenknappheit auch darauf, daß im laufenden Jahre manche Kohlenreviere ihre normale Förderung noch nicht erreicht haben. Dies gilt insbesondere für das oberschlesische Revier. Hinsichtlich unserer Steinkohlenproduktion ist dies jedoch nicht der Fall, im Gegenteil, die österreichische Steinkohlenförderung wird im Jahre 1916 die Fördermenge des letzten Friedensjahres, die zugleich die bisherige Rekordziffer darstellt, ganz erheblich übertreffen. Durch den in den letzten Monaten aufgetretenen Mangel an Waggons haben die Lagervorräte, insbesondere im Ostrau-Karwiner Revier, eine derartige Höhe erreicht, daß sogar Feierschichten eingelegt werden mußten. Diese Depots stünden heute ohneweiters als Ersatz für oberschlesische Steinkohle zur Verfügung, wenn nicht die Abfuhrmöglichkeit fehlen würde. Aehnlich liegen die Verhältnisse im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier, dessen Förderung indes hinter der normalen noch zurückbleibt. — Nachstehend einige Daten über die Entwicklung der österreichischen Steinkohlenproduktion: Die Steinkohlenförderung erreichte in den ersten elf Monaten 1916 161·6 Millionen Meterzentner, die Kokserzeugung 23·6 Millionen Meterzentner. Die Jahresproduktion 1916 ist mit rund 176·5 Millionen Meterzentner an Steinkohle, zirka 25·7 Millionen Meterzentner Koks und rund 2 Millionen Briketts zu veranschlagen. Mit diesen Ziffern wird die österreichische Steinkohlenförderung jene des Vorjahres um 15·8 Millionen Meterzentner, jene von 1914 um 22·5 Millionen Meterzentner und die bisherige Höchstmenge von 1913 um rund 12 Millionen Meterzentner übertreffen. Demgegenüber fördert das oberschlesische Steinkohlenrevier auch gegenwärtig noch immer erst kaum 85 Prozent der normalen Produktionsmenge. Die österreichische Kokserzeugung übertrifft mit 25·7 Millionen Meterzentner jene des Vorjahres um 6·6 Millionen Meterzentner und die bisherige Höchstmenge von 1913 gleichfalls um ein Beträchtliches. Aus vorstehenden Daten läßt sich ableiten, daß die österreichische Steinkohlenproduktion unter normalen Absatzverhältnissen im Jahre 1916 imstande gewesen wäre, erheblich größere Kohlenmengen dem inländischen Konsum zuzuführen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß einerseits erhebliche Kohlenmengen nach Ungarn verliefert werden mußten, und daß andererseits Ostrauer Kohle — wegen des Mangels an Inlandswagen — in zur Verfügung gestellten deutschen Waggons nach dem Deutschen Reich exportiert wurden, um überhaupt Platz für die Förderkohle zu schaffen und dadurch die Einlegung von Feierschichten zu verhindern.

Tägliche Rundschau

3./I.1917

M4

* **Gegen den Wucher im Kohlenkleinhandel.** Gegen unberechtigte, übermäßige Preissteigerungen im Kohlenkleinhandel wendet sich ein Erlaß des preußischen Handelsministers an die Regierungspräsidenten und den Oberpräsidenten zu Potsdam. Es heißt darin:

Zeitungsnachrichten zufolge ist der Kohlenhandel im Begriff, die jüngst von der Kohlenindustrie mit Wirkung vom Beginn 1917 ab beschlossene Erhöhung der Brennstoffpreise auch seinerseits zum Ausgangspunkt für eine Steigerung der Handelspreise zu machen. Es besteht dabei nach den an einzelnen Stellen früher gemachten Erfahrungen die Gefahr, daß besonders der Platz- und Kleinhandel unter der Behauptung weiter stark gestiegener eigener Unkosten (Auslagen für Löhne, Abfuhr usw.) zu einer Preiserhöhung schreitet, die zu der von der Kohlenindustrie vorgenommenen in keinem angemessenen Verhältnis steht. An sich bedingt die Erhöhung des Erzeugerpreises um je 1 M. für die Tonne Brennstoff nur einen Aufschlag von je 5 Pf. für den Zentner. Preissteigerungen des Handels, die dieses Maß wesentlich übersteigen, werden also im Interesse der Verbraucher sorgfältig auf ihre sachliche Berechtigung nachgeprüft werden müssen. Ich ersuche, die Preisprüfungsstellen des Bezirks unverzüglich mit Nachdruck auf diese ihnen zufallende Aufgabe hinzuweisen, bei deren Erfüllung es sich empfehlen wird, die schon in der Vergangenheit vorgenommenen Preissteigerungen des Kohlen-Platz- und -Kleinhandels einer Nachprüfung zu unterziehen und ferner dafür Vorsorge zu treffen, daß festgestellte Uebervorteilungen der Brennstoffverbraucher mit Hilfe der Mittel, die besonders in der Bundesratsverordnung gegen übermäßige Preissteigerungen vom 23. Juli 1915 und diejenige zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom 23. September 1915 nebst ihren Nachträgen an die Hand geben, unnachsichtlich geahndet werden.

Die Zeit
6/I. 1917

M6

— (Von den österreichischen Kohlenmärkten.) Ueber die Lage auf den österreichischen Kohlenmärkten wird uns geschrieben: Im Nordwestböhmischen Braunkohlenrevier hat der Wagenmangel einen derartigen Umfang angenommen, daß in der letzten Zeit kaum die erste Gruppe der bevorzugten Abnehmer ausreichend mit Kohlen versorgt werden konnte. Die anderen bevorzugten Verbraucher konnten nur ganz unzureichend beliefert werden, während die private Kundschaft fast ganz leer ausging. Welche Erschwerung in der Kohlenablieferung der Wagenmangel mit sich bringt, kann aus nachstehenden Angaben ermessen werden: In der ersten Dezemberhälfte hatte das gesamte nordwestböhmische Braunkohlenrevier bei einem Normalbedarf von 72.424 Wagen 54.134 Wagen bestellt. Beigestellt wurden jedoch nur 31.919 Waggons (gegen 42.210 in der gleichen Zeit von 1915). Die Nachfrage nach Kohle ist äußerst stark, trotz der infolge der milden Witterung nicht so stürmischen Anforderungen an Hausbrandsorten. Auf die Förderung hatten die vielen Feiertage im Dezember naturgemäß einen nachteiligen Einfluß. Trotzdem dürfte die Kohlenförderung im Brüxer Revier für das Jahr 1916 mehr als 149 Millionen Meterzentner erreicht haben, gegen 142·2 Millionen Meterzentner pro 1915. Im Falkenau-Elbogener Revier wird die Förderung für 1916 auf rund 40 Millionen Meterzentner geschätzt, gegen 36·5 Millionen Meterzentner pro 1914. Im Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier zwang der Wagenmangel einzelne Gruben zu Fördereinschränkungen, obwohl die Nachfrage nach Kohlen äußerst stürmisch war. Die glänzende Beschäftigung der Eisenwerke bringt es mit sich, daß nach Koks immer größerer Begehr herrscht. Wegen der derzeit auf zirka 20 Prozent des normalen Bezuges beschränkten Einfuhr aus Oberschlesien, die noch dazu fast ausschließlich bevorzugten Abnehmern zugute kommt, haben viele Verbraucher von oberschlesischen Kohlen und Koks versucht, Ersatzlieferungen aus dem Ostrauer Revier zu erhalten, doch war dies um so weniger möglich, als die Gruben im Dezember erhebliche Kohlenmengen nach Galizien expedieren mußten, für welchen Zweck Waggons zur Verfügung gestellt wurden. Im Ostrau-Karwiner Revier wurden in der ersten Dezemberhälfte bei einem Normalbedarf von 33.381 Waggons 41.262 Wagen bestellt, jedoch nur 27.623 Wagen tatsächlich beigestellt. Was die Förderung anlangt, so wird die Produktion des Reviers pro 1916 die Ziffer von rund 109 Millionen Meterzentner erreichen. Diese Menge bedeutet einen neuen Rekord, denn sie geht über die bisherige Höchstziffer vom Jahre 1915 per 95·7 Millionen Meterzentner um nicht weniger als rund 13 Millionen Meterzentner hinaus. Die Förderung des Reviers im letzten Friedensjahr hatte sich nur auf 93·6 Millionen Meterzentner gestellt. In Koks rechnet man mit einer Gesamterzeugung von rund 25 Millionen Meterzentner, das ist eine Menge, die die vorjährige um 6·5 Millionen Meterzentner übertrifft und auch die bisherige Höchsterzeugung von 1913 (24·8 Millionen) überragt.

Neues Pester Journal
7/I. 1917

7
8

117

Die Kohlencentrale.

Die heutige Nummer des Amtsblattes veröffentlicht eine Regierungsverordnung in Angelegenheit der Konstituirung einer Landes-Kohlenkommission mit behördlichem Rechtskreise. Aufgabe dieser Kommission wird es sein, den Kohlen-, Brikett- und Koksbedarf des Landes und die Vorräthe an diesen Artikeln in Evidenz zu halten und die erforderlichen Agenden zur Befriedigung des Bedarfes zu versehen.

Die Verfügungen hinsichtlich der Konstituirung der Kommission trifft der Handelsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister. Mitglieder der Kommission sind außer dem vom Handelsminister zu ernennenden

Diese Verkäufer dürfen, sofern sie auch gleichzeitig für den Haushaltungsbedarf Verkäufe bewerkstelligen, aus ihren gesperrten Vorräthen innerhalb vierzehn Tage, vom Tage der Sperre an gerechnet, für Haushaltungszwecke auch ohne besondere Erlaubniß der Landes-Kohlenkommission weiterhin Kohle, Brikett und Koks in Verkehr bringen.

Diejenigen, die sich ausschließlich mit dem Detailverkauf von Kohle, Brikett und Koks befassen, können ihre auf Lager befindlichen Vorräthe auch im Falle der Sperre verkaufen, sie sind aber verpflichtet, nach den eventuellen Weisungen der Kohlenkommission vorzugehen. Als Detailverkäufer haben Diejenigen zu gelten, die obige Artikel höchstens in Posten von fünf Meterzentnern in Verkehr bringen.

Der Handelsminister kann im Einvernehmen mit dem Finanzminister und nach Anhörung der Landes-Kohlenkommission die Höchstpreise von Kohle, Brikett und Koks sowohl im Groß- wie im Kleinhandel feststellen. Diese Preise werden als Vergütung für die requirirten Vorräthe bezahlt, sind aber keine Höchstpreise festgestellt, wird jener Preis bezahlt, den der Handelsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister und nach Anhörung der Landes-Kohlenkommission feststellt.

Sofern in Folge der in der gegenwärtigen Verordnung enthaltenen Verfügungen der Verkäufer bestehenden Verpflichtungen zur Lieferung von Kohle, Brikett oder Koks ganz oder theilweise nicht zu entsprechen vermag, kann hieraus gegen den Verkäufer ein Schadenersatzanspruch nicht erhoben werden.

Der Handelsminister kann die Landes-Kommission ermächtigen, alle Produzenten, Händler und Konsumenten (Haushaltungen, Staatsbetriebe und Bahnen des öffentlichen Verkehrs ausgenommen, jedoch Straßenbahnen inbegriffen) zu kontrolliren, in ihre Bücher Einsicht zu nehmen und die Vorlage von Ausweisen zu fordern, damit die Thätigkeit der Kommission erfolgreich gestaltet werde.

Diese Verordnung tritt am 10. Januar in Kraft und erstreckt sich auf das ganze Landesgebiet.

Österr. Volkszeitung
10./I. 1917

118

Der Konsumverein und die Kohlenversorgung.

Mit der Bitte um Aufnahme erhalten wir folgende Zuschrift:

Der Erste Wiener Konsumverein hat, so lange Holz und Kohlen leicht zu beschaffen waren, seine Mitglieder mit diesen wichtigen Artikeln versorgt. Freilich, das Rabattsystem, bei anderen Waren üblich, kam bei dieser nicht zur Anwendung; die Mitglieder mußten für Holz und Kohle ebensoviel bezahlen wie anderswo, und bekamen auch nichts davon zurückvergütet. Warum, ist nie recht klar geworden, aber die Mitglieder, an derlei Merkwürdigkeiten gewöhnt, hatten sich längst damit abgefunden. Nun aber bekommen sie seit geraumer Zeit nicht nur keinen Rabatt, sondern auch — kein Holz und keine Kohlen. Der Erste Wiener Konsumverein hat sich nämlich veranlaßt gesehen, die Lieferung von Brennmaterial in dem gleichen Augenblick einzustellen, da die Versorgung schwer zu werden begann. Daß diese Schwierigkeiten auch für den Verein bestehen, ist sicher; es ist aber nicht einzusehen, warum ein Unternehmen von solchem Umfang derselben Schwierigkeiten nicht Herr werden sollte, denen mehr oder minder sogar der kleinste Kohlenhändler begegnen kann. Mit einiger Mühe und einigem guten Willen wäre das gewiß möglich; der Erste Wiener Konsumverein scheut aber allem Anschein nach die Mühe, und an gutem Willen läßt er es fehlen.

Sehr zum Schaden seiner Mitglieder, die dadurch in die größte Verlegenheit gebracht wurden. Denen, die immer vom Verein zu beziehen pflegten, fehlt es jetzt an einem Lieferanten, bei dem sie „eingeführt" sind; und wie schwer es ist, bei den herrschenden Verhältnissen eine neue Bezugsquelle zu finden, ist allgemein bekannt. Die Schwierigkeit ist für den einzelnen sicher noch größer als für den Verein als Gesamtheit; es wäre aus diesem Grund dringend zu wünschen, daß der Verein die Versorgung seiner Mitglieder mit einem so wichtigen Konsumartikel je eher, desto besser, wieder aufnimmt!

W. G.

Neue Freie Presse

12. II. 1917

119

[Erhöhung der Braunkohlenpreise.] Die Braunkohlenwerke haben mit Gültigkeit vom 10. Januar eine Erhöhung der Preise vorgenommen, die eine sehr starke Belastung für den Konsum, insbesondere für die industriellen Verbraucher bedeutet. Darüber wird uns aus Prag folgendes telegraphiert: Die Steigerung der Preise für Industriekohle beträgt 10 bis 20 K. per Waggon. Nach den bereits ausgegebenen neuen Listen wird Stückkohle mittel I und II um 10 K., Nußkohle I um 12 bis 13 K. und Nußkohle II um 20 bis 24 K. per Waggon à 10 Tonnen verteuert. Weit größer sind die Preisaufschläge für hochwertige sogenannte Bruch-Ossegger Gaskohle, und zwar wurde Nuß I um 34, Nuß II um 50, Nuß III um 60 K. per Waggon erhöht. Die letzte Preissteigerung für böhmische Braunkohle wurde im Herbst 1914 vorgenommen. Vor ungefähr drei Wochen sind die Werke an das Ministerium für öffentliche Arbeiten mit dem Ersuchen herangetreten, einer allgemeinen Erhöhung der Braunkohlenpreise die Zustimmung zu geben. Sie begründeten dieses Ansuchen mit der Steigerung der Gestehungskosten, insbesondere der Erhöhung der Löhne und der Verteuerung der Materialien, da die Grubenholzpreise die Gestehungskosten mancher Werke um sechs Kronen per Waggon vermehren, die Fett- und Schmierölpreise um etwa 400 Prozent gestiegen seien.

den Arbeitern Teuerungszulagen gewährt und aus der Lebensmittelzentrale in Brüx unter den Selbstkosten Bedarfsartikel zur Verfügung gestellt werden. Ferner wurde auf das Beispiel der deutschen Reviere, in welchen die Preise vor kurzem erhöht wurden, hingewiesen. Die Steigerung der Braunkohlenpreise wird jedoch von der Industrie um so schwerer getragen werden, als vom 1. Februar ab bekanntlich auch neue Tariferhöhungen in Oesterreich und in Ungarn in Kraft gesetzt werden sollen.

Der Morgen

15. I. 1917

Die Kohlenzufuhr in Wien.

Ein Vorschlag zur Linderung der Kohlennot.

Wir sind mitten im Winter und die Hoffnungen jener ewig zuversichtlichen Gemüter, daß es diesmal nicht ernstlich kalt werden würde, und daß der Himmel angesichts der Kohlen- und Petroleumnot ein Einsehen haben und die Tage weniger verkürzen könnte, haben sich durchaus nicht erfüllt. Es ist kalt und wird früh finster, obgleich die armen Leute an Kohle und Petroleum Not leiden. Was das bedeutet, wie die Not an Brenn- und Beleuchtungsmaterial, die vorzeitige Arbeitseinstellung bei allen Heimarbeitern erzwingt, sich sogleich auch in Erwerbsnot umsetzt und so verdichtet, ist allgemein bekannt. Was soll man aber dagegen tun? Petroleum ist einstweilen zu wenig da, und man kann nur hoffen, daß diesem Mangel durch Instandsetzung der Bohrwerke in den rumänischen Petroleumgebieten bald abgeholfen wird. Was aber die Kohle betrifft, so wird behauptet, daß wir genügend davon besitzen, genug jedenfalls, damit die Bevölkerung nicht frieren müsse, daß aber die Zufuhr und, was Wien anlangt, insbesondere die Verteilung von den Kohlenrutschen unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet. Wer ein Fuhrwerk aufzutreiben und zu bezahlen vermag, oder wer imstande ist, sich Kohle in irgendeinem Behältnis vom Nordbahnhof selbst nach Hause zu tragen, kann sich dieses Brennmaterial ja auch verschaffen. Es ist jedoch selbstverständlich, daß auf diese Art die ohnedies teuere Kohle, bis sie in der einzelnen Wohnung einlangt, unerschwinglich geworden ist; sei es, weil man wahre Phantasiepreise für Wagen, Pferde und Kutscher zu bezahlen hat, sei es, weil halbe oder ganze Arbeitstage sehr kräftiger und arbeitsfähiger Familienmitglieder geopfert werden müssen.

Daraus ergibt sich, daß es bereits eine wesentliche Erleichterung und Verbilligung für die Bevölkerung bedeuten würde, wenn es gelänge, die Kohlenrutschen gleichsam zu dezentralisieren, d. h. wenigstens in jedem Bezirk eine Kohlenrutsche zu improvisieren, von der sich die Bewohner des Bezirkes ihre Kohle holen oder holen lassen können. Zu diesem Zwecke müßte eine Transportmöglichkeit von den Kohlenrutschen der Bahn in die einzelnen Bezirke gefunden und im Wege einer behördlichen Fürsorge durchgeführt werden. Die Angelegenheit ist so wichtig und so dringend, daß jedes Mittel der Abhilfe ergriffen werden muß. Als die natürlichen Transportmittel erscheinen dem Laien die Stadtbahn und die Straßenbahn, denen es noch möglich sein sollte, während der Nacht die allernotwendigsten Kohlenmengen in die einzelnen Bezirke zu bringen und dort auf irgend einem Platze abzuladen, wo man unschwer eine Bewachung und eine Verteilung vornehmen könnte. Damit wäre viel getan, wenn auch noch nicht alles. Man müßte dann noch einen Schritt weiter gehen und eine Häuserorganisation schaffen, die es ermöglicht, daß die Bewohner eines Hauses bzw. einer Straße sich die Transportmittel für den bereits verkürzten Weg zu beschaffen vermögen. Hiebei könnte immerhin auch schon mit kleineren Transportmitteln gearbeitet werden. Der heutige Zustand, daß sich eine Hausfrau, die Kohle braucht, ihre Teilnehmer an der Zufuhr selbst suchen und dann als Privatperson das Transportmittel auftreiben und den Preis aushandeln soll, ist der unwirtschaftlichste, den man nur ausdenken kann. Es ist uns z. B. der Fall bekannt, daß ein Amt, welches zwei Fuhren Koks von einer staatlichen Vorratsstelle holen lassen mußte, für jeden Wagen achtzig Kronen und außerdem zwanzig Kronen für den Kutscher bezahlen mußte. Nicht nur die arme, auch schon die nicht reiche Bevölkerung sieht da ganz einfach vor Unerschwinglichkeiten.

Man sollte glauben, daß etwas geschehen müsse und zwar sofort. Es hat ja weiter keinen Sinn, darob die Hände über dem Kopf zusammenzuschlagen, daß noch nichts geschehen ist. Zu spät ist es in solchen Dingen nie, weil auch späte Linderung eines so ungeheuerlichen und so schmerzlich fühlbaren Übelstandes besser ist als gar keine, und weil jede

Neues Wiener Tagblatt
18.I.1917

(Kohlenpreise und Kohlenversorgung.) Die Großkohlenfirmen haben dem Handelsministerium zur Kenntnis gebracht, daß die Kohlenpreise vom 1. Februar entsprechend den erhöhten Eisenbahntarifen eine Verteuerung erfahren sollen. In welchem Ausmaße dies geschehen wird, ist noch nicht festzustellen, da noch nicht bekannt ist, ob die Transporttarife auf der preußischen Strecke sich in gleicher Weise erhöhen werden. Im Durchschnitte stellte sich bisher die Fracht von Kattowitz nach Wien-Nordbahnhof auf 111 K. 40 H. für 100 Meterzentner. — Seit einer Woche ist in den Kohlenhöfen der Nordbahn seitens der Großkohlenfirmen eine Organisation geschaffen worden, welche eine zweckentsprechende Verteilung von Kohle an die vielen Hunderte von Kleinkäufern, die sich täglich in den Kohlenhöfen einfinden, beabsichtigt und erreicht hat. Die Kleinkäufer werden an die einzelnen Firmen je nach deren täglichen Lagerstande gewiesen. Seit dem Bestehen dieser Organisation hat sich der Andrang der Kleinkäufer wesentlich verringert und deren Zahl ist von 500 bis 600 pro Tag auf 300 bis 400 gesunken, da nunmehr mit größerer Sicherheit und Leichtigkeit Kohle in kleinen Quantitäten von 1 bis 5 Zentner zu erhalten ist.

Fremdenblatt
19./I. 1917

123

Die Kohlenfrage.

Wie schon berichtet, hat kürzlich in der niederösterreichischen Handelskammer eine Versammlung von Interessenten stattgefunden, die sich mit der Errichtung einer amtlichen Kohlenverteilungsstelle befaßte, ein Plan, der fallen gelassen wurde. In dieser Versammlung wurden auch, wie wir hören, Mitteilungen über den Versand oberschlesischer Kohle nach Oesterreich und Ungarn gemacht. Daraus ergibt sich die bemerkenswerte Tatsache, daß der Versand im abgelaufenen Jahre größer war als im Jahre 1915. Es stellte sich nämlich der Versand aus Oberschlesien nach Oesterreich, und zwar im Frühjahr 1913 auf 831.000 Wagen, im Jahre 1914 auf 608.000 Wagen, im Jahre 1915 auf 586.000 Wagen und im Jahre 1916 (ex Dezember) auf 606.000 Wagen. Das bedeutet, daß im Jahre 1916 gegenüber derselben Zeit des Vorjahres ein Plus von 11 Prozent, gegenüber dem letzten Friedensjahre, das besonders starke Versandziffern hatte, ein Ausfall von 27 Prozent resultiert. Mit Rücksicht auf den außergewöhnlich starken Versand des Jahres 1913 darf man dieses natürlich nicht als Maßstab nehmen. Vergleicht man den Friedensversand der Jahre 1910 bis 1913 mit dem Jahre 1916, so ergibt sich, daß der Ausfall des Jahres 1916 nur 15 Prozent beträgt.

Die Zeit

21./I. 1917

125

— (**Oesterreichs Kohlenproduktion im Jahre 1916.**) Obwohl die österreichische Kohlenförderung in den letzten Monaten des Jahres 1916 durch Verkehrsschwierigkeiten stark behindert war, gelang es doch, weit höhere Produktionsziffern zu erreichen. In Steinkohle wurde sogar die bisherige Höchstmenge des letzten Friedensjahres erheblich übertroffen, und auch die Kokserzeugung stellt sich für 1916 höher als für das Jahr 1913. — Die Gesamtgewinnung an Steinkohle belief sich im Jahre 1916 auf 176,017.079 Meterzentner (gegen 160·8, 154·0 und 164·6 Millionen in den Jahren 1915 bis 1913). Gegen 1915 wurde eine Mehrförderung von 15·2 Millionen, gegen 1913 eine solche von 11·4 Millionen Meterzentner erzielt. An Briketts wurden 1,961.093 Meterzentner gewonnen, gegen 2,050.405 pro 1915 und 1·96 Millionen Meterzentner pro 1913. Die Kokserzeugung stellt sich für 1916 auf 25,846.736 Meterzentner. Die Jahresmengen 1915 bis 1913 waren 19·07, 21·9, beziehungsweise 25·62 Millionen Meterzentner. Gegen 1915 ist sonach eine Zunahme um rund 6·7 Millionen Meterzentner zu verzeichnen. — Die Braunkohlengewinnung stellt sich pro 1916 auf 231,998.943 Meterzentner und hat somit gegen 1915 (220·3 Millionen) um rund 11·7 Millionen Meterzentner zugenommen. In den Jahren 1914 und 1913 sind 237·8, beziehungsweise 273·8 Millionen Meterzentner gewonnen worden. Die Briketterzeugung stellte sich im Jahre 1916 auf 2,250.030 Meterzentner (gegen 2·5 Millionen pro 1915 und 2·3 und 2·5 Millionen pro 1914, beziehungsweise 1913). Die Gesamtkohlengewinnung Oesterreichs (Braun- und Steinkohle) stellte sich 1916 auf rund 408 Millionen Meterzentner, gegen 381 Millionen Meterzentner im Vorjahre.

Neues Wiener Tagblatt
21. I. 1917

Mangelnde Kohlenzufuhr. — Preiserhöhung der Kohle.

Die Kohlenzufuhr ist in der abgelaufenen Woche etwas gestiegen. Die Ausfuhr vom Nordbahnhofe leidet gegenwärtig infolge der großen und anhaltenden Schneefälle; beim Anhalten dieses Wetters sind für die Versorgung der Stadt mit Kohle und Koks größere Schwierigkeiten zu befürchten. Die am 1. Februar eintretende allgemeine Erhöhung der Frachtspesen dürfte voraussichtlich eine Erhöhung der inländischen Kohle um 25 H. und der oberschlesischen Steinkohle um 36 H. per 100 Kilogramm verursachen.

* * *

Der Abend
22./I. 1917

127

Die Stadt Berlin sichert sich Kohlen.

Die Schwierigkeiten, in die die Stadt Berlin dadurch geraten ist, daß die Versorgung ihrer Gaswerke bisher zum größten Teile auf englischen Kohlen beruhte, haben dazu geführt, daß die Stadt sich zum Erwerb von eigenem Bergwerksbesitz entschlossen hat. In Betracht kommt vornehmlich der Felderbesitz der Gewerkschaft „Westfalen" in Ahlen i. W. und die Gerechtsame der benachbarten Bohrgesellschaft „Anneliese", ein Kohlenfelderbesitz, der die Brennstoffversorgung Berlins auf Jahrhunderte hinaus gewährleisten würde. Die „Berg- und Hüttenmännische Rundschau" schätzt den Aufwand des ganzen Ankaufes auf 50 Millionen Mark. — Die Stadt Wien besitzt bekanntlich das vielbesprochene Braunkohlenwerk Zillingsdorf, von dem es, seitdem an Kohle Mangel herrscht, ganz auffallend still geworden ist, obwohl gerade jetzt Auskünfte ganz besonderem Interesse begegnen würden.

Neue Freie Presse
23./I. 1917.

128

[Die österreichische Kohlenproduktion des Jahres 1916.] Die in unserem Blatte vom 28. Dezember v. J. veröffentlichten Ziffern über die voraussichtliche Kohlenförderung Oesterreichs im Jahre 1916 haben durch die nunmehr vorliegenden Gesamtdaten ihre Bestätigung gefunden. Die Steinkohlenförderung betrug rund 176 Millionen Meterzentner, hat also gegen 1915 um 15·2 Millionen Meterzentner zugenommen und auch die bisherige Höchstziffer von 1913 (164·6 Millionen) bedeutend überschritten. In Koks stellte sich die Erzeugung im Jahre 1916 auf 25·85 Millionen Meterzentner gegen 19·07 Millionen pro 1915 und 25·6 Millionen pro 1913. Die Braunkohlengewinnung erreichte rund 232 Millionen Meterzentner gegen 220·3 Millionen pro 1915 und 237·8 Millionen pro 1914. Das Ostrau-Karwiner Revier hat mit einer Produktion von 109 Millionen Meterzentner seine Förderung von 1915 (95·7 Millionen) und jene von 1913 (93·6 Millionen) übertroffen. Auch das Rossitzer und das Pilsner Revier weisen für 1916 höhere Förderziffern auf. Dagegen hat das Kladnoer Revier im abgelaufenen Jahr nur 25·6 Millionen Meterzentner Kohle gefördert gegen 26 Millionen pro 1915 und 25·4 Millionen pro 1913. Bemerkenswert ist die Produktion Galiziens, die 1916 rund 18·7 Millionen Meterzentner betrug, gegen nur 16·5 Millionen pro 1915. Die Friedensförderung von 1913 per 19·7 Millionen Meterzentner konnte allerdings in Galizien nicht ganz erreicht werden. Von den Braunkohlenrevieren hat das Brüxer Revier im vergangenen Jahre 149·2 Millionen Meterzentner gefördert, das Falkenauer Revier 39·7 Millionen Meterzentner. Beide Reviere haben die Fördermenge von 1915 zusammen um 10·2 Millionen Meterzentner übertroffen.

Die Zeit
23./I. 1917.

180

Kohlensorgen der Ententeländer.

Die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung der Ententeländer haben sich in der letzten Zeit wesentlich verschärft. Alles hängt nun davon ab, ob England imstande sein wird, seine Kohlenförderung so zu erhöhen, daß die Ausfuhr, die andauernd sinkende Tendenz zeigt, entsprechend vermehrt werden kann. Vorläufig ist indes von einer wesentlichen Erhöhung der englischen Kohlenproduktion keine Rede, obwohl schon vor längerer Zeit Maßnahmen zu ihrer Hebung zur Durchführung kamen. Durch Rückbeurlaubung von 15.000 Bergleuten konnte man allerdings die Produktion um einige Millionen Tonnen gegen 1915 erhöhen, doch scheint die in Aussicht genommene Produktionserhöhung um weitere 14 bis 15 Millionen Tonnen noch weit von ihrer Verwirklichung entfernt zu sein. Im Rechnungsjahr 1915/16, das Ende Juli 1916 schloß, konnte eine Kohlenförderung von 254 Millionen Tonnen erreicht werden, das sind um rund 4 Millionen Tonnen mehr als in der gleichen Vorjahrszeit, dagegen nur um 0·8 Millionen Tonnen mehr als im Kalenderjahr 1915. Bestenfalls ist die englische Kohlenförderung für 1916 mit rund 260 Millionen Tonnen anzunehmen (gegen 253·2 pro 1915, 265·6 und 287·4 pro 1914, beziehungsweise 1913). Sie ist also noch weit entfernt von der Friedensgewinnung. Die Ausfuhr, die schon von 1913 (73·4 Millionen Tonnen) auf 1915 (43 Millionen Tonnen) ganz bedeutend gesunken war, hat in den ersten zehn Monaten 1916 nur 32·7 Millionen Tonnen erreicht und weist gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres abermals einen Rückgang um 4·3 Millionen Tonnen auf. Im Kalenderjahr 1916 dürfte die englische Kohlenausfuhr sonach kaum mehr als die Hälfte des Exports von 1913 erreicht haben. Die mäßige Mehrproduktion und die weitere Beschränkung der Ausfuhr beweisen, daß Englands Kohlenverbrauch infolge Ausdehnung seiner Kriegsindustrien und des großen Bedarfes an Bunkerkohle weiter gestiegen ist und eben eine weitere Kürzung der Kohlenausfuhr zum Schaden Frankreichs, Italiens und einiger neutraler Staaten notwendig machte. Besonders arg steht es hinsichtlich der Kohlenversorgung Frankreichs und Italiens. Beide Länder haben in den ersten zehn Monaten 1916 knapp die gleichen Kohlenmengen von England erhalten wie pro 1915, in welchem Jahre schon Kohlenmangel herrschte, und in den letzten Monaten des Jahres 1916 ist die Kohlenzufuhr noch erheblicher zurückgegangen.

Italien erhielt zum Beispiel im Dezember 1916 nur 168.000 Tonnen gegen 385.000 Tonnen im Juli. Da auch die amerikanischen Aushilfslieferungen für 1916 (im ersten Semester 1916 erst eine Million Tonnen) kaum die vorjährige Menge (3 Millionen Tonnen) erreicht haben, kann Italien im Jahre 1916 insgesamt nicht viel mehr als 7 Millionen Tonnen Kohle bezogen haben. Da die englischen Importe schon lange zu wünschen übrig ließen, wurde zum letzten Auskunftsmittel gegriffen, nämlich zur Forcierung der italienischen Braunkohlenproduktion. Wie italienische Blätter seinerzeit berichteten, hofft man von dieser Maßnahme eine Hebung der Kohlengewinnung Italiens auf anderthalb Millionen Tonnen pro Jahr (gegen 0·3 Millionen Tonnen bisher). Auch bei Einbeziehung der so erhöhten eigenen Gewinnung konnte Italien, dessen jährlicher Kohlenverbrauch schon in normalen Zeiten 12 Millionen Tonnen betrug, kaum zwei Drittel der benötigten Mengen aufbringen. Daß die zur Verfügung gestandenen Kohlenquantitäten nicht einmal zur Deckung des allerdringendsten Bedarfes der Flotte, der Bahnen und der Kriegsindustrien hinreichten, beweist die Tatsache, daß Italien den Bahnverkehr mehrmals infolge Kohlenmangels erheblich einschränken mußte und auch die in günstiger Entwicklung begriffene Eisen- und Stahlindustrie aus demselben Grunde noch nicht die normale Leistungsfähigkeit erreichen konnte, obwohl an Eisen und Stahl naturgemäß gegenwärtig großer Bedarf ist.

Frankreich ist hinsichtlich der Kohlenversorgung gleichfalls zum großen Teil auf England angewiesen, da seine eigene Kohlenförderung jetzt kaum die Hälfte der normalen erreicht. Da die Kohleneinfuhr aus England nach den bis jetzt vorliegenden Daten pro 1916 kaum wesentlich mehr als 20 Millionen Tonnen betragen hat, die eigene Förderung aber nur mit gleichfalls 20 Millionen Tonnen angenommen werden kann, war nicht viel mehr als die Hälfte des Kohlenbedarfes gedeckt, und es ist daher erklärlich, daß es in Frankreich infolge Kohlenmangels zu Verkehrsbeschränkungen, Einstellung wichtiger Fabriksbetriebe usw. kommen mußte. — Die hinsichtlich der neutralen Staaten vorliegenden Daten geben schließlich darüber Aufschluß, daß England auch an diese Länder im vergangenen Jahre bei weitem nicht jene Kohlenmengen wie pro 1915 liefern konnte, obwohl auch diese schon ganz unzureichend gewesen sind.

Reichspost
23./I. 1917.

131

Wieder ein Attentat gegen den Wienerwald?

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Schon einmal war unser Wienerwald, die Erholungsstätte zahlreicher Wiener, in Gefahr, von wucherischen Ausbeutern und Spekulanten seiner Waldungen beraubt zu werden. Nur dem energischen und zielbewußten Eingreifen Schöffels war es zu danken, daß die Absicht unausgeführt blieb.

Nun hält eine Gruppe von Geldleuten die Zeit für gekommen, die Ausbeutung der Wienerwaldbestände großzügig aufs neue zu versuchen.

Bei der Offertlegung zur Schlägerung für 1916/17 wurde durch die „Oesterreichische Wald- und Holzindustrie A.-G." ein Offert eingebracht, durch welches ein so hohes Anbot gestellt wurde, daß dadurch alle anderen kleineren Käufer außer Frage kämen. Sollte es dieser Aktiengesellschaft gelingen, ihr Anbot vielleicht sogar auf Jahre hinaus durchzusetzen, so wären dadurch einige 20 Sägemühlenbesitzer gezwungen, ihren Betrieb einzustellen, was zur weiteren Folge hätte, daß nicht nur diese dann als Steuerzahler außer Betracht kommen, sondern einige hundert Arbeiterfamilien brotlos würden.

Die Höhe des Preisanbotes aber beweist, daß es sich um eine rücksichtslose Waldausnützung handelt, die diesen Jungbrunnen Wiens dem Geldinteresse der Unternehmer opfert. Was liegt dieser A.-G. daran wenn durch ihr rücksichtsloses Gebaren die Holzpreise sich verdoppeln? Was beim Kleinverschleißer Preistreiberei heißt und als solche verfolgt wird, das nennt sich dann hier „Ausnützung der bestehenden Konjunktur" und wird als Leistung besonderer Geschäftstüchtigkeit womöglich noch geehrt und bewundert. Hoffentlich gelingt es wieder maßgebenden Kreisen, zu verhindern, daß jüdisches Kapital nicht nur zahlreiche Familien brotlos, sondern auch unsere Umgebung Wiens zum Schauplatz wüster Waldspekulation gemacht wird.

Tägliche Rundschau
24. I. 1917

1B2

* **Gegen den Wucher mit Kohlen.** Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß verschiedene Kohlenhändler die augenblickliche Kohlennot sich dadurch zunutze machen, daß sie für Preßkohlen übermäßige Preise fordern. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß vom Verband der Berliner Kohlengroßhändler bis auf weiteres folgende Richtpreise für den Verkauf von Preßkohlen an den Verbraucher festgesetzt worden sind:

Preßkohlen ab Lager. 100 Stück: Ilse 1,40 M., Kaiser 1,35 M., Krone 1,30 M., Vulkan 1.25 M.; 1000 Stück und mehr: Ilse 13 M., Kaiser 12,50 M., Krone 12 M., Vulkan 11,50 M. Frei Haus. 100 Stück: Ilse 1,60 M., Kaiser 1,55 M.. Krone 1,50 M., Vulkan 1,45 M.; 1000 Stück: Ilse 15,50 M., Kaiser 15 M., Krone 14,50 M., Vulkan 14 M. — Industriebriketts ab Lager: I. 1 Ztr. 1,50 M., 10 Ztr. 14 M., II. 1 Ztr. 1,45 M., 10 Ztr. 13,50 M. Frei Haus: I. 1 Ztr. 1,75 M., 10 Ztr. 16,60 M., II. 1 Ztr. 1.70 M., 10 Ztr. 16 M.

Das Kriegswucheramt wird allen zu seiner Kenntnis gelangenden Fällen, in denen diese Preise überschritten werden, unnachsichtlich nachgehen und strafrechtliche Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft veranlassen. Außer dieser Maßregel wird in jedem Falle des Kohlenwuchers, ebenso wie bei unbegründeter Verkaufsverweigerung von Kohlen geprüft werden, ob dem betreffenden Händler der weitere Handel mit Kohlen gemäß Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 zu untersagen ist.

Fremdenblatt
24. Juli 1917

1133

— (Die Kohlennot.) Zwei Frauen waren gestern vor dem Bezirksgerichte Leopoldstadt wegen Ankaufes von Kohlen unter bedenklichen Umständen angeklagt. Vor einigen Tagen hatte der Kutscher Josef Windisch vom Nordbahnhof einen Wagen mit Stückkohle ins Hotel Stephanie in der Taborstraße zu führen. Windisch und seine beiden Abträger Josef Machalek und Matthias Gerl beschlossen jedoch, die Fuhre Kohle für sich zu verwerten. Gerl erschien im Hause Nr. 14 in der Großen Mohrengasse und fragte die ihm begegnende Schneidermeistersgattin Josefine Mach, ob sie Kohle kaufen wolle. Die Frau, welche gerade auf Kohlen wartete und der der Kohlenmann mitteilte, daß sie von der Firma, bei der sie die Kohle bestellt habe, keine bekommen würde, war über den glücklichen Zufall hoch erfreut und kaufte den Männern sechs Körbe Kohle, ungefähr einen Zentner den Korb, zum Preise von 4 Kronen 50 Heller ab und teilte es auch ihrer Nachbarin Marie Barta mit, die ebenfalls fünf Körbe voll kaufte.

Die beiden Frauen gaben gestern dem Richter an, sie hätten natürlich keine Ahnung gehabt, daß die Kohlenträger nicht zum Verkaufe berechtigt waren und die Kohlen entwendet hatten. Sie hätten den Preis bezahlt, der beim Kohlenhändler für einen Zentner bezahlt werde, sogar etwas mehr, so daß sie auch aus dem Preise nicht auf die Bedenklichkeit schließen konnten.

Der Richter sprach beide Frauen sowohl von der Diebstahlsteilnehmung wie vom bedenklichen Ankaufe frei, da sie nicht wußten, daß es sich um den Verkauf entwendeter Kohle handelte und auch aus dem Preise und aus der Person der Verkäufer keinen Verdacht schöpfen konnten. Der Richter empfahl den beiden Frauen, künftighin keine Kohlen von herumziehenden Abträgern mehr zu kaufen.

Arbeiterzeitung
25./I. 1917

134

Neue Verteuerung der Kohlen.

Ein Zentner soll 3·59 Kronen kosten.

Wenn es nach dem Wunsch der Kohlengroßhändler geht, dann soll die Wiener Bevölkerung vom 5. Februar an für den Zentner Kohle mehr als 3·50 Kronen bezahlen müssen. So halten es die Kohlengroßhändler für nötig, um ihren bis-

herigen Gewinn aufrecht zu erhalten, der sicherlich nicht klein war. Er war ihnen wiederholt zu wenig und sie stellten mehrmals das Verlangen an das Handelsministerium, daß ihnen weitere Preiszuschläge zugestanden werden. Zumeist hatten sie damit Glück und auch jetzt hoffen sie, daß ihnen der neue Zuschlag, der für den Zentner nicht weniger als 17½, also mindestens 18 Heller ausmachen soll, bewilligt wird. Diese neue Forderung begründen sie damit, daß die Frachttarife ab 1. Februar erhöht werden, wonach auch die Zufuhr der Kohle sich verteuern würde. Natürlich wollen die Herren, wie ja stets, daß der Käufer alle Lasten auf sich nehme, wenn er auch darunter zusammenbricht. Sie sagen zwar, daß jetzt nur die preußische Salonkohle davon betroffen werden soll, da aber in Wien zumeist nur solche Kohle angeboten wird, wenn sie auch nicht immer aus Preußen stammt, so muß man schon damit rechnen, daß in der Praxis fast alle Kohlensorten, die man in Wien bekommt, teurer verkauft werden als vorher. Es ist erst kaum ein Monat vorbei, seitdem die Kohlenpreise in Wien um 67 Heller für den Zentner erhöht wurden. Damals waren die erhöhten Kosten für die Zufuhren die Ursache, nun wieder die Bahnkosten; in Wirklichkeit sieht es so aus, als ob die Kohlengroßhändler einen Extranutzen aus der Schwierigkeit haben wollen, die jetzt in der Beschaffung von Kohle für den kleinen Haushalt entstanden ist. Die Bahnzufuhren sind unzureichend, die Nachfrage nach Kohle groß, sie verstärkte sich durch die strenge Kälte, und nun sollen die Wiener wieder neuen Tribut entrichten. Es ist fraglich, ob die Erhöhung der Bahnkosten so groß ist als die Forderung der Kohlengroßhändler. Würde sie bewilligt, dann ist zu befürchten, daß bald auch alle anderen Kohlensorten und nicht nur die aus Preußen stammenden verteuert werden. Man muß also für den Zentner Kohle ins Haus zugestellt ab 5. Februar in offenen Fuhren 3·44 Kronen, in Säcken 3·59 Kronen bezahlen. Fast vier Kronen für einen Zentner, wenn man Nebengebühren und Trinkgeld dazurechnet! Wie sollen da die Armen ihr Essen kochen und ihre Wohnung heizen können, wenn ein Taglohn auf einen Zentner Kohle geht, der vor dem Krieg etwa die Hälfte von heute kostete? Die Verantwortlichen müssen endlich, wie sie es längst versprachen, diesen ewigen Verteuerungen der Kohle Einhalt gebieten, die unter allen möglichen Vorwänden erfolgen.

Hamburger Fremdenblatt
25. Okt. 1917

135

Zu den Klagen über die Kohlenhändler.

Wenn in unserer Bevölkerung häufig Unzufriedenheit sich darüber äußert, daß auf vielen Kohlenlagerplätzen Kohlenvorräte lagern, der in Frage kommende Kohlenhändler sich jedoch weigert, von dem Kohlenlagerplatz aus im Kleinen zu verkaufen, so muß darauf hingewiesen werden, daß selbstverständlich nicht alle Kohlenvorräte, die in Hamburg lagern, unabhängig davon, ob sie bereits verkauft sind oder nicht, jetzt einfach unter die Bevölkerung verteilt werden können. Die Folge wäre die, daß dann sofort die industriellen und Nahrungsmittelbetriebe, die mit Kohlen versorgt werden müssen, insbesondere die Bäckereien und ähnlichen Betriebe, zum Stillstand gelangten. Alle Kohlenhändler, die bisher in ihrem regelmäßigen Geschäftsverkehr Kohlen im Kleinen von ihren Lagerplätzen an die Bevölkerung verkauft haben, sind aber auch jetzt noch verpflichtet, soweit sie Kohlen unverkauft vorrätig haben, sie an Jedermann gegen Barzahlung in der handelsüblichen Weise abzugeben. Die Kohlenlagergeschäfte sind ferner verpflichtet worden, an jedem Tag mehrere Stunden die Lagerplätze, auf denen unverkaufte Kohlen lagern, offen zu halten. Sollte jemand in der Bevölkerung sich durch das Vorgehen eines Kohlenhändlers benachteiligt glauben, tut er gut daran, sich an den nächsten Schutzmann oder die Preisprüfungsstelle oder am besten an die neu eingerichteten Bezirksstellen des Kriegsversorgungsamts zu wenden. Seinen Klagen wird sofort nachgegangen werden. Anderseits muß aber auch an die Einsicht unserer Bevölkerung appelliert werden. Unsere Bevölkerung muß bedenken, daß die Kohlenhändler zurzeit außerordentlich unter Leutemangel und vor allem Fuhrwerksmangel zu leiden haben. Den oft in der Bevölkerung hervorgetretenen Klagen, die Kohlenhändler bevorzugten zurzeit in dem Maße ihre feste frühere Kundschaft, daß sie auf jede Bestellung hin lieferten — unabhängig davon, ob der Kunde noch Kohlen habe oder nicht —, hat das Kriegsversorgungsamt dadurch entgegenzutreten versucht, daß es den Kohlenhändlern auferlegt hat, vor jeder Ausführung einer Bestellung ins Haus sich zu vergewissern, ob tatsächlich keine Kohlen bei dem Kunden mehr vorhanden sind. Wie dem Kriegsversorgungsamt aus den verschiedensten Mitteilungen bekannt ist, haben auch in den wohlhabenden Kreisen viele zurzeit keine oder nicht genügend Kohlen erhalten. Insbesondere sind manche Etagenhäuser mit teueren Wohnungen zurzeit ohne Kohlen für die Zentralheizung. Jedem Mieter einer Wohnung mit Zentralheizung muß im eigenen Interesse angeraten werden, mit der Zentralheizung möglichst sparsam umzugehen und in den nicht bewohnten Zimmern die Heizung abzustellen, um auf diese Weise die Kohlenvorräte seines Hauseigentümers zu strecken.

Hamburger Fremdenblatt 25. I. 1917

25

736

Die Versorgung mit Kohlen.

‡ Neben die Schwierigkeiten der Versorgung mit Kartoffeln sind seit geraumer Zeit, mit Eintritt des Frostes, die Schwierigkeiten der Versorgung mit Kohlen getreten. Von einer Kohlennot kann in keinem Sinne gesprochen werden, denn die Förderung von Kohlen bleibt augenblicklich hinter der der Friedenszeit nur wenig zurück. Auf den Zechen liegen, wie gelegentlich der Besprechung der „Hibernia"-Vorlage im Abgeordnetenhause der Abgeordnete Hus erwähnte, massenhaft Kohlen, Millionen von Tonnen. Einzelne Zechen haben auch, um diese Vorräte nicht noch mehr anwachsen zu lassen, Feierschichten einlegen müssen. Kohlen sind also da, aber sie heranzubekommen, ist schwer. Es ist klar, daß wir in der jetzigen Kriegszeit unsere Eisenbahnen nicht wie in Friedenszeiten in den Dienst der Heimat stellen können; denn auch unsere Eisenbahnen sind Waffen, und Waffen sind vor allen Dingen für die Front da. So sind wir bei dem Transport nicht allein von Kohlen, sondern auch für andere Sachen, mehr als je auf unsere binnenländischen Wasserwege angewiesen, aber die werden in gleichem Verhältnis unbrauchbar, wie der Frost anhält oder zunimmt. Nicht überall ist man in der beneidenswerten Lage wie das Hamburgische Kriegsversorgungsamt, die Alster und die Kanäle durch große Schlepper offen halten zu können, und selbst hier sind die Schwierigkeiten fast unüberwindlich. Es ist klar, bei der heutigen Ernährungsweise wird ein ungeheiztes Zimmer doppelt unangenehm empfunden, wo aber die Verhältnisse mächtiger sind als alle menschliche Kraft und jeder gute Wille, heißt es sich mit Geduld wappnen. Es ist sicher billig, darauf hinzuweisen, daß unsere Soldaten draußen im Felde der Unbill der Kälte mehr als wir daheim preisgegeben sind, aber dieser Hinweis muß uns doch die Scham über unsere Klagen in die Stirn treiben und unsere Entsagung stärken können, wenn wir dabei bedenken, was sie trotz dieser viel größeren Preisgabe aller Unbill leisten und ertragen.

In Altona ist seit Mittwoch jede Beleuchtung der Schaufenster mit Gaslicht verboten, die elektrische Beleuchtung ist wie die innerhalb der Geschäftsräume möglichst einzuschränken. Daraus geht hervor, daß die Schwierigkeiten in Altona sehr viel größer sind als bei uns in Hamburg. Das mag für uns ein schlechter Trost sein, aber er beweist doch, daß die Schwierigkeiten der Versorgung mit Kohlen ernst sind. Ihnen steuern kann aber jeder dadurch, daß er die Heizung nach Möglichkeit einschränkt, daß mit der Beleuchtung gespart wird. Zur Ersparung von Leuchtmitteln kann auch die Treppenbeleuchtung herangezogen werden, die zwar durch Bundesratsverordnung nur bis abends 9 Uhr erlaubt ist, aber dadurch, daß nur jeder zweite Stock beleuchtet wird, gesteigert werden kann. Es ist auch zu erwägen, ob nicht in den neueren Häusern, die durchgängig Drei-Minuten-Beleuchtung haben, die ständige Beleuchtung bis 9 Uhr abends ganz fortfallen kann, da bei Benutzung des Treppenhauses ja einfach das Licht eingeschaltet werden kann. Im Einzelfall ergibt diese Ersparnis wenig, aber viele Wenig machen auch hier ein bedeutsames Viel.

Wie wir mitteilten, hat das Hamburgische Kriegsversorgungsamt eine ziemliche Menge von Briketts angekauft, die in diesen Tagen zur Verteilung kommen sollen. Briketts sind keine Kohlen, aber sie helfen doch, uns mit Heizmaterial zu versehen. Der „General Winter" ist ein gestrenger Herr, seine Härten zu mildern, ist das unablässige Bestreben aller verantwortlichen Stellen. Zeige nun aber auch ein jeder, daß er sich mit verantwortlich fühlt, für Deutschland den Sieg zu erringen, tue ein jeder ab allen Kleinmut, wenn seine Stube nicht so geheizt ist wie sonst. Es steht, weiß Gott, heute doch mehr auf dem Spiele als irgendeine Unbequemlichkeit zu lindern, die trotz allem gelindert werden, nach Maßgabe der Möglichkeiten. Für die Heimat kämpfen unsere Heere, rund um Deutschland haben sie eine schimmernde Mauer gebaut, soll nun im Rücken unserer Tapferen der Kleinmut auferstehen, will sich die Heimat der Opfer, die ihr gebracht worden sind und die ihr noch gebracht werden müssen, unwert machen? Heute heißt ertragen: entsagen, aber alle Entsagung, die wir Daheimgebliebenen uns auferlegen, ist nur ein Bruchteil jener, die unsere Väter, Söhne und Brüder draußen für uns auf sich genommen haben.

Neue Freie Presse

26/I. 1917.

137

[Kohlenförderung im Kriege.] Heute wird vom Ministerium für öffentliche Arbeiten die Nachweisung über die Gewinnung von Mineralkohlen in den Kriegsjahren 1915 und 1916 veröffentlicht. Dadurch erhalten die von uns kürzlich bekanntgegebenen Ziffern ihre Bestätigung. Der Entwicklungsgang war in der Steinkohlen- und Braunkohlenindustrie verschieden. In der Steinkohlenförderung ist im Jahre 1916 die höchste Ziffer, die überhaupt, sei es im Frieden oder im Kriege, da war, überschritten worden. Mit einer Förderung von 176 Millionen Meterzentner Steinkohle wurde das Kriegsjahr 1915 um rund 15 Millionen Meterzentner, das Friedensjahr 1913 um rund 12 Millionen Meterzentner übertroffen. Zieht man das Jahr 1914 zum Vergleiche heran, in dessen zweiter Hälfte der Weltkrieg begann, so ergibt sich pro 1916 eine Produktionssteigerung an Steinkohle von 22 Millionen Meterzentner. Im Frieden bezeichnet das Jahr 1913 mit rund 164 Millionen den Höhepunkt der Steinkohlenproduktion; im Jahre 1914 tritt eine Abnahme auf 154 Millionen Meterzentner ein, im Kriegsjahr 1915 steigt die Produktion auf 160·8 Millionen Meterzentner, um, wie erwähnt, im Jahre 1916 mit 176 Millionen auf den Hochstand zu gelangen. In der Braunkohlenproduktion ist im Kriegsjahre 1916 wohl eine ziemlich erhebliche Steigerung gegen 1915 zu verzeichnen, doch bleiben die Ziffern des Jahres 1916 und natürlich noch viel mehr jene des Jahres 1915 sehr bedeutend gegenüber dem Friedensjahre 1913 zurück. Bei einem Vergleich mit dem Jahre 1914 zeigt sich 1916 eine nur einige Millionen Meterzentner betragende Verringerung. Im Jahre 1913 stellte sich die Braunkohlenproduktion auf rund 274 Millionen Meterzentner, eine 1914 auf zirka 238 Millionen Meterzentner, also um etwa 36 Millionen Meterzentner zurück, nahm 1915 neuerlich ab, da sie sich in diesem Jahre auf zirka 220 Millionen Meterzentner belief, und stieg 1916 um rund 12 Millionen Meterzentner auf 231·9 Millionen. Diese Menge bedeutet gegenüber dem Jahre 1914 eine Verringerung um 5·7, gegenüber dem Jahre 1913 jedoch eine Abnahme um 41 Millionen Meterzentner. Nachstehend veröffentlichen wir die Ausweise, welche pro 1915 und 1916 provisorische Ziffern enthalten, da wegen des Kriegszustandes die amtliche Jahresstatistik noch nicht bearbeitet ist.

A. Steinkohle (in Meterzentnern):

	Rohkohle 1916	1915
Ostrau-Karwiner Revier	108,974.695	95.727.695
Rossitz-Oslawaner Revier	4.629.600	4,248.900
Mittelböhmisches Revier (Kladno-Schlan)	24.957.807	26,071.003
Westböhmisches Revier (Pilsen-Mies)	12,170.456	11.813.265
Schatzlar-Schwadowitzer Revier	4,219.732	4,343.865
Galizien	18,714.922	16,470.689
Die übrigen Bergbaue	2.345.867	2.205.328
Zusammen	176,017.079	160,830.745

B. Braunkohle (in Meterzentnern):

	Rohkohle 1916	1915
Brüx-Teplitz-Komotauer Revier	149,216.297	142,224.409
Falkenau-Elbogen-Karlsbader Revier	39,670.633	36,531.848
Wolfsegg-Thomasroither Revier	4,155.970	3,857.776
Leoben-Fohnsdorfer Revier	9,363.401	9,135.115
Voitsberg-Köflacher Revier	5,768.455	6,209.238
Trifail-Sagorer Revier	11,935.790	11,077.810
Dalmatien	925.939	688.914
Galizien und Bukowina	53.868	23.626
Die übrigen Bergbaue der Sudetenländer	2,330.067	2,480.583
Die übrigen Bergbaue der Alpenländer	8,574.529	8,042.180
Zusammen	231,998.949	220,271.509

Wenn man die Produktion in den einzelnen Revieren vergleicht, so zeigt sich im Ostrau-Karwiner Becken eine Produktionssteigerung auf rund 109 Millionen Meterzentner, die gegen 1915 über 13 Millionen Meterzentner ausmacht. Das Rossitzer und das westböhmische Revier (Pilsen-Mies) weisen Steigerungen, das mittelböhmische Revier (Kladno-Schlan) dagegen eine Verringerung um etwa 1·1 Millionen Meterzentner auf. Die Steinkohlenproduktion in Galizien ist von 1915 auf 1916 um 2·3 Prozent gestiegen. In der Braunkohlenindustrie steht bekanntlich das Brüx-Teplitz-Komotauer Revier der Menge nach obenan. Es hat 149 Millionen Meterzentner Braunkohle gegen 142 Millionen im Jahre 1915 gefördert. Das Falkenau-Elbogen-Karlsbader Revier weist eine Produktion von 39·6 Millionen Meterzentner gegen 36·5 Millionen Meterzentner im Jahre 1915 aus. Bei den meisten anderen Braunkohlenrevieren ergeben sich gleichfalls Steigerungen gegenüber dem Jahre 1915; im Voitsberg-Köflacher Revier ist dagegen die Förderung von 6·2 auf 5·7 Millionen Meterzentner zurückgegangen. — In der Nachweisung werden auch die Ziffern der Brikett- und Koksproduktion veröffentlicht. An Koks wurden in der Steinkohlenindustrie im Jahre 1916 25·8 Millionen Meterzentner gegen 19 Millionen Meterzentner im Jahre 1915 produziert. Davon entfielen auf das Ostrauer Revier 25 Millionen Meterzentner gegen 18·4 Millionen Meterzentner pro 1915.

Die Zeit
26./I. 1917.

138

Die Kohlenversorgung Wiens.

Kälteeinbruch und Kohlenabsatz.

Die vor etwa zwei Wochen eingetretene Kälteperiode hat naturgemäß die Nachfrage nach Hausbrandkohle ganz plötzlich auf ihren Höhepunkt getrieben, so daß die Kohlenhändler Wiens, deren Geschäft durch die bekannten Zufuhrschwierigkeiten ohnehin schwer beeinträchtigt wird, mehrere Tage ganz außerstande waren, auch nur teilweise den massenhaft an sie herantretenden Anforderungen nachzukommen. In den letzten Tagen hat sich aber, wie uns von informierter Stelle auf unsere Anfrage mitgeteilt wird, der allgemeine Stand der Kohlenversorgung Wiens einigermaßen verbessert. Zwar sind die Kohlenhändler auch jetzt noch nicht imstande, die Nachfrage zu decken. Eine etwas erhöhte Zufuhr an oberschlesischer Kohle hat aber dahin geführt, daß der tägliche Bedarf von Wien augenblicklich für je zwei Tage gedeckt ist und derzeit durch tägliche weitere Zufuhren auch auf diesem im Vergleich zum Stande um die Mitte des Monats noch recht günstigen Lagerbestand sich erhalten dürfte. Sind also auch die momentan in Wien vorhandenen Kohlenvorräte ungemein knapp, so kann doch von einem wirklichen Kohlenmangel vorläufig nicht mehr gesprochen werden.

Die Kohlenversorgung der kleinen Leute.

Wesentlich ungünstiger stellt sich derzeit die Kohlenversorgung der sogenannten kleinen Leute. Da, wie schon oben gesagt, die größeren Kohlenfirmen nur einen Teil der ihnen zukommenden Aufträge durchführen können und naturgemäß in erster Linie ihre alte und große Privatkundschaft berücksichtigen, gehen weite Kreise des unteren Mittelstandes leer aus. Unter dem Zwange der Not hat sich nun bei vielen hunderten Familien der Brauch eingebürgert, die Kohle in kleineren Partien von Nordbahnhof direkt und eigenhändig abzuholen. Dieser Usus führte aber sehr bald zu ganz unhaltbaren Mißständen. Der große Kohlenhof am Nordbahnhof war Tag für Tag von den frühen Morgenstunden an durch Hunderte von Handwagen, Kinderwagen, Schubkarren und kleinen Handtransportmitteln aller Art derart blockiert, daß den Kohlenfuhren der Händler der Weg versperrt war. Als schließlich inmitten dieses Gedränges zu Beginn der verflossenen Woche auch ein tödlicher Unfall sich ereignete — eine Frau wurde überfahren —, ergab sich gebieterisch die Notwendigkeit, diese Kohlenabgabe im kleinen zu organisieren. Diese Organisation funktioniert jetzt klaglos. Die sich einfindenden Parteien werden beim Waghaus Nr. 1 in Gruppen zu je hundert Abnehmern an die am Nordbahnhof etablierten 14 Kohlenfirmen gewiesen, und jede der Parteien bekommt bis zu zwei Säcken oberschlesische Kohle zum einheitlichen Preis von 4 Kronen 95 Heller für je 100 Kilogramm. Das unleidliche Anstellen ist auf diese Weise vermieden. Der Abholer hat sich an die ihm zugewiesene Firma zu wenden und diese wieder hat sich im Sinne der Vereinbarung verpflichtet, bis zu hundert Konsumenten mit höchstens 100 Kilogramm zu versorgen. Abnehmer, die nicht auf Beteilung zu rechnen haben, werden sofort bei der Anmeldung abgewiesen. In ähnlicher Weise, wenn auch in weit kleinerem Umfang, erfolgt auch die Kleinabgabe am Ostbahnhof, Nordwest- und Franz Josefsbahnhof.

Die Kohlenfürsorge der Gemeinde Wien.

Für die Armen Wiens sorgt, soweit die Geldmittel zur Verfügung stehen, die Gemeinde Wien durch Austeilung von Anweisungen auf Gratiskohle. Die Ausgabe erfolgt bezirksweise an notorisch Bedürftige, die, mit Lieferscheinen von je 25 Kilogramm ausgestattet, an den ihrer Wohnung zunächst gelegenen Kohlenhändler gewiesen werden, der sodann, vorausgesetzt natürlich, daß er Kohlen hat, diese auf Rechnung der Stadt ausliefert. In früheren Jahren konnte mit dem Kredit von 35.000 Kronen ein Auslangen gefunden werden. Heuer ist der Kredit jetzt bereits so gut wie erschöpft, so daß derartige Anweisungen nur in dringendsten Fällen und höchstens bis zu sechsmal im Monat an ein und dieselbe Familie ausgegeben werden.

Billiger Verkauf nordwestböhmischer Braunkohle.

Außer dieser Gratiskohle läßt die Gemeinde Wien aber auch zu Regiepreisen auf den fünf städtischen Kohlenlagerplätzen die von ihr bezogene Braunkohle abgeben. Das geringste und von den Abholern am meisten begehrte Quantum von 12½ Kilo kostet nur 30 Heller. Der Andrang der Käufer ist groß, die Nachfrage konnte aber bisher gedeckt werden. Die zu diesem wohlfeilen Preis zum Kleinverschleiß gelangende Duxer und Brüxer Braunkohle wird allgemein gern genommen.

Große Kohlenspenden für die Armen.

Wie wir erfahren, wird in der nächsten Magistratssitzung zur Kenntnis gebracht werden, daß eine der größten Kohlenfirmen Wiens sich angesichts der Notlage der mittellosen Bevölkerung bestimmt gefunden hat, der Gemeinde Wien eine Spende von 22 Waggons Kohle zu je 10.000 Kilo für die Armen zur Verfügung zu stellen. Diese Kohle wird partieweise je nach ihrem Eintreffen in Wien durch Straßenbahntransportwagen nach den in Betracht kommenden Vorstadtbezirken zugestellt und dort nach einem noch festzusetzenden Modus in kleinen Rationen an Bedürftige abgegeben werden.

Weiter ist der Magistrat dieser Tage von einer anderen Wiener Großkohlenfirma brieflich in Kenntnis gesetzt worden, daß sie 20.000 Kronen zur Versorgung der Armen mit Kohle spende. Diese namhafte Summe wird dem heuer bereits erschöpften Gratiskohlenfonds zugewiesen werden.

Der Abend
27. I. 1917

139

Zur Erhöhung der Kohlenpreise.

Man schreibt uns:

Seit Ankündigung der vom 1. Februar an einzuhebenden 30prozentigen Frachtentransportsteuer sind in Wien noch schwerer als früher Kohlen erhältlich. Es gehen, wohl nur zur Irreführung der Verbraucher, Notizen durch die Zeitungen, wie z. B.: „M a n g e l n d e Kohlenzufuhr. — Preiserhöhung der Kohle: die Kohlenzufuhr ist in der abgelaufenen Woche etwas gestiegen." Alles nur im Dienste von Plusmachern. Denn es ist klar, daß die Kohlenabfuhr von den Bahnen nicht durch Fuhrwerksmangel leiden kann, solange der gefallene, in Haufen gebrachte und den Verkehr keinesfalls mehr hindernde Schnee spazieren gefahren wird, anstatt ihn auf das wohltätige Tauwetter warten zu lassen, und es sich nur darum handelt, die Bahntransportkostenerhöhung auch für jene Kohle einzuheimsen, die in Wien vorrätig lagert. Es wäre eine Tat der Regierung, über Nacht eine Verordnung herauszugeben, daß für alle am 1. Februar in Wien lagernde Kohle, die sich in Händen des Zwischenhandels befindet, eine Abgabe in der Höhe der Transportkostenerhöhung eingehoben werde. Diese Abgabe wäre der Kriegsfürsorge zuzuführen. So käme der Betrag, um welchen der Verbraucher geschröpft wird, wenigstens der Kriegsfürsorge zu, und alle jene, welche in den letzten vierzehn Tagen des Jänner frieren mußten, hätten wenigstens das angenehme Gefühl, daß sie nicht umsonst gelitten, sondern der Kriegsfürsorge ein Opfer gebracht haben.

Hamburger Fremdenblatt

27. I. 1917

27

120

Mitteilungen aus dem Hamburgischen Kriegsversorgungsamt.

Regelung des Verkaufs von Feuerungsmaterial.

Das Hamburgische Kriegsversorgungsamt veröffentlicht zur Regelung des Verkaufs von Feuerungsmaterial (Steinkohlen, Koks, Briketts) eine Bekanntmachung, die tief in den Geschäftsverkehr der Hamburger Kohlenhändler eingreift. Die Bekanntmachung ist nach Anhörung der ersten Sachverständigen des Kohlenhandels erlassen, um auf alle Fälle in der nächsten Zeit, in der voraussichtlich trotz aller Bemühungen der hamburgischen Behörden, mehr Kohlen nach Hamburg zu bringen, der Kohlenmangel noch andauern wird, den Bedarf der Minderbemittelten, die nicht in der Lage waren, Kohlenvorräte einzunehmen, zu decken.

Durch die Bestimmung des § 1 wird allen Kohlenhändlern, die Vorräte auf einem hamburgischen Lagerplatz lagern haben, die Verpflichtung auferlegt, ganz unabhängig davon, ob die Kohlen verkauft sind oder feste Vorausbestellungen vorliegen oder nicht, während dreier Stunden an jedem Werktag an jeden zu verkaufen, der noch nicht die Mindestmenge von Feuerungsmaterialien erhalten hat. Als Mindestmenge sind 50 Liter Kohlen oder 75 Stück Briketts vorgesehen.

Durch die Bestimmung des § 2 ist dafür Sorge getragen, daß Verbraucher, die Kohlen ins Haus geliefert erhalten, jetzt während der Zeit der Erschwerung der Zufuhren keine Kohlenvorräte einhamstern können.

Eingehend erörtert wurde bei der Beratung, die zum Erlaß dieser Verordnung geführt hat, auch die Frage, ob es möglich oder empfehlenswert ist, Vorschriften derart zu erlassen, daß den Mietern von Häusern mit Zentralheizung und Warmwasserversorgung auferlegt wird, zu bestimmten Stunden oder für bestimmte Räume die Zentralheizung abzustellen, oder daß den Hauseigentümern das Recht gewährt wird, die Warmwasserversorgung teilweise einzustellen oder die Zentralheizung nur auf eine geringere Wärme zu halten.

Das Kriegsversorgungsamt hat von dem Erlaß einer derartigen Verordnung abgesehen. Im eigenen Interesse werden jedoch die Mieter gut daran tun, von selbst durch möglichst weitgehende Abstellung der Zentralheizung und möglichst geringe Inanspruchnahme der Warmwasserversorgung an der Ersparung von Kohlen mitzuwirken. Die Mieter werden im eigenen Interesse gut daran tun, etwaigen an sie berechtigten Wünschen des Hauseigentümers in dieser Beziehung entgegenzukommen, da zurzeit es jedem Hauseigentümer schwer sein wird, die ausreichenden Kohlenvorräte zu erhalten und die Mieter es sich daher selbst vielfach zuzuschreiben haben werden, wenn infolge einer etwaigen Verschwendung oder infolge nicht genügender Ersparnis des Heizmaterials der Kohlenvorrat des Hauseigentümers eher erschöpft ist und alsdann eine Heizung überhaupt unmöglich ist.

Zur Deckung des Bedarfs der Minderbemittelten werden voraussichtlich in nächster Zeit weitere staatliche Verkäufe von Briketts und Kohlen in die Wege geleitet werden.

Der Abend
29/I. 1917

141

Kohlenkarten!

Daß man nun endlich Petroleumkarten ausgibt, ist dankenswert und zeigt, daß sich das Verständnis für die Bedürfnisse der kleinen Leute ebenso zu entwickeln beginnt wie die Erkenntnis, daß es zweckmäßig sei, diese Leiden nicht zu groß werden zu lassen. Den Heimarbeiter mit Licht zur Arbeit zu versorgen, ist äußerst notwendig, nicht minder aber auch, daß ihm die Hände nicht vor Kälte steif und unfähig zur Arbeit werden. Den Bezug von Kohle zu regeln und zu sichern, ist deshalb ebenfalls eine Aufgabe von größter Dringlichkeit geworden, und da ihre Lösung nicht schwieriger ist als die der Petroleumfrage, so erwarten wir bald zu lesen, daß es geschehen sei.

Bis dahin wird aber leider jedenfalls noch einige Zeit vergehen, und da es nicht gut möglich ist, daß bei dieser Kälte gar nichts geschieht, so schlagen wir nochmals auf das nachdrücklichste vor, daß öffentliche Räume zur Verfügung gestellt werden mögen, wie dies im „Abend" wiederholt, zuletzt am d. M., ausgeführt wurde. Hier gibt es wirklich nicht die geringste Schwierigkeit, zu besiegen. Möge die Statthalterei die Einsicht zeigen, die anderswo fehlt. Es ist höchste Zeit, soll die Untätigkeit nicht zur Grausamkeit werden.

Ein zweiter Vorschlag zielt auf Beseitigung der allerärgsten Ungleichheit. Es sollte nicht sein, daß die Einen außerstande sind, auch nur den geringsten Kohlenbedarf zu decken, während andere ganz große Wohnhäuser tag- und nachtüber heizen lassen, nur damit sie nicht der Unbequemlichkeit ausgesetzt seien, von einem Raum oder von einem Stockwerk zum anderen etwas kältere Luft atmen zu müssen. Es sollte ohne jeden Verzug die Beheizung anderer Räume als der zum unmittelbaren Bewohnen, ferner der Stiegen und aller Verkehrsräume untersagt werden und — was die Hauptsache wäre — es müßte festgesetzt werden, wie groß die Höchstzahl der Räume ist, die in Einzelwohnhäusern überhaupt geheizt werden dürfen. Eine solche Verordnung, ohne weiteres Zögern erlassen, würde außerordentlich viel Kohle sparen und so manchen armen Teufel in die Lage versetzen, nicht Tag und Nacht in ungeheiztem Zimmer verbringen zu müssen.

Bei dieser Gelegenheit könnte endlich auch der Unfug abgestellt werden, daß die Kriegsgewinner aller Sorten ihre Paläste oder die, um die sie mit der ehemaligen Geliebten Prozeß führen, taghell beleuchten. Wenn diese Gesellschaft sich durchaus amüsieren will, so täte sie es besser, ohne den anderen die Augen zu sehr aufzureißen. Wer auf einem Vulkan tanzt, sollte es nicht bei offenen Vorhängen und festlich beleuchteten Kronleuchtern tun. Namentlich zu Zeiten, wo man die Turmuhren dunkel lassen muß, um Licht zu sparen.

Aber das eine und das andere muß bald geschehen und wird es auch, vorausgesetzt, daß man sich dort, wo das Recht und die Pflicht zum Verordnen besteht, vorzustellen vermag, was in der Seele eines Menschen vorgehen möge, der frierend daran denkt, wieviel unnötiger Heizstoff in der großen reichen Stadt verbraucht wird. Verbraucht? Nein: vergeudet!

Frankfurter Zeitung
31./I. 1917

31
1164

Die Kohlenversorgung.

Die infolge überaus starker Beanspruchung unserer Eisenbahnen schon seit geraumer Zeit erschwerte Zufuhr der Kohle ist mit dem zeitweisen Stillegen der Schiffahrt noch viel weiter eingeschränkt worden. Die Folge davon ist eine Knappheit an Brennmaterial, die sich bei dem gleichzeitig gewaltig gesteigerten Ansprüchen der Industrie für den privaten Verbrauch um so mehr fühlbar macht. Es handelt sich nicht um einen Mangel an Kohle, denn die ist, wie die sehr großen Bestände der Zechen zeigen, in ausreichenden Mengen vorhanden, sondern um — wie man hoffen darf — vorübergehende Schwierigkeiten der Heranschaffung. Mit dem Wiederfreiwerden der Flußschiffahrt muß die Versorgung sich bald bessern, wenngleich auch dann noch einige Zeit vergehen wird, bis wieder eine normale Befriedigung des Bedarfs erfolgen kann.

Die Verwaltung der Stadt Frankfurt hat in Verbindung mit dem Kohlenhandel alle Maßnahmen ergriffen, um im Rahmen des überhaupt Möglichen die Versorgung der Stadt zu sichern. Durch Abschlußverträge mit dem Syndikat und dem Fiskus auf der einen Seite, durch Sicherstellung der vorhandenen Kohle gegen die Betätigung etwaigen Hamstergeistes auf der anderen ist Vorkehrung getroffen, daß genügend Kohle hereinkommt und die ankommende Kohle zweckentsprechende Verwendung findet. Die Anschaffung ganzer Fuhren Kohle für den Privathaushalt ist für die nächste Zeit unmöglich gemacht; die Kohlenhändler haben sich verpflichtet, nur wirklich vorhandenen Bedarf zu befriedigen und auch diesen nur innerhalb gewisser eng gezogener Grenzen. Gegen die Umgehung dieser Abmachungen wird Vorsorge zu treffen sein; am besten hierfür wäre die gegenseitige Bekanntgabe der bei den Händlern eingelaufenen Bestellungen, um so eine Sicherung dagegen zu schaffen, daß nicht Kohlenhamster gleichzeitig bei mehreren Händlern Kohlen zusammenkaufen und so das erreichen, was verhütet werden soll: eine übermäßige Deckung zum Nachteil der andern.

Das Publikum kann aber auch selber dazu beitragen, daß die geordnete Versorgung mit Kohle, Gas und Licht gesichert bleibt, indem es den Grundsatz strenger Sparsamkeit, der auch sonst vielfach leider nur in der Theorie gilt, allen Ernstes auf das Gebiet der Heizung und Beleuchtung überträgt. Aber nicht nur in den Behausungen kann hier gespart werden, gespart werden muß vor allem auch in den Geschäftslokalen, in den Amtsstuben und den Büros. Vorschläge und Anregungen auf diesem Gebiete sind schon öfter gemacht worden, leider ohne den gewünschten Erfolg. Jeder muß sich selber verpflichten, Sparsamkeit zu üben, denn die Gesamtheit — und um sie handelt es sich — kann nur durchkommen, wenn jeder Einzelne nach seinen besten Kräften gewissenhaft dazu mithilft.

Neue Freie Presse
31./I. 1917

195

[Kohlentarife und Kohlenzufuhr nach Wien.] Von einer Wiener Kohlenhandelsfirma erhalten wir die nachstehende Zuschrift: „Bei der mit 1. Februar d. J. in Kraft tretenden 30prozentigen Tariferhöhung sollen auch die Kohlentarife in diesem Ausmaße hinaufgesetzt werden, und es entsteht die Frage, inwieweit dadurch der Verkehr mit Kohle berührt werden dürfte. Oesterreich ist mit seinem Reichtum an Stein- und Braunkohlenfeldern vollkommen in der Lage, den Bedarf zu befriedigen. Nur durch die anderweitige Inanspruchnahme der Transportgelegenheiten kann die Kohle von den Schächten nicht in die Bahnwege geleitet und die dennoch einlangende Kohle zugestellt werden. Namentlich in Wien wirkt diese schwierige Zustellungsmöglichkeit schwer auf die Verbraucher ein, und es fragt sich, ob hier nicht gewisse Erleichterungen im Zusammenhange mit der neuen Regulierung der Kohlentarife geschaffen werden könnten. In Wien befindet sich nur ein maßgebender Kohlenbahnhof, und zwar der Nordbahnhof. Ganz Wien ist fast ausschließlich auf diese Kohlenankunftsstelle verwiesen. Begründet ist diese Tatsache nicht nur durch die lokalen Anlagen zur Kohlenlagerung auf dem Nordbahnhofe, sondern auch durch die Tarife, die für den Nordbahnhof bis zu 20 H. per 100 Kilogramm niedriger erstellt sind als auf manchen übrigen Wiener Bahnhöfen. Diese Bevorzugung des Nordbahnhofes in den Kohlentarifen stammt noch aus jener Zeit, als die Nordbahn als Privatbahn das ausschließliche Recht der Kohlenbeförderung für Wien für sich in Anspruch nahm. Dadurch entsteht die Folge, daß alle Verbraucher genötigt sind, in den für sie weit entfernten Nordbahnhof um Kohle zu senden, was für die Bewohner, zum Beispiel vom 11., 12 und 13. Bezirk, keine so leichte Aufgabe ist, namentlich bei den gegenwärtigen Fuhrwerkskalamitäten. Viele dieser Konsumenten hätten es viel näher zu dem Ost-, West-, Süd-, Nordwest- und Heiligenstädter Bahnhof, wo auch Ablagerungsstellen für Kohle, wenn auch im bescheidenen Maßstabe, vorhanden sind und auf welchen auch die Gemeinde Wien nun Kohlenablagerungsstellen für die ärmere Bevölkerung errichtete, doch hindern sie die hohen Tarife, die diesen Bahnhöfen für Kohle erstellt sind, sich die Kohle in ausreichenderem Maße dahin leiten zu lassen. Liegt es nun nicht nahe, bei der neuen hohen Regulierung der Kohlentarife Veranlassung zu nehmen, in großzügiger Weise diese Kohlentarife so auszugleichen, daß für alle Wiener Bahnhöfe, die für die umliegende Bevölkerung den bequemeren Abholungsort bieten, gleiche Tarife erstellt werden? Man kann ja einwenden, daß diese Bahnhöfe wegen ihres beschränkten Anlageraumes nicht imstande wären, den dahin zu erwartenden größeren Kohlentransport abzuwickeln, es bestehen aber dort bereits heute Kohlenablagerungsplätze, die jedoch infolge der geschilderten Tatsachen nicht voll ausgenützt werden können, und es kann nicht daran gedacht werden, durch Anlage neuer Kohlenabladeplätze, wie es in Kriegszeit auf so manchen Bahnhöfen schon geschehen ist, diesem Umstande in Zukunft Rechnung zu tragen. Es wäre so manchen Kohleninteressenten schon geholfen, wenn diese Frachtsätze für die genannten Bahnhöfe nur bedingte Geltung haben, das heißt, wenn die Bahn sich bereit erklären würde, die Kohle zu dem allgemeinen Tarife dahin gelangen zu lassen, wenn die Abladeverhältnisse auf diesem Bahnhofe den Transport gestatten. Daß dies sehr oft der Fall sein wird, ist sicher, weil in der gegenwärtigen Zeit des unregelmäßigen Bezuges der Güter manche Bahnhöfe von den regelmäßig eintreffenden und Platz beanspruchenden Gütern ganz entlastet sind. Schon die jetzt bestehenden Kohlenrutschen auf diesen Bahnhöfen könnten bei Gleichheit der Tarife ganz anders ausgenützt werden und den umliegenden Konsumenten dann im Kohlenbezuge eine große Erleichterung bieten. Man wende nicht ein, daß man auf dem Nordbahnhofe einen mit technischen Mitteln ausgestatteten Kohlenbahnhof herstellen wolle, der durch die erleichternde Ab- und Auflademöglichkeit wieder eine Verbilligung des Kohlenbezuges schaffen werde, das liegt erstens noch in der Zukunft und zweitens würde eine solche Verbilligung per 100 Kilogramm höchstens 4 H. betragen, während durch die heutigen Tarife, wie schon erwähnt, für die übrigen Bahnhöfe eine Erhöhung bis zu 20 H. entsteht. Man stelle sich aber vor, welche Erleichterung im Kohlenbezug eintreten würde, wenn nur ein großer Teil der Kohle, der heute auf dem überlasteten Nordbahnhofe einlangt und bei der gegenwärtigen Fuhrwerkskalamität von Menschen mit Handwagen in die entferntesten Bezirke geschleppt werden muß, auf dem nächstgelegenen Bahnhofe abgeholt werden könnte. Wenn die Tarife schon um 30 Prozent erhöht werden, dann kann auch in großzügiger Weise die Gleichstellung der Tarife für die Wiener Bahnhöfe gegeben und damit eine Kalamität sofort, wenigstens teilweise, gelindert werden, was auch bei den Wiener Kohlenkonsumenten, die von der hohen Tarifreform gewiß empfindlich getroffen werden, wieder eine versöhnlichere Stimmung auslösen würde."

Die Zeit 31/I. 1917.

146

Kälte und Kohlenversorgung.

Empfindlicher Fuhrwerksmangel.

Die andauernde Kälte hat zur Folge, daß in der letzten Zeit die Wiener Kohlenhändler mit Lieferungsaufträgen geradezu bestürmt werden, so daß sie auch nicht annähernd imstande sind, den seit den letzten zwei Wochen enorm gestiegenen Anforderungen nachzukommen. Dieser Umstand hat vielfach die Befürchtung erweckt, daß in der Kohlenversorgung Wiens Stockungen eingetreten sind, die sich in der nächsten Zeit unter Umständen sehr empfindlich fühlbar machen könnten. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß die Kohlenzufuhr von auswärts sich nach wie vor unverändert innerhalb der schon seit Kriegsausbruch gewohnten Grenzen bewegt und daß neuerliche Beschränkungen der Bahntransporte nicht zu beobachten sind. Das Unvermögen vieler Kohlenhändler, die ihnen zukommenden Lieferungsaufträge auch nur annähernd zu erledigen, erklärt sich vielmehr hauptsächlich aus dem Mangel an ausreichenden Zufuhrmöglichkeiten.

Die Schwierigkeit der Kohlenzufuhr in Wien.

Der Leiter einer der ersten Kohlengroßhandlungen Wiens hatte die Liebenswürdigkeit, einem Mitarbeiter unseres Blattes folgende Mitteilungen zu machen:

„Der Stand der Kohlenversorgung Wiens ist derzeit verhältnismäßig kein schlechter. Wenn auch kürzlich infolge Ueberfüllung der Anlagen des Oberberger Bahnhofes die den Kriegsverhältnissen entsprechende normale Kohlenzufuhr aus Preußisch-Schlesien eine Woche lang völlig unterbunden war, so treffen doch seither die Transporte wieder ziemlich regelmäßig ein. Daß wir trotzdem mit einer gewissen Knappheit an Kohle zu rechnen haben, kann natürlich nicht geleugnet werden. Die Stadt Wien hat an kalten Tagen einen Konsum von 7000 bis 8000 Tonnen, und dieses Riesenquantum kann unter dem Einfluß der abnormen Verkehrsverhältnisse naturgemäß nicht immer in ausreichenden Mengen per Bahn zugeführt werden. Immerhin aber — und gerade das scheint der Oeffentlichkeit nicht bekannt zu sein — herrscht augenblicklich in Wien kein ausgesprochener Kohlenmangel. Die meisten Kohlenrutschen der Wiener Kohlengroßhändler sind gefüllt. Derzeit sind wir mit einem Vorrat an oberschlesischer Kohle versehen, der etwa für zehn Tage ausreicht. Es ist auch anzunehmen, daß dieser Vorrat rechtzeitig und regelmäßig seine Ergänzung finden wird.

Hingegen darf nicht verschwiegen werden, daß die Fuhrwerksverhältnisse in Wien derzeit äußerst schwach sind. Es mangelt nicht nur an Arbeitskräften, sondern auch an Pferden, deren Leistungskraft den gegenwärtigen durch Schneefall und Kälte stark beeinflußten Verkehrsverhältnissen gewachsen wären. Dazu kommt, daß ja die Detailkohlenhändler nicht ausschließlich mit eigenem Fuhrwerk arbeiten, sondern zum größten Teil auf Fuhrwerksunternehmungen und Frächter angewiesen sind, die gerade jetzt bei Schneefall und Kälte in der Abfuhr des Schnees und in der Zufuhr von Eis an Gastwirte, Fleischer und Selcher eine Beschäftigung finden, die ihnen nicht nur bequemer ist, sondern auch weit besser bezahlt wird als die Kohlenzufuhr. Die Kohlenhändler sind bei dem stark wechselnden Geschäftsgang gar nicht imstande, nur mit eigenem Fuhrwerk zu arbeiten. Während zum Beispiel das von mir geleitete Unternehmen im Sommer mit einem Eingang von täglich 20 Waggons zu rechnen hat, steigert sich der Eingang im Winter bis zu 100 Waggons täglich. Zum Abtransport dieser Mengen muß fremdes Fuhrwerk herangezogen werden, an diesem aber fehlt es, und daraus erklärt sich das Versagen der Kohlenlieferung an die privaten Haushaltungen.

Das Publikum sollte diesen Verhältnissen Rechnung tragen. Nicht der Kohlenhändler trägt die Schuld, wenn der Besteller von Tag zu Tag vergeblich wartet, und auch nicht die Zufuhr von auswärts ist derzeit geringer als sonst. Nur an Pferden und Arbeitsleuten fehlt es. Vielleicht gereicht es den Wienern zum Trost, wenn bei dieser Gelegenheit festgestellt wird, daß dieser Mangel in anderen Großstädten noch weit empfindlicher sich fühlbar macht als bei uns. Die Kohlenzufuhr in Berlin zum Beispiel ist derzeit aus dem gleichen Grunde fast gänzlich unterbunden."

Die Zeit
31./I. 1917.

147

Die Kohlenfrage.

Die strenge Kälte, die seit Mitte Januar eingetreten, ist eine unangenehme Ueberraschung. Die erste Winterhälfte war mild, und nach den mäßigen Wintertemperaturen des vergangenen Jahres rechnete man auch heuer auf kein böses Frostwetter mehr. Um so härter trifft uns jetzt der Kälteeinbruch, da uns nicht nur die abhärtende Gewöhnung, sondern auch das wichtigste Abwehrmittel mangelt: die Kohle. Der Kohlenmangel ist freilich jetzt eine internationale Erscheinung, aber das kann selbst denjenigen, die darin etwas Tröstliches sehen, kaum über das Frieren hinweghelfen. Und die ungenügende Wärmezufuhr von außen macht sich jetzt desto empfindlicher geltend, je weniger wir den Körper durch fettstoffreiche Nahrung zu heizen vermögen. In Oesterreich herrscht, wie gelegentliche Berichte aus den Kronländern melden, an vielen Punkten eine gewisse Kohlenknappheit, die wohl zumeist auf Schwierigkeiten des Eisenbahntransports zurückzuführen sein dürfte. In Wien soll der Kohlenmangel nach dem Urteile von Sachverständigen nicht durch ungenügende Zufuhren aus den Produktionsgebieten bewirkt sein — die lagernden Vorräte, heißt es, wären ausreichend —, sondern durch die lokale Fuhrwerksnot, die die Zustreifung der Kohle an die vielen Bedarfsstellen unmöglich macht. Das Verfrachtungswesen liegt in Wien jetzt in der Tat arg danieder: wahrscheinlich wird es damit in den anderen großen Städten Oesterreichs nicht besser bestellt sein, aber die größte Stadt mit den ausgedehntesten Entfernungen leidet unter diesem Uebelstand natürlich am schwersten. Es fehlt dem städtischen Lastenverkehr an Zugtieren und Menschen. Die Pferde, deren Zahl durch den Armeebedarf stark reduziert ist, können überdies nicht so reichlich gefüttert werden, wie es der Schwerfuhrwerkdienst verlangt. Von den Schwerarbeitern ist der größte und beste Teil durch den Kriegsdienst in Anspruch genommen. Man kennt diese Misere von den Wiener Uebersiedlungsterminen her, und auch in der großstädtischen Lebensmittelversorgung macht sie sich seit langem fühlbar. Am meisten aber jetzt, wo die strenge Kälte eine prompte Kohlenverfrachtung fordert.

Es handelt sich hier nicht um eine vorübergehende Schwierigkeit, von der zu hoffen wäre, daß sie von selbst rasch wieder schwinden wird. Die Vorsicht gebietet, mit einer noch zweimonatigen Winterdauer und mit der Möglichkeit langwierigen Frostes zu rechnen. Aus sanitären und wirtschaftlichen Gründen muß alles geschehen, was nur irgend geschehen kann, um der Fuhrwerksnot wenigstens zeitweilig abzuhelfen und dadurch den Kohlenmangel rasch zu beheben. Die Armeeverwaltung, die in den jüngsten Tagen der Wiener Gemeindeverwaltung so bereitwillig Hilfskräfte zur Verfügung stellte, als ungeheure Schneefälle den Straßenverkehr zu hemmen drohten, wird vielleicht in der Lage sein, für den dringendsten Momentbedarf mit Verladepersonal, Pferden und Lastautomobilen auszuhelfen. Sollte das aus Gründen, die sich dem Urteil des Außenstehenden entziehen, untunlich sein, so wird wenigstens alles sonst erreichbare Fuhrwerk zunächst für den Kohlenbestelldienst heranzuziehen sein. Der Ernährungsminister hat vorgestern den deutschen Städtevertretern eine neue Verordnung angekündigt, die „eine Art Kriegsleistung in Ernährungsfragen" einführen soll, „um die für die Approvisionierung nötigen Arbeitskräfte sicherzustellen". Die analoge Anwendung auf die Kohlenversorgung liegt nahe. Es wird sich vielleicht empfehlen, auch die Stadtbahn, die jetzt aus dem städtischen Verkehr ziemlich ausgeschaltet ist, für kurze Zeit mit ausgiebigen Kohlenfrachten zu belasten. Jedenfalls darf kein auftreibbares Verkehrsmittel unbenützt bleiben, das dazu dienen kann, eine Abhilfe zu schaffen, deren Dringlichkeit von der Thermometerskala deutlich abgelesen werden kann

Reichspost Abendblatt
1./II. 1917

Unsere täglichen Sorgen.

Gestern 1400 Waggons Kohlen im Wiener Nordbahnhof eingelangt!

Wie die „Reichspost" erfährt, sind am gestrigen Tage im Wiener Nordbahnhofe nicht weniger als 1400 Waggons Steinkohle aus den schlesischen Revieren eingetroffen, das sind rund 35 Eisenbahnzüge! Der Gesamtverbrauch Wiens an Kohle beträgt an sehr kalten Tagen vielleicht 400 Waggons, doch sind hier die im Franz-Josef- und Nordwestbahnhof einrollenden Braunkohlensendungen mit inbegriffen, so daß also gestern im Nordbahnhof ungefähr der Wochenbedarf an Steinkohle an einem einzigen Tage ankam!

Ueber die mutmaßlichen Gründe dieses erfreulichen Kohlensegens erfahren wir:

Die Kohlenindustrie, die zwar erst am 10. Jänner eine Preiserhöhung festgesetzt hatte, war an die Regierung mit dem neuerlichen Ansuchen herangetreten, das Handelsministerium möge der Kohlenindustrie mit Rücksicht auf die Frachtentariferhöhung auf den Bahnen gestatten, eine abermalige Preiserhöhung durchzuführen. Die Regierung hat bis zur Stunde diese Preiserhöhung noch nicht bewilligt.

Es erscheint nun als nicht unwahrscheinlich, daß die Kohlenindustrie damit rechnete, daß die Preiserhöhungsbewilligung unmittelbar — mit dem 1. Februar — erfolge. Es ist aber auch möglich, daß die Kohlenbarone beabsichtigten, große Kohlenvorräte noch vor dem 1. Februar, an welchem Tage die Frachtentariferhöhung in Kraft tritt, nach Wien zu bringen, und knapp vor Torschluß zum billigen Tarife ihre Vorräte beförderte. Man wird jedenfalls darauf gefaßt sein müssen, von den Kohlenbaronen diese „Begründung" zu hören. Auf die Besserung der Witterungsverhältnisse, die den Transport ermöglicht hätten, können sie sich nicht ausreden! Soviel lehrt aber der gestrige Tag: Es bestehen keine „Transportschwierigkeiten", es besteht kein „Waggonmangel", es besteht kein „Kohlenmangel" — wenn die Kohlenindustrie nur will.

Tausende in Wien frieren, in der Universität müssen die Vorlesungen eingestellt werden, Dutzende von Fabriksunternehmungen sind in ihrem Schaffen, auch in der Arbeit zum Wohle des Vaterlandes, gehemmt, weil in der Zeit der grimmigen Kälte der letzten Tage viel zu wenig Kohlenfrachten nach Wien kamen. Da, auf einmal geschieht das Wunder: Zug auf Zug rollt im Nordbahnhof ein, 1400 Waggons Steinkohle an einem Tage! —

Versorgung der Kleinhändler mit 100 Automobilen.

Wie wir weiter erfahren, wird die Wiener Gemeindeverwaltung vom morgigen Tage vielleicht schon angefangen, mit Hilfe von etwa 100 Automobilen, die in dankenswerter Weise [redacted] unser Ernährungsamt ihr zuwies, die Versorgung der Kleinhändler mit Kohlen vornehmen. Damit wird eine große Erleichterung für die breiten Massen erfolgen. Das Pferdematerial wird zur Gänze der Industrie zugewiesen.

Neues Wiener Tagblatt
1./II. 1917

Die Approvisionierung im Kriege.

Die Kohlenversorgung Wiens.

Gestern vormittag erschien Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit den Obmännern der Gemeinderatsparteien Dr. Hein, Neumann und v. Steiner beim Arbeitsminister Freiherrn v. Trnka, um die für Wien so wichtige Kohlenfrage und die Maßnahmen zur Behebung der Kohlenknappheit einer Erörterung zu unterziehen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner wies auf die von der Gemeinde bereits getroffenen Maßnahmen zur Einschränkung der öffentlichen und privaten Beleuchtung sowie des Straßenbahnverkehrs hin und bat den Minister, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, damit eine genügende Menge Kohle nach Wien zugeführt, daß aber auch die Möglichkeit geschaffen werde, die Kohle von den Bahnhöfen in allen Bezirken zur Verteilung zu bringen.

Der Minister dankte der Gemeindeverwaltung für ihr Vorgehen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bevölkerung in bewährter Opferwilligkeit die unvermeidlichen Maßnahmen zur Kohlenersparung tragen werde. Es werde zu Beginn der nächsten Woche in seinem Ministerium eine Besprechung mit allen interessirten Behörden stattfinden, bei welcher die bestehenden Vorschriften revidiert und weitere Maßnahmen beraten werden. Wegen besserer Verteilung der Kohle in Wien werden Militärautos zur Verfügung gestellt werden und er hoffe, daß dadurch sowohl den Anstalten, als auch von den Großkohlenhändlern den Kleinkohlenhändlern Kohle, wenn auch in bescheidenen Quantitäten, zugestellt werden könne. Was die von der Obmännerkonferenz vorgebrachten Beschwerden wegen der Erhöhung der Kohlenpreise anlangt, so könne der Minister versichern, daß er in dieser Frage stets das Interesse der Verbraucher im Auge gehabt habe und daß er nur seine Zustimmung zu solchen Preiserhöhungen gegeben habe, die durch die Höhe der Gestehungskosten der Kohlenförderung begründet waren. Allerdings müsse er zugeben, daß durch die Erhöhung der Bahntarife tatsächlich eine weitere Preiserhöhung der Kohle sich ergeben habe, er werde aber strenge darauf sehen, daß die Tariferhöhung nicht zu einer Preissteigerung verwendet werde, welche über das Maß der Tariferhöhung hinausgehe.

Tägliche Rundschau
1./II. 1917

150

Eine Münchener Verordnung gegen den Kohlenmangel.

Aus München wird uns gedrahtet: Die einschneidendste Maßnahmen, die bisher in Deutschland gegen den Kohlenmangel getroffen sind, hat das Stellvertretende Generalkommando des ersten bayerischen Armeekorps erlassen, die morgen in Kraft treten, und zwar werden in München ab morgen bis auf weiteres:

1) alle Schulen jeglicher Art geschlossen, 2) alle Theater, Lichtspielhäuser, Kunst- und Konzertsäle und Vortrags- und Versammlungsräume bis auf weiteres geschlossen, 3) alle Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Kaffeehäuser, Vereins- und Gesellschafsräume müssen um 10 Uhr schließen, 4) in allen Hotels, Speisewirtschaften usw. dürfen die Gäste nur noch in einem Raum bewirtet werden. Alle Nebenräume sind bis auf weiteres geschlossen zu halten. Die für den Verbrauch bei den Theatern, Lichtspielhallen usw. bestimmten Brennstoffvorräte werden sofort zugunsten des Gemeindeverbandes München-Stadt beschlagnahmt. Den Unternehmungen darf auch bis auf weiteres Brennstoff nicht geliefert werden. Das Kultusministerium wird noch heute einen Erlaß herausgeben, der auch die Schließung sämtlicher Hoch- und Mittelschulen sowie staatlicher Sammlungen zum Gegenstande hat. Das Hoftheater ist durch königliche Verordnung geschlossen.

Soweit der Inhalt der Maßnahmen. Sie schneiden tief in das Wirtschaftsleben ein, aber das Stellvertr. Generalkommando geht von dem Gedanken aus, daß in dieser außerordentlich kalten Jahreszeit vor allem die Privathaushaltungen so gut wie möglich versorgt werden müssen, damit der Gesundheitszustand der Bevölkerung aufrechterhalten bleibt. Welche Kohlenmengen frei werden, geht z. B. daraus hervor, daß allein bei den städtischen Schulen Münchens wöchentlich 3500 Zentner Kohlen durch die Schließung gespart werden. Aber auch an die Privathaushaltungen richtet das Generalkommando die Mahnung, möglichst sparsam mit den Vorräten umzugehen, da andernfalls auch in Privathaushaltungen wird eingegriffen werden müssen. Die Ministerien und der Magistrat, sowie alle in Frage kommenden amtlichen Stellen haben dafür gesorgt, daß in den Amtsräumen mit Brennmaterial sparsam umgegangen wird.

Frankfurter Zeitung
1./II. 1917

151

Kohlenmangel in der Schweiz.

-1- Aus der Schweiz, 25. Jan.

Die schweizerischen Bundesbahnen kündigen auf den Monat Februar eine Einschränkung des Eisenbahnverkehrs um ein Drittel der bisherigen Zugsleistungen an. Die Ursache ist der Rückgang der Kohlenzufuhren. Die vorhandenen Vorräte würden zwar die Fortführung des vollen Bahnbetriebs noch für mehrere Monate gestatten, aber man zieht es vor, schon jetzt zu sparen und nicht zu warten, bis eine eigentliche Kohlennot eintritt. Diese Vorsicht ist um so mehr am Platze, als vielleicht die Notwendigkeit einer Kohlenversorgung der schweizerischen Industrie aus den Vorräten der Bundesbahnen notwendig werden kann. Im weiteren hat der Bundesrat eine Bestandsaufnahme über sämtliche Kohlenvorräte des Landes angeordnet, und überdies sind Maßnahmen zur Einschränkung des Gasverbrauchs getroffen worden. Alle diese Maßnahmen zeigen, daß man sich in der Schweiz bei Zeiten auf eine Kohlennot einzurichten beginnt. Die Lieferung von Kohlen für die Schweiz ist schon vor dem Kriege zum größten Teile von Deutschland besorgt worden. So lieferte Deutschland der Schweiz im Jahre 1911 bei einer gesamten Kohleneinfuhr von 3 136 000 Tonnen über drei Viertel, nämlich 2 467 000 Tonnen; 392 000 Tonnen lieferte Frankreich und 205 000 Tonnen kamen aus Belgien. Seit Kriegsausbruch war die Schweiz noch mehr auf Deutschland angewiesen; es hat uns 1915 3 031 000 Tonnen Kohlen geliefert, während die Zufuhr aus Frankreich auf 1180 Tonnen zurückging und die direkte Zufuhr aus Belgien aufhörte. Dafür wurden im Jahre 1915 aus Italien 165 000 Tonnen amerikanische und etwas englische Kohlen eingeführt. Das Jahr 1916 brachte in den ersten Monaten eine befriedigende Kohleneinfuhr aus Deutschland; vom August an aber trat ein Rückgang ein, der bis zum Ende des Jahres nicht mehr eingeholt werden konnte. So betrug der Kohlenimport im Oktober nur 216 000, im Dezember sogar nur 187 000 Tonnen. Durch das Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz vom 2. September 1916 war eine Monatsmenge von 253 000 Tonnen vereinbart worden; die Schweiz hatte 270 000 Tonnen verlangt, womit immer noch weder die Zufuhren von 1913 noch denjenigen des Jahres 1915 erreicht worden wären. Selbst wenn Deutschland in der Lage gewesen wäre, die zugestandenen 253 000 Tonnen zu liefern, so hätte das eine knappe Zumessung bedeutet. Deutschland hat aber seit September 1916 in keinem Monat die 253 000 Tonnen liefern können; man ist in der Schweiz einig in der Auffassung, daß sich Deutschland alle Mühe gibt, der Schweiz die zugesicherten Kohlenmengen zu liefern, daß es nur die Macht der Verhältnisse ist, welche die normalen Zufuhren hindert. Die Schweiz hat bereits einige hundert schweizerische Kohlenwagen zur Verfügung gestellt; doch dürfte das schweizerische Rollmaterial, das stark für den Abtransport der Schweizer Güter in Bordeaux und Genua in Anspruch genommen wird, kaum genügen, um den Kohlentransport aus Deutschland sicherzustellen. Man spricht deshalb davon, den Wasserweg Straßburg—Basel für die Kohlenzufuhr nach der Schweiz nutzbar zu machen. Die Unterhandlungen darüber sollen bereits zu einer Verständigung geführt haben. Doch dürften die vorhandenen Schiffahrtseinrichtungen auf dem Oberrhein für die Bewältigung eines Massenverkehrs nicht ausreichen.

Rheinische Rundschau

1. II. 1917

152

* **Ernste Maßnahmen zur Kohlenersparnis.** Die Stadtverwaltung in Mainz hat, wie unser dortiger Mitarbeiter drahtet, beschlossen, zur Ersparung von Kohlen, die Schließung sämtlicher Schulen, Theater und Museen anzuordnen.

Die Zeit
2. IV. 1917

153

Mit Kohle sparen.

Je härter und andauernder der Winterfrost sein Regiment führt, desto ernster wird die Beheizungsfrage für die Einwohnerschaften unserer Städte. Die Landbevölkerung hilft sich mit den im Sommer eingelagerten Holzvorräten, für die Städter aber ist die Kohle das unentbehrliche Heizmittel. Die strenge Kälte, die jetzt in ganz Mittel- und Osteuropa herrscht und sogar die militärischen Operationen, wie aus den Kriegsberichten zu ersehen, zu zeitweiligem Stillstand bringt, kann möglicherweise noch geraume Zeit fortwähren. Es ist ein Unglück, daß diese weitverbreiteten Unbilden der Witterung gerade mit einer ebenso weitverbreiteten Kohlenknappheit zusammentreffen. Aber wir brauchen dieses Unglück keineswegs in wehrloser Passivität über uns ergehen zu lassen. Die öffentliche Verwaltung kann zwar den Kohlenmangel nicht in Kohlenüberfluß verwandeln, aber sie hat Mittel in der Hand, die Zufuhren zu steigern und die vorhandenen Vorräte zu strecken. Die wichtigste Aufgabe der staatlichen und städtischen Verwaltung besteht natürlich darin, die Verkehrshemmungen zu beseitigen, mögen sie sich nun im Bahntransport oder im lokalen Zustreifungsdienst geltend machen. Soweit das aber nicht mit der wünschenswerten Raschheit und im erforderlichen Umfang gelingt, muß zu Ersparungsmaßregeln, nötigenfalls auch zu den radikalsten, gegriffen werden, um wenigstens für die schlimmste Frostzeit ein Auslangen mit den zunächst greifbaren Vorräten zu sichern. In diesem Punkt ist soeben das Münchener Generalkommando — das sich in der Kriegszeit wiederholt durch frühzeitige, aber, wie die Folge lehrte, auch rechtzeitige Markt- und Konsumvorkehrungen bemerkbar machte — beispielgebend vorangegangen. In München wurden nämlich zur Einschränkung des Kohlenverbrauches sämtliche Schulen, Theater, Museen, Kinos, Konzert- und Versammlungssäle auf vorläufig unbestimmte Dauer geschlossen.

Das ist eine sehr weitgehende Maßregel, zu der man sich in einer bedeutenden Kunststadt wie München gewiß nicht leichten Herzens hat bestimmen lassen. Daß man es aber tat, spricht eben klar für die Notwendigkeit der Sache, und wo eine solche ernste Notwendigkeit besteht, dort soll man ihr nach dem Münchener Beispiel entschlossen Rechnung tragen. Besser rasch und energisch zugreifen, als sich das Uebel über den Kopf wachsen lassen. Unter allen Sperrungen von Anstalten wird zweifellos die der Schulen die stärksten Bedenken erregen, um so mehr, da der Unterrichtsbetrieb durch die Verhältnisse der Kriegszeit ohnedies seit langem verkürzt und geschädigt wird. Aber es ist immerhin besser, die Schulen zeitweilig zu schließen, als den Eltern der Schuljugend den Brennstoff vorzuenthalten, dessen sie bedürfen, um ihre und der Kinder Gesundheit vor Schaden zu bewahren. Und schließlich, wenn es im Sommer Hitzeferien gibt, kann es im Winter auch einmal Kälteferien geben. Die über Theater und Vergnügungslokale verhängte Sperre ist gleichfalls eine Maßregel einschneidender Art, die gewiß mancherlei wirtschaftliche und gesellschaftliche Nachteile mit sich bringt. Die Verdienstminderung so vieler Existenzen, die mit diesen Anstalten zusammenhängen, und der Entgang an Aufheiterung und Ablenkung, die gerade in so schwerer Zeit den Gemütern nottun, das sind wohl Momente, die Beachtung verdienen. Aber der Mangel, der uns jetzt Sorge macht, betrifft ja Kohlen und nicht Geld; für Verdienstentgang läßt sich also aus öffentlichen Mitteln einigermaßen Ersatz schaffen. Und die fehlende Zerstreuung läßt sich jedenfalls leichter ertragen als die fehlende Ofenwärme. Es versteht sich übrigens von selbst, daß andere Ersparungsmaßregeln, wenn sie Erfolg versprechen, zuerst versucht werden müssen, ehe man zu den radikalsten greift. Die Einschränkung, nötigenfalls das gänzliche Verbot der Schaufensterbeleuchtung, ferner die Herabsetzung der Gast- und Kaffeehäuserbeleuchtung auf das annehmbare Mindestmaß empfehlen sich vor allem. Um aber auf den allgemeinen Konsum entsprechend einzuwirken, wird man mit Belehrungen und Mahnungen auch an den Gemeingeist der städtischen Volksschichten, besonders der besser situierten, appellieren müssen. Das wird sicher nicht erfolglos bleiben. Jede Lichtverschwendung ist jetzt Wärmeverschwendung. Wir werden über den bösen Winterrest hinwegkommen, wenn alle, Behörden sowie Publikum, fürsorglich ihre Pflicht tun.

Berner Bund
2./II. 1917

154

Noch ein Vorschlag zur Kohlenersparnis

Man schreibt uns von technischer Seite: Die verschiedenen so sehr berechtigten Ermahnungen unserer Bundesbehörden, in Anbetracht der reduzierten Kohlenzufuhr möglichst mit den Kohlen zu sparen, könnten noch bei einer Reihe anderer Verwendungen als S. B. B. und Gasanstalten verwirklicht werden.

Es gibt zahlreiche Industrien, bei welchen die Verwendung von Wärme eine große Rolle spielt, und zwar speziell mit Wasserdampf. Dazu zählen als Hauptindustrie die Färbereien, seien es Seiden-, Woll- oder Baumwollfärbereien, ebenso die Appreturen und Ausrüstanstalten. Ueberall spielt der Dampf, sei es zum Erhitzen der Farbbäder, zum Trocknen oder Appretieren der Garne und Gewebe, eine Haupttolle, der Konsum an Kohlen ist deshalb verhältnismäßig sehr groß.

Um nun die Verwendungszeit der Dampfkessel abzukürzen, möchten wir den Vorschlag machen, auch hier eine Einschränkung der Mittagspause zu versuchen. Statt 1½ Stunden würde die Mittagszeit auf nur 20 bis 30 Minuten verkürzt. Dem Personal müßte Gelegenheit gegeben werden das Mittagessen schichtenweise in geeigneten Lokalitäten einzunehmen. Die Arbeitszeit würde beispielsweise für 9½ Stunden auf die Zeit von halb 8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags verlegt. Die Lohnverhältnisse dürften dadurch nicht berührt werden.

Es ist bekannt, daß die Dampfkessel auch über Mittag unter Druck gehalten werden müssen, und daher 1½ Stunden Kohlen fressen. Mit der vorgeschlagenen neuen Arbeitseinteilung könnten also zirka 10 Prozent Kohlen gespart werden, was wohl der Mühe wert ist. Eine weitere Ersparnis ergibt sich durch geringeren Lichtkonsum.

Zur Durchführung dieser für die Kriegszeit in Aussicht genommenen Neuerung ist aber die Mithülfe der Bundesbehörden nötig. Eine Schwierigkeit besteht unseres Erachtens nicht, da der Bundesrat zurzeit berechtigt ist, in Anbetracht der Notlage eine entspechende Aenderung des Fabrikgesetzes vorzunehmen. Wir zweifeln nicht, daß in Hinsicht auf die heutigen schwierigen Verhältnisse, die allseitige Sparsamkeit bedingen, unsere Bundes- und Kantonsbehörden mit aller Beförderung das Nötige vorkehren werden. Wenn ein Nutzen herausschauen soll, so muß rasch gehandelt werden.

Neues Wiener Tagblatt
2./II. 1917

157

(Kohlenverkauf durch Abträger und Kutscher.) Durch die „Korr. Wilhelm" wird die nachstehende Verlautbarung versendet: In der letzten Zeit wurde wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß Kutscher und Abträger einen Teil der Kohlen, die zur Ablieferung an Kunden bestimmt sind, auf dem Wege zum Bestimmungsorte verkaufen, und zwar zu einem den Höchstpreis weit übersteigenden Preis. Abgesehen davon, daß dieses Vorgehen der Kutscher und Abträger eine Verletzung ihrer aus dem Dienstverhältnis entspringenden Pflicht begründet, liegt in solchen Fällen der Tatbestand der Preistreiberei und oft auch der des Betruges oder des Diebstahls vor. Aus diesen Gründen werden auch die Käufer der Kohle im Hinblick auf die Bestimmung des Strafgesetzes vor dem Ankauf solcher Kohlen gewarnt. Die Polizeidirektion hat die Kommissariate angewiesen, diesen sträflichen Unfug energisch abzustellen und gegen die Schultragenden, insbesondere auch gegen die Käufer gestohlener Kohlen, mit der gebotenen Strenge einzuschreiten.

Tägliche Rundschau
2. III. 1917

158

* **Vorschläge zur Verminderung des Kohlenverbrauchs.** Uns wird von einem Müller geschrieben: Sämtliche Mühlen, die der Kriegs-Getreide-Gesellschaft und den Kommunalverbänden angeschlossen sind, bestehen zum größten Teil aus Dampfmühlen. Tausende von Pferdestärken gehen heute ungenutzt an Naturkräften verloren und Tausende von Zentnern Kohlen könnten täglich gespart werden, wollte man die Dampfkraft durch die vorhandene Naturkraft ersetzen und sämtliche Wasser-, Windmühlen, welche über geeignete maschinelle Einrichtungen verfügen, mit Mahlgut belegen, solange und soviel Kraft vorhanden ist. Die Organisation dieser Durchführung dürfte, auf die einzelnen Kreise verteilt, wenig auf Schwierigkeiten stoßen, und ein Nationalvermögen könnte dadurch dem Staate gespart werden, wollte man diesen Vorschlag zur Anwendung bringen. — Ferner aber auch dürfte folgender Vorschlag nicht von der Hand zu weisen sein, wollte man Neubauten und Vergrößerungen von Dampfmühlanlagen Einhalt gebieten und durch gesetzliche Bestimmungen auf eine Zeit, solange der Schiffstonnenraum, durch welchen das überseeische Getreide nach hier gebracht werden kann, nicht wieder einigermaßen hergestellt ist, jede weitere Dampfmühlanlage verbieten, außer denjenigen Mühlen, die durch den Krieg zerstört sind. Kräftige Männer werden in den nächsten Jahren zu Schiffsbauten, Eisenbahnen, den Kohlen- und sonstigen Bergwerken gebraucht, wo man den Kriegsinvaliden nicht zu diesen schweren Arbeiten verwenden kann, und da heißt es sparen an Menschenkräften zu zweckdienlichen Arbeiten und sparen an Kohlen, solange und soviel Naturkräfte vorhanden sind.

Fremdenblatt
3. II. 1917

159

Die Schwierigkeiten der Kohlenbeschaffung.

Auf die Frage, ob die Beschaffung dieser enormen Kohlenmenge angesichts der jetzt herrschenden Verhältnisse sich glatt und anstandslos bewerkstelligen ließ, antwortete Direktor Karel:

„Es kann nur dem guten Zwecke, die Oeffentlichkeit zu strengster Sparsamkeit zu erziehen, dienlich sein, wenn hiermit festgestellt wird, daß die regelmäßige Kohlenbeschaffung für unsere Elektrizitätswerke in den letzten Wochen zuweilen mit Schwierigkeiten verknüpft war. Die Elektrizitätswerke hätten bereits mit noch größeren Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, wenn nicht im Sommer in kluger Voraussicht ein Vorrat von 75.000 Tonnen angehäuft worden wäre, der jetzt in den Tagen der Knappheit die besten Dienste leistet. Der bereits schätzungsweise festgestellte Bedarf für das laufende Jahr setzt sich zusammen aus 200.000 Tonnen Zillingdorfer Kohle, 263.000 Tonnen Steinkohle preußisch-schlesischer und österreichischer Provenienz und etwa 87.000 Tonnen böhmischer Braunkohle. Abgesehen von den bekannten Verhältnissen auf dem Gebiete des Bahntransportes muß aber hierbei in Betracht gezogen werden, daß der Zillingdorfer Betrieb derzeit durch Kälte und Schnee insofern stark in seiner Leistungsfähigkeit beschränkt ist, als die Bergwerksbahn wiederholt durch Schneeverwehungen hart betroffen wurde. Derartige winterliche Einflüsse sind nicht ohne Belang, denn unsere am 13. Dezember in Betrieb genommene Ebenfurter Ueberlandzentrale, die einen stetig steigenden Teil des Wiener Strombedarfes zu decken hat, wird fast ausschließlich mit Zillingdorfer Kohle bedient. Wir sind, was die Kohlenversorgung anlangt, allerdings durch entsprechend große Jahresschlüsse gedeckt. Es bereitet aber, wie ja ebenfalls bekannt ist, den liefernden Stellen derzeit Schwierigkeiten, ihren Abschlußverpflichtungen pünktlich nachzukommen.

Die Beleuchtung der Repräsentationsräume.

Aus diesen Mitteilungen möge die Oeffentlichkeit den Schluß ziehen, daß überall und von jedermann mit Strom möglichst gespart werden muß. Was die öffentlichen Aemter und die Repräsentationsräume anlangt, wird sich allerdings bei den in Erwägung stehenden sehr einschneidenden Maßnahmen eine einheitliche Norm nicht aufstellen lassen. Es gibt Repräsentationsräume, die mit fünfzig Lampen allzu notdürftig und solche, die mit fünf Lampen allzu verschenderisch beleuchtet sind. In diesem Zimmer zum Beispiel brannten bisher zehn Birnen. Sie sehen aber — so schloß, nach der Deckenbeleuchtung weisend, unser Gewährsmann, dem wir diese liebenswürdigen Mitteilungen verdanken —, es geht auch, wenn von diesen sieben Birnen nur eine leuchtet!"

Neue Freie Presse
3./II. 1917

160

Die Kohlenversorgung der städtischen Schulen und Waisenhäuser.

Mitteilungen von informierter Seite.

Wien, 3. Februar.

Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat die Gemeinde Vorsorge für die Deckung des Kohlenbedarfes der städtischen Schulen und Waisenhäuser getroffen. Es besteht auch begründete Hoffnung, daß mit den angesammelten Kohlenvorräten das Auslangen gefunden werden wird. Weil aber die Möglichkeit nicht abgewiesen werden kann, daß das strenge Frostwetter lange andauert, und weil auch die Verfrachtung der Kohle großen Schwierigkeiten begegnet, muß die Gemeinde alle in Betracht kommenden Ereignisse in Erwägung ziehen. Im Augenblicke besteht zwar keine zwingende Notwendigkeit, an die Sistierung des Unterrichtes zu denken.

Man sorgt jedoch vor, daß für den Fall des Eintrittes ungünstiger Bedingungen der Unterricht in einer Reihe von städtischen Volks- und Bürgerschulen eine Einschränkung, wenn nicht gar eine Einstellung erfährt. In erster Reihe werden jene Schulen in Betracht kommen, die mit Zentralheizung ausgestattet sind. Solche Zentralheizungen verschlingen nämlich eine Menge Kohlen. Sollte eine Einschränkung eintreten müssen, dann werden jene Schulen in erster Reihe fortbestehen, welche mit Ofenheizung ausgestattet sind. Aber auch für den Fall strenger Maßregeln werden in jenen Bezirken, die von ärmerer Bevölkerung bewohnt sind, Sammelklassen offen gehalten werden, die mit Ofenheizung ausgestattet sind und jenen Kindern Aufnahme und Beschäftigung gewähren sollen, deren Eltern tagsüber außer Hause beschäftigt sind.

Bezüglich der Waisenhäuser ist alles vorgesorgt.

Wie bereits bemerkt, wird die Maßregel wegen der Schulen nur im äußersten Notfalle in Erwägung gezogen und hofft man, daß es nicht zu einer vollständigen Einstellung des Unterrichtes, höchstens zu einer Einschränkung und auch nur in einer Anzahl von Schulen kommen wird.

Neues Pester Journal
3./II. 1917
161

* **Erhöhung der Kohlenpreise.** Wir haben bereits berichtet, daß die Hauptstadt im Einvernehmen mit den Kohlen- und Holzgroßhändlern die Preise für Kohle und Holz erhöht hat. In dieser Angelegenheit veröffentlicht nun die volkswirthschaftliche Sektion folgendes Communiqué: „Vom 1. Februar an ist der Eisenbahnfrachtsatz für preußische Kohle um 54 H., der Markkurs um 16 H. über den bisherigen Preis gestiegen. Mit Rücksicht hierauf hat der Magistrat auf Antrag der Preisbestimmungskommission einer Erhöhung des Preises der preußischen Kohle um 70 H. zugestimmt. Die Preise der ungarischen Kohlenarten sind nur um die Differenz zwischen dem bisherigen und dem erhöhten Eisenbahnfrachttarif (je nach der Entfernung um 12 bis 30 H.), die Holzpreise aber um 35 H. gestiegen. Demnach beträgt der Preis der preußischen Kohle auf der Rutsche oder am Lager 6 K. 60 H. per Meterzentner, der Preis des gesägten Holzes 5 K. 90 H., des gehackten Holzes 6 K. 20 H. Für die Zustreifung und die Füllung in Säcke sind die bisherigen Gebühren zu entrichten. Die Preisliste ist in jedem Geschäft zu affichiren. — Der Magistrat hat bisher ungefähr 50 Waggons Kohle durch die Wohlthätigkeitsvereine unter die Armen vertheilen lassen. Dem konsumirenden Publikum hat die Hauptstadt 2500 Fuhren ungarischer und 130 Waggons preußischer Kohle im Wege der Kleinhändler zur Verfügung gestellt."

Arbeiterzeitung
4. II. 1917

16

Schafft Hausbrandkohle durch öffentliche Ersparnis!

Der überraschend harte Winter hat uns eine jähe Kohlennot beschert, die Abhilfe fordert. Sie ist auch in gewissem Maße möglich, wie unsere gestrige Meldung über die Münchener Vorkehrungen beweist. Heute wird bekannt, daß auch der Magistrat von Frankfurt am Main außer der bereits mitgeteilten vorläufigen Schließung der höheren Schulen, Fortbildungs- und Fachschulen in seiner letzten Sitzung weitere Maßnahmen gegen den Kohlenmangel getroffen hat: Vom nächsten Montag an werden die Theater, Konzert- und Vergnügungslokale auf vierzehn Tage geschlossen. Ebenso hat die Wiesbadener Stadtverwaltung mit Rücksicht auf die augenblicklichen Kohlenschwierigkeiten am 30. Jänner unter anderen Maßnahmen die Schließung der höheren Schulen bis zum 12. Februar sowie die Schließung der Fortbildungsschulen und der nassauischen Landesbibliothek angeordnet. Um der Kohlenhamsterei vorzubeugen, ist die Einführung von Bezugsscheinen geplant. Die Bürgerschaft wird ersucht, nur ein Zimmer der Wohnung zu heizen.

In München ist die Schließung sämtlicher Volks-, Fach-, Gewerbe- und städtischen Mittelschulen, der Schulen des Münchener Volksbildungsvereines (Frauenarbeitsschule, Schülerwerkstätten, Vortragskurse für Damen) bereits Freitag erfolgt. Die Schließung kann sich bis zu vier Wochen erstrecken. Das Kultusministerium hat angeordnet, daß der Unterrichtsbetrieb an sämtlichen höheren Lehranstalten Münchens, einschließlich jener in Pasing, bis auf weiteres einzustellen ist. Der Unterrichtsbetrieb an der Universität und an der Technischen Hochschule wird in beschränktem Umfang weitergeführt. Sämtliche Sammlungen des Staates sind ebenfalls für den öffentlichen Besuch bis auf weiteres geschlossen. Die Polizeidirektion hat zur Steuerung der Kohlennot auf Grund der Bundesratsverordnung betreffend die Ersparnis von Licht- und Brennstoffen bedeutende Einschränkungen der Beleuchtung der Geschäfte verfügt. Die Leuchtkraft der Beleuchtungsmittel für Schaufenster und Auslagen, gleichviel welcher Größe, ob Innen- oder Außenbeleuchtung, darf nicht mehr als hundert Kerzen betragen. In Laden, Verkaufsräumen, Kaffeehäusern und Wirtschaften ist die Beleuchtung auf das geringste zulässige Maß zu beschränken. Es darf höchstens die Hälfte der Lampen in Betrieb genommen werden. Die Brennstoffvorräte, die zum Verbrauch in Theatern, Lichtspielhäusern, Konzerthäusern, Versammlungsräumen u. s. w. bestimmt sind, sind zu Gunsten des Kommunalverbandes beschlagnahmt.

Wäre es nicht hoch an der Zeit, auch bei uns Kohlenmengen, die für derlei öffentliche Einrichtungen bestimmt sind, durch Bezugskarten den Haushaltungen zuzuführen und die Bourgeoisie auf die Heizung bloß eines Raumes ihrer Wohnungen zu beschränken?

Tägliche Rundschau

163

4. II. 1917

Gegen den Kohlenwucher.

Gegen die Schändlichkeit, daß die augenblicklich auch in Berlin herrschende Kohlenknappheit von gewissenlosen Händlern zu einem Raubzug benutzt wird, von dem zumeist die betroffen werden, die nicht die Mittel haben, sich rechtzeitig mit Vorräten zu versehen, wendet sich jetzt das Kriegswucheramt mit folgender „Mahnung an die Kohlenhändler“:

Die infolge überaus starker Beanspruchung unserer Eisenbahnen schon seit geraumer Zeit erschwerte Zufuhr und ebenso die wegen der durch den Schneefall in Groß-Berlin hervorgerufenen schwierigen Verkehrsverhältnisse unzureichende Abfuhr der Kohlen hat eine vorübergehende Knappheit an Brennmaterial hervorgerufen. Es handelt sich nicht um einen Mangel an Kohle im allgemeinen, denn die großen Bestände der Zechen zeigen, daß in Deutschland Kohle in ausreichenden Mengen vorhanden ist, sondern um vorübergehende Schwierigkeiten der Heranschaffung. Diesen Umstand haben in der letzten Zeit verschiedene Kohlenhändler als Anlaß benutzt, ihre Vorräte an Preßkohlen zurückzuhalten oder die Kohlen zu übertriebenen Preisen zu verkaufen. Wiederholt hat deshalb das Kriegswucheramt, gerade in der letzten Zeit, solche Händler festnehmen, ihren Vorrat an Kohlen sofort verkaufen und ihr Geschäft schließen lassen. Diese Händler haben schwere gerichtliche Bestrafung zu erwarten. Das Kriegswucheramt richtet an die Kohlenhändler erneut die Mahnung, die vor kurzem in allen Berliner Zeitungen bekanntgegebenen Richtpreise des Verbandes der Berliner Kohlengroßhändler nicht zu überschreiten und Kohlen nicht zurückzuhalten. Der Vorrat an Kohlen dient nicht für „alte Kunden“, sondern soll jedermann in gleichmäßiger Weise für den eingeschränkten täglichen Bedarf zur Verfügung stehen. Das Publikum aber wolle in allen Fällen, wo Kohlenhändler die Abgabe von Brennmaterial für den täglichen Bedarf verweigern, diese dem betreffenden Polizeirevier zur Anzeige bringen.

Tägliche Rundschau
5./II. 1917

164

Neue Richtpreise für Kohlen.

Der Verband der Berliner Kohlen-Großhändler ermahnt die Kleinhändler in einem Rundschreiben dringend, die Richtpreise inne zu halten: „Die Behörde betrachtet die Richtpreise des Verbandes als

Höchstpreise

und erblickt in deren Ueberschreitung eine Bewucherung des Publikums, gleichgültig ob der betreffende Händler selbst einen Preisaufschlag gefordert, oder ob er nur von dem Anerbieten der Kundschaft, einen höheren Preis zu zahlen, Gebrauch gemacht hat. — Die Richtpreise sind durch die Preiskommission nach sachkundiger Prüfung festgestellt worden. Die Behörde wird solche demzufolge als angemessen betrachten und der Zuwiderhandelnde hat unter Umständen empfindliche Strafen — selbst Schließung des Geschäftes — zu gewärtigen!

Gleichzeitig teilt der Verband neue Richtpreise mit, die von heute bis auf weiteres Geltung haben.

Es kosten ab Lager die sogen. „Salon-Briketts":

	Ilse M.	Kaiser M.	Krone M.	Vulkan M.
100 Stück	1,50	1,45	1,40	1,35
1000 Stück	14,00	13,50	13,00	12,50
1 Zentner . . .	1,60	1,55	1,50	1,45
10 Zentner für 1 Ztr.	1,50	1,45	1,40	1,35

Für 10 Pf. sind 6 Stück Ilse- bezw. Kaiser- oder 7 Stück Krone- bezw. Vulkan-Salon-Briketts zu verabfolgen.

Frei Haus:

100 Stück	1,85	1,80	1,75	1,70
1000 Stück	18,00	17,50	17,00	16,50
1 Zentner . . .	2,00	1,95	1,90	1,85
10 Zentner für 1 Ztr.	1,90	1,85	1,80	1,75

Soweit auf Bahnhöfen Verkäufe aus den auf öffentlichen Ausladegleisen stehenden Waggons erfolgen, tritt eine Ermäßigung von 25 Pfg. für 100 Stück Hausbrandbriketts auf die festgesetzten Preise ab Lager ein.

Auch für die anderen Preßkohlensorten und für Anthrazit, Steinkohlen, Gaskoks und Brennholz sind Richtpreise festgesetzt. Gaskoks kostet für den Zentner oder Hektoliter ab Lager 2,65, frei Haus 2,70 M.

Österr. Volkszeitung

5./II. 1917

165

Erhöhung der Wiener Kohlenpreise.

33 Heller mehr per 100 Kilogramm.

Amtlich wird uns mitgeteilt: Durch die mit der kaiserlichen Verordnung vom 10. v. M. angeordneten, am 1. d. in Wirksamkeit getretenen Steuer- und Tarifmaßnahmen im Eisenbahnverkehr aus Anlaß der durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse hat auch der bei Berechnung der Preise für oberschlesische Hausbrandkohle am Wiener Platze maßgebende Durchschnittsfrachtsatz für Kohle aus Oberschlesien eine Erhöhung von 30 Prozent erfahren. In Anbetracht dessen haben die Großhandlungsfirmen, die sich mit dem Vertriebe oberschlesischer Kohle am Wiener Platz befassen, gemäß ihrer im März 1915 der Regierung gegenüber übernommenen Verpflichtung dem Handelsministerium die Anzeige unterbreitet, daß sie beabsichtigen, die gegenwärtig geltenden Verkaufspreise für oberschlesische Hausbrandkohle um jenen Betrag zu erhöhen, der der Steigerung des Durchschnittfrachtsatzes für die Kohle aus Oberschlesien nach Wien entspricht.

Laut der vorgenommenen amtlichen Feststellung beträgt dieser Frachtsatz, der sich bisher auf 1165 Heller per 1000 Kilogramm stellte, nunmehr 1515 Heller per 1000 Kilogramm, also um 350 Heller per 1000 Kilogramm oder um 35 Heller per 100 Kilogramm mehr. Um diesen Betrag haben sich demnach die Gestehungskosten der oberschlesischen Kohle für Wien seit dem 1. Februar d. J. erhöht. Dieser Erhöhung steht eine Verminderung der Gestehungskosten infolge Veränderung des Markkurses seit der letzten Preisregulierung gegenüber, die 2 Heller per 100 Kilogramm ausmacht. Daraus ergibt sich eine Ermäßigung der infolge der Tariferhöhung den Kohlengroßhändlern tatsächlich erwachsenden Mehrkosten um 2 Heller per 100 Kilogramm, so daß die tatsächliche Erhöhung der Gestehungskosten 33 Heller per 100 Kilogramm beträgt.

Von heute, 5. d., an.

Das Handelsministerium hat sich, heißt es weiter, in der amtlichen Darlegung im Einvernehmen mit der Nordbahndirektion veranlaßt gesehen, gegen eine der tatsächlichen Steigerung der Gestehungskosten der Händler genau entsprechende Erhöhung der bisherigen Verkaufspreise für oberschlesische Hausbrandkohle am Wiener Platz ab 5. d. um den oberwähnten Betrag von 33 Heller per 100 Kilogramm keine Einwendung zu erheben.

Der Mehrerlös aus den Vorräten.

Maßgebend für die Bestimmung des 5. Februar als Anfangstermin für die Preiserhöhung war der durch die behördlichen Erhebungen sichergestellte Umstand, daß die derzeit lagernden Vorräte an oberschlesischer Kohle wenigstens bei den mittleren und kleineren Kohlengroßhändlern bis zu diesem Zeitpunkte vollkommen oder nahezu zur Gänze erschöpft sein werden. Bezüglich jener Vorräte an oberschlesischer Hausbrandkohle, die noch zum billigen Frachtsatz bezogen wurden und die nach einer amtlich vorzunehmenden Erhebung an dem angegebenen Termin vorhanden sind, haben sich die Kohlenhändler verpflichtet, den aus der gegenwärtigen Preiserhöhung resultierenden Mehrerlös dem Handelsministerium für Zwecke der Versorgung des minderbemittelten Teiles der Wiener Bevölkerung mit Kohle zur Verfügung zu stellen.

Der Kohlenpreis im kleinen.

Die Wiener Genossenschaft der Händler mit Brennmaterialien teilt uns auf eine Anfrage über die Wirkung der Preissteigerung auf den Verkauf im kleinen folgendes mit:

Die Erhöhung des Kohlenpreises im großen wird sich naturgemäß auch im Kleinverkehr sofort geltend machen, jedoch wird die Steigerung nicht größer sein als es die im Großverkehr ist.

Aus der Preiserhöhung auf eine zu erwartende Besserung der Kohlenversorgung zu schließen, wäre grundlos, da die Schwierigkeiten in der Versorgung lediglich in der unzulänglichen Zufuhr liegen.

Die Transportmittel sind nicht nur schwer zu haben, sondern auch verhältnismäßig teuer. So zahlte, um ein Beispiel zu nennen, ein großes Bankinstitut für eine Fuhr Kohlen von 30 Zentner – eine Mehrbelastung ist wegen des Zustandes der Straßen verboten – 150 Kronen (gegen etwa 25 bis 30 Kronen in normalen Zeiten für 40 Zentner). Selbst die Wirtschaftsgenossenschaft der Kohlenhändler leidet, so paradox es klingt, unter Kohlenmangel, weil die Kohle nicht zugestellt werden kann.

Reichspost
6./II. 1917

166

Zum Thema Kohlennot und Kohlenersparnis

schreibt uns Herr Alois Kern (Mödling):

Ueberall hört man über Kohlennot klagen und werden aus öffentlichen und Ersparungsrücksichten Anordnungen getroffen, um den Kohlenverbrauch möglichst einzuschränken. Es fragt sich, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine größere Brennstoffersparnis zu erreichen wäre oder nicht? Man kann diese Frage ruhig mit Ja beantworten. Wenn man unsere Fabrikskamine, Lokomotiven, Dampfschiffe u. dgl. Anlagen betrachtet, so sieht man, daß ihnen zumeist dichter schwarzer Qualm entströmt, welcher bekanntlich noch große Mengen Brennstoff enthält, wodurch die Luft gesundheitsschädlich verunreinigt, die Nachbarschaft oft sehr belästigt und die Vegetation ungünstig beeinflußt wird. Wir haben heute die sogenannte Kripplsche Feuerung, welche in der Anstalt am Steinhof sowie im Landes-Kinderheim in Gersthof tadellos funktioniert; wir haben den weit billigeren Langerschen Rauchverzehrer, welcher sich an jeder Dampfkesselfeuerung ohne weitere Umstände anbringen läßt. Mit dem Langerschen Rauchverzehrer werden acht bis zehn Prozent Brennmaterial erspart, die Dauerhaftigkeit des Kessels wird bedeutend erhöht, die Rußbildung fast gänzlich behoben und die Nachbarschaft von jeglicher Rauchbelästigung befreit. Auf den österreichischen Staatsbahnen sind schon eine bedeutende Anzahl Schnellzugsmaschinen mit Langerschen Rauchverzehrern ausgerüstet, welche allen Anforderungen voll und ganz entsprechen. Wer sich für die Sache interessiert, kann sich solche Apparate im Wiener Zentralbad (1. Bez., Weihburggasse), in der Hyrtlschen Landes-Waisenanstalt in Mödling und in der Dampfwäscherei der Firma Steinanger in Wien (6. Bez., Mollardgasse 50) u. dgl. mehr besichtigen.

Jedenfalls würde sich die „Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage" ein großes Verdienst erwerben, wenn sie dieser wichtigen Erfindung eine erhöhte „Aufmerksamkeit zuwenden möchte", damit sie einmal in die Lage kommt, auch auf eine praktische Tätigkeit hinweisen zu können.

Österr. Volkszeitung 6./II. 1917

Kohlenknappheit und Kohlenpreise.

Die Preissteigerungen und die Kohlenvorräte in Wien.

Die neuen Kohlenpreise, die, wie berichtet, mit dem gestrigen Tag in Kraft traten, sind im Kleinhandel folgende: 100 Kilogramm ab Rutsche Kr. 5.28 (bisher Kr. 4.95). Dazu kommt bei Zustellung ins Haus ein Fuhrlohn von, je nach der Entfernung, 55 Heller bis Kr. 1.27. Die Preise verstehen sich für offene Kohle. Sackkohle kostet von nun an Kr. 7.15 (bisher Kr. 6.82) für 100 Kilogramm.

Nun sind also die neuen Kohlenpreise da. Es fehlt jetzt nur noch die zu den Preisen gehörige Kohle. In der Tat haben gestern nur sehr wenige Leute die Möglichkeit gehabt, sich von der Wirkung des erhöhten Tarifes zu überzeugen, da ihnen die Kohlenhändler gestern wie an den vorangegangenen Tagen keine Kohle lieferten. Wie lange dieser in Anbetracht der herrschenden Kälte nachgerade unerträgliche Zustand noch andauern wird, ist nicht abzusehen; bisher wurde auch von keiner Stelle eine Besserung bestimmt in Aussicht gestellt.

Das einzige, was immer und wieder versichert wird, ist, daß von einer Kohlenknappheit im eigentlichen Sinne nicht gesprochen werden kann, daß Kohlen in genügender Menge vorhanden sind und daß nur der Mangel an Transportmitteln die gegenwärtige Lage geschaffen hat. Das mag ja alles richtig sein; Tatsache ist aber jedenfalls, daß unter dieser Knappheit nicht alle Kreise der Bevölkerung in gleicher Weise leiden. Während sich die Angehörigen der Arbeiter, des Kleinbürger- und Mittelstandes bei den Kohlengeschäften, oft genug stundenlang erfolglos anstellen müssen, sind für eine andere Gruppe von Bewohnern Wiens offenbar nicht nur Kohle, sondern auch Transportmittel reichlich vorhanden.

In den vornehmen Teilen des ersten, dritten und vierten Bezirkes, wo die Paläste stehen, und in den eleganten Gassen anderer Stadtteile kann man täglich Kohlenwagen vorfahren sehen, die ihren ganzen Inhalt in die Keller abladen. Was die dunklen Schlünde verschlingt, würde ausreichen, um gut ein Dutzend Mittelstandshaushaltungen für lange Zeit von Beheizungssorgen zu befreien. Erwägt man nun, daß mitunter in einer Gasse des „Nobelviertels" oft gleichzeitig vier, fünf und mehr Wagen stehen, die alle hoch mit Kohlen beladen sind, so muß man zur Ueberzeugung gelangen, daß nicht nur Kohlen, sondern daß auch Fuhrwerke zu haben sind — für diejenigen, die beides beschaffen und bezahlen können . . .

Eine gerechte Verteilung der Kohlenvorräte ist unter den heutigen Witterungsverhältnissen ein dringendes Gebot der Notwendigkeit!

Eine Abänderung der Zufuhr.

Der Niederösterreichische Gewerbeverein richtete an das Eisenbahnministerium eine Eingabe, in welcher vorgeschlagen wird, daß die Wien zurollende Kohle nicht wie bisher hauptsächlich nur auf einer Stelle (Nordbahnhof) zur Abladung gelangt, sondern daß eine Dezentralisierung platzgreife, das heißt, daß die Kohle zu den übrigen Bahnhöfen geführt werde, um bei der gegenwärtig herrschenden Fuhrwerksnot die vom Nordbahnhof weiter entfernten Bezirke Wiens leichter mit Kohle versorgen zu können.

Zu diesem Zweck sollten die bisher bestehenden Tarifunterschiede, je nachdem die Kohle zum Nordbahnhof oder zu den anderen Bahnhöfen gelangt, beseitigt werden, beziehungsweise die höheren Tarife für die an die übrigen Bahnhöfe gelangende Kohle ermäßigt werden, eine Forderung, die mit Rücksicht auf die bedeutende Erhöhung der Gütertarife als besonders gerechtfertigt gelten kann. Mit Rücksicht auf die derzeit beschränkten räumlichen Verhältnisse der übrigen Bahnhöfe wäre die Kohlenabsendung auf diese Bahnhöfe nur bedingt abzuliefern, wenn die Ausladeplätze hiezu frei sind, und die Anlage neuer Kohlenabladeplätze auf diesen Bahnhöfen ins Auge zu fassen.

Frankfurter Zeitung
7. 11. 1917

7
168

= **Die Kohlenknappheit.** In den letzten Tagen erhielten wir verschiedene Zuschriften mit Vorschlägen, wie die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen und Lebensmitteln zu erleichtern und etwaigen nachteiligen Folgen des Schulschlusses für die Jugend entgegenzuwirken wäre. Wir geben einige dieser Anregungen wieder. So meint ein Einsender, zu erwägen wäre der Zusammenschluß von Haushaltungen, deren manche jetzt noch eine das Bedürfnis übersteigende Zimmerzahl haben, zum Teil in eigenen Häusern, zu gemeinsamer Wirtschaft. Dieser Zusammenschluß verschiedener Familien, die jetzt ihr Einfamilienhaus nur sparsam heizen können, aber doch für ihre Kopfzahl verhältnismäßig zuviel Kohlen verbrauchen, würde eine große Menge Heizmaterial freimachen, das notwendigen Einrichtungen, wie Horten, Kinderlesehallen, Wärmehallen zugeführt werden könnte. Ferner wird für die Versorgung mit Kohlen und überhaupt mit Lebensmitteln der Hilfsdienst der Schüler in Vorschlag gebracht. Die Stadtverwaltung hat hier bereits die nötigen Schritte unternommen und hat vielleicht in diesem Falle mehr Glück als mit der Mobilmachung von Privatfuhrwerk für Aerzte, die vor einigen Wochen versucht wurde und deren Ergebnis sehr spärlich war. Ein weiterer Vorschlag regt die frühere Schließung der Großhandelshäuser und Büros an. Wenn diese Geschäfte, anstatt um neun Uhr, um acht Uhr morgens mit der Arbeit beginnen würden, dann dürfte ein früherer Schluß keine Schädigung für sie bedeuten. Für den Fall, daß die Schulen länger geschlossen bleiben müssen, wird von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert, daß einzelne Schulen geheizt werden sollten, damit die Schüler Gelegenheit haben, abwechselnd wenigstens die Hauptfächer zu repetieren, vormittags und nachmittags. Sollten noch die Volksschulen geschlossen werden, so müsse man vorher für geeignete Unterkunftsräume für die Kinder sorgen. Vielleicht ließe sich, außer der Nachhilfe für Volksschüler auch Nachhilfe für Schüler der Mittel- und höheren Schulen einrichten. Klubs, Logen, Vereine heizen ihre kleinen Räume vielfach weiter, obgleich sie nur abends oder über Mittag einige Stunden benutzt werden. Diese Räume würden gewiß gerne für solche Kurse zur Verfügung gestellt werden. In anderen Städten besteht diese Einrichtung schon lange, die der Jugend des Mittelstands, die in dieser Zeit sehr oft die Mutter entbehrt und auch manche andere Not des Krieges ebenso sehr empfinden muß wie das Volksschulkind, für einige Stunden Aufsicht und nützliche Beschäftigung gibt.

Neue Freie Presse
7. II. 1917

169

Die Schwierigkeit der Kohlenversorgung der Haushaltungen in Wien.

Wien, 6. Februar.

Die Unzulänglichkeit der Kohlenbeschaffung bildet eine der brennendsten Sorgen der Wiener Bevölkerung. Wien ist auf Kohlenbezüge von verhältnismäßig weiten Distanzen angewiesen. Dies allein würde schon bei den durch den Krieg hervorgerufenen Transportschwierigkeiten erklären, daß die Kohlenbeschaffung in Wien auf gewisse Hindernisse stößt, die sich selbstverständlich angesichts der plötzlich eingetretenen und lang andauernden Kälte um so empfindlicher fühlbar macht. Es muß aber von vornherein festgestellt werden, daß im Gegensatze zu Frankreich und Italien eine wirkliche Kohlennot in Oesterreich nicht besteht, das heißt die Kohlenproduktion wäre an und für sich vollkommen hinreichend, um selbst den durch den Krieg und die Kriegsindustrie gesteigerten Kohlenbedarf zu befriedigen, zumal auch die Zufuhr oberschlesischer Kohle in einem bestimmten Ausmaße gesichert erscheint. Es sind also zunächst nur Transportschwierigkeiten, die hauptsächlich verhindern, daß die Kohlenzufuhr nach Wien sich nicht auf der vollkommenen Höhe des Bedarfes erhält. Aber das allein würde die tatsächlich bestehende Hemmung der Kohlenbeschaffung für Haushaltungen nicht erklären. Diese ist wohl hauptsächlich auf die speziellen Wiener städtischen Fuhrwerksschwierigkeiten zurückzuführen. Wohl würde vielleicht eine Dezentralisierung der Kohle, das heißt die Errichtung von Kohlenablagerungsplätzen auf den einzelnen Bahnhöfen eine gewisse Erleichterung schaffen. Aber dieses Mittel mag wohl für die Zukunft ins Auge zu fassen sein, für den Augenblick wäre hiedurch eine momentane Abhilfe nicht geschaffen, weil hiezu einerseits Vorbereitungsarbeiten notwendig sind, die vielleicht erst beendigt werden können, bis die ärgste Kohlennot vorüber ist, anderseits der Stand der Fahrbetriebsmittel es erheischt, die Kohlenbezüge auf einem Bahnhof zu konzentrieren, weil von dort aus die Abschiebung der leeren Waggons mit möglichst geringer Verzögerung durchführbar ist.

Auch der wiederholt erörterte Plan, die städtischen Straßenbahnen zur Abfuhr der Kohle zu verwenden, wird wohl in der Zukunft verwirklicht werden müssen, ist aber jetzt natürlich undurchführbar. Gegenwärtig ist man auf die Abfuhr mit Pferdefuhrwerken angewiesen. An solchen besteht nun ein empfindlicher Mangel und auch das vorhandene Pferdematerial ist ein außerordentlich minderwertiges, so daß ein Fuhrwerk kaum die Hälfte dessen leisten kann, wie in früheren Zeiten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß auch zum Ausladen der Kohlen teilweise ein minder kräftiges und minder geschultes Personal zur Verfügung steht. Eine Vermehrung des Pferdebestandes erscheint, abgesehen von den Fütterungsschwierigkeiten, deswegen unmöglich, weil die Landwirte und die Fabriken auf dem Lande alle Preise für Pferde bewilligen, die verlangt werden und auch aus ihren Beständen absolut nichts abgeben. Dazu kommt noch, daß die vorhandenen Fuhrwerker nicht bloß den Bedarf der Bevölkerung für Hausbrandkohle zuführen müssen, sondern auch für die vielen Fabriken, die größeren und kleineren Betriebsstätten, die für die Heeresverwaltung arbeiten und deren Ansprüche an den Zuschub in allererster Reihe befriedigt werden müssen.

Erschwert wird die Lage noch dadurch, daß im Fuhrwesen vollkommen ungeregelte Verhältnisse herrschen, woran das Publikum zum Teil selbst schuld ist, das in seiner Angst wegen Deckung des Kohlenbedarfes die Preise der Fuhrwerke förmlich hinaufsizitiert. So sieht man die Kutscher förmlich umlagert, um sie für eine Fuhr zu engagieren und man findet an den Kohlenabladeplätzen der Nordbahn Hausfrauen aller Stände, die sich noch ein Fuhrwerk oder einen Handwagen erobern wollen.

Der Mangel an Fuhrwerken ist in der jetzigen Zeit gewiß sehr schwer zu beheben, aber in vielen Fällen könnte doch ein organisatorisches Eingreifen eine Besserung der Zustände herbeiführen. Es müßte dennoch möglich sein, durchzuführen, daß die Wiener gewerbsmäßigen Fuhrwerke zum Dienst der Kohlenabfuhr unter bestimmten Bedingungen verhalten werden und mit Hilfe einer Zentralisierung der Abfuhr und einer entsprechenden Verteilungseinrichtung dem ärgsten Uebelstand gesteuert wird.

Selbstverständlich wird der Bedarf der direkt oder indirekt für den Heeresbedarf arbeitenden Industrien und Gewerbe immer noch vorzugsweise befriedigt werden müssen. Die Bevölkerung wäre allerdings nach wie vor gezwungen, mit möglichster Sparsamkeit in der Verwendung von Kohlen vorzugehen, aber wenigstens wäre der Uebelstand beseitigt, daß derjenige, welcher Phantasiepreise für Kohlenfuhren zahlen kann oder will, Kohle erhält, derjenige aber, der nicht die Mittel oder die Wege hat, sich an einer Jagd nach Kohlenfuhrwerken zu beteiligen, leer ausgeht. Nach dieser Richtung müßte ein Eingriff der Verwaltung versucht werden, und zwar möglichst rasch, denn sonst käme er vielleicht zu spät, das heißt, in jenem Augenblick, in dem mit Eintritt milderen Wetters die Schwierigkeiten ihr Ende finden oder zumindestens wesentlich gelindert sind.

Die Zeit 7.II.1917

1470

Kälte und Kohlenmangel.

Schließung von Schulen infolge der Kälte.

r **Wels**, 6. Februar. (Priv.-Tel.)

Wegen der anhaltenden strengen Kälte wurden die hiesigen Schulen bis auf weiteres geschlossen.

h **Salzburg**, 6. Februar. (Priv.-Tel.)

Die hiesigen Volks- und Bürgerschulen wurden für die Dauer der anhaltenden strengen Kälte geschlossen.

Die Eisbildungen im Inn.

e **Innsbruck**, 6. Februar. (Priv.-Tel.)

Infolge der anhaltenden Kälte hat sich im Innbett seit einigen Tagen Grundeis gebildet. Bei der Innbrücke ist das Eis so stark, daß sich eine förmliche Eisinsel gebildet hat. Seit Jahren kam es nicht vor, daß sich hier im Inn Grundeis gebildet hätte.

Einschränkung des Gasverbrauches in Budapest.

Z **Budapest**, 6. Februar. (Priv.-Tel.)

Die Direktion der Budapester städtischen Gaswerke meldete dem Magistrat, daß die Kohlenvorräte der Gaswerke nur noch auf einige Tage ausreichen werden und daß unbedingt eine Einschränkung des Gasverbrauches notwendig erscheine. Der Magistrat hat beschlossen, das Publikum auf diesen Umstand aufmerksam zu machen und zur größten Sparsamkeit mit Gas aufzufordern. Nach 9 Uhr abends wird der Gasdruck verringert werden, wodurch auch eine Einschränkung des Gasverbrauches herbeigeführt werden dürfte.

Im Deutschen Reich.

zz **Berlin**, 6. Februar. (Priv.-Tel.)

In Potsdam war gestern mit 38 Grad Kälte die tiefste Temperatur im Reiche zu verzeichnen. In Dresden herrschten gestern 22 Grad Kälte. Die Kälte steigerte sich in der Rheinebene bis auf —17 Grad, im Schwarzwald bis auf —22 Grad. Wie aus Swinemünde berichtet wird, mußten sämtliche Dampfer, die die Ausfahrt angetreten hatten, nach Swinemünde zurückkehren, so daß der Verkehr als eingestellt gelten kann. In Swinemünde wurden —22 Grad Celsius gemessen, während in Saßnitz das Thermometer nur —8 Grad zeigte. Soweit das Auge reicht, ist die See von einer dicken Eisdecke geschlossen.

Gegen den Kohlenmangel.

Nach einer Verordnung des badischen Ministeriums wurden vom 5. d. ab vorläufig auf die Dauer von vierzehn Tagen sämtliche Theater, Lichtspielhäuser, Konzertsäle sowie Schwimmbäder der Badeanstalten geschlossen. Die Wirtschaften dürfen erst um 11 Uhr vormittags, die Kaffees um 2 Uhr nachmittags öffnen und müssen abends um 10 Uhr schließen. Museen und Sammlungen dürfen nicht geheizt werden. Ferner haben zur Kohlenersparnis die Schulen in Mannheim, Heidelberg, Pforzheim und anderen Orten vorläufig ihren Unterricht eingestellt.

In Hamburg wurden wegen des Kohlenmangels einschneidende Maßnahmen in bezug auf die Beleuchtung der Gast- und Geschäftslokale getroffen. Die Beleuchtung der Schaufenster ist verboten und die Beleuchtung der Läden, Wirtschaften, Kaffees, Theater und sonstigen Lokale darf nur noch bis zur Hälfte des bisher zugelassenen Maßes gestattet werden. Hiernach darf im allgemeinen die Summe der Nennlichtstärken auf 1 Quadratmeter Bodenfläche berechnet nicht mehr betragen als für Verkaufsräume 5 Kerzen, für Kaffees, Restaurants usw. 2½ Kerzen.

Die Maßnahmen in Bayern.

p **München**, 6. Februar. (Priv.-Tel.)

Bei der Kohlenabgabe im städtischen Holz- und Kohlenhof zeigte es sich, wie groß der Kohlenmangel in den Münchener kleinen Haushaltungen ist. Obwohl die Kohlenabgabe am Sonntag erst um 8 Uhr früh begann, hatten sich schon um 1 Uhr nachts die ersten Kunden eingefunden. Ab 5 Uhr früh war schon starker Zuzug festzustellen. Als die Abgabe begann, waren gegen 1000 Personen angestellt. Die Abgabe von Holz und Kohlen ging rasch vor sich. Einige Verwirrung gab es nur, da die Wartenden, die mit Säcken zur Abgabestelle gegangen waren und die Kohlen erhalten hatten, zu ihren für den Abtransport mitgebrachten Schlitten und Karren zurückkehren wollten, die sie inmitten der Wartenden zurückgelassen hatten. Der Polizeipräsident, der sich gegen 9 Uhr eingefunden hatte, hob kurz entschlossen der Reihe nach die Schlitten und Karren über den Zaun, der die Abgabestelle von den Wartenden trennte, und half so manchen aus der Verlegenheit, bis schließlich angeordnet wurde, daß die Vehikel gegen Vorweisung der Quittung von einem Hintertor des Holzhofes aus abgeholt werden durften. Am Sonntag wurden mehr als 1500 Familien mit Brennmaterial versorgt.

Zur Linderung der Kohlennot hat der König an die Residenzverwaltung den Auftrag erteilt, bei besonders bedürftigen armen Familien helfend einzugreifen. Die Namen dieser Familien werden durch die freiwillige Armenpflege und die charitativen Vereine der Polizeidirektion und durch diese der Residenzverwaltung mitgeteilt, worauf die Zustellung des Heizmaterials direkt an die betreffenden Familien erfolgt. Verfügbare Bestände, die von den Hofverwaltungen eingespart wurden, Koks sowie Holzvorräte der Leutstettener Waldungen, sollen durch Hofgepanne zugeführt werden.

Das Generalkommando hat zur Steuerung der Kohlennot angeordnet, daß wie in den städtischen Bädern auch in den Privatbädern die Schwimmhallen geschlossen werden.

Neues Pester Journal

7. II. 1917

(Gegen die Holztheuerung.) In der unter dem Vorsitz Julius Kabdebo's abgehaltenen Sitzung der Bausektion des Ungarischen Ingenieur- und Architektenvereins wurde die übermäßige Erhöhung der Holzpreise zur Sprache gebracht und mehrere Redner kehrten sich in schärfster Weise gegen die Preistreiberei des Holzkartells und betonten, daß diese Theuerung nicht nur der Bauindustrie außerordentlichen Schaden zufügen, sondern sogar von katastrophaler Wirkung sein wird, weil eine Bauthätigkeit ausgeschlossen sein und dadurch die ohnehin bestehende Wohnungsnoth in Budapest noch gesteigert werden wird. Die einzelnen Redner konstatirten, daß sich der Preis des Bauholzes durchschnittlich mit zweihundert Perzent erhöht hat und daß das Holzkartell, die Holzfirmen und Banken während des Krieges nur zu dem Zwecke ausgedehnte Waldungen und Holzbetriebe ankauften, um die Preise der Holzprodukte erhöhen zu können. Die Bausektion des Ingenieur- und Architektenvereins hat deshalb beschlossen, die Regierung um die Maximalisirung der Bauholzpreise zu ersuchen. Es wird außerdem an das Ackerbauministerium das Ersuchen gerichtet werden, in den ärarischen Forstwirthschaften Dampfsägebetriebe zu errichten, dort das für die Bauindustrie erforderliche Material zu sammeln und dasselbe dann bei Inangriffnahme der Bauthätigkeit der Bauindustrie zum Selbstkostenpreis zur Verfügung zu stellen. Schließlich wird die Regierung ersucht werden, schon jetzt zu veranlassen, daß der Export des Bauholzes bei Eintritt des Friedens in der Weise geregelt werde, daß der Export nur dann und in solchem Ausmaße bewilligt wird, wenn der Inlandsbedarf bei Maximalpreisen volle Befriedigung erfahren hat.

Der Abend
8./II. 1917

Kohlenmonopol.

Jeder Mißbrauch des Kapitals hat seine Verteidiger, die nicht einmal immer bezahlte Verteidiger sein müssen, wenn sie es auch in den meisten Fällen sind. Kommt man mit dem einzig vernünftigen, einzig zweckmäßigen und einzig sittlichen Vorschlage der Verstaatlichung, so sind sie sofort mit dem stärksten Gegengrund da: der Staat als Unternehmer bewähre sich nicht, in schwierigen Zeiten müsse er versagen, denn seinem Betriebe fehle, was den Privatbetrieb so leistungsfähig macht: die durch den eigenen Vorteil geweckte „Initiative", zu der der Staatsbetrieb nicht befähigt sein soll.

Man wird wohl gestehen müssen, daß ein ärgeres Versagen als das des Kohlenmonopols des Privatbesitzes nicht denkbar ist; in Zukunft werden die Verteidiger andere Gründe hervorsuchen müssen; mit der Behauptung, daß der Staatsbetrieb großen neuen Aufgaben gegenüber versage, werden sie nicht kommen können. Oder vielmehr werden sie sichs gefallen lassen müssen, daß man ihnen entgegnen wird, es sei ja möglich, daß sie recht hätten, aber sicher sei es, daß das Versagen des Staatsbetriebes nicht kläglicher sein könnte als es das des Privatbetriebes ist, und dann bliebe doch noch immer als glatter Gewinn übrig, daß der ungeheuere Profit, den wir diesen Versagern bezahlen müssen, der Allgemeinheit zufiele. Statt der Herren Gutmann, Larisch oder wie sie sonst heißen mögen, hätten ihn die armen Leute, die sich jetzt eine Gnade daraus machen müssen, wenn ihnen der unterste in der Kette der Zwischenhändler fünf Kilogramm elender Kohle zukommen läßt — es sollte scheinen als ob die Wahl nicht schwer fallen könnte, zwischen dem Monopol der paar Grubenbarone und dem des Staates, das sicherlich nicht schlechter arbeiten, aber seinen Profit für uns alle machen wird.

Es sei heute wiederholt und immer wieder, solange bis es durch die vollzogene Tatsache überflüssig geworden sein wird: die Rücknahme der Kohle — wie übrigens aller Bodenschätze — durch die Allgemeinheit, den Staat, ist die wichtigste Forderung einer Zukunft, die mit den Übeln der Gegenwart gründlich und endgültig aufräumen will.

Wer diese Forderung vertritt, darf sich durch nichts irremachen lassen, am wenigsten durch die Frage nach Recht und Unrecht; lange genug war die Macht der Grubenbarone Recht, weil sie die Stärkeren waren; wenn die Zeit kommt, wo wir die Stärkeren sein werden, wird Recht sein, was unser Vorteil sein wird, an Stelle des Monopols einer Hand voll Überreicher das Monopol der Gesamtheit: arm und reich.

Dann wird es nicht länger notwendig sein, vor dem Laden eines Kohlenhändlers zu frieren. Allerdings wäre das auch jetzt nicht gerade notwendig, wenn man verhinderte, daß die Kleinen keine Kohle bekommen, weil sie die Großen ihnen vor der blaugefrorenen Nase wegkaufen. Die Kohlenkarte sollte das Kohlenmonopol vorbereiten und einleiten.

Und auch nicht, daß man in der einen Stadt die Schulen schließen muß und in der anderen die Straßenbahn einstellen, während gleichzeitig die Reichen ihre Wohnhäuser vom Erdgeschoß bis zum Dache heizen und ihre Autos mit Öfen versehen dürfen. Josef Popper sagt, wenn gehungert werden muß, dann sollten alle gleichmäßig hungern; es gilt auch vom Frieren, obwohl das traurigste dabei ist, daß gar niemand zu frieren brauchte, denn wahrlich: Kohle ist genug vorhanden, und sicherlich wäre sie auch für uns vorhanden, wenn sie nicht Gegenstand der gewinnsüchtigen Ausbeutung für einzelne Bevorrechtete wäre.

Die Zeit 8./II. 1917

Die Kohlenknappheit.

Maßnahmen zur Verbesserung der Kohlenversorgung.

Im Arbeitsministerium fanden vorgestern und gestern unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Freiherrn v. Trnka mehrstündige Konferenzen statt, die sich ausschließlich mit der Kohlenversorgung Wiens beschäftigten. Ueber das gestern abends erzielte abschließende Ergebnis sowie über den Verlauf der gestrigen Beratungen erhalten wir von informierter Stelle folgende Mitteilungen:

„Die Konferenz dauerte bis halb 10 Uhr abends. Es nahmen an ihr teil außer den Referenten des Arbeitsministeriums Vertreter des Kriegsministeriums, der Zentraltransportleitung, des Eisenbahnministeriums, des Ministeriums des Innern, des Handelsministeriums und des Magistrats der Stadt Wien.

Es wurde übereinstimmend die Notwendigkeit anerkannt, Maßnahmen zu treffen, um einerseits die Transportschwierigkeiten auf den Bahnen zu beheben, andererseits die Abfuhr der Kohle in Wien zu erleichtern. Zu letzterem Zweck sollen ehestens geeignete Schritte eingeleitet werden behufs möglichster Dezentralisation der Abfuhr, und zwar unter anderem in der Weise, daß ebenso wie auf der Nordbahn, auch in den anderen Bahnhöfen eine ausreichende Anzahl von Rutschen und Lagerplätzen instand gesetzt wird. Diese Vorkehrungen wurden als um so notwendiger anerkannt, als die von der Gemeinde betriebenen Kohlenabgabestellen auf der Westbahn, am Matzleinsdorfer Bahnhof, in Ottakring, in der Engerthstraße, im Nordwestbahnhof und in der Vorgartenstraße nach den jüngsten Erfahrungen nicht ausreichen, um angesichts des Fuhrwerksmangels die Bevölkerung mit Kohle zu versorgen.

Es wird aber andererseits auch dafür gesorgt werden müssen, daß die Kohle entsprechend schnell ihren Weg aus den Händen des Großhandels in die Hände des Kleinhandels nimmt. Zu diesem Zweck ist es nötig, die Zahl der Aufladen und Abladen auf der Nordbahn und die Zahl der Bespannungen zu vermehren. In beiden Belangen hat der Vertreter des Kriegsministeriums weitestes Entgegenkommen und aktive Mithilfe zugesichert.

Es werden daher sowohl die Kohlenhändler wie auch die Fuhrwerksgenossenschaft veranlaßt werden, an kompetenter Stelle die von ihnen noch benötigte Anzahl von Arbeitskräften und Bespannungen anzusprechen. Es ist demnach zu erwarten, daß insbesondere am Nordbahnhof die Abfuhrverhältnisse sich binnen kurzem wesentlich bessern werden, und daß auch eine rationellere Ausnützung der Fuhrwerke und Gespanne, als sie bisher infolge des Leutemangels möglich war, möglich wird.

Hand in Hand mit dieser Maßnahme werden aber auch weitere Sparmaßnahmen getroffen werden müssen, um der jetzt durch die Witterungsverhältnisse in Wien geschaffenen Kohlenknappheit Rechnung zu tragen."

Eine gleichfalls gestern im Arbeitsministerium abgehaltene weitere Konferenz beschäftigte sich mit den Transportverhältnissen auf der Nordbahn, wobei alle jene Vorkehrungen festgestellt wurden, die nötig erscheinen, um die aus Oberschlesien anstehenden Kohlentransporte in ununterbrochener und rascher Aufeinanderfolge nach Wien zu bringen.

Die Schwierigkeiten bei der Kohlenzufuhr.

Von der Genossenschaft der Großfuhrwerksbesitzer in Wien erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Ursachen der bestehenden Schwierigkeiten in der Zufuhr von Kohle sind folgende: Mangelnde Kohle in den Sommermonaten, so daß sich viele Haushaltungen, Gewerbebetriebe, Fabriken usw. trotz genügenden Fuhrwerks nicht versorgen konnten, zu wenig Ablade- und Aufladepersonal auf dem Nordbahnhof, allgemeiner Mangel an Lastfuhrwerk wegen Einberufung eines großen Teiles und wegen erhöhten Bedarfes der zahlreichen Rüstungsfabriken und Militärspitäler, Mangel an Kutschern, Schmieden, Sattlern und Wagnern für notwendige Reparaturen.

Zur wirksamen Abhilfe gegen diese Uebelstände haben die Genossenschaften der Großfuhrwerksbesitzer und der Kleinfuhrwerksbesitzer bei der am 6. d. im Arbeitsministerium abgehaltenen Beratung folgende Anträge gestellt:

Beistellung von mindestens 300 Mann militärischem Aufladepersonal oder Kriegsgefangenen an die Kohlenhändler auf dem Nordbahnhof. Dann wird die Kohle rasch aufgeladen werden können, und es wird vermieden werden, daß das Fuhrwerk von zeitig früh bis mittags, ja sogar bis in die Nachmittagsstunden auf das Beladen der ersten Fuhre warten muß.

Enthebung einer genügenden Anzahl von Fuhrwerksbesitzern und Kutschern, ferner von Schmieden, Sattlern und Wagnern, damit notwendige dringende Reparaturen und Beschläge nicht ganze Tage erfordern. Dadurch kann das vorhandene Fuhrwerk nicht rationell ausgenützt werden.

Wenn die 300 Mann Aufladepersonal für einen raschen Verkehr auf den Kohlenbahnhöfen nicht genügen, eine entsprechende Erhöhung dieser Anzahl. Wenn auch dies noch nicht ausreicht, Beistellung von zirka hundert Paar schweren Pferden samt Kutschern durch die Militärverwaltung an die gewerbsmäßig befugten Kohlenfuhrwerker für den Kohlentransport.

Sofortige gründliche Reinigung des Territoriums der Kohlenbahnhöfe der Nord- und Nordwestbahn, der Kronprinz Rudolfstraße und der wichtigsten Lastenstraßen.

Eine Requirierung irgendwelchen Fuhrwerks würde bei dem allgemeinen Mangel an solchem jedenfalls die größte Unordnung herbeiführen.

Österr. Volkszeitung
8./II. 1917

74

Kohlenmangel allerorten.

Die Zustände in Wien.

Die Wirkungen der Kohlenknappheit nehmen von Tag zu Tag schärfere Formen an und haben bereits einen Grad erreicht, der als unerträglich bezeichnet werden muß. Leider sind die Maßnahmen, die zur Behebung — oder mindestens Linderung — dieser Zustände ergriffen wurden, bisher wirkungslos geblieben; sie sind auch unzulänglich und beispielsweise mit der Auflassung einiger Haltestellen der Elektrischen ist nichts getan. Andere Mittel müssen angewendet werden, dem Uebel zu begegnen.

Der Wunsch nach einer gerechten und gleichmäßigen Verteilung der vorhandenen Kohlenvorräte wird immer dringender und man wundert sich, daß er nicht längst erfüllt wurde. Der Grundsatz der Gleichmäßigkeit, der bei Lebensmitteln mehr und mehr Anwendung findet, scheint für Kohlen nicht zu gelten, obwohl diese, zumal in einer Kälteperiode wie jetzt, ebenso wichtig sind wie Brot, Mehl und Milch. Nach wie vor müssen die kleinen Leute mitansehen, wie der Kohlenhändler die heißersehnte Ware sackweise zu den „großen Kundschaften" führt, während sie selbst mit leeren Händen abziehen müssen. Hier kann nur eine sofort durchgeführte, strenge Verbrauchsregelung Hilfe bringen; solange sie nicht erfolgt, ist eine Besserung der unhaltbaren Zustände nicht zu erhoffen.

Gestern sind wieder einige Maßnahmen zum Zwecke der Kohlenersparung teils getroffen, teils angekündigt worden, so beispielsweise eine Einschränkung der Beleuchtung in den Theatern. Daß dies und anderes, was bisher geschah, nur Stückwerk ist, liegt auf der Hand, zumindestens hat der einzelne nichts davon. Man wird also wohl oder übel zu anderen, direkten Mitteln greifen müssen, da die indirekten, wie man doch nachgerade merken muß, versagten. Warum ahmt man das Beispiel Potsdams und anderer deutscher Städte nicht nach? Dort wurden die Schulen aus Gründen der Kohlenersparnis geschlossen, auf das ersparte, sehr erhebliche Quantum Ausweiskarten ausgegeben und im kurzen Wege an die arme Bevölkerung verteilt. Auf diese Art hat die Allgemeinheit etwas von den Ersparnismaßnahmen. Bei uns haben wir nur diese samt den damit verbundenen Unannehmlichkeiten; die ersparte Kohle bleibt für die Bevölkerung unerreichbar wie zuvor.

Reichspost
8./II. 1917

Kälte und Kohlennot.

Die Kohlennot, zu deren Milderung in Wien bereits sehr einschneidende Ersparungsmaßnahmen getroffen wurden, macht sich nun infolge der bitteren Kälte auch in den Provinzen fühlbar. So muß in der bekannten Hofhutfabrik Josef Pichler u. Söhne in Graz wegen Kohlenmangels seit drei Tagen der Fabriksbetrieb ruhen. In Marburg, Wels und Reichenberg wurden sämtliche Volks- und Bürgerschulen aus dem gleichen Grunde geschlossen. Alle Bemühungen der Stadtgemeinde Marburg, für die Unterrichtsanstalten Kohle zu erhalten, waren vergeblich; der reichlichere Gewinn aus den Lieferungen für Ungarn bestimmt die Trifailer Kohlengewerkschaft immer wieder, die mit Kohle beladenen Wagen nach Ungarn rollen zu lassen. — Das „Linzer Volksbl." berichtet, daß vom 7. Februar an die öffentliche elektrische Straßenbeleuchtung sowie die Schaufensterbeleuchtung in Linz gänzlich eingestellt wird. Der Statthalter von Böhmen hat mit Rücksicht auf die herrschende Kohlenknappheit bei der Statthalterei und dem Landesschulrate in Prag, soweit es der Dienst zuläßt, vom 5. Februar 1917 angefangen die Einführung der einfachen Frequenz, weiters auch die Zusammenziehung der Beamten in einen Teil der verfügbaren Kanzleiräume behufs Ersparung von Heizmaterial angeordnet.

Sehr wirksame Maßregeln zum Zwecke des Kohlensparens wurden in Deutschland getroffen. In Dresden bleiben bis aus weiteres sämtliche Lichtspieltheater, das kgl. Schauspielhaus, sämtliche Schulen und öffentlichen Sammlungen geschlossen. Alle Versammlungen, Vorträge, Konzerte oder sonstigen Veranstaltungen sind verboten. Eine ähnliche Anordnung wurde in Hannover und in Fulda getroffen. Die badische Regierung beschloß auf 14 Tage die Schließung aller Theater, Lichtspielhäuser, Konzerthäuser, Schwimmbäder und Schulen. Die Warenhäuser dürfen erst vormittags um 10 Uhr, die Gastwirtschaften um elf, die Cafés um zwei Uhr mittags geöffnet werden. Die Polizeistunde wurde auf zehn Uhr abends festgesetzt. Das Weimarer Hoftheater wurde gleichfalls wegen Mangels an Heizmaterial bis auf weiteres geschlossen. Zur Behebung der vorübergehenden Kohlenknappheit hat die württembergische Regierung eine Verfügung erlassen, wonach bis zum 10. Februar jedem Haushalt nicht mehr als ein halber Zentner Brennholz und drei Zentner Kohlen geliefert werden dürfen. Es werden Höchstmengen für den Verbrauch festgesetzt und die Kohlenabgabe gegen Bezugsscheine eingeführt. — Der Magistrat von Kassel hat Kohlenkarten eingeführt. Der Rektor der Universität in Frankfurt a. M. macht bekannt, daß das Kollegiumsgebäude der Universität vom 6. bis zum 12. Februar geschlossen bleiben müsse. Diejenigen Vorlesungen, die in anderen Gebäuden stattfinden oder verlegt werden können, sollen in den Wohnungen der Dozenten fortgesetzt werden.

Neue Freie Presse

9./II. 1917

II

177

Der Brief und die Lieferung der Kohlenmengen

Sparmaßnahmen bei der Beleuchtung und Beheizung.

Die morgige Nummer des Reichsgesetzblattes wird eine Verordnung des Ministers des Innern, des Ministers für öffentliche Arbeiten und des Handelsministers, betreffend Sparmaßnahmen bei der Beleuchtung und Beheizung, verlautbaren, die an Stelle der zu Ende des vorigen Jahres zu gleichem Zweck erlassenen Ministerialverordnungen vom 6. Dezember 1916 und vom 20. Dezember 1916 zu treten hat, in vielen Beziehungen aber über deren Bestimmungen hinausgeht. Hierüber wird folgende offizielle Mitteilung versendet:

Die gerade gegenwärtig infolge der andauernden strengen Kälte und einer im Zusammenhange damit stehenden — voraussichtlich in Bälde vorübergehenden — Verschärfung gewisser Transportschwierigkeiten, insbesondere fühlbare Kohlenknappheit läßt weitere einschneidende Beschränkungen im Verbrauche von Kohle als ganz unvermeidlich erscheinen. Zwar bietet der Stand unserer Kohlenvorräte und der heimischen Kohlenerzeugung die Bürgschaft, daß nicht nur der zunächst zu befriedigende Bedarf des Eisenbahnkriegsverkehrs und der gesamten für Heereszwecke arbeitenden Industrie sichergestellt, sondern daß auch für den sonstigen Konsum bei rationeller Wirtschaft ein dauernder Mangel an Kohlen, der schwerste Folgen nach sich ziehen könnte, hintangehalten werden kann. Jedenfalls muß aber mit der Kohle so viel als nur möglich gespart und jeder nicht unbedingt notwendige Kohlenverbrauch vermieden werden.

Den nun verfügten Maßnahmen liegt insbesondere auch der Gedanke zugrunde, daß zunächst den unter der ungewöhnlich lang anhaltenden Kälte schwer leidenden Bevölkerungskreisen möglichst geholfen und der Bezug von Kohle nach Tunlichkeit gesichert werden müsse. Auch hinter dieser Forderung müssen alle nicht unbedingt notwendigen Bedürfnisse zurücktreten. Anderseits treffen die angeordneten Sparmaßnahmen den Kohlenverbrauch für Beheizung und Beleuchtung nur insoweit, als dies unumgänglich notwendig erscheint.

Die bezüglich der Sperre von Gewerbebetrieben, dann insbesondere der Gast- und Schanklokalitäten sowie Kaffeehäuser getroffenen Bestimmungen gehen im allgemeinen über die bisher in Geltung stehenden nicht hinaus, sondern sichern unter möglichster Schonung dieser Gewerbe nur eine gleichmäßige und einheitliche Durchführung. Dagegen wird nunmehr jede wie immer geartete Luxus-, Effekt- und Reklamebeleuchtung und überhaupt die Außenbeleuchtung von Hotels, Gast- und Kaffeehäusern, Theatern, Vergnügungslokalitäten und dergleichen gänzlich untersagt und auch die Beleuchtung von Schaufenstern und Schaukasten eingeschränkt.

Die Beleuchtung der Straßenplätze, öffentlich zugänglichen Höfe und Durchgänge soll überall auf das aus Sicherheitsrücksichten unbedingt erforderliche Maß herabgesetzt werden; öffentlich zugängliche Sammlungen, Museen und Ausstellungen sollen im allgemeinen nur zur Tageszeit offen gehalten und nicht beleuchtet sowie nicht über das zur Erhaltung der darin befindlichen Objekte unbedingt notwendige Maß beheizt werden. Diese Beschränkungen, die zum Teile schon jetzt in Geltung bestanden haben, genügen jedoch nicht, um die Erreichung des angestrebten Zweckes zu sichern, daher müssen weitere Ersparungen in der Beleuchtung und Beheizung der Innenräume erzielt werden.

Die Verordnung enthält sohin noch genaue Bestimmungen über die Reduzierung auch der Innenbeleuchtung von Räumlichkeiten in Geschäfts-, Gasthaus-, Kaffeehaus- und sonstigen Betrieben, die dem Publikum geöffnet sind, wie der nicht allgemein zugänglichen Kanzlei- und Geschäftsräume von Betrieben und Anstalten jeder Art. Spezielle Vorschriften regeln ferner die Beleuchtung und Beheizung der zur Beherbergung der Gäste dienenden Wohnräume in Hotels, Gasthäusern, Pensionen, Sanatorien u. dgl. sowie der in solchen Unternehmungen befindlichen Gesellschafts- und Speiseräume, dann aller Vereins-, Versammlungs-, Klub- und sonstigen Geselligkeitsräume auch in Privathäusern. Besondere Anordnungen sind weiter für die Beleuchtung von Eislaufplätzen, beziehungsweise für die Erzeugung von Kunsteis für solche getroffen.

Die Not der Zeit erheischt es aber auch, daß mit den Sparmaßnahmen vor Privatwohnungen nicht haltgemacht werde.

In die Verordnung ist daher eine Bestimmung aufgenommen worden, welche es ermöglicht, auch die Beleuchtung von Wohnräumen auf ein Minimum zu beschränken und insbesondere die Verfügung zu treffen, daß jeweils nicht mehr als eine bestimmte Anzahl von Wohnräumen beleuchtet werde.

Falls an manchen Orten die in der Verordnung vorgesehenen Beschränkungen des Kohlenverbrauches nicht ausreichen sollten, können die Behörden auch weitergehende Anordnungen zur Herabsetzung der Beleuchtung und Beheizung treffen. Insbesondere kann in solchen Fällen die Beleuchtung von Schaufenstern und Schaukasten überhaupt untersagt und der Betrieb von Theatern und Vergnügungslokalitäten zeitweise eingestellt oder auf bestimmte Tage und Stunden beschränkt werden.

Verfügungen, wie sie durch die neue Verordnung getroffen sind, beziehungsweise ermöglicht werden, sind schon dermalen auch in anderen verbündeten wie feindlichen Staaten, und zwar vielfach in noch einschneidenderer Form erlassen worden. Das Ziel, die erforderliche Menge an Kohlen sowohl für den Gebrauch der Heeresverwaltung als für den wirklich unerläßlichen Bedarf des Hinterlandes sicherzustellen, muß aber unter allen Umständen, auch um den Preis des Aufgebens solcher Luxus- und Bequemlichkeitsansprüche, erreicht werden. Die Regierung weiß sich hierin mit der Bevölkerung, die in der harten Zeit des schweren Kampfes um die Existenz und die Zukunft unseres Reiches schon so viele Proben ihrer Vaterlandsliebe und ihrer Standhaftigkeit abgelegt hat, eines Sinnes und glaubt daher auch in diesem Falle zuversichtlich an den Gemeinsinn und die Opferwilligkeit aller Bürger dieses Staates appellieren zu können.

Verfügungen hinsichtlich des Schulbetriebes infolge der Kohlennot.

Verlängerung der Semestralferien an den Mittelschulen bis 20. Februar.

Mit Rücksicht auf die gegenwärtig herrschenden Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung hat der Unterrichtsminister die Landesschulbehörden ermächtigt, an jenen Mittelschulen und sonstigen mittleren Lehranstalten, an denen die Aufrechthaltung des Unterrichtes im Hinblick auf die Beheizung auf Schwierigkeiten stößt, zunächst die jetzt beginnenden Semestralferien nach Bedarf bis zum 20. Februar auszudehnen. An diesen Schulen kann auch nach diesem Tage der Unterricht ausgesetzt bleiben, solange dies bei Bedachtnahme auf die für die Kohlenversorgung maßgebenden lokalen Verhältnisse nötig sein sollte, doch ist der Unterricht sofort wieder aufzunehmen, sobald die Umstände es gestatten.

Auch an den Volks- und Bürgerschulen können von den Landesschulbehörden die wegen Knappheit des Heizmaterials nötigen Unterbrechungen des Unterrichtes verfügt werden, doch ist an diesen Schulen zu trachten, den Unterricht, nötigenfalls in zusammengezogenen Klassen, solange als nur irgend tunlich aufrechtzuerhalten, damit die Nachteile vermieden werden, die den Schulkindern aus dem Wegfall der ihnen in der Schule gewährten Obsorge erwachsen könnten.

Absage der Vorlesungen an der Universität.

Wegen der Schwierigkeiten der allgemeinen Kohlenversorgung entfallen die Vorlesungen und Uebungen an der theologischen, juridischen und philosophischen Fakultät der Wiener Universität vom 9. d. angefangen bis einschließlich Mittwoch den 21. d. Die Prüfungen nehmen ihren Fortgang.

Nur einen Zentner Kohle täglich an Privathaushalte in Prag.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Prag, 8. Februar.

Der Statthalter von Böhmen hat mit Rücksicht auf die dringend gebotene gleichmäßige Verteilung der zur Verfügung stehenden Kohlenmengen den Kohlenhändlern verboten, bis auf weiteres an einen Privathaushalt mehr als einen Zentner Kohle täglich abzugeben. Die Verordnung ist mit dem Tage ihrer Kundmachung in Wirksamkeit getreten.

Neues Wiener Tagblatt
9. II. 1917

Die ganze Aktion im Gange!

Sitzung in der Nordbahndirektion. — Militärische Fuhrwerke und Automobile in Arbeit. — Maßregeln zur raschen Kohlenabfuhr. — Besondere Versorgung der Detailhändler und der kleinen Käufer.

Mit begreiflicher Genugtuung wird man angesichts dessen sicherlich in der gesamten Bevölkerung Wiens von einer weiteren Mitteilung der „Korr. Wilh." Kenntnis nehmen, aus der hervorgeht, daß die kaiserliche Verfügung bereits in Ausführung begriffen ist. Dieser Meldung zufolge fand nämlich gestern bei der Nordbahndirektion unter Vorsitz des Direktors Geheimen Rates Dr. Freiherrn v. Banhans eine Sitzung der Großkohlenhändler statt, die die bessere Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kohle zum Gegenstand hatte. Es wurde vorgesorgt, daß zur Ermöglichung der Abfuhr der Kohle in den Nachtstunden der ganze Kohlenbahnhof beleuchtet werde und daß die Entladung in gesteigertem Maße auch in den Nachtstunden besorgt und die Kohle auch bei Nacht abgeführt werde. Vom Kriegsministerium werden Fuhrwerke und Automobile zur Verfügung gestellt werden, um die Leistungsfähigkeit in der Abfuhr wesentlich zu steigern.

Mit den Automobilen sollen insbesondere die Detailhändler bedient werden, wodurch eine Dezentralisierung der Versorgung Platz greifen wird. Für Zwecke der kleinen Käufer wird eine bestehende Anlage besonders eingerichtet. Dort können sich die Käufer ihre Kohle unbehindert durch die großen Kohlenfuhrwerke und ungefährdet abholen.

Der Zutritt zu dieser Anlage erfolgt ausschließlich von der Innstraße aus. Der Verkauf an Kleinkäufer erstreckt sich bis 6 Uhr abends.

Neue Freie Presse
9./II. 1917

180.

Eine Verfügung des Kaisers für die bessere Kohlenversorgung Wiens.

Wien, 8. Februar.

Die „Rathauskorrespondenz" meldet: Bürgermeister Dr. Weiskirchner machte in der heutigen Sitzung des Stadtrates folgende Mitteilung:

Se. Majestät der Kaiser hat, um dem in Wien herrschenden Kohlenmangel ein Ende zu bereiten, die Militärbehörde beauftragt, die entsprechenden Verfügungen wegen Beistellung von Fuhrwerk und Arbeitskräften zu treffen, damit die Kohlen vom Nordbahnhof zu den Kleinhändlern abgeführt werden können. Das Kriegsministerium habe bereits die erforderlichen Anordnungen getroffen.

Diese Mitteilung wurde vom Stadtrate mit tiefstergebenem Danke zur Kenntnis genommen und der Bürgermeister ersucht, Sr. Majestät den ehrfurchtsvollsten Dank des Stadtrates für dieses huldvolle Zeichen kaiserlicher Fürsorge für die Bevölkerung Wiens zu unterbreiten.

Fremdenblatt 9. II. 1917

181

Kohlenmangel.

Auf dem Nordbahnhof.

Die Vorgartenstraße, die Zufahrtsstraße zur Kohlenabteilung der Nordbahn, ist in den letzten Wochen der Wallfahrtsort vieler Tausender ohne Unterschied von Geschlecht und Rang geworden. Das ist schon an den verschiedenen dort vorgefahrenen Fuhrwerken zu erkennen. Neben großen Streifwagen, Lastautomobilen sind dort die verschiedensten Last- und Luxusfuhrwerke angestellt und daneben sieht man kleine Handwagerl, Kinderwagen, Schlitten und Rodeln usw., die alle zur Aufnahme der wärmespendenden Kohle bereit stehen. Bei den Fuhrwerken eine bunte Menschenmenge, alle gut verpackt wegen der grimmigen Kälte, die gerade heute einen Höhepunkt erreicht zu haben scheint. Die Kutscher schlagen mit den Armen um sich und erwärmen auf diese Weise ihre steifen Glieder, die Frauen hüllen sich in ihre Tücher und die Kinder springen herum, um sich auf diese Weise vor Erstarrung zu bewahren. Auf der anderen Seite, bei den enormen Kohlenlagern, eine große Menge von schaufelnden, emsigen Arbeitern, darunter Soldaten, die das Kriegsministerium in Anbetracht der andauernden Kälte zur Verfügung gestellt hat. Es wird immer frisch draufgeschaufelt und ein voller Kohlenwagen nach dem anderen verläßt den Nordbahnhof. Hoffentlich werden die neuen Verfügungen, die heute in Kraft getreten sind, recht bald alle Bezirke Wiens mit Kohlen versorgen können, damit auch die Wohnungen der Aermsten und Kranken geheizt werden können.

Die Universität und die Kohlenfrage.

Zu unserer Meldung im heutigen Morgenblatt, daß die Vorlesungen an der theologischen, juridischen und philosophischen Fakultät wegen Kohlenmangels von heute den 9. bis zum 21. Februar eingestellt sind, erfahren wir aus Kreisen der Universitätsprofessoren:

Die neuerliche Einstellung der Vorlesung knapp vor Beendigung des Wintersemesters ist, da in diesem Halbjahr durch vielerlei Umstände bereits eine große Anzahl von Vorlesungen ausgefallen sind, eine sehr bedauerliche Tatsache. Immer wieder treten Stockungen ein, die den Fortgang des Unterrichts selbstverständlich sehr stark und unangenehm beeinflussen. Daß nunmehr die Vorlesungen wegen Kohlenmangel eine fast vierzehntägige Unterbrechung erleiden, ist sicherlich keine unbedingte Notwendigkeit gewesen, da die Universitätsverwaltung schon im Sommer für genügende Vorräte an Kohle hätte sorgen müssen. In den Sommermonaten hatte die Beschaffung von Kohle und Fuhrwerk sicherlich keine große Schwierigkeit und es kann nur ein unentschuldbares Unterlassen der Verwaltung sein, daß die Vorlesungen jetzt eine so unliebsame Unterbrechung erleiden. Es werden durch diesen Kohlenmangel nicht nur der Unterricht unmöglich, sondern auch verschiedene Institute mußten ihre Arbeiten einstellen. Ueberdies ist dies für die Hörer und Hörerinnen ein enormer Nachteil, da die meist mittellosen Studenten und Studentinnen nicht einmal in der Universität zum Studium genügend warme Räume zur Verfügung haben. Es wäre zu erwarten, daß die Verwaltung so bald als möglich die Herbeischaffung von Kohle durchsetzt, damit die Vorlesungen ihren ungestörten Fortgang nehmen können.

Die Zeit 9. II. 1917

182

Im Kohlenhof der Nordbahn.

Kinder als Kohlenansteller.

Der Kohlenhof der Nordbahn, es sind eigentlich sechs aneinander grenzende Höfe, liegt an der Kronprinz Rudolfstraße, in nächster Nähe der Reichsbrücke. Die Einfahrtstore werden um 6 Uhr früh geöffnet. Wer sich Kohle selbst holen will, muß sich zunächst im Waghaus des ersten Kohlenhofes einen Zuweisungszettel beschaffen. Derartige Zuweisungszettel gelangen aber nur in höchstens 800 Exemplaren zur Ausgabe. Das heißt ins Praktische übersetzt: Kohle erhält, wer zuerst am Platze ist! Da sich in den letzten Tagen regelmäßig gegen 2000 Bewerber eingefunden hatten, gingen also Tag für Tag rund 1200 Personen, ausnahmslos Frauen und Kinder, trotz stundenlangen Harrens in grimmigster Kälte, leer aus.

Das wissen nun schon die Wiener, und seither stellen sie sich noch früher an, draußen an der Kronprinz Rudolfstraße, vor dem bis 6 Uhr früh geschlossenen Tor zum Kohlenhof. Am Dienstag zum Beispiel konnte man schon um 5 Uhr früh die ersten Kohlenbedürftigen heraneilen sehen. Kaum eine Viertelstunde später war die bekannte Anstellreihe entstanden. Präzis 6 Uhr, als das Tor sich auftat, reichte die Reihe bis zum Praterstern. Und diese, wenn man so sagen darf, glücklichen Ersten waren zumeist Kinder, die mit bewunderungswürdiger Standhaftigkeit bei eisigem Wind und 7 Grad Kälte ihre Plätze zu behaupten wußten. Kinder, ausgerüstet mit kleinen Schlitten, Rodeln, Schiebkarren, Handwagen, einzelne auch mit Kohlenkisten und Waschtrögen, die sie auf dem hartgefrorenen Schnee hinter sich herschleiften!

Als der Torwärter öffnete, kam endlich etwas Bewegung in die schweigsamen, starren Reihen. Aber freilich nur für einige Minuten. Denn drinnen im Kohlenhof selbst begann erst das eigentliche Anstellen. Das Waghaus wird nämlich nicht um 6 Uhr früh, sondern erst um 8 Uhr geöffnet. Also heißt es vor der Waghaustür weitere zwei Stunden warten. Auch der Verein der Wiener Großkohlenhändler hat sich nicht der Einsicht verschlossen, daß diesem unhaltbaren Zustand möglichst abgeholfen werden muß. Deshalb hat man gestern das Waghaus, wo die Kohlenzuweisung mittelst Zettels erfolgt, bereits 30 Minuten früher geöffnet, so daß die ersten Ansteller, die sich um 5 Uhr früh eingefunden hatten, doch schon um halb 8 Uhr in den Besitz der papiernen Anweisung kamen.

Der Leidensweg der Ansteller.

Der Besitz des Zettels allein bedeutet noch nicht den Besitz der Kohle. Denn vorerst heißt es Weiterstehen und warten, bis der Abholer sein Fuhrwerk tariert hat, das heißt das Taragewicht des Transportmittels festgestellt ist. Dann erst kann der Weg zur Kohlenrutsche angetreten werden. Das ist nun für viele ein Leidensweg, denn nur ein Teil ist so glücklich, eine nahegelegene Kohlenrutsche zugewiesen zu erhalten. Es gibt auch Rutschen, die bis zu einem Kilometer vom Waghaus entfernt sind. Auf der steinhart gefrorenen, fortwährend in beiden Richtungen von großen schweren Kohlenwagen und vielen Transportautomobilen befahrenen Straße mit einem Handgefährt zum Ziele zu kommen, ist schwierig. Auch die Fassung der Kohle ist mit längerem Warten verknüpft. Denn das übermüdete Arbeitspersonal reicht nicht aus, um gleichzeitig mehrere Abholer abzufertigen. Hat der Abholer aber die Kohle erhalten, es werden höchstens 300 Kilogramm gegeben, doch meist wegen des schwierigen Handtransports nur 200 Kilo verlangt, dann muß die Kohle wieder nach dem Waghaus gebracht werden. Erst wenn sie dort gewogen und bezahlt ist, kann der Abholer mit seiner Fracht den Heimweg antreten. Bis dahin aber vergehen vier bis fünf Stunden. Daß von Kindern und schwachen Frauen eine solche Arbeitsleistung verrichtet werden muß, erscheint für die Dauer wohl unhaltbar, denn bei Eintritt der Schneeschmelze wird dieses Anstellen und Abholen mit sanitären Gefahren verknüpft, die im Interesse der Volkshygiene um jeden Preis vermieden werden sollten.

Städtische Kohle in der Vorgartenstraße.

Noch weiter draußen, hart an der großen Donau: das gleiche Bild wie vorhin, nur in ungleich größeren Dimensionen. Hier besorgt im Auftrag der Kommune Wien die Länderbank den Kohlenkleinverkauf. Ein riesiges Wacheaufgebot sorgt von 7 Uhr früh an für ordnungsgemäßes Anstellen der Abholer. Pferdefuhrwerke werden seit 6. d., an welchem Tage es zu starken Stauungen kam, nicht mehr zugelassen. Zum Verkauf gelangten direkt ab Bahnwagen am 6. d. eine Viertelmillion Kilogramm böhmische Steinkohle. Auch hier wird nur bis zu 200 Kilogramm an einen Abholer gegeben. Der Verkauf findet erst mit Einbruch der Dunkelheit sein Ende.

Die Kohlenabgabe durch die Länderbank.

Zu riesigen Ansammlungen kam es Dienstag früh vor der Kohlenabteilung der Länderbank, Hohenstaufengasse Nr. 5. Dort werden von Zeit zu Zeit Anweisungen auf ganze Fuhren städtischer Kohle zu je 1000 bis 4000 Kilogramm ausgestellt. Da Vorbestellungen prinzipiell nicht angenommen werden, wird die jeweilige Ausgabe durch Anschlag bekanntgemacht. Der am 5. d. erfolgte Anschlag, daß am folgenden Tage Anweisungen zur Verteilung gelangen, hatte zur Folge, daß sich im Laufe des Morgens und des Vormittags mehrere tausend Personen einfanden. Es wurden insgesamt 2000 Fuhren angewiesen, jedoch in der Art, daß sich die Ausfolgung der Kohle bis 24. März erstreckt, da pro Tag höchstens 70 Fuhren abgefertigt werden können. Ein seit gestern angebrachtes Plakat verkündet, daß vor dem 24. März keine weiteren Anweisungen auf ganze Fuhren erteilt werden können.

Das Verhalten der Wartenden.

Der Anwalt des Vereins der Wiener Großkohlenhändler, Herr Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Artur Freund, der in ehrenamtlicher Eigenschaft im Waghaus zeitweilig den Aufsichtsdienst kontrolliert, machte unserem Mitarbeiter über das Verhalten des Publikums folgende Mitteilungen:

„Die Geduld dieser Leute ist geradezu bewunderungswürdig. Es ist wirklich rührend, mit welcher Dankbarkeit seitens der Wartenden die Anweisung auf die paar Zentner Kohle entgegengenommen wird. Lärm und Unruhe, so wie sie am Dienstag nachmittags sich einstellten, gehören zu den Ausnahmsfällen. Kommt es wirklich einmal zu ernsteren Anstürmen, wie eben am Dienstag, dann muß eben Wache einschreiten, die ihren schweren Dienst gleichfalls mit größter Schonung des Publikums versieht. Seitens der Kohlengroßhandlungen geschieht gleichfalls das Möglichste, um wenigstens einen Teil der Abholer zu befriedigen. Mehr als 800 Anweisungen können aber nicht ausgegeben werden, weil eben weder der Raum, noch die Kräfte vorhanden sind, um diesen Kleinverschleiß in größerem Umfang zu betreiben. Wer nicht beteilt werden kann, wird an die städtische Kohlenabgabe in der Vorgartenstraße gewiesen."

So lagen die Verhältnisse bis heute. Hoffentlich bringen die hochherzige Initiative des Kaisers und die neuen Maßnahmen Abhilfe.

Frankfurter Zeitung
9. II. 1917

183

Die Kohlenfrage in Straßburg.

□ Straßburg, 5. Febr. In den letzten Tagen verzögerte sich auch hier verschiedentlich die Belieferung mit Hausbrandkohlen. Die Verzögerungen entstanden, da Kohlen auf den Straßburger Lagern ausreichend vorhanden sind, namentlich dadurch, daß Bemittelte, auch wenn sie genügend mit Kohlen versorgt waren, zu hamstern begannen. Im Anschluß an eine „Städtische Kohlenordnung" sind darum auch hier Kohlenkarten für den Selbstverbrauch eingeführt worden, wobei für den gewerblichen und industriellen Verbrauch besondere Bestimmungen getroffen worden sind. Eine Kohlenkarte erhält nur derjenige, der unter eidesstattlicher Versicherung die Erklärung abgibt, daß er höchstens vier Zentner Kohlen besitzt. Die Anträge werden von Beamten des städtischen Lebensmittelamtes im Benehmen mit dem Polizeipräsidium und der Preisprüfungsstelle nachgeprüft. Die Kohlenkarte lautet zunächst auf wöchentlich zwei Zentner Hausbrandkohle. Das soziale Ausgleichsystem mit den nach dem Einkommen abgestuften Karten ist auch auf die Kohlenkarte übertragen worden. Haushalte mit weniger als 2400 Mark Gesamteinkommen bekommen in erster Linie Saarkohlen. Die Abgabe erfolgt auch in Kleinverkaufsgeschäften, die bekannt gegeben werden. Großverkäufer geben auf allen Lagern Kohlen auch zentnerweise ab.

Vossische Zeitung
9. II. 1917

184

Kohlenverbrauch bei Behörden. Mit Bezug auf seinen Aufruf „1917" sind dem Kriegsamt verschiedene Hinweise zugegangen, wonach selbst bei Behörden die aus der Notwendigkeit der Kohlenersparnis sich ergebenden Forderungen nicht genügend berücksichtigt werden. Das Kriegsamt erachtet es als selbstverständliche Pflicht sämtlicher Behörden, durch sparsamsten Kohlenverbrauch dem Publikum mit gutem Beispiel voranzugehen. Jede Glühbirne und jede Gasflamme, jeder Ofen und jeder Zentralheizungskörper muß auf die Notwendigkeit der Benutzung geprüft werden. Luxusbeleuchtung darf in öffentlichen Gebäuden am allerwenigsten geduldet werden.

Frankfurter Zeitung

185

4. 1917

Die Kohlenversorgung.

Die zweite Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung in dieser Woche brachte in der Hauptsache eine Debatte über die Kohlenversorgung. Für den Tiefbau- und Finanzausschuß berichtete Stadtv. Hené (Vp.) über die bereits erwähnten sozialdemokratischen Anträge. Die Mehrheit der Ausschüsse erklärte sich mit den getroffenen Maßnahmen des Magistrats, die mittlerweile veröffentlicht worden sind, einverstanden und stimmte folgendem Antrag zu:

Die Anträge der Herren Dr. Quarck und Genossen durch die Maßnahmen des Magistrats als erledigt zu erklären. Die Stadtverordneten-Versammlung sieht dem Bericht des Magistrats über Einführung der Bezugsscheine entgegen.

Der Magistrat hat sich ferner damit einverstanden erklärt, den Gaseinheitspreis sofort nach Beendigung der Kohlennot in Angriff zu nehmen. Mit diesen Beschlüssen sind auch die Eingaben der vereinigten Bezirksvereine erledigt.

Der Magistrat erklärt noch, daß er der Anregung auf Abschaffung von Rabatten für den Bezug von Leuchtgas, die von einem Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung durch eine Eingabe begründet wurde, erst nach Aenderung des Gasvertrages näher treten kann.

Die vereinigten Ausschüsse ersuchen die Stadtverordneten-Versammlung sich gleichfalls mit den Beschlüssen des Magistrats einverstanden zu erklären.

Stadtv. Funck (Vp.) empfahl, den Bericht nochmals an die Ausschüsse zurückzuweisen. Dem wurde zugestimmt.

Stadtv. Lion (nl.) begründet seine dringliche Anfrage wegen Zuteilung von Koks. Er brachte Beschwerden vor, daß trotz Bezugskarten kein Koks abgegeben wurde. Der Redner erklärte selbst, daß die Anfrage infolge des neuerlichen Magistratsbeschlusses gegenstandslos geworden sei.

Stadtrat Dr. Hiller ist der Ansicht, daß es sich lediglich um eine Kohlenbeförderungsnot handle infolge Störung des Schiffahrtsbetriebs. In normalen Zeiten kämen 98 Prozent Kohlen zu Schiff nach Frankfurt. Nicht weniger schwierig war die Beförderung innerhalb Frankfurts. Es ist jetzt eine Zentralisierung des Transportes am Fuhrpark eingerichtet worden. Von der Bürgerschaft sind zahlreiche Anregungen gekommen. Eine weitgehende Verbrauchsbeschränkung war dringend notwendig geworden. Bis heute sind 4184 Zentner Kohlen auf Bezugskarte ausgegeben worden. Der eiserne Bestand der Stadt — 100 000 Zentner Hausbrand — wurde angegriffen. Bis jetzt wurden 22 000 Zentner an Kleinhändler abgegeben. Auch die Vorräte des Elektrizitätswerkes, die etwa 120 000 Zentner betragen, sollen teilweise zur Verfügung gestellt werden. Kohlengroßhändler haben um Beschlagnahme gebeten, um die vielen Sorten dieser Zeit los zu werden. Von diesen Vorräten ist nichts beschlagnahmt worden, dagegen hat man den Gaskoks für die ärmere Bevölkerung beschlagnahmt. Es ist alles geschehen um durchhalten zu können.

Stadtv. Dr. Quarck (Soz.) spricht sich für eine gewissenhafte Kohlenrationierung aus, für eine genaue Bestandsaufnahme und empfiehlt die Verteilung der Vorräte. Immer noch herrsche Lichtverschwendung, z. B. bei der Abendbeleuchtung der Sportplätze.

Stadtrat Dr Hiller legt dar, daß eine Kohlenbestandsaufnahme bei Privaten niemals genau sein könne. Eine Verteilung der Vorräte sei unmöglich.

Stadtrat Franze schildert die Schwierigkeiten einer Rationierung des Gasverbrauches.

Stadtv. Dr. Heilbrunn (Vp.) weist auf die Erklärung des Eisenbahnministers hin, daß der Wagenmangel bereits behoben sei. Die internationale Lage sei es wohl, welche die gegenwärtigen Verhältnisse verursachten. Befürchtungen wegen wirklichen Kohlenmangels seien unberechtigt. Die Kälteperiode sei überraschend gekommen, sodaß die Vorräte nicht ausreichten. Der Magistrat habe im großen und ganzen mit ziemlicher Energie eingegriffen, doch solle man mit der Schließung von Betrieben nicht zu weit gehen. Eine Schließung industrieller Betriebe würde doch Tausende von Arbeitern treffen. Bei dem Kohlenausgleich in Berlin müsse bewirkt werden, daß ein neuer Verteilungsplan aufgestellt werde, um eine größere Zuteilung zu erzielen.

Stadtv. Lion (nl.) stellt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, im Einverständnis mit der Gasgesellschaft dahin zu wirken, daß der § 11 der Bestimmungen während der Kriegszeit außer Geltung gesetzt wird. Es handelt sich um Rabattgewährung an den Großabnehmer.

Stadtrat Franze erklärt es für unmöglich, kurzerhand einen solchen Beschluß zu fassen.

Stadtv Wedel (Vp.) empfiehlt die Verweisung des Antrags an den Finanzausschuß. Mit der Einführung des Gaseinheitspreises seien alle Faktoren einverstanden, nur über den Zeitpunkt sei man sich nicht einig. Der Einheitspreis, der ein Durchschnittspreis sein würde, bedinge eine Erhöhung des Höchstpreises, die gegenwärtig gerade die Minderbemittelten treffe.

Stadtv. Dr. Sinzheimer (Soz.) ist der Ansicht, daß das Verteilungsproblem im Vordergrund des Interesses stehe. Bei der Verteilung haben Mißstände geherrscht, auch jetzt bei der Verteilung durch die Kohlenhändler herrsche Anarchie. Man solle, wie beim Milchhandel, eine G. m. b. H. errichten.

Stadtrat Dr. Hiller tritt für das System der Zuziehung der Kleinhändler ein.

Oberbürgermeister Voigt verteidigt die Maßnahmen des Magistrats.

Nach dem Schlußwort des Stadtv. Hené (Vp.) wurde der Antrag Lion dem Magistrat überwiesen. Den Ausschußanträgen wurde zugestimmt.

Neues Pester Journal 186

10./II. 1917

Die Lage des Holzmarktes.

— Bedarf und Preisgestaltung. —

Anschließend an den von uns vor einigen Tagen mitgetheilten Beschluß zur Bauaktion des Ungarischen Ingenieur- und Architektenvereins wird uns von besonderer Seite gemeldet:

Es ist im Interesse der kommenden Bauthätigkeit gewiß zu wünschen, daß die Baumaterialien ehestens auf die normalen Preise zurückkommen, um die Rentabilität und dadurch die Unternehmungslust für den Häuserbau anzuregen. Das Holz als Baumaterial nimmt heute nicht mehr jene dominirende Stellung wie einst im Baugewerbe ein. Selbst am Land wird es von feuersichereren Materialien immer mehr abgelöst. Dagegen wächst die Verwendungsmöglichkeit in anderen Gewerben mit jedem Tage und diese beeinflußt die Preisbestimmung des Holzes.

Die herrschende Hausse hat ihren Ausgang von Deutschland genommen und deren Preisbewegung spiegelt sich auch bei uns ab. Der Jahresverbrauch an Holz in Deutschland umfaßt rund 35 Millionen Kubikmeter bei einer Eigenproduktion von rund 20 Millionen, so daß 15 Millionen Kubikmeter eingeführt werden müssen. Bis vor Ausbruch des Krieges deckte Deutschland seine Holzimporte in Rußland, Oesterreich-Ungarn, Schweden und Norwegen. Seit Kriegsbeginn mußte die Monarchie viele Abgänge ergänzen. Die Deutschen trachteten ihre Bezugsquelle dadurch sich zu sichern, daß sie als starke Holz- und Waldkäufer auftraten und so manches Absteckungsobjekt oder den ganzen Waldbesitz sammt Grund erwarben, was auch schon früher, aber nur in kleinerem Umfang, vorzukommen pflegte. Bei Erstehung solcher Objekte waren die in Deutschland geltenden Preise mitbestimmend. Wie gesagt, die erweiterte Verwendungsmöglichkeit des Holzes nicht blos als Bau- oder Brennmaterial bringt es mit sich, daß die Preise so rapid steigen, denn auch in Oesterreich-Ungarn wächst die Zahl jener Unternehmungen, in welchen das Holz den Grundpfeiler des Betriebes bildet. Da ist die Berechnung eine ganz andere und beherrscht den Holzmarkt allgemein. Die hohen Erlöse werden die Waldkultur anregen zu Wieder- und Neuanlagen und den Waldbestand in der Monarchie für sehr lange Zeit sichern.

Die herrschenden starken Fröste und die vereisten Wasserläufe in den Wäldern haben viele Sägewerke theilweise und auch ganz außer Betrieb gesetzt. Es fehlt daher allgemein an Schnittmaterial jeder Art. Dabei steigt der Bedarf in allen Erzeugungsstätten. Mit der riesigen Nachfrage sind die Preise für Lagerwaare gestiegen. Auch die schwierige, kostspielige Abfuhr des Holzes aus dem Walde ist für die Tendenz mitbestimmend und dürfte es auch noch lange Zeit bleiben.

Neues Pester Journal

10./II. 1917

P 10 188

(Die Kohlenversorgung der ungarischen Fabriken.) Die Direktion des Bundes ungarischer Fabriksindustrieller hielt gestern unter Vorsitz Dr. Franz Chorin's eine Sitzung, in welcher die Schwierigkeiten, die sich auf dem Gebiete der Kohlenversorgung der Fabriken zeigen, zur Erörterung gelangten. Nachdem Heinrich Fellner, Manfred Weiß, Gustav Gratz, Béla Rechtnitz, Paul Biró, Dr. Franz Chorin jun., Dr. Stephan Freund, Baron Moriz Kornfeld, Béla Veith, Béla Surányi, Julius Egger, Stephan Fodor, Alexander Wolf und Andere zur Frage gesprochen hatten, stellte die Direktion fest, daß die Ursache der auf dem Gebiete der Kohlenversorgung bemerkbaren Schwierigkeiten einerseits in der Abnahme der Produktion der ungarischen Bergwerke, andererseits in der überaus starken Inanspruchnahme der ungarischen Eisenbahnlinien mit Heerestransporten und endlich in der seit einiger Zeit eingetretenen Abnahme der Kohleneinfuhr aus Oesterreich und Preußen zu suchen ist. Die Direktion des Bundes wird der Regierung in einer Eingabe Vorschläge unterbreiten, wie die Produktion der ungarischen Kohlenbergwerke mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert werden könnte. Der Bund wird seine diesbezügliche Eingabe dem Ministerpräsidenten und dem Handelsminister überreichen. Der Bund hält es für wünschenswerth, daß die Regierung ihren ganzen Einfluß aufbiete, damit die österreichische Regierung in der Versorgung Ungarns mit Kohle ihre Pflichten erfülle. Ungarn ist dazu umso mehr berechtigt, da sein Eisenbahnnetz in Folge des Krieges andauernd stärker in Anspruch genommen ist, als das österreichische, und da auch die Monate währende vollständige Unterbrechung der Kohlenproduktion im Zsilthale ausschließlich auf die Kriegsereignisse zurückzuführen ist. Der Bund bittet ferner die Regierung, Alles aufzubieten, damit die Einfuhr preußischer Kohle gesteigert werde und die ihr im Wege stehenden Hindernisse mit den energischesten Mitteln beseitigt werden.

Die Zeit 10. IV. 1917

Die Kohlenversorgung Wiens.

Die Zufuhr wird weiter organisiert.

Seit dem gestrigen Tage sind die Arbeiten, um den Abtransport des im Wiener Nordbahnhof lagernden Kohlenvorrates zu beschleunigen, in vollem Gange. Die kompetenten Stellen beschäftigten sich in mehreren Konferenzen mit der einheitlichen Organisation des Zufuhrdienstes, und es kann nach den gestern in dieser Hinsicht gefaßten Beschlüssen kaum einem Zweifel unterliegen, daß sich die Wirkung dieser jüngsten lokalen Maßnahmen sehr bald fühlbar machen wird. Soll jedoch, wie es im Interesse der Bevölkerung dringend wünschenswert wäre, dieses gesteigerte Tempo in der Kohlenabfuhr bis zur Wiederkehr einer milden Witterung beibehalten werden können, dann wird der weiteren Frage eine entscheidende Rolle zukommen, in welcher Weise und mit welchen Mitteln für die stets rechtzeitige Auffüllung der so rasch zum Abstoß gelangenden Kohlenvorräte vorgesorgt werden kann. Dieses eminent wichtige Problem, auf dessen Lösung ja die praktische Durchführung der nun in so erfreulicher Weise geregelten lokalen Kohlenzustellung beruht, erheischt fortab die ganze Aufmerksamkeit und die vollste Energie der kompetenten Faktoren. Welche grundlegende Bedeutung der weiteren, ununterbrochenen Kohlenanrollung zukommt, geht auch aus einer treffenden Bemerkung hervor, die gestern einer der führenden Repräsentanten des Wiener Kohlengroßhandels in der im Rathaus abgehaltenen Konferenz machte. Kais. Rat Berl verwies nämlich mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer Sicherstellung der künftigen Kohlennachschübe. Auch eine im Eisenbahnministerium gestern abends abgehaltene Beratung, an der der Nordbahndirektor Baron Banhans teilnahm, galt dieser Angelegenheit. Es handelt sich hier um die Lösung organisatorischer Fragen, denen unter Umständen noch eine weit größere Wichtigkeit zukommt als der administrativen Frage einer rationellen Aufteilung der vorhandenen Vorräte. Der gestern bereits praktisch angewendete neue Zufuhrdienst wird mühelos durchgeführt werden können. Voraussetzung bleibt aber eben doch, daß es nicht an dem Material für diese geregelte Zuführung mangelt.

Die Forcierung der Kohlenabgabe in den Bahnhöfen kam im Straßenbild der Stadt bereits am gestrigen Nachmittag deutlich zum Ausdruck. Bis in die späten Abendstunden konnte man, namentlich auf der Lastenstraße, Kohlentransporte aller Art beobachten, und in vielen Fällen waren sowohl die Kutscher wie auch die Begleitmänner Uniformträger. Diese ersten Kohlenzufuhren mit ärarischer Wagen- und Mannschaftsbeistellung haben naturgemäß die lebhafteste Aufmerksamkeit der Straßenpassanten gefunden. Aber auch die Kohlenabgabe in kleinen an die Abholer dehnte sich bis in die Abendstunden aus. So sah man bis in die achte Abendstunde, insbesondere auf der Alserbachstraße und Liechtensteinstraße, viele Frauen und Kinder auf kleinen Handfuhrwerken Kohlen fortschaffen. Sie kamen zumeist vom Nordwestbahnhof und Franz Josefbahnhof, wo sich während des ganzen Tages außergewöhnlich große Massen von Kohlenbedürftigen zur Entgegennahme von Heizmaterial angesammelt hatten.

Ueber die gestern abgehaltenen Besprechungen erhalten wir folgende Mitteilungen:

Einsetzung einer Kohlenkommission.

Amtlich wird mitgeteilt:

Gestern vormittags fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic eine längere Besprechung in Angelegenheit der Organisation der Kohlenversorgung statt, an der Vertreter der beteiligten staatlichen Behörden und der Gemeinde Wien teilgenommen haben.

Das Ergebnis dieser Besprechung war die Einsetzung einer Kohlenkommission, die bereits am Nachmittag an einer im Rathaus unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen weiteren Konferenz teilnahm.

Eine Konferenz im Eisenbahnministerium.

Mit der Frage der Beschleunigung der im Anrollen befindlichen Kohlentransporte aus Preußisch-Schlesien beschäftigte sich eine gestern abends unter Vorsitz des Eisenbahnministers Baron Forster und unter Zuziehung des Nordbahndirektors Baron Banhans im Eisenbahnministerium abgehaltene Konferenz. Es wurden konkrete Vorschläge erstattet und Maßregeln beschlossen, die, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, einen befriedigenden Erfolg verbürgen. Die Konferenz fand bei zweistündiger Dauer um halb 10 Uhr abends ihren Abschluß.

Rationierung der Kohlenzufuhr.

Unter Vorsitz des Nordbahndirektors Baron Banhans fand gestern nachmittags in der Nordbahndirektion eine Beratung statt, an der Vertreter des Militärlinienkommandos und des Vereins der Großkohlenhändler teilnahmen. Es wurde für die Zufuhr der Kohle mit ärarischen Fuhrmitteln ein Rationierungsplan ausgearbeitet, der sämtliche Bezirke umfaßt und eine dem Bedarf entsprechende Aufteilung der Kohle, namentlich auf die abgelegenen Stadtteile, vorsieht. In den Dienst dieser Zufuhr wird vom heutigen Tage ab der gesamte, von der Militärverwaltung beigestellte Wagenpark (120 Fuhrwerke und 90 Automobile) gestellt werden.

Konferenz im Rathaus.

Die Berichte der städtischen Kohlenreferenten.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner fand gestern im Sinne der vormittags im Ministerratspräsidium abgehaltenen Konferenz die konstituierende Sitzung der Kohlenversorgungskommission für die Stadt Wien statt, an der Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, der Zentraltransportleitung, des Kriegsministeriums, der niederösterreichischen Statthalterei, des Polizeipräsidiums und des Wiener Magistrats sowie Vertreter der Groß- und Kleinkohlenhändler teilnahmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner kennzeichnete einleitend die dieser Kommission überwiesenen Aufgaben, die sich auf die zweckmäßige Verteilung der in Wien anrollenden Kohle und auf die rascheste Befriedigung der Kohlenverbraucher beziehen. Allerdings werde die Wirksamkeit der Kommission nur dann einen Erfolg zeitigen, wenn genügende Ware zum Anrollen gebracht wird, und er appelliere an die maßgebenden Faktoren, dafür in entsprechender Weise zu sorgen.

Vizebürgermeister Rain und Magistratssekretär Dr. Fastenbauer berichteten sodann über die von der Regierung und der Militärverwaltung getroffene Verfügung, die sich in erster Linie darauf beziehe, daß die noch im Anrollen befindlichen Waggons Kohle von der Gemeinde angefordert, beschlagnahmt und durch die Gemeinde teils auf ihren Kohlenlagerplätzen, teils bei Großkohlenhändlern der Vorortelinie und in anderen Bahnhöfen zum Verschleiß gelangen sollen. Ferner habe die Militärverwaltung angeordnet, daß am Nordbahnhof die Kohlenausladung und die Kohlenverführung bei Tag und Nacht vor sich gehen. Von seiten des Magistrats werden die ent-

Die Zeit 10. II. 1917

II
1910

die Kohlenversorgung Wiens.

sprechenden Beziehungen zwischen Groß- und Kleinhändlern hergestellt werden, und es werde prinzipiell verfügt, daß nur jenen Kleinkohlenhändlern, bei denen sich Geschäft und Wohnung im selben Hause befinden, zur Nachtzeit, jenen Kleinhändlern aber, bei denen Wohnung und Geschäft örtlich getrennt sind, nur bei Tage Kohle zugestellt werde. An die Zentraltransportleitung wurde das Ersuchen gerichtet, die Zahl der jeweils anrollenden Kohlenwaggons rechtzeitig bekanntzugeben, damit die Dispositionen über die Verteilung im großen und im kleinen alsobald getroffen werden können.

Die Frage der rechtzeitigen Kohlenvorratsergänzung.

Kais. Rat Berl ersuchte insbesondere den Bürgermeister, dahin zu wirken, daß die Zuführen von oberschlesischer Kohle in genügendem Maße gesichert werden, und gibt zu erwägen, ob es zweckmäßig sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen Braunkohle nach Wien zu führen oder lieber die für den Transport dieser Kohle bisher verwendeten Wagen zum Transport der hochwertigen oberschlesischen Kohle zu verwenden.

Neue städtische Kohlenverkaufsplätze.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner gibt schließlich bekannt, daß die Gemeinde zu den von ihr während des Krieges bereits eingerichteten Kohlenverkaufsplätzen am Matzleinsdorfer, West- und Nordwestbahnhof, in der Vorgarten- und Engerthstraße sowie in Ottakring im Laufe der nächsten Tage noch folgende Kohlenplätze errichten werde:

Im 19. Bezirk auf dem bisher von der Länderbank benützten Kokslagerplatz, im 12. Bezirk im Materialhof der Straßenbahn in der Aßmayergasse, am Bahnhof Michelbeuern der Gürtellinie, am Aspangbahnhof, an den Bahnhöfen Heiligenstadt und Penzing der Vorortelinie und schließlich am Ostbahnhof.

Weitere Sparmaßnahmen in Sicht.

Der Bürgermeister gibt der Erwartung Ausdruck, daß durch diese Bemühungen der Gemeinde eine zweckmäßige Verteilung der Kohle behufs Abgabe an die Konsumenten ermöglicht werde. Allerdings verkenne er nicht den Ernst der Situation und sei sich bewußt, daß unter Umständen noch weitere auf Kohlenersparnis abzielende Maßnahmen werden getroffen werden müssen. Jedenfalls wende er sich an den Gemeinsinn aller Beteiligten, in dieser schweren Zeit mitzuarbeiten, die Bevölkerung entsprechend aufzuklären.

Außerordentliche Sitzung des Stadtrates.

Für heute 4 Uhr nachmittags wurde der Stadtrat zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, um zu dieser ungemein wichtigen Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Einschränkung des Schulbetriebes.

Bekanntlich hat der Unterrichtsminister mit einem Erlaß die Landesschulbehörden ermächtigt, an jenen Mittelschulen und Volksschulen, an denen die Beheizung im Hinblick auf die Kohlennot Schwierigkeiten bereitet, Unterbrechungen des Unterrichtes eintreten zu lassen. Der Vizepräsident des Landesschulrates Sektionsrat Dr. Braitenberg v. Zenoburg hatte die Liebenswürdigkeit, einem unserer Redakteure hierüber folgendes mitzuteilen:

„Der Erlaß des Unterrichtsministeriums wird nicht nur in Niederösterreich, sondern auch in allen anderen Ländern durchgeführt werden, da die Kohlenknappheit allgemein ist. Ich habe die Absicht, vor allem den Unterricht in den Volksschulen so lange als möglich aufrechtzuhalten, schon deshalb, weil sonst die armen Kinder gar nicht dazukommen, sich zu wärmen. Die Wiener Volksschulen sind ja größtenteils mit Kohlen versorgt, denn die Kommune hat schon im Sommer begonnen, den Kohlenbedarf der Schulen mit eigenem Fuhrwerk und aus ihren eigenen Kohlenrutschen zu decken. Dagegen kann die Kohlenversorgung in den Landschulen oft nur sporadisch durchgeführt werden. Ich höre aus der einen oder aus der anderen Landschule, daß der Kohlenvorrat zur Neige geht. Manche Schule auf dem Lande wird mit Holz geheizt. Es soll also getrachtet werden, den Schulunterricht so lange es nur irgend geht fortzuführen, eventuell mit Zusammenlegung von Klassen, falls es die Räume gestatten. Im anderen Fall müßten Ferialtage eingeführt werden. Dafür könnte man vielleicht in der Karwoche die Ferialtage kürzen, um für den Unterricht einen Tag hereinzubringen. Ebenso bei den Pfingstferien.

In den Mittelschulen dürften die Semestralferien verlängert werden. Am nächsten Samstag wird die Zensurverteilung sein. Der Unterricht sollte am Montag wieder beginnen. Die Semestralferien werden auf die ganze Woche ausgedehnt werden, so daß der Unterricht wahrscheinlich erst am Montag über eine Woche wieder beginnen wird."

* * *

Verkauf von Würfelkohle im Nordbahnhof.

Heute findet im Wiener Nordbahnhof um 3 Uhr nachmittags in der Kohlenabteilung der Verkauf von fünf Waggons Würfelkohle, 70.000 Kilogramm, an Meistbietende im Einzelverkauf statt, falls die Sendungen bis dorthin nicht bezogen sind.

Die Zeit Abendblatt
10. II. 1917

Ministerbesuch am Kohlenhof.

Der Eisenbahnminister, der Arbeitsminister und der Nordbahndirektor kontrollieren die Kohlentransporte.

Auf den Kohlenhöfen der Nordbahn, die heute zum erstenmal unter militärischem Kommando standen, herrschte heute vormittags ein besonders reges Leben. Die neue Organisation der Kohlenabgabe scheint sich einwandfrei zu bewähren. Sowohl der Verkehr des Großhandels als auch die Versorgung der Abholer, die seit heute mit ihren Handfuhrwerken nach der Innstraße verwiesen wurden, hat sich verhältnismäßig glatt abgewickelt. Vormittags erschienen der Eisenbahnminister Freiherr von Forster und der Arbeitsminister Freiherr v. Trnka am Platze und ließen sich vom Direktor Baron Banhans alle sachlichen Erklärungen geben. Die Minister verweilten eine volle Stunde in den verschiedenen Kohlenhöfen. Wir erhalten hierüber folgenden Bericht:

Eine ministerielle Inspektion.

Wenige Minuten vor 11 Uhr vormittags fuhren in ihren Automobilen Eisenbahnminister Baron Forster, Arbeitsminister Freiherr v. Trnka und Nordbahndirektor Baron Banhans vor dem zweiten Tor der Nordbahn in der Kronprinz Rudolfstraße vor. In ihrer Begleitung befanden sich Sektionschef Homann, Sektionschef Burger, und mehrere Vertreter des Eisenbahn- und Arbeitsministeriums. Die Besucher wurden im zweiten Kohlenhof vom Oberinspektor der Nordbahn Sausele, vom Vorstand der Kohlenabteilung Pollack und vom Nordbahninspektor Krumhaar empfangen. Die Herren begaben sich durch die Anlagen des Kohlenhofes zunächst nach der Innstraße, wo sie bei der Abgabe der Kohle an die abholenden Parteien längere Zeit verweilten. Auf Wunsch der beiden Minister gab Vorstand Pollack, der die neue Organisation der Kleinkohlenabgabe durchgeführt hat, genaue Erklärungen. Die Minister erkundigten sich insbesondere, ob die Beteilung der einzelnen Parteien jetzt einen flotteren Gang nimmt, ob das stundenlange Anstellen nun für die Betroffenen sich weniger empfindlich gestaltet, und ob die Kohlenvorräte ohne Schwierigkeiten immer in ausreichendem Maße ergänzt werden können.

Nach etwa 20 Minuten begaben sich die Besucher von der Innstraße nach dem Kohlenhof Nr. 4. Von hier aus gingen die Herren die Gleisanlagen der Kohlenbahn ab. Auf jeder der einzelnen Eisenbahnbrücken verweilten sie einige Minuten und ließen sich hier über die Lage der Kohlenrutschen und über den Stand der Kohlenvorräte eingehendste Aufklärungen erteilen. Baron Forster und Baron Trnka interessierten sich auch lebhaft für die Neuregelung des Abfuhrdienstes, der tadellos klappte. Von der Eisenbahnbrücke im zweiten Kohlenhof begaben sich hierauf die Besucher nach der Kohlenstraße. Baron Trnka sprach einzelne Fuhrleute an und erkundigte sich bei ihnen, wie sich die Arbeit abwickle. Um 12 Uhr mittags verließen die Herren den Kohlenhof.

Die Kohlenabgabe in der Innstraße.

Die Abgabe von Kohle an die Abholer mit Handfuhrwerk wurde einer vollständigen Reorganisation unterzogen. Um vor allem genügende Kohlenvorräte zu sichern, wurden seitens des Kohlenhof-Vorstandes im Requisitionswege eine Anzahl Kohlenwaggons nach der Innstraße dirigiert. Bis 10 Uhr vormittags waren requiriert und zur Ausladung gebracht vier Waggons der Firma Guttmann, sechs Waggons der Firma Königer und zwei Waggons der Firma Marmorek. Im Laufe des Nachmittags werden je nach der Versorgung der einzelnen Großhändler weitere Waggons Kohlen nach der Innstraße abdirigiert werden. Die Ausgabe an die Abholer erfolgt ohne Mittagspause von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends. Die Manipulation ist wesentlich vereinfacht.

Neue Freie Presse

10. II. 1917

Die Kohlenversorgung.

Aeußerungen von Fachmännern.

Wien, 9. Februar.

August Hochstöger.

Chef der Kohlengroßhandlungsfirma August Hochstöger.

Die hochherzige Initiative des Monarchen, Militärpersonen zum Abtransporte der Kohle von den Bahnhöfen und zur Verteilung an die Kleinhändler heranzuziehen, wird gewiß die schwere Kohlennot lindern, welche sich, namentlich für die ärmeren Schichten der Bevölkerung, äußerst drückend fühlbar macht. Man kann allerdings nicht erwarten, daß die Kohlenknappheit, die hauptsächlich eine Folge der verminderten Zufuhren aus den Kohlenrevieren, namentlich aus dem oberschlesischen Kohlengebiete, ist, mit einem Schlage behoben sein wird, aber die Bevölkerung wird jedenfalls die im Zuge befindlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Kohlennot lebhaft begrüßen. Die Militärbehörde wird die Kohlenzufuhr durch Beistellung von Wagen in den Tagesstunden und von Automobilen in den Nachtstunden unterstützen. Schon in der morgigen Nacht soll die Beförderung von Kohlen mit Militärautos beginnen und die Kohlenkleinhändler werden sofort die Kohle übernehmen. Einige organisatorische Vorarbeiten, die notwendig sind, damit die Kohlenverteilung glatt vor sich gehen könne, sollen in kurzem Wege erledigt werden. Für heute abend hat der Magistrat eine Sitzung einberufen, die unter dem Vorsitze des Magistratssekretärs Dr. Fastenbauer stattfinden wird und an der sämtliche Kohlenfirmen teilnehmen werden. Die Versammlung wird darüber Beschlüsse fassen, in welcher Weise die Kohlenexpedition durchgeführt und die Beteilung der Kleinhändler gesichert werden soll. Die Kohlenfirmen werden dafür Sorge zu tragen haben, daß die Abfuhr der Kohle von den Lagerplätzen in ein bestimmtes zeitliches System gebracht werde. Es ist nötig, daß die Bevölkerung täglich das unbedingt nötige Quantum für die Beheizung der Wohnräume und der Küchenherde erhalte, es muß aber auch darauf Rücksicht genommen werden, daß nicht durch einen überstürzt raschen Abtransport von den Rutschen das Lager in allzu kurzer Zeit vollständig geräumt werde. Dies wird um so notwendiger sein, als ja auch die Aufrechterhaltung des Betriebes von Fabriken und gewerblichen Unternehmungen ein wichtiges staatliches Interesse darstellt. Der Tagesbedarf Wiens kann gegenwärtig infolge der außerordentlich kalten Witterung mit 6000 Tonnen veranschlagt werden. Dieser Bedarf wird im Hinblicke auf das vorhandene Lager vorläufig noch nicht vollständig gedeckt werden können. Man kann aber immerhin erhoffen, daß durch die neuen Maßregeln eine tägliche Abfuhr von 4000 bis 5000 Tonnen möglich sein wird, während die bisherige Ausfuhr von den Lagerplätzen durchschnittlich bloß 2500 Tonnen betragen hatte.

Bela Max.

Direktor der Trifailer Kohlenwerksgesellschaft.

Die Maßnahmen, welche zum Zwecke einer Verbesserung der Kohlenversorgung in den allerletzten Tagen ergriffen worden sind, werden zunächst die Folge haben, daß es möglich sein wird, den Detailhändlern Kohle zur Verfügung zu stellen, daß diese sie an ihre Kunden abgeben und damit die drängenden Bedürfnisse der breiten Schichten der Wiener Bevölkerung befriedigen werden können. Durch die Dezentralisierung des Kohleneinlaufes, die Errichtung kommunaler Verkaufsplätze und durch die Indienststellung von Militär- und Zivilfuhrwerken wird es wohl gelingen, eine Milderung der für die einzelnen Haushalte bestehenden Schwierigkeiten herbeizuführen. Einen dauernden Erfolg kann man sich aber von den neuen Maßregeln nur dann versprechen, wenn eine wesentliche Steigerung in der Zufuhr von Kohle nach Wien durchgeführt wird. Die Vorräte am Nordbahnhofe sind in den letzten Wochen ungeachtet des Fuhrwerkmangels arg zusammengeschrumpft und sie werden jetzt, wenn Fuhrwerk reichlicher zur Verfügung stehen wird, noch rascher erschöpft sein. Unter diesen Umständen ist die dringendste Forderung, die aufgestellt werden muß, die, daß der Nachschub von Kohle sich besser als bisher gestalte. Eine weitere Steigerung der Kohlenerzeugung wird sich augenblicklich schon mit Rücksicht auf die schwierigen Förderungs- und Verfrachtungsverhältnisse, ganz abgesehen von der Arbeiterfrage, nicht leicht vornehmen lassen. Wir sehen, daß es nicht so sehr an Kohle fehlt als an Transportmitteln. So lagern zum Beispiel im oberschlesischen Revier viele hunderttausende Tonnen auf den Gruben, die durch den Mangel an Waggons nicht zugeführt werden können. Zur Steuerung der Not an Hausbrandkohle wäre vielleicht die Frage zu erwägen, ob es nicht angezeigt ist, die behördlich angeordneten Kohlenlieferungen an jene in die bevorzugten Gruppen I und II eingeteilten Industrien und Eisenbahnen an je einem Tage der nächsten drei bis vier Wochen ganz oder zum Teil ausfallen zu lassen. Vier kohlenlose Tage in den nächsten vier Wochen dürften weder die davon berührten Eisenbahnen, noch die Industrien in der Aufrechthaltung ihrer Betriebe stören, zumal sie zum überwiegenden Teil und auch zu-nestandenermaßen über erhebliche Reservevorräte von Kohle verfügen. Die dadurch frei werdenden Mengen, deren Umfang auf etwa 600.000 Tonnen Kohle zu veranschlagen ist, würden zuzüglich des sonstigen Einlaufes von Hausbrandkohle vollkommen ausreichen, um die Bevölkerung vor der schlimmsten Einwirkung der Kälte zu schützen.

Die im heutigen Reichsgesetzblatte angekündigte Ministerialverordnung über Sparmaßnahmen bei der Beleuchtung und Beheizung wird, wenn sie unter der nötigen strengen Kontrolle durchgeführt wird, sicherlich zu einer bedeutenden Ersparung an Kohle führen. Auch sollte die Kohlenabgabe an Privatparteien ausnahmslos eine Regelung erfahren, indem nur ein bestimmtes Gewichtsausmaß abgegeben werden darf. Dies würde im Vereine mit einer raschen und ununterbrochenen Zufreisung der Kohle an die Kleinhändler sowie an die sonstigen Abgabestellen gewiß genügen, um uns über die kritische Zeit des Frostes hinwegzuhelfen. Was die Kohlenversorgung der Monarchie in der nächsten Zukunft anbetrifft, so wird man, soweit es möglich ist, an eine Erhöhung der Produktion durch Zuweisung qualifizierter Arbeiter, eventuell mit entsprechender Beschäftigung Jugendlicher und Frauen im Bergbau denken müssen. Voraussetzung eines bleibenden Erfolges wäre aber, daß die verfügbare und die neugewonnene Kohle rasch von den Gruben abtransportiert werden kann. Es wird auch die Frage zu erwägen sein, ob nicht eine Kohlenzentrale geschaffen werden sollte, die sich die Regelung des Verbrauches, ferner eine entsprechende Zuweisung der verfügbaren Kohle und Leerwaggons an die einzelnen Kohlenreviere angelegen sein lassen müßte.

Berner Bund
10./II. 1917

10
196

Einschränkung des Gaskonsums

Der frühere Aufruf vom 24. Januar abhin an unsere Abonnenten über die Notwendigkeit der Einschränkung im Gasverbrauch hat leider nur einen geringen Erfolg gezeitigt. Die Gesamtabgabe ist seither nur um 3,2 Prozent gegen die gleiche Periode des Vorjahres zurückgegangen, währenddem die Kohlenzufuhr — was wir entgegen anders lautenden Zeitungsnotizen ausdrücklich feststellen — spärlicher als je ausfällt; im Januar 1917 ist knapp die Hälfte der zur Vergasung gebrauchten Kohlen eingegangen, und seit Anfang Februar sogar bloß ein Siebentel. Unter solchen Umständen verringert sich naturgemäß der Kohlenvorrat rasch; ob die Zechen in der Lage sein werden, bei allen durch die Kriegslage bedingten Erschwerungen in der Gewinnung und Spedition in den nächsten Monaten genügende Mengen zu liefern, ist zum mindesten sehr ungewiß. Es ist deshalb ein elementares Gebot der Vorsicht, rechtzeitig (d. h. so lange es noch etwas zu sparen gibt) den Gasverbrauch aufs äußerste einzuschränken, damit ein völliger Unterbruch in der Versorgung, der namentlich für den Küchenbetrieb die denkbar schlimmsten Folgen haben müßte, vermieden werden kann. Die schweizerischen Gaswerke sind in Ausführung des Bundesratsbeschlusses vom 23. Januar 1917 übereingekommen, in ihren Versorgungsgebieten eine Konsumreduktion von insgesamt 25 Prozent durchzuführen.

Da der Verbrauch für die öffentliche Beleuchtung nur rund 6 Prozent der Gesamtgasabgabe ausmacht, so ergibt die jetzt durchgeführte Einschränkung auf die ganznächtigen Laternen eine Ersparnis von knapp 2¼ Prozent des Gesamtverbrauchs; ähnlich verhält es sich mit der privaten Beleuchtung; kann diese in den nächsten Monaten durch Einschränkung des einzelnen und allmählichen Uebergang zur Elektrizität durchschnittlich um 25 Proz. verringert werden, so ergibt sich hieraus bloß eine Ersparnis von 2—2½ Prozent (Theater und Kinematographen haben fast nur elektrische Beleuchtung; ihr Gasverbrauch ist verschwindend klein).

Eine wirksame Einsparung ist daher einzig auf dem gegenwärtig größten Konsumanteil, dem Koch- und Industriegas, das über 80 Prozent des Gesamtverbrauches ausmacht, möglich und deshalb müssen notgedrungen die Sparmaßnahmen auch auf diese Verwendungsart ausgedehnt werden.

Den außerordentlich vielgestaltigen Verhältnissen in der Verwendungsart des Gases in den einzelnen Haushaltungen kann allein durch Zugrundelegung der bisherigen Verbrauchsziffern, die alle variablen Momente in sich schließen, Rechnung getragen werden. Mehrere Städte haben nun ihren Gasabonnenten einen ohne Rücksicht auf die Konsumverhältnisse des einzelnen Verbrauchers einheitlich auf 25 Prozent bestimmten Abstrich gegenüber ihrem bisherigen Konsum auferlegt. Der Gemeinderat hat diesen Modus als für unsere Verhältnisse nicht angängig erachtet, sondern sich für eine Differenzierung in der Größe der vorzunehmenden Einschränkung nach der Höhe des Verbrauches entschieden, um hierdurch dem kleinen Abonnenten, für den eine Reduktion schwieriger zu erreichen ist, zu entlasten. Bei steter Aufmerksamkeit und Kontrolle ist, von offenkundigen Sonderfällen abgesehen, nahezu überall eine namhafte Einschränkung möglich, besonders bei den großen Konsumenten, bei denen nicht allein die Küche in Betracht kommt. Das bestätigen die anderwärts gemachten Erfahrungen.

Um empfindliche Härten in der Durchführung der Sparmaßnahmen zu vermeiden, wird die nach dem Gemeinderatsbeschluß allmonatlich zugemessene Gasmenge nicht nach dem Verbrauch im entsprechenden einzelnen Monat des Vorjahres, sondern nach dem Monatsdurchschnitts-Konsum im entsprechenden Quartal 1916 ermittelt und jedem Abonnenten je für den folgenden Monat auf der Monatsquittung (resp. Rechnung) zum voraus mitgeteilt. Auf diese Weise ist der Verbraucher in der Lage, sich fortlaufend über die ihm noch zustehende Gasmenge zu orientieren und seinen Konsum nach eigener Einsicht oder in Anlehnung an die praktischen Winke danach zu regeln.

Bern, 9. Februar 1917.

Direktion des
Gaswerks und der Wasserversorgung

Hamburger Fremdenblatt

10. II. 1917

1197

Hamburg.

Mahnung zur Kohlenersparnis.

Einer Zuschrift entnehmen wir folgende beherzigenswerte Mahnworte:

Wie draußen an der Front jeder Nerv, alle Kraft eines jeden einzelnen aufs äußerste angespannt ist, und wie sich jeder einzelne, vom General bis zum einfachen Soldaten, dessen bewußt ist, daß es jetzt „um das Ganze" geht, das soll uns „Kämpfern hinter der Front" als leuchtendes Beispiel vor Augen stehen. Die Front „draußen", sie wird jedem Ansturm trotzen. Aber damit ist es nicht getan, den Endsieg, den „deutschen" Sieg erringen wir nur, wenn auch die andere Front „hier bei uns" standhält. Auch uns stehen erbitterte Feinde gegenüber, allen voran Lebensmittelnot und Kälte, und an uns ist es, durch deren Niederkämpfung mit allen Mitteln den Endsieg gewinnen zu helfen. Der Lebensmittelnot suchen unsere Behörden bereits mit Macht entgegenzuwirken als dem grimmigsten Gegner. Aber nicht minder gefährlich ist die Kälte. Hier können und müssen wir selbst eingreifen. Der Anblick eines jeden frierenden Menschen muß ein Appell an unsere Menschenliebe sein, muß uns mahnen, daß es Mitmenschen gibt, auf die kein behagliches, durchwärmtes Heim wartet.

Laßt uns nicht einseitig den Kampf auf die Schultern unser vom Glück weniger begünstigten Mitmenschen laden! Laßt uns nicht, gleichsam wie aus einem Unterstand, aus durchwärmten Zimmern diesem Kampf zusehen, zusehen, wie schon des Morgens in aller Frühe Scharen von Frierenden, unzureichend gekleideten Frauen und Kindern, nachdem sie stundenlang auf ein paar Pfund Kohlen bei der Schute gewartet hatten, unverrichteter Dinge traurig mit den verschiedensten Transportmitteln, wie Kinderwagen, Eimern und dergl., ihren kalten Wohnungen zustreben. Alle, die noch eben vor Toresschluß eine größere Bestellung auf Kohlen untergebracht haben, müssen mit gutem Beispiele vorangehen, müssen, der kürzlich ergangenen Aufforderung des Generalkommandos folgend, ihren Bedarf auf das Notwendigste beschränken. Sie legen sich damit in Anbetracht der ernsten Zeit keine allzu harten Entbehrungen auf und werden dadurch in die Lage versetzt, die bestellte Menge auf die Hälfte zurückzuführen und so dem Staate ungeahnte Mengen zur Verfügung zu stellen. Es ist dies nicht nur ein Werk der Menschenliebe, sondern wir stärken dadurch unsere Front und leisten dem Vaterlande einen unschätzbaren Dienst. Das „Durchhalten" wird dadurch allen etwas leichter.

Neue Freie Presse
11./II. 1917

198

Die Bestrebungen zur Milderung der Kohlennot.

Von sachmännischer Seite.

Wien, 10. Februar.

Wenn man den Schwierigkeiten begegnen will, die sich gegenwärtig der Kohlenversorgung Wiens entgegenstellen, so muß man nach zwei Richtungen wirksam sein: Verteilung der Vorräte und Sicherung des Nachschubes. In erster Linie handelt es sich darum, die Kohlenmengen, die hauptsächlich auf dem Nordbahnhof liegen, möglichst rasch den Kleinhändlern und den Konsumenten zur Verfügung zu stellen und damit den dringendsten Hausbedarf der nächsten Tage zu decken. Es zeigt sich deutlich, daß alle Mahnungen, die im Sommer und im Spätherbst an die Bevölkerung ergangen sind, sich rechtzeitig mit Kohle zu versorgen und dort, wo es möglich war, Vorräte anzulegen, nur zum Teil befolgt wurden. Einzelne Haushalte haben zwar Kohle eingelagert, aber dann wieder den Fehler begangen, daß sie von diesen Vorräten zehrten, da sie glaubten, sie allmählich wieder auffüllen zu können. Die Möglichkeit, die angegriffenen Vorräte zu ergänzen, hat aber gefehlt und dadurch verstärkt sich jetzt die Kohlennachfrage. Ueberdies haben eine ganze Reihe von Firmen zu große Bestellungen für ihre Kundschaft übernommen, die sie infolge der Transportschwierigkeiten nicht so glatt erfüllen konnten, als sie selbst erwarteten. Die Kundschaft verließ sich darauf, daß die bestellte Kohle beim Eintritt kalter Witterung zur Ablieferung kommen würde, und als dies nicht der Fall war, erteilte sie anderen Firmen Aufträge, und dadurch erklärt es sich zum Teil, daß alle Kohlenhandlungen mit der Ausführung der Aufträge stark im Rückstand sind.

Die Maßnahmen, die über Initiative des Kaisers getroffen worden sind, werden es ermöglichen, die verfügbaren Kohlenvorräte rasch dem Konsum zuzuführen. Damit wächst aber auch die Gefahr, daß die Lager sich erschöpfen, wenn nicht alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um den Nachschub des Kohlenbedarfes zu sichern. Es genügt nicht allein, daß Kohle aus Oberschlesien herangeführt wird, sondern die vom Arbeitsministerium eingeleitete Aktion, böhmische Kohle in größeren Mengen für Wien anzufordern, muß und wird fortgesetzt werden. Wir können uns nicht bloß auf den Zuschub von Kohle aus Oberschlesien verlassen, sondern die heimischen Reviere müssen jedes Quantum zur Verfügung stellen, das sie abgeben können. Damit gelangt man aber auf das Gebiet des Transportwesens. Nur dann, wenn den Kohlengruben die von ihnen angeforderten Waggons zugewiesen werden, können sie in der Lage sein, Kohle nach Wien und an die Hauptkonsumzentren zu bringen. Es ist bekannt, daß im oberschlesischen Kohlenreviere Kohlenmengen von fast einer Million Tonnen liegen, die nur mangels genügender Waggons nicht dem Konsum zugeführt werden.

Es ist zu hoffen, daß die vorgeschrittene Jahreszeit den Frost brechen wird, und dann wird mit einem Schlage eine wesentliche Erleichterung in der Kohlenversorgung eintreten. Bis dies aber geschieht, muß die Forderung erhoben werden, daß mit Kohle gespart wird und daß jeder Haushalt, der über Kohle in den Kellern verfügt, jedes weitere Hamstern unterläßt, damit die Versorgung wirklich bedürftiger Konsumenten erleichtert wird. Die Gemeinde Wien hat die Kohlenabgabe in den letzten Tagen bedeutend dezentralisiert. Diese Organisation sollte weiter ausgebaut werden, denn sie wird es den Abnehmern erleichtern, sich die Kohle nach Hause zu bringen, zumal sie nur in einzelnen Fällen über Fuhrwerk zu einem längeren Transporte verfügen. Wir werden und müssen über die gegenwärtige kritische Zeit der Kohlenknappheit hinwegkommen. Solange sie aber andauert, kann nur die strengste Oekonomie dem einzelnen ans Herz gelegt werden.

Auch jene Industrien, die auf die ständige Zufuhr von Kohle rechnen, da sie einer begünstigten Gruppe angehören, müßten eventuell auf eine etwas schmälere Kost gesetzt werden. Sie verfügen vielfach über genügende Reserven, die es vertragen, daß sie vorübergehend angegriffen werden. Die Kohlenmengen, die auf diese Weise frei würden, fallen für die Zwecke des Hausbrandes erheblich ins Gewicht. Gestern wurde im Reichsgesetzblatte eine Ministerialverordnung verlautbart, welche weitgehende Einschränkungen in der Beleuchtung und Beheizung vorsieht. Es wird eine dringende Aufgabe aller maßgebenden Faktoren sein, darauf zu sehen, daß diese Verordnung nicht nur auf dem Papier steht, sondern tatsächlich zur Durchführung gelangt.

Die Zeit
11./II. 1917

199

— (Rege Aufschlußtätigkeit im österreichischen Kohlenbergbau.) Wie wir erfahren, zeigt sich in den österreichischen Kohlenrevieren gegenwärtig nicht nur eine große Nachfrage nach Kohlenfeldern, sondern es ist auch eine rege Aufschlußtätigkeit der Kohlenwerksunternehmungen wahrzunehmen, die bestrebt sind, die Förderung durch Neuaufschlüsse zu erhöhen. So erzielte die Oesterreichische Berg- und Hüttenwerks-A.-G. vor kurzem in der Gemeinde Peterswald in Schlesien neue Steinkohlenaufschlüsse, auf Grund deren sie bei der Bergbehörde um Verleihung neuer Grubenfelder eingeschritten ist. Der Aufschluß wurde am zweiten Förderhorizont des Habsburgschachtes in Peterswald erzielt. — Auch die Brüxer Kohlenbergbaugesellschaft betreibt im Ostrauer Revier eine rege Schurftätigkeit und hat neuerdings in einer Anzahl Gemeinden in Mähren Freischürfe auf Steinkohle angemeldet. — Im Mieser Revier wurden vor kurzem dem Westböhmischen Bergbauverein vier Doppelgrubenmaßen auf Steinkohle und der Englisch-Böhmischen Steinkohlengewerkschaft in Lana in der Gemeinde Rynholetz vier Doppelgrubenmaßen und zwei Ueberscharen, ferner drei Doppelgrubenmaßen auf Steinkohle in der Gemeinde Honic verliehen.

Österr. Volkszeitung
11./II. 1917

200

Wie die Kohlenversorgung vor sich geht.

Mitteilungen eines Funktionärs.

Ein hoher Funktionär einer Zentralstelle, in deren Wirkungskreis die Regelung des Kohlenverbrauches liegt, teilte folgendes mit:

Die Kohlenversorgung Oesterreichs geschieht durch die Kohlenversorgungskommission, die vor etwa zwei Jahren im Kriegsministerium gegründet wurde und der die Versorgung von ganz Oesterreich obliegt. Die Nordbahndirektion ist in dieser Kommission durch Delegierte vertreten. Der zweiten Zentralstelle, dem Handesministerium, obliegt die Preisregulierungsfrage; es handelt sich in erster Linie darum, unbegründeten Preissteigerungen zu begegnen. Eine weitere Instanz bildet die Zentraltransportleitung, die sich besonders in der letzten Zeit sehr bewährt hat, indem sie zur Dezentralisierung der Kohlenversorgung wesentlich beitrug. Seit Freitag dieser Woche gesellte sich dazu noch die Kohlenversorgskommission der Gemeinde Wien, an deren Spitze Bürgermeister Dr. Weiskirchner steht.

Die genannten Zentralstellen haben vor allem dafür gesorgt, daß nicht die gesamte Kohle auf die Nordbahnlager gelangt, da diese bei aller Leistungsfähigkeit dem Ansturm auf die Dauer doch nicht gewachsen wären; vielmehr sollen die anrollenden Waggons zum Teil auch nach den Kohlenrutschen der Nordwestbahn, Matzleinsdorfer Bahnhof, Vorgartenstraße, Engerthstraße und Ottakring gebracht werden; in den nächsten Tagen werden weitere Kohlenablagerungsplätze errichtet werden.

Die Direktion der Nordbahn ist Tag und Nacht bemüht, die Zufuhr von Tausenden von Waggons Kohle aus dem Ostrauer Revier zu ermöglichen. Wenn die Tat manchmal hinter dem Wunsch zurückbleibt, so sind vor allem die ungeheuren Transportschwierigkeiten schuld. Wir haben auf der mährischen Strecke beispielsweise am heutigen Tag Kältegrade von 23 bis 27 Grad, so daß die Züge neun- und zehnstündige Verspätungen erleiden.

Die Alimentierung der Kleinhändler, die auf Anordnung des Kaisers geschehen ist, wird die ärgsten Hindernisse überwinden. Durch Bereitstellung des notwendigen Arbeiterpersonals durch die Heeresverwaltung wird die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kohle auf einer Höhe gehalten, die es ermöglicht, den dieses Jahr außergewöhnlich strengen Winter zu überwinden.

Westungarischer Grenzbote 201

11. II. 1917

Einstellung des Gasabgabe in Pozsony.

In der gestrigen Nummer unseres Blattes berichteten wir, daß im Falle die für das Gaswerk nötige Kohlenmenge nicht bis in den Vormittagsstunden einlangt, **die Gasabgabe an Private vollständig eingestellt werden müsse.**

Dieser Fall ist nunmehr eingetreten und gestern in den Nachmittagsstunden wurden die Gasuhren in den Privatwohnungen ausgeschaltet. Der Magistrat übersendet uns folgende amtliche Mitteilung:

„Pozsony, 10. Feber.

Der städtische Magistrat beschloß, daß mit Rücksicht auf den Mangel an Steinkohle im Gaswerke im Interesse einer möglichen Sicherung des Betriebes mit heutigem Tage die Gasabgabe für Privatkonsumenten eingestellt wird; ausgenommen von dieser Maßnahme sind: die Volksküche und die Mittelstandsküche in der Redoute, ferner jene Privatkonsumenten, die ausschließlich nur mit Gassparherden kochen können."

Pester Lloyd 11/II. 1917

902

Die Kohlenfrage.

Budapest, 11. Februar.

Der Kohlenmangel, der in den letzten Tagen infolge der anhaltenden großen Kälte geradezu verhängnisvolle Dimensionen anzunehmen begann, hat endlich sämtliche Behörden in die Schranken gerufen. Der Hilferuf der Hauptstadt fand bei der Regierung Gehör, die nun mit Aufbietung aller ihrer Kräfte, ihrer ganzen Macht sich daran gemacht hat, den Kohlenmangel so rasch als möglich zu beheben und dieses sich immer unerträglicher gestaltende Uebel von der Bevölkerung der Hauptstadt abzuwenden. Es wurden alle Maßregeln getroffen, um eine ungestörte Kohlenzufuhr zu ermöglichen und den Kohlentransport zu beschleunigen, damit die hauptstädtische Bevölkerung sowie die kommunalen Betriebe, in erster Reihe die Gaswerke, innerhalb der kürzesten Zeit mit der nötigen Kohle versehen werden können.

In der höchsten Not hat auch die Militärbehörde eingegriffen, um bei der Bekämpfung des Uebels der Kohlennot nach Kräften behilflich zu sein. Gestern hat, wie wir erfahren, Militärkommandant v. Bogáth dem Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy telephonisch die Hilfe der Militärbehörde angeboten, die vom Bürgermeister mit um so größerem Dank angenommen wurde, als das Eingreifen der Militärbehörde auf direkten Wunsch des Königs erfolgte. Der Militärkommandant machte sich erbötig, der Hauptstadt je nach Bedarf 100 bis 150 Militärwagen samt den nötigen Pferden und der nötigen Bedienungsmannschaft zur Verfügung zu stellen, damit die Kohle, die jetzt, wie versichert wird, täglich in größeren Mengen in Budapest eintreffen wird, teils den Kaufleuten, teils dem konsumierenden Publikum unverzüglich zugestreift werden könne.

Die Wagen und Pferde der Militärverwaltung werden im Tattersall eingestellt und von dort zu den Kohlenrutschen der Bahnhöfe dirigiert. Ein Teil der Wagen wird nur für die Kaufleute zur Verfügung stehen, die übrigen aber für das große Publikum.

Die Zustreisung der Kohle mit Hilfe der Militärwagen wird dringend organisiert und das Publikum unverzüglich über alles Wissenswerte genau orientiert. Die Hauptstadt steht in fortwährender Verbindung mit der Militärbehörde, beziehungsweise dem Honvédministerium, wo Generalstabsmajor v. Dormándy den militärischen Teil der Kohlenaktion leitet.

Auch hinsichtlich der Deckung des Kohlenbedarfes der kommunalen Gaswerke, die ebenfalls im vitalsten Interesse der ganzen Bevölkerung von Budapest liegt, ist die Stimmung in den leitenden kommunalen Kreisen viel zuversichtlicher geworden.

— Die Gefahr ist groß, sagte ein höherer Beamter der hauptstädtischen Beleuchtungssektion unserem Mitarbeiter, doch werden wir sie hoffentlich mit Hilfe der Regierung und der Militärbehörde heil überstehen. Die Regierung hat uns die energischeste Unterstützung in Aussicht gestellt und versprochen, alles aufzubieten, damit die Gaswerke rechtzeitig die nötige Kohle erhalten und ihren Betrieb fortsetzen können. Es wurden bereits größere Kohlensendungen für die hauptstädtischen Gaswerke avisiert, und es ist alles getan worden, damit diese Sendungen rasch und glatt nach der Hauptstadt befördert werden. Wenn alles klappt, worauf wir begründete Hoffnung haben, werden den Gaswerken schon in zwei, drei Tagen größere Kohlenmengen zur Verfügung stehen; es handelt sich also nur mehr um wenige Tage, und diese kurze Zeit werden die Gaswerke noch überstehen. Sie werden eben ihre Reservevorräte in Anspruch nehmen müssen, die glücklicherweise noch für einige Tage ausreichen. Zur Einstellung des Betriebes der Gaswerke würden wir nur im alleräußersten Notfalle schreiten, der aber — wir sind davon überzeugt — nicht eintreten wird. Mit vereinten Kräften werden die Behörden hoffentlich eine so schwere Heimsuchung der Bevölkerung fernzuhalten wissen. Morgen mittag hält übrigens die Gasfabrikskommission eine Sitzung, in der über die Lage, sowie über die bereits getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen Bericht erstattet wird.

Neues Pester Journal

11./II. 1917

203

* **Drohende Einstellung des Gaswerkebetriebes.** Nach dem heutigen Stande der Dinge erscheint es als wahrscheinlich, daß die Gaswerke gezwungen sein werden, ihren Betrieb am Mittwoch einzustellen. Am gestrigen und heutigen Tage sind keine Kohlen angekommen und die Gasproduktion wurde ausschließlich aus den geringen Reserven bestritten. Wohl haben der Ministerpräsident und der Minister des Innern nach Wien energische Botschaften gesendet, doch scheinen dieselben wenig Erfolg zu versprechen. Die Direktion der Gaswerke trifft alle Vorbereitungen zur Einstellung des Betriebs. Die hierauf bezüglichen Drucksachen sind bereits fertiggestellt und soferne im Laufe des morgigen Sonntags keine greifbaren Anzeichen dafür sich einstellen, daß der Kohlenbedarf der Gaswerke sichergestellt sei, gelangen die auf die Betriebseinstellung bezughabenden Plakate am Montag zur Affichirung. Die Plakate werden auch die Verhaltungsmaßregeln für das Publikum enthalten. Die Abgabe von Gas muß ehestens eingestellt werden, weil die Gaswerke sich aus Betriebsrücksichten ihrer Kohlenreserven nicht gänzlich entblößen können. Soll die ganze Röhrenleitung nicht schadhaft werden, muß sie auch dann unter Druck gehalten werden, wenn kein Gas abgegeben wird. Dies erfordert wieder, daß die Gasöfen unter Feuer gehalten werden, die aber auch nicht auskühlen dürfen. Tritt dieser Fall ein, so währt es drei Wochen, ehe der Betrieb in den Werken wieder aufgenommen werden kann. Für diesen Zweck muß eine allerdings verhältnißmäßig minimale Kohlenmenge in Reserve gehalten bleiben. Sollte es zur Einstellung der Gasabgabe kommen, so wird die Direktion die Gasuhren absperren. Dieser Umstand allein aber bietet noch keine genügende Sicherheit, vielmehr empfiehlt es sich, daß die Haushaltungen und Betriebe, die Gas verwenden, jeden einzelnen der Hähne an den Beleuchtungskörpern fixiren, was auch in der Weise geschehen kann, daß der Hahn mit Draht oder auch einer Schnur so niedergebunden wird, daß er unbeweglich wird.

Neue Freie Presse
11./II. 1917

204

Kohlensparmaßregeln bei Hofe.

Wien, 10. Februar.

Parallel mit der Initiative des Kaiserpaares, die Not der Bevölkerung Wiens während des ungewöhnlich strengen Frostes zu lindern, wurden auch an die Hofämter Weisungen erteilt, in ihrem Wirkungskreise so weit als tunlich Sparmaßregeln zu ergreifen und den Verbrauch von Brennmaterial einzuschränken, damit möglichst viel der in Wien verfügbaren Kohle der Bevölkerung zur Verfügung stehe.

In sofortiger Ausführung dieser Weisungen haben die verschiedenen Hofämter ihre Verfügungen bereits getroffen. Wenig benützte Zimmer in der Hofburg und im Schönbrunner Schloß werden jetzt nicht geheizt und man beschränkt sich, die Tätigkeit in verhältnismäßig wenigen Räumen zu konzentrieren. Damit entfällt natürlich auch die Beleuchtung dieser Zimmer. Das gilt sowohl für die Wohnräume des Herrscherpaares als für die in der Burg und in Schönbrunn untergebrachten Aemter.

In der Menagerie, wo es sehr viele Tiere gibt, die sonst im Winter in stark geheizten Räumen untergebracht sind, wurden förmliche Massenquartiere errichtet. So weit es nur möglich ist, wurden Käfige evakuiert und Tiere zusammengesperrt, Vögel in gemeinsamen Volièren untergebracht. Die Menageriedirektion ist hiebei bis an die Grenze des Möglichen gegangen.

Eine ähnliche Maßnahme wurde im Palmenhaus und in den Warmpflanzenanlagen getroffen. Die Temperaturen daselbst wurden um vier Grade gegen die sonst durch Heizen erreichten herabgesetzt, und so weit reduziert, daß bei weiterer Herabsetzung geradezu eine direkte Gefahr für das kostbare Material bestünde.

Die durch diese Maßnahmen erzielten Ersparungen sind ziemlich wesentlich und der Verbrauch der Hofhaltung an Heizwerten ist auf diese Weise stark eingeschränkt. So ist es möglich geworden, die Nachschübe an Heizmaterial wesentlich zu restringieren und die Lager Wiens zu entlasten.

Arbeiterzeitung
12./II. 1917

706

Die Kohlennot in Wien.

Es hätte nicht so kommen müssen, wie es gekommen ist, ja es hätte gar nicht so kommen dürfen. Wenigstens die Hauptstädte sind bisher von solchen Maßnahmen wie sie von morgen an über Wien verhängt werden sollen, verschont geblieben: Es ist außerordentlich bedauerlich, daß das Drängen der städtischen Verwalter auf rechtzeitige Anlieferung von ausreichenden Kohlenmengen nicht Beachtung fand. Budapest, das von uns die Kohlen bezieht, hat noch genug Kohlen, Berlin schränkt seinen Straßenbahnverkehr nicht ein, es verstärkt ihn im Gegenteil, wie es ja auch bei uns den Bedürfnissen entspräche. Nur Wien ist wieder das Stiefkind der Mittelmächte.

Es wird in der heutigen Gemeinderatssitzung darum auch festzustellen sein, ob Wien wirklich rechtzeitig vorgebaut, das heißt an allen maßgebenden Stellen rechtzeitig enthüllt hat, welche Not und Gefahr droht; gelingt dies der verantwortlichen Verwaltung, dann wird sich der Gemeinderat wohl zu einer unzweideutigen kräftigen Abwehr dieser . . . Behandlung Wiens zusammenfinden.

Darüber hinaus freilich wird der Gemeinderat das Unabänderliche als gegeben hinnehmen und darum trachten müssen, alles vorzukehren, was diesen Notstand zeitlich einschränkt und was geeignet ist, ihn zu mildern. Mit der Einstellung des Straßenbahnverkehrs von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags ist Wien nicht einverstanden. Es bringt eine völlige Umwälzung in dem Leben von Hunderttausenden hervor. Wo und wann sollen die Hunderttausende Arbeiter, Beamte und Bedienstete aller Art Mittag essen? Sie können nicht in die öffentlichen Küchen, Wirtshäuser und Kaffeestuben gehen, erstens weil sie kein Geld dazu haben, dann aber, weil alle diese Wirtschaften diesem Ansturm nicht gewachsen sind. Sollen sie nun hungern? Da muß zweierlei geschehen: Entweder es wird ein Straßenbahnverkehr auch über Mittag aufrecht erhalten oder aber, wenn dies wirklich nicht möglich ist, dann muß heute noch die Arbeitszeit in allen Betrieben und Geschäften so verlegt werden, daß durchgearbeitet wird. Nur eine kleine Pause ist mittags im Betrieb einzuschieben. Der Schluß der Arbeit hat dann entsprechend früher einzutreten. Außerdem müssen die Betriebe in aller Eile für geeignete Eßräume für die Ruhepause vorsorgen.

Gehen solche Maßnahmen mit der Verkehrseinschränkung nicht Hand in Hand, so müssen sie notwendig Störungen im ganzen öffentlichen Leben und in der Arbeit nach sich ziehen, die aus der Unannehmlichkeit für den einzelnen ein öffentliches Unglück gestalten. Der Gemeinderat muß sich heute seiner vollen Verantwortung bewußt sein und handeln.

Etwas gemildert ist die Lage durch die Milderung der Kälte, die gestern eingetreten ist. Sie gibt uns wenigstens einigermaßen Hoffnung, daß die rasche Anlieferung von Kohlen binnen wenigen Tagen möglich sein wird, daß die Störung nicht von Dauer sein wird. Der Wärmemesser ist gestern morgen bis auf vier Grad unter Null gestiegen und im Laufe des Tages wurde sogar schon ein Wärmegrad auch im Außengelände der Stadt erreicht. Heute morgen verzeichnete der Wärmemesser zwar wieder 4 Grad unter Null, aber wie der Tag ansetzt, ist zu hoffen, daß sich dieselben Erscheinungen wie gestern wiederholen werden. Es wird tagsüber wieder wärmer werden und damit wird die Verschärfung des ganzen Zustandes durch die mangelhafte Straßensäuberung von der Natur selbst etwas gemildert werden.

Hand in Hand mit den öffentlichen Maßnahmen zur raschesten Wiederherstellung des Straßenbahnverkehrs müssen die Maßnahmen gehen, die dahin abzielen, daß der häusliche Herd nicht kalt bleibe. Etwas ist gestern schon in der Richtung geschehen. Auf den Kohlenrutschen in der Nordbahn war der Verkauf bis 6 Uhr abends offen und Hunderte von Proletariern nützten den Sonntag, um sich an dieser Stelle Kohlen zu sichern. Mit allerlei Handfuhrwerk, Schlitten und Karren kamen sie angerückt und standen geduldig stunden- und stundenlang, bis an sie die Reihe kam, damit auch ihnen die Kohlen zugewogen werden. Sie nahmen alle diese Plagen auf sich, nur von dem Wunsche geleitet, den Herd daheim nicht erkalten zu lassen. Der Krieg hat wahrlich genug getan zur Zerstörung des Familienlebens, wenn auch noch der Herd kalt wird, dann ist auch der letzten Vortäuschung des Familienlebens der Rest gegeben. Außerordentlich wichtig ist auch, daß darauf gesehen werde, daß die Sammelräume in denen sich Kinder aufhalten, geheizt bleiben. Alle die Horte, die jetzt in Wien sind, sind für Tausende von Kindern die einzigen Stellen, wo sie auch Wärme haben können. Insbesondere jene Kinder bedürfen jener Wärme, denen die Wärme in den Schulen nicht mehr gegeben wird.

Wenig reden, bewußt und vernünftig handeln, das sei die Losung des Tages.

Der Morgen

12. II. 1917

207

Geschäftsstelle der k. k.
Klassenlotterie
Die Ziehung der III. Klasse beginnt bereits am 13. u. 15 Februar. Versäumen Sie nicht die Erneuerung der Lose.

Kohle.

Die außergewöhnliche Kälte und die unerwartete Länge des Frostes haben zu einer beunruhigenden Notlage geführt. In allen kriegführenden Staaten wird dieselbe empfunden und Maßnahmen, wie Schließung der Schulen, der Vergnügungslokale, Beschränkung der öffentlichen Beleuchtung und dergleichen mehr charakterisieren mit seltener Gleichheit die Situation der Städte innerhalb und außerhalb unserer Waffengrenzen. Bei uns in Wien wird in den letzten Tagen infolge eines kaiserlichen Machtwortes mit einer nie gekannten Intensität an der Behebung der Kohlenmisere gearbeitet. Vor allem konzentriert sich das Interesse auf die rasche Verteilung der in Wien am Nordbahnhof und dessen Umgebung lagernden Kohlenbestände. Die Fehler, die in Friedenszeit so oft besprochen wurden und auf die wir immer wieder erfolglos aufmerksam gemacht haben, werden jetzt empfindlich fühlbar: Es mangelt nämlich in Wien an der entsprechenden Dezentralisation der Kohlenlager! Im Herbst 1915 hat die „Rohö" der Gemeinde in schriftlicher Form die Bitte unterbreitet, für die Adaptierung von Kohlenlagerplätzen an der Peripherie der inneren und äußeren Bezirke Vorsorge zu treffen und dieselben mit Rücksicht auf die Linien der Straßenbahn zu wählen. Wir baten, daß im Sommer durch die Straßenbahn die Kohle von der Nordbahn auf diese Lagerplätze verteilt werden möge. In beschränktem Maße, in weit geringerer Anzahl als wir es verlangt haben, wurden solche Lagerplätze auch tatsächlich angelegt, deren Vermehrung aber unter Hinweis darauf, daß sie von der Bevölkerung nicht entsprechend ausgenützt würden, abgelehnt. Wie gut wäre es heute, wenn wir recht viele solcher gefüllter Lagerplätze hätten, statt der mit Kohlen verstopften, daher verkehrsschwierigen Nordbahn; statt der, die Geleise verlegenden, nicht weiter dirigierbaren gefüllten Kohlenwaggons!

In der gleichen Eingabe hat die „Rohö" die Einstellung von geaichten Körben für den Abtransport der Kohlen an Stelle der im Krieg nicht mehr herstellbaren Säcke verlangt und wieder beweist es die Entwicklung der Dinge, daß es für die Konsumenten eine große Erleichterung wäre, wenn damals die Verfrachtung mit den Kohlenkörben organisiert worden wäre. Wir sprechen die Überzeugung aus, daß die Kohlennot eine schwere Verschärfung dadurch erfahren hat, daß viel zu wenig Verteilungsapparate in Betrieb sind. So ist z. B. die „Rohö" in der Kohlenversorgung seit Monaten ausgeschaltet. Sämtliche Ansuchen um Beistellung von Waggons, die die „Rohö" seit September an die zuständigen Stellen gerichtet hat, sind bis heute unerledigt geblieben und während die Rutschen mancher Kohlenhändler, so überfüllt sind, daß sie die Kohlen gar nicht zu fassen vermögen, und daß Waggons angefüllt auf den Geleisen stehen, stehen, die Rutschen der „Rohö" seit Monaten fast leer. Die „Rohö", die die Kohlen, solange sie welche vom staatlichen Bergamte erhalten hatte, zum Selbstkostenpreis an ihre Mitglieder weitergab (der Preis war 5 Kronen 50 Heller per 100 Kilogramm, zugestellt ins Haus,

[illegible] den Hintergrund geschoben.

Wir, die wir aber die Kontrolle der Preisbildung, der Verteilung in Wien und des Nachschubes aus den Gruben immer als unsere Pflicht ansehen, haben auch auf diesem Gebiete versucht, die Rechte der Konsumenten geltend zu machen. Als die Tariferhöhung in der durchschnittlichen Höhe von 35 Hellern per Meterzentner für die Verfrachtung der Oberschlesischen Steinkohle nach Wien die Kohlenhändler veranlaßte, beim Handelsministerium um die Erlaubnis anzusuchen, eine im gleichen Ausmaße sich bewegende Preiserhöhung für die Oberschlesische Kohle vornehmen zu dürfen, haben die Konsumenten, vertreten durch die Kriegskommission, eine Eingabe an das Handelsministerium gerichtet, in der allgemeinen Notlage der Bevölkerung diese Preiserhöhung nicht allein auf die Verbraucher, sondern wenigstens teilweise auch auf die Kohlenhändler und Produzenten übertragen werden. Die Folge dieser Eingabe war, daß das Handelsministerium noch in letzter Stunde vor Bewilligung der Preiserhöhung eine Sitzung einberief, in welcher außer den vollzählig erschienenen Interessenten, den Kohlenhändlern, und den Vertretern des Arbeits- und Handelsministeriums sowie der Nordbahndirektion, auch den Verbrauchern eine Stimme eingeräumt worden war. Die Eingabe der Kriegskommission wurde abgelehnt. Es wurde erklärt, daß die Kalkulation der Kohlenhändler unter der Kontrolle des Handelsministeriums stehe und daß der Gewinn der Kohlenhändler per Meterzentner knapp bemessen ist und daß die weniger leistungsfähigen Firmen, die nur über einen kleinen Umsatz verfügen, nicht imstande wären, eine derartige Tariferhöhung auch nur teilweise zu tragen. Wie groß der Jahresgewinn derjenigen Firmen ist, die einen Umsatz von mehr als 30 Waggons täglich zu verzeichnen haben, wurde nicht ausgesprochen. Auch der Vorschlag der Konsumenten-Vertreterin — es war namens der Kriegskommission die Präsidentin der „Rohö", Frau Helene Granitsch anwesend — analog der Zuckerpreisbildung die erhöhten Kosten auf jene Kontingente der Kohlenlieferungen zu überwälzen, die für Industrie und Armee bestimmt sind, und die Hausbrandkohle von der Erhöhung frei zu halten, fand keine Zustimmung. Wohl aber wurde der Antrag der Konsumentenvertreterin bezüglich der Verrechnung jener Mengen Kohlen, die vor Eintritt der Tariferhöhung in Wien eingetroffen sind und auf den Nordbahnrutschen lagern, in eingehende Erwägung gezogen. Die Kohlenhändler werden verpflichtet, die Summe Geld, die sich aus dem vom 5. Februar angefangenen erhöhten Verschleißpreise für jene Kohlenmengen ergibt, die sie vor der Tariferhöhung, daher noch billiger übernommen haben, an das Handelsministerium abzuliefern, damit diese Summe zugunsten der Kohlenverteilung an die Bevölkerung Wiens die entsprechende Verwendung finde. Nachdem bei einzelnen Kohlenhändlern erwiesenermaßen in den letzten Tagen vor der Preiserhöhung der Absatz außerordentlich gering war (es sei erklärt, daß dies nur bei einigen Wenigen beobachtet wurde), so dürfte dieser Beschluß eine einschneidende Wirkung haben und eine erkleckliche Summe ergeben. (Jedenfalls mehr als 120.000 Kronen.)

Wenn auch der Wunsch der Konsumenten nach Abbau der Preise in der Richtung, daß allgemeine Spesen wie Tariferhöhungen und höhere Produktionskosten nicht allein vom Konsumenten getragen, sondern auch auf Händler und Produ-

Pester Lloyd 12. II. 1917

Die Kohlenfrage.

Budapest, 11. Februar.

Das Eingreifen der Militärbehörde in den Kampf der Zivilbehörden gegen das drückende Uebel des Kohlenmangels hat in den Kreisen der Bevölkerung lebhafte Befriedigung hervorgerufen. Der Energie der Behörden wird es mit der unschätzbaren Unterstützung von seiten des Militärs nunmehr zweifellos gelingen, den Kohlenmangel erheblich zu mildern und dadurch dem kritischen Zustand ein Ende zu bereiten. Der Uebelstand des Mangels an den zur Zustreifung der Kohle nötigen Fuhrwerken erscheint, dank der Intervention des Militärs, behoben und nur die großen Schwierigkeiten des Eisenbahntransports müssen noch beseitigt werden, damit die für Budapest bestimmten Kohlensendungen rechtzeitig hier eintreffen. Die von der Regierung sowohl in der vorgestrigen Enquete als auch in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses in Aussicht gestellten Maßnahmen werden hoffentlich auch die erwähnten Schwierigkeiten aus dem Wege räumen. Das Publikum muß sich also nur noch ganz kurze Zeit in Geduld fassen; noch im Laufe dieser Woche dürften bedeutende Kohlensendungen, die schon unterwegs sind, in der Hauptstadt eintreffen und, da für die Zustreifung der Kohle vorgesorgt ist, wird die Bevölkerung bald über das Schlimmste hinweg sein. Bis zum Eintreffen dieser Kohlensendungen müssen die in den Rutschen befindlichen Kohlenvorräte aushelfen, zu denen die Kohlenhändler infolge Mangels an Fuhrwerken bisher nicht gelangen konnten. Dank dem Eingreifen des Militärs werden nun auch diese Kohlenvorräte ohne Schwierigkeit den Kaufleuten zugeführt werden können.

Die Zustreifung der Kohlenvorräte, die in den Bahnhöfen aufgestapelt sind, beginnt schon morgen früh. Sie ist heute nachmittag in einer Sitzung der volkswirtschaftlichen Sektion des Magistrats unter Führung des Leiters dieser Sektion Magistratsrats Dr. Emil Vita organisiert worden. An der Sitzung nahmen teil: der Beamte des Nordbahnhofes Beck, in Vertretung der Polizeibehörde Konzipist Dr. Köcsky, der Direktor der hauptstädtischen Fuhrwerksanlage Dr. Gattein, der Direktor des Tattersall Gál u. a. Es wurde folgendes beschlossen: In jedem Kohlenbahnhof werden hauptstädtische Organe die Aktion der Zustreifung leiten. Diese Organe begeben sich schon morgen zeitlich früh auf ihre Posten mit einer Anzahl von Fuhrwerken, die bereits morgen früh von der Militärbehörde zur Verfügung gestellt werden. Die behördlichen Funktionäre haben in erster Reihe dafür zu sorgen, daß die Kohlenkleinhändler mit Kohle versehen werden; die mit Kohle beladenen Fuhrwerke werden daher vor allem nach den Depots der Kleinhändler dirigiert. Nach Möglichkeit wird man auch selbstverständlich die Ansprüche des großen Publikums berücksichtigen. Falls die Organe der Hauptstadt weiterer Fuhrwerke bedürfen sollten, werden sie sich telephonisch an den Vertreter der Militärbehörde im Tattersall Rittmeister Bérczy wenden, der ihnen sofort die nötigen Wagen und Bedienungsmannschaften zur Verfügung stellen wird.

Damit die militärischen Fuhrwerke gehörig ausgenützt werden können, das heißt, damit die Kohlenvorräte der Rutschen sich nicht so bald erschöpfen, ist Magistratsrat Dr. Emil Vita, der mit anerkennenswerter Umsicht und mit unermüdlichem Eifer arbeitet, um der Aktion einen möglichst großen Erfolg zu sichern, an die Direktion der kön. ung. Staatsbahnen mit dem Ersuchen herangetreten, die in den Nachbarstationen befindlichen Kohlenvorräte so rasch als möglich nach den Budapester Bahnhöfen bringen zu lassen. Die Direktion der Staatsbahnen versprach, nach Möglichkeit für die rascheste Zufuhr dieser Kohlenvorräte zu sorgen.

Die Kohlenverteilungskommission hat zur Regelung des Kohlen- und Holzhandels mehrere Verfügungen getroffen, wovon der Magistrat in folgender Kundmachung das Publikum verständigt:

Die Landes-Kohlenverteilungskommission hat angeordnet, daß — vorläufig — in den nächsten 14 Tagen auf dem Gebiete der Hauptstadt die Kohlengroßhändler ganze Kohlenfuhren nur an Kleinkaufleute, öffentliche Institutionen, Industrieanlagen und für mit Zentralheizung versehene Häuser liefern dürfen; Privathaushaltungen können auf einmal höchstens zehn Meterzentner Kohle kaufen. Brennholz in ganzen Fuhren darf ebenfalls nur an Kleinhändler, öffentliche Institutionen und Industrieunternehmungen geliefert werden; Privathaushaltungen erhalten nicht mehr als fünf Meterzentner auf einmal. Die Kleinhändler dürfen das Holz in Rationen von höchstens 25 Kilogramm verkaufen.

Die Kohlenverteilungskommission hat der Hauptstadt 40 Waggons ungarischer Kohle pro Tag zur Verfügung gestellt; sobald diese Kohle hier eingetroffen ist, wird sie der Magistrat unverzüglich teils unmittelbar, teils aber durch die Großhändler, die die Zustreifung der Kohle übernommen haben, den Kleinhändlern zur Verfügung stellen, die verpflichtet sind, die Kohle, sowie das Brennholz, das sie von den Großhändlern erhalten, im Detail dem Publikum zu verkaufen.

Von morgen an wird der Magistrat den Kleinhändlern und dem großen Publikum durch Einstellung von Militärfuhrwerken die Zustreifung erleichtern. Die Zustreifung der in den Kohlenbahnhöfen (in dem Nord- und im Josefstädter Bahnhof) gekauften Kohle mit Hilfe der vom Militär zur Verfügung gestellten Fuhrwerke werden die in den Bahnhöfen befindlichen Delegierten der Hauptstadt leiten.

Die Kohlenversorgung des Balkan.

Von einer mit dem Gang der Verhandlungen über die Gründung der Balkan-Kohlenhandels-A.-G. vertrauten Persönlichkeit erhalten wir die folgenden Mitteilungen:

Bei dem Problem der Versorgung des Balkan mit Kohle hat die oberschlesische Kohlenindustrie von vornherein einen, wenn man so sagen darf, Idealzustand angestrebt, indem man, was ja auch gelungen ist, alle Reviere der verbündeten Staaten, die für die Bedienung der Kundschaft auf dem Balkan und in der Türkei in Frage kommen, unter einen Hut gebracht hat. Man will dadurch erreichen, daß die Schwierigkeiten und Arbeiten eines Konkurrenzkampfes, der sonst im allgemeinen im Kohlengeschäft mehr oder weniger zutage tritt, vollständig ausgeschaltet werden, und so von Anfang an in friedlicher gemeinsamer Arbeit der Kohlenbedarf der betreffenden Länder zu befriedigen gesucht wird. Das ist die Grundidee der ganzen Transaktion, die sich natürlich erst in den Anfängen der Verwirklichung befindet, die aber immerhin schon insoferne praktisch in die Erscheinung getreten ist, als die verschiedenen Kohlen-Großhändler, wie schon berichtet, nur durch diese eine Verkaufsstelle ihre Produkte nach dem Balkan verkaufen und liefern. Man darf wohl erwarten, daß auch für die Kohlenverbraucher auf dem Balkan und in der Türkei diese Zentralisierung insoferne von Vorteil sein wird, als jeder Abnehmer weiß, welches die direkte Einkaufsstelle für Kohle ist und so nicht in die Gefahr gerät, soferne er die Situation des Kohlenmarktes nicht voll beherrscht, seinen Bedarf zu überflüssig hohen Preisen decken zu müssen. Die Abnehmer auf dem Balkan sollen nicht den hohen Zwischennutzen eines illegitimen Handels zu bezahlen haben. Man darf wohl sagen, daß die Verwirklichung der Idee des Generaldirektors der Ungarischen allgemeinen Kreditbank, Adolf v. Ullmann, das Balkangeschäft in Kohle auf eine gesunde Grundlage gestellt hat.

Der Export an oberschlesischer Kohle nach den Balkanländern betrug vor Ausbruch des Krieges im Jahre 1913 rund gerechnet bloß 45.000 Tonnen gegenüber einem Import der englischen Kohle von 30 Millionen Meterzentnern. Die durch den Krieg, insbesondere durch den Erfolg der U-Boote, herbeigeführte Verringerung des englischen Schiffsraumes läßt erwarten, daß auf viele Jahre hinaus ein Zurücksinken der Frachtraten auf die Höhe der letzten Friedensjahre nicht zu gewärtigen ist. Man ist allerdings nicht unterrichtet über die Politik des englischen Kohlenhandels nach dem Kriege. Man weiß nicht, ob England nach dem Kriege überhaupt nach dem Balkan ausführen wird; ob es den Balkan als Ausbruchsventil wird erhalten und daher zu fabelhaft niedrigen Preisen seine Waren dorthin wird werfen wollen, oder aber ob der englische Kohlenhandel vorerst auf das Balkangeschäft Verzicht leisten wird, um erst in einem späteren Zeitpunkte wieder mit voller Wucht an die Wiedereroberung dieses Absatzgebietes zu schreiten. Das sind, wie gesagt, Geschmacks- und Gewissensfragen des englischen Kohlenhandels, die sich heute nicht beantworten lassen. Immerhin nimmt man an, daß die Konkurrenz der englischen Kohle vor allem mit Rücksicht auf die Frachtraumnot zu Anfang der kommenden Friedenszeit nicht in dem bis vor Ausbruch des Krieges eingeschlagenen Tempo einsetzen wird, zumal England nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern auch für den Bedarf der staatlichen und privaten Betriebe seiner Alliierten auf Jahre hinaus die englische Produktion voll in Anspruch nehmen wird. Und solange diese Nachfrage anhält, dürfte der englische Kohlenhandel wohl kaum ein Interesse daran haben, für seine Erzeugung auch in jenen Gebieten Absatz zu suchen, die nur bei billigem Schiffsraum und bei billigen Preisen zu erobern sind.

Das Königreich Bulgarien kommt, was hier betont werden soll, bei dieser neuen Aktion weniger in Betracht, vielleicht gar nicht, da es ja, wie kürzlich gemeldet wurde, daran ist, seine Kohlenproduktion sehr wesentlich zu steigern und in der Lage war, während des Krieges seinen eigenen Bedarf auch aus Eigenem zu decken. Bis zum Kriegsausbruch hatte dort die Cardiff-Kohle das Hauptkontingent der Einfuhr geliefert. Sie fand aber schon damals in der deutschen und österreichischen Kohle, deren Einfuhr begann, eine ernstliche Konkurrenz.

In Rumänien hat die Kohleneinfuhr einschließlich des Bezuges der Staatsbahn in den letzten Jahren mehr als 3,500.000 Meterzentner betragen, wovon etwa 200.000 Meterzentner auf Oesterreich-Ungarn (150.000 Meterzentner Zsilthaler und der Rest Ostrauer Kohle) entfielen. Oberschlesien war gegenüber Ostrau im Vorteil, da der Kohlenpreis in Oberschlesien billiger als im Ostrau-Dombrauer Revier, der Frachtsatz aber identisch war. So fielen die meisten Aufträge der deutschen Kohlenindustrie zu. Im Jahre 1914 bezog die rumänische Staatsbahn je 800.000 Meterzentner Cardiff- und westfälische Kohle.

Auch Griechenland bezog bis zum Kriegsausbruche den größten Teil seines Bedarfes an fremder Kohle — 1913: 393,42 Millionen Oka = rund 503.600 Meterzentner — aus England. Von diesen 393,42 Millionen Oka kamen schon 370,46 Millionen Oka aus England und 20,42 Millionen Oka aus Deutschland.

Man hört im Publikum auch die Frage, ob die Versorgung Oesterreich-Ungarns, soweit diese in preußisch-schlesischer Kohle erfolgt, durch die Pflege des neuen Absatzgebietes seitens der in der Balkan-Handelsgesellschaft vereinigten oberschlesischen Kohlenlieferanten nicht insofern beeinträchtigt werden könnte, als dieses Balkangeschäft zweifellos einen nennenswerten Teil der oberschlesischen Kohlenproduktion in Anspruch nehmen dürfte. Diese Besorgnis kann man wohl als vollkommen unbegründet ansehen, denn es ist selbstverständlich, daß die Vernachlässigung des österreichisch-ungarischen Absatzgebietes, das für das preußisch-schlesische Kohlenrevier als natürliches Absatzgebiet betrachtet werden kann, nicht im Interesse des preußisch-schlesischen Kohlenreviers gelegen sein kann. Diese Meinung kann man um so eher

Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 2. August.

Agitation für Verstaatlichung der Kohlengruben in England.

Schon wiederholt ist die Uebernahme des ganzen Bergbaues durch den Staat empfohlen worden, in Deutschland wie in Oesterreich und in England. Anlaß zum Wiederaufleben dieser Verstaatlichungsagitation ergab sich vor allem schon bei längerer Dauer und größerer Ausdehnung von Streiks der Grubenarbeiter, ferner bei Erhöhungen der Kohlenpreise. Für die Grubenverstaatlichung führte man an, der Staatsbetrieb wäre berufen, die Lage der Grubenarbeiter zu verbessern, den Betrieb zu verbilligen und durch eine auf sozialwissenschaftlicher Grundlage aufgebaute Preispolitik auch dem Kohlenverbraucher mehr Schutz für dessen Kohlenversorgung zu bringen. In England ist die Agitation für die Grubenverstaatlichung nun abermals erwacht. Vor allem aus Erwägungen, die mit den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz zusammenhängen, dann aber auch aus staatsfinanziellen Rücksichten. In einem ausführlichen Aufsatze des „New Statesman" wird der von den Fabians angeregte Plan der Verstaatlichung der Kohlenbergwerke besprochen. Bei den Fabians handelt es sich bekanntlich um eine englische sozialistische Gruppe, auf deren Programm selbstverständlich die Verstaatlichung aller Produktionswerte steht. Aber von Bedeutung ist es jedenfalls, daß der „New Statesman" sich mit dem Projekt in recht zustimmender Weise beschäftigt. In der Besprechung des letzteren Blattes heißt es, wie der „Berl. Börsen-Courier" berichtet, unter anderem: Auf der Pariser Wirtschaftskonferenz im Juni haben die Verbündeten sich einverstanden erklärt, für einander vor allen anderen Ländern ihre Bodenschätze während des ganzen Zeitraums des Wiederaufbaus von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Seehandel nach dem Kriege zu bewahren. Nun ist unter den Naturschätzen Englands der größte — seine Kohle. Soll diese den Verbandsgenossen vorbehalten werden, so ist es klar, daß sie zunächst für England selbst bewahrt werden muß. Bisher jedoch sind die englischen Kohlenfelder — der bedeutendste materielle Wert des Landes — durch Privatkapitalisten ausgebeutet und keiner Einschränkung oder Ueberwachung unterworfen worden. In Zukunft muß dieser Wirtschaftszweig notwendigerweise in weitem Maße der Ueberwachung der Regierung unterworfen sein. Der Krieg hat dafür bereits weitreichende Präzedenzfälle geschaffen.

Nach dem Kriege werden wir nicht mehr imstande sein, jede Fabrikindustrie mit Kohlenpreisen zu belasten, die durch verschwenderische Methoden der Förderung und Verteilung unnötig in die Höhe getrieben sind. Auch werden wir uns als Haushaltungsvorstände weigern, uns für Kohle mehr berechnen zu lassen, nur weil der Winter herannaht. Soll es nicht möglich sein, daß ein Kohlenministerium die gesamte Förderung und den Transport der Kohle übernimmt, und daß die Stadtverwaltungen die Haushaltkohle an alle Haushaltungen zu einem bestimmten einheitlichen Preise verteilen, der dann ebensowenig erhöht werden darf, wie der für Briefmarken?

Dieser Plan einer Kohlenversorgung der Oeffentlichkeit durch die Regierung und die Stadtverwaltungen ist durch das „Fabian Research Departement" zum Gegenstand von Studien gemacht worden, deren Ergebnisse soeben in dem Buche „How to pay for the War" enthalten sind. Danach scheint es, als ob alle Kohlenbergwerksbesitzer und alle Empfänger von Pachtzinsen aus Kohlenländereien, will man ihnen den vollen Börsenpreis ihres Eigentums bezahlen, mit einer Summe ausgekauft werden könnten, die wenig höher ist als der Kleinhandelspreis, den England für seine Kohle in einem einzigen Jahre ausgibt.

Das Kohlenministerium, das imstande sein würde, den Bergwerksbetrieb gänzlich regelmäßig zu gestalten und jedes Bergwerk auf eine einheitliche Höhe zu bringen, könnte mit den Eisenbahn-, Kanal- und Schiffahrts-Gesellschaften gemeinschaftlich eine Abmachung über die Frachtpreise treffen oder aber auch die ganze Beförderung in seine Hand nehmen und dann regelmäßig an jedem Eisenbahnhof, jedem Kanalkai und jedem Schiffahrtshafen in England die gewöhnlich erforderliche Kohlenmenge zu dem festgesetzten Preise abliefern, der für das ganze Königreich einheitlich auf 15 Schilling die Tonne bemessen wäre. Die Lokal-Verwaltungen, denen die Aufgabe der Abgabe und Lieferung im Kleinhandel zufallen würde, könnten möglicherweise die 40.000 Motorwagen nutzbar machen, die das Kriegsamt eines Tages wird abgeben können. Für die Spesen könnten sie 2 Schilling für die Tonne berechnen und für die Ablieferung weitere 3 Schilling. Bei einem solchen Preis für Haushaltskohle könnte das Kohlenministerium, so wird behauptet, die Löhne für die Kohlenbergwerksarbeiter auf den höchsten örtlichen Lohnsatz bringen, damit alle heutigen Lohnfragen unter dieser Arbeiterschaft beseitigen, einen sehr notwendigen Fonds für die Behausung der Kohlenarbeiter bilden, die ununterbrochene Lieferung für die Ausfuhr und für alle industriellen Zwecke zu den Preisen gewährleisten, die vor dem Kriege galten, völlige Gleichmäßigkeit des Betriebes auf den Gruben und ununterbrochene Ablieferung sichern, indem es stets den Bedarf eines Jahres in den örtlichen Lieferungsstellen auf Vorrat hat, die gesamten Ankaufskosten verzinsen und abtragen, dabei mehr Geld zur Verfügung stellen, als augenblicklich für die Anlage neuer Gruben ausgegeben wird, und doch einen Rein-Ueberschuß von mehreren Millionen an den Schatzkanzler abgeben.

Neue Freie Presse 3./VIII. 1916

Die Bilanzen der Kohlenwerke.

Wien, 2. August.

Zu Beginn des Krieges sind die Bergwerke in ihrer Tätigkeit stärker zurückgeworfen worden als dies bei den meisten anderen Industrien der Fall gewesen ist. Die Kohlenwerke beschäftigen die größte Anzahl von Arbeitern und der Handbetrieb spielt in den Gruben die entscheidende Rolle. In den Kohlenwerken Oesterreichs sind in normalen Friedenszeiten 133.000 Arbeiter tätig. Von diesen Bergmännern mag im Herbste 1914 etwa der vierte Teil abberufen worden sein. Deshalb hat die Kohlenproduktion namentlich in den ersten Monaten des Krieges einen starken Rückschlag erlitten. Dazu kam, daß der Bahnverkehr einige Zeit zur Gänze gesperrt war, so daß die erzeugte Kohle nur allmählich abtransportiert werden konnte und zumeist bei den Werken belassen werden mußte. Der Rückschlag zeigte sich am stärksten bei den Braunkohlenwerken, während die Steinkohlengruben bereits den größeren Teil dieser Minderproduktion hereingebracht haben. Die Rückwirkung auf die Gewinne der Kohlenwerksgesellschaften tritt aber in relativ mäßigem Umfange in die Erscheinung, weil die gestiegenen Kohlenpreise ein Gegengewicht gegen die Verringerung der Förderung und des Absatzes boten. Die folgende Zusammenstellung gibt einen Ueberblick der wichtigsten Daten aus den Bilanzen von sieben großen Aktiengesellschaften, welche die Steinkohlenproduktion betreiben, während der ersten zwei Kriegsjahre 1914 und 1915 gegenüber dem Friedensjahre 1913:

Steinkohle.

		1915	1914	1913
Ferdinands-Nordbahn:				
Produktion: Kohle	Mill. Mtrz.	16·363	15·586	15·803
Koks	Mill. Mtrz.	2·850	3·052	3·611
Bruttogewinn	Mill. K.	7·620	4·313	4·695
Buchwert der Kohlenwerke	Mill. K.	37·881	36·276	31·315
Staatseisenbahngesellschaft:				
Kohlenproduktion (Kladno)	Mill. Mtrz.	6·296	5·669	6·104
Bruttogewinn des Kohlenwerks	Mill. K.	2·988	1·984	1·799
Buschtiehrader Bahn:				
Produktion	Mill. Mtrz.	4·053	3·464	4·040
Gewinn	Mill. K.	0·918	0·692	0·724
Buchwert der Anlagen	Mill. K.	11·119	11·016	11·040
Prager Eisenindustrie:				
Produktion	Mill. Mtrz.	14·283	15·405	15·692
Bruttogewinn	Mill. K.	3·263	2·289	2·768
Berg- und Hüttenwerksgesellschaft:				
Produktion: Kohle	Mill. Mtrz.	20·940	18·884	19·758
Koks	Mill. Mtrz.	4·821	5·519	6·694
Westböhmischer Bergbauverein:				
Produktion	Mill. Mtrz.	10·75	10·68	11·93
Betriebsüberschuß	Mill. K.	4·42	3·90	4·14
Reingewinn	Mill. K.	3·20	2·78	3·09
Dividende	Prozent	13	11	13
Buchwert der Gruben	Mill. K.	12·3	11·36	9·54
Rossitzer Bergbaugesellschaft:				
Kohlenproduktion	Mill. Mtrz.	3·472	3·726	3·947
Betriebsüberschuß	Mill. K.	2·389	1·826	2·266
Reingewinn	Mill. K.	0·686	0·048	0·647
Dividende	Prozent	5	—	5½
Buchwert der Gruben	Mill. K.	12·306	12·630	11·404

Im letzten Friedensjahre 1913 wurden in Oesterreich 165 Millionen, in Ungarn 13 Millionen Meterzentner Steinkohle gefördert. Von der österreichischen Produktion entfallen 74 Millionen Meterzentner oder beinahe die Hälfte auf die genannten Gesellschaften. Die Steinkohlengruben sind noch zum großen Teile im Privatbetriebe oder im Besitze solcher Gewerkschaften, die nicht die Form von Aktiengesellschaften haben. Von der Steinkohlenproduktion entfielen: 44 Millionen Meterzentner auf Böhmen, 22 Millionen auf Mähren, 76 Millionen auf Schlesien, 19·7 Millionen auf Galizien und 2 Millionen Meterzentner auf die übrigen Kronländer. Die Statistik dieser Produktion, die periodisch veröffentlicht wird, ergibt, daß im Jahre 1913 die höchste Erzeugungsziffer war, hinter welcher die Förderung des Jahres 1914 in Oesterreich um rund 14 Millionen Meterzentner oder nicht ganz 9 Prozent zurückblieb. Die Zusammenstellung zeigt, daß der Ausfall bei den produzierenden Aktiengesellschaften erheblich kleiner war, denn er betrug beispielsweise bei der Nordbahn nur 2 Prozent, und nur bei den Kohlenwerken in Böhmen, wo die Verhältnisse des Bahnverfandes relativ ungünstiger waren, wurde diese Ziffer erreicht. Im zweiten Kriegsjahre ist dann wieder eine wesentliche Besserung der Produktionsverhältnisse erzielt worden. Die Arbeiterschwierigkeiten wurden geringer und bei den meisten Unternehmungen ist der Rückschlag voll eingebracht worden. So haben die Schächte der Ferdinands-Nordbahn, bei denen das Investitionsprogramm jetzt im Wesen beendet ist, trotz einer verringerten Arbeiterzahl die höchste Kohlenproduktion, die sie jemals aufgewiesen hatten. Auch die Gruben der Werke in Kladno-Brandeisl haben den Stand des letzten Friedensjahres überschritten, sie bleiben aber hinter der Förderung früherer Jahre, die bis zu 9 Millionen Meterzentner gegangen, zurück. Bei den Kohlenwerken der Prager Eisenindustrie in Kladno wird für das letzte Geschäftsjahr 1914/15, für welches die Bilanz vorliegt, der Tiefstand der Kohlenproduktion ausgewiesen, weil in diese Periode, die ein volles Jahr zurückliegt, die ersten Monate des Krieges mit ihrem starken Produktionsausfall und dem vorübergehenden Stillstande der Förderung und des Transportes fielen. Im heurigen Jahre dürfte der Entgang zum Teil hereingebracht werden, denn für die ersten drei Quartale hat die Gesellschaft eine Kohlenförderung von 9·56 Millionen Meterzentner ausgewiesen, die gegenüber dem vorigen Jahre um eine halbe Million Meterzentner erhöht ist. Die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft hatte im Jahre 1915 eine Kohlenproduktion von 20·9 Millionen Meterzentner. Während die Kohlenförderung den früheren Stand zumeist erreicht oder auch schon übertroffen hat, bleibt die Erzeugung von Koks bei den meisten Werken noch immer erheblich hinter der Friedensperiode zurück. Diese Erscheinung ist durchgängig zu beobachten und der Ausfall beträgt bei den Gruben der Nordbahn 21, bei der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft 27 Prozent. Hier macht sich die Wirkung des Fehlens der Arbeitskräfte deutlich bemerkbar.

Die finanziellen Ergebnisse der Kohlenwerksunternehmungen wurden vorwiegend durch die höheren Preise beeinflußt. Die Gewinne, soweit solche abgesondert ausgewiesen werden, erreichen die höchsten Ziffern. Bei den Gruben der Nordbahn machen sich die Wirkungen der Investitionen, die allerdings auch einen größeren Kapitalsaufwand erfordern, in einer namhaften Steigerung des Gewinnes der Kohlengruben geltend. Von 1913 auf 1915 ist der Buchwert der Kohlenwerke um 6½ Millionen Kronen gestiegen. Diese Kapitalsanlage hat sich aber verzinst, denn der Ertrag zeigt in dieser dreijährigen Periode, trotzdem der Betrieb durch höhere Löhne und Kriegsunterstützungen verteuert war, eine Steigerung von nahezu 70 Prozent. Beim Brandeisler Kohlenwerke der Staatseisenbahngesellschaft zeigt die Förderung von 1913 auf 1915 nur eine Zunahme um 3 Prozent, dagegen ist der Gewinn infolge der höheren Preise und der Wirkung der Investitionen um 1·1 Millionen Kronen oder um 60 Prozent gewachsen. Bei der Buschtiehrader Bahn war im Jahre 1914 gegenüber dem Jahre 1913 der Förderungsausfall am größten und erst 1915 ist die Produktion wieder über jene des letzten Friedensjahres hinausgestiegen. Der Gewinn des Kohlenwerkes hat eine Zunahme um etwa 25 Prozent erfahren. In vollem Maße treten die Wirkungen der höheren Preise bei den Werken der Prager Eisenindustriegesellschaft in die Erscheinung. Dort war im Jahre 1914/15 der Tiefstand der Produktion. Der Ertrag der Kohlengruben hat aber den höchsten Stand seit sieben Jahren wieder erreicht.

Die Verhältnisse der **Braunkohlenindustrie**, die zum Teile besonderer Natur sind, zeigt die folgende Zusammenstellung:

Braunkohle.

		1915	1914	1913
Brüxer Gewerkschaft:				
Produktion	Mill. Mtrz.	28·9	34·0	38·7
Bruttogewinn	Mill. K.	8·19	7·17	8·59
Abschreibungen	Mill. K.	1·55	1·70	1·81
Reingewinn	Mill. K.	5·99	4·08	5·73
Dividende	K.	56	50	50
Buchwert der Gruben	Mill. K.	20·18	21·05	19·41
Nordböhmische Kohlengesellschaft:				
Produktion	Mill. Mtrz.	16·54	19·33	23·32
Bruttogewinn	Mill. K.	4·26	3·97	4·83
Abschreibungen	Mill. K.	0·75	0·76	0·85
Reingewinn	Mill. K.	2·61	2·06	2·99
Dividende	K.	72	67	72
Buchwert der Gruben	Mill. K.	10·16	10·59	11·00
Dux-Bodenbacher Bahn:				
Produktion	Mill. Mtrz.	9·46	10·33	11·89
Bruttogewinn	Mill. K.	1·38	1·03	1·27
Reingewinn	Mill. K.	0·78	0·67	0·79
Dividende	Prozent	8½	7	8½
Buchwert der Gruben	Mill. K.	7·16	7·40	7·30
Brucher Schächte:				
Produktion	Mill. Mtrz.	18·86	23·55	26·33
Alpine Montangesellschaft:				
Produktion	Mill. Mtrz.	10·861	10·581	11·352
Trifailer Gesellschaft:				
Produktion	Mill. Mtrz.	12·923	11·332	14·344
Bruttogewinn	Mill. K.	5·082	4·785	5·083
Reingewinn	Mill. K.	1·356	1·293	1·446
Dividende	Prozent	5	5	6
Buchwert der Gruben	Mill. K.	33·634	34·623	35·142

In der Höhe der Förderung ist der Rückschlag, den der Krieg geübt hat, noch bei keinem der Werke auch nur annähernd hereingebracht worden. Bei den größten Unternehmungen der böhmischen Braunkohlenproduktion beträgt die Verminderung im Jahre 1915 gegenüber dem Jahre 1913 volle 25 Prozent und darüber. Dabei ist das Jahr 1915, welches zur Gänze vom Kriege erfüllt war, noch erheblich schwächer gewesen als das Jahr 1914, wo die Wirkung des Krieges allerdings mit der größten Wucht nur in den letzten fünf Monaten hervortrat. Im Jahre 1916 ist bereits eine teilweise Besserung zu beobachten, denn die ersten fünf Monate, für welche die Ausweise in den böhmischen Kohlenwerksbetrieben vorliegen, zeigen bereits eine Erhöhung der Förderung um sechs Millionen Meterzentner oder sieben Prozent und für das ganze Jahr dürfte ein erheblicher Teil des Ausfalles aus dem Krieg wieder wettgemacht werden. Bei der größten Unternehmung in Böhmen, der Brüxer Bergbaugesellschaft, ist die Förderung auf einem Tiefstande, der seit nahezu zwanzig Jahren nicht erreicht worden war. Bei der Nordböhmischen Kohlenwerksgesellschaft muß man auf das Jahr 1905 zurückgehen, um einen ähnlichen Stand zu finden. Auch bei den übrigen Kohlenunternehmungen der Braunkohlenproduktion sind ähnliche, wenn auch nicht so starke Ausfälle in den Förderungsziffern zu beobachten. Auf die Gewinne hat sich aber diese Verminderung der Erzeugung nicht übertragen, weil eben höhere Preise und ökonomischere Arbeit ein Gegengewicht schufen. Bei den Braunkohlenunternehmungen war im Jahre 1914 zumeist ein Rückgang der Dividende zu beobachten, der hauptsächlich dadurch veranlaßt wurde, daß die Werke angesichts der damals noch nicht zu übersehenden Lage größere Rücklagen für eventuelle Kriegsschäden und aushaftende Forderungen anlegten. Im Jahre 1915 fiel die Notwendigkeit einer solchen erhöhten Vorsorge weg. Die Dividenden wurden wieder auf das Niveau des Jahres 1913, also der letzten Friedenszeit, gebracht, bei einzelnen Unternehmungen noch darüber hinaus erhöht. Die Voraussetzung für die konstanten und sogar vielfach gebesserten Erträgnisse hat eine vorsichtige Finanzpolitik früherer Jahre geschaffen. Die Investitionen, die bei den Kohlenwerken nie stillestehen und oft einen sehr großen Kapitalsaufwand erfordern, wurden überwiegend durch Heranziehung von Betriebsgewinnen und nur in den seltensten Fällen durch neue Kapitalsoperationen geschaffen. Die Abschreibungen bewegen sich zwischen 5 und 9 Prozent der Anlagewerte und neue Erwerbungen wurden vielfach, ohne neues Kapital auszugeben, vollzogen. Bei den

Neues Wiener Tagblatt 25/VIII. 1916

Die Kohlennot Italiens.

Von Ing. A. H. Goldreich.

Die Verhandlungen, die zwischen dem englischen Handelsminister Runciman, dem italienischen Handelsminister de Nava und dem italienischen Verkehrsminister Arlotta stattgefunden haben, sollen bezüglich der Kohlenversorgung Italiens mit vollem Einvernehmen geendet haben. In der letzten Sitzung des englischen Unterhauses sagte, wie telegraphisch berichtet wurde, der Handelsminister über die Verhandlungen mit der italienischen Regierung, daß sie erstens die Lieferung und den Preis der Kohle für Italien, zweitens die Einschränkung des Handelsverkehres mit dem Feinde betrafen. Auf der Konferenz wurden jedoch keine formellen Abkommen unterzeichnet. In der eben vorliegenden Meldung über englische Kohlentransporte nach Italien auf dem Landwege mittels französischer Bahnen werden nur zwei Züge täglich mit etwa sechshundert Tonnen angekündigt. Runcimans Aeußerung, die neutrale Schiffahrt habe die von Italien beklagte Frachtenhausse verschuldet, findet den Widerspruch der „Tribuna". Diese weist auf die Riesengewinne und Riesenkurse der englischen Reedereien hin und wiederholt die Forderung, die englische Regierung solle Höchstfrachten festsetzen.

Italien ist ein kohlenarmer Staat. Der internationale Geologenkongreß zu Toronto in Kanada schätzte im Jahre 1913 den unerschlossenen gesamten Kohlenvorrat Italiens mit 243,000,000 Tonnen, welche Menge dem beiläufigen Jahresverbrauch Deutschlands entspricht, der im Jahre 1913 den ansehnlichen Betrag von 250,581,000 Tonnen ausgemacht hat. Der unerschlossene Kohlenvorrat Deutschlands wurde mit 423,356,000,000 Tonnen, jener Englands mit 189,533,000,000 Tonnen, Rußlands mit 60,106,000,000 Tonnen, Oesterreich-Ungarns mit 59,269,000,000 Tonnen, Frankreichs mit 17,583,000,000 und Belgiens mit 11,000,000,000 Tonnen berechnet. Italiens Kohlenverbrauch betrug im Jahre 1903 zirka 5 Millionen Tonnen, er ist im Jahre 1913 auf zirka 12 Millionen Tonnen gestiegen. Italiens Eigenerzeugung betrug im selben Jahre 664,000 Tonnen. Italien ist genötigt, fast seinen ganzen Kohlenverbrauch im Auslande zu decken, und war bis vor Ausbruch des Weltkrieges hauptsächlich England der Kohlenlieferant Italiens. Im Jahre 1913 lieferte England auf dem billigen Seewege zirka 10 Millionen Tonnen Kohle an Italien. Deutschland war nur mit zirka 900,000 Tonnen an der italienischen Kohlenlieferung, an der restlichen Million Tonnen waren Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Amerika beteiligt. Es ist ohne weiteres klar, daß das kohlenarme Italien bereits vor dem Weltkriege in eine wirtschaftliche Abhängigkeit Englands geraten war und daß Italiens politische Entschlüsse nicht unabhängig erfolgt sind. Der industrielle Entwicklungsgang Italiens stand bereits seit langer Zeit unter dem Einflusse des Kohlenlieferanten England, welch letzteres auch reichlich seinen Einfluß dazu ausgenützt hat, um Italien seine Abhängigkeit entsprechend fühlen zu lassen. England hatte ein großes Interesse daran, daß der Kohlenverbrauch Italiens sich steigere, und wie bereits erwähnt, ist dieser Verbrauch im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg um zirka 140 Prozent gestiegen.

Im Monate März dieses Jahres hat Graziadei in der Kammer im Namen der sozialistischen Partei sich gegen den Krieg mit Deutschland ausgesprochen. Er führte aus, er habe die größte Sympathie für England, aber in den letzten Monaten habe Italien 979 Millionen Lire für englische Steinkohlen zahlen müssen, während es im Vorjahre nur den Betrag von 247 Millionen bezahlen mußte. Im Jahre 1915 empfing Italien aus England 5,788,000 Tonnen gegen 8,625,000 Tonnen im Jahre 1914, während im Jahre 1913 9,647,000 Tonnen nach Italien geliefert worden waren. Nebst Frankreich, das im Jahre 1913 zirka 13 Millionen Tonnen englischer Kohle bezogen hat, ist Italien der größte Kohlenkonsument Englands.

Durch den Weltkrieg hat die Kohlensituation Europas sich wesentlich zugunsten der Zentralmächte, deren Kohlenreichtum (483,013,000,000 Tonnen) ohnehin bedeutend größer ist als jener der Feinde (278,974,000,000 Tonnen), geändert. Durch die seitens der Zentralmächte eroberten Kohlengebiete in Belgien, Frankreich und Rußland ist auch die Möglichkeit einer bedeutenden Erhöhung der Kohlenerzeugung gegeben. England ist auf diese Weise genötigt, den durch den Verlust der Kohlengebiete bedeutend erhöhten Kohlenbedarf seiner Verbündeten zu decken, welcher Anforderung es gewiß nicht entsprechen kann. Es muß eigentlich befremdend wirken, daß der Kohlenriese England, dessen Vormachtstellung in Europa es zum großen Teile seinen für die Versorgung der Welthandelsflotte so wichtigen Kohlenschätzen zu verdanken hat, sich gegenwärtig in einer ungünstigen Kohlensituation befindet. England ist gezwungen, für einen Teil seiner Flotte Kohle aus Japan zu beziehen, das zahlreiche und ertragreiche Kohlenbergwerke auf der südlichsten Insel Kiusiu und andern Inseln nahe der Küste besitzt. Im Kriegsjahr 1915 erzeugte Japan zirka 22 Millionen Tonnen Kohle, von welcher Menge es zirka fünf Millionen Tonnen für Ausfuhrzwecke zur Verfügung gehabt haben dürfte. Englands günstige geologische Verhältnisse machten es möglich, daß 23 Prozent seiner gesamten Kohlenerzeugung im Jahre 1913 auf maschinellem Wege gewonnen werden konnten. Hiedurch hat es wesentlich an menschlicher Arbeitskraft erspart. Während des gegenwärtigen Krieges hat England seine maschinelle Erzeugung auf 32 Prozent erhöht, um an menschlicher Kraft sparen zu können. Dessenungeachtet ist England derzeit nicht in der Lage, seine Bundesgenossen, und insbesondere Italien ausreichend mit Kohle zu versorgen.

Da für Italien auch die Kohlenbezüge aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn entfallen, so muß dort die Kohlennot sehr groß sein, sie müßte jedoch geradezu katastrophal sein, wenn die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht mit Ersatzlieferungen eingetreten wären. Amerika hat im Jahre 1915 zirka drei Millionen Tonnen Kohle nach Italien geliefert.

Die Kohlenfracht von Cardiff nach Genua stellte sich in Friedenszeiten auf rund 6 bis 7 Schilling für die Tonne; Ende 1915 betrug sie aber 77½ Schilling, am 24. Februar 1916 schon 85 Schilling. Die ganz enorme Verteuerung der Frachtkosten macht sich naturgemäß bei allen auf Kohlenbezug angewiesenen Industrien, den Eisenbahnen und den Haushaltungen usw. fühlbar. Der Kohlenpreis hat sich in Italien verfünffacht, und es kann deshalb nicht wundernehmen, daß die Marmorbrüche in Carrara und die sizilianischen Schwefelgruben mit der Einstellung ihrer Betriebe und Entlassung von tausenden Arbeitern gedroht haben, wenn nicht die Regierung hinreichend Kohle zu annehmbaren Preisen zur Verfügung stellen würde. Die Kohlenfrachten für Transporte von den Häfen der Union nach Genua sind von 12 auf 111 Schilling gestiegen, nach andern italienischen Häfen von 15 auf 155 Schilling, so daß auch die amerikanische Kohle sich nicht billiger stellt als die englische. Die Folgen dieser Kohlenteuerung und des durch die bedeutenden englischen Minderlieferungen eingetretenen Kohlenmangels greifen tief in das derzeitige Wirtschaftsleben Italiens. Es würde den Rahmen dieser Zeilen überschreiten, wollte die Eigenart der derzeitigen englischen Kohlenverteilung in den neutralen Staaten hier erörtert werden. Nur so viel soll erwähnt sein, daß die Neutralität der auf englischen Kohlenbezug angewiesenen Staaten seitens Englands verschieden gewertet wird, was auch in den gelieferten Kohlenmengen zum Ausdrucke kommt. Es ist jedenfalls von großem Interesse, daß Italien, dessen Eintritt in den Weltkrieg in der Ueberzeugung der von England ungeschmälert stattfindenden Kohlenlieferung erfolgt ist, nunmehr auf einen großen Teil der im Frieden gelieferten Kohlenmengen verzichten muß. Italien leidet große Kohlennot, und es ist keine Aussicht vorhanden, daß während dieses Krieges eine wesentliche Besserung seiner Kohlensituation eintreten wird.

Neue Freie Presse 27./VIII. 1916.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Die Kohlenindustrie im Kriege.

Wien, 26. August.

Getreide, Eisen, Kohle sind die drei maßgebenden Rohstoffe des Krieges. Auf den heimischen Fluren wächst der Weizen, der die Ernährung der Soldaten und der friedlichen Bevölkerung sichert und den auf Aushungerung gerichteten Plan der Feinde zunichte macht. Die Hochöfen und Hütten liefern das Material zur Erzeugung der Waffen und zahlreichen Bedarfsartikel der Kriegführung. Die Kohle ist das Blut der Volkswirtschaft, sie erhält den gewaltigen Betrieb im Gange, führt dem Heere unausgesetzt Kräfte aus dem Hinterlande zu. In allen drei Artikeln sind unsere Monarchie und Deutschland von ausländischen Bezügen unabhängig, versorgen sich selbst und führen den Krieg mit eigenen Mitteln. Der ungestörten Ausbeutung der Kohlengruben war vom Ausbruche des Krieges an die größte Aufmerksamkeit gewidmet worden. In Frankreich und Rußland liegen entscheidende Kohlengebiete an den Grenzen des Landes und der Betrieb ging schon in der ersten Zeit des Krieges durch das Eindringen feindlicher Heere der Wirtschaft des Landes verloren. Bei uns war seit Kriegsbeginn die Erzeugung und Versendung der Kohlengruben mit den durch unmittelbare Kriegsbedürfnisse bedingten vorübergehenden Unterbrechungen ungestört. Zwar ist die Zahl der Arbeiter auch im Bergbau durch die Einberufungen wesentlich vermindert worden, der Ausfall umfaßte bis zum vierten Teil der normalen Arbeitskräfte; allein die wertvollsten technisch geschulten Bediensteten sind den Werken allmählich wiedergegeben worden und ein teilweiser, allerdings nicht sehr ins Gewicht fallender Ersatz wurde durch Kriegsgefangene geschaffen. Die Steinkohlenförderung der österreichisch-ungarischen Monarchie hat denn auch im Kriege keinen übermäßigen Rückschlag erlitten. In den ersten Monaten war der Ausfall am stärksten und hiedurch wurde die Gesamtziffer des Jahres 1914 beeinflußt, da nur 15 Millionen Tonnen gegen 16·4 Millionen im letzten Friedensjahre ausgebracht wurden. Seit dem vorigen Jahre ist die Erzeugung wieder in der aufsteigenden Richtung. Im maßgebenden Ostrauer Revier, wo die großen Unternehmungen, Witkowitz, die Gruben der Nordbahn, der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft, des Grafen Larisch, der Firma Gutmann, auch im Kriege Neuanlagen erschlossen haben, ist die Kohlenförderung wieder ungefähr auf die Höhe des Jahres 1913 zurückgeführt worden; der Rückfall im Kriege wurde hereingebracht, die normale Vorwärtsentwicklung, die sonst alljährlich etwa acht Prozent ausmachte, ist aber selbstverständlich nicht eingetreten. In der Braunkohle jedoch ist der Ausfall noch nicht überwunden. Die Erzeugung ist im ersten Kriegsjahre von 27 auf 23·7 Millionen Tonnen gesunken, ist im Jahre 1915 weiter auf 22 Millionen Tonnen zurückgegangen und dürfte heuer den Stand des Jahres 1914, der im Vergleiche mit der Entwicklung der letzten Friedensperiode einen Rückschlag um zehn Jahre bedeutet, kaum wesentlich übertreffen.

Der Weltmarkt in Brennstoffen ist am stärksten vom großen Entgang und von der schweren Verteuerung der englischen Kohle beeinflußt worden. Vor dem Kriege wurden in den englischen Gruben rund 292 Millionen Tonnen Kohle gefördert. Durch die Verminderung der Arbeiter hat sich die Produktion im Jahre 1914 um 22 Millionen Tonnen verringert, im Jahre 1915 hat sich dieser Ausfall auf 35 Millionen Tonnen gesteigert, und heuer, wo durch die allgemeine Dienstpflicht die Zahl der Bergleute noch mehr gesunken ist, dürfte das Manko noch größer werden. Dazu kommt aber, daß England namhaft stärkeren Eigenbedarf an Kohle hat, dessen Erweiterung auf 20 Millionen Tonnen veranschlagt wird. Die Kriegsschiffe und auch ein Teil der Handelsflotte stehen ständig unter Dampf, die Truppentransporte und sonstigen Nachschübe bedingen eine unausgesetzte Schiffsbewegung und den stärksten Kohlenverbrauch. So sind für den Weltmarkt an englischer Kohle um 55 Millionen Tonnen weniger zur Verfügung, so viel wie die gesamte Kohlenförderung Oesterreich-Ungarns ausmacht, das unter den produzierenden Ländern jetzt im Kriege an vierter Stelle steht. Die englische Kohle ist im Frieden in die ganze Welt versendet worden. Deutschland hat von ihr alljährlich 9 bis 10 Millionen Tonnen, unsere Monarchie gegen eine Million Tonnen bezogen, zu Zeiten billiger Seefrachten ist Triest, Fiume, das Hinterland bis Klagenfurt mit Brennstoffen aus England versorgt worden. Solche Zufuhren sind im Kriege selbstverständlich in Wegfall gekommen, aber auch für seine Verbündeten hat England weit weniger Kohle frei, für die Neutralen verbleibt — etwa von Holland abgesehen — so gut wie gar nichts. Deutschland und unsere Monarchie behelfen sich ohne Schwierigkeiten mit ihrer eigenen Förderung und helfen auch bereitwillig solchen Ländern aus, in denen eine freundliche Stimmung für unsere Sache besteht oder geweckt werden soll. Die Kohlenerzeugung Deutschlands erreichte vor dem Kriege 191 Millionen Tonnen und ist im ersten Kriegsjahre auf 161 Millionen Tonnen zurückgegangen; im Jahre 1915 betrug der Ausfall noch immer 16 Millionen Tonnen, durch den Wegfall der früheren Einfuhr sind um 26 Millionen Tonnen weniger als im Frieden vorhanden. Der heimische Kohlenbedarf ist in Deutschland, trotz der gezwungenen Untätigkeit der Handelsflotte, sicherlich gleich stark wie in den letzten Friedensjahren; die Industrie braucht, obwohl manche Gruppen in verringertem Betriebe arbeiten, mehr Brennstoff, vorwiegend für Erzeugung von Heeresartikeln. Der Kohlenkonsum der Munitionsfabriken ist anhaltend außerordentlich stark, die Eisenbahnen verbrennen bedeutend größere Mengen, da die frühere Sparsamkeit im Verbrauche während des Krieges, wo möglichst schnell gefahren werden muß, aufhört. Deutschland und zum Teile auch wir müssen die besetzten Länder, soweit sie nicht eigene Gruben betreiben können, Polen, Kurland, Serbien, versorgen, überdies Kohlen nach Bulgarien, der Türkei und neutralen Ländern liefern. Die Kohlenindustrie hat jetzt ganz andere Pflichten wie ehedem, sie steht im Dienste des Krieges, muß ihre Erzeugung und ihren Absatz seinen obersten Zielen unterordnen.

Größerer Bedarf und fehlende, allerdings leicht ersetzbare ausländische Zufuhren bedingen eine strenge Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung der in den heimischen Gruben gewonnenen Brennstoffe. Die Monarchie und Deutschland sind hiebei auch ein gemeinsames Gebiet der Produktion und des Absatzes. In früheren Jahren haben wir regelmäßig 10 bis 14 Millionen Tonnen Steinkohle aus Deutschland bezogen. Diese Zufuhren fehlen auch im Kriege nicht, laufen unter genauer Einhaltung der Zusicherungen ein, sind aber naturgemäß vermindert. Anderseits ist Ostrauer Kohle nach einzelnen Städten Deutschlands befördert worden, da sie dort bei den Gaswerken als Ersatz für englische Kohle Verwendung findet. Der inländische Bedarf nach Brennstoffen ist anhaltend stark. Die Bahnen verbrauchen größere Kohlenmengen und sind auf die Ergänzung der Lager bedacht für weitere stärkere Anforderungen, die der Krieg stellen könnte. Die Eisenindustrie arbeitet im Vollbetrieb und hat vermehrten Bedarf nach Kohle und Koks; die Erzeugung von Koks war in den ersten Zeiten eingeschränkt, wird aber jetzt allgemach dem früheren Stand näher gebracht. Die Zuckerfabriken hatten im letzten Jahre weit geringere Anschaffungen von Brennstoffen und anderen Hilfsmaterialien, da Rübenanbau und Zuckerproduktion um reichlich den dritten Teil eingeschränkt werden mußten; die bevorstehende Kampagne stellt eine größere Verarbeitung von Rübe und Zucker in Aussicht, und die Fabriken sind bestrebt, sich die erforderlichen Mengen von Kohle zu sichern. Munitionsfabriken, Eisenwerke, Konstruktionswerkstätten, manche Maschinenfabriken sind in größerem Umfange als im vorigen Jahre tätig und werden deshalb auch stärkere Mengen von Brennstoffen benötigen. Andere Gruppen der industriellen Erzeugung sind mit verringerten Käufen von Kohle im Markte. Die Handelsschiffahrt ruht zur Gänze; die Textilindustrie hat ihre Produktion nicht unerheblich vermindert, manche Fabriken sind allgemach zum Stillstande gekommen oder arbeiten nur an einzelnen Tagen der Woche in verringertem Umfange. In der Gesamtziffer dürfte der Kohlenbedarf der Industrie geringer, jener der Bahnen erheblich größer sein als in den Friedenszeiten.

Die Kohlenwerke haben die Preise für den Winterbedarf und die industriellen Erfordernisse unverändert gelassen. Sie folgten dem Beispiele in Oberschlesien, wo die staatlich preußische Grubenverwaltung Preiserhöhungen ablehnte. Kohle ist bei uns schon seit dem vorigen Jahre wesentlich höher im Preise als in den Friedenszeiten, der Grundpreis ist für die Deckung des Hausbedarfes um etwa 30 Prozent teurer, wozu noch die namhaft kostspieligen Kosten der Zufuhr treten. Das ist hart und drückend genug. Eine weitere Hinaufsetzung hätte sozial bedenkliche Folgen gezeitigt, die schweren Zeiten noch verschärft, die Produktionskosten der Industrie erhöht und wäre nicht zu rechtfertigen gewesen. Die Monarchie ist in ganz anderer Lage als die Bundesgenossen Großbritanniens, als Frankreich, Italien und Rußland, wo die Bevölkerung die ehrenvolle, aber kostspielige Freundschaft mit unerschwinglichen Kohlenpreisen bezahlen muß und dem Winter mit Bangen entgegensieht. Die Kohlenwerksgesellschaften und der Kohlenhandel sind hierzulande in erster Reihe darauf bedacht, den Bedarf der Stammkundschaft zu befriedigen. Die bestehenden Schlüsse müssen erfüllt werden, die Bahnen müssen jede angeforderte Menge Kohle prompt zugewiesen erhalten für Zwecke, die mit dem Kriege unmittelbar oder mittelbar in Verbindung stehen, für Industrien, die Heeresartikel oder Hilfsmaterialien solcher Erzeugungen herstellen, ist Kohle beizustellen. Neue größere Abschlüsse werden in solcher Zeit nicht vollzogen; Kundschaften, die bisher nicht die regelmäßige Verbindung der Kohlenfirma bildeten, werden nur nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte und des als dringend nachgewiesenen Bedarfes befriedigt. Das Herbstgeschäft hat in der heimischen Kohlenindustrie mit Lebhaftigkeit eingesetzt. Auch für die Zwecke des Hausbrandes sind in den Städten namhafte Anschaffungen vollzogen worden; die Stadtverwaltungen sichern sich für die Bevölkerung bedeutende Vorräte, in vorsorglich geführten Haushaltungen ist man angesichts der Schwierigkeiten rascher Zufuhr bemüht, sich für einige Wochen Kohlenbestände hinzulegen. Kohlenlager sind bei den Zechen nirgends vorhanden, die Vorräte vom Lager sind abverkauft, die neue Förderung gelangt sofort in die letzte Hand. Erfahrene Vertreter der Großindustrie und des Handels in Oesterreich glauben gleichwohl, daß sie mit der Erzeugung die vorhandenen legitimen Bedürfnisse, wenn nicht besondere Störungen eintreten sollten, befriedigen können. Eine arge Knappheit wäre, falls nicht ganz außergewöhnliche unvoraussehbare Zwischenfälle vorkommen sollten, nach der in diesen Kreisen bestehenden Ansicht als unwahrscheinlich anzusehen.

Pester Lloyd 14./X. 1916

52

Die Bedeutung der Kohle in der Weltwirtschaft.

Von **Ingenieur Armin Vámos.***)

Budapest, 13. Oktober.

Die vor einigen Tagen in diesen Spalten erschienenen preußischen Regierungsverfügungen zur Regelung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats haben in unserer Oeffentlichkeit kaum das Interesse erregt, welches diese Frage nicht nur in der deutschen Volkswirtschaft, sondern auch in Hinsicht unseres heimischen Kohlenbergbaues verdient und es lohnt sich daher, dieser Frage eine eingehende Betrachtung zu widmen.

Anläßlich der Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats spielt außer der Neuordnung der reinen Zechen und Hüttenzechen innerhalb des Syndikats noch die in Erwägung gezogene Aufnahme der nichtsyndizierten Betriebe in das Syndikat eine große Rolle. Die Gesamtförderung des Oberbergamtsbezirkes Dortmund stellte sich vor dem Kriege auf 85 Millionen Tonnen, von denen auf die nichtsyndizierten Zechen nahezu 4·2 Millionen Tonnen oder fünf Prozent entfielen. An dieser Förderung waren die königlichen Gruben mit 1·7 Millionen Tonnen beteiligt.

Diese große Bedeutung für die Entwicklung des Ruhrbergbaues führte anfänglich schon zu Vereinigungen der Bergwerksbesitzer und zu deren wirtschaftlichen Verbänden zum Zwecke der Verwertung ihrer Erzeugnisse. Diese Vereinigungen hatten aber durchgehends eine zu lose Form, einen zu beschränkten Wirkungskreis, der Einfluß der außenstehenden Erzeuger war zu groß, als daß sie ihr Ziel hätten erreichen können. Immerhin bereiteten sie den Boden vor für eine Vereinigung, wie sie im Jahre 1893 in dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat ins Leben trat, das neben der Regelung der Erzeugung und der Preisstellung auch den Vertrieb der Bergbauerzeugnisse in seiner Hand zusammenfaßt. Bei der Erneuerung des Kohlensyndikatsvertrages im Jahre 1903 gingen das Kohlensyndikat in Bochum und der Brikettverkaufsverein in Dortmund in dem Kohlensyndikat auf, das damit auch den Verkauf von Koks und Briketts übernahm, während der Vertrieb der bei der Kokserzeugung gewonnenen Nebenerzeugnisse wie Ammoniak, Teer, Benzol usw. auch weiterhin in der Hand von selbständigen Verkaufsvereinen verblieb. Es ist erklärlich, daß die preußische Regierung die zu erneuernden Vertragsfragen mit Beitritt der fiskalischen Gruben noch im laufenden Jahre zur Entscheidung führen will, denn wenn man das bisherige Wirken und die Maßnahmen des Kohlensyndikats in Betracht zieht, kann man ihm das Zeugnis nicht versagen, daß es nicht nur die Grundlagen des deutschen Wirtschaftslebens gefestigt, sondern auch von seiner Macht einen maßvollen, durchaus im Interesse der Allgemeinheit liegenden Gebrauch gemacht hat. Die Größe und Fortentwicklung des Ruhrbergbaues erscheint so fest mit seinem Bestande verknüpft, daß sein Ende für diesen und darüber hinaus für das deutsche Wirtschaftsleben eine Erschütterung bedeuten würde.

Das Ruhrkohlenbecken nimmt in Preußen und Deutschland der Förderung nach die erste Stelle ein, es bildet aber auch in wirtschaftlicher Beziehung wegen der auf ihm aufgebauten Großindustrien, besonders Eisenwerke, Textil- und Maschinenfabriken, wohl das wichtigste Glied in Preußens Volkswirtschaft. In der Fortsetzung des Beckens nach Norden treten neben Braunkohle mächtige Steinsalz- und Kalilager auf. Schon diese bergmännisch seltene Anhäufung von Mineralschätzen ist geeignet, das Ruhrkohlenbecken zu einem der wertvollsten Industriemittelpunkte des preußischen Staates zu gestalten, so daß sich im Laufe dieses Jahrhunderts der Niederrhein zu einer Stätte hohen Aufschwunges und gewaltigen Reichtums entfalten wird. Kohle und Kali werden zusammen eine in keinem anderen Lande der Welt zu findende Einnahmsquelle für die deutsche Volkswirtschaft bilden. Die tiefgreifenden Verfügungen des preußischen Staates wurzeln in der allgemein anerkannten Tatsache, daß das Heil der nationalen Wirtschaftsgebarung einzig im größtmöglichen Weiterverarbeiten seiner Rohstoffe liegt. Die ungeheure Bedeutung der Kohle für die Weltwirtschaft erkennen wir, wenn wir den Wert der Kohle mit dem des Eisens und dem des Goldes vergleichen, also derjenigen Metalle, deren Gewinnung von allen Stoffen am wertvollsten ist. Der Haldenwert der Kohle am Weltmarkt, nicht der Verbrauchswert, beträgt bei 10 Milliarden Kronen, der des Eisens nur ungefähr 5, und der des Goldes nicht ganz 2·5 Milliarden Kronen. Wenn wir bei unserem Vergleich die in der Weltwirtschaft zur Verfügung stehenden Kraftquellen betrachten, so müssen wir anerkennen, daß die Kohle für die Weltwirtschaft von so überwiegender Bedeutung ist, daß sie durch keine andere Kraftquelle weder jetzt, noch auch in der Zukunft ersetzt werden kann. Wenn man bedenkt, daß heute die Weltgewinnung von Petroleum 11·4 Millionen, diejenige des Naturgases 3·7 und die der ausgenützten Wasserkräfte 3·4 Millionen Pferdekräfte darstellt, dagegen die Förderung an Kohle in Form von Kessel-, Gas- und Fettkohle 146 Millionen Pferdekräfte ergibt, so sieht man die gewaltige Ueberlegenheit der Kohle. Die Kohlenerzeugung der Welt beträgt insgesamt 1070 Millionen Tonnen jährlich, und zwar 966 Millionen Tonnen Steinkohlen und 104 Millionen Tonnen Braunkohle.

Die Kohlenerzeugung der drei Hauptindustrieländer Amerika, England und Deutschland beträgt über vier Fünftel der Weltproduktion, und zwar in den Vereinigten Staaten von Amerika 377, in England 266 und in Deutschland 218 Millionen Tonnen. So vorteilhaft es ist, andere Quellen in einzelnen Fällen mit heranzuziehen, so wird die Kohle doch die Grundlage unserer Wirtschaft bleiben und für die nationale Wertschaffung an Bedeutung gewinnen, wenn durch den erreichten Fortschritt von Technik und Wirtschaft die Verbesserung der Qualität des Produktes bewirkt wird.

Eine richtige Verarbeitung der Kohle ist für die Wertschaffung äußerst bedeutsam, denn die Möglichkeit einer Wertsteigerung der Kohle durch Veränderung der Marktlage ist volkswirtschaftlich sehr beschränkt, weil sie nur einigen wenigen Interessengruppen nützt. Ebenso ist die Wertsteigerung des Kohlenbesitzes, die durch Vergrößerung der Fördermengen ein- und derselben Zeche bewirkt wird, wenn auch durch den steigenden Inlandverbrauch gerechtfertigt, so doch nicht gleichmäßig nutzbringend. Wenn man aber die Kohlen, anstatt sie nach der alten Weise auf dem Kessel- oder Feuerrost unmittelbar zu verbrennen, in Koksöfen, Gasretorten oder Generatoren der Destillation unterwirft und so neben den Hauptprodukten: Koks und Gas, auch die Nebenprodukte: Teer, Benzol, Ammoniak usw. der wirtschaftlichen Auswertung erschließt, so wird der Erlös durch die Verarbeitung der Kohle, nur bis zu der eben bezeichneten Stufe geschätzt, um hundert Prozent gesteigert. Wenn man nun den Auswertungsprozeß weiter verfolgt und die Unzahl der hochwertigen Kleinprodukte mit in Rechnung zieht, die zum Beispiel als Teerfarbstoffe verwertet werden, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sich der volkswirtschaftliche Wert der Kohlenprodukte bei entsprechend weit getriebener Ausnützung auf das Tausend- und Mehrfache des Rohwertes der Kohle beziffert, ganz abgesehen von den Arbeitsgelegenheiten für Menschen und Kapitalien, die solch weitgetriebene Veredlung im Gefolge hat.

Von den drei Nebenprodukten: Teer, Benzol und Ammoniak, ist es der Teer, der die größte Möglichkeit einer Wertsteigerung in sich birgt. Anfänglich wurde Teer nur in den Gasanstalten gewonnen. Das Aufbringen schwankte zwischen 1·3 und 1·4 Prozent, beträgt aber nach neueren Angaben im Mittel 4·7 Kilogramm Teer auf 100 Kilogramm Gaskohle. Die gesamte Teererzeugung Deutschlands aus Stein- und Braunkohle betrug vor dem Kriege etwa 1·1 Millionen Tonnen, wovon eine Million Tonnen Steinkohlenteer war, und diese Menge hat schon zur Deckung seines Inlandbedarfes vollkommen ausgereicht, während früher beträchtliche Mengen aus England eingeführt wurden. Neuerdings haben die Destillationskokereien eine größere Produktionsziffer aufzuweisen als die Gasanstalten. Der Hauptzweck des Rohteers besteht in der Weiterverarbeitung, wodurch er auf leichte und schwere Teeröle, Karbolsäure, Naphthalin, Pech, ferner auf sogenannte hochwertige Kleinprodukte: Phenol, Kresol, Benzolsäure weiter verarbeitet wird. Die Zahl der auf diese Weise erzielten Stoffe ist ungeheuer groß. Sie sind für die Industrie der künstlichen Farben unentbehrlich. Eine Errungenschaft der allerneuesten Zeit war die Darstellung des künstlichen Indigos aus Naphthalin. Deutschland führte allein an Indigo und anderen synthetischen Farbstoffen für mehr als 200 Millionen Mark nach allen Teilen der Welt aus und stellt mindestens drei Viertel der auf der ganzen Welt gewonnenen künstlichen Farbstoffe her. Steinkohlen- und Braunkohlenteeröle (Gasöl) können in Deutschland etwa eine Million Tonnen im Jahr erzeugt werden. Sogar Genußmittel, wie das Sacharin, werden aus dem Teer gewonnen, und auch die Heilkunde verdankt ihm eine Reihe wertvoller Mittel.

Im Oberbergamtsbezirk Dortmund werden jährlich 145.000 Tonnen schwefelsaures Ammoniak, 360.000 Tonnen Teer und 26.000 Tonnen Benzol hergestellt im Werte von 48 Millionen Mark, eine Ziffer, welche die hohe Bedeutung der Nebenproduktengewinnung für die Unternehmungen des Ruhrbergbaues widerspiegelt. Dabei sind die beträchtlichen Erzeugungsmengen von 18.000 Tonnen Anthrazenöl, 17.000 Tonnen Kreosotöl, 8000 Tonnen Rohnaphthalin u. a. m. noch gar nicht berücksichtigt. Es steht außer Zweifel, daß die Einträglichkeit der Ruhrzechen zu einem guten Teil dieser von ihnen neu aufgenommenen Industrie zu danken ist. Neben dieser Aufbereitung ist auch die Briketterzeugung im Ruhrbezirk sehr groß, und ihre Bedeutung in volkswirtschaftlicher Hinsicht liegt vor allem darin, daß sie eine gute Verwertung der insbesondere bei der Magerkohle in großen Mengen fallenden Feinkohle, die bei dieser Kohlensorte ja auch nicht zur Kokserzeugung verwendet werden kann, ermöglicht. Der Ruhrbezirk erzeugt jährlich etwa drei Millionen Tonnen Brikett, und der Umfang des Kokereibetriebes stellt sich auf 16 Millionen Tonnen.

Es ist zweifellos, daß die stetig steigende Leistungsfähigkeit des Bergbaues der Hauptheber für den außerordentlichen Aufschwung eines großen Teiles der deutschen, insbesondere der rheinisch-westfälischen Industrie wurde. Hervorgehoben werden mag in diesem Zusammenhang die Bedeutung, welche die Entwicklung des Eisenhüttenwesens, zunächst im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, dann aber auch in Lothringen, Luxemburg und in den anderen westdeutschen Erzeugungsgebieten, auf die Steinkohlenförderung des Ruhrbezirkes gehabt hat. Im Jahre 1850 belief sich die Roheisenförderung des Oberbergamtbezirkes Dortmund auf 12.000 Tonnen und jetzt erreicht dieselbe eine Menge von 4·5 Millionen Tonnen. Diese Menge beansprucht zu ihrer Erblasung annähernd dieselbe Menge Koks. Im deutschen Zollgebiet erreicht die Roheisengewinnung wohl 13 Millionen Tonnen und zur Erzeugung dieser Menge wird zum überwiegenden Teile Ruhrkoks verwendet.

Solche in das Wirtschaftsleben tief eingreifende Erzeugungsmengen konnten sich nur mit Konzentration des Industriewesens und des Kapitals — wie es das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat beweist — gehörig entwickeln. Die Summe des Anlagekapitals oder Aktienkapitals und der Betrag der Anleihen und Grundschulden der 87 Gewerkschaften und Aktiengesellschaften, welche seit 1. Januar 1905 zum Syndikat gehören, belief sich 1904 unter Berücksichtigung des niedrigsten Kursstandes des genannten Jahres auf 1½ Milliarden Mark. Nur so und innerhalb dieser Formen kann sich eine Ausgestaltung und Verbesserung vollziehen. Von der einfachen, losen Form der Preisvereinbarung entsteht das Fortschreiten zu festen Verkaufsverbänden, die von einer Zentralstelle aus den Absatz ganzer Industriezweige leiten. Es entwickelt sich der Kartellbetrieb mit weitgehendem Einfluß auf die Regelung der Produktion, auf die Ausbildung einer planmäßigen Preispolitik. Die erregten Klagen über die Bedrückung der Abnehmer und übermäßig hohe Preise verstummen schon größtenteils, denn auch die Kartelleiter haben eingesehen, daß eine mäßige Preispolitik größere Sicherheit und Stetigkeit sowohl der wirtschaftlichen Konjunktur wie auch ihres eigenen Fortbestehens gewährleistet.

*) Entnommen aus Abhandlungen von Bruno Simmersbach, Dr. E. Jüngst, A. Schwemann.

Hamburger Fremdenblatt
11./XI. 1916

61

Preisfragen.

✠ Neuerdings nimmt die Frage einer Erhöhung der Kohlenpreise die Oeffentlichkeit stark in Anspruch, und es hat den Anschein, als ob dieser sowohl von den Ruhrkohlenzechen wie von den oberschlesischen Kohlengruben angekündigte Schritt Aussicht auf Verwirklichung hätte.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat bereits am 6. November eine Sitzung abgehalten, in der eine Heraufsetzung der Preise im Interesse der Kohlenindustrie als eine unumgänglich notwendige Maßnahme bezeichnet wurde unter gleichzeitigem Hinweis darauf, daß diese Erhöhung unter Zustimmung des preußischen Fiskus erfolgen würde, und aus Breslau wird neuerdings gemeldet, daß einige oberschlesische Gruben neben den Ausfuhrpreisen nach Oesterreich auch die reichsdeutschen Inlands-Preise für November- und Dezember-Kohlenlieferung um eine Mark für die Tonne in die Höhe gesetzt haben. In welchem Ausmaße die Erhöhung seitens des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats vorgenommen werden wird, steht noch nicht fest, doch verlautet, daß sie sich auf alle Kohlensorten und Koks erstrecken, daß die Industriekohle am stärksten verteuert, die Preiserhöhung für Hausbrandkohlen sich aber in mäßigen Grenzen halten soll. Ueber eine Steigerung um zwei Mark für die Tonne scheint man jedenfalls bei Hausbrandkohlen nicht hinausgehen zu wollen, wobei man noch besonders betont, daß dieser Satz doch als ein sehr mäßiger bezeichnet werden könne. Begründet wird das Verlangen nach einer Preiserhöhung immer wieder mit der fortgesetzten Steigerung der Selbstkosten, während der Produktionsgewinn nicht in gleichem Verhältnis gestiegen sei.

Wie sich das Verhältnis der Selbstkosten zum Reinerlös bei Kohlen in dem am 30. Juni 1916 abgelaufenen Geschäftsjahre zum Beispiel bei der Harpener Bergbau-A.-G. stellt, ist aus dem vor kurzem erschienenen Jahresbericht dieser Gesellschaft ersichtlich. Danach berechneten sich die Selbstkosten bei der Kohlengewinnung auf 11,81 Mark für die Tonne, während der Reinerlös 14,86 Mark für die Tonne betrug. Bei Koks wurden die Herstellungskosten mit 1,60 Mark für die Tonne, der Reinerlös mit 17,99 Mark, bei Briketts die ersteren mit 4,16 Mark, der letztere mit 16,17 Mark für die Tonne angegeben. Um einen Ueberblick über die Steigerung der Selbstkosten sowie über das Verhältnis derselben zu dem Erlös bei Kohlen, Koks und Briketts zu ermöglichen, haben wir nachstehend die Selbstkosten und die Erlöse für die genannten drei Erzeugnisse bei der Harpener Bergbau-A.-G. seit dem Jahre 1903/04 bis 1915/16 zusammengestellt. Danach betrugen (in Mark für die Tonne):

Jahr	Kohle		Koks		Briketts	
	Selbstkosten	Erlös	Selbstkosten	Erlös	Selbstkosten	Erlös
1903/04 ..	7,72	9,60	1,14	13,78	4,32	11,82
1904/05 ..	8,02	9,85	1,24	14,09	4,86	14,12
1905/06 ..	7,84	9,78	1,19	13,95	3,84	12,97
1906/07 ..	8,64	10,59	1,47	15,46	3,93	12,51
1907/08 ..	9 35	11,30	1,51	16,85	3,56	13,58
1908/09 ..	9 31	11,14	1,48	15 61	3,13	12,69
1909/10 ..	8 92	10,42	1,18	14,05	3,12	12,33
1910/11 ..	9,19	10,21	1,28	14,62	3,62	11,59
1911/12 ..	8,82	10,19	1,31	14,58	3,24	11,67
1912/13 ..	9,41	11,34	1,22	15,98	3,25	12,82
1913/14 ..	9,85	11,85	1,36	17,18	3,47	13,38
1914/15 ..	10,30	12,—	1,64	14,75	3,64	13,92
1915/16 ..	11,81	14,86	1,60	17.99	4,16	16,17

Wir unterlassen es, aus diesen Zahlen die Schlußfolgerungen zu ziehen, da es uns nicht bekannt ist, in welcher Weise seit dem 30. Juni 1916 die Selbstkosten sich weiter erhöht haben, ganz abgesehen davon, daß die vorstehende Aufstellung sich nur auf eine der zahlreichen deutschen Kohlengesellschaften bezieht. Man darf aber wohl die Erwartung aussprechen, daß das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat auch zahlenmäßig feststellen lassen wird, wie sich bei seinen Mitgliedern durchschnittlich das Verhältnis der Selbstkosten zu den Produktionsgewinnen augenblicklich stellt. Jedenfalls wird der preußische Handelsminister zu prüfen haben, ob sich hierbei tatsächlich ein so außergewöhnlich großes Mißverhältnis ergibt, daß hieraus allein eine Erhöhung der Kohlenpreise unumgänglich notwendig erscheint. Bis zum 30. Juni 1916 scheint uns nach den obigen Zahlen diese gebieterische Notwendigkeit noch nicht vorhanden gewesen zu sein.

Als im Juni dieses Jahres aus der Kohlenindustrie vereinzelt Stimmen laut wurden, die eine Erhöhung der Kohlenpreise bereits vom 1. August 1916 ab forderten, hat der preußische Handelsminister diesen Wünschen gegenüber ablehnend verhalten, und die Folge davon war, daß das Kohlensyndikat den Beschluß faßte, die Richtpreise auf der ganzen Linie bis zum Ende des Jahres 1916 unverändert zu lassen. Wie es hieß, war der Minister zu seiner ablehnenden Haltung einmal durch die Tatsache veranlaßt worden, daß von den meisten Kohlenwerken recht befriedigende Ueberschüsse ausgewiesen wurden, weiter aber war für ihn hauptsächlich die Tatsache maßgebend, daß seitens des Syndikats die völlige Aufhebung der Umlage für Kohlen und Koks beschlossen worden war. Da nun inzwischen die Erträgnisse der Kohlenzechen keineswegs schlechter, vielmehr infolge des recht einträglichen Ausfuhrgeschäfts noch bessere geworden sind, so müßten schon für den Vertreter des preußischen Fiskus ganz triftige Gründe vorliegen, wenn er seine Ansicht vom Juni geandert haben und nun plötzlich eine Preiserhöhung für alle Kohlensorten für unaufschiebbar erklären sollte.

Es ist doch dabei auch zu bedenken, daß eine Preiserhöhung für Kohle für die die Kohle verbrauchenden Industriezweige nur ein Anreiz sein würde, nun auch ihrerseits sofort mit einer Preisheraufsetzung für eine ganze Reihe von Fabrikaten vorzugehen. In erster Linie würde sich gewiß die Eisen-Industrie die gute Gelegenheit nicht entgehen lassen, in die Fußstapfen der Kohlenindustrie zu treten, wie sie schon im Juni dieses Jahres mit einer übermäßigen Heraufsetzung der Preise für Walzwerks-Erzeugnisse vorging, als nur von der Möglichkeit einer Kohlenpreiserhöhung gesprochen würde. Gab doch die damalige überstürzte Steigerung der Eisenpreise der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums Veranlassung, eine Nachprüfung dieser Preise in die Wege zu leiten.

Im Zusammenhang mit den neuesten Bestrebungen, die Kohlen- und Eisenpreise abermals in die Höhe zu setzen, ist nun auch die Frage angeschnitten worden, ob es sich nicht empfehlen dürfte, auch für Kohle und Eisen Höchstpreise festzusetzen. Ohne auf die Erörterung der Nützlichkeit derartiger Höchstpreise hier näher einzugehen, möchten wir aus Anlaß des Wiederauftauchens der Forderung nach Höchstpreisen für Bergwerkserzeugnisse nur darauf hinweisen, daß bereits eine am 13. April dieses Jahres beschlossene Bekanntmachung des Bundesrats die Vorschriften der Bekanntmachung vom 11. November 1915, betreffend Einwirkung von Höchstpreisen auf laufende Verträge, auch auf Lieferungsverträge über Steinkohlen, Braunkohlen und die aus solchen hergestellten Brennstoffe (Koks, Briketts) ausdehnt sofern und soweit für diese Produkte Erzeuger- oder Großhändlerhöchstpreise festgesetzt werden. Die Bekanntmachung vom 11. November 1915 bezieht sich, wie wir hier nochmals erwähnen wollen, nur auf eine Anzahl von Nahrungsmitteln. Sie bestimmt in der Hauptsache, daß nach Festsetzung eines Höchstpreises für eine gewisse Ware bei laufenden Lieferungsverträgen über diese Ware der Höchstpreis an die Stelle des — höheren Vertragspreises tritt, wenn bei dem Inkrafttreten des Höchstpreises die Lieferung noch nicht erfolgt ist. Außerdem enthält sie Vorschriften über ein schiedsgerichtliches Verfahren zur Schlichtung von Streitigkeiten aus der Anwendung der Verordnung und zur Beseitigung von Unbilligkeiten. Die Ausdehnung dieser Bestimmungen auf Kohle und aus der Kohle erzeugte Brennstoffe kann natürlich erst dann praktische Bedeutung gewinnen, wenn Höchstpreise für diese Produkte festgesetzt werden. Bisher hat sich eine Notwendigkeit hierzu noch nicht ergeben. Da aber die Möglichkeit besteht, daß eine eventuelle Festsetzung von Höchstpreisen erst in einem Augenblick erfolgen kann, in dem der größte Teil der Förderung bereits auf längere Zeit hinaus zu höheren Preisen an den Großhandel verschlossen ist, ist die Verordnung erforderlich gewesen. Bleiben die im Augenblicke der Höchstpreisfestsetzung abgeschlossenen, aber noch nicht erfüllten Verträge von der Preisbegrenzung unberührt, so könnte die letztere unter Umständen in weitem Umfange unwirksam gemacht werden. Man darf wohl die berechtigte Erwartung hegen, daß sowohl die Kohlenindustrie, wie besonders die Eisenindustrie hinsichtlich der Preisfestsetzung weise Selbstbeschränkung üben werden, damit der Bundesrat von einer Anordnung von Höchstpreisen für Kohle und Eisen Abstand nehmen kann.

Diese weise Selbstbeschränkung in der Preisbemessung scheint jetzt erfreulicher Weise auch im freien Verkehr an den Wertpapierbörsen Platz gegriffen zu haben, an denen in der diesmaligen Berichtswoche sich der Geschäftsverkehr bedeutend ruhiger abwickelte als in den Vorwochen. An der Börse hatte man in letzter Zeit nach Preisen vielfach nicht mehr gefragt. Ohne Limite wurden Kaufaufträge gegeben, und willig zahlte man den von dem Verkäufer geforderten Preis, um nur in den Besitz der von der Spekulation bevorzugten Wertpapiere zu gelangen. Wenn in dieser Beziehung in letzter Zeit eine gewisse Ernüchterung und eine damit verbundene langsamere Gangart in der Aufwärtsbewegung der bisher übermäßig in die Höhe getriebenen Papiere eingetreten ist, so ist diese Tatsache im Interesse unseres Wirtschaftslebens und eines geregelten Börsenverkehrs nur mit Genugtuung zu verzeichnen.

Amtsblatt der Stadt Wien

21./XI. 1916

67

Kohlenabsatz im Oktober 1916.

Der Absatz von Kohle auf den städtischen Lagerplätzen gestaltete sich im Oktober 1916 wie folgt:

Verkauf im Kleinen:

Mengen in Zentnern

	1916		1915	
	Oktober	September	Oktober	September
Westbahnhof . .	16.742·06	13.623·95	15.427·81	14.242·54
Matzleinsdorf .	13.536·86	9.787·69	8.045·80	5.560·39
Engerthstraße .	2.290·57	1.515·60	3.565·55	3.068·08
Nordwestbahnhof	4.902·25	3.013·25	5.163·64	4.320·04
Ottakring . . .	4.270·66	4.718·18	—	—
Zusammen .	41.742·40	32.658·67	32.202·80	27.191·05

Verkauf in Fuhren:

Mengen in Zentnern

	1916		1915	
	Oktober	September	Oktober	Se
Westbahnhof . .	12.911·95	4.058·70	3.107·20	4.0
Matzleinsdorf .	4.239·35	6.779·50	2.984·20	2.5
Engerthstraße .	1.417·50	345·80	622·30	1.2
Nordwestbahnhof	—	—	—	
Ottakring . . .	1.523·10	2.568·30	—	
Zusammen .	20.091·90	13.752·30	6.713·70	7.7

ist noch zu berücksichtigen, daß der fuhrenweise
en des Sinkens der Vorräte wesentlich eingeschränkt
te.
hl der Parteien (ausgegebenen Anweisungen) ist
auf 167.237 gestiegen, hat also um 31.444 zuge-
nd 18 Prozent).
nger Steinkohle konnte nur mehr von dem Lager
tenstraße verkauft werden, da die übrigen Plätze
ptember geleert wurden. In Matzleinsdorf wurden
t von 119·6 q abgesetzt.
erkauf auf dem Kohlenlagerplatze Vorgartenstraße
813·62 q. Er wurde gegen Ende des Monates nach
des Vorrates eingestellt.
bt. V, 2738.)

Verkauf von Grieß:

Mengen in Zentnern

	1916		1915	
	Oktober	September	Oktober	Se
Westbahnhof . .	963·40	4.578·13	2 293·70	3.280·65
Matzleinsdorf . .	1.448·05	2.126·70	1.798·85	1.502·40
Engerthstraße . .	—	—	315·35	200·50
Nordwestbahnhof	52·—	134·45	302·70	1.007·65
Ottakring . . .	1.698·10	2.232·01	—	—
Zusammen .	4.161·55	9.071·29	4.710·60	5.891·20

Der Gesamtverkauf an Braunkohle betrug:

Mengen in Zentnern

	1916		1915	
	Oktober	September	Oktober	September
Westbahnhof . .	30.617·41	22.260·78	20.828·71	21.567·69
Matzleinsdorf .	19.224·26	18.693·89	12.828·85	9.589·29
Engerthstraße .	3.708·07	1.861·40	4.503·20	4.480·75
Nordwestbahnhof	4.954·25	3.147·70	5.466·34	5.327·69
Ottakring . . .	7.491·86	9.518·49	--	—
Zusammen .	65.995·85	55.482·26	43.627·10	40.965·42

Die Anzahl der Parteien betrug:

	1916		1915	
	Oktober	September	Oktober	September
Westbahnhof . .	71.368	66.395	69.394	62.924

Neue freie Presse
26./XI. 1916

65

Kohlenerzeugung und Kohlenversorgung.

Wien, 25. November.

Die Abendstunde des 21. November, da Kaiser Franz Josef nach achtundsechzigjähriger glorreicher Herrschaft hochbetagt die müden Augen schloß, bedeutet auch einen Markstein in der industriellen Geschichte der Monarchie. An drei Grenzen des weiten Reiches tobt der Weltkrieg, wird um Sein oder Nichtsein der Staaten und Völker gerungen, im Innern schreitet aber die wirtschaftliche Entwicklung, die unter dem Zepter des verblichenen Monarchen angebahnt wurde, zu neuen Erfolgen und hat auch im Kriege ihre höchste Leistungsfähigkeit bewährt. Das Zeitalter des Kaisers Franz Josef bedeutet das Erwachen der österreichischen Industrie aus früher Kindheit zur stärksten Entfaltung aller Kräfte, den Uebergang vom primitiven Agrarstaate zum Industrieland, das unter den Mitbewerbern im Weltverkehre ebenbürtig dasteht und seinen Platz an der Sonne verlangt. Der Gradmesser der Wirtschaft ist die Kohle und an ihrer Förderung ist die Spannweite jeglichen Fortschrittes abzulesen. Als Kaiser Franz Josef den Thron bestieg, wurden in der ganzen Monarchie 18 Millionen Meterzentner Steinkohle gefördert, die reichen Schätze des Bodens waren fast unerschlossen. Im letzten Jahre vor dem Kriege betrug die Erzeugung der Steinkohle in Oesterreich 164½, in Ungarn 13 Millionen Meterzentner, sie hat sich also verzehnfacht. In ähnlichen Linien bewegte sich die Ausgestaltung der Braunkohlenförderung, die in der ganzen Monarchie während dieser langen Periode von 40 auf 370 Millionen Meterzentner gestiegen ist. Der Krieg hat naturgemäß einen Rückschlag gebracht, der sich in den ersten Monaten am schwersten fühlbar machte. Während der Zeit der Mobilisierung wurden die größten Mengen der Arbeiter den Gruben entzogen, damals bestand noch kein Ueberblick und es wurden auch von den Kohlenwerken die größtmöglichen Massen von Soldaten zu den Fahnen berufen, um erst allmählich und auch jetzt noch lange nicht in vollem Umfange ihrer Beschäftigung wiedergegeben zu werden. Den Tiefstand der Erzeugung stellte das Jahr 1915 dar, wo nur 150 Millionen Meterzentner Schwarzkohle und etwas über 200 Millionen Meterzentner Braunkohle gewonnen wurden. Heuer hat sich die Kohlenförderung wieder gehoben. In den ersten drei Jahresvierteln erreichte die Produktion an Steinkohle die Höhe von 132 Millionen Meterzentner, war um 12 Millionen Meterzentner höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres und hat die stärkste Gewinnung der früheren Friedenszeit bereits wieder in der vollen Ziffer erreicht. Minder günstig steht es in der Braunkohle. Die Förderung betrug heuer bis Ende September 176 Millionen Meterzentner, um 13 Millionen mehr als im vorigen Jahre, aber noch immer um 30 Millionen Meterzentner oder etwa 15 Prozent weniger als in den ersten neun Monaten des Friedensjahres 1913. Der Ausfall ist in der Steinkohle vollständig hereingebracht worden, die Steigerung der Entwicklung, die in normalen Jahren acht Prozent betrug, ist aber selbstverständlich nicht eingetreten, in der Braunkohle ist der Entgang mit einem Rückschlage um ungefähr fünfzehn Jahre gleichbedeutend.

Das allmähliche Hineinwachsen der Kohlenförderung in den früheren Höchststand bedeutet aber durchaus noch nicht, daß der heimischen Wirtschaft die gleichen Kohlenmengen wie ehedem zur Verfügung stehen. Die gewonnenen Brennstoffe müssen vielmehr ganz anders gearteten erweiterten Bedürfnissen dienstbar gemacht werden. Zwar ist der Seeverkehr in Oesterreich und Deutschland zum großten Teile auf die Reisen der Kriegsflotten begrenzt, da die Handelsschiffe zu erzwungener Untätigkeit verurteilt sind, dafür fehlen aber die Zufuhren englischer Kohle, die früher die Heizung der Seeschiffe fast zur Gänze versorgte, aber auch die Industrien in den Hafenplätzen und innerhalb einer gewissen Anziehungszone bis in das Binnenland bediente. Die Kohle aus den deutschen und und österreichischen Gruben muß für den gesamten Bedarf der inneren Wirtschaft, sodann auch für die in den Krieg verwickelten befreundeten Länder, für Bulgarien, die Türkei bis tief nach Kleinasien, für die besetzten Gebiete von Polen, Rußland und Serbien herhalten. Die Versorgung des Heeres, namentlich der gewaltig ausgedehnte Militärverkehr der Bahnen erfordert große Kohlenmengen, die in allererster Linie gedeckt werden müssen, bevor noch die Industrie und der Privatbedarf darankommen. Aber auch jene Sendungen von Brennstoffen, die so verfügbar bleiben, können nicht sofort und nicht in zureichendem Umfange von den Stätten der Erzeugung zu jenen des Verbrauches abgeführt werden. Der Krieg ist auch ein gewaltiger Auszehrer von Fahrbetriebsmitteln, Lokomotiven und Wagen. Der Fahrpark wird durch den gesteigerten Betrieb unverhältnismäßig rascher als im Frieden abgenützt, die Nachschaffungen sind bei der angestrengtesten Tätigkeit der Fabriken unzureichend und die Bahnen werden im Frieden weiter neu ausgestaltet werden müssen. Manches Material ist verlorengegangen, allerdings auch durch erbeutete Waggons aus Feindesland ersetzt worden; aber auch die vorhandenen Wagen haben bei der gewaltigen Ausdehnung der Kriegsschauplätze eine bedeutend längere Laufzeit und rollen erst sehr spät zurück. Bei noch so glänzender Ausstattung der Bahnen und noch so vorsichtiger Dirigierung ist Waggonmangel eine selbstverständliche Begleiterscheinung eines so langen Krieges und macht sich namentlich auch im preußischen Kohlengebiete von Oberschlesien empfindlich fühlbar. Für diese Stockung ist die Tatsache von symptomatischer Bedeutung, daß in Oberschlesien 7½ Millionen Meterzentner geförderter Kohle auf die Halde gestürzt werden mußten, weil sie nicht abgeführt werden konnten. Solche riesige Mengen fehlen allenthalben dem Verbrauche; wenn die Transportschwierigkeiten anhalten, werden schließlich die vorhandenen Lagerplätze überfüllt und die Förderung müßte eingeschränkt werden. Die Waggonbeistellung im oberschlesischen Revier beträgt seit Wochen nicht mehr als 20 Prozent der Anforderung, und trotz aller Anstrengungen ist eine wesentliche Besserung nicht erzielt worden. In erster Linie wird die für das Heer und die Bahnen nicht benötigte Kohle der deutschen Industrie zugeführt, aber auch das in unzureichendem Maße, so daß deutsche Fabriken, die auf oberschlesische Kohle angewiesen sind, bereits seit Wochen den Betrieb einschränken oder stillestehen. Die für Oesterreich verbleibende Kohle aus Oberschlesien ist so auf einen immer geringer werdenden Umfang eingeschränkt worden und vorübergehend sind diese Zufuhren auch ganz ausgeblieben.

Diese Verschiebungen machen sich in den Preisen fühlbar. Die offiziellen Listen bringen allerdings die Kohlenteuerung während des Krieges nur teilweise zum Ausdruck. Beste Kohle kostete auf den preußischen Gruben im Großhandel vor dem Kriege 14 bis 14½ Mark für die Tonne, wird jetzt mit 17 bis 17½ Mark bezahlt und für den 1. Dezember ist eine Preiserhöhung um 2 Mark für die Tonne angekündigt. In Wien ist die Preissteigerung infolge der Verschiebung in den Valutenpreisen stärker. An der Rutsche des Nordbahnhofes stellte sich vor dem Kriege der Meterzentner bester oberschlesischer Kohle auf 3 Kronen 33 Heller, jetzt wird ein Preis von 4 Kronen 36 Heller gefordert, und für den Dezember ist als Rückwirkung der Erhöhung in Deutschland eine weitere Verteuerung in Aussicht, die mit etwa 45 Heller veranschlagt wird. Im freien Verkehre bestehen jedoch ganz andere Preise und viel wildere Sprünge. Dort treiben, ähnlich wie im Handel auf dem Effektenmarkte, ganz abenteuerliche Außenseiter ihr Unwesen, die sich zuweilen erhebliche Mengen von Brennstoffen zu verschaffen wußten und diese mit schrankenlosen Gewinnen losschlagen. So wird erzählt, daß ein eleganter junger Herr, der früher ein geschätzter Künstler in der Vervollkommnung der männlichen Haartrachten war, ein würdiger Geschäftsmann, der ehedem seine Talente der Reinigung von Hausschloten widmete, sich plötzlich dem Kohlenhandel zugewendet und hiebei in wenigen Monaten Gewinne von vielen Hunderttausenden von Kronen erzielt haben. Einzelne dieser wagelustigen Unternehmer haben das Feld ihrer Tätigkeit erweitert, haben beträchtliche Mengen deutscher Kohle nach Oesterreich und österreichischer Kohle nach Deutschland geliefert. Ehedem begnügte sich der Kohlenhändler, wenn er deutsche Kohle nach Ungarn verkaufte, mit einem Zwischennutzen von 3 Kronen für den Waggon, der bei dem fast ganz fehlenden Risiko und den geringen Geschäftsspesen auch als ganz zureichend erschien. Jetzt wird ein Nutzen von 300 Kronen bereitwillig bewilligt, wenn man nur Kohle erlangen kann. Auch einzelne berufsmäßige Kohlenhändler konnten sich in der letzten Zeit mit der Hinaufschraubung der Preise nicht genug tun. In den Kohlenmarkt, der früher ein sehr ruhiges, den Schwankungen entrücktes Geschäft hatte, ist so ein Element der größten Unsicherheit und Willkür hineingetragen worden; er ist der Schauplatz wildester Preistreibereien, gegen welche bisher vergebens angekämpft wurde.

An der Schwelle des Winters ist naturgemäß die Sorge um die Kohle am stärksten. Bisher war der Verlauf der Witterung sehr mild, die Nachfrage nach Hausbrandkohle gestaltete sich keineswegs stürmisch. Die Versorgung der Haushaltungen ist in Wien und den anderen großen Städten nicht in erster Linie eine Frage der Beschaffung, sondern der Zustellung. Kohle ist oft zureichend vorhanden, es mangeln aber die Beförderungsmittel, es fehlt vor allem an Pferden. Die Versuche der Zufuhr durch die Straßenbahn sind in den ersten Anfängen stecken geblieben. Schwierigkeiten bereitet auch die Beistellung der nötigen Säcke. Seit dem Ausbruch des Krieges ist die Zufuhr von Jute ausgesperrt, die Herstellung aus Ersatzstoffen gestaltet sich bedeutend teurer, zumal auch diese nicht in zureichender Menge vorhanden sind; die alten Säcke werden immer mehr abgenützt und verlieren an Brauchbarkeit. An Stelle der früheren geregelten Kohlenzufuhr ist eine primitive Selbstbeschaffung getreten, da es selbst in wohlhabenden Haushaltungen nicht verschmäht wird, zu Mitteln der Abholung und der Kleinversorgung zu greifen, die man ehedem nicht für möglich gehalten hätte. Die Hauptsache ist doch, daß genügend Kohle vorhanden ist und daß die städtische Bevölkerung den anbrechenden Kriegswinter, der doch wohl der letzte sein dürfte, gut überstehen wird. Das kann immerhin angenommen werden, vorausgesetzt, daß die oberschlesischen Zufuhren nicht stocken. Die Industrie muß sich selbstverständlich nach der Decke strecken, sich helfen, wie sie kann. Minder wichtige Bedürfnisse werden zurückgestellt, für jene Erzeugungen, die der Versorgung des Krieges und der wichtigsten Erfordernisse der Lebenshaltung dienen, ist aber Kohle hierzulande in zureichender Menge verfügbar. Der Brennstoff ist zwar teuer, man zahlt um die Hälfte mehr als in Friedenszeiten, aber es besteht kein Kohlenmangel; wenn sich die Waggonnot bei den oberschlesischen Gruben mildert und sonstige Schwierigkeiten behoben sind, wird auch die Kohlenzufuhr zu den Betriebsstätten der Industrie wieder lebhafter werden. Unsere Situation ist doch noch unendlich besser als jene unserer Feinde. Frankreich hat die schwerste Kohlenkrise, die verwöhnte Bevölkerung von Paris friert und muß wegen des Mangels an Kohle für die Erzeugung von Gas und Elektrizität frühzeitig die Lichter verlöschen. Italien kann bei den teuren Verbündeten trotz wucherischer Preise nur einen geringen Teil seines Kohlenbedarfes decken. Wir und Deutschland haben hinreichend Kohle im Lande, Industrie, Bahnen und Hauswirtschaften werden bei der Selbstbeschränkung, die sich jeder bereitwillig auferlegt, keinen Kohlenmangel haben, auch mit Kohle werden wir den Krieg durchhalten.

Reichspost

Die Kohle als Kriegsziel.

Von Ing. Professor Otto W. Fischer.

Wie das Korrespondenzbureau vom 17. d. meldete, wurde in der Sitzung der französischen Deputiertenkammer vom 14. November 1916 eine die Kohlenverteilung und die Regelung der Kohlenpreise betreffende Vorlage behandelt, bei welchem Anlaß der Minister für öffentliche Arbeiten Sembat zugestehen mußte, daß England, entgegen dem dringlichen Verlangen der französischen Regierung, monatlich, statt erhofften 4 Millionen nur 2 Millionen Tonnen Kohle zuführen könne, da die dortige Förderung infolge der zahlreichen Einberufungen stark zurückgegangen sei; der vorhandene Reservebestand der französischen Eisenbahnen von annähernd 800.000 Tonnen decke aber nur ungefähr den Bedarf eines Monats. Diese wenig wortreichen Feststellungen wurden von dem Abgeordneten Augageur weiter dahin ergänzt, daß die von England versprochene Menge nicht genüge, daher eine Rationierung der Industrie erzwingen müsse, und daß die Kohlenkrise viel mehr durch einen wirklichen Kohlenmangel verursacht werde, als durch die leider ebenfalls bestehende Transportkrise, die zum Teil auf die Tätigkeit der deutschen U-Boote zurückzuführen sei.

In engstem Zusammenhang mit diesen Auslassungen steht die Meldung des „Figaro", der auf Grund angeblich unanfechtbarer Zahlen behauptet, daß Frankreich, abgesehen von dem sonstigen Bedarf, bald nicht mehr in der Lage sein werde, den gesamten militärischen Betrieb aufrecht zu erhalten, statt ihn, wie doch nötig, zu erweitern, und daß man deshalb gezwungen sei, vorerst im bürgerlichen Leben sich einzuschränken, während der „Temps" sich über die Schwierigkeiten der Kohlenbeschaffung für die Pariser Beleuchtungsgesellschaften verbreitet, die sich bereits derart ausgedehnt haben, daß zahlreiche Orte der weiteren Bannmeile von Paris infolge Gasmangel schon im Dunkeln liegen und einzelne Gemeinden die Schulen schließen, da eine Beheizung der Schulräume unmöglich wird.

Mit diesen vielsagenden aber nichts weniger als überraschenden Nachrichten ist endlich der mühsam niedergehaltene Schleier zerrissen, hinter dem die bitteren Nöte des französischen Volkes im Interesse seiner Machthaber verdeckt werden sollten, und riesengroß erscheint am wirtschaftlichen Horizont das Gespenst des Kohlenhungers, das nicht nur Frankreich, sondern alle die Verbündeten des imperialistischen Albions bedroht.

Denn schon im letzten Friedensjahre 1913 war der Verbrauch Frankreichs, in dem Bestreben, die heimische Eisenindustrie energisch zu heben, auf 63 Millionen Tonnen gestiegen und mußte, da die eigene Produktion nur 41 Millionen Tonnen erreichte, zu einem Drittel durch ausländische Bezüge, darunter in steigendem Maße westfälische Kohle, bedeckt werden. Mit Beginn des Weltkrieges hat sich dieses Verhältnis aber wesentlich verschlechtert. Die deutschen Armeen halten vier Departements besetzt, deren Kohlenbergwerke etwa 68% der Jahresproduktion liefern, ein Ausfall, der um so schwerer wiegt, als gleichzeitig auch die belgische Einfuhr von rund 5'3 Millionen Tonnen aus demselben Grunde unterbleibt, so daß zur Deckung des sicherlich durch die Munitionserzeugung und durch andere militärische Industrien bis zum Höchstausmaß gesteigerten Bedarfes nur die eigene Produktion von 15 Millionen Tonnen zur Verfügung steht. Den fehlenden Rest kann und soll unter den heutigen Umständen nur England liefern.

Nicht viel besser steht es um Italien, dessen Verbrauch von 11 Millionen Tonnen mangels eigener Lager fast zur Gänze aus dem Ausland versorgt werden muß, und um Rußland, dessen Kohlenförderung 1913 zwar 31 Millionen Tonnen betrug, mit der Eroberung Russisch-Polens durch die Heere der Verbündeten aber eine Einbuße von 21%, zirka 7·5 Millionen Tonnen, erlitt und für 1915 auf 20 Millionen Tonnen geschätzt werden kann, dessen normaler Friedensverbrauch aber zum mindesten die zweifache Höhe erreicht.

Bis in das letzte Jahrzehnt war England der alleinige Beherrscher des Kohlenmarktes in Europa, damit auch der tatsächliche Besitzer der Meere und deshalb weiter in der angenehmen maritimen Lage, die Kohle billig und doch mit großem Verdienst nach dem Festland verfrachten zu können. Eine Aenderung in diesem Belange trat erst ein, als die Vereinigten Staaten und für Europa vor allem Deutschland als fühlbare Konkurrenten aufzutreten begannen, als die mächtige Entwicklung der Kohlenindustrie Deutschlands in wenig Jahren die Produktion bis nahe an die englischen Ziffern heranbrachte und in England die Befürchtung erwecken mußte, durch diesen ohnedies mißgünstig beobachteten Aufschwung endlich vom europäischen Markte verdrängt zu werden. Das war zu viel, dem mußte rechtzeitig ein Riegel vorgeschoben werden. Und in der Tat fallen in die Zeit jener Erkenntnis die ersten Ansätze zur famosen Einkreisungspolitik, als deren Schlußpunkt der einsetzende Weltkrieg zu gelten hat. Denn es steht außer Zweifel, daß alle jene Staaten, die bei Deckung ihres Kohlenbedarfes auf einen einzigen ausländischen Lieferanten angewiesen sind, bald in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von diesem geraten und auch geraten müssen, gar dann, wenn der Lieferant England ist, dessen rücksichtslose Erpresserpolitik illustriert erscheint in der Verweigerung von Bunkerkohle an jene Neutralen, die sich seinen fast schon selbstverständlichen Völkerrechtsbrüchen nicht bedingungslos beugen, oder aber in den geradezu unerhörten Preisen, die es seinen teuren Verbündeten ohne jede Schonung diktiert. Anderseits freilich kann England sich selbst nicht erhalten und ist nicht nur auf die Einfuhr aus seinen eigenen Kolonien, sondern auch auf Amerika (Getreide, Fleisch), auf die Mittelstaaten und Holland (Zucker, Butter, Farbstoffe usw.), somit auch zu manchem Zwang zu dieser Einfuhr angewiesen. Aber wenn es auch möglich ist, unter dem Druck der Verhältnisse, die Verbrauchsziffern an Lebensmitteln für Millionen von Menschen zu beschränken, zu strecken, so ist das gleiche ausgeschlossen für den fast wahnwitzigen Stoffwechselbedarf des Krieges, der das gerade Gegenteil erheischt. Von der wirtschaftlichen Abhängigkeit mit ihrer selbstverständlichen Einwirkung auf den industriellen Entwicklungsgang bis zur Beeinflussung oder richtiger gesagt Bedrückung der politischen Entschlüsse ist aber, wie die jüngsten Beispiele überzeugend lehren, nur ein kurzer Schritt.

Der Kohlenvorrat Englands, der Hauptfaktor für seine Entwicklung im Laufe des vergangenen Jahrhunderts, wird nach dem vom Internationalen geologischen Kongreß des Jahres 1913 herausgegebenen statistischen Materiale auf bloß $^1/_{40}$ des Weltkohlenreichtums oder rund auf 100 Milliarden Tonnen veranschlagt und dürfte nach einem etwas optimistisch gefärbten Berichte der königlichen Kommission, über welche W. Ramsay in einer Versammlung im Mansion House in London berichtete, in einem wenn auch noch entfernten, aber immerhin berechenbaren Moment, in 500 bis 800 Jahren, zur Neige gehen. In 200 Jahren dürfte, wieder nach W. Ramsay, der Preis der Kohle so hoch gestiegen sein, daß die Lebensbedingungen außerordentlich erschwert werden, so daß heute schon nach Abhilfe — sei es Erdwärme oder Energie aus dem Weltäther nach einer freilich erst zu machenden Entdeckung — gesucht werden soll, um künftighin Hitze in Form von Dampf erhalten zu können. Viel vorsichtiger und wahrscheinlich richtiger schätzt der deutsche Geologe F. Frech die Produktionsdauer der nordenglischen Reviere (Durham, Northumberland) mit 100 bis 200 Jahren, die der übrigen englischen Kohlenfelder mit einer größeren Zahl

Zu den von der Entente bekriegten Ländern gehört aber auch Oesterreich-Ungarn mit einer Brennstoffproduktion, deren Schwankungen in den Jahren 1913 bis 1916 in den Zahlen 43·8, 39·2, 38·1 und 42 Millionen Tonnen ausgedrückt erscheinen und die demnach für 1916 einen Zuwachs von 10·5% — für Deutschland 6%, für England kaum 1·6% — erkennen lassen. In diesen Zahlen ist übrigens bloß der Anteil Oesterreichs ausgedrückt und vorsichtigerweise die gestörte Kohlengewinnung Ungarns — etwa 9 Millionen— und Bosniens — etwa 6·8 Millionen Tonnen — nicht berücksichtigt. Das gibt also im Vereine mit dem verbündeten Deutschland eine Kohlenmenge von annähernd 350 Millionen Tonnen, eine Ziffer, deren Bedeutung in dem einzigen Hinblicke auf die ins Stocken geratene Entwicklung Englands einer weiteren Klarstellung kaum bedarf und die außerdem ausreicht, um die kohlenarmen Balkanländer zu versorgen. Gar bei der Möglichkeit, den nicht überall auf voller Höhe stehenden Kohlenbergbau der österreich-ungarischen Monarchie nach deutschem Muster noch weiter zu entwickeln.

Der Einfluß, den die Vereinigten Staaten auf diese Verhältnisse vielleicht nehmen könnten, gehört auf ein anderes Blatt.

reitag, 1. Dezember 1916.

ung

er Zeitung.)

immer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
Kolonelzeile 60 ₰ Abendbl. 75 ₰, Reklamen ℳ 2.—, Abendbl. ℳ 2.50, Familienanzeigen ℳ 1.—, zuzügl. 10% Kriegszuschlag. Platz- und Daten-Vorschrift. ohne Verbindlichkeit. — Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 31/37, Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstraße 16/18 Dresden-A: Waisenhausstr. 25, München: Perusastr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agentur. u. d. Annonc.-Expod. Ferner in New York: 20 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Der Staat und die Kohle.

Während im Reiche Maßnahmen zur Kohlenersparung (wie früheren Laden- und Wirtschaftsschluß, Einschränkung der Lichtreklamen und der Straßenbeleuchtung und Aehnliches) erwogen werden, nicht, weil es uns an Kohlen fehlt, sondern weil wir die Arbeit der Menschen und die Wagen der Eisenbahnen jetzt nicht für überflüssige Dinge verwenden dürfen, erfordern auch manche Dinge, die sich in Preußen zwischen Staat und Kohle abwickeln, weitere Beachtung. Ueber die Weitergestaltung der Kohlenpreise werden nämlich schon seit längerer Zeit zwischen den westfälischen Zechenbesitzern und dem preußischen Handelsminister Verhandlungen, die das Interesse größerer Verbraucherschichten sehr stark berühren, geführt. Die privaten Gruben des Kohlensyndikats haben eine sehr beträchtliche Preissteigerung gefordert, und vor kurzem hieß es, daß der Handelsminister eine Preiserhöhung, wenn auch nicht um zwei bis drei Mark, so doch etwa um anderthalb Mark für die Tonne zu bewilligen bereit sei. Die für heute angesetzte Sitzung des Kohlensyndikats, in der hierüber endgültig beschlossen werden sollte, ist aber wieder vertagt worden. Der Entschluß des Handelsministers steht noch nicht fest, er soll erst Mitte Dezember ergehen; offenbar haben die aus Verbraucherkreisen, unter anderem auch von dem Vorstand des Deutschen Städtetages, ihm gemachten Einwendungen gegen eine weitere Preissteigerung für Kohle ihn zu einer nochmaligen Prüfung veranlaßt. Das wäre dringend zu wünschen. Die Kohlengruben verweisen zur Begründung ihrer Preiserhöhungswünsche auf die fortgesetzte Erhöhung der Selbstkosten. Aber Tatsache ist, daß bisher die Gewinne der Zechen trotzdem sehr günstige gewesen sind. Es ist nicht recht einzusehen, warum die Preiserhöhung eintreten soll, bevor die Notwendigkeit ziffernmäßig belegt werden kann. Dem Bergbau bringt heute nicht nur das Inlandgeschäft, sondern auch vor allem der sonst oft so unrentable Auslandsabsatz infolge der gewaltigen Steigerung der Weltmarktpreise durch den Krieg sehr hohe Gewinne, derart, daß statt der Umlage, die sonst das Syndikat als Regiekosten und für Mindereinnahmen im Auslande von den Zechen erheben mußte, jetzt umgekehrt noch Vergütungen von dem Syndikat an seine Mitglieder gezahlt werden. Das darf man nicht übersehen. Und man darf auch nicht, wie es vielfach geschieht, einfach auf die Gewinne der Kriegsindustrien verweisen und daraus schließen, daß, wenn diese Kohlenabnehmer so hohe Gewinne machen, auch die Kohle selbst ihre Kriegskonjunktur haben müsse. Einmal gehören ja zu den Kohlenabnehmern nicht nur die hoch rentierenden Munitionsfabriken, sondern auch die ganze Reihe derjenigen Industrien und Erwerbszweige, die schwer unter dem Kriege zu leiden haben, und die große Masse der Verbraucher in Stadt und Land. Vor allem aber wäre es viel richtiger, die übertriebene Kriegskonjunktur überhaupt herunterzudrücken, statt ihr in der Kohle einen neuen Teilnehmer zu schaffen. Steigen jetzt die Kohlenpreise, so wird das allgemeine Preisniveau wieder um eine Schraubenwindung nach oben gedreht, sicher nicht im allgemeinen Interesse. Produktionsförderung durch hohe Preise ist wirklich eine bescheidene Weisheit. Und wenn jetzt wieder behauptet wird, man müsse, um eine hohe Produktion zu erzielen, die Kohlenpreise so festsetzen, daß auch die am schlechtesten rentierenden Gruben einen Anreiz zu möglichst hoher Produktion finden, so ist das eine Verkennung der Sachlage. Die Kohlenfrage ist jetzt, wie heute alle Produktion und sogar in noch viel höherem Grade als alle übrigen, in erster Linie eine Arbeiterfrage. Es wird so viel gefördert, wie wir Arbeiter haben. Und in dem Sinne des Gesetzes über die vaterländische Hilfsdienstpflicht wäre es durchaus, wenn Arbeiter aus den teuer und schlecht fördernden Gruben in andere, billig und reichlich fördernde übergeführt würden. Das wäre eine bessere Produktionsförderung, als eine weitere starke Preiserhöhung für die Kohlen. Dem ganzen Bergbau aber und der Kohlenversorgung überhaupt täte vor allem eine Minderung des Wagenmangels not, wofür ja wenigstens die ersten Schritte jetzt im Gange sind.

Während diese Erwägungen über die neue Preisfestsetzung für Kohle noch schweben, hört man von neuen Syndizierungs-Bestrebungen an der Saar, und zwar ist hier der preußische Bergfiskus die treibende Kraft. Die Bemühungen gehen ja schon lange. Früher hatte der Fiskus einmal die Einbeziehung des Saarbergbaus in das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, das dann zu einem westdeutschen Syndikat erweitert worden wäre, als Bedingung für seinen Beitritt gefordert. Das ist aufgegeben worden. Nun kommt man wieder auf den Plan der Syndizierung des Saar-Bergbaus zurück in Verhandlungen, die schon längere Zeit schweben, die auch nicht mit absoluter Dringlichkeit betrieben werden, die aber früher oder später doch zu einem Resultat führen würden und deshalb schon jetzt Beachtung verdienen. Die Lage ist hier sehr eigenartig durch die überwiegende Stellung des Fiskus: von den 17 Millionen Tonnen Saarkohlen im letzten Friedensjahre kamen auf den Fiskus allein 13 Millionen Tonnen. Die Neigung zu einer Syndizierung ist schon aus diesem Grunde bei den privaten Gruben nur sehr gering; sie fürchten, in einem Saar-Syndikat durch den Fiskus majorisiert zu werden, fürchten wohl auch, daß ein unter Leitung des Fiskus stehendes Saar-Syndikat gegenüber dem Rheinisch-Westfälischen Syndikat mit seiner größeren Geschäftsgewandtheit leicht etwas ins Hintertreffen kommen würde. Und vor allem ist ihre Stellung als Außenseiter so günstig wie möglich. Sie sind in ihrer Produktion an keine Kontingents-Ziffer gebunden. Sie sind bei guter Konjunktur in ihrer Preisbemessung, so lange das Reich keine Höchstpreise festsetzt, unbeschränkt und erzielen z. B. jetzt tatsächlich erheblich höhere Inlandspreise als der an die allgemeinen Gesichtspunkte der staatlichen Preispolitik gebundene Fiskus. Sie sind andererseits bei schlechter Konjunktur durch die Preisfestsetzung des Kohlen-Syndikats und der fiskalischen Zechen gesichert und brauchen diese nur um Weniges zu unterbieten, um jenen einen guten Teil des Absatzes abzunehmen. Kein Wunder, daß sie hier ganz im Gegensatz zu ihren Kollegen an Ruhr und Rhein durchaus nicht syndikatslustiger sind, sie haben's nicht nötig. Auf der anderen Seite aber wird geltend gemacht, daß gerade diese Ungebundenheit der außenstehenden privaten Saarzechen künftig auch im allgemeinen Interesse noch weniger erwünscht als vorher sein würde. Denn die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege und die Möglichkeiten, die sich dann gerade für die Kohle bieten dürften, werden dann ein einheitliches Vorgehen des gesamten deutschen Kohlenbergbaues auf den ausländischen Märkten dringend notwendig machen. Es wäre dann eine Schädigung wichtiger allgemeiner Interessen, wenn die privaten Saargruben, bei denen ja, wie bekannt, auch französisches Kapital eine gewisse Rolle spielt, ungebunden für sich vorgehen könnten und dadurch, zum Schaden unserer Volkswirtschaft und speziell auch unserer Valuta, die Preise verderben könnten. Wir werden gerade mit der Kohle planmäßige Ausfuhrpolitik zu treiben haben, und das geht nur durch Verbandsbildung, die die Einheitlichkeit und die richtige Ausnützung aller Informationsquellen über die tatsächliche Lage der verschiedenen ausländischen Märkte ermöglicht. Außenseiter, die auf dem Rücken der größern Verbände ihre Sonderinteressen pflegen, seien demgegenüber kein schützenswertes Interesse.

Man wird diesen Argumenten eine Berechtigung nicht ab-

78

Neues Wiener Tagblatt 14./XII. 1916

95

Die Kohlennot Europas.

Von Ingenieur A. H. Goldreich.

Fast in allen Staaten Europas sind Maßnahmen zur Einschränkung des Kohlenverbrauches getroffen worden, und man kann derzeit von einer Kohlennot dieses Erdteiles sprechen, welcher jedoch in den verschiedenen Staatengruppen auch verschiedene Ursachen zugrunde liegen. Kohlennot im wahren Sinne des Wortes leiden unsre Feinde, weil der Verlust der reichen Kohlengebiete in Belgien, Frankreich und Rußland eine wesentliche Minderförderung zur Folge hat und England diesen Mehrbedarf seiner Verbündeten keineswegs decken kann. Kohlennot leiden auch jene neutralen Staaten, die im Frieden auf englischen Kohlenbezug angewiesen waren. Es ist bekannt, daß die Kohlenversorgung der Schweiz von Deutschland im reichlichen Maße garantiert worden ist. Auch Holland wurde im Frieden wie im Kriege von Deutschland reichlich mit Kohle versorgt und wird in Zukunft ebenfalls die nötigen Kohlenmengen erhalten, wenn es entsprechende Kompensationsprodukte liefert. Die übrigen neutralen Staaten haben im Frieden fast ausschließlich ihren Kohlenbedarf in England gedeckt.

Die außerordentlich günstigen geologischen Verhältnisse sowie die billigen maritimen Frachtsätze sicherten nämlich der englischen Kohle in den meisten Staaten Europas eine Monopolstellung. Es ist hiebei charakteristisch, daß England nicht nur der Lieferant der kohlenarmen Staaten dieses Erdteiles gewesen ist, sondern daß es auch reichlich seine Kohlen in den Kohlenstaaten Europas abgesetzt hat, das heißt in jenen Staaten, in welchen die Kohlenindustrie eine besondere Bedeutung besitzt, beziehungsweise die Grundlagen für die Entwicklungsmöglichkeiten des Kohlenbergbaues vorhanden sind. Es sei daran erinnert, daß zu Anfang dieses Jahrhunderts in Frankreich eine rege Agitation für die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues entfaltet wurde, welche eine bedeutende Steigerung der Kohlenförderung in die Wege leiten sollte. Frankreichs Kohlenindustrie machte vergebliche Anstrengungen, um mit der englischen Kohle in seinem eigenen Lande in eine erfolgreiche Konkurrenz treten zu können. England hat durch seine Kohlenausfuhr in Frankreich die Entwicklung der mit bedeutend größeren Selbstkosten arbeitenden französischen Kohlenindustrie gehindert. Trotz wiederholter Tarifmaßnahmen war es Frankreich nicht möglich, seine eigene Kohle in Westfrankreich abzusetzen, in dessen Gebieten ausschließlich englische Kohle verbraucht wird. Das kohlenreiche Rußland hat ein Sechstel seines Kohlenbedarfes in England gedeckt, und es ist wohl außer Zweifel, daß Rußland mit geringen Anstrengungen seine eigene Kohlenförderung hätte derart erhöhen können, daß es von der Kohleneinfuhr vollständig unabhängig gewesen wäre. Selbst im kleinen und kohlenreichen Belgien, das im neuentdeckten Campinegebiet sehr bedeutende Kohlenvorräte in Reserve hat, hat England die ansehnliche Menge von jährlich über 2 Millionen Tonnen Kohle abgesetzt. Das kohlenarme Italien war fast vollständig auf englische Kohlenlieferungen angewiesen, und es war keinem Staate möglich, hier mit England in einen erfolgreichen Wettbewerb eintreten zu können.

England hatte in der vergangenen Friedenszeit die Entwicklung der Kohlenindustrie seiner Verbündeten gehemmt. Waren diese Staaten schon im Frieden bezüglich der Kohlenversorgung in eine Abhängigkeit von England geraten, so ist infolge der Verluste der Kohlengebiete im Kriege die Kohlensituation für die Verbündeten Englands, das derzeit wegen verminderter Kohlenförderung wesentlich geringere Ausfuhrmengen zur Verfügung hat, katastrophal geworden. England kann den Kohlenbedarf dieser Staaten nicht decken und verhindert außerdem Kohlenlieferungen Deutschlands. Die nordischen Staaten beabsichtigen, sich durch die Erschließung der reichen Kohlenlager auf Spitzbergen vom englischen Kohlenbezug unabhängig zu machen. Spanien hat seine Kohlengewinnung im Kriege beträchtlich erhöht, um den Ausfall der englischen Einfuhr wettzumachen. Auch die Zentralmächte waren trotz ihres großen Kohlenreichtums große Konsumenten englischer Kohle; Deutschland hat im Jahre 1913 mehr als neun Millionen Tonnen Kohle aus England bezogen. England hat infolge der günstigen Frachtverhältnisse im kohlenreichen Deutschland in den letzten Jahren in steigendem Maße seine Kohle abgesetzt. In Berlin wurden im Jahre 1913 zirka 977,000 Tonnen englischer Kohle und 955,000 Tonnen oberschlesischer Kohle verbraucht. Trotz der erheblichen Preisopfer der oberschlesischen Montanindustrie konnte die englische Konkurrenz nicht verhindert werden. Der Ausfall der englischen Einfuhr im Kriege ist in Deutschland mit Befriedigung empfunden worden, weil die Absatzmöglichkeit der oberschlesischen Kohle erheblich an Boden gewonnen hat.

Es ist bekannt, daß Deutschland im gegenwärtigen Krieg auch nach Norwegen, Schweden und Dänemark Kohle liefern will, daß England dies bisher verhindert hat. Man kann also von einer Kohlennot im Sinne der Entente in Deutschland und auch in Oesterreich-Ungarn nicht sprechen, wenn auch Maßnahmen zur Einschränkung des Verbrauches an Kohle getroffen worden sind. Die Zentralmächte sind in der angenehmen Lage, derzeit die bedeutend erhöhten Anforderungen des Eigenverbrauches an Kohle zu decken, trotzdem die ansehnliche englische Kohleneinfuhr des Friedens derzeit entfällt. Die Zentralmächte versorgen den Balkan, der ansehnliche Kohlenmengen im Frieden aus England bezogen hat. Deutschland ist ferner imstande, den Kohlenbedarf der neutralen Staaten zu decken, die durch den Ausfall der englischen Kohlenlieferung in schwere wirtschaftliche Not geraten sind. Wenn von einer Kohlennot der Zentralmächte die Rede sein soll, die zur Sparsamkeit im Verbrauch von Kohle Anlaß gibt, so ist diese Kohlenkrise nur eine Transportfrage, die jedoch keineswegs krisenhaften Charakters ist. Belgien, Nordfrankreich, Serbien, Montenegro, Polen und ein großer Teil von Rumänien sind besetzt. Auf diesen ausgedehnten okkupierten Gebieten haben die Zentralmächte für die Abwicklung des Bahnverkehres zu sorgen. Wer vermag die großartigen Leistungen des Eisenbahnwesens der Zentralmächte in Frage zu stellen? Wir haben nur Empfindungen der Bewunderung für die Kraftentfaltung österreichischer und reichsdeutscher Eisenbahntechnik, Krieges mit goldenen Lettern bedacht sein werden. Die derzeitige Kohlennot Europas eröffnet eine Perspektive in jene Zeit, in welcher der relativ kleine europäische Kohlenvorrat erschöpft sein wird. Allerdings könnte nach den vorliegenden Berechnungen erst nach etwa 800 Jahren der europäische Kohlenvorrat verbraucht sein. Englands Kohlenreichtum dürfte für drei Jahrhunderte ausreichen. Wenn nicht inzwischen eine neue Kraftquelle entdeckt sein wird, dann werden das kohlenreiche Amerika und Asien über einen Rohstoff verfügen, der die Europäer in eine noch weit größere wirtschaftliche Abhängigkeit bringen könnte, als dies speziell die Entente schon während des jetzigen Krieges zu empfinden immer wieder Gelegenheit erhält.

Fortsetzung ihres Werkes, das sie im heurigen Sommer mit viel Glück begonnen haben.

Soll es gelingen, dann müssen die Väter und Mütter heran und mit beitragen. Nie war es nötiger als jetzt, da die Kinder des Proletariats unterernährt sind und ausgesetzt allen anderen wirtschaftlichen Unbilden des Weltkrieges.

Es sind unsere Kinder, es ist unsere Zukunft, für die wir da steuern!

Die Kinderfreunde (V. Rechte Wienzeile Nr. 97) sind bereit, das ihnen anvertraute Gut im besten Sinne für die Kinder zu verwenden.

Spenden für den Erholungsstättenfonds (neunter Ausweis): H. P. Weidlingau-Hadersdorf Kronen 24.—, Weihnachtsfeier Staatsdruckerei 30.—, Erholungsstättenmarken Ortsgruppe Leopoldstadt (1. Rate) 50.—, Ingenieure Alfred Götzl und Paul Göhl 3800.—, Reichsverein der Notariats- und Advokaturbeamten 20.—, zusammen Kronen 3924.—; letzter Ausweis Kronen 6602.60; Endsumme Kronen **10.526·60.**

* * *

Veranstaltungen in der nächsten Woche.

Ortsgruppe Favoriten. Dienstag den 26. d. um 2 Uhr nachmittags im Arbeiterheim, Laxenburgerstraße Nr. 8/10 (Zimmer 4), Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Gründung des Reichsvereines und die Erholungsstätten. Referent: Genosse Schmerz. 2. Ortsgruppenangelegenheiten.

Ortsgruppe Brigittenau. Dienstag den 26. d. um 3 Uhr nachmittags im Vereinsheim, Wintergasse Nr. 29, 1. Stock, Weihnachtsfeier.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Kohlenmangel.

Kalte Wohnungen zu Weihnachten beeinträchtigen die Festesstimmung ohne Zweifel. Der Himmel hat zwar diesen Herbst ein Einsehen mit unserem Eisenbahnwesen gehabt, hat sich mild gehalten und uns an Kohlen sparen geholfen, nichtsdestoweniger ist der Kohlenmangel höchst empfindlich. Wir haben am 26. November auf dieses Uebel mit allem Nachdruck hingewiesen:

Es fehlt an Kohlen. Man muß sich entweder tagelang an den „Rutschen" anstellen oder aber beim Kohlenhändler lange warten, ehe man bestenfalls mit einer Handvoll Kohlen um zwanzig Heller — mehr wird nicht verkauft, kann nicht verkauft werden, wenn jeder wenigstens etwas erhalten soll — nach Hause geht. Das sind sehr ernste Dinge; schon gibt es Frauen, die das kärgliche Mahl nicht zubereiten können, weil sie keine Feuerung haben. Es drängt sich die Vermutung auf, diese Kohlennot könnte wenigstens zum Teil eine beabsichtigte sein. Wollen die Kohlenbarone eine Erhöhung der Preise und darum die Bevölkerung aushungern? Soll sie mürbe werden und sich die Erhöhung gefallen lassen, um nur ja wieder Kohlen zu bekommen? Oder ist es wirklich die Waggonnot? Jedenfalls löst die Kohlennot mit einem Schlage das ganze Problem der Approvisionierung. Gibt es keine Kohlen, dann braucht man weder Kartoffeln noch Milch, weder Mehl noch Kaffee. Aber die Sache ist in Wahrheit furchtbar ernst.

Unsere Frage hat eine vorläufige Antwort von fachmännischer Seite gefunden, der wir am 28. November Raum geben wollten, die jedoch infolge Dazwischentretens höherer Mächte erst am 5. Dezember erschien. Der Fachmann glaubte, daselbst feststellen zu können, daß die Wiener Kohlenfirmen seit Monaten selbst auf Kohlenzufuhr drängen:

Bis Ende August 1916 haben die Werke rund 70 Prozent ihrer Schlußmengen geliefert. Vom 1. September nahm die Einfuhr oberschlesischer Kohlen durch Waggonmangel und dadurch, daß immer weitere Gebiete mit Kohlen zu versehen sind, bedeutend ab. Die Einlieferung betrug im September 61·7 Prozent, im Oktober 41·1 Prozent, und im November ist sie schon bisher auf 25 Prozent der Schlußmengen herabgesunken. Daß unter diesen Verhältnissen eine Kohlenknappheit unabhängig von den Wiener Kohlenfirmen entstehen mußte, ist klar und auch die wiederholten Bemühungen des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vermochten keinen Erfolg herbeizuführen. Die Preise selbst können nur im Einvernehmen mit dem Handelsministerium reguliert werden, weshalb eine „Aushungerung" der Bevölkerung, damit höhere Kohlenpreise erzielt werden, keine preisbildende Wirkung ausüben könnte.

Dieser Darstellung widerspricht jedoch — wenigstens zum Teil — ein sehr glaubwürdiger Bericht, den Magistratssekretär Dr. Fastenbauer am 7. November der Obmännerkonferenz erstattet hatte, und demzufolge der Sektionschef des Arbeiterministeriums v. Homann, zu dessen Amtsobliegenheiten die Kohlenversorgung gehört, Ende August folgendes mitgeteilt habe:

Es wurde aus den Angaben der Staatseisenbahnverwaltung festgestellt, daß Oberschlesien tatsächlich monatlich jene 815.000 Tonnen nach Oesterreich-Ungarn liefert, die es zu liefern hat. Es wurde aber auch festgestellt, daß die Wiener Kohlenhändler, die nur bezüglich des Wiener Marktes durch das Ministerium im Preise gebunden sind, verlockt durch die höheren Preisanbote der Provinz, mehr Kohle als sonst außerhalb Wiens abgegeben haben. Die Kohlengroßhändler haben nun in Ministerium die Erklärung abgegeben, daß sie die Lieferungen in die Provinz an neue Kundschaften einstellen und der Versorgung des Wiener Marktes ihr Augenmerk zuwenden werden.

Die Persönlichkeit Homanns bürgt uns für die Richtigkeit dieser Angaben. Sie stammen von Ende August. Inzwischen haben sich die Verhältnisse allerdings aus anderen Gründen sachlich ungünstiger gestaltet. Die nächst der rumänischen Grenze gelegenen siebenbürgischen Bergwerke in und um Petrozseny gerieten geraume Zeit lang in feindliche Hand und gerade sie hatten die ungarischen Staatsbahnen zu versorgen. Der Ausfall bewirkte, daß diese Bahnen von den erwähnten 815.000 Tonnen oberschlesischer Kohle mehr als die gebührende Quote von 220.000 Tonnen in Anspruch nahmen und bei unserem gewohnten Entgegenkommen auch sofort erhielten. — Gegen die Aufklärung, die der Oeffentlichkeit durch Homann zuging, setzen sich jetzt die Kohlenfirmen zur Wehr:

Während in normaler Zeit rund 1,200.000 Waggons jährlich aus Oberschlesien einlangten, sind im Kriege nur 83 Prozent der Menge von 1913 im Wege der Verhandlungen

Volkswirtschaft.

Landes-Kohlenkommission.

Budapest, 6. Januar.

Das Amtsblatt veröffentlicht in seiner heutigen Nummer unter Zahl 72/1917 M. E. eine Regierungsverordnung in Angelegenheit der Konstituierung einer Landes-Kohlenkommission mit behördlichem Rechtskreise. Aufgabe dieser Kommission wird es sein, den Kohlen-, Brikett- und Koksbedarf des Landes und die Vorräte an diesen Artikeln in Evidenz zu halten und die erforderlichen Agenden zur Befriedigung des Bedarfes zu versehen.

Die Verfügungen hinsichtlich der Konstituierung der Kommission trifft der Handelsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister. Mitglieder der Kommission sind außer dem vom Handelsminister zu ernennenden Präsidenten und dem geschäftsleitenden Direktor zwei Delegierte des Handelsministers, darunter ein Mitglied der Direktion der Staatsbahnen, zwei Delegierte des Finanzministers, darunter ein Mitglied der Zentraldirektion der staatlichen Kohlenwerke, je ein Vertreter der Ministerien für Inneres, Ackerbau und Landesverteidigung, des Kriegsministers, des Banus von Kroatien, des Volksernährungsamtes und der Zentral-Transportleitung, ferner die vom Handelsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister aus dem Kreise der Interessenvertretungen des Berg- und Hüttenwesens, der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft, sowie der Fachvereine ernannten Mitglieder. Die aus dem Kreise der Interessenvertretungen ernannten Mitglieder müssen die unbedingte Geheimhaltung der Geschäftsangelegenheiten der mit der Kommission in Berührung tretenden Parteien geloben. Den Vertretern des Handelsministers und des Finanzministers steht das Vetorecht gegenüber den von der Kommission oder dem von ihr entsendeten Exekutivkomitee zu fassenden Beschlüssen zu. Die Durchführung der durch das Veto dieser Vertreter angegriffenen Beschlüsse ist bis zu der im Einvernehmen mit dem Finanzminister zu treffenden Entscheidung des Handelsministers in Schwebe zu lassen. Die mit der Erledigung der Angelegenheiten verbundenen Agenden versieht ein Bureau, dessen Personal die Kohlenwerke aus dem Kreise ihrer Angestellten zur Verfügung stellen. Im Bedarfsfalle können die Angestellten hiezu auch beordert werden.

Zur Förderung der Tätigkeit der Kommission sind die Kohlen-, Brikett- und Koksvorräte bei der Kommission anzumelden. Diese hält die Vorräte in Evidenz, sie stellt den Bedarf fest und kann sie unter Berücksichtigung der Sicherung des primären öffentlichen Bedarfes unter die einzelnen Produktionszweige und den Privatkonsum im Verhältnis des Bedarfes aufteilen. Zu diesem Behufe kann sie über die bereits unter Sperre genommenen Vorräte verfügen, im Wege der Aufteilung beschränkend auf den Kohlen-, Brikett- und Kokskonsum einwirken und Vorschläge hinsichtlich der Regelung der Produktion, wie im Bedarfsfalle hinsichtlich der Feststellung der Preise erstatten. Ueber jene Vorräte, die im Sinne dieser Verordnung nicht unter Sperre genommen werden können, verfügt die Kommission nicht.

Die Kommission kann jene bereits vorhandenen oder in Hinkunft zu produzierenden oder angeschafften Vorräte, die im Sinne der Verordnung Z. 2908/1916 M. E. anzumelden sind, unter Sperre nehmen. Der Besitzer hat solche Vorräte aufzubewahren und er kann über sie nur insofern und zu solchem Zweck verfügen, als dies die Verordnung gestattet. Die unter Sperre genommenen Vorräte sind von den natürlichen und juristischen Personen, sowie den Firmen, die sich mit der Produktion und dem Verkauf von Kohle, Brikett und Koks beschäftigen, nur gemäß den Instruktionen der Kommission in Verkehr zu bringen. Die Kommission stellt auch fest, welche Mengen die öffentlichen Behörden, öffentlichen Anstalten, Industrieunternehmungen, sowie alle anderen Kohle, Brikett und Koks verwendenden Unternehmungen, Rechtspersonen, Firmen usw. von ihren Vorräten während einer von der Kommission festzustellenden längeren Periode aufbrauchen und welche Mengen sie für ihre eigenen Zwecke anschaffen dürfen. Die hier erwähnten Beschränkungen erstrecken sich nicht auf die dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen mit Ausnahme der Straßenbahnen und auf die staatlichen Betriebe.

Die Kommission kann die Besitzer der gesperrten Vorräte verhalten, aus diesen gewisse Mengen gemäß den Anweisungen der Kommission für einen bestimmten Zweck zu liefern. Den Uebernahmspreis stellt mangels einer Vereinbarung der Parteien eventuell nach Anhörung von Experten das Budapester Zentral-Bezirksgericht fest, gegen dessen Entscheidung man an den Budapester Gerichtshof rekurrieren kann. In Kroatien-Slawonien verfügt hinsichtlich der Normen betreffend die Inanspruchnahme des Gerichtes der Banus.

Der Besitzer des gesperrten Vorrates hat seine Lieferungsverpflichtungen gegenüber einem dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnunternehmen — die Straßenbahnen nicht mitinbegriffen — oder gegenüber staatlichen Betrieben auch aus den gesperrten Vorräten zu erfüllen; er hat jedoch über die erfolgte Lieferung der Kommission unverzüglich Meldung zu erstatten. Oeffentliche Behörden, Anstalten und Betriebe, Industrieunternehmungen und andere Kohlen, Brikett und Koks verwendende Betriebe und Unternehmungen dürfen aus ihren Vorräten ohne besondere Erlaubnis der Kommission jene Mengen verwenden, deren diese zur Bedeckung ihres eigenen Bedarfes während eines von der Sperre gerechneten Monates bedürfen, doch haben sie hierüber genaue Listen zu führen, die über Aufforderung der Kohlenkommission vorzulegen sind.

Diejenigen, die sich mit der Inverkehrsetzung von Kohle, Brikett und Koks en gros beschäftigen, können aus ihren durch die Kommission unter Sperre genommenen Vorräten an öffentliche Behörden, Anstalten, Betriebe und an sonstige

Berner Bund 13./I. 1917

13
120

Zur Kohlenversorgung der Schweiz

I.

* Die Frage der Kohlenversorgung ist seit einigen Tagen täglicher Gast in der schweizerischen Presse. Ihre Bedeutung ist auch eine unbestrittene und verdient in vollem Umfang die Beachtung, die ihr gegenwärtig die Behörden, die dazu besonders berufenen Stellen und alle am Konsum der Kohlen und des Brennmaterials besonders interessierten Kreise ihr entgegenbringen. An der Kohlenversorgung sind in hohem Maße die Transportanstalten interessiert, und es ist auch bei Behandlung des Voranschlages der Bundesbahnen durch die Worte des Herrn Bundesrat Forrer eigentlich die öffentliche Diskussion eröffnet worden. Aber auch sämtliche Gemeinwesen, die in ihrem Gebiete Gaswerke im Betriebe haben, werden nicht ohne Sorge, einesteils um der Beleuchtung und andernteils um der Abgabe von Kochgas willen, der weitern Gestaltung der Einfuhr von Kohlen entgegensehen. Nicht weniger große Bedeutung kommt aber der Versorgung der Industrie und des Gewerbes zu. Dort hängt unter Umständen die Aufrechterhaltung der Arbeitsmöglichkeit von der Beschaffung des nötigen Brennmaterials ab, und es bedarf wohl keines besondern Nachweises, daß die Betriebseinstellung der industriellen Werke mit ihren Tausenden von Arbeitern einer der härtesten Schläge wäre, die unser Land treffen können. Nicht weniger wichtig ist die Versorgung mit Brennmaterial für die Ernährung des Volkes und für die Volkswohlfahrt überhaupt.

Die Lieferung von Kohlen und Koks nach der Schweiz ist immer und je länger je mehr schon vor dem Kriege zum größten Teile und seit Beginn der Feindseligkeiten sozusagen ganz Deutschland zugefallen.

Herkunftsland	Mengen in q netto				
	1911	1912	1913	1914	1915
Deutschland	24,672,858	26,155,366	28,44[illegible],64[illegible]	27,30[illegible],68	30,319,573
Oesterreich-Ungarn	[illegible],576	[illegible]6,477	7[illegible],449	127,4 4	24,578
Frankreich	3,926,655	3,216,263	3,248,4 8	2[illegible]25,295	118,833
Italien	433	1,384	494	479	1,657,8[illegible]9
Belgien	1,878,1 3	1,876 123	1,4 7,068	928,115	974 623
Holland	108 499	19 ,921	173,708	350,388	10,862
Großbritannien	415	285,763	318,2[illegible]1	318,798	3,065
Vereinigte Staaten	26,770	57,944	62,001	27,771	
Spanien		71			
Griechenland		91			
Aegypten		143			
Algier		104			
	31,36 ,946	31,89[illegible],648	3,790,[illegible]68	31,0[illegible]5,9[illegible]	[illegible]2,1 4,622

Es zeigt sich also folgendes: Deutschland, das im Jahre 1911 24,672,858 q lieferte, hat uns 1915 30,319,573 q zugeführt. Die Einfuhr aus Frankreich betrug 1911 3,926,655 q und erscheint nun für 1915 nur mehr mit 118,833 q. Belgien gab uns 1911 1,878,123 q ab; seine Einfuhr pro 1915 erreichte 974,623 q. Hiezu muß sofort gesagt werden, daß die Einfuhr aus Deutschland und Belgien nicht genau abgegrenzt ist, da der Transport aus letzterem Lande zum Teil über die deutschen Umschlagsplätze am Rhein erfolgte. Etwas eigentümlich erscheint im Jahre 1915 die Einfuhr aus Italien mit 1,657,229 q; es handelt sich dabei um amerikanische und etwas englische Kohlen.

Das Jahr 1916 brachte uns in den ersten Monaten eine befriedigende Zufuhr, die aber bereits im Monat Juli und namentlich im August zurückfiel und sich bis zum Jahresende nicht mehr erholte. Es brachten uns die Monate:

Juli	278,562 Tonnen
August	183,865 „
September	234,448 „
Oktober	216,770 „
November	210,848 „
Dezember	187,366 „

Bei Aufnahme der Verhandlungen mit Deutschland über das neue Abkommen wurde die Kohlenlieferung sofort zum Gegenstand der Besprechung gemacht. Man nahm vorläufig eine Monatsmenge von je 230,000 Tonnen für August und September in Aussicht, die dann für die eigentliche Dauer des Abkommens auf 253,000 Tonnen erhöht wurde. Seitens der schweizerischen Vertretung waren 270,000 Tonnen verlangt worden, was immer noch weder die Bezüge des Jahres 1913, noch die des Jahres 1915 erreicht hätte. Die zugestandenen 253,000 Tonnen bedeuten also an und für sich eine knappe Zumessung für die Schweiz. Dazu kommt, wenn man sie mit den früheren Jahren in Vergleich setzen will, der Umstand, daß zweifellos gerade die Bezüge des Frühjahrs 1916 an Brennwert zum Teil hinter den früher durch die Schweiz gekauften Sorten stehen. Mit Rücksicht auf die hohe Fracht hat die Schweiz im allgemeinen nur Kohlen mit hohem Brennwert gekauft. Die Befürchtung, nicht die erforderlichen Mengen solcher Sorten herbeizubringen, hat dann viele Bezüger veranlaßt, von der bisherigen Uebung abzugehen und eben zu kaufen, was verfügbar war. So hört man hier und dort, man hätte noch gute Kohlen nötig, um die angelegten minderwertigen Vorräte zu verbrennen!

Die Einfuhr des Jahres 1916 wird an und für sich eine gewisse Beängstigung zur Folge haben, die natürlich auch das allgemeine Drängen, Vorräte anzulegen, mit sich bringt und ihren vielfachen Einfluß auf die Preise ausübt. Dazu ist zu sagen, daß die Königliche Bergwerksdirektion ihre Preise im Oktober einmal erhöht und dann ab November auf die gegenwärtige Höhe gebracht hat. Die Rheinische Kohlenhandels- und Reedereigesellschaft ließ ab 1. Dezember 1916 eine Erhöhung eintreten. Für beide Produzenten darf den erhaltenen Mitteilungen gemäß die Erwartung ausgesprochen werden, daß sie diese Preise bis zum Ablauf des deutsch-schweizerischen Abkommens, d. h. bis Ende April, unverändert lassen werden. Die deutsche Kohlenzentrale in Belgien hat für ihre Dezemberlieferung die Preise erhöht und setzt sie von Monat zu Monat fest.

Die Ansätze sind gegenüber den früher üblichen Preisen sehr hohe. Industrien, die mit außerordentlichem Gewinn arbeiten, werden sie ertragen können; anders dort, wo die Möglichkeit, sich auf dem Fabrikat zu erholen, nicht besteht.

Die genannten Preisfestsetzungen betreffen den Bedarf der Industrie, des Gewerbes und des allgemeinen Haushaltes. Von der Monatsmenge von 253,000 Tonnen des Abkommens entfallen auf die Bundesbahnen und die Nebenbahnen zusammen 57,000 Tonnen Kohlen, Briketts und Koks, auf die Gaswerke 61,000 Tonnen Kohlen und auf Industrie und allgemeinen Konsum 145,000 Tonnen Kohlen und Koks. Da die erwähnte Preisnormierung für die letztere Kategorie gilt, so betrifft sie also immerhin den größten Teil der Kohleneinfuhr. Die Transportanstalten und Gaswerke erhielten ihre Kohlen- und Kokslieferungen bis Ende Dezember auf Grund früherer Verträge und haben nun ab 1. Januar 1917 mit erhöhten Preisen zu rechnen. Der im Dezember in der Presse angekündigte Aufschlag der Rheinischen Kohlenhandels- und Reedereigesellschaft betraf nur den Inlandsbedarf Deutschlands, der immer noch ganz wesentlich billigere Preise genießt, als das Ausland.

Transportanstalten und Gaswerke werden mit den neuen Preisen nicht mehr auskommen und zum Mittel der Erhöhung der Frachten und des Gaspreises schreiten müssen. Zum Einfluß des Preises für den allgemeinen Konsum haben wir uns bereits geäußert. Wir gestatten uns dazu aber noch folgende Betrachtung. Wer über Vorräte verfügt, die seinen Bedarf auf mehr als vier Monate sicherstellen, begeht ein Unrecht, wenn er sich, wie dies jüngst vorkam, um jeden Preis noch weitere Kohlen zu verschaffen sucht. Die von ihm angelegten Preise werden ihre nachteilige Folge haben auch für den, der nicht so glücklich ist, über genügende Vorräte zu verfügen. Wir meinen, daß der Großbetrieb, der über Vorrat verfügt, den Kleinern in der gegenwärtigen Zeit die Rücksicht nicht versagen darf. Die Aufrechterhaltung einer Reserve für vier Monate, wie die Vorschrift der Kohlenzentrale sie vorsieht, darf den Verhältnissen entsprechend für genügend angesehen werden.

Die Bahnen werden sowohl mit Rücksicht auf die Sicherung einer gewissen Reserve, die

ter gehen muß als vier Monate, als au[illegible]
Preise, auf die angekündigte Reduktion[illegible]
r Fahrleistung Bedacht nehmen mü[illegible]
. Man wird ja nicht an die Wiedereinfüh[illegible]
g des Kriegsfahrplanes denken dürfen, de[illegible]
ndel und Verkehr vollständig unterbunden[illegible]
. Eine Reduktion wird aber stattfinden[illegible]
nen, ohne daß der Verkehr lahmgeleg[illegible]
rd. Denn schließlich leben die Bahnen doch[illegible]
erster Linie vom Verkehr, der ihnen durch[illegible]
ndel und Industrie gebracht wird. Auch die[illegible]
swerke werden dem Beispiel, das die gro[illegible]
n Städte der kriegführenden Staaten und[illegible]
n auch Holland geben, in einem gewissen[illegible]
aße folgen müssen. Abkürzung der[illegible]
auer der Beleuchtung und Ein[illegible]
ränkung des Verbrauches von[illegible]
ochgas wird durch die Verhältnisse gebo[illegible]
n. In Holland werden nur mehr zwei Drittel[illegible]
s bisherigen Verbrauches zum allgemeinen[illegible]
reise abgegeben; für das weitere Drittel wird[illegible]
r doppelte Preis gefordert. Diese Maßnahme[illegible]
rd sicher in bedeutendem Maße den Erfolg[illegible]
r Einschränkung des Konsums haben.
So wird jeder an seinem Orte dazu beitra[illegible]
n müssen, einer Kohlennot und ihren un[illegible]
ilvollen Folgen zu steuern.

(Schluß in nächster Nummer.)

Neues Wiener Tagblatt
23./I. 1917

129

Verkehrsnot und Kohlennot in den Ententeländern.

Die ungeahnte Entwicklung des europäischen Verkehrsnetzes vor diesem Weltkrieg hat es ermöglicht, daß die Eisenbahnen sich als ein strategisches Mittel erweisen konnten, das für die moderne Kriegführung unentbehrlich erscheint. Der gewaltige Ausbau der Eisenbahnen in den letzten Jahren läßt sich am besten danach erkennen, wenn man berücksichtigt, daß im Jahre 1903 das Eisenbahnnetz der Erde eine Gesamtlänge von zirka 860,000 Kilometer aufzuweisen hatte, während im Friedensjahr 1913 die Länge bereits auf zirka 1,105,000 Kilometer gewachsen war. Insbesondere das europäische Eisenbahnnetz hatte im letzten Wirtschaftsjahrzehnt vor diesem Krieg eine ganz bedeutende Vergrößerung zu verzeichnen. So kam es, daß die Dichte des Eisenbahnnetzes Europas jene aller andern Kontinente übertrifft. Diese Netzdichte der Eisenbahnen Europas ist fast 2½mal so groß als jene Amerikas, ungeachtet insbesondere in den Vereinigten Staaten sich eine ganz enorme eisenbahnbauliche Tätigkeit in den letzten Jahren entwickelt hat. Die bereits durch mehrere Jahre dauernde unausgesetzte intensive Inanspruchnahme der Eisenbahnen in diesem Krieg hat in fast allen Staaten Europas eine Verkehrsnot hervorgerufen und bereits zu bedeutenden Einschränkungen des Bahnverkehres Anlaß gegeben.

Erfreulicherweise liegen die Verhältnisse in den Staaten des Vierbundes wesentlich günstiger als bei unsern Feinden, und es sind bei uns noch lange nicht so wesentliche Verkehrsbeschränkungen zu erwarten, wie zum Beispiel in Frankreich und in Italien, wo die Verkehrsnot bereits zur vollständigen wirtschaftlichen Lahmlegung großer Industriebetriebe geführt hat. Abgesehen von den großartigen Leistungen der Eisenbahntechnik der Zentralmächte, sind die Gründe für diese Beschränkungen im Bahnverkehr bei uns wesentlich verschieden von jenen, welche bei unsern Feinden und in vielen neutralen Staaten Europas zu Verkehrskrisen veranlassend waren.

Die Verkehrsnot unsrer Feinde ist eine Folge ihrer großen Kohlennot, welche durch die seitens der Zentralmächte okkupierten bedeutenden Kohlengebiete, den erfolgreichen Unterseebootkrieg und die dadurch bewirkte Schiffsraumnot hervorgerufen worden ist. Mit der zunehmenden Dauer dieses Völkerkampfes wird die Kohlennot unsrer Feinde immer größer werden, weil mit der erfolgreichen Fortsetzung des Unterseebootkampfes die sich steigernde Schiffsraumnot für die Kohlenversorgung Italiens und Frankreichs immer empfindlicher werden muß. Aber auch die Leistungsfähigkeit des englischen Kohlenbergbaues, der mit zunehmenden Schwierigkeiten in der Versorgung mit dem für den Abbaubetrieb so wichtigen Grubenholz zu kämpfen hat, muß geringer werden. England hat vor diesem Krieg zirka 45 Prozent seines ausländischen Grubenholzbedarfes in Rußland gedeckt. Frankreich war mit zirka 21 Prozent, Schweden mit zirka 11 Prozent, Portugal mit 9 Prozent, Spanien und Norwegen mit zirka 3 Prozent an der englischen Grubenholzversorgung beteiligt. England hatte nur zirka 15 Prozent seines gesamten Grubenholzverbrauches in eigenen Waldungen gedeckt und ist nun in diesem Krieg genötigt, seine heimischen Holzvorräte in sehr bedeutendem Maße in Anspruch zu nehmen, weil die Lieferungen Rußlands durch die deutsche Unterbindung des Ostseeverkehres auf zirka 3 Prozent gesunken ist. Wohl lieferten Frankreich, Schweden, Norwegen, Spanien und Portugal erhöhte Holzmengen, doch reichen diese beiweitem nicht aus, um den großen Grubenholzbedarf Englands auch nur annähernd zu decken. England setzt große Hoffnungen auf Lieferung aus Neufundland, doch werden diese Aussichten durch die zunehmende Schiffsraumnot getrübt, wie auch diese der Grund sein wird, daß die Hilfe der vorgenannten Holzlieferanten wesentlich eingeschränkt sein wird. Englands heimische Holzwaldungen dürften derzeit nur für zwei Drittel seines derzeitigen Jahresverbrauches an Grubenholz ausreichen, und es ist in naher Zeit mit einer verschärften Kohlenkrise Englands zu rechnen, welche die Kohlennot seiner mit englischer Kohle versorgten Verbündeten und der auf englischen Kohlenbezug angewiesenen neutralen Staaten Europas noch bedeutend vergrößern wird. Die Folge dieser zunehmenden Kohlennot wird eine sich steigernde Verkehrsnot unsrer Feinde sein, welcher sich durch kein wirksames Mittel abhelfen lassen wird.

Der große Kohlenbedarf der Eisenbahnen und die trüben Aussichten des Bahnverkehres in der kommenden kohlenlosen Zeit haben in Italien und Frankreich die maßgebenden Kreise bereits seit langer Zeit damit beschäftigt, die Ausnützung der Wasserkräfte behufs Elektrisierung des Bahnbetriebes in ernste Erwägung zu ziehen. Für die gegenwärtige Kriegszeit ist jedoch an eine wesentliche Milderung der bereits eingetretenen und noch zu erwartenden Verkehrsmißstände nicht zu denken.

Die vielfach erörterte Kohlennot der Neutralen, welche vor diesem Kriege ihren Kohlenbedarf in England deckten, hat logischerweise auch dort schwerwiegende wirtschaftliche Nachteile gezeitigt. Es ist bekannt, daß England in diesem Kriege auch nicht annähernd in der Lage ist, den Kohlenbedarf der nordischen Staaten zu decken. An die geringen Mengen dieser Kohlenlieferungen hat England bereits vor langer Zeit die Bedingung zur Ausführung von Pflichtreisen der neutralen Schiffahrt gestellt, um sich des Schiffsraumes derselben zu bemächtigen und diese Staaten auch zu zwingen, an dem Aushungerungskrieg gegen Deutschland teilzunehmen. Soweit England dies nicht verhindern konnte, hat Deutschland diese Staaten mit Ersatzkohle versorgt und dieselben bisher vor schwereren wirtschaftlichen und insbesondere Verkehrskatastrophen bewahrt. Vor einigen Wochen hat nun England die Kohlenlieferungen nach Norwegen vollständig eingestellt, so daß man dort daran denkt, den Verkehr auf sehr wichtigen Bahnstrecken gänzlich zu sistieren, falls nicht durch Verhandlungen mit Deutschland ein Ausweg in der Beschaffung von Kohle gefunden werden könnte.

Mit Sicherheit ist jedenfalls zu erwarten, daß bei den Zentralmächten mit der Zeit eine Besserung der bezüglichen Verhältnisse erfolgen wird, während die Verkehrsnot unsrer Feinde eine fortdauernde Vergrößerung erfahren muß, da der zunehmenden Kohlennot unsrer Gegner voraussichtlich nicht abgeholfen werden kann.

Die ohne Beispiel dastehende Inanspruchnahme der Verkehrsmittel in den kriegführenden Staaten Europas wird schließlich in der kommenden Friedenszeit dazu zwingen, an die Erneuerung des bis zur äußersten Grenze ausgenützten Materials der Verkehrsanlagen in beschleunigtem Grade zu schreiten. Abgesehen von den zu gewärtigenden Neubauten von Eisenbahnen, welche die nach diesem Krieg etwa eintretende Neuorientierung der Eisenbahnpolitik erfordern wird, wird in den Staaten Europas die Erneuerung der Bahnanlagen eine wesentliche Belastung der Bahnbudgets mit sich bringen.

* * *

Mögliche Einstellung der Gasbeleuchtung in Rom.

Wie man der „Pol. Korr." von der italienischen Grenze schreibt, wird nach einer Mitteilung des offiziösen „Giornale d'Italia" die Einstellung der Gasbeleuchtung in Rom unvermeidlich werden, falls es der Stadtverwaltung nicht gelingt, die städtische Gaserzeugung durch genügende Zufuhr von Kohle aus den Lagern der Staatsbahnen zu sichern. Da jedoch die Ansprüche, die von verschiedenen Seite an diese Lager gestellt werden, immer anwachsen, betrachtet man den Zeitpunkt als nicht fern, in dem es der Staatsbahnverwaltung nicht länger möglich sein wird, allen Anforderungen Folge zu geben, ohne den bereits sehr eingeschränkten Eisenbahnverkehr zu gefährden. Wie jüngst gemeldet, droht auch in Turin und Mailand die Einstellung der Gasbeleuchtung infolge der Kohlennot.

Fremdenblatt
30./I. 1917

142

Kohlenknappheit und Kohlenwirtschaft.

Von Ingenieur M. Gerbel,
beh. aut. und beeid. Zivil-Ingenieur und Dampfkesselinspektor.

Die Maßnahmen der Gemeinde Wien zum Zwecke von Kohlenersparnissen haben weite Kreise dazu veranlaßt, über ein Problem nachzudenken, das ihnen sonst vielleicht fernliegt, und Quellen von Kohlenersparnissen zu suchen, die zum Vorteil der Allgemeinheit erschlossen werden könnten. Jeder Feuerherd, jedes Küchenfeuer, jeder Zimmerofen birgt solche Quellen von Kohlenersparnissen. Jede dieser Quellen ist klein, ihre Zahl ist aber sehr groß, und das hat zur Folge, daß sich diese Quellen zwar zu einer nennenswerten Größe summieren, daß aber ihre Fassung schwer und ein schneller Erfolg nicht erzielbar erscheint.

Anders liegen aber die Verhältnisse in der Industrie, deren Kohlenwirtschaft mit Hilfe einiger einfacher Maßnahmen einen namhaften Beitrag zur Behebung der Kohlennot — wenn man die herrschende Knappheit überhaupt so nennen darf — liefern könnte.

In verschiedenen Betrieben ein und desselben Industriezweiges wird man die verschiedensten Kohlenverbrauchsverhältnisse finden. In dem einen Betrieb wird ein vielfaches der Kohlenmenge, welche in einem anderen Betrieb der gleichen Branche benötigt wird, verbraucht, obwohl beide im großen und ganzen nach ähnlichen Verfahren arbeiten. Der eine hat sich die modernen Errungenschaften der Wärmetechnik zu eigen gemacht, der andere benützt veraltete, in schlechtem Zustande befindliche Einrichtungen. Hiebei handelt es sich gar oft um die ganze Disposition und Einrichtung der Dampf- und Kraftzentrale, oft aber nur um geringfügige Details, kleine Abänderungen in der Apparatur und dergleichen. Im Frieden ist es Sache des einzelnen, wie groß sein Kohlenkonto ist, heute aber ist es Sache der Allgemeinheit, daß der eine Industrielle für den Meterzentner oder den Hektoliter seines Fabrikationsproduktes dreimal so viel Kohle braucht als ein anderer, der das gleiche erzeugt. Hier handelt es sich um Kohlenmengen, die für die gesamte Kohlenwirtschaft stark in Betracht kommen.

Die Behörden haben auf die Verteilung von solchen Rohmaterialien, die in beschränktem Maße vorhanden sind und zur Fabrikation wichtiger Produkte dienen, Einfluß genommen. Unter Berücksichtigung der Produktionsmenge, die den Verhältnissen entsprechend behördlich geregelt wurde, erfolgt die Zuweisung des Rohmaterials in einem Quantum, welches erfahrungsmäßig festliegenden Verbrauchsmengen pro Einheit Fertigprodukt entspricht. Nun könnte die Kohle ohneweiters die gleiche Behandlung wie die Rohmaterialien erfahren. Auch hier stehen Ziffern erfahrungsmäßig fest, oder es ließe sich leicht festlegen, welches Kohlenquantum bei rationeller Arbeitsweise pro Produktionseinheit notwendig ist.

Die Regelung der Kohlenwirtschaft in der Industrie in der Weise, daß jeder Betrieb, so wie es bei den Rohmaterialien der Fall ist, ein gewisses Quantum Kohle pro Produktionseinheit zugewiesen erhalte, erscheint zwar nicht undurchführbar, sie müßte aber auf technisch wohldurchdachter Basis unter Berücksichtigung verschiedener Verhältnisse erfolgen, und es ließe sich zwar ein Programm und ein System, aber nicht ein allgemein gültiger Schimmel für die gerechte Verteilung aufstellen. So wie die Vergrößerung der Ausbeute der Rohmaterialien zur größten Sorge der Industriellen geworden ist und alle darauf gerichteten Bestrebungen eine Findigkeit sondergleichen ausgelöst und vorzügliche Erfolge gezeitigt haben, ebenso würde diese Maßnahme die Bestrebungen nach ökonomischer Kohlenwirtschaft fördern.

Nichtsdestoweniger erscheint dieser Vorgang heute vielleicht verfrüht; er würde auch eine Vorbereitung durch umfangreiche Studien erfordern und kann schon deshalb den Nöten des Augenblickes nicht rechtzeitig steuern. Dahingegen erscheint ein anderer Vorgang schon für die allernächste Zeit praktikabel: Es wäre bei der Zuweisung der Rohmaterialien, bei der Festsetzung der Produktionsmenge, sowie überhaupt bei der Regelung aller Verhältnisse, auf welche die Behörde gegenwärtig einen Einfluß ausübt, auf die Oekonomie des Kohlenverbrauches in dem betreffenden Betrieb Rücksicht zu nehmen. Das heißt: Wenn unter sonst gleichen Verhältnissen der Betrieb A zur Herstellung seines Fabrikationsproduktes zweimal soviel Kohle braucht als der Betrieb B, so gebührt dem Betrieb B ein Vorzug gegenüber dem Betrieb A. Wenn beispielsweise die Produktion in der ganzen Branche, der diese beiden Betriebe angehören, reduziert werden muß, so wird sich die Reduktion im Interesse der Kohlenwirtschaft vorwiegend auf die unökonomisch arbeitenden Betriebe zu erstrecken haben, während bei einer Steigerung der Produktion den ökonomisch arbeitenden Betrieben eine entsprechend höhere Produktionsvermehrung zuzugestehen wäre. Hiebei wären natürlich auch verschiedene Begleitumstände zu berücksichtigen, für das Maß der Bevorzugung wird aber jedenfalls die Wichtigkeit, welche eine ökonomische Kohlenwirtschaft für die betreffende Gegend und zu der betreffenden Zeit eben hat, mitbestimmend sein.

Die Folge eines Vorganges in der hier angedeuteten Weise wird über die direkte Kohlenersparnis hinausgehen; bei den von der Bevorzugung ausgeschlossenen Betrieben wird das Bestreben einsetzen, hinsichtlich Kohlenökonomie den bestеingerichteten Betrieben nach- und gleichzukommen. Viele werden vielleicht erst hiedurch auf ihre Rückständigkeit aufmerksam gemacht werden, und jenen kräftigen Antrieb erhalten, der in manchen Betrieben der österreichischen Industrie zur Abänderung veralteter Methoden und zur Aneignung der modernsten Errungenschaften gerade auf dem Gebiete der Wärmetechnik notwendig ist.

Die Klassifikation der Betriebe hinsichtlich ökonomischer Kohlenverwertung darf man sich für die vorliegenden Zwecke nicht so kompliziert denken, wie sie aussieht. Es wird nicht darauf ankommen, die Grenzen sehr eng zu ziehen. Ob beispielsweise eine Fabrik 1500 Kg. oder 2500 Kg. Kohle pro Produktionseinheit verbraucht, kann einstweilen noch als gleichwertig hingestellt werden, in dem gleichen Industriezweig wird es aber Fabriken gleicher Fabrikationsmethode geben, die 5000 oder 6000 Kg. Kohle für die gleiche Produktionseinheit brauchen; es wird also keine Tüftelei und kein Streit um kleine Differenzen notwendig sein, denn die ökonomische und die unökonomische Kohlengebarung wird in der Regel durch weit auseinanderliegende Ziffern zutage treten.

Ein weiterer Zusammenhang zwischen der behördlichen Einflußnahme auf die Produktion und der Kohlenwirtschaft ist dadurch gegeben, daß in einem Betrieb, der nur halb oder viertel beschäftigt ist, der Kohlenverbrauch nicht die Hälfte oder ein Viertel desjenigen beträgt, den die vollbeschäftigte Fabrik aufweist; er ist vielmehr weitaus größer und es entfällt daher auf die Produktionseinheit eine viel größere Kohlenmenge. Am ökonomischesten arbeitet jeder Betrieb mit seiner normalen Leistung. Dies würde einen Fingerzeig dahin geben, daß es im Interesse der Kohlenwirtschaft (und bezüglich anderer Betriebs- und Rohmaterialien gilt das gleiche) besser ist, statt vier Fabriken eines Industriezweiges mit je einem Viertel ihrer Produktion das ganze Jahr hindurch arbeiten zu lassen, je eine Fabrik durch je ein Vierteljahr voll zu betreiben und dreiviertel des Jahres still stehen zu lassen. Die Kohlenersparnis durch eine solche Maßnahme ist mit 15—20 Prozent minimal bemessen.

Es gibt noch eine Menge anderer wichtiger Gesichtspunkte, von denen aus ein Zusammenhang zwischen Maßnahmen im Rahmen der bestehenden behördlichen Vorschriften einerseits und der Verbesserung der Kohlenwirtschaft anderseits zu erblicken ist; es sind hiebei jedoch Eigenheiten der betreffenden Industriezweige in solchem Maße zu berücksichtigen, daß sie sich in zu detaillierte technische Probleme verlieren, um Gegenstand eines Zeitungsartikels von allgemeinem Interesse zu sein.

Dahingegen sei nur kurz darauf hingewiesen, daß die große Produktionsvermehrung der meisten Industrien während des Krieges natürlich auch ihren Kraft- und Wärmebedarf gesteigert hat. Diesen gesteigerten Bedürfnissen mußte oft in einer durch die Wichtigkeit der Produktionssteigerung vollkommen begründeten Eile nachgekommen werden. Die zu diesem Zwecke notwendigen Maßnahmen sind oft ohne Berücksichtigung der Kohlenökonomie getroffen worden; moderne Errungenschaften der Wärmetechnik haben hiebei keine Berücksichtigung finden können, daher ist der Kohlenverbrauch in diesen Betrieben größer als notwendig. Viele dieser Betriebe, speziell solche, welche Dampf zu Koch-, Heiz- oder Trockenzwecken erzeugen müssen, beziehen beispielsweise Strom aus dem städtischen Elektrizitätswerk, während sie ihren ganzen oder einen großen Teil ihres Bedarfes an Kraft fast ohne Mehrverbrauch an Kohle selbst erzeugen könnten. Inwiefern heute schon die hier erzielbaren Ersparnisse greifbar zutage treten könnten, läßt sich ziffernmäßig nicht gut feststellen; jedenfalls könnten auch diese Industrien zur Herbeiführung von Kohlenersparnissen manches Schärflein beitragen.

Ein Gebiet von einstweilen unübersehbarer Größe liegt in der Verwertung von Ueberschußkräften, von Abwärme und von Abfallenergien aller Art, deren Bedeutung für die Volkswirtschaft nicht nur während des Krieges, sondern auch für die Uebergangszeit und für die fernere Zukunft nicht genügend bekannt ist und nicht genügend gewürdigt wird. Die Kohlenfrage beschäftigt uns einstweilen wegen der momentan herrschenden Knappheit. Weil es eben kalt ist, ist sie auch ein höchst persönliches Problem für den einzelnen geworden. Blickt man aber in die weite Welt hinaus, so erscheint die Kohlenfrage immer und überall im Vordergrunde. Nicht die Mär von der Erschöpfung der Kohlenlager, die in 100 oder in 500 Jahren erfolgen soll, sondern die wirtschaftlichen Fragen türmen sich auf. Durch eine Verbesserung der Ausnützung der Kohle um durchschnittlich 10 Prozent würden in Oesterreich-Ungarn nahezu eine halbe Million Waggons Kohle frei und später für den Export oder sonstige Zwecke verfüglich. Die Wärmetechnik und die Methoden der Abfallenergieverwertung weisen die Wege zu diesen Zielen; sie müßten nur durch aufklärende Tätigkeit der Wärmetechniker beleuchtet und mit Unterstützung der Behörde geebnet werden.

Tägliche Rundschau
30./I. 1917
183

Kohlenheizung oder Gasheizung?

Ein Beitrag zu einer zeitgemäßen Frage.

Von Dr. phil. Eduard R. Besemfelder, Chemiker.

Die Mißstände in der Berliner Kohlenzufuhr, über deren Ursachen und mögliche Vermeidung hier, so verlockend es sein würde, nicht näher gesprochen werden soll, zeigen der Bevölkerung wie den Behörden so greifbar, wie sonst nie, welche Unmasse Arbeitskraft und Transportmittel dazu gehören, den Einzelhaushalt mit Brennmaterial zu versorgen, mit einem Wort: was die unsinnige Verschwendung im Verbrauch der Kohle durch das offene Feuer, sei es nun Kohle, Koks oder Brikett, im Haushalt und in der Industrie für einen Aufwand erfordert, bloß um sie an die Verschwendungsstelle zu schaffen. Es wäre sehr zu wünschen, daß beide Seiten, Volk und Regierung, von nun an mit voller Energie darauf hinarbeiteten, daß solche Zustände nie und nimmer in Krieg und Frieden mehr eintreten können, zumal die Möglichkeit ihrer völligen Verhütung vorliegt und seit mehr als einem Jahrzehnt, auch vom Verfasser, Mittel und Wege dafür empfohlen werden, die zugleich, neben größter Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Sicherheit der Versorgung der Heizungsbedürftigen, eine ganz ungemeine Verringerung der Kohlenförderung, mindestens auf die Hälfte der Förderung von 1913, auf Jahre hinaus erlauben. Dadurch würde dem Reiche eine Hauptmachtgrundlage, die Kohle, auf mehr als die doppelte Zeit gesichert, und mehr als hunderttausend Bergarbeiter würden der landwirtschaftlichen Erzeugung wieder zurückgegeben. Dazu kommen weitere Hunderttausend, die mit der Verteilung der Kohle an den Einzelverbraucher beschäftigt sind. Diese und die Bergarbeiter zusammen könnten der so wichtigen Landwirtschaft die ihr bisher dienenden ausländischen Arbeiter wohl mit Vorteil für das Reich ersetzen, die ohnehin nach dem Kriege fehlen werden und vorher viel deutsches Geld ins Ausland trugen.

Dieses Mittel ist die Vergasung der Kohle in wenigen, über das Reich verteilten Gaserzeugungszentralen und Darreichung des Heizbedarfes an das Volk in Form eines zu allen Gaszwecken, also Heizung, Beleuchtung und Kraferzeugung geeigneten, billigen Gases. Die Gaserzeugungszentralen müßten natürlich mit Rücksicht auf möglichst günstiges Kohlenzubringen und vorteilhafte Möglichkeit der Gasverteilung an die Gasabnehmer des betr. Gasversorgungsbezirkes angelegt werden. Die dabei in Frage kommende Fernversorgung ist gerade uns Berlinern als zuverlässig in höchstem Maßstab bekannt, und die ausgedehnten Netze in den Industriebezirken, die eine große Zahl von Städten und Ortschaften und Siedlungen umfassen und störungsfrei mit Gas versorgen, geben volle Gewähr dafür, daß begründete technische Einwendungen gegen solchen Gastransport wirklich nicht mehr erhoben werden können.

Innerpolitische Einwendungen, z. B., daß man gezwungen wäre, zu weit in die Rechte der Kommunen einzugreifen, werden dadurch hinfällig, daß die Gaszentralen als Großerzeuger das Gas so billig an die Städte liefern können, daß diese, ohne das Risiko der Kohleneindeckung und Selbstherstellung des Gases, ihr Verteilungsnetz, gehörig weiter ausgebaut, benützen können, das billig gekaufte Gas an die Einzelhaushalte und Industrien ihres Bezirkes zu Preisen zu verteilen, deren Spannung zum Einkaufspreis sie recht wohl etwa den gleichen Verdienst für die Leistung ihrer städtischen Aufgaben erwarten läßt, als bei der Gaserzeugung in eigener Regie. Die Grundfläche, welche die Gaserzeugung der Stadt bisher einnimmt, kann benützt werden, den Gassammlerraum zu vergrößern durch Aufstellung weiterer Gasometer als Vorrats- und Ausgleichbehälter für wechselnden Tagesbedarf, selbst bei größten Schwankungen. Einen großen Teil der Gaserzeugungseinrichtungen, z. B. die Vertikalretorten, die Reinigeranlagen und so weiter, soweit sie es noch wert sind, werden die Gaserzeugungszentralen ankaufen und weiter verwerten können.

Es muß schließlich in Deutschland soweit kommen, daß nur an Einöden und so ungünstig gelegenen Kleinplätzen, daß sie sich mit irgendeinem der nahegelegenen Gasfernversorgungsnetze nicht gut vereinigen lassen, noch mit offenem Feuer gekocht und geheizt werden darf, und daß man dazu nur eine bestimmte, kleine Menge Koks noch mehr herstellen kann als der Montanbedarf und der chemische Bedarf an Koks zu Reduktions- und Lichtkohlenzwecken usw. erfordert. Auf diese Weise wird von der dazu aufgewendeten Steinkohle doch wenigstens der kleine Teil des in ihr vorhandenen Stickstoffes und Schwefels gewonnen, der bei der Kokserzeugung leider nur gewonnen werden kann und die behördliche Befürwortung der vermehrten Kokserzeugung nur als eine aus der Not geborene, halbe Maßregel kennzeichnet. Sind Torfmoore in der Nähe, so sollten derartige Plätze auf diese Feuerung verwiesen werden. Ihr Licht sollen sie aus entsprechenden Teeröldestillaten des bei der allgemeinen Vergasung in größtem Ausmaße verstärkten Teerausbringens erzeugen, soweit sie ihren Lichtbedarf nicht mit deutschem oder österreichischem Petroleum oder durch elektrische Ueberlandzentralen decken können, die mit Gasmotoren statt mit Dampfmotoren mehr als doppelt so vorteilhaft ihren Strom erzeugen.

Durch die obligatorische Vergasung aller dem Haushalt und der Industrie und dem öffentlichen Leben bisher dienenden Kohle werden solche Mengen Teer mit seinen wertvollen Grundlagen für eine erweiterte teerchemische Industrie und solche Mengen Ammoniak gewinnbar, daß wir vom Stickstoffdüngerbezug (Chilesalpeter) vom Ausland ganz unabhängig werden, vollends wenn wir dazu noch nach dem Vorschlag des Verfassers die städtischen Spülwässer zur künstlichen Beregnung des bebaubaren Landes verwenden, um deren Düngewert der Landwirtschaft zunutze zu machen (s. z. B. „Prometheus" 1916, Hefte 1388, 1389, 1390, „Der wirtschaftliche Generalstab" oder „Das belagerte Deutschland und sein Stickstoff". „Zeitschrift f. Techn. Fortschritt", 1916 usw.).

Der Schwefel der Kohle, der in der Gasreinigung gewonnen würde, genügte, ohne 1 Kg. auswärtigen Schwefels einzuführen, den Inlandsbedarf voll zu decken. Wer die Säurekalamität näher kennt, weiß zu schätzen, was solche Sicherheit für die deutsche Volkswirtschaft bedeutete, die auch minderwertigere inländische Phosphate aufschließen ließe, um der Landwirtschaft mit dem so nötigen Superphosphat zu dienen.

Die aus der Teerdestillation gewonnenen Oele usw. würden unsere Schiffahrt für Krieg und Handel, die Militärmotore und landwirtschaftlichen Hilfsmotore versorgen können. Unsere Schiffe erhielten weit größeren Aktionsradius infolge des geringen Platzes, den ein so hochwertiger flüssiger Brennstoff gegenüber der sperrigen Steinkohle beansprucht, ganz abgesehen von der reinlichen und bequemen Vorratseinnahme, sogar auf offener See. —

Großindustrien könnte das Recht selbständiger Gasbezirke verliehen werden mit der Verpflichtung der Ammoniak-, Schwefel- und Teerölgewinnung, die an eine der Aufarbeitungszentralen abzuliefern wären.

Die Veranlassung, dieses Gebiet hier nur zu streifen, ist die Möglichkeit, daß eine solche geringe Zahl von Gaserzeugungszentralen, die zudem nach Vermögen an Wasserstraßen gelegt würden, den Kohlentransport ungemein vereinfachen, verringern und durch die vollendeten mechanischen Entladungs- und Beschickungseinrichtungen für Großbetriebe verbilligen, den Ueberblick über den Bestand des Kohlenvorrates, desgleichen seine Erhaltung auf das beste ermöglichen. Fälle, wie die gegenwärtigen, wo sich die Kleinhändler auf die Großhändler, diese auf die Gruben, und diese wieder auf die Waggongestellung seitens des Staates verlassen müssen, gegen welch letzteren sie in Zeiten, wie die gegenwärtigen, vollends ganz machtlos sind, mit Folgen, unter denen gerade jetzt die Bevölkerung so schwer zu leiden hat, wären vollständig ausschließbar. Ist der Staat selbst der Unternehmer der Gasversorgung, so wird er schon dafür sorgen müssen, daß in seinen Zentralen keine Stockung, kein Kohlenmangel eintreten kann. Er würde das um so eher tun, wenn er sich einmal klar geworden ist, welche Einnahmequelle er sich mit der staatlichen Gasversorgung schaffte, die ihm laut näherer Ausführungen a. a. O. Milliarden jährlich bringen könnte zur kräftigen Entlastung der Steuerzahler, zur Erleichterung der Kriegsschuldentilgung.

Der Hauptvorteil solcher durchgeführten Vergasung für jeden einzelnen ist aber: Er selbst braucht für kein Brennmaterial, kein Holz, kein Brikett, keinen Koks mehr zu sorgen, braucht kein Brennmaterial mehr auf seine Kosten selbst zu beschaffen, zu lagern, zu transportieren vom Kohlenkeller zur Feuerstelle, er braucht kein Feuer mehr anzuzünden, zu überwachen und keine Asche mehr zu entfernen, er ist nicht vom Wetter abhängig, ob sein Ofen gut brennt oder rußt und qualmt. Er öffnet seinen Gashahn und entzündet seinen Brenner und hat Wärme, Licht und Kraft genau zugemessen durch den Gasmesser. Das Gas stiehlt ihm niemand. — Bei Beendigung seines Bedarfes dreht er den Hahn ab, und der Brenner ist ohne Räumen der Feuerstelle für den nächsten Gebrauch in reinlichster zuverlässigster Verfassung. Das Gas kommt ihn billiger zu stehen als jedes andere Brennmaterial, vollends wenn er Zeit-, Raum-, Arbeits- und Zinsverlust-Ersparnis zum Einkaufspreis des Brennmaterials in natura hinzurechnet.

Eigens konstruierte Heizkörper, an Stelle der Oefen, wärmen jede seiner Stuben sofort nach Entzündung. Zentralheizungen werden ohne Koks und ohne Hausmann mit Gasfeuerung automatisch regelbar betrieben, auch die Nacht hindurch. Der Glühlichtbrenner gibt ihm schönstes, ruhiges Licht. Der Gasautomat erlaubt auch dem Aermsten, sich nach seinem Vermögen in seiner Stube es angenehm zu machen.

Aus all diesen noch erheblich zu vermehrenden Gründen hat jeder einzelne gegen sich selbst die Pflicht, vom Staate die obligatorische Kohlenvergasung zu fordern, d. h. die Umwandlung der gesamten deutschen Kohle, mit der zugelassenen Ausnahme des Koksminimums, in Gas, Teer und Asche; einerlei, ob der Staat nun selbst der Unternehmer der verbesserten Kohlenwirtschaft wird, oder Konzessionäre unter Staatsaufsicht und entsprechender Abgabe an den Staat zur Steuerdeckung.

Das Volk, das seinen Vorteil begreift, darf sich in dieser Frage nicht abspeisen lassen durch sogenannte Autoritäten, die den alten Zuständen das Wort reden, die es jetzt erst in ihren schlimmsten Folgen hat kennenlernen müssen. — Es muß fordern, daß schon jetzt alle Vorkehrungen getroffen werden, ein wohl ausgebildetes System der Umwandlung des gesamten Heizwertes der Kohle in Gasform durch eine mit unmittelbar anschließender Vergasung verbundene Entgasung, die von der Wärme der Vergasungsprodukte geleistet wird, zum Ausbau bereitzuhaben, wenn die Truppen aus dem Felde heimkehren. Es gibt keine nutzbringendere Uebergangsarbeit in die Friedenswirtschaft, um Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden, als die Umstellung Deutschlands auf den Nur-Gasbetrieb mit seinen großen Anforderungen zu seiner Einrichtung. Sie gibt lohnende Arbeit auf Jahre hinaus, diese Herstellung der Fernversorgungsnetze über das ganze Reich und ihre Verbindung untereinander zum gelegentlichen Ausgleich bei Störung in einem Netz oder besonderem Mehrbedarf in einem anderen!

Amtsblatt der Stadt Wien 2. II. 1917 155

Kohlenverkauf im Dezember 1916.

Die Zufuhr der im Anforderungswege beschafften Braunkohle blieb infolge des Wagenmangels im Monate Dezember mit etwa 38 Prozent hinter der angeforderten Menge zurück.

Infolgedessen mußte auch in diesem Monate der Verkauf wiederholt auf geringere Mengen eingeschränkt werden. Nichtsdestoweniger hat sich der Verkauf neuerlich sehr gehoben.

Über den Umfang des Absatzes an Braunkohle gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Kleinverkauf:

Mengen in Zentnern

	1916		1915	
	Dezember	November	Dezember	November
Westbahnhof . .	24.316·25	20.286·56	15.699·19	17.712·42
Matzleinsdorf .	20.937·88	17.600·43	9.091·94	10.085·20
Engerthstraße .	7.764·75	4.919·06	4.322·56	4.862·07
Nordwestbahnhof	9.603·88	5.586·12	4.974·40	6.822·25
Ottakring . . .	14.799·00	10.172·93	892·50	—
Zusammen .	77.421·76	58.565·10	34.980·59	39.481·94

Verkauf in Fuhren:

Mengen in Zentnern

	1916		1915	
	Dezember	November	Dezember	November
Westbahnhof . .	23.320·25	11.942·30	6.728·00	4.086·80
Matzleinsdorf .	29.409·80	22.784·50	10.694·60	6.528·50
Engerthstraße .	5.036·70	2.696·60	2.422·76	721·10
Nordwestbahnhof	—	—	—	—
Ottakring . . .	351·40	2.992·40	49·80	—
Zusammen .	58.118·15	40.415·20	19.895·16	11.336·40

Verkauf von Grieß:

Mengen in Zentnern

	1916		1915	
	Dezember	November	Dezember	November
Westbahnhof . .	1.693·20	761·50	2 483·90	618·20
Matzleinsdorf . .	2.222·50	358·90	752·50	1.085·50
Engerthstraße . .	2.428·00	—	275·00	1.378·10
Nordwestbahnhof	471·35	287·85	825·75	203·65
Ottakring . . .	419·85	101·50	—	—
Zusammen .	7.234·90	1.509·75	4.377·15	3.285·45

Der Gesamtverkauf betrug:

Mengen in Zentnern

	1916		1915	
	Dezember	November	Dezember	November
Westbahnhof . .	49.328·99	32.990·36	24.911·09	22.417·42
Matzleinsdorf .	52.570·22	40.743·83	20.579·04	17.699·20
Engerthstraße .	15.229·67	7.615·06	7.020·32	6.961·27
Nordwestbahnhof	10.075·28	5.873·97	5.800·15	7.025·90
Ottakring . . .	15.571·92	13.266·83	942·30	—
Zusammen	142.776·08	100.490·05	59.252·90	54.103·79

Die Anzahl der Parteien betrug:

	1916		1915	
	Dezember	November	Dezember	November
Westbahnhof . .	108.386	86.099	71.491	80.698
Matzleinsdorf . .	85.868	71.023	35.093	40.445
Engerthstraße . .	29.961	17.595	18.067	19.271
Nordwestbahnhof .	66.348	37.591	22.391	27.584
Ottakring	82.703	49.504	3.561	—
Zusammen .	373.266	261.812	150.603	167.998
Für den Tag .	16.229	10.909	6.024	7.000

Der Verkauf im Kleinen und in Fuhren hat sich nach vorstehendem Ausweis im Monat Dezember gegenüber dem Vormonat um 365 Waggons, gegenüber dem Dezember des Vorjahres um 806 Waggons gehoben. Die Anzahl der Parteien stieg gegenüber dem Vormonat um 111.454 und gegenüber dem Dezember des Vorjahres um 222.663.

Die ganz bedeutende Steigerung im Braunkohlenabsatz gegenüber dem Dezember des Vorjahres ergibt sich auch daraus, daß z. B. auf dem Kohlenlagerplatz Westbahnhof im Dezember 1915 die höchstabgegebene Tagesmenge 1197 q und die Höchstzahl der erschienenen Parteien 3851 betrug, während im laufenden Jahre auf dem genannten Lagerplatz 3497 q als Höchstmenge abgegeben wurden und die Zahl der an einem Tag erschienenen Parteien bis auf 6438 stieg. Auf dem Kohlenlagerplatz Matzleinsdorf betrug im Vorjahr der höchste Tagesabsatz 1386 q und die höchst Parteienzahl 2827; im Dezember dieses Jahres dagegen wurden an einem Tag 2888 q ausgegeben und die Höchstzahl der Parteien war 4794.

Mit dem Verkauf von Steinkohle, die vom k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten im Dezember zugunsten der Gemeinde im böhmischen Reviere angefordert worden war, konnte erst gegen Ende des Monats begonnen werden.

Der Absatz betrug daher nur 7062·70 q, wozu noch ein Verkauf von 2351·80 q russischer Steinkohle kommt.

Die Zeit 2./II. 1917

Deckenluke kriecht und sich zähneklappernd möglichst schnell in die Kotzen wickelt.

Wenn man aber so viel Glück hat wie wir und eine so herrlich schöne Mondnacht erwischt, dann geht man nach dem Abendessen nochmals hinaus, um ein Stündchen herumzubummeln. Klar und kalt ist die Nacht. Tief unten im Tale zittern die Lichtlein der Eisenbahnstation, hier auf der Höhe aber taucht die blinkende Mondscheibe alles in eine silberhelle Flut. Die Bäume werfen tiefschwarze Schatten auf den glitzernden Schnee, der in leichter Schicht den Waldboden und das breite Geäst der Tannen deckt. Irgend jemand sagt: märchenhaft; und findet damit das einzig richtige Wort. Von fernher dringt durch die Winternacht der Pfiff eines Zuges, dann ist es still, ganz still. Nur der Schnee ächzt leise unter unseren Tritten. Da und dort flimmert im verschneiten Wald ein rotes Licht auf; auch dort steht ein friedliches, kleines Häuschen. Nun sind wir auf dem Gipfel, und überwältigend steht vor uns mondlichtübergossen in majestätischer Winterpracht der Schneeberg. Er löst kein anderes Gefühl aus als das der reinen Freude über so viel alpine Schönheit. Und doch starb gerade zu jener Stunde in seinen schaurigen Wänden ein bergfroher Mensch. Pf.

Die Kohlenversorgung Wiens.

Derzeit keine Stockung der Bahnzufuhr.

Die empfindliche Kohlenknappheit während der letzten Tage war, wie wir bereits kürzlich berichteten, zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Anlagen des Oderberger Bahnhofes eine Woche hindurch überfüllt waren, so daß die regelmäßigen Kohlenzufuhren aus Preußisch-Schlesien ins Stocken gerieten. Diese Transportbehinderung ist nun wieder behoben, und für die nächsten Tage ist auf der Nordbahn in rascher Aufeinanderfolge die Ankunft einer größeren Anzahl Kohlentransporte zu erwarten.

Bei der Nordbahndirektion laufen täglich Berichte ein, wie viel Waggons Kohle nach Wien instradiert und im Rollen begriffen sind. Dieser Tage lief nun, wie wir auf eine Anfrage an kompetenter Stelle erfahren, die Meldung ein, und sie wurde auch ins Protokoll aufgenommen, daß augenblicklich insgesamt 1400 Waggons Kohle nach Wien instradiert sind. Diese 1400 Waggons verteilen sich jedoch auf die ganze Nordbahnstrecke von Wien bis Oderberg, und es kann im Augenblick nicht festgestellt werden, wie viele Waggons von diesen 1400 Wagen derzeit noch in Oderberg, Mährisch-Ostrau, Prerau und Lundenburg stehen oder unterwegs im Rollen sind. Der durchschnittliche Einkauf bezifferte sich in der Zeit vom 1. bis 25. Januar auf 290 Waggons Kohle pro Tag. Es besteht die Möglichkeit, täglich 300 Waggons Kohle im Nordbahnhof zu verarbeiten, das heißt, die Kohle in die Rutschen zu befördern. Vorausgesetzt der Fall, daß der Frost nicht neuerlich ansteigt, wäre es wohl nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich, daß diese augenblicklich für Wien instradierten 1400 Waggons innerhalb der nächsten vier Tage den Wiener Nordbahnhof erreicht haben werden. Bemerkt sei übrigens, daß es sich in diesem Falle nicht um zehntonnige, sondern sechzehntonnige Wagen handelt.

Diese Voraussage gilt aber nur für den Fall, daß nicht Schnee oder starker Frost oder sonstige Behinderungen, wie sie in der zweiten Hälfte Januar eingetreten waren, den Kohlentransport beeinträchtigen. Wie uns hierzu von fachmännischer Seite mitgeteilt wird, beläuft sich der tägliche Kohlenkonsum Wiens derzeit auf rund 500 Waggons Kohle, wobei aber allerdings keineswegs die gesamte Nachfrage berücksichtigt erscheint.

Kohlenzufuhr mit Automobilen.

Da die Kohlenzufuhr von den Bahnhöfen zu den Kohlenhändlern infolge des Mangels an Fuhrwerk großen Schwierigkeiten begegnet und eine Kohlenknappheit hervorgerufen hat, die eigentlich nicht begründet ist, da die Kohlentransporte nach Wien allmählich wieder besser werden, hat sich die Kohlenabteilung des Magistrats mit dem Kriegsministerium in Verbindung gesetzt, um die Beistellung militärischer Lastautomobile zu erwirken. Derzeit sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen; es besteht aber die Hoffnung, daß militärischerseits eine Anzahl von Automobilen zur Verfügung gestellt wird, da fast alle Automobile der Gemeinde für Kriegszwecke requiriert wurden.

Der Kohlenverbrauch der öffentlichen Anstalten

Das radikale Vorgehen des stellvertretenden Generalkommandos in München, das, wie gestern gemeldet, im Interesse der Kohlenersparnis die Schließung aller Schulen, Vortrags- und Versammlungssäle sowie der Theater in München angeordnet hat, legt die Frage nahe, ob nicht im Falle fortdauernder oder gar steigender Kohlenknappheit eine ähnliche Maßnahme auch in Wien sich empfehlen würde. Von fachmännischer Seite wird uns hierzu mitgeteilt:

„Eine Sperre der Wiener Volksschulen, die selbstverständlich einen sehr großen Kohlen- und Koksverbrauch haben, wäre eine zweischneidige Maßnahme. Bei der bekanntlich äußerst dürftigen Kohlenversorgung der ärmeren Bevölkerung finden viele tausende Kinder, deren Heimstätten nur mangelhaft oder gar nicht beheizt sind, in der Schule derzeit einen Raum, der ihnen die schmerzlich vermißte angenehme Erwärmung wenigstens während einzelner Tagesstunden bietet. Anders steht es jedoch mit den großen Vortragssälen Wiens. Um ganz willkürlich nur ein Beispiel herauszugreifen: Das Wiener Künstlerhaus, das derzeit Spitalszwecken dient, konsumiert pro Tag zumindest 800 Kilogramm Koks. An seine Sperre ist natürlich nicht zu denken. Es gibt aber viele ähnliche Baulichkeiten, die nur Erholungszwecken der bessersituierten Kreise dienen, und deren Betriebserhaltung sich als

durch Hofpferde und -wagen, die unter Zurückstellung von Bedürfnissen des Hofes an der Deckung des Kohlenbedarfes der Hauptstadt in wirksamer Weise mitarbeiten werden.

Die Kaiserin hat schon im Dezember 1916 verkündet, daß sie von ihrem Kummer über den Heimgang Kaiser Franz Josefs nur in der Erfüllung ihrer landesmütterlichen Pflichten Trost finden könne und daß sie sich vor allem der fremden Schutzes bedürftigen Kinder annehmen wolle. In diesem Sinne richtete die Kaiserin einen Appell an die Oeffentlichkeit, bei allem Wohltun vor allem auch der Kinder zu gedenken. Der Kaiserin ist es daher nicht entgangen, daß die bei längerer Andauer des Frostwetters und gleichzeitiger Abnahme der für die Schulen bereitgestellten Kohlenvorräte drohende Schließung der Schulen die Kinder besonders schwer treffen müsse, die manchmal nur in ihrem Klassenzimmer Gelegenheit zur Erwärmung finden. Denn schwerer noch als für die Kommune, die Erhalterin der Volks- und Bürgerschulen, ist es für die einzelne, besonders für die minder bemittelte Familie, Holz und Kohlen zu beschaffen.

Die Kaiserin begegnete sich in diesen Sorgen mit denjenigen ihres Gemahls, und so dürfen wir den Entschluß, dessen wir eben gedachten, als eine gemeinsame Fürsorgeaktion des Kaiserpaares würdigen.

Reform der Kohlenabfuhr auf dem Nordbahnhof.

Heute fand bei der k. k. Nordbahndirektion unter dem Vorsitze des Direktors Geheimen Rates Doktor Freiherrn v. Banhans eine Sitzung der Großkohlenhändler statt, die die bessere Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kohle zum Gegenstand hatte.

Es wurde vorgesorgt, daß zur Ermöglichung der Abfuhr der Kohle in den Nachtstunden der ganze Kohlenbahnhof beleuchtet werde, daß die Entladung in gesteigertem Maße auch in den Nachtstunden besorgt und die Kohle auch bei Nacht abgeführt werde.

Vom k. u. k. Kriegsministerium werden Fuhrwerke und Automobile zur Verfügung gestellt werden, um die Leistungsfähigkeit in der Abfuhr wesentlich zu steigern.

Mit den Automobilen sollen insbesondere die Detailhändler bedient werden, wodurch eine Dezentralisierung der Versorgung Platz greifen wird.

Für Zwecke der kleinen Käufer wird eine bestehende Anlage besonders eingerichtet. Dort können sich die Käufer ihre Kohle unbehindert durch die großen Kohlenfuhrwerke und ungefährdet abholen. Der Zutritt zu dieser Anlage erfolgt ausschließlich von der Innstraße aus.

Der Verkauf an Kleinkäufer erstreckt sich bis 6 Uhr abends.

Die neuen Maßregeln zur Verbesserung der Kohlenversorgung.

Nach Mitteilungen aus Fachkreisen.

Wien, 8. Februar.

Seit Jahresfrist bilden die Möglichkeiten, die sich in einem scharfen Winter hinsichtlich der Kohlenversorgung ergeben können, den Gegenstand der Besprechung der Fachkreise, welche diese Frage in verschiedenen Eingaben erörtert und um Vorkehrungen ersucht haben. Der vorjährige Winter war milde, heuer fiel jedoch eine zum Teile ungewöhnliche Kälte mit anderen Widrigkeiten zusammen, welche die Kohlenversorgung erschwert haben. Im Vordergrunde stehen hiebei die geringen Zufuhren aus Oberschlesien und dem westböhmischen Kohlengebiet. Aus dem oberschlesischen Revier sind in der letzten Zeit höchstens 20 bis 25 Prozent der abgeschlossenen Mengen geliefert worden, und wenn in früheren Jahren per Tag 3000 bis 3400 Wagen aus diesem Reviere herübergekommen sind, so beschränkt sich diese Menge jetzt auf vielleicht 1200 Wagen. Allein auch dieses Quantum wird vollständig von der sogenannten ersten Gruppe beansprucht, zu der die Eisenbahnen und die Kriegsindustrien gehören. Kohlenmengen, die in Oesterreich selbst von Staats wegen requiriert worden sind — wie zum Beispiel aus dem Ostrauer Becken — wurden gleichfalls schon in der ersten Gruppe aufgezehrt, so daß von dieser Kohle der Stadt Wien, die zur zweiten Gruppe gehört, überhaupt kein Brennstoff zur Verfügung gestellt werden konnte. Die westböhmische Kohle und die Braunkohle, welche die Gemeinde Wien herangezogen hat, ist vor etwa anderthalb Monaten in entsprechenden Quantitäten nach Wien gekommen, an die ärmste Bevölkerung abgegeben worden und wurde bereits verbraucht. Die Hauptursache der Schwierigkeiten der Kohlenversorgung liegt also — und das ist und bleibt der Kardinalpunkt — in den kleineren Zufuhren nach Wien. Sie erklären sich, soweit oberschlesische Kohle in Betracht kommt, durch die anderweitige Verwendung der Wagen und durch die Notwendigkeit, daß aus dem deutschen Gebiete die okkupierten Länder und andere Abnehmer Kohle erhalten, wodurch auch in Berlin und in Breslau eine starke Behinderung der Kohlenversorgung entstanden ist. Die Ostrauer Kohle kommt für Wien nicht in Betracht, da sie, wie bemerkt, vom Staate requiriert worden ist. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß bei dieser Verringerung der Zufuhren, soweit nicht auch die anderen angeführten Gründe in Betracht kommen, die Frage der Waggons eine entscheidende Rolle spielt. Das geht ja auch daraus hervor, daß beispielsweise in Ostrau große Kohlenmengen gestapelt waren, die dann nach Deutschland und anderwärts hingegangen sind, weil deutsche Fahrbetriebsmittel zur Verfügung gestellt wurden. Auch in Oberschlesien sind mitunter große Kohlenmengen gestapelt worden. In den Sitzungen, die wiederholt über die Kohlenversorgung unter Zuziehung von Regierungsvertretern stattgefunden haben, ist beispielsweise von dem Delegierten des Arbeitsministeriums mitgeteilt worden, daß nach dem westböhmischen Kohlengebiet 2400 Wagen entsendet worden sind, von denen jedoch 1200 deutschen Ursprunges waren und nach dem Eisenbahnübereinkommen zwischen der Monarchie und Deutschland wieder nach dem Nachbarreiche abgehen mußten. Es blieben daher nur 1200 Wagen übrig, die jedoch nicht einmal hinreichten, um die Bedürfnisse der ersten Gruppe zu befriedigen.

Diese Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß die Zufuhren sich verringert haben. Waren sie aber einmal in Wien angelangt, kam die zweite enorme Schwierigkeit: der Transport an die Händler und dann in die Haushalte. Kurz gesprochen: Es fehlten das Fuhrwerk, die Arbeitskräfte und genügende Betriebsanlagen. Die kleinen Kohlenhändler konnten nicht dotiert werden und waren gezwungen, ihre Geschäfte zum großen Teile zu sperren. Jemand, der früher fünf Fuhren in der Woche benötigte, bekam jetzt vielleicht nur eine halbe. Die größte Kohlenfirma Wiens teilte in einer heute abgehaltenen Besprechung mit, daß sie mit ungefähr 16.000 bis 18.000 Aufträgen im Rückstande sei, und zwar nur deshalb, weil sie nicht in der Lage wäre, infolge des Mangels an Fuhrwerk und Arbeitskräften die Kohle an den Konsum gelangen zu lassen. Da die kleinen Händler entweder gar nicht oder nur knapp mit Kohle versorgt sind, waren die ärmeren Leute gezwungen, die Kohlenabladestellen und Lagerplätze selbst aufzusuchen und Kinder- und Handwagen mitzunehmen. An der letzteren Art des Verkehres nehmen auch Vertreter des Mittelstandes teil, die sechs bis zehn Kronen und darüber für den Handwagen bezahlen.

Dieser Andrang und die Notwendigkeit, vom Nordbahnhof aus den ganzen Handel und die einzelnen Konsumenten in Wien zu befriedigen, hat dort zu einer solchen Verstopfung geführt, daß sich auch der Großverkehr, durch den zunächst der Konsum gedeckt wird, nicht mehr frei und ungehemmt abwickeln kann. Es wurde zwar eine bescheidene Erleichterung dadurch geschaffen, daß eine Verteilung der Versorgung der Detailabnehmer von 50 bis zu 100 Kilogramm auf die verschiedenen Höfe der Nordbahn stattgefunden hat, aber in den letzten Tagen ist die Zahl der Konsumenten derart angewachsen, daß die Bedienung von etwa 700 Handwagen, die sich sonst auf den ganzen Tag erstreckt, in der Zeit von halb 8 bis halb 9 Uhr morgens vollkommen erledigt war. Es wurden zwar Anweisungen für den ganzen Tag ausgegeben, aber um halb 9 Uhr früh konnten sie nicht mehr honoriert werden, weil sie bereits erschöpft waren, und die Menschen, die vom Morgen bis zum späten Abend auf dem Nordbahnhofe in der Kälte standen, konnten nicht einmal ein Kilo Kohle bekommen. Neben Fuhrwerken und Arbeitern fehlen auch die anderen Einrichtungen, wie zureichende Lagerplätze. Der Ansturm war so groß, daß zum Beispiel die Kohlenabladeplätze der Kommune im zweiten Bezirk bis auf einen anderthalbtägigen Vorrat erschöpft wurden. Mit dem Arbeitspersonal, das aus gefangenen Russen bestand, hat man keine sehr guten Erfahrungen gemacht. Weit fleißiger waren die slowakischen Frauen, die aber denn doch das männliche Personal nicht ersetzen können. Dazu kommt noch, daß wegen der Vereisung der Schienen, wie erklärt wird, der Verkehr nach Wien noch schwieriger geworden ist, und die Entladungsmöglichkeit, die bisher im Kriege zirka vierhundert Wagen täglich betragen hat, in der letzten Zeit auf 120 bis 200 Wagen gesunken ist, weil die Kohle oft in den Waggons einfriert und aus denselben erst herausgehauen werden muß.

Die Fragen wegen einer Abhilfe haben auch vorgestern den Gegenstand der Besprechung in einer Sitzung gebildet, in welcher bekannt wurde, daß der Kaiser die Initiative zu einer Verbesserung der Kohlenversorgung ergriffen hat. In dieser Sitzung wurde berichtet, daß der Herrscher dem Arbeitsminister Trnka erklärt habe, er ordne an, daß der Kohlennot mit allen Mitteln gesteuert werde und daß er für diesen Zweck militärische Kräfte zur Verfügung stelle. Zugleich wurde bekannt, daß die Mitwirkung der Soldaten hauptsächlich dem Zwecke dienen solle, daß die Versorgung der Detailhändler beschleunigt werde, die ihrerseits wieder die Kohle rascher an die Kunden abgeben sollen, und daß vor allem die Bedürfnisse der ärmeren Klassen der Bevölkerung berücksichtigt werden sollen. Heute war bei der Nordbahn eine zweite Sitzung unter Vorsitz des Geheimen Rates Freiherrn v. Banhaus einberufen. Die Tagesordnung ging ursprünglich dahin, die Verwendung des Mehrerlöses aus jener Kohle zu bestimmen, welche noch aus der Zeit vor dem 1. Februar, also vor der Eisenbahntariferhöhung, herrührt und die nun zu den höheren Preisen verkauft wird. Die Kohlenfirmen gaben die Erklärung ab, daß sie den Mehrerlös, der auf etwa 125.000 Kronen geschätzt wird, der Nordbahndirektion überlassen, und in der Sitzung sollte über die Art der Verwendung beraten werden. Unmittelbar vor der Sitzung wurde aber Freiherr v. Banhaus offiziell davon verständigt, daß der Kaiser den Auftrag erteilt habe, sämtliche Vorkehrungen zur Verbesserung der Kohlenversorgung zu treffen. Infolgedessen wurden die zu ergreifenden Maßregeln sofort in Betracht gezogen.

Die neuen Verfügungen zur Erleichterung des Kohlenverkehres.

Die neuen Verfügungen sind, wie uns aus Fachkreisen weiter mitgeteilt wird, die folgenden:

Der Betrieb auf den Kohlenhöfen der Nordbahn wird bei Tag und Nacht aufrechterhalten werden.

Es sollen ferner ungefähr 140 Militärwagen mit Bespannung täglich während der Tagesstunden zur Verfügung gestellt werden. Es sind dies Wagen mit einem Fassungsraum von 10 bis 15 Meterzentner.

Ueberdies sollen 60 bis 80 Militärautos hauptsächlich zu dem Zwecke Dienst leisten, um die Detailhändler rasch mit Kohle zu versorgen.

Dann werden 300 Mann vom Militär zur Bedienung der Wagen und Autos beigestellt.

Von Wichtigkeit ist ferner die Tatsache, daß der Auftrag gegeben worden ist, die Lastenstraße zur Kronprinz Rudolfstraße und Innstraße durch Militärmannschaft in einen gebrauchsfähigen Zustand zu setzen. Das gleiche soll durch militärische Kräfte auf den Kohlenhöfen der Nordbahn geschehen.

Die erstenerwähnte Maßregel erfolgt aus dem Grunde, weil in dem gegenwärtigen Zustande die genannten Straßen für Militärautos nicht leicht fahrbar sind.

Eine wichtige Neuerung im Handwagenverkehr.

Die Verstopfung und Verwirrung auf den Kohlenhöfen der Nordbahn ist dadurch vergrößert worden, daß in diesen Anlagen, wo sich in normalen Zeiten nur der Großverkehr abzuspielen pflegt, auch der Handwagenverkehr durchgeführt worden ist. Zur Erleichterung der Abwicklung wurde nun beschlossen, daß vom Samstag früh ab der Handwagenverkehr aus den Kohlenhöfen der Nordbahn ausgeschieden und auf den sogenannten K. B.-Platz bei der Innstraße verlegt wird. Das ist für das Publikum von Wichtigkeit, da es, wenn diese Aenderung unbeachtet gelassen würde, am Samstag früh wieder auf dem gewohnten Platze mit dem Handwagen erscheinen würde, während der Handwagenbetrieb, wie erwähnt, aus dem bisherigen Terrain ausgeschieden und in den K. B.-Platz bei der Innstraße verlegt wird, wo er sich ruhiger und ohne die bisherigen stürmischen Szenen abwickeln kann. Der Handwagenverkehr soll dort in der Weise geführt werden, daß der Platz von sämtlichen Kohlenfirmen gemeinsam dotiert wird und der Verkauf für gemeinsame Rechnung erfolgt. Welchen Umfang dieser Handwagenbetrieb genommen hat, geht daraus hervor, daß in den letzten Tagen an den Ausgabestellen des Vereines der Kohlengroßhändler ungefähr 700 Handwagen befördert worden sind.

Die Vorkehrungen des Kohlenhandels.

Die Wiener Kohlenfirmen haben sich in einer Sitzung, die bei dem Sekretär des Vereines der Kohlengroßhändler Oesterreichs Dr. Hugo Freund stattgefunden hat, dahin geeinigt, daß ihr Personal Tag- und Nachtdienst auf den Kohlenhöfen der Nordbahn halten wird und daß sie sich hiebei gegenseitig unterstützen werden. Je ein Beamter wird den Nachtdienst für mehrere Firmen leiten, so daß in diesem Falle jede Konkurrenz und die Wahrung des Geschäftsgeheimnisses unberücksichtigt bleibt. Es wurde eine genaue Einteilung für einen achttägigen Journaldienst getroffen.

Die Kohlenversorgung der nächsten Zeit.

Kürzlich wurde mitgeteilt, daß die Vorräte auf den Kohlenhöfen der Nordbahn auf ungefähr 4400 Wagen geschätzt werden. An einem starken Wintertage pflegt die Ausfuhr aus diesen Höfen 600 Wagen zu betragen. Die Vertreter des Kohlenhandels haben daher in den Besprechungen darauf hingewiesen, daß außer den angeführten Maßregeln vor allem darauf hingewirkt werden solle, daß die Zufuhren nach Wien sich vergrößern. Dieser Frage wird daher auch ein besonderes Augenmerk zugewendet werden. Die neuen Maßregeln werden gewiß eine rasche Verteilung der vorhandenen Kohle sehr fördern, aber es wird sich zugleich darum handeln müssen, für die Beschaffung neuer Kohle durch eine Steigerung der Zufuhren nach Wien vorzusorgen.

Die Ursachen der Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung und die Mittel zur Abhilfe.

Mitteilungen von sachmännischer Seite.

Die Ursachen der bestehenden Schwierigkeiten sind folgende:

a) Mangelnde Kohle in den Sommermonaten, so daß sich viele Haushaltungen, Gewerbebetriebe, Fabriken usw. trotz genügenden Fuhrwerkes nicht versorgen konnten.

b) Zu wenig Ablade- und Aufladepersonal auf dem Nordbahnhofe.

c) Allgemeiner Mangel an Lastfuhrwerk wegen Einberufung eines großen Teiles und wegen erhöhten Bedarfes der zahlreichen Rüstungsfabriken und Militärspitäler. Die Approvisionierung Wiens erfordert den Rest des vorhandenen Fuhrwerkes.

d) Mangel an Kutschern, Schmieden, Sattlern und Wagnern für notwendige Reparaturen.

Zur wirksamen Abhilfe gegen diese Uebelstände haben die Genossenschaften der Großfuhrwerksbesitzer und der Kleinfuhrwerksbesitzer bei der am 6. Februar 1917 im Arbeitsministerium stattgefundenen Beratung folgende Anträge gestellt:

1. Beistellung von mindestens 300 Mann militärisches Aufladepersonal oder Kriegsgefangene an die Kohlenhändler auf dem Nordbahnhofe. Dann wird die Kohle rasch aufgeladen werden können und es wird vermieden werden, daß das Fuhrwerk von zeitig Früh bis Mittag, ja sogar bis in die Nachmittagsstunden auf das Beladen der ersten Fuhre warten muß.

2. Enthebung einer genügenden Anzahl von Fuhrwerksbesitzern und Kutschern, Schmieden, Sattlern und Wagnern, damit notwendige dringende Reparaturen und Beschläge nicht ganze Tage erfordern. Dadurch kann das vorhandene Fuhrwerk nicht rationell ausgenützt werden.

3. Wenn die 300 Mann Aufladepersonal für einen raschen Verkehr auf den Kohlenbahnhöfen nicht genügen, eine entsprechende Erhöhung dieser Anzahl.

4. Wenn auch dies noch nicht ausreicht, Beistellung von 100 Paar schweren Pferden samt Kutschern durch die Militärverwaltung an die gewerbsmäßig befugten Kohlenfuhrwerker für den Kohlentransport.

5. Sofortige gründliche Reinigung des Territoriums der Kohlenbahnhöfe der Nord- und Nordwestbahn, der Kronprinz Rudolfstraße und der wichtigsten Lastenstraßen.

Mit diesen einfachsten Mitteln werden die Schwierigkeiten in kürzester Zeit aus der Welt geschafft werden.

Eine Requirierung irgendwelchen Fuhrwerkes würde bei dem allgemeinen Mangel an solchem jedenfalls die größte Unordnung herbeiführen. Man müßte den Rüstungsfabriken Fuhrwerk nehmen, um den Approvisionierungsbedürfnissen zu dienen, oder wieder umgekehrt.

Neue Freie Presse 9./II. 1917

Neues Wiene

Großherzige Verfügungen des Kaiserpaares.

Schach der Kohlennot.

Es gibt hochsinnige Akte, so ergreifend in ihrer Menschlichkeit, daß sie schon durch einen schlichten Bericht an unser Herz rühren. Solch einen Akt unsres Kaiserpaares melden wir im nachstehenden. Kaiser Karl und Kaiserin Zita haben angeordnet, daß alle irgendwie entbehrlichen Hofpferde und Hofwagen für die Kohlentransporte verwendet werden. Der Kaiser hat gleichzeitig die Militärbehörden beauftragt, die entsprechenden Verfügungen wegen Bereitstellung von Fuhrwerken und Arbeitskräften zu treffen, damit die Kohlen vom Nordbahnhof an die Kleinhändler abgeführt werden können. Das ist die einfache Tatsache. Und doch, wie viel birgt sie in sich! Wie vieles läßt sie aus ihrer Schlichtheit aufleuchten! Welchen Einblick gewährt sie in das innerste Fühlen und Denken unsres Kaisers, unsrer Kaiserin!

Der schicksalsschwere Ernst unsrer furchtbaren Zeit, niemand empfindet ihn in allen seinen Erscheinungsformen so umfassend und tief wie der Monarch auf seiner ragenden Höhe. Täglich, stündlich stürmen aus dem Donnergebrause des Weltkrieges gewaltige Fragen von weitestreichender Bedeutung an ihn heran, die eine Antwort erheischen. Sein Blick muß auf das Große und ins Weite gerichtet sein. Aber mitten in dieser tosenden Brandung hat der Kaiser, hat die Kaiserin den Sinn und das Herz offen für die Leiden, mit denen der bittere Alltag die Armen der Wienerstadt heimsucht. Kohlennot der Armen! Dieser Ruf dringt an ihr Ohr und wird in ihrem Gemüt nicht von der großen Not der Zeit übertönt. In dieser Millionenstadt sind tausende Behausungen, in denen arme Leute frieren, in denen arme Kinder zittern. Dieser bange Gedanke wird vom Kaiser und der Kaiserin in seinen vollen Schauern durchlebt und empfunden. Die Kaiserin, sie ist Mutter, und diesem in seiner Mütterlichkeit so innig mitfühlenden Herzen tut der Gedanke weh, daß auch die Kinder heute unter der Not der Zeit mitleiden müssen. Und in welchem Grade mitleiden! Ist es nicht furchtbar, zu denken, daß vielleicht gar auch wegen Abnahme ihrer Kohlenvorräte da und dort die Schulen werden geschlossen werden müssen, die Schulen, die heute vielleicht der einzige Ort sind, in denen das arme Kind noch wenigstens für Stunden einige Wärme und Schutz vor dem Frost finden kann....

Und diese Empfindungen setzen sich in einen so schönen, so wohltuenden Impuls um zur helfenden Tat. Man öffne den Marstall! Heraus mit den Wagen und Pferden! Sie sind da für den Prunk — und heute sind keine Festtage, sondern Zeiten, wo der Adel der Seele nichts kennen will als die rettende Tat. Drum alles für die Zwecke der Kohlentransporte, und ein ähnlicher Befehl ist auch an die Militärbehörden ergangen. Das ist die einfache Geste des Kaisers und der Kaiserin, bei aller Einfachheit an unser Herz greifend durch die innige Menschlichkeit, die aus ihr leuchtet.

Und dieses so sprechende Zeugnis einer seltenen Herzensgüte, es stimmt zu allen jenen seelischen Zügen, die schon von früherher dem Charakterbild des Kaisers und der Kaiserin ein so inniges Gepräge verliehen: zu der ungezwungenen Natürlichkeit und zu der stillen hilfsbereiten Gesinnung, die sie jederzeit in ihrem Verkehr mit einfachen Männern und Frauen aus dem Volk bekundeten, das war nicht leutselige Herablassung, das war innerer Antrieb, Auswirkung des tiefsten Kernes ihrer Naturen, wirklich Offenbarung von Herz und Gemüt.

All das strahlt auch aus dem jüngsten hochsinnigen Akt unsres Kaiserpaares. Möge aber dieser Akt auch auf andre anspornend wirken. Möge dieses Beispiel vom Thron herab die Besitzenden daran mahnen, ihren Opfersinn zu betätigen, und zwar nicht als Gebot einer äußeren Pflicht, sondern — wie es beim Kaiserpaar so offensichtlich der Fall ist — als schlichte Selbstverständlichkeit mitfühlender Herzen.

Der Bürgermeister Herr Dr. Weiskirchner hat wahrlich der ganzen Wiener Bevölkerung aus der Seele gesprochen, als er in der gestrigen Stadtratssitzung nach dem Bericht über die großherzigen Willensakte des Kaisers die Zustimmung des Kollegiums zur Abstattung des schuldigen Dankes an den so sehr mit der Allgemeinheit fühlenden Monarchen einholte. Und noch eine gute Kunde ist es, die wir hier zu verzeichnen verpflichtet sind: die Erfüllung der Befehle des Kaiserpaares ist auch schon auf dem Marsch! Bereits hat, wie uns ebenfalls berichtet wird, eine Sitzung stattgefunden, in welcher ein gut Teil der zur definitiven Behebung der Kohlennot notwendigen Maßnahmen beschlossen wurde: man wird die Mittel zum Wegtransport der Kohlen haben — man wird dezentralisieren —, man wird rasch und zweckmäßig den Detailhandel und die kleinen Käufer versorgen. Und zwar diese letzteren ebenfalls gleich und ohne Verzug, und nicht erst in letzter Linie. Denn den Armen gilt es hauptsächlich! Ihrer haben der Kaiser und die Kaiserin in erster Linie gedacht!

Neues Pester Journal
10./II. 1917
187

Die Kohlennoth.

Bevorstehende Einstellung des Gaswerkbetriebes.

Wir haben mitgetheilt, daß die Direktion der Gaswerke heute eine Sitzung abhalten werde, welche über eine weitere Reduzirung des Gasverbrauches verhandeln soll. Dr. Béla Feleki brachte den Beschluß der Direktion in die heutige Sitzung der Finanzkommission, der er die Mittheilung machte, daß eine Reduzirung des Gasdruckes, weil lebensgefährlich, undurchführbar sei, dagegen stehen die Gaswerke — wenn nicht rasch Abhilfe getroffen wird — vor der kritischen Thatsache, den Betrieb der Gaswerke am Mittwoch der nächsten Woche gänzlich einstellen zu müssen. Es entspann sich über den Gegenstand eine erregte Debatte, in welcher Dr. Alexander Petö gegen jene, welche diesen Zustand verschuldeten, heftige Angriffe richtete. Bürgermeister Stephan Bárczy verwies darauf, daß die Leitung der Hauptstadt und der Gaswerke nichts unversucht gelassen haben, um den Kohlenbedarf der Gaswerke sicherzustellen, ihr Bemühen scheiterte jedoch, weil die Hauptstadt auf den Transport der Kohle keinen Einfluß nehmen kann. Schließlich wurde auf Antrag Dr. Sigmund Hajós' beschlossen, falls die Regierung keine Garantien für den Kohlenbedarf der Gaswerke und der Bevölkerung geben sollte, sich um Abhilfe direkt an den König zu wenden. Wie wir avisirt haben, fand heute Nachmittag im Ministerium des Innern unter dem Vorsitze des Ministers des Innern Johann Sándor eine Enquête in Angelegenheit des Kohlenmangels statt. In der Enquête, an der sämmtliche interessirten Behörden theilnahmen, wurde auch die Frage der Einschränkung der Sperrstunde erörtert. Schließlich wurde die Frage des Kohlenmangels besprochen. Der Minister des Innern nahm die in der Enquête lautgewordenen Anregungen zur Kenntniß, mit dem Bemerken, daß er im Einvernehmen mit dem Handelsminister dringende Verfügungen treffen werde, damit die Kohlennoth nach Möglichkeit gemildert werde.

Die Kohlenfrage in der Finanzkommission.

Kommissionsmitglied Dr. Béla Feleki, der auch Mitglied der Direktion der Gaswerke ist, erbat sich in der Sitzung der Finanzkommission das Wort, um den soeben gefaßten Beschluß der Direktion der Gaswerke mitzutheilen. Redner theilt mit, daß der technische Direktor in der Direktionssitzung die Erklärung abgegeben hat, daß, wenn nicht dringend Abhilfe geschaffen wird, das Publikum am Montag wird verständigt werden müssen, daß die Gaswerke von Mittwoch ab den Betrieb ganz einzustellen gezwungen sein werden. Die Schuld für den Eintritt dieses Zustandes treffe nicht die Direktion der Gaswerke.

Sie habe Alles gethan, um ihren Kohlenbedarf zu sichern, doch waren alle Bemühungen vergeblich. Redner kann nicht umhin, festzustellen, daß die Regierung der Direktion der Gaswerke stets das größte Wohlwollen entgegengebracht hat, trotzdem aber vermochte sie der Gasfabrik die Deckung ihres vollen Bedarfs nicht zu sichern. Vor Kurzem wurde die Leitung der Gaswerke verständigt, daß für sie 360 Waggons Kohle abgesendet worden seien, doch sei es fraglich, ob die Kohle eintreffen, ob sie nicht unterwegs requirirt werden wird. Es wäre an der Zeit, daß die Regierung ihren ganzen Einfluß aufbiete, um Abhilfe zu schaffen. Redner weist darauf hin, daß die Wiener Gaswerke für sechs Wochen mit Kohle versehen sind, die Budapester Gaswerke aber nur über einen Vorrath verfügen, der höchstens noch wenige Tage ausreicht. Redner ersucht den Bürgermeister, in der heute Nachmittag im Ministerium des Innern stattfindenden Konferenz dringende Abhilfe zu fordern und die Regierung um persönliche Intervention zu ersuchen. Falls nicht unverzüglich Abhilfe geschafft wird, müsse die Leitung der Gaswerke jede Verantwortung von sich abwälzen. Von einer Reduzirung des Druckes könne keine Rede sein, weil dies, wie der technische Direktor in der Sitzung erklärte, unmöglich ist. Jeder Luftraum in den Röhren sei lebensgefährlich, weil ein solcher Zustand zu Explosionen führt. Das Publikum müsse sogar ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden, von dem Augenblicke an, wo der Betrieb der Gaswerke eingestellt wird, jeden Versuch, die Gasleitung zu benützen, zu unterlassen, weil es sich großen Gefahren aussetzt.

Dr. Alexander Petö ist der Meinung, daß man weder die Leitung der Gaswerke noch den Magistrat von der Verantwortung freisprechen könne. Sie hätten schon früher die Oeffentlichkeit auf die drohende Gefahr aufmerksam machen und mit aller Energie von den zuständigen Faktoren Abhilfe fordern sollen. Redner beschäftigt sich sodann mit der Frage der Heizkohle. In dieser Hinsicht treffe die hauptstädtischen Behörden keine Verantwortung, da sie keinerlei Dispositionsrecht besitzen. Verantwortlich sei die ungarische Regierung

Die Produktion der ungarischen Kohlenwerke habe in letzter Zeit stark abgenommen;

Die von Deutschland uns angewiesenen Kohlen können nicht nach Ungarn gebracht werden, da die Sendungen in Oderberg stecken bleiben. Dieser Zustand sei vollständig unbegründet. Kohlen seien in den Bergwerken in genügenden Mengen vorhanden. Es fehle nur an gutem Willen, die vorhandene Kohle herzutransportiren. Redner fragt den Bürgermeister, welche Schritte er bisher zur Behebung des Kohlenmangels gethan habe, welchen Standpunkt er in der Nachmittags stattfindenden Konferenz einnehmen werde und was er zu thun gedenke, falls seine Intervention ohne Erfolg bleiben sollte.

Bürgermeister Stephan Bárczy erklärt, die Hauptstadt habe Alles gethan, um den Kohlenmangel zu beheben. Was die Versorgung der Gaswerke mit Kohlen betrifft, haben alle berufenen Faktoren in dieser Hinsicht mehr als ihre Pflicht gethan. Auch Redner selbst war wiederholt in Wien, wo er mit den zuständigen Behörden wegen des ungehinderten Kohlentransports verhandelte. Die Unterhandlungen waren auch zum Theil von Erfolg gekrönt. Daß die Gaswerke schon am nächsten Mittwoch ihren Betrieb einstellen müßten, sei nicht so gewiß, denn es bestehe noch immer die Möglichkeit einer Abhilfe. Heute wurde Redner vom Kriegsministerium verständigt, daß in den letzten drei Wochen des verflossenen Monats 694 Waggons Kohle für die Budapester Gaswerke aufgegeben worden seien. Redner begreift nicht, warum diese Kohlensendung bisher nirgends eingetroffen ist.

Magistratsrath Dr. Johann Buzáth: Es kommt vor, daß Kohlensendungen unterwegs requirirt werden.

Bürgermeister Dr. Bárczy (seine Rede fortsetzend): Die Uebelstände sind den Transportschwierigkeiten auf den österreichischen Eisenbahnen zuzuschreiben. Wir sind nicht in der Lage, die Maßregeln der Regierung zu kontrolliren, wir können leider nur die Resultatlosigkeit dieser Maßregeln konstatiren. Ich verspreche, in der heutigen Konferenz energisch dringende Abhilfe zu fordern und mich nur mit Maßregeln zufrieden zu geben, von denen wir uns Erfolg versprechen können. Jede Einschränkung ist unnütz, wenn keine Kohlen zu haben sein werden; das Unglück ist dann unabwendbar. Der Bürgermeister bittet, seine Ausführungen zur Kenntniß zu nehmen.

Dr. Sigmund Hajós verweist darauf, daß in Wien der Befehl des Königs die Behebung der Kohlennoth gefördert hat. Die Pferde aus den Hofstallungen führen Kohle für die Bevölkerung. Sollte es auch heute Nachmittags bei der Enquete nicht gelingen, Kohle zu erhalten, empfiehlt er als letztes Mittel, die Kommission möge den Magistrat anweisen, sich im Namen der Bevölkerung um Hilfe direkt an den König zu wenden.

Es wurde hierauf beschlossen, im Sinne des Hajós'schen Antrags, wenn bei der heutigen Enquete von Seiten der Regierung keine Garantien für die Kohlenversorgung geboten werden, sich an die höchste Stelle, an den König, um Abhilfe zu wenden.

Die Enquete im Ministerium des Innern.

Unter dem Vorsitze des Ministers des Innern hat heute Nachmittag im Ministerium des Innern eine Konferenz stattgefunden, an welcher nebst den interessirten Behörden auch die Hauptstadt theilnahm, die durch den Bürgermeister Dr. Stephan Bárczy, den Vizebürgermeister Dr. Franz Déri, die Magistratsräthe Dr. Emil Vita und Dr. Johann Buzáth und den Generaldirektor der Gaswerke Dr. Franz Ripka vertreten war. Der Minister des Innern ließ, da er über die Transportangelegenheiten kein Verfügungsrecht besitzt, zunächst die Frage der Revision der Sperrstunde

Die Zeit
10. II. 1917

1021

Kohlenrationierung.

Staatliche und städtische Behörden, Militär- und Zivilverwaltung arbeiten jetzt in erfreulichem Zusammenwirken, um dem Kohlenmangel abzuhelfen, dessen nachteilige Wirkungen bei dem herrschenden Frost schwer empfunden werden. Wie lange die strenge Kälte noch fortwähren wird, läßt sich nicht voraus-bestimmen, und es empfiehlt sich jedenfalls, die Kohlenversorgung derart einzurichten, daß wir auch einem Winter von ungewöhnlicher Dauer standhalten können. Soweit man über die von den Behörden beabsichtigten Maßnahmen unterrichtet ist, gelten sie sowohl der vermehrten Kohlenzufuhr von außen als auch der Verbesserung des städtischen Kohlentransportwesens. Daß in letzterer Hinsicht eine Reihe von Vorschlägen zur Ausführung kommt, die in unseren Blatte gemacht wurden, ist insbesondere dem einsichtigen Entgegenkommen der Militärverwaltung, auf das wir ja auch mit Zuversicht gerechnet haben, zu danken. Durch die von dieser Seite gewährte Beihilfe an Arbeitskraft und Fuhrwerk wird es hoffentlich gelingen, die Zufuhren über das ganze weite Stadtgebiet zweckentsprechend zu verteilen und die zahlreichen Kohlenkleinverschleiße wieder lieferungsfähig zu machen. Die große Masse der minderbemittelten Bevölkerung ist ja vorwiegend auf den Kohlenbezug durch den Kleinhandel angewiesen, und die gegenwärtige direkte Abgabe aus den Kohlenlagern der Gemeinde stellt wohl nur eine zeitweilige Notmaßregel dar. Die Behörden werden es aber nicht dabei bewenden lassen dürfen, für eine ausgiebige Speisung der Kleinhandelsmagazine zu sorgen: eine notwendige Ergänzung dieser Vorsorge soll vielmehr darin bestehen, nun auch die Verteilung der Kohle an die konsumierenden Haushaltungen zu überwachen und zu regeln. Denn die Militärverwaltung stellt Arbeitskräfte und Fuhrwerke nicht zu dem Zweck zur Verfügung daß der Handel größere Profite einstreicht sondern daß die Bevölkerung Kohlen erhält. Wenn der Händler die Ware hat, so ist das noch keineswegs eine Garantie, daß sie auch an die richtige Kundschaft kommt.

Im Kohlenkleinhandel herrscht jetzt die nämliche Korruption, wie im ganzen sonstigen Verkehr mit notwendigen Bedarfsgegenständen. Wer überzahlen und bestechen kann, erhält, was er braucht, und wer das nicht kann oder will, geht leer aus. Nun läßt sich ja die stärkere Kaufkraft des stärkeren Geldbeutels natürlich nicht ausschalten. Daß sich der Reiche Gaumengenüsse verschaffen kann, die dem Armen unerreichbar sind, daran läßt sich auch zur Kriegszeit nichts ändern. Aber die zur Erwärmung des Körpers unentbehrliche Mindestmenge an Kohlen muß für den Aermsten ebenso erreichbar sein wie für den Krösus. So wie wir jedem zur Kriegszeit seine Brotration sichern, so müssen wir auch jedem seine Kohlenration sichern. Und wenn heute der Kohlenkleinhandel, wie das hundert mitleidende Zeugen in jeder Wiener Gasse wissen, die Kohlen an die besitzende Kundschaft liefert, die ihm in der Form der Zustellungsvergütung die Höchstpreise zwei- und dreifach überzahlt, während für die Bedürftigen „alles ausverkauft" ist — so ist das ein empörender Unfug, der unbedingt abgestellt werden muß. Eine dauernd wirksame Abhilfe wird wohl auf keine andere Weise als durch Einführung der Kohlenkarte geschaffen werden können. Da aber solch gutes Ding bei uns immer gute Weile braucht, so wird man sofort strenge Vorschriften erlassen müssen, um in der nächsten Zeit zu verhindern, daß der nun besser versorgte Kohlenkleinhandel wieder vor allem nur die zahlungsfähige Kundschaft bediene. Nötigenfalls wäre ein Höchstmaß der Lieferung pro Haushalt und Woche vorzuschreiben und das Austragen der Kohle durch den Kleinhandel zeitweilig ganz zu verbieten. Die kleineren Verbraucher, die sich ihre Kohlen selbst abholen, werden dann den Händler schon selbst unter scharfer Kontrolle halten. Zu einer dauernden und verläßlichen Konsumregelung wird man aber, wie gesagt, nur durch die Einführung der Kohlenkarte gelangen. Selbstverständlich wird hier nicht nach Köpfen, sondern nach Wohnräumen und Heizstellen zu rationieren sein, und eine zweckmäßige Abstufung und Verteilungsskala wird sich wohl unschwer finden lassen. Mit Verkehrsschwierigkeiten und daher auch mit einer gewissen Kohlenknappheit haben wir noch auf geraume Zeit zu rechnen. Wir müssen mit Wärmestoff wie mit Nährstoff haushalten, und das beste Mittel dazu ist erfahrungsgemäß die Rationierung.

Neue Frei

Die Wirkungen der Anordnung des Kaisers auf die Kohlenversorgung Wiens.

Wien, 9. Februar.

Beim Ab- und Aufladen der Kohle im Nordbahnhof sind seit heute Landsturmleute tätig und Militärautos und auch Militärfuhrwerke führen die Kohlen vom Nordbahnhof ab. Die große Kälte und das an vielen Stellen vereiste Pflaster erschwert das Fahren der Militärautos, aber die denselben beigegebene Begleitmannschaft weiß durch energisches Eingreifen auch diese Schwierigkeit zu überwinden. Nach der Wirkung, die das Eingreifen der Militärverwaltung schon heute zeigt, dürfte entschieden in absehbarer Zeit die ärgste Kohlennot in Wien beseitigt sein. Das heißt wohlverstanden: Energische Ersparungsmaßregeln bleiben doch unbedingt notwendig und die heute verfügten Maßnahmen zur Licht- und Heizungsersparnis müssen weiterhin auf das strengste eingehalten werden. Denn wenigstens vorläufig und für die nächsten Tage ist an eine Vermehrung der Kohlenzufuhr nach Wien wohl kaum zu denken, wenn auch anzunehmen ist, daß nach dieser Richtung auch die Eisenbahnverwaltung entsprechende Vorkehrungen treffen wird. Heute ist aber von dem maßgebenden Ostrauer Revier noch keine stärkere Waggonbeistellung gemeldet worden und auch der Zuzug an oberschlesischer Kohle erscheint dadurch weiter gehemmt, daß die Verkehrsverhältnisse es bisher nicht gestatten, den Rücklauf der leeren Kohlenwagen in das oberschlesische Revier zu beschleunigen. Hiebei muß immer wieder hervorgehoben werden, daß die Kohlenförderung eine vollkommen entsprechende ist und es sich daher nur um eine Verkehrsfrage handelt, die natürlich bei der ungeheuren Inanspruchnahme unserer Bahnen überhaupt schwer in glücklicher Weise zu lösen ist. Immerhin werden dank der Initiative des Kaisers Verfügungen getroffen werden, daß in der nächsten Zeit die Kohlenzufuhr nach Wien vermehrt wird.

In Wien aber haben in den letzten Tagen die lokalen Verkehrsschwierigkeiten den Kohlenmangel in den Haushaltungen wesentlich verschärft, vielleicht sogar herbeigeführt. Die Verkehrsmisere beginnt schon bei der Entladung vom Kohlenwagen, die namentlich in den letzten Tagen infolge Vereisung der Wagen nicht in der gewünschten Raschheit vor sich geht. Dann sind die Kohlenabladeplätze für den Ansturm vieler kleiner Parteien entschieden nicht eingerichtet. Man muß eben bedenken, daß, wenn hunderte Parteien mit Handwagen warten, der Verkehr sich viel schwieriger abwickelt, als wenn geübte Fuhrleute, respektive Auflader, die Kohle wagenweise abführen. Verschärft wurde die Situation weiter dadurch, daß nicht die gewohnten tüchtigen Ablader und Kohlenkutscher zur Verfügung stehen. Man hatte versucht, mit Kriegsgefangenen zu arbeiten, doch dieser Versuch hat nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Auch dies erscheint begreiflich; wenn die Kriegsgefangenen auch körperlich tüchtig und vielleicht nicht ungeschickt waren, so hängt die Raschheit der Abladung denn doch von dem Willen der Ablader ab, der in normalen Zeiten durch die Einführung der Akkordarbeit angereizt wird. Das heißt, der Ablader weiß, daß rasche, geschickte Arbeit weit höheren Verdienst bringt. Dieser Anreiz fehlte bei den Kriegsgefangenen; so konnte ihre Arbeitsleistung genügen, insolange es nicht auf die Geschwindigkeit ankam, mußte aber sofort sich geradezu als verkehrshindernd erweisen, als die Verhältnisse vor allem die Notwendigkeit rascher Arbeit in den Vordergrund stellten. Das heute nun zur Verfügung stehende Abladepersonal ist weder geschult noch kräftig, so daß auch der Anreiz der Akkordarbeit nicht die Arbeitsleistungen erhöhen kann.

An diesem wichtigen Punkte setzt zunächst die Mitarbeit der Heeresverwaltung ein, indem eine entsprechende Anzahl von Militärpersonen, welche kräftig und leistungsfähig sind, an die Kohlen-Ab- und -Aufladeplätze dirigiert worden sind. Diese werden unter Leitung, Anweisung und Zusatzhonorierung durch die einzelnen Kohlenhändler sicher entsprechend rasche und gute Arbeit leisten, so daß dieser erste Akt sich wesentlich besser abspielen wird als bisher.

Die Militärautos und Militärfuhrwerke werden natürlich nicht für Privatpersonen, sondern dem sogenannten kleinen Kohlenhandel zur Verfügung gestellt, das ist jenen Kohlenkleinhändlern, die in allen Bezirken verstreut sind und bisher die regelmäßige Versorgung des Kleinkonsums durchgeführt, das ist die einzelnen kleinen und mittleren Haushaltungen mit Kohle versorgt haben. Gerade deren Tätigkeit war durch die Wiener Verkehrsmisere fast vollkommen ausgeschaltet worden, daher drängten sich alle Fuhrwerke, die überhaupt disponibel waren, sogar Privatautos und Luxusfuhrwerke und Handwagen zu den Nordbahnrutschen, um dort direkt etwas Kohle zu erlangen. Hiedurch wurde das Publikum natürlich wesentlich ungenügender und ungleichmäßiger versorgt als durch die Kleinhändler und es konnte nur derjenige Kohlen erlangen, welcher Phantasiepreise für Fuhrwerke zu zahlen bereit war oder Zeit hatte, sich mit Wagen oder Handwagen viele Stunden lang in der Kälte anzustellen. Abgesehen hievon wurden die Ablade- und Abfuhrverhältnisse durch diese ungeregelte Kohlenjagd noch erschwert. So zeigte sich heute schon die wohltuende Wirkung des Eingreifens der Heeresverwaltung. Die Kleinkohlenhändler erhalten nunmehr Kohle, welche sie ihren Kunden überlassen können, hiebei wird jedoch die Marktpolizei scharf überwachen müssen, daß sich hier nicht Mißbräuche einstellen und wirklich die bisherigen Kunden der Kleinhändler, natürlich im Verhältnis der Zufuhren, versorgt werden und nicht etwa wieder hier bei den Kleinhändlern eine Kohlenlizitation beginnt. Die Kleinhändler selbst werden die Organe der Marktpolizei gewiß schon in ihrem eigenen Interesse behufs Erhaltung ihres Kundenkreises unterstützen.

Diese Alimentierung der Kleinhändler wird die ärgsten Hindernisse überwinden lassen. Selbstverständlich auch nur, wenn das gesamte Publikum in diesem Falle den Gemeinsinn bekundet und sich der Initiative des Kaisers durch verständnisvolles Mitarbeiten anpaßt. Der harte Winter erschwert natürlich die Lage. Aber es wird ein Durchhalten möglich sein, wenn es auch von jedem einzelnen Opfer erfordert. Es wäre traurig, wenn hier Verwaltung und Bevölkerung versagen würden, gerade bei einem Artikel, in dem die heimischen Produktionsverhältnisse genügen und unsere Feinde keinen Mangel herbeiführen können, weil er tatsächlich nicht besteht. Die Kohlenförderung ist dank der Bereitstellung des notwendigen Arbeiterpersonales durch die Heeresverwaltung auf einer genügenden Höhe erhalten worden. Wohl sind die Anforderungen ungewöhnlich groß, weil vor allem die Bahnen und die Kriegsindustrien und die öffentlichen städtischen Verkehrsmittel in ihren Betrieben aufrechterhalten werden müssen. Aber der strenge Winter bringt es mit sich, daß der Luxusbedarf, die unnötige Beleuchtung und Beheizung von Repräsentationsräumlichkeiten eingeschränkt werden muß. Die Zeit ist hart und jeder einzelne muß mitwirken, damit das Ziel der ungestörten Versorgung der Kriegsindustrie und der Deckung des Kohlenbedarfes für die ärmere Bevölkerung und des Mittelstandes, welch letzterer am schwersten unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges leidet, erreicht wird.

Hofpferde im Dienste der Kohlenversorgung.

Was der Wiener Bevölkerung durch das Einstellen von Hofpferden und Hofwagen für den Dienst der Kohlenversorgung erwiesen wird, drückt sich in Zahlen von ansehnlicher Höhe aus. Die Zahl der Hofpferde belief sich bis vor ungefähr zehn Jahren auf fünfhundert Stück. Seitdem aber das Automobil nicht nur als Luxus-, sondern auch als Lastwagen so große Bedeutung gewann, wurde der Pferdebestand der Hofstallungen von Jahr zu Jahr mehr reduziert, so daß die Hofstallungen jetzt etwas über zweihundertundfünfzig Pferde enthalten, von denen beiläufig zweihundert für den Lastenverkehr in Aussicht genommen werden können. Die Pferde, die natürlich nicht auf schmale Futterrationen gesetzt wurden, wenn sich auch notwendige Einschränkungen in der Fütterung ergaben, sind äußerst kräftig und imstande, bedeutend schwerere Lasten zu schleppen als unter den gegenwärtigen Verhältnissen die privaten Lastpferde. Während die Pferde des Privatfuhrwerkes jetzt nicht mehr als eine Fuhre im Tage zu machen imstande sind, können die gut genährten und tadellos gepflegten Hofpferde deren ganz gut zwei bewältigen. Da der Hof nach den vorliegenden Meldungen beabsichtigt, für den Eigengebrauch Lastautomobile zu verwenden, stehen die zweihundert Pferde vollkommen zur Verfügung der Allgemeinversorgung. Eine große Fuhre Kohle faßt sechzig bis fünfundsechzig Meterzentner. Also kann ein Pferdepaar im Tage 120 Meterzentner, und zweihundert Pferde können 12.000 Meterzentner von den Bahnhöfen in die Verschleißstellen befördern. Was dieses Quantum in der jetzigen fuhrwerkarmen Zeit, wo nur Eile die große Not mildern kann, für die Linderung der Kohlenbeschwerlichkeiten bedeutet, braucht wohl nicht näher erklärt zu werden.

Einsetzung einer Kohlenkommission.

Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic eine längere Besprechung in Angelegenheit der Organisation der Kohlenversorgung statt, an der Vertreter der beteiligten staatlichen Behörden und der Gemeinde Wien teilgenommen haben. Das Ergebnis dieser Besprechung war die Einsetzung einer Kohlenkommission, welche nachmittag im Rathause unter Vorsitz des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner zusammentrat.

Die erste Sitzung der Kohlenversorgungskommission.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner fand heute im Sinne der vormittags im Ministerratspräsidium abgehaltenen Konferenz die konstituierende Sitzung der Kohlenversorgungskommission für die Stadt Wien statt, an welcher Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, der Zentraltransportleitung, des Kriegsministeriums, der k. k. niederösterreichischen Statthalterei, des Polizeipräsidiums und des Wiener Magistrats sowie Vertreter der Groß- und Kleinkohlenhändler teilnahmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner kennzeichnete einleitend die dieser Kommission überwiesenen Aufgaben, welche sich auf die zweckmäßige Verteilung der in Wien anrollenden Kohle und auf die rascheste Befriedigung der Kohlenverbraucher beziehen. Allerdings werde die Wirksamkeit der Kommission nur dann einen Erfolg zeitigen, wenn genügende Ware zum Anrollen gebracht wird, und er appelliere an die maßgebenden Faktoren, dafür in entsprechender Weise zu sorgen.

Vizebürgermeister Rain und Magistratssekretär Dr. Fastenbauer berichten sodann über die von der Regierung und der Militärverwaltung getroffenen Verfügung, die sich in erster Linie darauf beziehe, daß, nachdem der Nordbahnhof mit Kohle überfüllt ist, die noch im Anrollen befindlichen Waggons von der Gemeinde angefordert, beschlagnahmt und durch die Gemeinde teils auf ihren Kohlenlagerplätzen, teils bei Großkohlenhändlern der Vorortelinie und auf anderen Bahnhöfen zum Verschleiß gelangen sollen.

Ferner habe die Militärverwaltung angeordnet, daß am Nordbahnhof die Kohlenausladung und die Kohlenverführung bei Tag und Nacht vor sich gehe. Zu diesem Zweck wurden 120 pferdebespannte Wagen und 80 dreitonnige Lastautos zur Verfügung gestellt, ebenso die nötige Mannschaft. Die Abfuhr der den Großkohlenhändlern gehörigen, in den Rutschen des Nordbahnhofes lagernden Kohle bleibe diesen unter Benützung des Militärfuhrwerkes überlassen.

Von seiten des Magistrats werden die entsprechenden Beziehungen zwischen Groß- und Kleinhändlern hergestellt werden, und es werde prinzipiell verfügt, daß nur jenen Kleinkohlenhändlern, bei denen sich Geschäft und Wohnung im selben Hause befinden, zur Nachtzeit, jenen Kleinhändlern aber, bei denen Wohnung und Geschäft örtlich getrennt sind, nur bei Tag Kohle ausgefolgt werden kann. An die Zentraltransportleitung wurde das Ersuchen gerichtet, die Zahl der jeweils anrollenden Kohlenwaggons rechtzeitig bekanntzugeben, damit die Dispositionen über die Verteilung im großen und im kleinen alsobald getroffen werden können.

Kaiserlicher Rat Berl ersuchte insbesondere den Bürgermeister, dahin zu wirken, daß die Zufuhren von oberschlesischer Kohle in genügendem Maße gesichert werden, und gibt zu erwägen, ob es zweckmäßig sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen Braunkohle nach Wien zu führen oder lieber die für den Transport dieser Kohle bisher verwendeten Waggons zum Transport der hochwertigen oberschlesischen Kohle zu verwenden.

Neue Kohlenplätze der Kommune.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner gibt schließlich bekannt, daß die Gemeinde zu den von ihr während des Krieges bereits eingerichteten Kohlenverkaufsplätzen auf dem Matzleinsdorfer-, West- und Nordwestbahnhofe, Vorgarten- und Engerthstraße sowie Ottakring im Laufe der nächsten Tage noch folgende Kohlenplätze errichten werde:

Im 19. Bezirk auf dem bisher von der Länderbank benützten Kohslagerplatz;

im 12. Bezirk im Materialhofe der Straßenbahn in der Aßmayergasse;

auf dem Bahnhofe Michelbeuern der Gürtellinie;

auf dem Aspangbahnhof;

auf den Bahnhöfen Heiligenstadt und Penzing der Vorortelinie und schließlich auf dem Ostbahnhof.

Der Bürgermeister gibt der Erwartung Ausdruck, daß durch diese Bemühungen der Gemeinde eine zweckmäßige Verteilung der Kohle behufs Abgabe an die Konsumenten ermöglicht werde. Allerdings verkenne er nicht den Ernst der Situation und sei sich bewußt, daß unter Umständen noch weitere auf Kohlenersparnis abzielende Maßnahmen werden getroffen werden müssen.

Jedenfalls wende er sich an den Gemeinsinn aller Beteiligten, in dieser schweren Zeit mitzuarbeiten, die Bevölkerung entsprechend aufzuklären. Diese gemeinsame Tätigkeit werde der beste Dank an den Kaiser sein, dessen nimmermüde fürsorgliche Tätigkeit für die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien den ehrfurchtsvollsten Dank auslöst und dessen Beispiel alle treuen Staatsbürger mit Freuden zu folgen bereit sind.

Außerordentliche Sitzung des Stadtrates.

Für morgen Samstag, 4 Uhr nachmittags, wurde der Stadtrat zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, um zu dieser außerordentlich wichtigen Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Die Schulen und die Kohlenversorgung.

Der Oberlehrer an der Schubertschule im neunten Bezirk, Herr Karl Schauer, äußert sich über die Kohlenversorgung der Wiener Schulen: „Der Entschluß des Kaisers Karl und der Kaiserin Zita, Fuhrwerk sowohl militärischen Ursprunges mit Mannschaftsbeistellung wie Lastfuhrwerk samt Bespannung und Bedienung aus den Hofstallungen in den Dienst der Kohlenversorgung zu stellen, bedeutet für die Bevölkerung eine große Hilfe, denn wenn täglich 20.000 bis 25.000 Familien mit ihrem Tageskonsum bedacht werden können, so wird natürlich die Versorgung des Gesamtbedarfes wesentlich erleichtert.

Die Kommune hat, wie alljährlich so auch heuer, dafür gesorgt, daß die Kohlenbeförderung in die städtischen Schulen im Sommer vor sich gehe, und als der Herbst ins Land zog, da hatten alle Volks- und Bürgerschulen die Kohle für den Winter eingelagert, dasselbe Quantum, das alljährlich bewilligt wurde und von dem heuer auch nicht ein Kilogramm gestrichen wurde. Die Schulen sind also von der jetzigen Kohlennot absolut nicht berührt.

Ueber die Gymnasien weiß ich natürlich nichts zu sagen. Es sind staatliche Anstalten, für die im Frieden desgleichen im Sommer der Kohlenbedarf gedeckt wurde.

Die Kinder der äußeren Bezirke haben natürlich unter der Kälte und unter ungeheizten oder nur mangelhaft erwärmten Wohnräumen bedeutend mehr zu leiden, als die Kinder aus den wohlhabenderen Bezirken. Nichtsdestoweniger zeigte sich jetzt wie immer die traurige Tatsache, daß die ärmeren Kinder den Schulbesuch viel lieber nehmen.

Es zeigt sich jetzt leider auch vielfach das Bestreben kleiner „Schulstürzer", das Fernbleiben vom Schulunterricht mit dem „Anstellen" zu entschuldigen, obwohl nachweisbar die Entschuldigung nicht immer der Wahrheit entspricht.

Dagegen ist der Gesundheitszustand der Wiener Schulkinder ein ganz ausgezeichneter, und noch niemals sind so wenig ansteckende Krankheiten zu verzeichnen gewesen als eben jetzt. Die trockene gesunde Kälte erweist sich Masern und Keuchtblattern höchst feindlich und selbst Erkrankungen, die durch Verkühlung hervorgerufen werden, zeigen sich tatsächlich selten.

Der Unterricht in den Volks- und Bürgerschulen wird durch Kohlenmangel ganz sicherlich nicht verkürzt werden."

Arbeiterzeitung
10./V. 1917
1095

Die Kohlennot und die Transportkrise.

Der andauernd strenge Winter hat unter allen Versorgungsfragen in den letzten Wochen besonders den Kohlenmangel empfindlich gemacht. Die harten Fröste, mit denen wir nunmehr vier Wochen heimgesucht sind, haben die ohnehin schon schweren Entbehrungen der Bevölkerung noch gesteigert und unerträglich gemacht. Endlich werden tatkräftige Maßnahmen ergriffen, um dem Uebel zu steuern oder es wenigstens zu lindern, und die eine Frage drängt sich jedem auf: warum nach so unendlich schweren Leiden?

Freilich verbürgt sich hinter der Kohlenschwierigkeit eine tiefere und ernstere Sorge, die durch Einzelmaßregeln nicht so leicht aus der Welt geschafft ist. Wir leben in einer Transportkrise. Wir nicht allein; sie trifft alle Kriegführenden und selbst alle Neutralen, sie erfaßt alle Transportmittel vom Ozeandampfer und vom Expreßzug bis zum einfachen Frachtwaggon und zur einfachen Fuhre. Viele Erscheinungen auf dem Lebensmittelmarkt sind nicht allein und nicht in erster Linie durch den Mangel an Vorrat zu erklären, sondern durch den Mangel an Transportmitteln oder durch die Verspätung der Verfrachtung. So ist die Kartoffelkrise, unter der Wien leidet, zwar zum Teile auch in der geringeren und schlechteren Kartoffelernte, aber doch hauptsächlich in der Störung und Verspätung der Zufuhren gelegen. Am meisten betroffen werden natürlich die umfänglichen und schweren massigen Frachtgüter und zu diesen gehören in erster Linie Kohle und Holz.

Soviel man vernimmt, ist die Erzeugung der Kohlengruben ganz ausreichend und auf den Halden der Bergwerke sowie in den Verladestationen liegt Kohle genug, die auf die Abfuhr wartet. Die Kohlennot ist kein Vorratsproblem. Die Verfrachtung der Kohlen kann niemals ganz in der Zeit des Bedarfes vorgenommen werden. Die großen Konsumzentren, die großen Industrien müssen sich die Kohlenbezüge so einteilen, daß der Bedarf der anspruchsvollsten Zeiten, bei der Hausbrandkohle also der im Winter, in der Zufuhr aufgeteilt wird auf die übrige Jahreszeit. Zur Versorgung des Winterbedarfes an Kohle muß die Stadt Wien zum Beispiel ihre Zufuhren schon in den Sommermonaten beginnen. Zu diesem Gesichtspunkt der gleichmäßigen Verteilung der Zufuhren auf das ganze Jahr, obgleich sich der Bedarf in wenigen Monaten aufs höchste steigert, kommt indessen noch ein zweiter eisenbahntechnischer Gesichtspunkt. Gewisse Frachten werden erfahrungsgemäß in bestimmten Monaten abgewickelt. Die Verfrachtung des Getreides beginnt bei uns im Oktober und füllt im Frieden die Monate November und Dezember aus. In den ersten Herbstmonaten wird das rollende Material der Bahnen vor allem durch die Verfrachtung der Zuckerrüben zu den Rohzuckerfabriken in Anspruch genommen. Mit dieser Fracht konkurriert die Kartoffel. Der ganze Winterbedarf der Städte und Industriegebiete an Kartoffeln muß bis etwa Mitte November zugeführt sein, bevor die ersten Fröste einsetzen. Dann ruht der Kartoffelverkehr vollständig bis Ende März und Anfang April. Das rollende Material der Bahnen wird also in den verschiedenen Jahreszeiten in verschiedenem Grade in Anspruch genommen und eine zentrale Transportleitungsstelle müßte besonders zur Kriegszeit einen wohldurchdachten Transportplan für alle Monate des Jahres aufstellen und durchzuführen wissen. Die Kohlenfracht müßte demnach der Hauptsache nach bis Ende September bewältigt sein und in den Wintermonaten dürfte nur die regelmäßige Anlieferung in beschränktem Umfang stattfinden, soweit eben Waggons eigens und besonders für den Kohlendienst bestimmt sind. Ist diese Zeit eines gewissen Waggonüberflusses einmal verstrichen, so sind die außerordentlichen Zufuhren für den Winterbedarf einfach nicht mehr zu bewältigen. Wenn der ordnende Plan nicht vorangeht, sind hinterher Wunder nicht mehr zu bewirken. Muß man einmal, weil die Not drängt, mitten im Winter zur Bewältigung der Kohlenzufuhr besondere Kraftanstrengungen aufbieten, so kann das natürlich nur auf Kosten anderer Frachtgüter geschehen, die dann auch wieder fehlen, und man erkauft bloß eine Verlegenheit für die andere.

Es wäre demnach von allen Stellen, denen die Entscheidung zusteht, ernsthaft nachzuprüfen, ob denn ein wirklicher Jahrestransportplan aufgestellt, ob das verfügbare Waggonmaterial auf die Zeit und auf die einzelnen Frachtgüter rationell aufgeteilt ist. Wir haben ein Ernährungsamt, aber wir haben noch immer, wie es scheint, kein Transportamt. Und sowie der zivile und der militärische Ernährungsdienst miteinander Hand in Hand arbeiten und zum mindesten die Aufbringung einheitlich erfolgen muß, so ist eine einheitliche Gesamtdisposition über Zivil- und Militärfracht ganz unerläßlich, wenn wir nicht aus einer Verlegenheit in die andere stürzen sollen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß auch das Transportproblem lösbar wird, wenn es als eine einzige und einheitliche Gesamtaufgabe und als Organisationsproblem erfaßt wird. Zugegeben, daß unser rollendes Material wie unsere Stationsanlagen schon im Frieden unzulänglich waren — die Summe aller zu bewältigenden Transporte hat sich bei der gewaltigen Einschränkung des zivilen Verkehrs gegenüber dem Friedensstand doch auch wieder so wesentlich vermindert, daß das Verkehrswesen, wenn auch mit einigen Beschwerden, doch in

Die Kohle für die Haushaltungen.

Die Bereitstellung einer 300 Mann starken Landsturm-Abteilung am Kohlenhofe der Nordbahn sowie die Hilfe von 61 Militärkraftwagen und 100 militärischen, teilweise mit Hofpferden bespannten militärischen Fuhrwerken könnte die Kohlenkrise tatsächlich einigermaßen lindern. Es ist auch wirklich eine kleine Besserung schon Samstag eingetreten, auf den Kohlenhöfen der Nordbahn wurden letzten Samstag 4200 Tonnen Kohle abgegeben. Gegen den Samstag der Vorwoche, an dem 3900 Tonnen abgegeben wurden, bedeutet dies eine Steigerung von 300 Tonnen.

Diese Ziffern bedeuten bei den nun zur Verfügung stehenden bedeutenden Hilfsmitteln an militärischen Arbeitskräften und kaiserlichem Fuhrwerk ein so auffälliges Versagen verbesserter Kohlenversorgung, daß es nötig ist, den Ursachen dieses Andauerns der Krise nachzugehen.

Am Wiener Nordbahnhofe lagern gegenwärtig etwa 500.000 Meterzentner Kohle, die mit den gegenwärtigen Hilfsquellen in fünf bis sechs Tagen abgeführt und verteilt sein könnten. Es sind Arbeitskräfte da, Pferde, Fuhrwerke, Kraftwagen, alles, um diesen Kohlenschatz raschest den Verbrauchern zuzuführen; es fehlt nur eine sehr wichtige Sache: der ehrliche Wille der Kohlengroßhändler, ihre Ware herzugeben! Wie uns von bestunterrichteter Seite mitgeteilt wird, haben die Kohlengroßhändler andauernd das Bestreben, tunlichst viel Ware auf den Rutschen zurückzuhalten; sie geben sehr zögernd Anweisungen aus, und so erklärt sich auch die in Anbetracht der Hilfstätigkeit lächerlich geringe Abgabe von 4200 Tonnen Kohle am letzten Samstag! Es ist Sache der Behörden, und sie werden hoffentlich nicht zögern, mit allem Nachdruck nachzuhelfen. Da größere Mengen Kohle auf der Strecke Lundenburg—Wien im Anrollen sind, ist das Zurückhalten der Kohle auf den Rutschen im höchsten Grade unentschuldbar.

Für die Kleinverbraucher, die im Kohlenhofe Innstraße Mengen von 50 bis 100 Kilogramm Kohle erhalten, bedeuten die diensttuenden Landsturmmänner einen wahren Segen; die Verteilung geht viel rascher als früher vor sich.

Auch die Kleinverbraucher der äußeren Bezirke werden schon morgen eine Verbesserung der Kohlenversorgung wahrnehmen können, die Militär-Kraftwagen haben heute nachts 600 bis 700 Tonnen an Kleinkohlenhändler der äußeren Bezirke befördert. Das ist ein schwacher, aber sehr bemerkbarer Anfang.

Für gewisse Spediteure und Kohlenhändler bedeutet die militärische Hilfe natürlich eine arge Störung ihrer Wucherpraktiken. Wie arg diese waren, geht aus nachfolgendem Schreiben hervor:

Die Praktiken der kleinen Kohlenhändler und ihrer Austräger verteuern die Kohle oft so, daß mitunter ein Zentner Kohle mehr Zustellungslohn kostet als die Kohle selbst. Die „Rohö" z. B. kündigt in den Tagesblättern an, daß für jedes Mitglied 300 Kilogramm ab Nordbahnhof abgegeben werden. Aber wer vermag aus einem weiter entfernten Bezirke als die untere Landstraße oder Leopoldstadt dieses Quantum abzuholen? Finden sich zwei Parteien aus dieser nahen Gegend und haben sie ein Fortschaffungsmittel zur Hand, wird ihnen bedeutet, daß 600 Kilogramm für einmal nicht abgegeben werden dürfen. Ich wollte nun den Versuch machen (da es hieß, wenn man Fuhrwerk hat, kann man Kohle ab Nordbahn haben), mit noch zwei oder drei Kollegen ein solches aufzutreiben. Aber was verlangen diese Herrschaften! Für eine Fuhre mit höchstens 25 Meterzentnern 50 Kronen, wenn die Fuhre bis 2 Uhr nachmittags erledigt ist, wenn nicht, 80 Kronen ohne Trinkgeld für den Platzmeister auf der Nordbahn und ohne Abtrager, wofür zusammen mindestens 15 bis 18 Kronen zu rechnen sind. Wir waren starr, als wir das hörten, und dabei tat man, als ob man uns eine große Gefälligkeit tun würde. Ob aber das Verlangen der Fuhrwerker gerechtfertigt ist, bezweifle ich.

Warum die ernsten Konzerte und nicht die Varietees?

Unter den vielen Unbegreiflichkeiten, die die gestrige Verordnung enthält, fällt natürlich jedermann die am meisten auf, die unmittelbar in seine Lebensverhältnisse eingreift. Doch gibt es auch einige, die von jedermann ohne Unterschied der Stellung nicht verstanden werden. Dazu gehört zweifellos die Verordnung, daß sämtliche Konzerte eingestellt, dagegen die Tingel-Tangel weiter gestattet werden. In weiten Kreisen ist ernste Musik ein dringendes Bedürfnis, eine sicherlich zu billigende Flucht aus dem erdrückenden Jammer der Zeit; gilt dies auch von den Stätten der gewissen Unterhaltung, vom Apollotheater bis dort hinunter, wo sogar die gemischte Unterhaltung nur noch ein Vorwand? Wir gönnen den Leuten, die daran Gefallen finden, ihr Vergnügen, aber wir fragen im Namen aller, die in ernster Zeit ernst denken, ob, wenn schon geschlossen werden mußte, die ernsten Konzerte das richtige Opfer waren. Dabei ist noch zu erwägen, daß sie sicherlich nicht den größeren Lichtverbrauch haben und daß man ganz leicht die allerstärkste Einschränkung der Beleuchtung ohne Beeinträchtigung des Kunstgenusses hätte verfügen können. Es ginge übrigens noch immer; die Behörde wird sich der besten Einsicht in einer Sache von solcher Bedeutung für das geistige Leben um so weniger verschließen, als ja auch die wesentlich kürzere Dauer und der frühere Schluß der Konzerte